



3 0144 00439097 7



# REFERENCE



# COLLECTIONS



Digitized by the Internet Archive  
in 2014

<https://archive.org/details/economicsocialhi11carn>





CARNEGIE-STIFTUNG  
FÜR INTERNATIONALEN FRIEDEN

ABTEILUNG FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND GESCHICHTE

# WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES WELTKRIEGES

PROFESSOR DR. JAMES T. SHOTWELL  
GENERALSCHRIFTFLEITER

*ÖSTERREICHISCHE UND UNGARISCHE SERIE*

VORSITZENDER DER GEMEINSAMEN SCHRIFTFLEITUNG  
Prof. Dr. James T. Shotwell

ÖSTERREICHISCHE SCHRIFTFLEITUNG

Minister a. D. Prof. Dr. Friedrich Wieser †

Vorsitzender

Gesandter a. D. Richard Riedl

Sektionschef Prof. Dr. Richard Schüller

UNGARISCHE SCHRIFTFLEITUNG

Minister a. D. Dr. Gustav Gratz

SCHRIFTFLEITUNG DER ABTEILUNG ÖFFENTLICHES  
GESUNDHEITSWESEN

Prof. Dr. Clemens Pirquet †

*Das Verzeichnis der in dieser Serie erschienenen Bände ist am Schlusse abgedruckt.*



DIE  
INDUSTRIE ÖSTERREICHS  
WÄHREND DES KRIEGES

VON

RICHARD RIEDL

A. O. GESANDTER UND BEVOLLM. MINISTER A. D.  
EHEMALIGER GENERALKOMMISSAR FÜR KRIEGS- UND ÜBERGANGSWIRTSCHAFT

WIEN  
HÖLDER-PICHLER-TEMPSKY A. G.  
YALE UNIVERSITY PRESS, NEW HAVEN

1932

ADOLF HOLZHAUSENS NACHFOLGER  
UNIVERSITÄTSBUCHDRUCKER  
WIEN

Printed in Austria.



# INHALTSVERZEICHNIS.

	Seite
Vorwort des Generalherausgebers . . . . .	XI
Einleitung . . . . .	XXI

## ALLGEMEINER TEIL:

### DIE ENTWICKLUNG DES SYSTEMS DER KRIEGSWIRTSCHAFT.

I. Die wirtschaftliche Vorbereitung des Krieges . . . . .	3
1. Die Heereslieferungsverträge . . . . .	3
2. Das Kriegsleistungsgesetz . . . . .	7
3. Die Ausnahmsverfügungen für den Kriegsfall . . . . .	16
II. Die Organisierung der Rohstoffbeschaffung im Auslande und die Entstehung der Zentralen . . . . .	23
1. Die Wirkungen der Verbote und die Abkommen über gegenseitige Aushilfe zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich . . . . .	23
2. Die Gründung und Einrichtung der Zentralen . . . . .	28
3. Die Tätigkeit der Zentralen . . . . .	37
III. Die staatliche Verwaltung in der Kriegswirtschaft . . . . .	45
1. Von den Anfängen der Kriegswirtschaft bis zum dritten Kriegswinter (1916/17) . . . . .	45
2. Das Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft . . . . .	53
IV. Die Selbstverwaltung in der Kriegswirtschaft . . . . .	62
1. Entstehung und Wesen der kriegswirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper . . . . .	62
2. Der systematische Ausbau der Selbstverwaltung . . . . .	69
V. Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen . . . . .	89
1. Die Regelung des Handelsverkehrs mit dem Auslande . . . . .	89
a) Die gesetzlichen Grundlagen . . . . .	89
b) Die Aus- und Durchfuhrverbote . . . . .	89
c) Die Beschränkung der Einfuhr durch Verbote und durch Regelung des Devisenhandels . . . . .	93
2. Das System der inneren Kriegswirtschaft . . . . .	116
3. Die Preispolitik . . . . .	122
VI. Die Vorbereitung der Übergangswirtschaft und das Ende der Kriegswirtschaft . . . . .	140
Anhang: Denkschrift des Generalkommissärs für Kriegs- und Übergangswirtschaft, Sektionschef Richard Riedl, über die Aufgaben der Übergangswirtschaft . . . . .	151
1. Die Rohstofflage bei Kriegsende . . . . .	151
2. Die Retablierungskonjunktur . . . . .	152

## VI

## INHALTSVERZEICHNIS.

	Seite
3. Die Retablierungskrise . . . . .	155
4. Übergangsmaßnahmen im allgemeinen . . . . .	155
5. Die Regelung der Rohstoffversorgung . . . . .	156
6. Die Wirkung des Krieges auf den Export . . . . .	160
7. Die Finanzierung der Auslandsbezüge . . . . .	161
a) Aus inländischem Vermögen . . . . .	161
b) Durch langfristige Verschuldung (Export inländischer Effekten und Aufnahme auswärtiger Anlehen) . . . . .	162
c) Durch kurzfristige Verschuldung . . . . .	166
8. Der Umfang des Bedarfes an ausländischen Zahlungsmitteln . . . . .	171
9. Die private Kreditbeschaffung . . . . .	172
10. Die zentralisierte Kreditbeschaffung . . . . .	175
11. Einwendungen gegen die Zentralisierung des Kredits . . . . .	179
12. Die kreditpolitischen Aufgaben der staatlichen Organisation der Übergangswirtschaft . . . . .	180
13. Sozialpolitische Aufgaben . . . . .	181
a) Lohnfragen . . . . .	181
b) Umstellung auf Friedensarbeit und Abrüstung in ihrer Wirkung auf den Arbeitsmarkt . . . . .	182
c) Organisation des Arbeitsnachweises . . . . .	183
d) Planmäßige Abrüstung des Heeres . . . . .	183
14. Die Aufrüstung der Industrie (Rückführung zum Vollbetrieb) . . . . .	183
a) Industrien mit inländischem Rohstoff . . . . .	183
b) Surrogatindustrien . . . . .	184
c) Industrien mit ausländischem Rohstoff . . . . .	185
15. Die Einfuhrregelung für Rohstoffe und Halbfabrikate . . . . .	185
16. Die Rationalisierung der Industrie . . . . .	187
17. Die Exportförderung . . . . .	189
18. Die angeblich exportfördernde Wirkung des Agios . . . . .	192
19. Die Beschaffung des Schiffsraumes . . . . .	193

### BESONDERER TEIL:

### DIE KRIEGSWIRTSCHAFT IN EINZELNEN TYPISCHEN INDUSTRIEZWEIGEN.

I. Holz . . . . .	209
A. Die Holzwirtschaft vor dem Kriege . . . . .	209
B. Die Holzwirtschaft im Kriege . . . . .	210
1. Allgemeines . . . . .	210
2. Die militärische Holzaufbringung . . . . .	213
3. Holzwirtschaftsstellen der Zivilverwaltung . . . . .	217
4. Preise . . . . .	219
5. Holzwolke . . . . .	219
6. Holzkohle . . . . .	220
7. Schwellen . . . . .	220
II. Papier . . . . .	221
A. Die österreichische Papierindustrie in der Vorkriegszeit . . . . .	221
1. Umfang und Bedeutung der Papierindustrie in Österreich . . . . .	221



# INHALTSVERZEICHNIS.

VII

	Seite
2. Die Deckung des Rohstoffbedarfes vor dem Kriege . . . . .	222
3. Die Erzeugung von Halbstoffen . . . . .	223
4. Die Erzeugung von Papier . . . . .	223
B. Die österreichische Papierindustrie im Kriege . . . . .	224
1. Die Rohstoffversorgung . . . . .	224
2. Die Umstellung der Industrie auf neue Erzeugnisse . . . . .	229
3. Die Wirkungen des Krieges auf den Absatz . . . . .	231
4. Die Preisbewegung . . . . .	233
C. Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen und die Organisation der Kriegswirtschaft . . . . .	234
1. Aus- und Durchfuhrverbote . . . . .	234
2. Die Papierbewirtschaftung und die Organisation der Papierindustrie	235
3. Die Bewirtschaftung von Roh- und Hilfsstoffen der Papierindustrie	242
a) Schwefelkies . . . . .	242
b) Harz . . . . .	242
c) Altpapier . . . . .	243
d) Hadern . . . . .	243
e) Zellulose und Holzstoff . . . . .	244
f) Filze und Siebe . . . . .	245
4. Die kriegswirtschaftliche Organisation der papierverarbeitenden Gewerbe . . . . .	245
D. Zustand der Industrie bei Kriegsende . . . . .	247
III. Leder . . . . .	248
A. Die österreichische Lederindustrie vor dem Kriege . . . . .	248
B. Die Ledererzeugung im Kriege . . . . .	250
1. Die Organisation des militärischen Lieferungswesens und die ersten kriegswirtschaftlichen Maßnahmen . . . . .	250
2. Die Regelung der Häuteversorgung . . . . .	252
3. Die Versorgung der Lederindustrie mit Gerbstoffen und anderen Hilfsstoffen . . . . .	255
4. Die Gründung des Wirtschaftsverbandes der Lederindustrie und der lederverarbeitenden Gewerbe . . . . .	257
5. Die Regelung des Verkehrs mit fertigem Leder und Lederwaren	259
a) Die Bewirtschaftung des Leders im allgemeinen . . . . .	259
b) Die Regelung des Verkehrs mit Maschinenriemenleder . . . .	263
c) Die Regelung des Verkehrs mit Schuhwaren . . . . .	264
d) Die Ergebnisse der Lederbewirtschaftung . . . . .	266
IV. Eisen . . . . .	269
A. Die österreichische Eisenindustrie vor dem Kriege . . . . .	269
1. Die Bedeutung der österreichischen Eisenindustrie . . . . .	269
2. Die Deckung des Rohstoffbedarfes vor dem Kriege . . . . .	270
3. Produktions- und Absatzverhältnisse . . . . .	271
B. Die österreichische Eisenindustrie im Kriege . . . . .	273
1. Die Rohstoffversorgung . . . . .	273
2. Die Entwicklung der österreichischen Eisenproduktion im Kriege	275
3. Die Umstellung der Erzeugung auf den Kriegsbedarf . . . . .	276
4. Die Hemmungen der Produktion durch den Krieg . . . . .	277
5. Die Wirkungen des Krieges auf Verbrauch und Absatz . . . .	278

	Seite
C. Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen und die Organisation der Kriegswirtschaft . . . . .	280
<b>V. Farbige Metalle</b> . . . . .	287
A. Die österreichische Metallindustrie vor dem Kriege . . . . .	287
1. Die Bedeutung der Metallindustrie in Österreich . . . . .	287
2. Produktion und Verbrauch an Rohmetallen im Jahre 1913 . . . . .	287
a) Aluminium . . . . .	287
b) Blei . . . . .	288
c) Zink . . . . .	288
d) Kupfer . . . . .	288
e) Zinn . . . . .	288
f) Nickel . . . . .	289
g) Andere Metalle . . . . .	289
B. Die Metallbeschaffung während des Krieges . . . . .	289
1. Die Gründung der Metallzentrale A. G. . . . .	289
2. Die Metallaufbringung aus inländischen Vorräten und Beständen . . . . .	291
3. Die österreichische Bergwerks- und Hüttenproduktion während des Krieges . . . . .	300
4. Gesamtergebnis der Metallbeschaffung während des Krieges . . . . .	301
C. Die Entwicklung der österreichischen Metallindustrie während des Krieges und ihre kriegswirtschaftlichen Organisationen . . . . .	303
<b>VI. Öle und Fette</b> . . . . .	306
Vorbemerkung . . . . .	306
A. Die österreichische Öl- und Fettindustrie vor dem Kriege . . . . .	307
B. Die Entwicklung der Öl- und Fettindustrie während des Krieges . . . . .	310
1. Die Anfänge der Bewirtschaftung und die Errichtung der Öl- und Fettzentrale . . . . .	310
2. Die Beschaffung von Fettstoffen im Auslande . . . . .	315
3. Die Rohstoffaufbringung im Inlande . . . . .	318
4. Die kriegswirtschaftlichen Organisationen und ihre Tätigkeit . . . . .	324
C. Die Lage der Öl- und Fettindustrie zu Ende des Krieges . . . . .	332
<b>VII. Baumwolle</b> . . . . .	334
A. Die österreichische Baumwollindustrie vor dem Kriege . . . . .	334
B. Die österreichische Baumwollindustrie im Kriege . . . . .	335
1. Die Versorgung mit Rohbaumwolle und die kriegswirtschaftlichen Organisationen . . . . .	335
2. Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen zur Regelung der Erzeugung und des Verbrauches . . . . .	341
a) Die Maßnahmen zur Sicherung des Baumwollbedarfes der Munitionsindustrie . . . . .	341
b) Die Regelung der Produktion von Garnen und Baumwollwaren durch das Belegscheinverfahren . . . . .	342
c) Der Übergang zum Bewilligungsverfahren . . . . .	344
d) Die Einführung des Anbotzwanges und seine Ausgestaltung . . . . .	346
e) Die Verhängung der Verkaufssperre . . . . .	349
f) Die Einführung des Ablieferungszwanges . . . . .	350
g) Die Rückwirkung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen auf die Industrie . . . . .	352



	Seite
VIII. Schafwolle . . . . .	354
A. Die österreichische Schafwollindustrie vor dem Kriege . . . . .	354
B. Die österreichische Schafwollindustrie im Kriege . . . . .	356
1. Die Anfänge der Kriegswirtschaft bis zum zweiten Kriegswinter	356
a) Die Lage zu Kriegsbeginn . . . . .	356
b) Die Rohstoffbeschaffung im Auslande und die Gründung der Wollzentrale . . . . .	357
c) Die Maßnahmen zur Bewirtschaftung der inländischen Vorräte	359
2. Der Ausbau der Kriegswirtschaft nach dem zweiten Kriegswinter	361
a) Die Ausgestaltung und Tätigkeit der kriegswirtschaftlichen Organisationen . . . . .	361
b) Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen . . . . .	367
c) Kohlennot und Betriebskonzentration . . . . .	371
C. Die österreichische Schafwollindustrie zu Ende des Krieges . . . .	373



## VORWORT

### DES GENERALHERAUSGEBERS.

Im Herbst 1914 ist mit einem Male, an Stelle der Theorie, der Geschichtschreibung die Aufgabe zugefallen, die Wirkungen zu erforschen, die der Krieg auf die moderne Gesellschaft hat. Dieser veränderten Sachlage mußte auch die Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden das Programm anpassen, nach welchem ihre Abteilung für Wirtschaft und Geschichte ihre Untersuchungen zu führen hatte. Der Leiter der Abteilung machte demzufolge den Vorschlag, man solle versuchen, im Wege geschichtlichen Nachweises die Größe der wirtschaftlichen Aufwendungen und Verluste zu ermitteln, die die Kriegskosten ausmachen, und ebenso das Maß der Umwälzungen zu bestimmen, die der Krieg für die moderne Zivilisation zur Folge hat. Wenn mit einer solchen Untersuchung Männer besonnenen Urteils und entsprechender Schulung betraut würden, die sich der Pflicht wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit und Treue bewußt sind, so durfte man wohl annehmen, daß Ergebnisse gefunden würden, an denen sich eine gesunde öffentliche Meinung bilden konnte. Es war zu erwarten, daß eine in solchem Sinne gearbeitete Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges den Friedensgedanken fördern werde, dem die Carnegie-Stiftung gewidmet ist.

Wie groß das Bedürfnis nach einer solchen mit historischem Sinne geplanten und durchgeführten Forschung sei, wurde immer klarer, je weiter der Krieg fortschritt, der bei allen Nationen gedrängte Kräfte entfesselte, nicht nur, um sie in einem ungeheuren Zerstörungsprozeß zu verbrauchen, sondern auch, um die produktive Arbeit zu erhöhter Leistungsfähigkeit anzutreiben. Dieses neue wirtschaftliche Leben, das für die Gesellschaft unter den normalen Verhältnissen des Friedens hätte



ein Gewinn sein können, und die überraschende Fähigkeit der kriegführenden Völker, lang andauernde und immer zunehmende Verluste zu ertragen — Tatsachen, die oft genug äußerlich den Anschein eines neuen Aufschwunges boten —, erforderten eine Neubearbeitung des ganzen Gebietes der Kriegswirtschaft. Die Abteilung für Wirtschaft und Geschichte konnte dem Problem, das sich ihr darbot, nur gerecht werden, wenn sie ihre volle Kraft darauf konzentrierte, und wenn sie es zugleich mit dem Sinne und den Methoden des Historikers, das heißt als ein zusammenhängendes Ganzes untersuchte. Geradeso wie der Krieg selbst ein Ereignis für sich war, dessen Wirkungen aber doch auf scheinbar ganz getrennten Wegen bis in die entlegensten Gebiete der Welt drangen, so mußte auch seine wissenschaftliche Erforschung nach einem Plane vorgenommen werden, der in sich geschlossen war, der aber trotzdem bis zu den Grenzen reichte, bis zu denen man brauchbare Daten praktisch noch zu finden vermochte.

Während des Krieges konnte jedoch ein wissenschaftlicher und objektiver Forscher nicht daran denken, diesen Plan in großem Maßstabe und mit Aussicht auf Verläßlichkeit durchzuführen. Gelegentliche Studien und Teilforschungen konnten wohl gemacht werden und wurden auch unter der Leitung der Abteilung gemacht, eine umfassende geschichtliche Untersuchung war aber aus offenliegenden Gründen nicht zu machen. Erstens hatte jede autoritative Aufstellung über die Hilfsmittel der kriegführenden Mächte ihren unmittelbaren Zusammenhang mit der Leitung der Armee im Felde, was die Folge haben mußte, daß die wirtschaftlichen Daten der kriegführenden Länder soweit als möglich dem forschenden Beobachter entzogen wurden, während sie im Frieden der wissenschaftlichen Bearbeitung bereitwilligst zur Verfügung gestellt worden waren. Zu dieser Schwierigkeit, welche die Mittel der Forschung betraf, kam die weitere hinzu, daß fast alle zur Bearbeitung berufenen Forscher in ihren Ländern zur Dienstleistung im Kriege herangezogen und für wissenschaftliche Arbeit nicht zu haben waren. Daher wurde der Plan einer Kriegsgeschichte bis zu dem Zeitpunkt aufgeschoben, da die Verhältnisse in den Ländern, um die es sich handelte, den Zugang zu den entscheidenden Quellen und die Zusammenarbeit von Historikern, Nationalökonomen und Männern des öffentlichen Lebens gestatten würden, ohne daß

ihr gemeinsames Wirken nach Absicht und Inhalt einer Mißdeutung ausgesetzt war.

Nach Beendigung des Krieges nahm die Carnegie-Stiftung ihren Plan einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges wieder auf, indem man erkannte, daß er sich unter den gegebenen Umständen mit nur ganz geringen Änderungen durchführen ließe. Im Sommer und Herbst 1919 wurde die Arbeit begonnen. Der ökonomische Beirat der Abteilung für Wirtschaft und Geschichte trat zu einer Konferenz in Paris zusammen. Bald wurde es jedoch klar, daß für das Unternehmen einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges eine neue, feiner gegliederte Organisation geschaffen werden mußte, die weniger auf internationaler Zusammenarbeit als auf nationaler Grundlage aufgebaut wäre. Man konnte so lange zur vergleichenden Forschung nicht vorsehreiten, als nicht in jedem einzelnen Lande die Tatsachen einwandfrei festgestellt waren. Und wie mannigfaltig und verwickelt waren diese nicht bei jedem einzelnen Volk! Es wurde daher der alte europäische Arbeitsausschuß aufgelöst, und es wurde beschlossen, in jedem der größeren Länder Schriftleitungen zu bilden und in den kleineren Einzelherausgeber zu ernennen, die sich — wenigstens vorläufig — auf die wirtschaftliche und soziale Kriegsgeschichte ihrer eigenen Länder zu beschränken hätten.

Die Bildung dieser Schriftleitungen war der erste Schritt, den der Generalherausgeber in jedem Lande zu tun hatte, in welchem man an die Arbeit heranging. Und wenn es überhaupt einer Rechtfertigung für den Arbeitsplan der Carnegie-Stiftung bedarf, so ist sie durch die Namen der ausgezeichneten Gelehrten und Staatsmänner gegeben, welche das verantwortliche Amt der Leitung des Werkes auf sich genommen haben. Ihre Verantwortung darf nicht gering eingeschätzt werden, denn sie haben die aufgestellten allgemeinen Grundsätze den ganz verschiedenenartigen Anforderungen der nationalen Verhältnisse und Arbeitsmethoden anzupassen. Von dem Grade der Hingebung und Gewissenhaftigkeit, mit dem die leitenden Männer der beteiligten Länder zusammenwirken, wird der Erfolg abhängen, der errungen werden kann.

Sobald einmal die Organisation für die Herausgabe des Werkes zustande gekommen war, konnte kaum ein Zweifel darüber sein, was der nächste Schritt sein mußte, der zu tun war.

Ohne Quellen kann es keine Geschichtsforschung geben. Es mußten daher alle Dokumente des Krieges, die örtlich zerstreuten ebenso wie die in den Zentren befindlichen, aufbewahrt und, soweit dies mit dem öffentlichen Interesse vereinbar war, der wissenschaftlichen Forschung zugänglich gemacht werden. Diese rein archivarische Arbeit, die sehr groß ist, fällt von Rechts wegen den Regierungen und anderen Inhabern von historischen Dokumenten zu, nicht aber den Geschichtsforschern und Nationalökonomern, die sie benützen wollen. Es ist dies eine Verpflichtung des Eigentümers, alle solchen Dokumente sind anvertrautes öffentliches Gut. Sache der Mitarbeiter bei dieser Aufgabe der Kriegsgeschichte war es, die Lage, wie sie sie vorfanden, zu überblicken, die Ergebnisse ihrer Forschungen in Form von Handbüchern oder Führern herauszugeben und vielleicht durch Anregung zum Vergleich dazu zu verhelfen, daß schließlich die beste Arbeitsmethode allgemein angewendet werde.

Mit dieser rein archivarischen Tätigkeit schienen zunächst die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Arbeit erschöpft zu sein. Hätte sich der Plan der Kriegsgeschichte darauf beschränkt, die Untersuchung auf Grund amtlicher Dokumente zu führen, so hätte wohl nur wenig mehr getan werden können, denn wenn auf diesen einmal der Vermerk «geheim» steht, so werden sich nur wenige Beamte finden, die Mut und Initiative genug besitzen, das Geheimsiegel zu lösen. Ausgedehnte Massen von Quellenmaterial, die dem Historiker unentbehrlich sein mußten, würden seiner Hand entzogen gewesen sein, mochte auch ein großer Teil davon aus jedem Gesichtspunkte ganz harmlos sein. Nachdem die Bedingungen des Krieges auf diese Weise fortfuhren, die Untersuchung zu hindern, und dies voraussichtlich noch durch lange Jahre tun mußten, so war es notwendig, irgendeinen Ausweg zu finden.

Glücklicherweise ließ sich ein anderer gangbarer Weg auf die Weise finden, daß man, auf Grund eines reichlichen Quellenmaterials, solche Männer zur Berichterstattung berief, die während des Krieges irgendeine wichtige Rolle bei der Leitung der Staatsgeschäfte innegehabt hatten oder die als genaue Beobachter in irgendeiner bevorzugten Stellung imstande waren, aus erster oder wenigstens aus zweiter Hand die Geschichte der verschiedenen Wirtschaftsphasen des großen Krieges und seines



Einflusses auf die Gesellschaft zu schildern. So kam man auf den Plan einer Reihe von Einzeldarstellungen, die man am besten als ein Mittelding zwischen Blaubüchern und Memoiren bezeichnen könnte und die zum größten Teil aus nicht offiziellen, jedoch zuverlässigen Schilderungen oder Geschäftsdarstellungen bestehen sollten. Diese Monographien machen den Hauptteil des bisher geplanten Werkes aus. Sie sollen sich nicht auf Studien über die Kriegszeit allein beschränken, denn eine Wirtschaftsgeschichte des Krieges muß sich mit einer längeren Periode als der des tatsächlichen Kampfes befassen. Sie muß ebenso die Jahre des «Abflauens» wenigstens für so lange umfassen, bis sich ein verlässlicherer Maßstab für die wirtschaftlichen Umwälzungen finden läßt, als dies dem Urteil der unmittelbaren Zeitgenossen möglich wäre.

Bei diesem Abschnitt der Arbeit kam für die Herausgeber eine neue Seite ihrer Aufgabe heraus. Die Monographien mußten in erster Linie mit Rücksicht auf die Mitarbeiter ausgewählt werden, die man aufzufinden vermochte, während sonst das verfügbare Quellenmaterial dem Geschichtschreiber die Aufgabe stellt; denn die Mitarbeiter waren es ja, welche die Quellen beherrschten. Dieser Umstand brachte seinerseits wieder eine neue Einstellung gegenüber den hochgehaltenen Idealen des Historikers, der festen Geschlossenheit der Darstellung und der Objektivität. Man konnte sich unmöglich auf ganz strenge gezogenen Linien halten, wenn man von jedem Mitarbeiter eben dasjenige herausbringen wollte, was er vor allem zu sagen in der Lage war, gewisse Tatsachen mußten wiederholt und von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden, auch mußte man gelegentlich aufnehmen, was, strenge genommen, nicht in das Gebiet der Geschichte gehörte. Volle Objektivität konnte hierbei nicht immer gewahrt werden. Das Verlangen der Anklage oder der Rechtfertigung mochte wohl manche partiische Anschauung zum Ausdruck bringen. Aber solche Anschauungen bilden ja in einer ganzen Zahl von Fällen ein wesentliches Element der Geschichte, da die zeitgenössische Beurteilung von Tatsachen oft so bedeutungsvoll ist wie die Tatsachen selbst. Übrigens ist unser Werk in seiner Gesamtheit so angelegt, daß es sich selbst korrigiert — und wo es das nicht tut, werden es andere tun.



Neben diesen monographischen Behandlungen des Quellenmaterials sind auch noch Einzelstudien in Aussicht genommen, die über technische oder statistische oder enger begrenzte geschichtliche Materien von besonderen Fachmännern geliefert werden sollen. Sie haben bis zu einem gewissen Grade auch den Charakter von Arbeiten aus erster Hand, da sie die geschichtlichen Tatsachen in einer Tiefe fassen, wie diese einer späteren Zeit nicht mehr erreichbar wäre. Sie gehören auch zum Werke des Aufbaues, durch das die Geschichte von der Analyse zur Synthese schreitet. An diesem mühsamen und langwierigen Werke hat die Arbeit eben erst begonnen. Indem wir die ersten Vorarbeiten zu einer Geschichte leisten, wie die von uns geplante es sein soll, gleichen wir, um es im Bilde zu sagen, dem Arbeiter, der die Baumwollkapsel von der Staude bricht. Die verschlungenen Fäden der Ereignisse müssen dann erst zu dem reichgemusterten Stoffe der Geschichte verwoben werden, und für dieses schöpferische und formende Werk werden wohl recht verschiedene Weisen der Anlage und der Arbeitsverbände notwendig sein.

Bei einem Werk, welches das Erzeugnis einer so weit angelegten und wechselnd zusammengesetzten Arbeitsgemeinschaft ist, ist es unmöglich, anders als in ganz allgemeiner Weise das Maß der Verantwortlichkeit zu bestimmen, das die Herausgeber und Verfasser in Rücksicht auf den Inhalt der einzelnen Darstellungen zu tragen haben. Der Generalherausgeber ist für den allgemeinen Plan zu dieser Geschichte und für dessen wirkliche Durchführung verantwortlich. In jedem besonderen Falle haben aber die verschiedenen Schriftleitungen und Einzelherausgeber in weitem Maße die Feststellung der Untersuchungsprogramme bestimmt und ihnen fällt es auch zu, die unter ihrer Leitung verfaßten Schriften zu lesen. Jedoch kann man sie bei den von ihnen gebilligten Monographien keineswegs für die Schlüsse und Meinungen der Verfasser verantwortlich machen. Wie ein Herausgeber sonst, verbürgen sie sich hinsichtlich der Schriften, die in die veröffentlichten Serien aufgenommen werden, wohl für deren wissenschaftlichen Wert, für ihre Angemessenheit und Brauchbarkeit, im übrigen haben aber die Verfasser volle Freiheit, ihre persönlichen Beiträge auf ihre eigene Weise zu schreiben. Ebenso wenig läßt die Tatsache der Veröffentlichung der Monographien den Schluß zu, daß die Car-

negie-Stiftung sich mit allen einzelnen darin enthaltenen Schlußfolgerungen einverstanden erkläre. Die Carnegie-Stiftung ist nur der Geschichte verantwortlich; gegenüber den wechselnden Darstellungen und Anschauungen der Verfasser — insoweit sie für das Verständnis des Krieges in seinem vollen Inhalt wesentlich sind — hat sie nicht die Verpflichtung, sie als unzulässig abzuweisen, sondern ihre Verpflichtung ist die, sie in Treue zu pflegen und zu bewahren.

---

Das Erscheinen des vorliegenden Bandes, des letzten der österreichischen Serie, hat sich namhaft verzögert; zum Teil infolge der Schwierigkeiten, die sich bei Beschaffung des einschlägigen Materials ergeben haben, zum Teil wegen der Inanspruchnahme des Autors, Gesandten a. D. Richard Riedl, durch eine Reihe anderweitiger bedeutsamer Aufgaben. Der Plan des Buches wurde vor mehr als zehn Jahren, noch unter Mitwirkung des seither verstorbenen Ministers a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser entworfen. Seit der Inangriffnahme der ersten Arbeiten an dem Werk über die Industrie Österreichs während des Krieges haben die Länder der ehemaligen Habsburger-Monarchie, über sie hinaus aber auch die Länder ganz Europas, ja die der ganzen zivilisierten Welt, mit zunehmender Schärfe die Wirkung der wirtschaftlichen Verschiebungen zu fühlen bekommen, die der Weltkrieg verursacht hat. Der vorliegende Band bildet nun einen Beitrag von wesentlicher Bedeutung zu dem Problem der ökonomischen Auswirkungen des Krieges. Er schildert die Anstrengungen, die seinerzeit unter dem Drucke der Blockade gemacht wurden, um die wirtschaftlichen Kräfte innerhalb eines großen Staatswesens zu überwachen und zu leiten. Er gibt einen eingehenden Überblick über die Probleme dieser ungeheuren Aufgabe, zeigt die Kraft, enthüllt aber auch die Schwächen des Systems an der Hand statistischer Daten, die zum großen Teil auf einem Material fußen, das dem Geschichts- und Wirtschaftsforscher nicht leicht zugänglich ist.

Gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt wird das Buch für jeden, der grundlegende Fragen der Staatswissenschaft oder Wirtschaftspolitik zu ergründen versucht, von ganz besonderem Interesse sein. Im Jahre 1917, also viele Jahre vor der Aufstellung des bekannten «Fünfjahrplanes» der Sowjetunion und

vor der faszistischen Wirtschaftsverfassung in Italien, hat der Autor des Bandes, Gesandter a. D. Riedl, damals Sektionschef im k. k. Handelsministerium und Generalkommissär für Kriegs- und Übergangswirtschaft, einen umfassenden, detaillierten Entwurf für die Unterstellung von Industrie und Handel Altösterreichs unter staatliche Kontrolle, gleichzeitig jedoch auch für die Organisation ihrer Selbstverwaltung und für die allmähliche Rückführung zu freieren Wirtschaftsformen, ausgearbeitet. Die Geschichte dieses Planes und seiner Durchführung erzählt dieser Band. Mit dem Zusammenbruch der alten Habsburger-Monarchie schien dieses Kapitel ihrer Geschichte allerdings nicht mehr von Bedeutung zu sein. Und doch hat es durch die nachfolgenden Ereignisse wieder neue und große Wichtigkeit erlangt. Denn die wirtschaftliche Depression, die sich seit 1929 auf dem Gebiete des Geldwesens, der Industrie und des Handels geltend macht, hat Wirkungen gezeitigt, die denen des Weltkrieges nicht unähnlich sind. Wieder sind wir Zeugen einer Organisation des Wirtschaftslebens der Nationen unter Regierungsaufsicht, die an jene der Kriegszeit erinnert. Tatsächlich liegen ja auch die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskatastrophe zu großem Teil im Weltkriege selbst. Dieses Buch, das die Mobilisierung der wirtschaftlichen Kräfte Österreichs während des großen Krieges darstellt, ist daher in doppeltem Sinne von besonderem Interesse für die Gegenwart.

Anläßlich des Erscheinens des Werkes ist es dem Generalherausgeber ein aufrichtiges Bedürfnis, in erster Linie Herrn Gesandten a. D. Richard Riedl für die mustergültige Durchführung seiner umfassenden und ungemein schwierigen Aufgabe zu danken. Dieser Dank gilt aber auch seinen Mitarbeitern, durchwegs bewährten Mitgliedern einer der bestorganisierten Beamtenschaften der Welt, die in der Kriegswirtschaft unter der Leitung des damaligen Generalkommissärs für Kriegs- und Übergangswirtschaft Riedl selbstlos und hingebend tätig gewesen waren und die innerhalb ihres engeren seinerzeitigen Arbeitsfeldes auch an den Arbeiten für dieses Buch mitgewirkt haben.

In diesem letzten Bande der österreichischen Serie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges möchte der Generalherausgeber auch noch der loyalen und sachkundigen

Wirksamkeit gedenken, die Kabinettsvizedirektor Wilhelm Klastersky seit Schaffung der österreichisch-ungarischen Schriftleitung als Leiter ihrer Sekretariatsgeschäfte entfaltet hat. Nach dem Tode Professor Wiesers, des hochverdienten Vorsitzenden der Schriftleitung, fiel Klastersky vor allem die Aufgabe zu, für die restlose Durchführung der vom Redaktionskomitee gefaßten Pläne zu sorgen. Sein lebhaftes Interesse für das ganze Werk, seine Bemühungen um die Beschaffung des nötigen Materials und seine zielbewußte Mitwirkung bei manchen schwierigen Fragen allgemeiner Natur haben das Erscheinen der letzten Bände dieser Serie namhaft gefördert. Hiefür sei ihm hiemit im Namen der Generalschriftleitung bestens gedankt.

J. T. SHOTWELL.





## EINLEITUNG.

Die nachfolgende Darstellung der industriellen Kriegswirtschaft in Österreich ist ein Versuch, nicht nur das geschichtliche Geschehen festzuhalten und zu diesem Zwecke Tatsachen und Ereignisse in ihrer zeitlichen Folge aneinanderzureihen, sondern gleichzeitig auch in die verwirrende Fülle der Maßnahmen und Erscheinungen einige Ordnung und Übersicht zu bringen, die leitenden Gedanken herauszuarbeiten, die sich im Laufe der Zeit herausbildeten, und so zu einem System, oder wenn man will, zu einer Morphologie der Kriegswirtschaft zu gelangen.

Dieses System der Kriegswirtschaft sucht der «Allgemeine Teil» dieses Buches zu entwickeln.

Er beginnt mit den Maßnahmen und Vorkehrungen, die schon im Frieden als Vorsorge für den Fall eines Krieges ergriffen worden waren. Sie übten bestimmenden Einfluß auf die Richtung, welche die Kriegswirtschaft namentlich im Anfang einschlug, wenn dieser Einfluß auch im weiteren Verlauf des Krieges, je länger je mehr, hinter den Auswirkungen zurücktrat, die sich aus der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage ergaben.

Daran schließt sich eine Darstellung der ersten Phase der Kriegswirtschaft, in der die Organisierung der Rohstoffbeschaffung aus dem Ausland im Vordergrund stand und zur Bewältigung der kaufmännischen Aufgaben, die sich dabei ergaben, die ersten sogenannten Zentralen geschaffen werden mußten.

Je mehr sich jedoch vom zweiten Kriegsjahr anfangen die Absperrung der Mittelmächte durch die Blockade verschärfte, desto mehr trat diese Tätigkeit gegenüber der inneren Kriegswirtschaft zurück, die sich auf die

möglichst vollständige Erfassung der im Inlande befindlichen oder aus inländischer Erzeugung stammenden Rohstoffe und auf die Regelung ihrer Verarbeitung und ihres Verbrauches bezogen. Die Darstellung wendet sich daher in den folgenden Abschnitten der Tätigkeit zu, die von der staatlichen Verwaltung und von den neugeschaffenen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung in der Kriegswirtschaft entfaltet wurde. Ein weiterer Abschnitt gibt ein zusammenfassendes Bild der Maßnahmen, die zur Regelung des Verkehrs mit dem Ausland auf dem Gebiete der inneren Kriegswirtschaft und auf dem der Preispolitik ergriffen wurden.

Das Schlußkapitel des allgemeinen Teiles ist der Übergangswirtschaft und der Liquidierung der Kriegswirtschaft nach Beendigung der Feindseligkeiten gewidmet. Als Anhang ist ihm ein Abdruck der wichtigsten Abschnitte einer im Jahre 1917 erschienenen, vom Verfasser herrührenden Denkschrift über die Aufgaben der Übergangswirtschaft beigelegt.

Während auf diese Weise im allgemeinen Teil die großen Linien der Entwicklung und die Grundgedanken der Organisation aufgezeigt werden, schildert der nun folgende «Besondere Teil» den Werdegang der Kriegswirtschaft in einzelnen Wirtschaftszweigen. Eine vollständige und erschöpfende Behandlung aller Industriezweige verbot sich leider mit Rücksicht auf die Begrenztheit des zur Verfügung stehenden Raumes. Man mußte sich darauf beschränken, einzelne Industriezweige auszuwählen, die als typische Beispiele für die Methoden und Erscheinungsformen der Kriegswirtschaft gelten können. Bei der Auswahl dieser Beispiele wurde auch darauf Bedacht genommen, die Unterschiede an das Licht zu stellen, die sich aus dem Umstand ergaben, daß manche Industriezweige ausschließlich oder doch vorzugsweise Rohstoffe inländischer Herkunft verarbeiteten (so z. B. Holz, Papier, Leder, Eisen), während andere (farbige Metalle, Fette und Öle, Textilien) überwiegend auf Rohstoffe ausländischer Herkunft angewiesen waren. Die Bearbeitung der einzelnen Abschnitte des besonderen Teiles wurde von den Herren übernommen, die im Generalkommissariate für Kriegs- und Übergangswirtschaft die Angelegenheiten des betreffenden Industriezweiges zu behandeln

gehabt hatten. Es sind dies die Herren: Ministerialrat Ing. Alfred Deinlein, Ministerialrat a. D. Dr. Richard Ehrenfeld-Pop†, Sektionschef Dr. Karl Mörth, Sektionschef a. D. Dr. Eduard Sochor, Sektionsrat a. D. Dr. Karl Sosna, Sektionschef a. D. Dr. Otto Steindl, Kammeramtsdirektor a. D. Hofrat Dr. Max Thayenthal.

Ich erfülle eine angenehme Pflicht, wenn ich diesen Herren und auch jenen Mitarbeitern, deren Beiträge wegen des nur beschränkt zur Verfügung stehenden Raumes in dieser Arbeit unberücksichtigt bleiben mußten, im Namen des Redaktionskomitees für ihre wertvolle Mitarbeit, insbesondere für die außerordentliche Mühewaltung, die sie auf die Beschaffung des umfänglichen, oft nur schwer erreichbaren Materials verwendeten, den wärmsten Dank zum Ausdruck bringe.

Um die Einheitlichkeit der Darstellung zu sichern, erwies es sich allerdings als notwendig, die einzelnen Beiträge noch einer Bearbeitung zu unterziehen, die sich in manchen Fällen auf redaktionelle Änderungen, Kürzungen und Umstellungen beschränken konnte, während in anderen einschneidende Umarbeitungen und umfangreiche Ergänzungen des Materials vorgenommen werden mußten.

Fast alle in diesem Buche erwähnten Verordnungen sind in dem von Hofrat a. D. Dr. Arnold Lehmann publizierten Werk «Kriegswirtschaftliche Verordnungen betreffend den Wirkungskreis des k. k. Handelsministeriums», Wien, Manz, 1917/18, das einen überaus wertvollen Behelf für das Studium der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen darstellt, abgedruckt.

Wien, im Jänner 1932.

RICHARD RIEDL.





ALLGEMEINER THEIL:

**DIE ENTWICKLUNG  
DES SYSTEMS DER KRIEGS-  
WIRTSCHAFT**



# I. DIE WIRTSCHAFTLICHE VORBEREITUNG DES KRIEGES.

## 1. Die Heereslieferungsverträge.

Der wirtschaftlichen Vorbereitung für den Kriegsfall dienten vor allem die Verträge, welche die Heeresverwaltung schon im Frieden für die Lieferung von Ausrüstungsgegenständen verschiedenster Art schloß. Zum Teil wurden diese Lieferungsverträge mit einzelnen Firmen eingegangen, zum Teil mit Heereslieferungsgesellschaften (Lieferungskonsortien), die aus einer Anzahl von Firmen desselben Industriezweiges zusammengesetzt waren. In Österreich bestanden für Tuch und daraus gefertigte Uniformstücke zwei, für Leinen- und Baumwollwaren und die daraus hergestellten Wäsche- und Bekleidungsstücke ebenfalls zwei, für Leder, Schuhe und Lederwaren drei Heereslieferungsgesellschaften; in Ungarn wurde für jede dieser Gruppen nur eine einzige Gesellschaft gebildet.

Die Lieferungen wurden zwischen der österreichischen und ungarischen Industrie im Verhältnis der Quote, die im Ausgleich für die Beteiligung beider Staaten der Monarchie an den gemeinsamen Auslagen vereinbart worden war, aufgeteilt. Danach entfielen auf die österreichische Industrie 65·5%, auf die ungarische 34·5% der Lieferungen. Falls einer der beiden Staaten seinen Anteil bei einer bestimmten Ware nicht erreichen konnte, wurde dies durch stärkere Beteiligung bei der Lieferung eines anderen Artikels ausgeglichen, in der Regel allerdings nur dann, wenn dies bei einem verwandten Artikel innerhalb derselben Beschaffungsgruppe möglich war.

Wo die Natur der Sache es zuließ, wurde auch das Klein-gewerbe an den Heereslieferungen beteiligt. Dies geschah zum Teil in der Form, daß die Heeresverwaltung sich in den Lieferungsverträgen vorbehielt, einen bestimmten Teil ihrer Bestellungen statt an die Lieferungsgesellschaften an Klein-gewerbetreibende zu vergeben. In den Verträgen mit den



Heereslieferungsgesellschaften für Leder wurde dieser Vorbehalt allmählich bis auf 50% der ganzen Aufträge für Schuhe, Riemen- und Sattlerwaren ausgedehnt. Den Konsortialfabriken verblieb nur die Lieferung des Leders, das die Kleingewerbetreibenden von ihnen beziehen mußten. Auf diese Weise wurde im Jahre 1913 die Herstellung von 213.000 Paar Schuhen im Werte von 3,162.000 K sowie von Riemen- und Sattlerarbeiten im Werte von 444.000 K an Kleingewerbetreibende übertragen.

In anderen Fällen erfolgte die Heranziehung des Kleingewerbes mittelbar durch die Heereslieferungsgesellschaften, indem diese sich verpflichteten, einen Teil der übernommenen Lieferungen an Kleingewerbetreibende weiterzugeben oder diese bei ihren Arbeiten zu beschäftigen. So mußten die Lieferungsgesellschaften für Leinen und Baumwolle 25% aller Gewebe, die auf Handstühlen erzeugt werden können, bei Handwerkern herstellen lassen und außerdem auch einen Anteil von 7% der restlichen Lieferungsmenge an ihnen nicht angehörende kleinere Fabriken vergeben; ebenso wurden sie verpflichtet, zur Konfektionierung der Wäschestücke in erster Linie bedürftige Heimarbeiter, allenfalls auch Kleingewerbetreibende zu verwenden und 10% der gesamten Lieferung bei kleingewerblichen Genossenschaften konfektionieren zu lassen. Die Tuchlieferungsgesellschaften waren in ähnlicher Weise gehalten, 8½% der Aufträge an kleinere Webereien weiterzugeben, die der Gesellschaft nicht angehörten, zur Konfektionierung der Uniformstücke so weit als möglich Zivilarbeiter außerhalb ihrer Werkstätten heranzuziehen und einen Anteil von 10% der Gesamtlieferung an Uniformstücken bei den vom Kriegsministerium bezeichneten Schneidergenossenschaften konfektionieren zu lassen.

So berechtigt der Wunsch war, dem Kleingewerbe und der Heimarbeit einen Teil der Heereslieferungen zu sichern: im Kriegsfall bedeutete dies eher eine Hemmung der notwendigen Produktionssteigerung und eine Erschwerung der administrativen Aufgaben, welche die bestellenden Behörden zu bewältigen hatten.

Die Verträge, die mit den industriellen Heereslieferungsgesellschaften abgeschlossen wurden, enthielten in der Regel die Verpflichtung, die darin genannten Ausrüstungsgegenstände bis zu einer Menge zu liefern, die einer bestimmten im Vertrage

festgesetzten Wertsumme entsprach. Innerhalb dieser Grenze konnte jedoch die Heeresverwaltung auf Grund des tatsächlichen Bedarfes nach freiem Ermessen bestimmen, was und wieviel geliefert werden sollte. Beim Auftreten eines außerordentlichen Mehrbedarfes, namentlich im Mobilisierungs- oder Kriegsfalle, waren die Heereslieferanten verpflichtet, ihre Lieferungen auf das Doppelte bis Dreifache der im Vertrage festgelegten Höchstwerte zu steigern. Wenn sich darüber hinaus noch ein Mehrbedarf ergab, war das Kriegsministerium verpflichtet, die Lieferungsgesellschaften zur Stellung eines Angebotes aufzufordern, ehe es seine Aufträge anderweitig vergab. Unter gewissen Umständen war es den Lieferungsgesellschaften gestattet, einen Teil der übernommenen Aufträge an Firmen weiterzugeben, die ihnen nicht angehörten. Von diesen Ausnahmefällen abgesehen waren sie jedoch verpflichtet, die zur Lieferung übernommenen Waren von ihren Mitgliedern herstellen zu lassen und ihre Konfektionierung (d. h. die Weiterverarbeitung des Leders zu Schuhen und Riemenzeug, der Baumwollstoffe zu Wäschestücken, des Tuches zu Uniformen) in den eigenen Werkstätten der Gesellschaft oder unter ihrer Leitung durch Heimarbeiter zu besorgen.

Die erforderlichen Rohstoffe und Halbfabrikate sollten im Inlande beschafft werden, sofern sie daselbst erhältlich waren und innerhalb der gegebenen Frist zu gleichen oder nur geringfügig höheren Preisen wie anderwärts bezogen werden konnten. Bei Halbfabrikaten, wie z. B. Leder, Garnen und Geweben, war vorgeschrieben, daß sie in den Betrieben der Gesellschaftsmitglieder hergestellt werden sollten, soweit deren Leistungsfähigkeit reichte. Nur wenn der Umfang der Bestellungen darüber hinausging, sollten sie an andere, außerhalb des Konsortiums stehende Unternehmungen des Inlandes weitergegeben werden. War die Beschaffung des Materials in Österreich nicht möglich, so sollte die Gesellschaft zunächst versuchen, es aus Ungarn zu beziehen. Aus dem Zollaushande sollten Rohstoffe und Halbfabrikate für Heereslieferungen — abgesehen von solchen, die, wie z. B. Baumwolle, im Inlande nicht vorkommen — nur im Notfalle bezogen werden; im Frieden war dafür eine besondere Bewilligung des Kriegsministeriums erforderlich. Auch Rohstoffe, die, wie z. B. Flaechs oder Wolle, innerhalb der Monarchie nicht in ausreichender Menge vorhan-

den waren, sollten grundsätzlich wenigstens so weit als möglich im Zollinlande beschafft werden, um der heimischen Landwirtschaft den Vorteil gesicherten Absatzes und besserer Preise zuzuwenden. Einer rationellen Vorbereitung auf den Kriegsfall war diese Vorschrift allerdings ebensowenig förderlich wie die Heranziehung des Kleingewerbes; denn sie hinderte die Anlegung größerer Vorräte ausländischer Rohstoffe für Heereslieferungen, während auf der anderen Seite eine günstige Wirkung auf die Steigerung der inländischen Produktion, die von den Befürwortern dieser Maßregel in Aussicht gestellt wurde, ausblieb. So ist die österreichische Flachsernte im Vergleich der Jahre 1909 und 1912 von 309.000 auf 233.000 q zurückgegangen, während die ungarische mit 91.000 q stabil blieb. Die Zahl der Schafe sank in Österreich zwischen 1890 und 1913 von 3'18 auf 2'4 Millionen; in Ungarn erhielt sie sich während dieser Zeit auf der unveränderten Höhe von 7'5 Millionen. Künstliche kleine Hilfen, wie die Beteiligung an den Heereslieferungen, vermögen eben die durch die Entwicklung der Produktionsverhältnisse (so z. B. durch die Unvereinbarkeit der Schafzucht mit intensiver Bodenkultur oder durch die Steigerung der Löhne für die Aufbereitung des Flachses) bedingten Verschiebungen nicht aufzuhalten.

Die Lieferpreise wurden in den Verträgen vielfach (so z. B. für Schuhe und Lederwaren, für Baumwoll- und Leinenwaren und daraus hergestellte Wäschestücke, für Tuche und Uniformen) in der Weise bestimmt, daß sie sich aus einem veränderlichen und einem fixen Bestandteil zusammensetzten. Der veränderliche Bestandteil war der Preis der zur Anfertigung verwendeten Rohstoffe oder Halbfabrikate (z. B. des Leders, der Baumwollgarne, der Schafwolle). Er wechselte nach dem durchschnittlichen Marktpreis, der vierteljährlich mit Hilfe der Handels- und Gewerbekammern erhoben wurde. Den fixen Bestandteil bildeten die Kosten der Verarbeitung und Konfektionierung, die im Vertrage selbst festgesetzt waren. Die Abhängigkeit der Lieferpreise von der allgemeinen Preisgestaltung im Inland, die durch die Einführung eines veränderlichen Faktors in die Preisberechnung bewirkt wurde, hatte für die Kriegswirtschaft die Folge, daß die Heeresverwaltung unmittelbares Interesse an der Niederhaltung der Preise gewann. Ihr Druck verstärkte den Einfluß, den soziale Erwägungen auf die



Preispolitik der Regierung während des Krieges übten. Diese Preispolitik war auf ein doppeltes Ziel gerichtet: man wollte auf der einen Seite den militärischen Aufwand und die daraus entspringende finanzielle Belastung vermindern, auf der anderen die Entstehung von Unzufriedenheit in den breiten Schichten der Verbraucher hintanhaltend, indem man die Forderung ungerechtfertigt hoher Preise, die sogenannte «Preistreiberei», unter Strafe stellte und Höchstpreise für verschiedene Waren festsetzte. So lagen schon in dem Inhalte der Heereslieferungsverträge die Momente verborgen, die für die Entwicklungsrichtung der Kriegswirtschaft entscheidend wurden.

Irgendeine Verpflichtung zur Haltung von Rohstoffvorräten oder irgendwelche Vorkehrungen zu ihrer beschleunigten Beschaffung im Falle der Kriegsgefahr war in den Verträgen nicht vorgesehen, weder auf Seite der Heeresverwaltung noch auf derjenigen der Kriegslieferanten. Die Industrie war zu bestimmten Lieferungen verpflichtet, die sich im Kriegsfall automatisch erhöhten; sie hatte für die Erfüllung dieser Verpflichtung Kauttionen gestellt: damit schien der Militärverwaltung fürs erste die Frage der Sicherstellung des Kriegsbedarfes erledigt zu sein. Sache der Heereslieferanten war es, zuzusehen, wie und wo sie sich den Rohstoff beschaffen konnten.

## 2. Das Kriegsleistungsgesetz.

Zu allen Zeiten wurde das Staatsnotrecht anerkannt: das Recht des Staates, außerordentlichen Notständen durch Anwendung außerordentlicher, im Gesetze nicht vorgesehener Maßnahmen zu begegnen. Als ein Ausfluß dieses Notrechtes wurde es betrachtet, daß die Bevölkerung im Kriegsfall die Requisition von Nahrungsmitteln, Futterstoffen und allen möglichen anderen Bedarfsgegenständen über sich ergehen lassen, die Last der Einquartierung auf sich nehmen, Hand- und Spanndienste leisten, Arbeitskräfte für die verschiedensten Verwendungen beistellen müsse. Österreich und Ungarn folgten nur dem Beispiele Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Schweiz, als sie im Jahre 1912 daran gingen, dieses Notrecht des Staates zu kodifizieren, die Lasten, die der Bevölkerung im Kriegsfall auferlegt werden können, sowie die Beschränkungen, welche die Freizügigkeit der Person und die Freiheit des Eigentums dabei treffen, durch ein Gesetz näher zu bestimmen. Das



Kriegsleistungsgesetz vom 26. September 1912, RGBl. Nr. 236, setzte an Stelle der Willkür, die mit der Übung eines Notrechtes notwendigerweise verbunden ist, feststehende Vorschriften und gewährte vor allem volle Sicherheit entsprechender Vergütung aller Kriegsleistungen. Gleichzeitig brachte es jedoch eine außerordentliche Ausdehnung des Begriffes der Kriegsleistung. Die Requisitionen früherer Zeit hatten sich der Hauptsache nach auf das eigentliche Kriegsgebiet beschränkt. Um die ins Ungeheure gewachsenen Bedürfnisse der modernen Massenheere sicherzustellen, schien es jedoch notwendig, auch die ganze Bevölkerung und die gesamte Wirtschaft des Hinterlandes mit allen ihren Hilfsmitteln und Vorräten zu Kriegsleistungen heranzuziehen, «wenn die Erfordernisse der bewaffneten Macht auf normalem Wege, d. h. nach den im Frieden üblichen Modalitäten, nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßig größerem Kostenaufwande zu beschaffen wären».

Allerdings enthielt das Gesetz die einschränkende Bestimmung, daß die Anforderung von Kriegsleistungen auf den unbedingten Bedarf eingeengt werden müsse, daß sie nur nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit des Verpflichteten stattfinden könne und daß unter allen Umständen, soweit im Gesetze nicht ausdrücklich das Gegenteil bestimmt ist, eine entsprechende Vergütung gewährt werden müsse.

Die Kriegsleistung konnte sich beziehen:

1. auf persönliche Dienstleistungen;
2. auf die Beistellung von Fuhrwerk, Zug- und Tragtieren aller Art, Automobilen, Wasser- und Luftfahrzeugen samt Bedienungsmannschaft;
3. auf die Benützung von Straßen, Wegen, Eisenbahnen, privaten Telegraphen- und Telephonanlagen;
4. auf den Weiterbetrieb oder die Überlassung industrieller oder gewerblicher Betriebsanlagen;
5. auf die Benützung von Immobilien für militärische Zwecke;
6. auf die Einquartierung;
7. auf die Beistellung von Verpflegsartikeln oder Futtermitteln;
8. auf die Überlassung aller anderen Gegenstände oder Waren, die als Kriegshilfsmittel benötigt werden, sei es zur

vorübergehenden Benützung, sei es in der Form endgültiger Entäußerung.

In welchem Umfange, wann und wo die Verpflichtung zur Kriegsleistung einzutreten hätte, sollte grundsätzlich vom Minister für Landesverteidigung bestimmt werden. Für dringende Fälle wurde jedoch den einzelnen militärischen Kommanden und Behörden das Recht eingeräumt, die Anforderung unmittelbar an die politischen Verwaltungsbehörden oder an die Gemeinden zu richten, die sodann die Beistellung der Kriegsleistungen durch die Bevölkerung zu verfügen hatten, ohne erst eine Verfügung des Landesverteidigungsministeriums abzuwarten. Im äußersten Notfalle konnten die militärischen Kommanden auch von dieser Vermittlung der örtlichen Verwaltungsbehörden absehen und die Kriegsleistung unmittelbar beim Leistungspflichtigen ansprechen.

Durch diese Bestimmungen war im Kriegsfall tatsächlich die ganze Bevölkerung und die gesamte Wirtschaft militärischer Verfügung unterstellt. Der Landesverteidigungsminister — in Ungarn, wo ein gleichlautendes Gesetz erlassen wurde, der Honvédminister — konnte, wenigstens *theoretisch*, ohne das Einvernehmen mit anderen Ministerien pflegen zu müssen, alle vorhandenen Vorräte irgendwelcher Waren für militärische Zwecke anfordern, jeden Betrieb für sie in Anspruch nehmen und auch Einzelpersonen in dem Umfange, in dem es ihm notwendig schien, zu Kriegsleistungen heranziehen, gleichgültig, ob im Kriegsgebiete selbst oder im Hinterland. Er war daran praktisch nur dadurch gehindert, daß er zur Durchführung seiner Maßnahmen doch der Mitwirkung der zivilen Verwaltung bedurfte und schon mit Rücksicht auf seine Einordnung in die Gesamtregierung ein Einvernehmen mit den übrigen Ressorts suchen mußte.

Am wichtigsten für die industrielle Kriegswirtschaft war die Stellung ganzer Betriebe unter Kriegsleistung. Das Gesetz verpflichtete die Besitzer industrieller Anlagen, diese — je nach Wahl der anfordernden militärischen Stelle — selbst zum Zwecke der Versorgung des Heeres mit den darin hergestellten Waren weiterzuführen oder sie samt dem ganzen Personal der Militärverwaltung zum Gebrauch zu überlassen.

Diese Bestimmung sollte der Heeresverwaltung die Möglichkeit geben, ganze Betriebe, z. B. Waffen- und Munitionsfabriken, Kohlenbergbaue, Betriebe zur Erzeugung von Heeresbedarfs-, insbesondere Sanitätsartikeln, ferner Transportanstalten und ähnliche Unternehmungen, vollständig für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen und militärischer Leitung zu unterstellen. Die Maßregel erstreckte sich auch auf das gesamte Personal. Alle in solchen Betrieben beschäftigten Personen waren für die Dauer der Inanspruchnahme des Unternehmens verpflichtet, in ihrem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse zu verbleiben, bis die Verpflichtung zur Kriegsleistung aufhörte oder ein persönlicher Enthebungsgrund eintrat.

Den Regelfall bildete wohl die Fortführung des Betriebes durch den bisherigen Inhaber und durch sein Personal unter militärischer Aufsicht. Im Falle der Überlassung des Betriebes an die Heeresverwaltung trat diese an die Stelle des Unternehmers, der Betrieb wurde fortan für ihre Rechnung geführt und der Besitzer der Anlage erhielt nur ein kommissionell festgestelltes Entgelt für deren Benützung. Der Heeresverwaltung blieb auch vorbehalten, die Dienst- und Arbeitskräfte für einen Betrieb unmittelbar beizustellen, wenn dies notwendig schien, um die Geheimhaltung zu verbürgen, Abgänge im Personal zu ersetzen oder Personalvermehrungen durchzuführen, die sonst nicht möglich gewesen wären.

Es brachte für den Unternehmer gewisse Vorteile, wenn sein Betrieb unter Kriegsleistung gestellt wurde. Solange noch keine einheitliche Bewirtschaftung der Rohstoffe eingeführt war, konnte er auf bevorzugte Belieferung oder sogar auf Beschlagnahmen zu seinen Gunsten rechnen. Auch bei der Kohlenversorgung, bei der Beistellung von Waggonen und bei der Abwicklung des Eisenbahntransports konnte er Begünstigungen gegenüber den nicht unter Kriegsleistung stehenden Betrieben erwarten, und die gehäuften Weisungen, die nach dieser Richtung hin ergingen, waren mit ein Grund für die Schwierigkeiten, die sich bei der Kohlenversorgung und im Eisenbahnbetrieb ergaben.

Der Hauptvorteil aber lag darin, daß jeder Betrieb von dem Augenblick an, wo er unter Kriegsleistung gestellt wurde, seines Personals sicher war. Es konnte von anderen Betrieben nicht mehr abgemietet werden, man war daher auch nicht ge-



nötigt, Ansprüchen auf Lohnforderungen nachzugeben, um den Wegzug von Arbeitern zu verhindern, und man war endlich auch gegen Arbeitseinstellungen und Widersetzlichkeiten gesichert, weil das Gesetz alle Angestellten und Arbeiter verpflichtete, den von der militärischen Aufsicht oder Leitung des Betriebes für die Durchführung von Arbeiten erteilten Befehlen unbedingt Folge zu leisten und sie im Falle einer Verletzung dieser Pflicht der Militärstraßgerichtsbarkeit und der militärischen Disziplinarstrafgewalt unterwarf. Ein unter Kriegsleistung gestelltes Unternehmen bildete mit seinem ganzen Personal gewissermaßen einen unter Kriegsrecht stehenden Heeresbetrieb.

Dieser Zustand hatte jedoch auch seine unangenehmen Seiten. Die zu militärischen Leitern bestellten Offiziere waren größtenteils kriegsinvalid oder dem Ruhestand entnommene Offiziere, die völlig unvertraut mit der Führung industrieller Unternehmungen waren. Sie waren dem Unternehmer erwünscht, solange sie nur eine Art Betriebspolizei darstellten; bei längerer Dauer des Krieges mehrten sich jedoch die Fälle, in denen sie im Gefühle ihrer Kommandogewalt oder auch auf Weisung einer vorgesetzten militärischen Stelle in die Betriebsführung selbst eingriffen. Besonders häufig waren solche Eingriffe auf sozialem Gebiete. Das militärische Zwangsverhältnis, in welchem die Arbeiter eines unter Kriegsleistung gestellten Betriebes sich befanden, schien als Ergänzung einen Schutz des Arbeiters gegen ungerechte Ausnützung dieses Zwanges durch den Unternehmer zu fordern. Zu diesem Zwecke konnten Beschwerden bei den militärischen Betriebsleitern eingebracht werden.

Es muß zugegeben werden, daß die militärischen Betriebsleiter ihre Aufgaben oft mit Takt und Geschicklichkeit durchführten und so wesentlich dazu beitrugen, ein gutes Verhältnis zwischen den Unternehmern und Arbeitern aufrechtzuerhalten. Häufiger scheinen jedoch die Fälle gewesen zu sein, wo entweder mit übertriebener Strenge vorgegangen oder im Gegensatz dazu grundsätzlich gegen den Arbeitgeber Partei genommen wurde. In beiden Fällen wurde das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielt. Gegenseitige Verbitterung trat ein, Ordnung, Disziplin und Arbeitswilligkeit wurden nicht gefördert, sondern untergraben.



Je länger der Krieg dauerte, desto schwerer machten sich diese Nachteile fühlbar. Auf die Dauer konnte die Tätigkeit eines Schieds- und Einigungsamtes nicht durch militärische Befehlsgewalt ersetzt werden. Durch kais. Verordnung vom 18. März 1917, RGBl. Nr. 122, wurden neue Vorschriften über die Regelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen in allen einem militärischen Zwecke dienenden Betrieben erlassen. Als solche Betriebe waren nach der Verordnung sowohl die im eigenen Besitz der Militärverwaltung stehenden wie die unter Kriegseistung gestellten oder auf Grund des Kriegseistungsgesetzes der Militärverwaltung überlassenen anzusehen.

An die Spitze der Verordnung wurde der Grundsatz gestellt, daß den Personen, die in einem solchen Betriebe beschäftigt sind «in ihrer beruflichen Ausbildung und ihren Leistungen angemessener, durch die jeweiligen Lebens- und Arbeitsverhältnisse bedingter Lohn» zu gewähren sei. Zur Erledigung von Lohnforderungen, die sich auf diese Bestimmung gründeten, oder von Begehren auf Änderung der Arbeitsbedingungen wurden Beschwerdekommmissionen errichtet, die aus einem vom Minister für Landesverteidigung ernannten Vorsitzenden, einem vom Handelsminister oder bei Fragen, die einen Bergbau betrafen, vom Minister für öffentliche Arbeiten ernannten Mitglieder, einem vom Justizminister ernannten Richter und endlich je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestanden, welche wieder der Handelsminister — wenn es sich um Bergbaue handelte der Minister für öffentliche Arbeiten — ernannte.

Die Beschwerdekommmissionen wurden gleichzeitig örtlich und fachlich gegliedert. Man errichtete in den Mittelpunkten aller größeren Industriebezirke in der Regel drei Kommissionen: für die metallverarbeitende Industrie, für die übrigen Industrien und für den Bergbau. In manchen Industriebezirken wurde ebenso wie für die metallverarbeitende Industrie auch noch für eine andere daselbst besonders stark vertretene Industriegruppe eine besondere Kommission errichtet, so z. B. in Pilsen für die keramische und Glasindustrie, in Wien, Wiener-Neustadt und Reichenberg für die chemische Industrie, in Brünn, Olmütz und Mährisch-Ostrau für die Textilindustrie, wogegen in den Bezirken ohne Bergbau die Aufstellung besonderer Kommissionen für diesen entfiel, so z. B. in Wien, Wiener-Neustadt

und Olmütz. Manchenorts, so z. B. in Klagenfurt und Innsbruck, wurde nur eine Beschwerdekommision für alle Industrie- und Bergwerksbetriebe eingesetzt. Auf den Bergbau bestimmter Bezirke beschränkte Kommissionen wurden für die böhmischen Braunkohlenreviere in Brüx und für die ostgalizischen Petroleumgruben und Bergwerke in Drohobycz errichtet.

Außer der schieds- und einigungsämtlichen Entscheidung über ein von den Arbeitern gestelltes Begehren auf Lohn- erhöhung oder Änderung der Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit und Arbeitspausen, Sonntagsruhe, Schutzvorkehrungen, Unter- bringung, Verköstigung u. dgl.) hatten die Kommissionen auch noch über Ansprüche der Arbeitnehmer zu entscheiden, welche die Ausführung eines bestehenden Lohn- oder Arbeitsvertrages, nicht dessen Abänderung, betrafen, und endlich oblag ihnen die Entscheidung über das Verlangen eines Arbeitnehmers nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses in allen Fällen, in denen diese Auflösung nicht einvernehmlich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und mit Zustimmung des militärischen Leiters erfolgte.

Die Beschwerdekommisionen hatten in allen Fällen, wo es sich nicht bloß um die Auflösung des Arbeitsverhältnisses handelte, vor ihrer Entscheidung eine gütliche Vermittlung zu versuchen. Ihre Entscheidungen waren für beide Teile rechts- verbindlich und unanfechtbar; sie konnten sowohl über Be- gehren einzelner wie auch mehrerer Personen, aber, auch von amtswegen getroffen werden. Die Befolgung der Entscheidungen konnte von den politischen Behörden mit Geld- und Arrest- strafen erzwungen werden.

Ein Mittelding zwischen Gewerbegericht und Einigungs- amt, waren die Beschwerdekommisionen dazu bestimmt, ein ge- ordnetes Verfahren vor einer unparteiischen Instanz an die Stelle der willkürlichen Entscheidung des militärischen Betriebs- leiters zu setzen.

Die Stellung der Betriebe unter Kriegsleistung konnte, wenn sie sich lückenlos auf einen ganzen Industriezweig erstreckte, die Organisierung der Kriegswirtschaft unter ausschließlicher militärischer Leitung bei vollständiger Ausschaltung der zivilen Verwaltung bedeuten. Wo die Militärverwaltung über ein zahl- reiches fachmännisch gebildetes Personal verfügte, wie in der

Waffen- und Munitionsindustrie, in der es große, im Eigentum der Heeresverwaltung stehende Betriebe gab, war diese Organisationsform vielleicht die einfachste und beste Lösung. Auf anderen Gebieten zeigte sich jedoch bald die Unmöglichkeit einer rein militärischen Führung der Kriegswirtschaft, obwohl das Kriegsleistungsgesetz den militärischen Behörden neben der Stellung der Betriebe unter Kriegsleistung auch noch ein weiteres Zwangsmittel zur Verfügung stellte, indem es die Anforderung aller als Kriegshilfsmittel in Betracht kommenden Gegenstände vorsah.

Zunächst hatte man bei dieser Bestimmung Requisitionen im Auge, die im unmittelbaren Kriegsgebiete vorgenommen werden, um den augenblicklichen Bedarf zu decken, wenn der Nachschub nicht rechtzeitig zur Stelle ist. Daneben war jedoch auch an den Fall gedacht, daß die mit bestimmten Lieferanten geschlossenen Lieferungsverträge für die Deckung des Heeresbedarfes im Kriegsfall nicht ausreichen oder daß die Beschlagnahme von Roh- und Hilfsstoffen notwendig wird, um den vertragsmäßigen Lieferanten die Ausführung der Aufträge zu ermöglichen. Daß solche Beschlagnahmen, namentlich wenn sie ohne festen Plan fallweise von verschiedenen militärischen Stellen und Kommanden verfügt werden, in die Wirtschaft ein lähmendes Moment der Unsicherheit hineintragen und eine geregelte Versorgung der Armee eher hemmen als fördern, wurde nicht bedacht. Die vollkommenste Organisation der Kriegswirtschaft hielt man für erreicht, wenn sie restlos in die Hände militärischer Stellen gelegt war, unter möglichster Ausschaltung der bürgerlichen Verwaltung, der lediglich die Rolle eines die Weisungen der Militärbehörden durchführenden Vollstreckungsorganes zugedacht war. Diese Organisation sollte das Gesetz ermöglichen. Es gab zu diesem Zwecke der Militärverwaltung volle Freiheit der Verfügung über die ganze Kraft der Wirtschaft, über alle Betriebe, ihre Einrichtungen und ihr Personal, über alle Warenvorräte, die sich im Inlande befanden. Mit der Möglichkeit einer Erschöpfung dieser Vorräte, mit einer Blockade, die das ganze Land in den Zustand einer belagerten und zur Aushungerung verurteilten Festung versetzen könnte, wurde nicht gerechnet. Ebenso wenig glaubte man auf die Versorgung der Bevölkerung Rücksicht nehmen zu müssen. Wie



es Sache der unter Kriegsleistung gestellten oder durch Lieferungsverträge verpflichteten Unternehmer war, sich im Auslande die notwendigen Roh- und Hilfsstoffe selbst zu beschaffen, wie sie wollten und konnten, hatte auch die Zivilbevölkerung zuzusehen, wie und woher sie ihre Bedürfnisse befriedigte.

Die staatliche Kriegswirtschaft erschöpfte sich nach der Auffassung, die in diesem Gesetze Leben gewonnen hatte, in Zwang und Beschlagnahme. Mit diesen Mitteln sollte aus der Wirtschaft herausgeholt werden, was der Krieg verlangte. Nur eines bekümmerte außerdem noch den Gesetzgeber: die Staatsfinanzen sollten möglichst geschont werden. Kriegsleistungen sollten nicht nur beansprucht werden, wenn irgendwelche Gegenstände des Kriegsbedarfes auf anderem Wege nicht beschafft werden konnten, sondern auch dann, wenn ihre Beschaffung auf normalem Wege nur «mit unverhältnismäßig größeren Kosten» zu bewerkstelligen war. Auch das Verfahren, das im Gesetze zur Feststellung der Vergütung für die beanspruchten Kriegsleistungen vorgesehen war, zielte auf möglichste Herabdrückung der Entschädigungsansprüche. Die endgültige Entscheidung über deren Höhe oblag einer aus Vertretern des Kriegsministeriums, des Landesverteidigungsministeriums und des Finanzministeriums zusammengesetzten Kommission, welcher nur fallweise Vertreter der anderen beteiligten Ressorts zuzuziehen waren. Die Höhe der Ersatzansprüche wurde also nicht durch gerichtliches Urteil oder durch einen Schiedsspruch, sondern nach einseitigem Ermessen einer administrativen Kommission festgestellt, in der die militärischen Ministerien und das Finanzministerium als eine von gleichen Gesichtspunkten ausgehende einheitliche Gruppe dem fallweise zugezogenen Vertreter des jeweils in Frage kommenden wirtschaftlichen Ressorts (Ackerbauministerium, Handelsministerium oder Ministerium für öffentliche Arbeiten) gegenüberstanden. Diese Vertretung der wirtschaftlichen Ministerien war die einzige Vorsorge, die für den Schutz der durch die Kriegsleistung Geschädigten getroffen worden war.

Der Inhalt des Kriegsleistungsgesetzes und die Art seiner Handhabung drängte somit die Kriegswirtschaft mit Notwendigkeit in die Bahn künstlicher Preisregelung auf der einen, zwangsweiser Aufbringung auf der anderen Seite.



### 3. Die Ausnahmsverfügungen für den Kriegsfall.

Eine Ergänzung des Kriegsleistungsgesetzes bildeten die Ausnahmsverfügungen, die im Kriegsfall erlassen werden sollten. Sie wurden schon im Frieden vorbereitet und in einem «Orientierungsbehelf über Ausnahmsverfügungen für den Kriegsfall» zusammengefaßt, der die beteiligten Behörden und militärischen Stellen darüber unterrichten sollte, welche Aufgaben sie bei der Durchführung dieser Maßnahmen zu erfüllen hätten.

Der größte Teil dieser Ausnahmsverfügungen betraf die politische Verwaltung und die Justizpflege und diente dem Zwecke, erhöhten Schutz gegen das Auftreten gefährlicher Bewegungen im Innern des Landes zu bieten, sowie die Geheimhaltung der militärischen Maßnahmen zu gewährleisten und mögliche Sicherheit gegen ihre Auskundschaftung, Störung oder unbefugte Veröffentlichung zu schaffen. Hieher gehörte die Übertragung von Befugnissen der politischen Verwaltung an militärische Befehlshaber; die teilweise Übertragung der Strafgerichtsbarkeit an Militärgerichte; die Einführung verschärfter Vorschriften über das Paß- und Meldewesen; die Einschränkung des Besitzes an Waffen, Munition und Sprengstoffen sowie des Verkehrs mit solchen Gegenständen, sowie endlich die Überwachung von Druckschriften und Zeitungen. Schon diese Maßnahmen blieben auf die Wirtschaft nicht ohne Einfluß; fühlbarer noch waren für sie die Ausnahmsverfügungen, die zur Regelung des Eisenbahn-, Schiffs- und Flugverkehrs, zur Einschränkung und Überwachung des Post-, Telegraphen- und Telephonverkehrs und zur Hintanhaltung des Mißbrauches von Brieftauben getroffen wurden.

Einen schweren unmittelbaren Eingriff in die Wirtschaft bedeuteten die Verbote der Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr, die für den Kriegsfall in Aussicht genommen waren. Über ihren Inhalt war schon im Frieden in der Zoll- und Handelskonferenz ein Einvernehmen zwischen den gemeinsamen Ministerien (Kriegsministerium, Ministerium des Äußern und gemeinsames Finanzministerium) der österreichischen und der ungarischen Regierung hergestellt worden.

Einfuhrverbote wurden nur für Gegenstände vorbereitet, deren Einfuhr von militärischem Gesichtspunkte aus Bedenken begegnete. Es waren dies: Waffen und Waffen-

bestandteile aller Art; Munition und Munitionsbestandteile; Sprengstoffe, Schieß-, Spreng- und Zündmittel und endlich Tauben, letztere zur Hintanhaltung der Einfuhr von Brieftauben zur Vermittlung von Nachrichten an das feindliche Ausland. Im übrigen blieb jedoch der Handel mit feindlichen Staaten, so weit er nicht durch die kriegerischen Maßnahmen im Grenzgebiet von selbst unterbunden wurde, fürs erste frei von Beschränkungen. Ein Handelskrieg war nicht beabsichtigt. Man ging im Gegenteil von der Erwägung aus, daß es nur erwünscht sein könne, wenn der Vorrat der Monarchie an Rohstoffen und Verbrauchsgegenständen durch die Einfuhr — auch aus dem feindlichen Auslande — verstärkt werde, und meinte, daß die Einfuhr entbehrlicher Luxuswaren aus feindlichen Ländern ohnehin keinen nennenswerten Umfang annehmen werde.

Weit umfangreicher war die Liste der Waren, für welche die Verhängung von Aus- und Durchfuhrverboten vorbereitet worden war. Die Ausfuhrverbote sollten dem Zwecke dienen, der bewaffneten Macht die Verfügung über alles im Inlande befindliche Material zu sichern, dessen sie zu ihrer Erhaltung oder für Kriegszwecke bedurfte. Sie sollten gleichzeitig verhindern, daß ein feindlicher Staat solches Material aus dem Inlande an sich ziehe. Ferner sollte für alle in der Ausfuhr verbotenen Waren auch die Durchfuhr nach feindlichen Staaten verboten werden, um zu verhindern, daß diese über das Gebiet der Monarchie Kriegserfordernisse aus dritten Staaten beziehen könnten.

Bei drohender Kriegsgefahr sollte zunächst ein Aus- und Durchfuhrverbot erlassen werden, das sich auf die ausgesprochenen Kriegsmittel sowie auf jene Artikel erstreckt, deren Entgang für die eigene Kriegsmacht besonders nachteilig und deren Neubeschaffung schwierig oder zeitraubend wäre. Die zu diesem Zwecke in der Zoll- und Handelskonferenz vorbereitete Verordnung enthielt die folgenden Waren:

I. Waren, bei denen sich das Ausfuhrverbot nicht auf den sogenannten kleinen Grenzverkehr erstreckte: Getreide; Hülsenfrüchte; Reis; Mehl und Mahlprodukte aller Art mit Ausschluß von feinem Weizenmehl; Dörrgemüse und Gemüsekonserven; frisches und zubereitetes Fleisch, Fleischwürste, Fleischkonserven; Armees- und Schiffszwieback; Kaffeeconserven.

II. Waren, deren Ausfuhr ausnahmslos, also auch im Grenzverkehr verboten ist: Schlachtvieh; Pferde, Maultiere, Maulesel und Esel; Tauben; Heu, Stroh und Häckerling; Kohlen und Koks; Eisenbahnsehwellen und Telegraphensäulen; Benzin; Schweröle mit Ausnahme der Schmieröle; fertige Uniformsorten jeder Art; Sättel, Tragsättel und Pferdegeschirre; Baracken und fertige Barackenbestandteile, hölzerne Boote, Ruder, Kochkisten und Schiebkarren; Isolatoren; Eisen-, Stahl-, Kupfer- und Bronzedrähte für elektrische Leitungen, isolierte Drähte bestimmten Querschnittes, Telegraphen- und Telephonkabel, Staheldraht jeder Art und alle übrigen Drähte in der Stärke von 1 bis 6 mm; Brückenkonstruktionen; Kessel und Gasflaschen; Azetylensturmfaekeln; Seeminen; Schienen und Eisenbahnkleinzeug; Geißfüße, grobe Steinbreeher, Krampen, Schaufeln, Haeken und Hämmer; Torpedos und deren Bestandteile; Waffen und Waffenbestandteile; Kippwagen und Untergestelle dazu für Feldbahnen; Torpedo-Schutznetze; Schutzpanzer und deren Bestandteile, Geschützpanzerkonstruktionen; Bootshaken, Steigeisen für den Telegraphenleitungsbau; Antimon, Blei, Kupfer, Messing, Nickel, Zinn und Zink, roh oder in Stäben, Platten und Blechen; Dampfstraßenwalzen,\*) fahrbare Lokomobile,\*) Lokomotiven und Motore; Telegraphen- und Telephonapparate, Mikrophone, Blitzschutzvorrichtungen, elektrische Meß- und Zählapparate und deren Bestandteile; elektrische Kondensatoren; galvanische Elemente aller Art, Akkumulatoren; Lastwagen,\*) Fahrküehen und fahrbare Backöfen und Krankentransportwagen; Heißluftpumpenpulsometer; Rammen aller Art, Flaschenzüge, Rollen, Winden, fahrbare Krane, Metallbearbeitungsmaschinen; Blasbälge und Feldschmieden; Fahrräder, Automobile und Automobilmotoren, Luftfahrzeuge aller Art, Güter- und Personenwagen für Eisenbahnen; Schiffe; chirurgische und medizinische Instrumente; Nivellierungsinstrumente, Planimeter, Winkeltrommeln; Operngucker, Ferngläser, Scheinwerfer und Distanzmesser, optische Signalapparate und deren Bestandteile; Spurlehren und Texel lehren für den Eisenbahnbau; Schwefel und Schwefelsäure, Salpeter und Salpetersäure, Kalziumkarbid, Nitrotoluol, Glyzerin, roh und raffiniert, Azeton, Schwefelsäure-Anhydrid und Pikrin-

\*) Nur im Kriegsfall.

säure; Munition und Munitionsbestandteile mit Ausnahme von Schrotpatronen; Sprengstoffe, Schieß-, Spreng- und Zündmittel jeder Art; Kleie.

Dem Finanzministerium wurde vorbehalten, im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium Ausnahmen von diesen Verboten zu bewilligen.

Die Verordnung enthielt ferner Bestimmungen über den Grenzverkehr mit Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Lastfuhrwerken, Pferden, Maultieren, Mauleseln, Eseln, sonstigen Zug- und Tragtieren und mit Weidevieh. Er war nach feindlichen Ländern unbedingt verboten, nach dem übrigen Auslande nur mit Einschränkungen gestattet, welche die Rückkehr der im Grenzverkehr ausgehenden Tiere und Fahrzeuge sichern und die Ausnützung des Grenzverkehrs zu gesetzwidriger Ausfuhr hindern sollten.

Spätestens gleichzeitig mit der Anordnung der Mobilisierung sollte die Liste der in der Ausfuhr verbotenen Waren durch eine zweite Verordnung ergänzt werden. Diese zweite Verbotsliste enthielt die folgenden Waren:

I. Waren, bei denen sich das Ausfuhrverbot nicht auf den sogenannten kleinen Grenzverkehr erstreckte: Brot und Teigwaren.

II. Waren, deren Ausfuhr ausnahmslos, also auch im Grenzverkehr verboten ist: Kalbfelle und Rindshäute; Rundholz und Stangenholz, Kantholz und Sägewaren; Baumwolle; Schafwolle; Baumwollgarne von der Nr. 12 bis 36 engl. und Streichgarne aus Wolle von der Nr. 12 bis 29 metrisch; wollene Kotzen; Wagendecken und sonstige Decktücher; Seile; grobe Bürsten, Daehpappe; Rinds-, Roß- und Sohlenleder, mit Ausnahme von chromgarem Leder und Treibriemenleder; nicht konfektioniertes Pelzwerk aus gemeinen Fellen; \*) schwere T- und U-Träger; Winkel (Fasson) Eisen bestimmter Dimensionen, Anker, größere Meßbänder, Feilen, Bohrer, Hobel und Stemmeisen, Meißel, Schraubenschlüssel und Sägen; eiserne Ketten von 8 bis 10 mm Gliederstärke; komprimierter oder verflüssigter Wasser- und Sauerstoff; folgende Arzneistoffe und Arzneiwaren: Antipyrin, Aspirin, Atropin,

\*) Nur wenn das Ausfuhrverbot im Herbst oder Winter erlassen wird.



Bittermandelwasser, Kokain, Catgut, chirurgische Seide, Fuchsin, Jod, Jodkali, Jodoform, Jodtinktur, Jodquecksilber, Morphin, Opium, Opiumtinktur, Phenacetin, Strophantus, Strychnin, Styrax, Sulfonal, Veronal, Wismuth, dann adjustierte Verbandmittel und Vaseline.

Wie wenig man sich, trotz des großen Umfanges der Verbotsliste, von den einschneidenden Wirkungen eines modernen Krieges auf die ganze Wirtschaft Rechnung gab, zeigt am besten der Umstand, daß der Orientierungsbehelf die teilweise Wiederaufhebung der verhängten Verbote in dem Maße in Aussicht stellte, «als die ersten großen Bedürfnisse der bewaffneten Macht gedeckt sein und die Kriegssereignisse es ermöglichen würden».

Gleichzeitig mit der Kundmachung der Ausnahmsverfügungen sollte als überwachende und leitende Stelle für deren Handhabung beim Kriegsministerium das Kriegsüberwachungsamt errichtet werden.

Es hatte insbesondere die Aufgabe, «alle gebotenen Anhaltspunkte und einlaufenden Nachrichten zur Verhütung von Auskundschaftungen, Störungen und unbefugten Verlautbarungen der für den Krieg getroffenen militärischen und sonstigen Maßregeln rasch und zweckentsprechend zu verwerten». Vorstand des Kriegsüberwachungsamtes sollte ein höherer General sein, den der Kriegsminister im Einvernehmen mit dem Generalstabschef für diese Dienstleistung zu bestimmen hatte; ferner sollten dem Kriegsüberwachungsamte vier vom Generalstabschef dazu bestimmte Generalstabsoffiziere angehören. Im übrigen sollte es nach dem ursprünglichen Plane aus bevollmächtigten Beamten des k. u. k. gemeinsamen Ministeriums des Äußern, der beteiligten österreichischen und ungarischen Ministerien, der kroatisch-slawonisch-dalmatinischen Landesregierung und des k. u. k. gemeinsamen Finanzministeriums, als oberster Verwaltungsbehörde für Bosnien und die Herzegowina, zusammengesetzt werden.\*)

\*) Im einzelnen sollten entsenden: das k. u. k. Ministerium des Äußern sowie das k. u. k. gemeinsame Finanzministerium je zwei Beamte; ferner von den österreichischen Ministerien das Ministerium des Innern und das Handelsministerium je zwei, das Justizministerium, das Finanzministerium, das Eisenbahnministerium und das Ministerium für Landesverteidigung je einen Beamten; endlich von den ungarischen Ministerien das Ministerium des Innern und das Handelsministerium je zwei, das Finanzministerium einen Beamten;



Die beim Kriegsüberwachungsamt eingeteilten Beamten der verschiedenen Ministerien waren nach dem «Orientierungsbehelf» als «Bevollmächtigte Funktionäre» dieser Zentralstellen anzusehen, was zu bedeuten hatte, daß sie im Namen der durch sie vertretenen Behörde Entscheidungen treffen sollten, ohne vorher Weisungen ihres Ministers einzuholen. Der Amtsbereich des Kriegsüberwachungsamtes hätte sich nach den ursprünglichen Absichten auf das ganze Gebiet der Monarchie, also auf Österreich, auf die Länder der ungarischen Krone und auf Bosnien und die Herzegowina, erstrecken sollen. Das Kriegsüberwachungsamt sollte befugt sein, allen mit der Handhabung von Ausnahmsverfügungen betrauten militärischen Kommanden oder Verwaltungsbehörden, insbesondere den staatlichen Sicherheitsbehörden, für die Durchführung der Ausnahmsverfügungen Weisungen zu erteilen, die als Befehle des Kriegsministeriums, bzw. als Anordnungen der im Kriegsüberwachungsamte vertretenen Ministerien und Zentralbehörden gelten sollten.

Die Dienstenteilung des Kriegsüberwachungsamtes hatte der als Amtsvorstand fungierende General zu regeln; er hatte dabei zu berücksichtigen, daß die im Amte befindlichen bevollmächtigten Beamten der verschiedenen Zentralstellen vor allem zur Vermittlung des Verkehrs mit den ihrem Ministerium untergeordneten Behörden und Ämtern berufen sein sollten. Das Kriegsüberwachungsamt und die zur Handhabung der Ausnahmsverfügungen berufenen militärischen Kommanden und Behörden sollten befugt sein, untereinander ohne Einhaltung des vorgeschriebenen Instanzenzuges unmittelbar zu verkehren, doch hatte das Kriegsüberwachungsamt wichtige, von ihm getroffene Verfügungen sobald als möglich dem zuständigen Ressortministerium bekanntzugeben.

Die Mitglieder des Kriegsüberwachungsamtes sollten bereits im Frieden bestimmt und mit ihrer künftigen Tätigkeit vertraut gemacht werden. Die Aufstellung des Kriegsüberwachungsamtes hatte der Kriegsminister gleichzeitig mit der Erlassung der ersten Ausnahmsverfügungen anzuordnen, worauf es, ohne einen weiteren Befehl abzuwarten, seine Tätigkeit zu beginnen hatte.

ebenso war die kroatisch-slawonisch-dalmatinische Landesregierung durch einen Beamten vertreten. Näheres bei Redlich, Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege, S. 94 und 125.

Nach diesen Bestimmungen über seine Zusammensetzung, seinen Wirkungskreis und seine Befugnisse war das Kriegsüberwachungsamt als ein gemeinsames Organ beider Staaten der Monarchie gedacht, das unter militärischer Leitung stehen und dem Kriegsministerium angegliedert sein sollte. Seiner Schaffung lag die Absicht zugrunde, in allen Verwaltungsfragen, welche die aus Anlaß des Krieges erlassenen Ausnahmsverfügungen betrafen, die Entscheidung aus den Ministerien in ein Zentralorgan zu verlegen, das unter militärischer Oberleitung seine Verfügungen selbständig zu treffen hatte, sie nur hinterher den beteiligten Zentralstellen mitzuteilen brauchte und auf Grund einer Delegierung durch die verfassungsmäßigen Träger der Regierungsgewalt, die sich hinter der Bevollmächtigung der von den einzelnen Ministerien dem Kriegsüberwachungsamt zugeteilten Beamten verbarg, in allen die Ausnahmsverfügungen betreffenden Angelegenheiten volle Befehlsgewalt gegenüber allen militärischen und zivilen Behörden besitzen sollte. Man wollte die Mängel, die der dualistischen Verfassung der Monarchie anhafteten, dadurch beseitigen, daß man für Kriegsdauer eine mit diktatorischer Macht bekleidete neue gemeinsame Zentralstelle schuf. Da das Kriegsüberwachungsamt die überwachende und leitende Stelle für die Handhabung aller Ausnahmsverfügungen sein sollte, hätten sich seine Befugnisse auch auf die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen, vor allem auf die Verbote der Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr erstreckt.

Die vollständige Durchführung dieser Absichten scheiterte jedoch an dem Widerstande der ungarischen Regierung, welche die Zuständigkeit des Kriegsüberwachungsamtes für Ungarn nicht anerkannte und vom ersten Tage der Mobilisierung anfangen Ungarn aus seinem Wirkungsbereiche ausschloß. Dadurch wurde das Kriegsüberwachungsamt zu einer Rumpforganisation, die sich nur mehr aus Vertretern der gemeinsamen und der österreichischen Ministerien zusammensetzte und infolgedessen auch in ihrer Tätigkeit praktisch auf Österreich und Bosnien und die Herzegowina beschränkt blieb, obwohl es formell einer gemeinsamen Zentralstelle, dem k. u. k. Kriegsministerium, angegliedert und militärischer Leitung unterstellt war. Auch sachlich wurde es mehr und mehr auf eine Art polizeilicher Tätigkeit beschränkt. Die verhüllte Absicht, es

ausgehend von der Handhabung der Verbote auch zum Träger der gemeinsamen Kriegswirtschaft zu machen, scheiterte an der Fernhaltung der ungarischen Regierung. Infolgedessen mußte wieder, wie vorher, jedes neue Verbot, jede wirtschaftliche Maßnahme, die ein gemeinsames oder doch gleichartiges Vorgehen beider Staaten der Monarchie voraussetzte, den Weg über die Zoll- und Handelskonferenz nehmen, die nach den Ausgleichsverträgen berufen war, der Herstellung dieses Einverständnisses zu dienen. Die Vertreter beider Regierungen in dieser Konferenz waren nicht mit eigener Verantwortlichkeit bekleidete Vollmachtsträger, sondern fallweise mit bestimmten Aufträgen versehene Vertreter der Ministerien, die sie entsendet hatten. Sie hatten keine Entscheidungen zu fällen, sondern Vereinbarungen zu treffen, die der Genehmigung ihrer Minister bedurften, und die Zuständigkeit der Zoll- und Handelskonferenz beschränkte sich auf die Fragen, die der Ausgleichsvertrag ihr zuwies, im wesentlichen also auf die Fragen der äußeren Handelspolitik. Nur soweit es sich um solche handelte, konnte sie sich mit der Kriegswirtschaft befassen.

Der Versuch der Militärbehörden, im Kriegsüberwachungsamt die Keimzelle für die Entwicklung einer mit diktatorischer Macht ausgestatteten gemeinsamen Zentralstelle zu schaffen, deren Zuständigkeit sich naturgemäß bald auch über die Kriegswirtschaft erstreckt hätte, war gescheitert. Man hatte es nicht gewagt, offen die Schaffung einer solchen Zentralstelle zu verlangen, weil man den ungarischen Widerstand fürchtete. Der Umweg, den man einschlug, führte nicht zum Ziele. Die Monarchie trat in den Krieg ohne ein gemeinsames, schlagkräftiges Organ für die Behandlung der Fragen, die den Krieg entscheiden sollten: für die Fragen der Kriegswirtschaft.

## II. DIE ORGANISIERUNG DER ROHSTOFFBESCHAFFUNG IM AUSLANDE UND DIE ENTSTEHUNG DER ZENTRALEN.

### 1. Die Wirkungen der Verbote und die Abkommen über gegenseitige Aushilfe zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich.

Als der Krieg ausbrach, wurden die vorbereiteten Ausnahmsverfügungen programmgemäß in Kraft gesetzt. Am



25. Juli 1914 erging das Verbot der Einfuhr von Waffen, Munition, Sprengstoffen und Tauben, am 1. August das Ausfuhrverbot für alle Waren, die in den beiden vorbereiteten Verbotslisten enthalten waren. Gleichzeitig wurde deren Durchfuhr nach Serbien untersagt. Am 4. August wurde dieses Durchfuhrverbot auch auf Rußland, durch spätere Verordnungen auch auf die übrigen der feindlichen Allianz angehörenden Staaten ausgedehnt. Ebenso wurde auch der Kreis der Waren, die dem Ausfuhrverbot unterlagen, immer mehr erweitert, je länger der Krieg dauerte.

Ähnliche Maßnahmen wurden auch im Deutschen Reich ergriffen, mit der Verschärfung, daß die Durchfuhr hier nicht nur im Verkehr mit feindlichen Staaten, sondern ganz allgemein verboten wurde. Wie wenig man an die Vorbereitung eines großen Krieges gedacht hatte, zeigt am besten der Umstand, daß keinerlei Vereinbarungen über Ausnahmen von diesen Verböten für den wechselseitigen Verkehr der beiden verbündeten Kaiserreiche getroffen worden waren. Die Verböte trafen den Warenaustausch zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ebenso wie den Handel beider Staaten mit irgendeinem anderen Lande. Diese Lahmlegung des gegenseitigen Verkehrs wurde um so stärker empfunden, als schon nach den ersten Wochen die Wirkung des Krieges auf die Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln sich geltend zu machen begann. Die Einfuhr aus wichtigen europäischen Versorgungsgebieten, aus Rußland und einem großen Teil des Balkans, war vollständig unterbunden. Der Weg nach der Übersee war der heimischen Schifffahrt durch die Blockade versperrt. Nur unter neutraler Flagge und über neutrale Häfen konnten während der ersten Kriegsmonate noch ziemlich umfangreiche Rohstoffbezüge bewerkstelligt werden. Für Österreich hatte insbesondere Italien als Durchfuhrland große Bedeutung. Über Genua und die Schweiz kamen beträchtliche Mengen überseeischer Rohstoffe herein, und es gelang sogar mit Benützung italienischer Schiffe und der staatlichen italienischen Kriegsversicherung, direkte Bezüge nach österreichischen Häfen unter Durchbrechung der feindlichen Blockade zu bewerkstelligen. Dagegen stand dem Bezüge von Nahrungsmitteln und Rohstoffen über deutsche Häfen und über die neutralen Länder des



Nordens, über Holland und die skandinavischen Staaten, das deutsche Aus- und Durchfuhrverbot im Wege.

Die österreichische Industrie wurde dadurch um so schwerer getroffen, als sie seit jeher den größten Teil ihrer überseeischen Rohstoffe durch Vermittlung des deutschen und holländischen Handels bezog. Die Lager, die der deutsche Handel hielt, hatten infolgedessen auch der Versorgung des österreichischen Bedarfes zu dienen. In dem österreichischen Hafen Triest hatte sich kein Importhandel größeren Umfanges zu entwickeln vermocht. Eine Ausnahme bildete nur der Kaffeehandel und der Handel mit Südfrüchten, Öl und verschiedenen Levantinerwaren (Valonea, Mirabolanen, Schaf- und Ziegenfelle usw.). Von diesen Waren waren auch gewisse Vorräte vorhanden. Die Bedeutung, die der Triester Kaffeehandel nicht nur für die Versorgung der Monarchie, sondern auch für den Umschlag nach den Handelsplätzen des Balkans und der Levante gewonnen hatte, bewirkte ferner, daß nach Triest auch ein bedeutendes Lager brasilianischen Valorisationskaffees gelegt worden war. Im übrigen lag der Schwerpunkt des Triester Handels im Speditions- und Kommissionsgeschäfte. Als Transitplatz hatte Triest für die Monarchie und ihre Versorgung mit den verschiedenen Produkten der Übersee steigende Bedeutung gewonnen, zu einem großen Handelsplatze vermochte es sich nicht zu entwickeln. Daher fehlten in Triest auch die großen Lager verschiedener überseeischer Rohstoffe, wie sie in Hamburg und Bremen von dem dortigen hochentwickelten Eigenhandel gehalten wurden. Durch die deutschen Verbote sah sich infolgedessen die österreichische Industrie plötzlich von ihren gewohnten Bezugsquellen und von den Stapelplätzen abgeschnitten, durch deren Handel und aus deren Lagern sie ihren Bedarf zu decken gewohnt war. Große Mengen verschiedener Rohstoffe, die bereits für österreichische Rechnung gekauft und österreichisches Eigentum geworden waren, befanden sich in den Freigeieten von Hamburg und Bremen, zum Teil auch bereits in Eisenbahnwagen oder Elbkähnen verladen oder auf dem Wege nach Österreich.

Ebenso hinderten die Verbote auch den Austausch der eigenen Erzeugnisse beider Reiche. Je mehr die Blockade sich verschärfte, desto mehr machte sich für das Deutsche Reich das Bedürfnis geltend, Nahrungs- und Futtermittel, insbesondere

Getreide, sowie verschiedene Rohstoffe (Holz, Häute u. a. m.) aus der Monarchie zu beziehen, während Österreich-Ungarn für den Bezug verschiedener Industrieprodukte (insbesondere der chemischen und pharmazeutischen Industrie) auf das Deutsche Reich angewiesen war.

Infolgedessen kam es schon im zweiten Kriegsmonate zu Verhandlungen, die in Berlin geführt und am 24. September 1914 mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die Behandlung der gegenseitigen Ausfuhr abgeschlossen wurden.

In diesem Abkommen wurde vor allem die Durchführung beiderseits freigegeben, so daß für Österreich nunmehr der Bezug von Waren aus Holland und Skandinavien über Deutschland offen stand. Der Bezug aus den Freigeieten von Hamburg und Bremen einerseits, Triest und Fiume andererseits sollte jedoch nicht als Durchfuhr, sondern als Ausfuhr behandelt werden.

Gegenüber den Ausfuhrverboten wurde eine grundsätzliche Ausnahme für Waren zugelassen, die bereits vor Kriegsausbruch auf Schiff oder Bahn mit der Bestimmung nach dem Gebiete des anderen Teiles verladen oder nachweisbar vor dem 1. August 1914 für Rechnung von Handels- oder Gewerbetreibenden des anderen Teiles gekauft worden waren. Für einzelne Waren wurde die Anwendung dieses Grundsatzes allerdings nur in beschränktem Umfange zugestanden. Eine weitere Ausnahme wurde für Waren vereinbart, die aus dem Gebiete des einen Teiles in das des anderen zur Verarbeitung oder Bearbeitung gebracht und in bearbeitetem Zustande wieder zurückgeführt werden. Endlich wurde für bestimmte, in dem Abkommen aufgezählte Waren die Ausfuhr entweder allgemein oder mit Beschränkung auf bestimmte Kontingente freigegeben. Auf Seite Österreich-Ungarns betrafen diese kontingentierten Freigaben zumeist Nahrungsmittel, auf deutscher Seite dagegen industrielle Rohstoffe, wie Baumwolle, Wolle, Metalle, Salpeter, verschiedene Chemikalien usw. Ähnliche Abkommen wurden auch später noch wiederholt zwischen den beiden Reichen getroffen.

Aus diesen Vereinbarungen erwuchsen eine Reihe wichtiger Verwaltungsaufgaben. Hinsichtlich der in Deutschland befindlichen Vorräte österreichischer Eigentümer mußte der Nach-

weis geführt werden, daß sie vor Kriegsausbruch auf den Weg gebracht oder vor dem 1. August 1914 erworben worden waren. Die Kontingente, deren Ausfuhr die deutsche Regierung zugestanden hatte, mußten übernommen, finanziert und entsprechend verteilt werden. Man konnte sie nicht zufälligem Zugriffe der einen oder anderen Unternehmung oder spekulativem Aufkaufe preisgeben, sondern mußte von vornherein für eine die Interessen der Heeresverwaltung wahrende und gleichzeitig gerechte Verteilung Sorge tragen, um eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung der ganzen Industrie zu gewährleisten. Um endlich die in dem Abkommen erreichte Freigabe der Durchfuhr auszunützen, mußte dafür gesorgt werden, daß die bei den staatlichen Stellen einlangenden Berichte aus neutralen Ländern und die verschiedenartigen Angebote von Waren, die in holländischen, dänischen oder schwedischen Häfen lagerten oder auf dem Weg dahin waren, sachkundig behandelt, geprüft und entweder zur Grundlage eines Geschäftsabschlusses gemacht oder als nicht geeignet abgelehnt wurden. Ein bureaukratischer Apparat schien völlig ungeeignet, diese Aufgaben zu erfüllen. Es drängte sich die Erkenntnis auf, daß bestehende oder neu zu schaffende Organisationen der verschiedenen in Frage kommenden Industrien damit betraut werden müßten, diese mehr auf kaufmännischem Gebiete als auf dem der Verwaltung liegenden Funktionen auszuüben. Zu diesen aus der Sache selbst sich ergebenden Erwägungen kam der starke Antrieb, den das Beispiel der im Deutschen Reich eben damals über Vorschlag Rathenau eingeleiteten Maßnahmen zur Organisation der Kriegswirtschaft gab. Man benützte die Zeit, welche die Verhandlungen ließen, zu ihrem Studium. Die Anwesenheit mehrerer führender Industrieller aus Österreich und Ungarn, die nach Berlin gekommen waren, um gegebenenfalls als Sachverständige an den Verhandlungen teilzunehmen und nach deren Abschluß ungesäumt Vorkehrungen zur Durchführung der Vereinbarungen zu treffen, gab Gelegenheit, sofort an eine praktische Lösung zu schreiten.

Um bureaukratischen Schwierigkeiten zu begegnen, deren man in der Heimat gewärtig sein mußte, wurde die Aufnahme der nachfolgenden Bestimmung in das Septemberabkommen herbeigeführt:



«Deutscherseits wird der Wunsch ausgesprochen, daß auch in Österreich-Ungarn Schritte zur Heranziehung ausländischer Rohstoffzufuhren eingeleitet werden. Von Seiten der österreichischen und ungarischen Delegierten wird die Absicht erklärt, auch für Österreich und Ungarn Rohstoffbezugsgesellschaften nach Art der im Deutschen Reiche bestehenden ins Leben zu rufen, damit eine zweckentsprechende Verteilung der zur Verfügung stehenden Rohstoffmengen namentlich in jenen Fällen, in denen die Ausfuhrbewilligungen kontingentiert sind, gesichert und die Beschaffung von Rohstoffen durch auswärtige Zufuhren planmäßig ins Werk gesetzt werde. Deutscherseits wird die Bereitwilligkeit erklärt, einer Beteiligung der in Österreich und Ungarn zu schaffenden Organisationen an den gleichartigen auswärtigen Rohstoffbezügen unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß die österreichischen und ungarischen Organisationen sich mit einer Kapitaleinlage beteiligen, der entsprechend auch ihr Anteil an den Bezügen bemessen werden würde. Dieser Grundsatz gilt selbstverständlich auch für die Beteiligung der deutschen Rohstoffbezugsgesellschaften an Bezügen, die von den österreichisch-ungarischen Rohstofforganisationen eingeleitet werden.»

Durch diese protokollarische Erklärung war gleichzeitig, wenn man sie benützen wollte, der Ausgangspunkt für eine einheitliche Organisation der Kriegswirtschaft in den verbündeten Staaten gegeben. Der Gedanke wurde nicht weiter verfolgt; man legte größeren Wert auf volle Unabhängigkeit auch in formaler Beziehung als auf ein geordnetes Zusammenwirken mit den Verbündeten bei der Organisation der Kriegswirtschaft. Es kam später bloß zu einzelnen Abkommen über gemeinsames Vorgehen deutscher und österreichisch-ungarischer Organisationen bei der Beschaffung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln im Auslande.

## 2. Die Gründung und Einrichtung der Zentralen.

Über Einrichtung und Aufgaben der kriegswirtschaftlichen Organisationen, deren Schaffung in Österreich und Ungarn mit Rücksicht auf den Inhalt des Septemberabkommens unmittelbar dringend erschien, wurde noch in Berlin zwischen dem Chef der handelspolitischen Sektion des österreichischen Handelsministeriums, der diese Zentralstelle bei den Berliner Verhandlungen



vertrat, und den Vertretern der Industrie eine grundsätzliche Einigung erzielt.

Als unmittelbar dringend wurde zunächst die Errichtung solcher Organisationen für die Baumwollindustrie, die Sechswollindustrie und die Metallindustrie ins Auge gefaßt. Die Verhandlungen über ihre Errichtung wurden in Wien fortgesetzt. Die erste derartige Organisation, die ins Leben trat, war die «Vereinigte Österreichisch-ungarische Baumwollzentrale». Sie wurde vom Verein der Baumwollspinner Österreichs gebildet. Am 1. Oktober 1914 erbot sich dieser Verein dem Handelsministerium gegenüber, auf Grund vorherigen Einvernehmens mit den Interessenten der ungarischen Baumwollindustrie unter diesem Namen bei sich eine Stelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein sollte, für die rasche, fachmännische und unparteiische Durchführung der Maßnahmen zu sorgen, welche die Regierung zur Sicherstellung des Baumwollbedarfes der Monarchie, insbesondere zum Zwecke der Bereitstellung von Vorräten für den Bedarf der Heeresverwaltung treffen würde. Der Verein erklärte sich ferner bereit, der «Zentrale» seinen Beamtenkörper unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Um das deutsche Baumwollkontingent, ferner die Baumwolle, die aus Beschlagnahmen im In- oder Ausland stammte und der heimischen Industrie vom Kriegsministerium zur Verfügung gestellt wurde, und endlich die für gemeinsame Rechnung im Auslande gekauften Baumwollmengen richtig auf die einzelnen Betriebe zu verteilen, wurde die Bildung eines Verteilungsausschusses in Aussicht genommen. Dieser Ausschuß sollte aus den Mitgliedern des Exekutivkomitees des Vereins der Baumwollspinner Österreichs bestehen, das bereits zwei Vertreter der ungarischen Baumwollspinnerei zu seinen Mitgliedern zählte und durch einen weiteren Vertreter der ungarischen Baumwollspinnerei verstärkt werden sollte. Dem k. u. k. Kriegsministerium, dem österreichischen und dem ungarischen Handelsministerium wurde das Recht vorbehalten, je einen Delegierten in den Ausschuß zu entsenden. Die Delegierten der Ministerien sollten an der Beratung mit beschließender Stimme teilnehmen. Bei Beschlüssen über den Verteilungsschlüssel sollte jedem von ihnen ein Veto zustehen, über dessen Aufrechterhaltung nach Anhörung des Ausschusses das k. u. k. Kriegsministerium entscheiden sollte. Den Vorsitz im Vertei-

lungsausschusse sollte der Präsident des Vereines der Baumwollspinner Österreichs, in seiner Verhinderung einer der Vizepräsidenten, führen. Für die Verteilung selbst wurde als Richtschnur aufgestellt, daß sie im Verhältnis der Beschäftigung der einzelnen Fabriken für den Heeresbedarf erfolgen und andererseits eine möglichst gleichmäßige Versorgung der Industrie mit Rohstoffen herbeiführen solle.

Zum Zwecke der Bewertung der zur Verteilung gelangenden beschlagnahmten Partien wurde die Bildung einer Abschätzungskommission vorgeschlagen. Diese Kommission sollte aus drei Mitgliedern und drei Ersatzmännern bestehen, von denen je zwei durch den Verein der Baumwollspinner Österreichs unter entsprechender Berücksichtigung der ungarischen Baumwollindustrie ernannt werden sollten. Das als Obmann fungierende dritte Mitglied sollte vom k. k. Handelsministerium, dessen Stellvertreter vom königlichen ungarischen Handelsministerium ernannt werden. Der Abschätzungskommission oblag es, für die im Inlande oder Auslande beschlagnahmten und der Zentrale zugewiesenen Bestände die Einlöschungspreise festzusetzen. Ferner hatte sie unter Berücksichtigung der Beschlagnahmepreise und der durch die Verteilung und die gesamte Geschäftsführung entstandenen Kosten die Preise zu bestimmen, zu denen solche Baumwolle inländischen Fabriken zur Verarbeitung überlassen werden sollte. Über ihre Geschäftsführung hatte die Kommission dem Verteilungsausschusse zu berichten.

Für den Fall, daß es sich als notwendig erweisen sollte, Baumwolle zu kaufen oder solche vor ihrer Verteilung an die einzelnen Interessenten für gemeinsame Rechnung zu übernehmen, erklärte sich der Verein der Baumwollspinner Österreichs bereit, die Finanzierung und Durchführung dieser Transaktion zu besorgen. Der Verein erklärte sich ferner bereit, die ihm übertragenen Aufgaben vollständig nach Anweisung der Regierung in unparteiischer und sachgemäßer Weise durchzuführen und insbesondere die Interessen aller österreichischen und ungarischen Baumwollverbraucher — gleichviel ob sie dem Verein als Mitglieder angehören oder nicht — in gleicher Weise zu vertreten. Das Anerbieten des Vereins wurde vom Handelsministerium mit Erlaß vom 3. Oktober 1914 genehmigt, worauf die Zentrale sofort ihre Tätigkeit begann.

Durch ihre enge Verbindung mit dem Verein österreichischer Baumwollspinner, dessen Organ sie war, nahm die «Vereinigte Österreichisch-ungarische Baumwollzentrale» eine Doppelstellung ein: in erster Linie zur Erfüllung kaufmännischer Aufgaben gebildet, erschien sie gleichzeitig als die Vertretung der gesamten Baumwollspinnerei Österreichs und Ungarns in allen mit der Kriegswirtschaft zusammenhängenden Fragen und als solche dazu berufen, eine beratende und begutachtende Tätigkeit zu üben und erforderlichenfalls auch aus eigenem Antrieb mit Anträgen an die Regierungen heranzutreten.

Auf etwas anderer Grundlage kamen die Organisationen der Woll- und Metallindustrie zustande. Sie wurden beide als Aktiengesellschaften errichtet, und zwar unter dem Namen «Wollzentrale A. G.» und «Metallzentrale A. G.». Der Name «Zentrale» wurde gewählt und auch bei allen späteren Gründungen ähnlicher Organisationen festgehalten, um zum Ausdruck zu bringen, daß die neuen Gesellschaften bestimmt seien, die Rohstoffbeschaffung der Industrie in ihren Händen zu zentralisieren, und um sie schon durch die Gleichartigkeit der Namengebung als einen einheitlichen Gesellschaftstyp zu kennzeichnen.

Die Wollzentrale A. G. wurde am 29. Oktober 1914 gegründet. Das 4 Millionen Kronen betragende Aktienkapital wurde zu drei Vierteln von Mitgliedern der bestehenden Heereslieferungskonsortien übernommen. Am 17. November 1914 folgte die Gründung der Metallzentrale A. G. Sie wurde über Einladung des Handelsministeriums von der Österreichischen Creditanstalt durchgeführt; das Aktienkapital, das nur 1 Million Kronen betrug, wurde größtenteils von den Munitions- und Patronenhülsenfabriken als den größten Metallverbrauchern der Kriegszeit gezeichnet.

Der Staat war an den neuen Zentralen weder durch Kapitaleinlagen noch durch eine Garantie beteiligt, im Gegensatz zu dem Deutschen Reiche, wo den Kriegsrohstoffgesellschaften schon dadurch ein öffentlicher Charakter gesichert wurde, daß ihnen entweder das Kapital aus Reichsmitteln beigestellt oder dessen Beschaffung durch Gewährung einer Reichsgarantie erleichtert wurde. Der damalige österreichische Finanz-



minister war der Ansicht, daß es Sache der Industrie sei, ihre Rohstoffbezüge selbst zu finanzieren.

Man war daher gezwungen, sich bei der Gründung der Zentralen ausschließlich auf privates Kapital zu stützen. Um so notwendiger schien es, ihnen wenigstens durch die Art ihres Aufbaues den Charakter von Unternehmungen zu wahren, die dem Gemeinwohl dienen und nicht auf Erzielung von Kriegsgewinnen berechnet sind. Dieses Streben führte zur Herausbildung einer besonderen Gesellschaftsform, der sogenannten «gemeinnützigen Aktiengesellschaften».

Dieser gemeinnützige Charakter kam sowohl in der Feststellung des Gesellschaftszweckes wie darin zum Ausdruck, daß dem gemeinsamen Kriegsministerium und dem österreichischen Handelsministerium die Ernennung je eines Verwaltungsratsmitgliedes sowie die Entsendung besonderer Vertreter zur Generalversammlung und zu allen Sitzungen des Verwaltungsrates vorbehalten wurde, denen das Recht zustand, aus Gründen öffentlichen Interesses gegen gefaßte Beschlüsse Einspruch zu erheben. Über die Aufrechterhaltung dieses Einspruches hatte der Minister zu entscheiden, der das betreffende Verwaltungsratsmitglied ernannt oder den Vertreter entsendet hatte. Ferner war auch die Gewinnstmöglichkeit dadurch beschränkt, daß satzungsgemäß keine höhere Dividende verteilt werden durfte, als zu einer 5% oder 6%igen Verzinsung des Aktienkapitals notwendig war. Darüber hinaus sich ergebende Überschüsse sollten zur Stärkung der Reserven verwendet und nach Beendigung des Krieges einem von der Regierung zu bezeichnenden gemeinnützigen Zwecke zugeführt werden. Da die Organisation des Rohstoffbezuges zu jener Zeit noch als ein gemeinsames Interesse beider Staaten der Monarchie betrachtet wurde, sollten die Gesellschaften ihre Tätigkeit auf Österreich ebenso wie auf Ungarn erstrecken und aus österreichischen und ungarischen Firmen gebildet werden. Es gelang, die Zustimmung der ungarischen Industrie und sogar der ungarischen Regierung zu dieser Lösung zu erhalten. Damit schien wenigstens innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie die Einheitlichkeit der kriegswirtschaftlichen Organisation gesichert zu sein.

Im Laufe der Zeit gewannen allerdings politische Rücksichten die Oberhand über die wirtschaftliche Vernunft. Der Krieg schien eine willkommene Gelegenheit, die Unabhängig-



keit Ungarns auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu vergrößern. Hierzu gehörte die Ausnützung der Kriegswirtschaft zur Förderung der ungarischen Industrie. Die Gemeinsamkeit der kriegswirtschaftlichen Einrichtungen war für diese Bestrebungen manehmal unbequem. Auch aus optischen Gründen schienen sie unangebracht in einer Zeit, in der man die Unabhängigkeit von Österreich stärker betonen wollte. So kam es allmählich, vom Frühjahr 1915 angefangen, zu einer Teilung der gemeinsamen Zentralen, die durch je eine österreichische und eine ungarische ersetzt wurden. An der Häute- und Lederzentrale, die im Jänner 1915 errichtet wurde, und an allen später gegründeten Zentralen war Ungarn von vornherein nicht mehr beteiligt. Die Kriegswirtschaft ging von nun an in jedem der beiden Staaten ihren eigenen Gang, ohne einen anderen Zusammenhang als den, der durch die Bestimmungen des Ausgleichsvertrages und durch fallweise Verhandlungen der beiden Regierungen gegeben war.

Auf Grund der Berliner Besprechungen war auch die Gründung einer Zentrale für die Rohstoffe der chemischen Industrie ins Auge gefaßt worden. Ihr stellte sich jedoch fürs erste der Umstand hindernd in den Weg, daß es sich um die Rohstoffbeschaffung für eine Anzahl ganz verschiedener Industriezweige gehandelt hätte und daß das Kriegsministerium die wichtigsten Betriebe der chemischen Industrie mit Rücksicht auf die Sprengmittel- und Munitionserzeugung unter Kriegsleistung gestellt und ihre Rohstoffversorgung selbst in die Hand genommen hatte. Daneben schienen für eine Rohstoffzentrale kein rechtes Betätigungsfeld mehr zu bleiben. Man begnügte sich daher mit der Schaffung eines «Kriegsausschusses der chemischen Industrie», der im Dezember 1914 errichtet wurde. Er sollte ein beratendes und begutachtendes Organ für das Handelsministerium sein und sich sowohl mit der Frage der Rohstoffbeschaffung für die chemische Industrie wie mit den sonstigen Fragen befassen, welche für diese Industrie durch die kriegserischen Ereignisse aufgeworfen wurden.

Dieser Kriegsausschuß der chemischen Industrie bildete den ersten Ansatz zur Entstehung reiner, mit keinerlei kaufmännischen Aufgaben belasteter Selbstverwaltungsorgane der Kriegswirtschaft. In seinem Schoße fiel, als es

an Glyzerin für die Sprengmittelerzeugung und an Fett für die Gewinnung des Glyzerins zu mangeln begann, die Anregung zur Gründung einer «Öl- und Fettzentrale», um durch sie die Einfuhr von Ölen und Fetten aus dem Auslande in großem Stil systematisch zu organisieren. Der Plan scheiterte fürs erste an der Weigerung des Finanzministers, staatliche Mittel zur Finanzierung dieser Fettbezüge zur Verfügung zu stellen. Die Gründung erfolgte erst am 31. August 1915 auf rein privater Grundlage mit einem Anfangskapital von nur 500.000 K und mit einem Statut, das dem der älteren Zentralen nachgebildet war.

Inzwischen hatten die Ernährungsschwierigkeiten, die sich schon im Herbst 1914 fühlbar zu machen anfangen, den Gedanken nahegelegt, eine den industriellen Zentralen nachgebildete Organisation auch für die Sicherung des Getreidebedarfes zu schaffen. Bei den Beratungen hierüber zeigte sich der Finanzminister abermals als Gegner jeder derartigen Aktion und jeder Verwendung staatlicher Mittel zu ihrer Durchführung. Erst nachdem das Handelsministerium die Führung in der Ernährungsfrage an das Ministerium des Innern abgegeben hatte, das allgemeine politische Erwägungen mit größerem Gewichte geltend machen konnte, wurde die Organisation der Getreidebeschaffung durchgeführt. Durch Verordnung des Gesamtministeriums vom 27. Februar 1915 wurde die «Kriegsgetreideverkehrsanstalt» errichtet. Dabei wurde der Grundgedanke, der bei der Schaffung der Zentralen maßgebend war, insofern übernommen, als diese Anstalt eine nach kaufmännischen Grundsätzen geführte Zentralstelle für die Übernahme und Aufteilung aller Vorräte an Getreide und Mahlprodukten sein sollte, die durch die Aufbringung im Inlande oder durch Einfuhr aus Ungarn oder dem Zollaushande beschafft wurden.

Im Gegensatz zu den industriellen Zentralen wurde jedoch die Kriegsgetreideverkehrsanstalt nicht mit privatem Kapital gegründet. Der Finanzminister blieb bei seiner Weigerung, staatliche Mittel für ihren Betrieb zur Verfügung zu stellen, stimmte jedoch schließlich der Gewährung einer Art Staatsgarantie in verhüllter Form zu; die Anstalt hatte nach den Bestimmungen der Verordnung ihre Gebarung so einzurichten, daß die Ausgaben in den einfließenden Einnahmen ihre Deckung finden, doch wurde gleichzeitig bestimmt, daß ein dessenungeachtet sich ergebender Abgang vom Staate gedeckt werden solle.

Hiedurch war die Grundlage für die Kapitalbeschaffung durch Bankkredit gegeben, eine Form der Finanzierung, die zwar «kaufmännischen Grundsätzen» nicht sehr entsprach, aber geeignet war, formalbudgetrechtliche Bedenken zu beschwichtigen. Nach ähnlichen Grundsätzen wurde am 11. August 1915 die «Futtermittelzentrale» ins Leben gerufen.

Waren die Zentralen der Textil- und Metallindustrie sowie auch die später gegründete Öl- und Fettzentrale in erster Linie für die Beschaffung von Rohstoffen im Auslande bestimmt, so sah man sich bald genötigt, das gegebene Beispiel auch für Industrien nachzuahmen, die hauptsächlich inländische Rohstoffe verwendeten. In diesen Fällen war es die Aufgabe der Zentrale, die kaufmännischen Verrichtungen durchzuführen, die mit der zwangsweisen Aufbringung des Rohstoffes im Inlande verbunden waren, also die beschlagnahmten oder in irgendeiner anderen Form angeforderten Waren zu übernehmen, die Auszahlung der Vergütungen durchzuführen, die bei ihr zusammenfließenden Waren sachgemäß zu lagern und zu sortieren und sie endlich nach gegebenen Vorschriften zur Weiterverarbeitung zu verteilen. Die Errichtung solcher Zentralen erwies sich insbesondere bei Rohstoffen notwendig, die an vielen Orten zerstreut in verhältnismäßig kleinen Mengen aufkommen oder sogar erst durch eine organisierte Sammeltätigkeit aufgebracht werden müssen. Die am 11. Jänner 1915 errichtete «Häute- und Lederzentrale A. G.» nahm noch eine gewisse Mittelstellung ein. Wie die Zentralen der Textil- und Metallindustrie diente sie bei ihrer Errichtung, teilweise im Zusammenhang mit dem Septemberabkommen, der Einfuhr von Gerbstoffen (Quebrachholz und Quebrachholzextrakt), Häuten und Fellen aus dem Auslande und leistete in dieser Beziehung auch tatsächlich Beachtenswertes. Bald aber wurde ihre Hauptaufgabe die Erwerbung und sachgemäße Verteilung inländischer Rohhäute, die ihr auf Grund des Anbotzwanges zum Kauf angeboten werden mußten, sowie ja übrigens auch die Woll- und Metallzentrale später, als die Einfuhrmöglichkeit schwand, das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf die Aufbringung im Inlande legen mußten.

Für die Sammlung des Häutegefälles, das sich bei den im Felde stehenden Truppen ergab, wurde am 15. Juni 1915 die «Etappenhäutezentrale G. m. b. H.» errichtet.



Ähnliche Sammelzentralen sind noch die «Knochenzentrale G. m. b. H.» (errichtet am 11. Mai 1916), die «Harzzentrale» (errichtet am 16. Juni 1916) und die «Hadernzentrale» (errichtet am 15. September 1916).

Einen weiteren Typus stellen die «Verteilungszentralen» dar, die dazu bestimmt sind, die Erzeugung einer bestimmten Industrie oder den für den Zivilbedarf freigegebenen Teil dieser Erzeugung aufzunehmen und nach bestimmten Vorschriften zu verteilen. Hieber gehören die «Schwefelsäure G. m. b. H.», die über Anregung des Kriegsausschusses der chemischen Industrie am 5. Oktober 1915 errichtet wurde, ferner die «Petroleumverteilungsgesellschaft m. b. H.» (Petroleumzentrale), die am 11. Dezember 1915 gegründet wurde, die «Leder- und Schuhbeschaffungsgesellschaft m. b. H.», die am 15. Mai 1917 ins Leben trat und endlich die mit Verordnung vom 21. September 1917 errichteten Volksbekleidungsstellen (Abteilungen für Volksbekleidung bei der Baumwoll- und Wollzentrale, Landesbekleidungsstellen).

Gleiche Einrichtungen und Aufgaben wie die alten Zentralen der Textilindustrie (Baumwoll- und Wollzentrale) zeigen die erst später für die übrigen Zweige der Textilindustrie errichteten Zentralen, nämlich die «Seiden-Rohstoff-Zentrale» (errichtet am 29. Juli 1916), zur Übernahme und Verarbeitung der im Orient aufgebraachten Rohseiden, Kokons und Seidenabfälle, die «Flachs-Zentrale A. G.» (errichtet am 11. Dezember 1916), die «Leinenzentrale A. G.» (errichtet am 8. Mai 1917) und die «Hanfzentrale A. G.» (errichtet am 9. August 1917). In die gleiche Kategorie gehören endlich auch die «Österreichische Kautschukzentrale A. G.» (errichtet am 9. Dezember 1916) und die «Österreichische Kork-einkaufs-Gesellschaft» (errichtet am 6. September 1918).

In der Nahrungsmittelindustrie, die bis zur Errichtung des Amtes für Volksernährung in der Industriesektion des Handelsministeriums bewirtschaftet wurde, entstanden gleichfalls eine Reihe von «Zentralen»: die «Spirituszentrale», die «Zuckerzentrale», die «Brauerzentrale» und die «Malzzentrale». Der Name ist jedoch hier insofern irreführend, als es sich bei diesen Organisationen keineswegs



wie bei den übrigen Zentralen um rein oder auch nur vorzugsweise kaufmännische Einrichtungen handelt. Die Spirituszentrale hatte sogar lediglich administrative Aufgaben. Ihr Wirkungskreis deckte sich völlig mit dem eines Kriegsverbandes. Die übrigen sind gemischte Organisationen, welche gleichzeitig administrative und kaufmännische Aufgaben zu erfüllen hatten. So erstreckte sich die Tätigkeit der Zuckerzentrale auch auf die Ein- und Ausfuhr von Zucker, und die Brauerzentrale konnte auch die Beschaffung der durch sie zu verteilenden Rohstoffe und Bedarfsartikel übernehmen, sei es in Form der Vermittlung des Einkaufes, sei es als selbständiger Käufer. Es handelt sich bei diesen «Zentralen» um Mischformen, die gleichzeitig kaufmännischen und Verwaltungszwecken dienen.

### 3. Die Tätigkeit der Zentralen.

Die Abwicklung des Septemberübereinkommens bildete die erste, aber nicht die einzige Aufgabe der Zentralen. Sie wurden auch als fachmännische Beiräte bei weiteren Verhandlungen mit der deutschen Regierung — so z. B. über die Erhöhung der Kontingente, über die Teilung der in Belgien und Polen erbeuteten Rohstoffe — herangezogen, und ihrer sachkundigen Unterstützung war es größtenteils zu danken, wenn diese Verhandlungen zu einem für die Versorgung des Heeres und der Bevölkerung befriedigenden Abschluß gelangten. Eine außerordentlich wichtige Aufgabe der Zentralen blieb die Ausnützung der Bezugsmöglichkeiten, die sich namentlich in der ersten Zeit des Krieges auf dem Wege über neutrale Länder noch eröffneten. Wie bei jeder gewaltsamen Unterbindung der Handelsbeziehungen entfaltete sich auch hier bald ein üppig blühender Schleichhandel. Die Notwendigkeit, sich seiner zu bedienen, rechtfertigte unter einem neuen Gesichtspunkte die Bildung privater Rohstoffgesellschaften, die besser als irgendein staatliches Organ die Kunst üben konnten, auf vielfach gewundenen Wegen die Hemmnisse zu umgehen, welche die damals allerdings noch mangelhafte feindliche Seesperre dem Rohstoffbezuge bereitete. Als Kuriosität ist ein Fall anzuführen, wo, noch dazu nach dem Eintritte Italiens in den Krieg, aus Britisch-Indien auf einem russischen Schiffe Kopra nach einem italienischen Hafen geführt wurde, um von dort über die Schweiz nach Österreich zu gehen.

In mancher Hinsicht wurde die systematische Ausnützung von Bezugsmöglichkeiten im neutralen Ausland allerdings dadurch behindert, daß die Zentralen trotz aller in ihren Satzungen enthaltenen Kautelen sowohl in der Öffentlichkeit wie von manchen militärischen und staatlichen Stellen nicht in vollem Maße als gemeinnützige Anstalten anerkannt wurden; ihre Begründung durch privates Kapital, die durch die kurzsichtige Weigerung der Finanzverwaltung, die notwendigen Mittel beizustellen, erzwungen worden war, wurde ihnen als eine Art Makel angerechnet. Nun waren neben den Zentralen auch zahlreiche Handels- und Industriefirmen als Einkäufer tätig. In dem Bewußtsein, daß der Rohstoffbezug durch die fortschreitende Verschärfung der Blockade in verhältnismäßig kurzer Zeit wesentlich erschwert oder gänzlich abgeschnitten werden dürfte, trachtete jeder nach Möglichkeit, Waren hereinzubringen, sei es für den eigenen Bedarf, sei es zu spekulativen Zwecken. Denn jeder konnte sicher sein, diese Waren in Kürze teurer und günstiger, als er sie gekauft hatte, im Inlande loszuschlagen zu können. Aus diesen Gründen kam es auf den neutralen Märkten zu einer Konkurrenz im Einkaufe, die oft zu einer ins Ungeheuerliche gehenden Preistreiberei führte und um so verderblicher wirkte, als sie sich in der Regel auf eine ganz beschränkte Warenmenge warf. Je schärfer die von den feindlichen Mächten geübte Kontrolle über den Handel der Neutralen wurde, desto geringer wurden die Vorräte, die in den neutralen Ländern vorhanden waren und von ihnen zur Ausfuhr zugelassen wurden, desto schärfer wirkte die zügellose Konkurrenz der Einkäufer. Die Preise stiegen ins Schwindelhafte, es kam zu gehäuften Beschwerden der neutralen Regierungen, welche infolge dieser Übersteigerung der Nachfrage mit gänzlicher Sperre der Ausfuhr drohten, um die Gefährdung der eigenen Industrie durch das Hinaufwirbeln der Preise und die Entziehung der Mittel zur Befriedigung des Bedarfes der eigenen Bevölkerung mit Gewalt zu verhindern. Für die Zentralen brachte diese zügellose Konkurrenz der Einkäufer, an der sich oft mit besonderem Nachdrucke Agenten des Kriegsministeriums beteiligten, natürlich den Nachteil einer Erschwerung ihrer Tätigkeit und einer Verteuerung der Einkaufspreise. Infolgedessen trat bald der Wunsch zutage, ihnen auf irgendeinem Wege ein Einfuhrmonopol zu sichern. Mancherlei Mittel wurden zu diesem Zwecke angewen-

det: man verhängte Einfuhrverbote für bestimmte Waren und bewilligte Ausnahmen hievon nur den legitimen Einkaufsorganisationen; man bestimmte, daß alle über die Grenzen kommenden Waren bestimmter Art der dafür zuständigen Zentrale abgeliefert werden mußten, welche dafür nur den Preis vergütete, gegen den sie zu gleicher Zeit und in demselben Ursprungslande die gleiche Ware zu beschaffen in der Lage war.

Gegen diese Maßnahmen, die darauf gerichtet waren, die übermäßige Konkurrenz der Einkäufer auszuschalten, und durch Konzentration des Einkaufes eine billigere und bessere Deckung des Bedarfes herbeizuführen, machte sich jedoch eine starke Gegenströmung geltend, die sich auf die Behauptung stützte, daß es unter den außerordentlichen, durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnissen nicht darauf ankomme, billig zu kaufen, sondern überhaupt Ware hereinzubringen, gleichgültig um welchen Preis; daß man zu diesem Zwecke nicht auf die private Initiative verzichten könnte; daß das Monopol, das man einer einzelnen Zentrale verleihe, die Ausschaltung der privaten Initiative, und was noch wichtiger, die Ausschaltung der privaten Verbindungen bedeute, die noch vom Frieden her zwischen zahlreichen Firmen des Inlandes und des neutralen, ja selbst des feindlichen Auslandes bestünden, und daß infolgedessen die Zentralen nie in der Lage sein würden, die Mengen hereinzubringen, die bei freiem Gewährenlassen des Handels hereingebraucht werden könnten. Zu diesen praktischen Einwänden gesellte sich der grundsätzliche, daß es sich bei den Zentralen um Organisationen handle, die mit privatem Kapital ins Leben gerufen worden seien, und daß es infolgedessen schwer tunlich sei, ihnen ein solches Monopol zu verleihen.

Dieses formalistische, aus dem privatkapitalistischen Charakter der Zentralen abgeleitete Bedenken erhielt größeres Gewicht, als ihm an sich zugekommen wäre, durch die praktischen Schwierigkeiten, die bei der Tätigkeit der Zentralen aus dem inneren Widerspruch zwischen ihrer Basierung auf privates Kapital und ihrem gemeinnützigen Charakter erwuchsen. Die natürliche Folge dieser inneren Zwiespältigkeit war, daß die Zentralen beim Einkauf sich zu größerer Vorsicht gezwungen sahen als rein private oder völlig auf öffentliche Mittel gegründete Unternehmen. Ein rein privates Unternehmen, das mit keinerlei gemeinnützigen Verpflichtungen



belastet ist, kann gefährliche Risiken übernehmen, wenn es in dem möglichen, vielleicht sogar wahrscheinlichen Gewinn ein entsprechendes Gegengewicht dafür findet. Ein Unternehmen, das mit öffentlichen Mitteln oder staatlichen Garantien arbeitet, kann solche Risiken laufen, selbst wenn es auf jeden Gewinn verzichtet: denn es wird durch den Staat gedeckt, und die Erfahrung zeigt, daß man auf solche Deckung hin recht ausgiebig sündigen kann. Man kann vom Staate auch verlangen, daß er im öffentlichen Interesse und zur Erreichung der von ihm selbst gesetzten Ziele Verluste, die sich aus der Rohstoffbeschaffung ergeben, ebenso auf sich nimmt wie andere Kriegskosten. Man kann aber von privatem Kapital nicht fordern, daß es sich für öffentliche Zwecke völlig opfere, wenn man ihm unter Berufung auf die öffentlichen Zwecke, in deren Dienst es sich gestellt hat, abgesehen von einer bescheidenen Verzinsung, jede Gewinnstmöglichkeit abschneidet. Da infolgedessen die Fähigkeit der Zentralen, bei ihren ausländischen Geschäften die Wahrscheinlichkeit großer Verluste mit in den Kauf zu nehmen, durch ihren inneren Aufbau und durch die Verantwortlichkeit ihrer Leiter für das ihnen anvertraute Kapital stark beeinträchtigt war, konnte mit einem gewissen Anschein von Recht behauptet werden, daß die private Initiative unentbehrlich sei, obwohl sie sich in einer unregelmäßigen Nachfrage äußere.

Diese Zwiespältigkeit der Anschauungen bewirkte, daß man sich nur zögernd zu Maßnahmen entschloß, welche die Gewährung eines Einfuhrmonopols an die Zentralen bedeuteten. Solche Maßnahmen wurden allerdings unvermeidlich, weil die österreichischen Zentralen mit deutschen Rohstofforganisationen zum Zwecke gemeinsamen Einkaufes im Auslande zusammenwirken mußten. In Deutschland waren die Rohstoffgesellschaften durchwegs mit staatlichen Mitteln oder doch mit staatlicher Garantie ausgestattet worden; infolgedessen fielen hier die Bedenken größtenteils weg, die in Österreich dagegen geltend gemacht wurden, den Zentralen in irgendwelcher Form ein ausschließliches Recht auf die Einfuhr bestimmter Waren einzuräumen. So kam es, daß Deutschland in diesen Fällen mit solchen monopolistischen Maßnahmen voranging und die österreichische Regierung vor die Wahl stellte, auf demselben Wege zu folgen oder jene Beschränkungen der Durchfuhr in Kauf zu nehmen, die man in Deutschland für notwendig hielt, um die



Störung der eigenen Einkaufstätigkeit auf bestimmten neutralen Märkten durch die unregelmäßige Nachfrage und die zügellose Preisüberbietung von Seite privater Einkäufer aus Österreich und Ungarn zu verhindern. Fast durchwegs kam es in solchen Fällen zu einer Einigung, bei der die in Deutschland eingeführten Beschränkungen der privaten Einkaufstätigkeit von Österreich und Ungarn der Hauptsache nach auch übernommen wurden.

Solche monopolartige Organisationen zum Zwecke des gemeinsamen Einkaufes auf bestimmten Märkten wurden namentlich für die Beschaffung von Nahrungs- und Futtermitteln, ferner für den Bezug von Ölen und Fetten und für die Rohstoffbeschaffung aus dem Orient ins Leben gerufen.\*)

Naturgemäß stellten die Zentralen in ihrer Gesamtheit einen umfangreichen Verwaltungskörper dar. Aus diesem Titel wurden mancherlei Angriffe gegen sie erhoben. Es wurde ihnen übermäßiger Aufwand an Personal zur Last gelegt und auch die Verdächtigung ausgesprochen, daß sie Zufluchtsstätten für Frontflüchtlinge seien. Zur Widerlegung dieser Vorwürfe wurden der gemischten parlamentarischen Kommission, die im September 1917 zur Prüfung der Tätigkeit der kriegswirtschaftlichen Organisationen eingesetzt worden war, ins einzelne gehende Nachweisungen über den Personalstand der kriegswirtschaftlichen Organisationen vorgelegt, aus denen es sich ergab, daß sie insgesamt 1973 Hilfskräfte, und zwar 1223 weibliche und 550 männliche, beschäftigten. Von den männlichen Hilfskräften waren im ganzen nur 112 von der Kriegsdienstpflicht enthoben, also rund 20%. Auch von diesen gehörten die Mehrzahl höheren Altersklassen an; 39 waren über 42, 28 zwischen 37 und 42, und nur 45 unter 37 Jahre alt.

Mit dem Vorwurfe der Beschäftigung eines übermäßigen Personals hing auch der unverhältnismäßig großer Verwaltungskosten zusammen. Außerdem wurde die Anschuldigung erhoben, daß die Zentralen auf Kosten der Allgemeinheit ungerechtfertigt hohe Gewinne anhäuften. Auch diese Vorwürfe erwiesen sich nach den Ziffern, die der parlamentarischen Kommission vorgelegt wurden, als völlig ungerechtfertigt. So hatte die Wollzentrale bei einem Kapital von ursprünglich 4, später 8 Millionen Kronen in den Jahren 1915 und 1916 zu-

\*) Vgl. hiezu S. 95 ff.

sammen einen Umsatz von 147 Millionen Kronen zu verzeichnen. Die Spesen machten während derselben Zeit 635.000 K aus, also 0'43% des Umsatzes. Der Reingewinn der Wollzentrale betrug im Jahre 1914/15 488.000 K, im Jahre 1915 913.000 K, also im ganzen 9% vom Umsatz. Davon wurden 350.000 K für Kriegsfürsorgezwecke dem Kriegsministerium überwiesen, der Rest dem Reservefonds zugeschlagen.

Die Baumwollzentrale hatte bei einem Kapital von 5 Millionen Kronen einen Umsatz in der Höhe von 540 Millionen Kronen durchgeführt, und wies auf Spesenkonto die Ausgabe von 616.000 K aus, so daß 0'11% des Umsatzes auf die Spesenbelastungen kommen. Der Reingewinn betrug 5'25 Millionen Kronen, also nicht ganz 1% des Umsatzes. Davon wurden 4 Millionen Kronen zu einer Hilfsaktion für die Arbeitslosen verwendet, welche durch die notwendige Stilllegung einzelner Baumwollfabriken außer Verdienst gesetzt worden waren.

Die Öl- und Fettzentrale hat bei einem Kapital von anfangs einer halben Million Kronen, das später auf 5 Millionen Kronen erhöht wurde, im Jahre 1915/16 einen Umsatz von 107 Millionen Kronen bei einer Spesenrechnung von 311.000 K erzielt, was eine Spesenbelastung mit 0'29% des Umsatzes ergibt. Ihr Reingewinn betrug 420.000 K, d. s. 0'39% des Umsatzes. Er wurde vollständig dem Reservefonds zugeschrieben.

Die Häute- und Lederzentrale hatte bei einem Kapital von 2 Millionen Kronen im Jahre 1915 einen Umsatz von 59 Millionen, im Jahre 1916 einen solchen von 780 Millionen Kronen. Die Spesen betrugen im Jahre 1915 137.000 K, im Jahre 1916 511.000 K, im ganzen also 0'27% des Umsatzes. Der ausgewiesene Reingewinn machte 484.000 K aus, dazu kamen 8 Millionen Kronen stille Reserven, die, wie bei den anderen Zentralen, nach der Liquidation zur Verfügung der Regierung standen.

Die Metallzentrale endlich hatte bei einem Kapital von 4 Millionen Kronen einen Umsatz von 308 Millionen Kronen bewerkstelligt, wobei Spesen im Betrage von 120.000 K, d. s. 0'39% des Umsatzes, aufliefen. Ihr Reingewinn betrug 1914/15 632.000 K, 1915/16 1.774.000 K; dazu kamen 4 Millionen Kronen stille Reserven.

Ein zusammenfassendes Urteil über die Tätigkeit der industriellen Zentralen gab der Generalkommissär für Kriegs- und

Übergangswirtschaft in einer Rede, die er am 11. September 1917 vor der gemischten parlamentarischen Kommission zur Prüfung der Tätigkeit der kriegswirtschaftlichen Organisationen hielt. Diese Rede enthält die folgenden Ausführungen:

«Die Zentralen haben während des Krieges für Staat und Kriegsverwaltung eine außerordentlich hohe Bedeutung gewonnen, und ich kann hier offen sagen, daß in manchen Zeitpunkten die Situation durch ihre Tätigkeit geradezu gerettet wurde und daß die Möglichkeit des Durchkommens ohne den Bestand dieser Organisationen nicht gegeben gewesen wäre. Wir müssen allerdings die Tätigkeit der kriegswirtschaftlichen Organisationen nicht nur unter dem Gesichtswinkel ihrer Wichtigkeit und Nützlichkeit für den Staat und für den Krieg, sondern auch unter dem Gesichtswinkel ihrer Wirkung auf die Bevölkerung betrachten. Und da möchte ich hervorheben, daß naturgemäß ihre erste Wirkung die einer Beengung des Konsums war und auch sein mußte. Bis zu einem gewissen Grade hat das Witzwort recht, daß die Zentralen die Ware vom Markte verschwinden lassen. Das ist unvermeidlich, es ist sogar ihre Aufgabe. Sie haben die Ware aus dem Konsum herauszunehmen, sie haben die Rohstoffvorräte dem allgemeinen Verbrauch zu entziehen und sie für öffentliche Zwecke vorzubehalten, was naturgemäß ohne Verletzung von Hunderttausenden von Einzelinteressen nicht abgeht. Der Krieg ist kein Vergnügen, Kriegszentralen sind keine Wohltätigkeitsanstalten, sondern Anstalten, die der harten Notwendigkeit des Krieges dienen und mit zur Aufgabe haben, der Bevölkerung jene Lasten aufzuerlegen, die der Krieg mit sich bringt. Daß dabei Beliebtheit dieser Organisationen bei der Bevölkerung ebensowenig erzielt werden kann wie beispielsweise Beliebtheit der Steuerbehörden, ist von vornherein klar. Man begegnet nun allerdings auch dem Vorwurf, daß bei Verteilung des nach der Befriedigung des öffentlichen Bedürfnisses übrig bleibenden Restes nicht immer entsprechend zu Werke gegangen worden sei. Ich kann hier nur das Bekenntnis wiederholen: Wir haben Fehler gemacht, den allerschwersten dadurch, daß wir nicht von Anfang an radikal genug gewesen sind. Es ist dies aber ein Fehler, wie ich ganz ausdrücklich hervorheben möchte, der in erster Linie die Regierung und nicht die Zentralen trifft, und ich habe mir bereits im Verlaufe meiner früheren Ausführungen gestattet,



auf die Gründe hinzuweisen, die einem radikaleren Vorgehen im Wege standen, die uns bewogen, vorsichtig tastend vorzugehen.

Zu diesen schon angeführten Gründen kommt noch einer, den ich nicht erwähnt habe: nämlich die, je weiter die kriegswirtschaftliche Organisation fortschritt, immer heftiger aus verschiedenen Kreisen sich meldende Opposition gegen derartige Maßnahmen. Ich liebe im allgemeinen die Opposition. Ich halte sie für ein wichtiges Mittel, Gedankengänge auf ihre Richtigkeit zu erproben; sie ist ein notwendiges Korrektiv der bureaukratischen Tätigkeit, namentlich in einer Zeit, wo die bureaukratische Tätigkeit bei ihren Maßnahmen und ihrem Vorgehen des starken Rückhaltes der öffentlichen Erörterung und des noch stärkeren Rückhaltes, den ihr Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften gewähren, entbehren mußte. Sie wirkt aber naturgemäß nicht fördernd, sondern verzögernd. Denn wenn man bei jedem einzelnen Schritte auf Grund der Opposition, die sich dagegen erhebt, die Bedenken sorgfältig erwägt, die sich gegen ihn erheben lassen, ergibt sich naturgemäß eine gewisse Vorsicht im Weiterschreiten. Soweit wäre ja gegen die Wirkung dieser oppositionellen Strömungen nichts einzuwenden. Sie erstreckte sich jedoch auch auf unsere freiwilligen Mitarbeiter aus der Industrie und dem Handel, und ich muß hier besonders hervorheben, daß die Unterbindung der sachlichen Erörterungen in der Öffentlichkeit um so üppiger die schleichende Verdächtigung wuchern ließ, und zwar um so mehr, als die Opposition nicht immer in Wahrung berechtigter Interessen, sondern — und auch das muß mit aller Schärfe ausgesprochen werden — in sehr vielen Fällen aus gemeinem Eigennutz hervorgegangen ist. (Zustimmung.)

Diesen Verdächtigungen gegenüber, die naturgemäß weniger die Staatsverwaltung als diejenigen, die in den Dienst ihrer Interessen getreten sind, treffen, fühle ich mich verpflichtet, den Männern, die von Anbeginn des Krieges in opferwilliger Weise sich in den Dienst der öffentlichen Interessen gestellt haben, vielfach unter Hintansetzung ihrer eigenen Interessen, hier öffentlich Dank und Anerkennung zu zollen.

Unfehlbarkeit nimmt ebensowenig die staatliche Verwaltung für sich in Anspruch, wie es ihre freiwilligen Mitarbeiter tun. Fehler mögen geschehen sein; sie sind aber bei einer Ar-



beit ohne Vorbild, wie sie hier zu leisten war, nicht zu vermeiden. Ich nehme es auch für die Zukunft als unser Recht in Anspruch, Fehler zu machen. Man kann bei den täglich sich erneuernden Aufgaben von ungeheurer Schwierigkeit ohne einzelne Fehlgriffe nicht wegkommen, und das beste, was man tun kann, ist, sie wieder gutzumachen, sobald man zu ihrer Erkenntnis gelangt.

Was wir aber in Anspruch nehmen müssen und was ich in Anspruch nehme für diejenigen freiwilligen Mitarbeiter, die aus den Kreisen der Industrie und des Handels sich uns zur Verfügung gestellt haben, das ist der Glaube an den guten Willen. Wenn eigensüchtige Interessen hier mitspielen würden, so kann ich Ihnen aus meiner jahrelangen Erfahrung versichern, daß jeder, der sich in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt hat, bei voller Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung besser gefahren wäre als bei der Tätigkeit, die er bei uns entfaltet hat, und bei den Rückwirkungen, die diese Tätigkeit auf seinen eigenen Betrieb, auf seine eigenen geschäftlichen Interessen gehabt hat.»

### III. DIE STAATLICHE VERWALTUNG IN DER KRIEGSWIRTSCHAFT.

#### 1. Von den Anfängen der Kriegswirtschaft bis zum dritten Kriegswinter (1916/17).

Noch ehe es zur allgemeinen Annahme und Durchführung des Systems der Zentralen gekommen war, ergab sich die Notwendigkeit, auch im Innern des Landes durch wirtschaftliche Maßnahmen verschiedener Art den Erfordernissen des Krieges Rechnung zu tragen. Zu den ersten Eingriffen in die Wirtschaft kam es auf dem Gebiete der Preispolitik. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges trat bereits die Befürchtung eines bevorstehenden Lebensmittelmangels auf. Die Preise der Nahrungsmittel wurden vielfach willkürlich in die Höhe gesetzt. Zurückhaltung und Verheimlichung von Vorräten drohten, die Lage zu verschärfen. Um Notstände und Unzufriedenheit namentlich unter der städtischen Bevölkerung zu vermeiden, wurden durch kais. Verordnung vom 1. August 1914 Bestimmungen über die Versorgung der Bevölkerung mit unent-

behrlichen Bedarfsgegenständen getroffen. Die Verordnung enthielt Vorschriften über Vorratserhebungen, gab den Gemeinden das Recht, Vorräte anzufordern und erließ Strafbestimmungen gegen Preistreiberei. Obwohl unter den «unentbehrlichen Bedarfsgegenständen» keineswegs ausschließlich Nahrungsmittel zu verstehen waren, beschränkte sich die Wirkung der Verordnung fürs erste nur auf diese, da bei anderen Waren während der ersten Kriegswochen infolge der allgemeinen Geschäftsstockung eher Preissenkungen zu beobachten waren.

Eine weitere Grundlage für die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen schuf die kais. Verordnung vom 10. Oktober 1914. Sie ermächtigte die Regierung ganz allgemein, aus Anlaß der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse, im Verordnungswege die notwendigen Verfügungen zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes, ferner zur Approvisionierung der Bevölkerung zu treffen und auf Übertretungen dieser Verfügungen Geldstrafen bis zu 5000 K und Arreststrafen bis zu 6 Monaten zu setzen. Die auf Grundlage dieser Ermächtigung erlassenen Verordnungen sollten nicht schon mit der formalen Herstellung des Friedens, sondern erst nach Wiederkehr normaler Verhältnisse außer Kraft treten. In dieser Bestimmung über die Geltungsdauer der kriegswirtschaftlichen Verordnungen lag der erste Hinweis auf die Notwendigkeit einer Übergangswirtschaft. Die österreichische Regierung war sich schon damals darüber klar, daß die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges den Kampf der Waffen überdauern würden und daß es daher notwendig sein werde, die während des Krieges getroffenen Maßnahmen auch nach dem formellen Friedensschluß so lange aufrechtzuerhalten, bis sich normale Verhältnisse wieder eingestellt haben.

Auch die Verfügungen, die auf Grund dieser Ermächtigung erlassen wurden, dienten zunächst nur dazu, dem in den letzten Monaten des Jahres 1914 schon recht fühlbar werdenden Mangel an Nahrungsmitteln und der damit in Zusammenhang stehenden Teuerung zu begegnen. Mahl- und Backvorschriften wurden erlassen, die eine Streckung der Vorräte bezweckten:

die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide, Mehl, Kartoffeln und andere Nahrungsmittel sollte der zunehmenden Teuerung entgegenwirken.

Auf das Gebiet der industriellen Kriegswirtschaft im engeren Sinn griffen ähnliche Maßnahmen erst zu Anfang des Jahres 1915 über.

Während der ersten Kriegsmonate hatte die militärische Kriegswirtschaft mit Lieferungsverträgen und mit der Anwendung des Kriegsleistungsgesetzes das Auslangen gefunden. Die Heereslieferungs-Gesellschaften wurden auf Grund der bestehenden Verträge zur möglichsten Steigerung ihrer Lieferungen verhalten. Der Bedarf wuchs derart, daß man auch außerhalb des Kreises der Konsortialfabriken Bestellungen vergeben mußte. Zum Teil geschah dies dadurch, daß die Heereslieferungs-Gesellschaften von ihnen übernommene Aufträge weitergaben, doch machte die Heeresverwaltung auch direkte Bestellungen bei außenstehenden Firmen, da die Konsortien ihren Anforderungen nicht im vollen Umfange nachkommen konnten. Vielfach drängten sich dabei unberufene Vermittler, Agenten übelster Art und dem Geschäfte gänzlich fernstehende Personen ein und ergatterten Bestellungen, mit denen sie förmlich hausieren gingen, um sie bei irgendeinem leistungsfähigen Erzeuger unterzubringen. Die mit Aufträgen versehenen Betriebe hatten bald Schwierigkeiten, ihren Rohstoffbedarf zu decken. Um ihren Klagen zu begegnen, griffen die Militärbehörden mit Beschlagnahmen auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes ein. Ein Zustand schädlicher Unsicherheit trat ein. Betriebe, die zur Arbeit für den Heeresbedarf noch nicht herangezogen waren, sahen sich von der Stilllegung bedroht. Die Aufbringung der Rohstoffe durch den Handel kam ins Stocken.

Als die Rohstoffzufuhr aus dem Auslande immer spärlicher zu fließen begann und die Notwendigkeit rationeller Bewirtschaftung der im Inland vorhandenen Vorräte und der inländischen Rohstoffquellen immer mehr hervortrat, zeigte sich die Unzulänglichkeit eines Verfahrens, das ausschließlich in der fallweisen Anwendung des Kriegsleistungsgesetzes durch die Militärbehörden bestand. Man mußte in immer ausgedehnterem Maße zu kriegswirtschaftlichen Maßnahmen greifen, die planmäßig Produktion, Vertrieb und Verarbeitung bestimmter Rohstoffe einer Regelung unterwarfen.



Man begann auch hier mit Eingriffen in die Preisbildung, schritt aber rasch zur zwangsweisen Aufbringung inländischer Rohstoffe fort.

Die Bearbeitung dieser Fragen erfolgte in der Industriesektion des Handelsministeriums, während die Organisierung der Rohstoffbeschaffung im Auslande durch die Errichtung der ersten Zentralen (Baumwollzentrale, Wollzentrale, Metallzentrale, Öl- und Fettzentrale) von der handelspolitischen Sektion ausgegangen war, in deren Bereich ja auch die Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Handhabung der Verbote und über die gegenseitige Gewährung von Rohstoffaushilfen fielen.

Um Streitigkeiten über die Zuständigkeit zu vermeiden, wurden die Geschäfte der Kriegswirtschaft, soweit sie in den Wirkungskreis des Handelsministeriums gehörten, zwischen den beiden Sektionen einvernehmlich aufgeteilt.

In den Bereich der handelspolitischen Sektion fielen die Erlassung und Handhabung von Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten, die Verhandlungen mit verbündeten und neutralen Staaten über die Regelung des gegenseitigen Warenverkehrs, die Ordnung des Verkehrs mit den besetzten Gebieten, die Mitwirkung an währungspolitischen Maßnahmen, der Schutz der durch den Krieg gefährdeten Interessen unseres auswärtigen Handels, alle kriegswirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der See- und Flußschifffahrt und, soweit die Mitwirkung des Handelsministeriums in Frage kommt, auch auf jenem des Eisenbahnverkehrs, endlich die Organisation der Kriegswirtschaft auf dem Gebiete der Textilindustrie, der Öl- und Fettindustrie und der Kautschuk-, Asbest- und Wachsindustrie. Dagegen waren die Eisen- und Metallindustrie, die Lederindustrie, die Mineralölindustrie, die chemische Industrie, die Papierindustrie und, bis zur Gründung des Amtes für Volksernährung, auch die Nahrungsmittelindustrien mit ihren kriegswirtschaftlichen Organisationen der Obhut der Industriesektion anvertraut. Das gleiche galt von der Frage der Kohlenversorgung. Ferner fielen in den Wirkungskreis dieser Sektion die Vergeltungsmaßnahmen gegenüber dem feindlichen Auslande, die Überwachung feindlicher Unternehmungen und die Fürsorge für Entschädigungsansprüche durch den Krieg geschädigter österreichischer Staatsbürger.



Die Folge dieser Verteilung der kriegswirtschaftlichen Angelegenheiten auf zwei voneinander getrennte, unabhängig voneinander vorgehende Sektionen war das Fehlen inneren Zusammenhanges und einheitlicher Führung. Es kam zur Herausbildung grundsätzlich verschiedener Systeme und Methoden der Kriegswirtschaft.

Bei denjenigen Industrien, die vorwiegend oder ausschließlich ausländische Rohstoffe verarbeiteten und deshalb der handelspolitischen Sektion zugewiesen worden waren, war in den Zentralen ein Ansatz zur Selbstverwaltung vorhanden. Es ergab sich von selbst, daß der Apparat, der für die Beschaffung, Finanzierung und Verteilung ausländischer Rohstoffbezüge geschaffen worden war, auch bei der Rohstoffaufbringung im Inlande zu den gleichen Diensten herangezogen wurde und daß den Vorständen der Zentralen, wenn es sich um neue kriegswirtschaftliche Maßnahmen handelte, häufig die Rolle eines Ratgebers oder Antragstellers zufiel, der im Namen seiner Berufsgenossen zu sprechen befugt war und kraft seiner Stellung auch eine öffentliche Verantwortung für seine Haltung zu tragen hatte. Diese Verantwortlichkeit wurde in manchen Fällen dadurch verstärkt, daß der Präsident der Zentrale gleichzeitig Vorsitzender eines die ganze Industrie umfassenden freien Verbandes war.

Infolgedessen nahm die Entwicklung hier von allem Anfang an die Richtung auf die Heranziehung der Industrie zu einer Art Selbstverwaltung und auf die Schaffung eigener Organe zu diesem Zwecke, wenngleich die Entscheidung in allen grundsätzlichen Fragen dem Handelsministerium vorbehalten blieb, das außerdem durch seine zuständigen Abteilungen die Tätigkeit der Zentralen und der im Anschluß an sie sich entwickelnden Selbstverwaltungskörper ständig überwachte.

Eine völlig andere Richtung wurde von der Industriesektion eingeschlagen.

Die zu ihr ressortierenden Industrien hatten ihre Rohstoffquellen ausschließlich oder vorzugsweise im Inlande und waren zum großen Teil (wie z. B. die Munitions-, Waffen- und Geschützfabriken und viele Betriebe der mit diesen in engem Zusammenhang stehenden Eisen-, Metall- und chemischen Industrien) von Kriegsbeginn an unter Kriegseistung gestellt worden. Der Schwerpunkt der Bewirtschaftung lag infolgedessen in den

zuständigen Abteilungen des Kriegsministeriums. Von ihnen erhielten die Betriebe Weisungen und Lieferungsaufträge sowie zum Teil auch die Zuweisung von Rohstoffen aus den Beständen, die dem Kriegsministerium aus Beschlagnahmen auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes zur Verfügung standen, in den von den Truppen besetzten Gebietsteilen feindlicher Länder vorgefunden oder endlich auf Grund des Septemberabkommens und freihändiger Käufe in neutralen Ländern für Rechnung des Kriegsministeriums importiert worden waren. Ebenso waren die verschiedenen Abteilungen des Kriegsministeriums in der Lage, den mit Heeresaufträgen beteiligten Fabriken verschiedene andere Begünstigungen zu gewähren: die bevorzugte Belieferung mit inländischen Roh- und Hilfsstoffen, vor allem mit Kohle, die Beistellung von Waggons und die bevorzugte Beförderung auf den Eisenbahnen; Enthebung oder sogar Beistellung von Arbeitern; Zuteilung von Kriegsgefangenen usw.

An sich wäre gegen die Konzentration der Kriegswirtschaft bei der Heeresverwaltung nichts einzuwenden gewesen, wenn sie immer die Befähigung zu sachgemäßer und planvoller Behandlung, die hiefür unentbehrliche Sachkenntnis und formale Schulung besessen hätte und wenn allen ihren Organen die notwendige Achtung vor dem Wissen und Können anderer eigen gewesen wäre.

Wie weit Voraussicht und planmäßiges Vorgehen selbst auf dem eigensten Gebiet der Heeresverwaltung fehlten, zeigt am besten der Umstand, daß Anfang 1915 die Munitionserzeugung ins Stocken zu kommen drohte, weil man auch für die Beschaffung des Glyzerins zur Nitrierung alles auf Beschlagnahmen und Kriegsleistungen abgestellt und es unterlassen hatte, in den ersten Kriegsmonaten, wo dies noch möglich gewesen wäre, die zur Erzeugung des benötigten Glyzerins erforderlichen Fettstoffe aus dem Auslande einzuführen.

Ein zweites Beispiel bietet die Eisenwirtschaft. Um den Bedarf der Armee an Eisen und Stahl zu sichern, hielt man es für nötig, die hochentwickelte und durch das Eisenkartell musterhaft organisierte österreichische Eisenindustrie auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes unter militärische Oberaufsicht zu stellen und in den Gang der Produktion durch unmittelbare Aufträge einzugreifen. Auf Ansuchen von Fabriken,

welche zur Ausführung übernommener Heereslieferungen (z. B. für Geschosse oder Waffen) Eisen und Stahl bestimmter Dimensionen brauchten, wurde den Werken der Auftrag erteilt, diese Bestellungen bei der Abwälzung zu bevorzugen. Solange sich dieses Verfahren auf einzelne umfangreiche Bestellungen weniger Werke beschränkte, war es noch erträglich. Binnen kurzem wurde jedoch in den Kreisen der eisenverarbeitenden Industrie bekannt, daß man durch Vermittlung des Kriegsministeriums eine vorzugsweise Belieferung von den Eisenwerken erreichen könne. Eine Flut von Gesuchen lief bei den verschiedenen Abteilungen des Kriegsministeriums ein, die Werke wurden mit Aufträgen für bevorzugte Abwälzung überhäuft und bald war das durch diese Aufträge geschaffene Walzprogramm für dringende Bestellungen größer als die ganze Leistungsfähigkeit der Eisenwerke. Die Verwirrung, in welche die Eisenindustrie in den späteren Kriegsjahren geriet, ist auf diese planlosen Eingriffe in den Produktionsprozeß zurückzuführen. Man wäre weit besser gefahren, wenn man auch hier, wo eine leistungsfähige und straff gegliederte Organisation bereits im Eisenkartell vorhanden war, das anderwärts gegebene Beispiel der industriellen Selbstverwaltung befolgt und es dieser Organisation überlassen hätte, das Produktionsprogramm nach einem von der Heeresverwaltung aufgestellten Bedarfsprogramm so einzurichten, wie es produktionstechnisch am rationellsten gewesen wäre. Dies war allerdings unmöglich, weil das Kriegsministerium über ein solches Bedarfsprogramm nicht verfügte. An die anstandslose Durchführung aller Bestellungen gewöhnt, hatten die Fachabteilungen des Kriegsministeriums es im Frieden nie für notwendig gehalten, eine Übersicht über den militärischen Bedarf an Eisen und Stahl im allgemeinen, geschweige denn über den Bedarf an bestimmten Eisen- und Stahlsorten und über die Anforderungen, die ein Krieg an die Eisenindustrie stellen könnte, zu gewinnen. Man verließ sich auf die unbegrenzte Leistungsfähigkeit der Industrie, glaubte aus dem Vollen schöpfen und mit Kriegsleistung, Befehl und Zwang alles erreichen zu können. Erst im Jahre 1915 wurde ein eigenes Eisenreferat im Kriegsministerium errichtet. Es begann seine Tätigkeit mit der Aufstellung monatlicher statistischer Nachweise über Produktion und Absatz der Werke, was nicht



schwer fiel, weil diese Nachweisungen in den Bureaux des Eisenkartells zu finden waren. Zu einer Übersicht über den Heeresbedarf war man auch im Jahre 1916 noch nicht gelangt. Erst im Juni 1917 war es gelungen, eine solche Übersicht über den jährlichen Verbrauch der verschiedenen Beschaffungsämter und militärischen Stellen an Eisen- und Stahlsorten, die nur fallweise und in kleinen Mengen benötigt wurden, zu erhalten, so daß es möglich wurde, den längst bestehenden, sehr vernünftigen Plan der Errichtung großer ärarischer Eisenlager zu verwirklichen, welche die gangbarsten dieser Sorten in größeren Mengen bestellen und auf Lager halten sollten, um die irrationelle Überhäufung der Walzwerke mit Aufträgen für kleine Mengen einzelner Dimensionen zu vermeiden. Es wurden damals drei solche Lager — in Wien, Graz und Krakau — für je 2000 Waggons errichtet. Die Errichtung eines vierten Lagers in Budapest verzögerte sich bis in das zweite Halbjahr 1918, weil das ungarische Handelsministerium bis zu diesem Zeitpunkte nicht von der merkwürdigen Ansicht abzubringen war, daß ihm das Recht der Beschlagnahme der Eisenvorräte des Kriegsministeriums zustehe: auch ein charakteristischer Beleg für den Grad der Desorganisation, der bereits erreicht war, nicht zum wenigsten durch die unausgesetzten planlosen Eingriffe der militärischen Stellen in Produktion und Verwaltung.

Dieser groteske Versuch einer Umkehrung des Kriegseistungsgesetzes, der Requisition militärischen Eigentums für zivile Zwecke, ist selbst in Ungarn nur als ein Ergebnis verzweifelter Auflehnung gegen die Verwirrung zu verstehen, welche die planlosen militärischen Eingriffe in der Wirtschaft hervorgerufen hatten.

Was auf dem Gebiete der Eisenindustrie dank ihrer größeren Widerstandsfähigkeit und der besseren Organisation ihrer Produktion erst im zweiten und dritten Kriegsjahr zutage trat, hatte zum Vorläufer und Gegenstück die planlosen Beschlagnahmen von Metallen und Häuten, zu denen die militärischen Stellen im ersten Kriegswinter geschritten waren.

Die Industriesektion des österreichischen Handelsministeriums, der diese Industrien zugehörten, suchte in die Wirrnis dadurch Ordnung zu bringen, daß sie an die Stelle der fallweisen militärischen Beschlagnahme auf Grund des Kriegseistungsgesetzes die systematische Anforderung auf



Grund besonderer Verordnungen des Handelsministeriums setzte. Der Anstoß zu weiterem Ausbau dieser Maßnahmen ging stets von den Bedürfnissen der Heeresverwaltung aus. Die Industriesektion geriet immer mehr in die Stellung eines Vollstreckungs- und Hilfsorganes der militärischen Stellen. Vorhandene Ansätze zur Selbstverwaltung der Industrie wurden nicht entwickelt. Bis in alle Einzelheiten suchte man die Durchführung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen in die Abteilungen der Industriesektion zu verlegen, die in der Form sogenannter «Dienste» (Petroleumdienst, Metaldienst, Lederdienst usw.) mit einer gewissen formalen Selbständigkeit bekleidet wurden. Fachmännischen Rates vermochte der Beamte, der mit der Führung eines solchen Dienstes betraut war, allerdings nicht zu entbehren. Er war gezwungen, sich zu diesem Zwecke an einzelne Industrielle oder Kaufleute zu wenden, die als unverantwortliche und anonyme Ratgeber die Entschlüsse der Regierung ebenso beeinflussten wie die Vorstände der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper, ohne jedoch die Verantwortung tragen zu müssen, die diesen vor der Öffentlichkeit und vor ihren eigenen Organisationen zufiel.

## 2. Das Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft.

Je länger der Krieg dauerte, desto mehr wurde die Wirtschaft neben den Sorgen des Tages von der Frage bewegt, auf welche Weise der Übergang zur Friedenswirtschaft vollzogen, welche Maßnahmen zu diesem Zwecke vorbereitet und welche Organisationen zu ihrer Durchführung herangezogen oder zu diesem Zwecke gebildet werden sollten. Die Gesamtheit dieser Fragen wurde durch das Schlagwort «Übergangswirtschaft» zusammengefaßt. Sie traten um so mehr in den Vordergrund, je mehr die Friedenssehnsucht wuchs und je mehr man sich im dritten Kriegsjahr zu der Meinung berechtigt glaubte, daß der Krieg nun doch irgendeinmal ein Ende finden müsse, schon wegen der auf beiden Seiten zunehmenden Erschöpfung. Man begann auch die Maßnahmen der Kriegswirtschaft immer mehr unter dem Gesichtspunkte der Übergangswirtschaft zu betrachten. Eine scharfe Trennung beider schien unmöglich, denn im Begriffe der Übergangswirtschaft lag doch die allmähliche Überleitung von der Kriegswirtschaft in den Friedensbetrieb.

Es war daher nur naturgemäß, daß man die Organisationen, die für die Kriegswirtschaft geschaffen worden waren, auch für berufen hielt, während der schwierigen Übergangszeit, wenngleich mit veränderten Aufgaben und Zielen, ihre Tätigkeit fortzusetzen, bis wieder normale Verhältnisse eingetreten sein würden.

Es war unvermeidlich, dieser Entwicklung auch in der Einrichtung der staatlichen Verwaltung Rechnung zu tragen. Vor allem schien es dabei geboten, die Einheitlichkeit des Vorgehens und der Führung herzustellen, die bisher in der Kriegswirtschaft zum Schaden der Sache leider gefehlt hatte. Zu diesem Zwecke mußten die Hemmnisse beseitigt werden, die sich aus den Reibungen der Ressorts und der Vielfältigkeit der Kompetenzen ergaben.

Die ausgebreitetste Zuständigkeit auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft und damit auch der künftigen Übergangswirtschaft hatte zweifellos das Handelsministerium. In sein Ressort fiel die gewerbliche Verwaltung, die Industrieförderung, die Handelspolitik, das Schiffahrtswesen und die Sozialpolitik. Diese Kompetenz war aber weit davon entfernt, eine ausschließliche zu sein, und in zahlreichen Fällen mußte das Einvernehmen mit irgendeiner anderen Zentralstelle hergestellt oder deren Mitwirkung gesichert werden. Handelte es sich um eine Industrie, die einen von der inländischen Landwirtschaft erzeugten Rohstoff verarbeitete, so mußte das Einvernehmen mit dem Ackerbauministerium gepflogen werden. Der Bergbau ressortierte zum Arbeitsministerium; daher war in allen Fragen der Kohlenversorgung, der Petroleumindustrie und des Hüttenwesens ein Zusammenwirken mit dieser Zentralstelle notwendig. Wollte das Handelsministerium Rohstoffbezugsorganisationen in Form von Aktiengesellschaften schaffen, so mußte es deren Statuten vom Ministerium des Innern genehmigen lassen. Wurde über die Beschaffung von Auslandskrediten für den Bezug von Rohmaterial unterhandelt, so konnte ohne das Finanzministerium nicht vorgegangen werden. Ebenso war bei Erlassung und Handhabung von Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten, die eines der wichtigsten Werkzeuge für die Regelung der Übergangswirtschaft bildeten, ein Zusammenwirken mit dem Finanzministerium notwendig, das jedoch dabei selbst wieder vielfach an das Einverständnis des Kriegsministeriums gebunden war. In

Fragen der Arbeitsvermittlung bestand eine Mitkompetenz des Ministeriums des Innern, ebenso in jenen der Auswanderung. In den Fragen der Eisenbahnverwaltung, die zur Gänze im Eisenbahnministerium konzentriert waren, hatte das Handelsministerium naturgemäß nur die Mitwirkung als Anwalt produktiver Interessen. Dagegen war es auf dem Gebiete der Schifffahrt selbst zuständig, aber durch eine weitgehende Mitwirkung des Finanzministeriums, die über die Wahrung rein finanzieller Staatsinteressen stark hinausging, in seiner Bewegungsfreiheit beschränkt. Wo es sich — wie dies bei kriegswirtschaftlichen Maßnahmen sehr häufig der Fall war — um Strafandrohungen oder um die Regelung zivilrechtlicher Verhältnisse handelte, war der Rat und die Zustimmung des Justizministeriums unentbehrlich. Durch die Gründung des Amtes für Volksernährung wurden die wichtigen Lebensmittelindustrien und ihre kriegswirtschaftlichen Organisationen dem unmittelbaren Einflusse des Handelsministeriums entrückt, was für die Frage des Wiederaufbaues unseres Exports von größter Bedeutung war. Ein enges Zusammenwirken mit diesem Amte war aber auch erforderlich, weil in der Übergangszeit die Einfuhr von Nahrungsmitteln und von Rohstoffen miteinander in Konkurrenz treten mußten. In allen Fragen der Abrüstung, der Entlassung der Dienstpflichtigen, der Verwertung unbrauchbar oder entbehrlich gewordenen Kriegsmaterials war engste Fühlung mit der Militärverwaltung notwendig. Diese Liste ließe sich leicht vergrößern, doch genügt diese auf die wichtigsten Punkte beschränkte Aufzählung, um zu zeigen, wie verwickelt die Kompetenzfragen, wie groß die Reibungen und Verzögerungen waren, die daraus entstehen konnten.

Den Knoten zu durchhauen und ein Amt für Übergangswirtschaft mit einheitlicher Kompetenz zu schaffen, wie man ein solches für Volksernährung geschaffen hatte, schien nicht ratsam. Denn in vielen oder den meisten Fällen waren die Fragen der Übergangswirtschaft von den übrigen Angelegenheiten des gleichen Ressorts nicht willkürlich zu trennen. So war die Kohlen- und Erzversorgung der Industrie aus dem Zusammenhange mit der Verwaltung des Bergwesens nicht zu lösen; die Bedingungen, zu denen ein Rohstoffanlehen aufgenommen wird, konnten von größter Wichtigkeit für die Regelung der Valuta werden; die Sicherung des Schiffsraumes für die Übergangszeit



konnte von der Frage der Marineunterstützung und der Schiffsbauförderung, die Handelspolitik von der Regelung des Außenhandels durch Einfuhr- und Ausfuhrverbote und durch Kompensationsvereinbarungen mit fremden Staaten nicht getrennt werden. Und während das Handelsministerium als der natürliche Mittelpunkt der industriellen Übergangswirtschaft bisher nur in bestimmten Angelegenheiten das Einverständnis mit einer oder mehreren der acht anderen in Betracht kommenden Zentralstellen zu suchen hatte, hätte ein besonderes Übergangsamts es auch noch mit einer neunten, dem Handelsministerium, zu tun gehabt und wäre infolgedessen fast immer an fremde Mitwirkung gebunden gewesen. Es handelte sich eben größtenteils um natürlich geschlossene, wenn auch in gegenseitiger Abhängigkeit stehende Verwaltungsgebiete, die ohne schwere Schädigung der Kontinuität und des Erfolges der Verwaltung nicht willkürlich zerrissen und nach neuen Gesichtspunkten aufgeteilt werden konnten. Was sich bessern ließ, war die Einstellung unnützer Einmischungen und überflüssigen Befragens. Ebenso konnten einzelne Kompetenzverschiebungen zum Zwecke besserer und naturgemäßerer Abgrenzung der einzelnen Ressorts in manchen Fällen mit Nutzen vorgenommen werden. Man konnte unter Umständen noch daran denken, ganze Verwaltungszweige aus einem Ressort in das andere zu überpflanzen, wenn natürliche innere Zusammenhänge dies als wünschenswert erscheinen ließen; doch war schon hiebei in manchen Fällen zweifelhaft, ob der Krieg für solche Veränderungen die geeignete Zeit sei und ob die Störungen, die sie im Verwaltungsorganismus hervorrufen mußten, von den möglichen Vorteilen aufgewogen würden. Keinesfalls schien es angängig, unter dem Titel der Übergangswirtschaft und unter diesem einseitigen Gesichtspunkte willkürlich organische Teile aus den einzelnen Verwaltungszweigen herauszureißen und zu einem neuen Amte zu vereinigen, das von vornherein unter seiner heterogenen Zusammensetzung und dem Mangel jeder Überlieferung auf das schwerste hätte leiden müssen, mit allen Anfangsschwierigkeiten einer Neuorganisation zu kämpfen gehabt hätte und entgegen dem Leitgedanken seiner Gründung mit Notwendigkeit in verstärkte Abhängigkeit von den verschiedenen Ressorts geraten wäre.

Wenn diesen Erwägungen zufolge die Errichtung eines selbständigen Übergangsamtes in Österreich nicht zweckmäßig



erschien, so blieb doch das Bedürfnis bestehen, ein einheitliches Vorgehen der Verwaltung in den verschiedenen Fragen der Übergangswirtschaft zu sichern und das Einvernehmen der beteiligten Ressorts vollständiger, vor allem andern aber rascher herzustellen als bisher. Notenwechsel und Einsichtsvorschreibung waren zur Erreichung dieses Zieles in vielen Fällen wenig geeignet. Der Versuch, das Einvernehmen im kurzen Wege durch persönliche Aussprache herzustellen, versagte des öftern und entbehrte vor allem derjenigen Regelmäßigkeit, die notwendig war, um eine programmatische Einheitlichkeit herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Es blieb somit, wenn man die Umschichtung der Kompetenzen, soweit sie sich nicht bloß auf einzelne Änderungen beschränkt, vermeiden wollte, nur der Weg der interministeriellen Kommission.

Er wurde durch die mit Allerhöchster Entschließung vom 24. März 1917 erfolgte Errichtung der «Kommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft» beschritten. Der Zweck dieser Kommission war die Erzielung eines einheitlichen Vorgehens der Verwaltung in allen Fragen, welche die Regelung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Kriege und die Überleitung in die Friedenswirtschaft betreffen. Den Gegenstand ihrer Beratung und Beschlußfassung bildete daher ebensowohl die programmatische Erörterung grundsätzlicher Fragen zu dem Zwecke, allgemeine Richtlinien für die Verwaltung festzustellen, wie auch die Entscheidung von Einzelfragen, wenn andere Verständigungsmittel versagten oder wenn die Bedeutung der Frage und ihre Beziehung zu einer Mehrzahl von Ressorts den Weg der kommissionellen Verhandlung geboten erscheinen ließ. Für den Fall, daß an einer Frage nur ein Teil der in der Kommission vertretenen Zentralstellen interessiert war, wurde durch die Bildung von Sonderausschüssen Vorsorge getroffen.

Das Hauptgewicht wurde darauf gelegt, der Kommission eine solche Einrichtung zu geben, daß sie verbindliche Beschlüsse zu fassen vermochte.

An ihrer Spitze stand daher als Vorsitzender ein Minister, und zwar naturgemäß der Handelsminister als der Chef des meistbeteiligten und deshalb führenden Ressorts. Als Mitglieder der Kommission hatten die einzelnen Zentralstellen die Vorstände derjenigen Sektionen zu entsenden, die mit den Auf-

gaben der Kriegs- und Übergangswirtschaft vorzugsweise befaßt waren. Diese unmittelbare Teilnahme der sachlich berufenen Vertreter der einzelnen Ressorts bot an sich schon eine gewisse Bürgschaft gegen ergebnisloses Hinziehen der Verhandlungen. Auch der Geschäftsgang der Kommission wurde derart geregelt, daß er eine rasche und endgültige Entscheidung nach Möglichkeit sicherte. Die Mitglieder sollten in der Kommission womöglich auf Grund vorher erteilter Weisungen und Vollmachten ihrer Minister handeln. Um deren Einholung zu ermöglichen, sollten die Verhandlungsgegenstände — abgesehen von unvorhergesehenen dringenden Fällen — drei Tage vorher den Mitgliedern mitgeteilt werden. Machte das Ergebnis der Verhandlungen die Einholung neuerlicher Weisungen notwendig, so konnte eine kurze Vertagung der Beschlußfassung eintreten. Am Schlusse der Beratung fand eine Abstimmung statt. Dabei mußte naturgemäß Vorsorge getroffen werden, daß die Verhandlung bei der Unmöglichkeit, ein Ressort zu überstimmen, nicht ergebnislos endete. Dies geschah dadurch, daß in allen Fällen, in denen kein einheitlicher Beschluß erzielt wurde, der Handelsminister als der Vorsitzende der Kommission die weitere Austragung der Angelegenheit im Ministerrate oder einem zu diesem Zwecke gebildeten Komitee der meistbeteiligten Minister veranlaßte. Die Sache war damit vor die letzte Instanz gebracht, die in solchen Fällen zur Verfügung stand, und es war Sicherheit geboten, daß dieser Entscheidung nicht ausgewichen werden konnte. Einhellig gefaßte Beschlüsse in der Übergangszeit bildeten eine verbindliche Norm für die weiteren Maßnahmen der Verwaltung, bis sie durch einen gleichen Beschluß aufgehoben oder abgeändert wurden.

Eine außerordentlich wichtige Frage war die Herstellung engsten Zusammenwirkens mit der Kriegsverwaltung. Die Vorsorge für die Neuausrüstung der Armee machte sie zu einem unmittelbaren Interessenten an der Rohstoffversorgung während der Übergangszeit. Die Erfahrungen des Krieges mußten aller Vermutung nach die Kriegsverwaltung dazu veranlassen, Gewicht auf die Haltung größerer Rohstoffvorräte durch die Industrie und den Handel zu legen oder selbst zur Anlegung solcher Vorräte zu schreiten. Auf der anderen Seite konnte sie den Übergang dadurch erleichtern, daß sie aus ihren eigenen Vorräten der Volkswirtschaft Rohstoffe vorübergehend zur Ver-

fügung stellte und das Altmaterial, über das sie nach Abschluß des Feldzuges in reichem Maße verfügen konnte, industrieller Verwertung oder unmittelbarer Verwendung durch den Verbraucher zuführte. Endlich stand die Durchführung der Demobilisierung seitens der Heeresverwaltung in unlösbarem Zusammenhange mit der Deckung des Arbeiterbedarfs der Industrie und mit der Unterbringung der aus dem Felde Heimkehrenden. Aus allen diesen Gründen empfahl es sich, auch organisationsmäßig für das Zusammenwirken der zivilen und militärischen Verwaltung in den Fragen der Übergangswirtschaft Sorge zu tragen und eine Vertretung des Kriegsministeriums in der Kommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft vorzusehen.

Um im Handelsministerium selbst die notwendige Einheitlichkeit des Vorgehens in allen Fragen der Kriegs- und Übergangswirtschaft zu sichern, wurde durch Verordnung des Handelsministeriums vom 30. März 1917, RGBl. Nr. 137, das «Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft» errichtet. Seine Aufgabe sollte die Durchführung aller in den Wirkungskreis des Handelsministeriums fallenden Verwaltungsaufgaben sein, welche die Regelung und Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Kriege und die Überleitung in die Friedenswirtschaft zum Gegenstande haben. Als selbständige Abteilung des Ministeriums sollte das Generalkommissariat auch das Recht unmittelbaren Verkehrs mit allen staatlichen und autonomen Behörden und Ämtern besitzen; naturgemäß fiel ihm auch die Geschäftsführung der interministeriellen Kommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft zu. Innerhalb des der neuen Abteilung überwiesenen Aufgabenkreises hatte der an ihrer Spitze stehende Generalkommissär seine Verfügungen nach den allgemeinen oder fallweise ergehenden Weisungen des Handelsministers zu treffen.

Nach innen wurde das Generalkommissariat der handels- und schiffahrtspolitischen Sektion eingegliedert, die schon bisher den wichtigsten Teil der kriegswirtschaftlichen Angelegenheiten besorgte und auch nach ihrem normalen Wirkungskreise die meisten Beziehungen zu den kommenden Aufgaben der Übergangswirtschaft besaß. Ihr Chef wurde zum Generalkommissär ernannt und als solcher auch mit der Vertretung des Handelsministers im Vorsitze der Kommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft betraut.



Die bisherige Industriesektion wurde mit der handelspolitischen Sektion verschmolzen und dadurch nicht nur die volle Einheitlichkeit der Leitung für alle Zweige der Kriegs- und Übergangswirtschaft gesichert, sondern auch eine Vereinfachung des Dienstes erzielt, da nunmehr alle Angelegenheiten, die einen bestimmten Industriezweig betrafen, gleichgültig, ob sie in den Bereich der Handelspolitik, der Kriegswirtschaft oder der Industriepolitik fielen, in einer Abteilung und womöglich von denselben Kräften bearbeitet werden konnten.

Bei der großen Wichtigkeit, welche verschiedene sozialpolitische Fragen, insbesondere die Frage des Arbeitsnachweises, für die Übergangszeit besaßen, mußte auch für ein geordnetes Zusammenwirken auf diesem Verwaltungsgebiete Vorsorge getroffen werden. Dies geschah dadurch, daß der Leiter der sozialpolitischen Sektion des Handelsministeriums zum Stellvertreter des Generalkommissärs bestellt und mit der Behandlung der sozialpolitischen Fragen besonders betraut wurde. Dadurch ergab sich auch die Möglichkeit, die Gewerbeinspektion organisationsmäßig zu den Aufgaben der Übergangswirtschaft heranzuziehen.

Um den Beamtenstab, der dem Generalkommissariat zur Verfügung stand, durch qualifizierte Kräfte zu verstärken, wurden Persönlichkeiten, die durch ihren Beruf oder ihre Vergangenheit mit dem Wirtschaftsleben vertraut waren, als auswärtige Mitarbeiter zur Durchführung bestimmter Arbeiten herangezogen.

Zur Durchführung seiner Maßnahmen stand dem Generalkommissariat selbstverständlich der Apparat der staatlichen Verwaltung zur Verfügung. Das Auslangen war hiemit jedoch keinesfalls zu finden. Der Mißerfolg und die mangelhafte Durchführung so mancher kriegswirtschaftlicher Maßnahmen war größtenteils darauf zurückzuführen, daß die Verwaltung versagte oder — wenn man in der Beurteilung gerecht sein will — versagen mußte. Überlastet mit den laufenden Geschäften des politischen Dienstes und mit der Durchführung der für die örtliche Verwaltung vor allem anderen wichtigen Ernährungsmaßnahmen, dabei mit verringertem Personalstande arbeitend, hatten die politischen Behörden, die in der Verwaltung ja für alles aufkommen müssen, physisch kaum die



Zeit, die täglich erscheinenden, häufiger Abänderung unterliegenden Verordnungen auf den verschiedensten Gebieten des wirtschaftlichen Lebens auch nur zu lesen, geschweige denn evident zu halten oder eingehend zu studieren. In vielen Fällen mangelten auch die fachlichen Vorkenntnisse und die erforderliche Vertrautheit mit den Verhältnissen des wirtschaftlichen Lebens und den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Wirtschaftszweige, und endlich verfügte man auch nicht über den nötigen Apparat für die Überwachung der Ausführung der getroffenen Verfügungen. Die Ausübung einer organisierenden, überwachenden und belehrenden Tätigkeit war daher kaum möglich. Die Handhabung der Verordnungen durch die politischen Behörden beschränkte sich zumeist auf die Verhängung von Strafen in den Fällen, in denen Übertretungen zur Anzeige gelangten. Auch in dieser Hinsicht blieb vieles zu wünschen übrig, da bei der Bemessung der Strafen die Höhe des verursachten Schadens oder des durch die Übertretung erzielten unrechtmäßigen Gewinnes nicht immer in Betracht gezogen wurde, so daß die Strafe wegen ihrer verhältnismäßigen Geringfügigkeit oft gänzlich unwirksam war. Diese Zustände mußten um so unbefriedigender werden, je größer die Zahl der Verfügungen, je umfangreicher das der Regelung unterzogene Gebiet wurde. Durch Vorschriften und Weisungen allein ließ sich kein Wandel schaffen. Dies war nur zu erwarten, wenn man eine Entlastung der politischen Behörden von jenen Aufgaben, denen sie nicht gewachsen waren, eintreten ließ und ihre Mitwirkung auf das unbedingt Nötige beschränkte.

Ähnlicher Entlastung bedurften aber auch die Ministerien. Die Durchführung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen bis ins Kleinste von einem Ministerialbureau aus zu leiten, ist eine Unmöglichkeit. Man ertrinkt in Einzelheiten, und die Verwaltung wird zur Groteske. Außerdem fehlten für eine solche Tätigkeit die erforderlichen Kräfte. Durch militärische Einberufungen war der Personalstand der staatlichen Ämter stark gelichtet worden. Das Kriegsministerium vermochte seinen Personalstand leicht dem Bedürfnisse anzupassen, indem es geeignete Kräfte von der Front zur Dienstleistung in seinen wirtschaftlichen Abteilungen abkommandieren ließ. Bei der großen Anzahl von Reserveoffizieren, die früher in der Industrie, den wirtschaftlichen Körperschaften und in der staatlichen Ver-

waltung tätig gewesen waren, war reichliche Auswahl vorhanden, selbst bei hypertrophischer Entwicklung der mit Aufgaben der Kriegswirtschaft betrauten Abteilungen in den militärischen Zentralstellen. Die zivilen Behörden konnten dagegen nur mit vieler Mühe die Enthebungen von der aktiven Kriegsdienstleistung durchsetzen, die zur Ergänzung oder Vermehrung ihres Personalstandes notwendig waren. Außerdem verfügten sie auch nicht über die erforderliche Anzahl fachlich geschulter Kräfte.

Es gab nur einen Ausweg: die Heranziehung autonomer Verwaltungskörper der Industrie und des Handels zur Durchführung der Maßnahmen, die auf dem Gebiete der Kriegs- und Übergangswirtschaft notwendig wurden.

#### IV. DIE SELBSTVERWALTUNG IN DER KRIEGSWIRTSCHAFT.

##### 1. Entstehung und Wesen der kriegswirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper.

(Zentralen; Kriegs- und Wirtschaftsausschüsse; Kommissionen; mit den Aufgaben eines Wirtschaftsverbandes betraute freie Verbände.)

Im Jahre 1916 schmolzen die Rohstoffbezüge aus dem Auslande infolge der Verschärfung der Blockade auf einen Bruchteil der Einfuhrmengen des letzten Vorkriegsjahres zusammen. So betrug die Einfuhr an Ölsaaten im Jahre 1913 2.300.000 q, im Jahre 1916 nur mehr 79.000 q. Die Einfuhr an technischen Fetten war im selben Zeitraum von 659.000 q auf 77.000 q gesunken, diejenigen der fetten Öle von 163.000 q auf 21.000 q. Die Schafwolleinfuhr betrug im Jahre 1913 450.000 q, im Jahre 1916 176.000 q, die der Wollgarne sank von 69.000 q auf 5000 q. An Baumwolle hatte Österreich im Jahre 1913 2.258.000 q eingeführt, im Jahre 1916 34.000 q, an Baumwollgarnen im Jahre 1913 61.000 q, im Jahre 1916 9000 q, an Flachs, Hanf und Jute im Jahre 1913 1.357.000 q, im Jahre 1916 nur 70.000 q, und zwar fast ausschließlich Flachs aus den besetzten Teilen Rußlands. Die Einfuhr von Flachs-, Hanf- und Jutegarnen war von 75.000 q im Jahre 1913 auf 9000 q im Jahre 1916 zurückgegangen.

Diese Ziffern zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, welch ungeheure Beengung des Verbrauchs infolge des Ab-

schneidens der auswärtigen Handelsbeziehungen damals schon eingetreten war und vor welche verantwortungsvolle Aufgabe die Regierung und die von ihr geschaffenen kriegswirtschaftlichen Organisationen sich gestellt sahen, als für die Deckung des Bedarfes nur mehr die beschränkten Zufuhren, die vom Orient her und auf verschiedenen anderen Wegen noch hereintröpfelten, ferner die bereits im Inland befindlichen Vorräte und die bei den meisten Rohstoffen völlig unzureichende heimische Produktion zur Verfügung standen. Verschärfte Zwangsmaßnahmen wurden notwendig, um die inländische Produktion und die im Inlande vorhandenen, oft in kleinen Mengen verschiedenenorts zerstreuten Vorräte zu erfassen, sie einer einheitlichen Bewirtschaftung zu unterwerfen und sie unter Zurückdrängung der von der Bevölkerung gestellten Ansprüche in erster Linie für die Befriedigung des Heeresbedarfes sicherzustellen.

Die Regierung bedurfte fachmännischer Beratung bei Erlassung solcher Verfügungen, fachlicher Hilfe bei ihrer Ausführung. In den Anfängen der Kriegswirtschaft hatte man die Zentralen zum Teil auch hiezu herangezogen. Ihre Vorstände waren gleichzeitig Berater der Regierung, und verschiedene Verordnungen belasteten die Zentralen mit manchen Aufgaben, die mehr administrativen als kaufmännischen Charakter hatten. Je einschneidender jedoch die kriegswirtschaftlichen Verfügungen wurden, desto klarer trat zutage, daß die Zentralen nach ihrem ganzen Aufbau für diese Aufgaben wenig geeignet waren. Sie waren zu kaufmännischen Zwecken errichtet worden. Ihre ganze Einrichtung war daraufhin zugeschnitten. Auch die Form der Aktiengesellschaft oder der Gesellschaft mit beschränkter Haftung war für sie unter diesem Gesichtspunkte gewählt worden. Mit obrigkeitlichen Funktionen lassen sich solche Gesellschaften schwer ausstatten. Es haftet ihnen allzusehr der Charakter von Erwerbsunternehmungen an, auch wenn sie, wie dies bei den österreichischen Kriegszentralen der Fall war, auf gemeinnütziger Grundlage errichtet, staatlicher Beaufsichtigung unterworfen und in ihrem Gewinn durch die Bestimmung beschränkt waren, daß der über eine mäßige Verzinsung des Grundkapitals hinausgehende Gewinn reserviert und nach Liquidation der Gesellschaft an die Staatsverwaltung zur Verwendung für öffentliche oder Wohltätigkeitszwecke abgeliefert werden muß.



Trotz solcher Bestimmungen konnte eine Aktiengesellschaft niemals dem Vorwurfe entgehen, mochte er auch noch so ungerecht sein, daß ihre behördliche Tätigkeit von ihren geschäftlichen Interessen beeinflußt werde, und die naturgemäße Folge einer solchen unklaren Zwitterstellung war, daß man ihr mit Mißtrauen begegnete. Auch die Abstufung des Einflusses nach dem Aktienbesitz, die Schwierigkeit, im Wege der Aktienzeichnung eine allgemeine Beteiligung herbeizuführen und eine umfassende Organisation eines ganzen Industriezweiges zu schaffen, drängte zur Trennung der beiden Aufgaben. Dies war endlich auch mit Rücksicht auf die Personenwahl in manchen Fällen geboten. An die Spitze einer kaufmännischen Unternehmung gehören die geschäftsgewandtesten, an jene eines Selbstverwaltungskörpers dagegen die angesehensten und vom allgemeinen Vertrauen getragenen Personen. So führte die Erfahrung allmählich dazu, für beide Aufgaben verschiedene Organisationen zu schaffen und dort, wo sie vereinigt waren, eine Trennung vorzunehmen.

Neben das kaufmännisch geführte Aktienunternehmen der Rohstoffzentrale trat ein reiner Selbstverwaltungskörper, der allein berufen war, die Behörde zu beraten, ihr Anträge zu stellen, an der Durchführung der ergangenen Verfügungen mitzuwirken, oder sie sogar im übertragenen Wirkungskreise ganz zu übernehmen.

Die Zentrale wurde wieder auf rein kaufmännische Aufgaben beschränkt. Sie hatte zu kaufen und zu verkaufen, Rohstoffe und andere Waren zu beschaffen und sie wieder abzugeben, gemäß den Weisungen, die sie von der Kriegsverwaltung, vom Handelsministerium oder in dessen Auftrage von dem ihr beigeordneten Selbstverwaltungskörper erhielt.

Ein gewisses Vorbild für eine solche Gliederung bot der Kriegsausschuß der chemischen Industrie. Auch das Zusammenarbeiten der vereinigten österreichischen und ungarischen Baumwollzentrale mit dem Verein der Baumwollspinner Österreichs gab einen gewissen Fingerzeig für die Richtung, in der die Reform sich zu bewegen hatte. Sie nahm, wie seinerzeit die Errichtung der Zentralen, von der handelspolitischen Sektion des Handelsministeriums ihren Ausgang. Durch Verordnung vom 8. April 1916, ein Jahr vor Errichtung des Generalkommissariats, wurde der dieser Sektion unterstehenden Öl- und Fett-



zentrale unter dem Namen «Kriegsverband der Öl- und Fettindustrie» ein solcher Selbstverwaltungskörper an die Seite gesetzt. Am 25. April 1916 wurde für die Wollindustrie ein gleicher Kriegsverband ins Leben gerufen, woran sich in rascher Folge die Errichtung ähnlicher Verbände für die übrigen Zweige der Textilindustrie schloß.

Durch Ministerialverordnungen ins Leben gerufen, waren diese «Kriegsverbände» oder, wie sie später auch genannt wurden, «Wirtschaftsverbände», öffentlich-rechtliche Körperschaften, die, mit Zwangscharakter ausgestattet, alle mit der Verarbeitung eines bestimmten Rohstoffes oder mit der Erzeugung bestimmter Waren beschäftigten Unternehmungen umfaßten. In Zweifelsfällen entschied der Handelsminister über die Zugehörigkeit zum Verbands.

Die Aufgabe der Verbände war zunächst die Beratung der Behörden in Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung und die Stellung von Anträgen auf Erlassung bestimmter Maßnahmen. So oblag ihnen die Stellung von Anträgen über Rohstoffzuteilung und Preisfestsetzung, die Beratung der Zentralstellen bei Vergebung von Aufträgen und im allgemeinen die Mitwirkung bei der Regelung von Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung, welche die von ihnen vertretenen Industrien betrafen, insbesondere bei allen Maßnahmen zur Regelung und Förderung der Erzeugung, der Einfuhr oder Ausfuhr, bei Erlassung und Handhabung der Ein- und Ausfuhrverbote, bei Maßnahmen auf dem Gebiete der Handelspolitik und der sozialen Fürsorge und bei allen Fragen, die sich bei der Abrüstung oder der Überführung in die Friedenswirtschaft ergeben konnten.

Mit dieser begutachtenden und antragstellenden Tätigkeit war jedoch ihr Wirkungskreis keineswegs erschöpft. Es wurde ihnen vielmehr auch die Durchführung bestimmter Verwaltungsaufgaben zugewiesen, deren Kreis bald enger, bald weiter gezogen war, je nach den besonderen Verhältnissen, die innerhalb der einzelnen Industrien bestanden. Zum Teil wurden diese Aufgaben den Verbänden bereits bei der Gründung durch ihr Statut übertragen. Unter diese statutarischen Verpflichtungen zählte bei allen Verbänden die Beschaffung des notwendigen statistischen Materials für die ihnen angehörenden Industrien sowie die Führung der Betriebs- und Produktionsstatistik und fortlaufender Nachweisungen über

Vorratsstand, Erzeugung und Absatz. Manchen Verbänden wurde außerdem bereits in ihrem Statut die Verteilung von Rohstoffen und Halbfabrikaten an die einzelnen Betriebe übertragen. In einem Falle (Kriegsverband der Öl- und Fettindustrie) erstreckten sich die statutarischen Verwaltungsbefugnisse des Verbandes sogar auf die Regelung der Erzeugung, der Verkaufspreise und des Vertriebes der Waren.

Außer diesen statutarischen Befugnissen konnte jedoch den Verbänden durch Verfügung des Handelsministers auch die Durchführung weiterer Verwaltungsmaßnahmen übertragen werden. In verschiedenen Verordnungen ist hievon auch Gebrauch gemacht worden. Der Kreis ihrer Befugnisse war daher kein fest geschlossener, sondern konnte jederzeit dem Bedürfnisse entsprechend geändert und erweitert werden.

Zur Verwaltung der Verbandsangelegenheiten waren der Verbandsausschuß und die Verbandsleitung berufen. Der Verbandsausschuß bestand der Mehrzahl nach aus gewählten Mitgliedern. Eine beschränkte Anzahl von Mitgliedern wurde vom Handelsminister ernannt. Der Wahlvorgang war in den einzelnen Verbänden sehr verschieden. Bei manchen fand eine indirekte Wahl statt, indem die Ausschußmitglieder durch eine aus gewählten Vertretern der Industrie (einer Art von Wahlmännern) bestehende Verbandsversammlung gewählt wurden. Die Vertreter für die Verbandsversammlung wurden entweder schriftlich (beim Verbands der Öl- und Fettindustrie) oder durch Vollversammlungen in den einzelnen Kammerbezirken gewählt (Verband der Wollindustrie). In den meisten Fällen baute jedoch die Zusammensetzung des Verbandsausschusses auf den vorhandenen Organisationen der Industrie auf, indem die für ihre einzelnen Zweige und örtlichen Gruppen bestehenden freien Vereinigungen mit der Ernennung einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern oder mit der Abhaltung von Wahlversammlungen betraut wurden. In jedem Falle war schon durch das Statut dafür Vorsorge getroffen, daß alle wichtigeren Industriezweige und Interessengruppen eine entsprechende Vertretung fanden.

Die Verbandsleitung wurde vom Handelsminister in der Regel aus dem Kreise der Ausschußmitglieder ernannt. Sie hatte den Verband nach außen zu vertreten und seine gesamten Geschäfte zu führen. Ihr oblag auch die Entscheidung in allen

Fällen, die nicht ausdrücklich einer Beschlußfassung durch den Ausschuß vorbehalten waren. Aufgabe des Ausschusses war dagegen neben der Besorgung verschiedener innerer Verwaltungsangelegenheiten des Verbandes (wie die Beschlußfassung über die Deckung und Aufteilung der Kosten, Rechnungsprüfung u. dgl.) die Feststellung der Grundsätze für die Behandlung der Verbandsangelegenheiten. Der Grundgedanke der Organisation war, daß zur Leitung des Verbandes führende Personen der Industrie, die gleichzeitig das Vertrauen der Regierung genossen, durch Ernennung berufen werden sollten, während der zum großen Teil gewählte Verbandsausschuß als Vertrauensorgan der Mitglieder in allen grundsätzlichen Fragen zur Mitbestimmung und zur Beratung der Verbandsleitung berechtigt sein sollte.

Zur Vertretung einzelner dem Verbande angehörender Industriezweige konnten besondere *Fachausschüsse* gebildet werden, die beratende Organe des Verbandsausschusses und der Verbandsleitung in allen besonderen Fragen ihres Faches darstellten. Um die Verbindung zu Industrien herzustellen, die dem Verbande nicht angehörten, jedoch Erzeugnisse der darin vertretenen Industrien verbrauchten, wurden in einzelnen Verbänden *Bedarfsanmeldestellen* errichtet.

Zur Entscheidung über *Streitfälle* zwischen Verbandsangehörigen und über Beschwerden gegen die Verfügungen der Verbandsleitung wurde ein *Schiedsgericht* vorgesehen, das aus einem richterlichen Beamten als Vorsitzenden und einer Anzahl von Mitgliedern aus dem Kreise der Verbandsangehörigen bestand. Vorsitzender und Mitglieder wurden vom Handelsminister ernannt. Dem Schiedsgerichte oblag auch die Verhängung von Ordnungsstrafen für die Übertretung von Vorschriften oder Verfügungen des Verbandes. Diese Ordnungsstrafen konnten bis zu 20.000 K gehen und sollten vom Schiedsgerichte nach freiem Ermessen bestimmt werden, wenn nicht durch Beschluß des Verbandsausschusses für einzelne Tatbestände ein bestimmtes Strafausmaß festgesetzt worden war.

Die Geschäftsführung des Kriegsverbandes unterlag fortlaufender staatlicher Aufsicht, die durch den vom Handelsminister ernannten *Regierungskommissär* geübt wurde. In jenen Verbänden, die für die Versorgung des Militärbedarfes von Bedeutung waren, entsendete während der Kriegs-



dauer auch der Kriegsminister einen Kommissär. Die Regierungskommissäre waren zu allen Verhandlungen und Sitzungen der Verbandsleitung und des Verbandsausschusses einzuladen und waren berechtigt, darin jederzeit das Wort zu ergreifen und Anträge zu stellen, über die Beschluß gefaßt werden mußte. Sie waren ferner berechtigt, die Ausführung von Beschlüssen oder Verfügungen der Verbandsorgane für so lange aufzuschieben, bis vom Handelsminister über ihren Einspruch eine Entscheidung getroffen war. Die Regierungskommissäre hatten auch das Recht, in alle Bücher, Aufzeichnungen und Geschäftsstücke der Kriegsverbände Einblick zu nehmen und alle ihnen notwendig erscheinenden Aufklärungen zu verlangen. Außerdem unterlagen gewisse, im Statut aufgezählte Beschlüsse der Genehmigung des Handelsministers.

Ihrem ganzen Aufbau nach waren daher die Kriegsverbände unter staatlicher Leitung und Aufsicht arbeitende Selbstverwaltungskörper der Industrie, die teils als beratende, teils als ausführende Organe der wirtschaftlichen Verwaltung tätig waren, immer jedoch auf rein administrative Aufgaben beschränkt blieben und keinerlei Waren- oder Geldgeschäfte durchzuführen hatten.

In manchen Fällen schritt die Organisation nicht bis zur Errichtung eines förmlichen Verbandes vor. Seine Obliegenheiten wurden dann von einem Ausschuß erfüllt, dessen Mitglieder vom Handelsminister aus dem Kreise der beteiligten Unternehmer berufen wurden. Auch der Vorsitzende des Ausschusses oder die in manchen Fällen neben ihn tretende mehrgliedrige Geschäftsleitung wurden vom Handelsminister ernannt. Diese einfachere Organisationsform der Kriegs- oder Wirtschaftsausschüsse wurde namentlich für Wirtschaftszweige gewählt, in denen mit einer großen Zahl von Betrieben verhältnismäßig geringen Umfanges oder mit anderen Schwierigkeiten der Verbandsbildung zu rechnen war.

Für die Bewirtschaftung von Abfällen, Altmaterial und verschiedenen Materialien, an deren Lieferung und Verarbeitung gleichzeitig verschiedene Wirtschaftszweige interessiert waren, wurden Kommissionen gebildet, deren Mitglieder der Handelsminister aus dem Kreise dieser Wirtschaftszweige, wo Kriegsverbände bestanden, aus diesen, berief. Auch für die Kommissionen wurde der Vorsitzende und die Geschäftsleitung



vom Handelsminister ernannt. Wie manchen Kriegsverbänden standen ihnen als kaufmännische Organe «Zentralen» zur Seite.

Es muß hervorgehoben werden, daß eine Kommission, die außerordentlich große Bedeutung hatte, nicht in diese Gruppe kriegswirtschaftlicher Organisationen gehört. Es ist dies die **Eisenkommission**. Sie bestand ausschließlich aus Vertretern der an der Eisenwirtschaft interessierten Regierungsstellen, nämlich aus sieben Vertretern des Kriegsministeriums, je zwei Vertretern des Eisenbahn- und Arbeitsministeriums und je einem Vertreter des Ackerbau- und Handelsministeriums und tagte unter einem vom Handelsminister bestellten Vorsitzenden. Schon durch diese Zusammensetzung war sie als eine reine Regierungsstelle gekennzeichnet, die zur Kontrolle der Eisenproduktion bestimmt war. Als ein Selbstverwaltungskörper der Eisenindustrie könnte höchstens der sogenannte «**Werksausschuß**» betrachtet werden, der der Eisenkommission angegliedert war. Er bestand aus 14 vom Handelsminister im Einvernehmen mit dem Kriegsminister ernannten Vertretern der Werke, hatte also eine ähnliche Zusammensetzung wie die sogenannten Kriegs- oder Wirtschaftsausschüsse. An seinen Beratungen nahmen auch Vertreter der beteiligten Ministerien teil, denen ein Einspruchsrecht zustand.

In einzelnen Fällen griff man endlich zu dem Auskunftsmittel, einen bestehenden freien Verband provisorisch mit den Aufgaben, den Rechten und Pflichten eines Wirtschaftsverbandes zu betrauen. Dies geschah namentlich dann, wenn es sich darum handelte, für bestimmte dringende Zwecke ein Zusammenwirken bereits bestehender Wirtschaftsverbände oder Wirtschaftsausschüsse mit einem Industriezweige herbeizuführen, für den noch keine kriegswirtschaftliche Organisation, wohl aber ein tragfähiger freier Verband, bestand.

## 2. Der systematische Ausbau der Selbstverwaltung.

Nach der Errichtung des Generalkommissariats für Kriegs- und Übergangswirtschaft wurden die Selbstverwaltungskörper zum Grundpfeiler der ganzen Organisation der Kriegswirtschaft. Allen Zentralen, die dem Handelsministerium unterstanden, wurden zur Besorgung der Verwaltungsaufgaben Kriegs- oder Wirtschaftsverbände an die Seite gesetzt. Für die

auf den Friedensschluß folgende Zeit der Übergangswirtschaft wurde diesen Verbänden und den ihre Stelle in manchen Fällen vertretenden Wirtschaftsausschüssen eine besonders wichtige Rolle vorbehalten. Daher wurde die Schaffung von Wirtschaftsverbänden und -ausschüssen für alle wichtigeren Zweige der Wirtschaft, auch für solche, für die keine Zentralen bestanden, ausdrücklich als das Ziel der weiteren Organisationsarbeit bezeichnet. Gegen Ende des Krieges, unmittelbar vor dem Zusammenbruch, war diese Arbeit so weit gediehen, daß sie für eine Reihe der wichtigsten Wirtschaftszweige abgeschlossen, für die übrigen wenigstens teilweise durchgeführt war.

Die Textilindustrie war schon im Jahre 1916 vollständig durchorganisiert worden. Aus ihr waren ja Grundgedanke und Form der kriegswirtschaftlichen Organisation entsprungen. Es bestanden Kriegsverbände für die Wollindustrie (Vdg.\* vom 25. April 1916), die Leinenindustrie (Vdg. vom 26. April 1916), die Baumwollindustrie (Vdg. vom 26. August 1916), die Hanf- und Juteindustrie (Vdg. vom 21. September 1916) und die Seidenindustrie (Vdg. vom 21. September 1916). Allen diesen Verbänden standen für die Durchführung der kaufmännischen Geschäfte Zentralen zur Seite. Dem Kriegsverbande der Wollindustrie entsprach die Wollzentrale A. G., die ursprünglich am 2. November 1914 als österreichisch-ungarische Gesellschaft gegründet, sich nach dem Ausscheiden der ungarischen Fabriken gleichzeitig mit der Errichtung des Kriegsverbandes der Wollindustrie zu einer rein österreichischen Zentrale umbildete und die Genehmigung der neuen Statuten am 28. Juli 1916 erhielt. Dem Kriegsverbande der Leinenindustrie waren zwei Zentralen beigeordnet: die österreichische Flachszentrale A. G., die am 19. Dezember 1916 handelsgerichtlich eingetragen wurde und als Zentralorganisation der österreichischen Flachsspinnereien die Beschaffung von Flachs, Werg und Flachsprodukten im In- und Auslande durchzuführen hatte, und die Leinenzentrale, die erst am 8. Mai 1917 die Genehmigung der Statuten erhielt und mit der Beschaffung, Verteilung und Verwertung von Leinengarn und daraus hergestellten Waren betraut war. Dem Kriegsverbande der Baumwollindustrie stand

\*) Vdg. — Verordnung.

die Österreichische Baumwollzentrale A. G. gegenüber, welche die Statutengenehmigung zwar erst am 21. Jänner 1917 erhielt, jedoch schon im Jahre 1916, ungefähr gleichzeitig mit der Gründung des Kriegsverbandes, die Geschäfte der Vereinigten österreichischen und ungarischen Baumwollzentrale übernommen hatte, nachdem die ungarischen Spinnereien aus dieser ausgetreten waren. Für die Beschaffung, Verteilung und Verwertung von Rohhanf, ganz oder zum Teil aus Hanf hergestellten Garnen und von Waren aus solchen Garnen war die Hanfzentrale A. G. (Stg.\*) am 9. August 1917) gegründet worden, die mit dem Kriegsverbände der Hanf- und Juteindustrie zusammenhing. Eine gleiche Organisation für Jute schien vorläufig entbehrlich, da dieser Rohstoff während des Krieges vollkommen fehlte. Dem Kriegsverbände der Seidenindustrie war die Seidenrohstoffzentrale A. G. (Stg. am 29. Juli 1916), deren Zweck die Versorgung der österreichischen Seidenindustrie mit Rohstoffen und insbesondere der Bezug von Seidengarnen und Seidenabfällen levantinischer Herkunft war, zur Seite gestellt. Endlich wurde am 15. Mai 1918 ein Syndikat sämtlicher Gesellschaften, die sich mit dem Anbau, der Sammlung, Aufbereitung und Verarbeitung von Nesseln befaßten, unter dem Namen Nessel-Rohstoff-Ausschuß (NERA) gegründet, dessen Aufgabe die Organisation der Sammlung von Nesselstengeln und Nesselblättern, der Abschluß von Verarbeitungsverträgen mit der Militärverwaltung, die Aufteilung der gesammelten Bestände an die einzelnen Betriebe und endlich die Vorbereitung einer großzügigen Anbauaktion durch Gründung einer Nesselanbaugesellschaft war.

Dagegen entbehrte die mit der Textilindustrie eng zusammenhängende Konfektions- und Bekleidungsindustrie jeder Organisation. Der Beschaffung von Textilwaren zum Zwecke der Volksbekleidung dienten die bei der Baumwollzentrale und Wollzentrale eingerichteten Abteilungen für Volksbekleidung. Ebenso wie sie erfüllten auch die in den einzelnen Kronländern eingerichteten Landesbekleidungsstellen die Funktionen einer Zentrale, deren Aufgabe in diesem Falle die Bewirtschaftung der dem militärischen Verbrauch abgerungenen oder für ihn nicht geeigneten Textilien und

\*) Stg. = Statutengenehmigung.



ihre Verwendung zur Deckung des Bedarfes der Bevölkerung, namentlich der unbemittelten, war (Vdg. vom 21. Sept. 1917).

Die Lederindustrie war gleichfalls lückenlos organisiert in den Wirtschaftsverbänden der Ledererzeuger und der lederverarbeitenden Gewerbe (Vdg. vom 9. März 1917). Neben ihnen bestand als kaufmännisches Organ die Häute- und Lederzentrale A. G. (Stg. am 11. Jänner 1915), deren Aufgabe die Beschaffung von Häuten und anderen Rohstoffen für die Lederindustrie sowie die Beschaffung und Verteilung von Leder für die an die Heeresverwaltung zu liefernden Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände war. Ihr Hilfsorgan war die Etappenhäutezentrale Ges. m. b. H. (in das Handelsregister eingetragen am 15. Juni 1915), welche die Häute der im Felde geschlachteten Tiere zu übernehmen und an die Häute- und Lederzentrale abzuführen hatte. Im Nebenbetrieb hatte sie auch noch die Einsammlung der bei den Truppen im Felde anfallenden Knochen zu besorgen, um sie entweder im Etappenraum der Verarbeitung durch die eigenen Extraktionsanlagen der Heeresverwaltung zuzuführen oder an die Knochenzentrale zu leiten. Endlich gab es auf dem Gebiete der Lederindustrie noch eine dritte Zentrale, die Leder- und Schuhbeschaffungsgesellschaft m. b. H. (eingetragen in das Handelsregister am 27. April 1916), die dazu bestimmt war, das für Militärzwecke ungeeignete oder von der Militärverwaltung freigegebene Leder zu übernehmen und es der Verwendung für den Bedarf der Bevölkerung zuzuführen. Außerdem hatte sie die Anfertigung von Schuhen für Zwecke der Volksbekleidung zu besorgen, Bestellungen für solche Schuhe an die Gewerbetreibenden zu verteilen und die Schuhe den Landesstellen für Volksbekleidung zu überweisen.

Die gesamte Kautschukindustrie war in dem Kriegsverband der Kautschukindustrie (Vdg. vom 31. Juli 1917) zusammengefaßt. Ihm entsprach die österreichische Kautschukzentrale (Stg. am 9. Dezember 1916), deren Zweck die Beschaffung und Verwertung von Rohgummi, Guttapercha, Balata, Gummiabfällen und daraus hergestellten Regeneraten sowie von sonstigen in der Kautschukindustrie benötigten Roh- und Hilfsstoffen war.

Auch die Papiererzeugung und -verarbeitung zählt zu den Wirtschaftszweigen, deren Organisation vollstän-



dig durchgeführt war. Für die Papierindustrie selbst war durch die Verordnungen vom 2. August 1917 und vom 17. September 1917 ein Wirtschaftsverband errichtet worden. Als Vertretungen der papierverarbeitenden Gewerbe wurden ihm durch die Verordnungen vom 17. Juni 1918 gegenübergestellt der Wirtschaftsverband der Zeitungsdruckereien, der Wirtschaftsverband der Buchdruckereien, der Wirtschaftsverband der Stein-, Licht- und Kupferdruckereien und der Wirtschaftsverband der Papierwaren- und Pappwarenerzeuger.

Noch ehe der Wirtschaftsverband der Papierindustrie gegründet worden war, war eine Altpapierkommission ins Leben gerufen worden (Vdg. vom 10. Juli 1916) mit der Aufgabe, die Versorgung der Papier- und Pappeindustrie mit Altpapier zu zentralisieren. Sie besorgte also gleichzeitig die Aufgabe eines Wirtschaftsausschusses der beteiligten Industrie- und Handelskreise (Papier- und Pappeindustrie, Altpapierhandel) und einer Sammel- und Verteilungszentrale des Altpapieres. Die Kommission wurde, um den Altpapierhandel einer Vertretung seiner Interessen nicht zu berauben, auch nach Gründung des Wirtschaftsverbandes der Papierindustrie aufrechterhalten.

Kurz nach der Altpapierkommission wurde eine ähnlich aufgebaute Hadernkommission (Vdg. vom 15. September 1916 und vom 13. Mai 1918) gebildet. Ihre Aufgabe war die ständige Führung von Übersichten über die Vorräte und die Verarbeitung von Hadern sowie eines Verzeichnisses der Haderngroßhändler, die Erlassung von Anordnungen über die Anzeigepflicht, die Erteilung der Bewilligung zum Reißen von Hadern, die Ausstellung von Bescheinigungen für Auslandsbezüge, die Feststellung der Hadernpreise, die Verteilung der Hadern, die Mitwirkung bei allen Maßnahmen zur Deckung des Bedarfes an Hadern und die Antragstellung in allen einschlägigen wirtschaftlichen Fragen. Die Kommission war ursprünglich aus Vertretern des Hadernhandels und derjenigen Industrien zusammengesetzt, welche Hadern verarbeiten (Papierfabriken, Kunstwollefabriken, Baumwollreißereien u. a.). Nach der Verordnung vom 13. Mai 1918 waren die industriellen Vertreter von den mittlerweile gebildeten Kriegs- oder Wirtschaftsverbänden zu bestimmen, und zwar je vier Vertreter von den Verbänden der Baumwollindustrie, der Papierindustrie und der Woll-

industrie, zwei Vertreter vom Kriegsverbande der Seidenindustrie und ein Vertreter vom Kriegsverbande der Hanf- und Juteindustrie. Die Vertreter des Handernhandels wurden nach wie vor vom Handelsminister ernannt. Als kaufmännisches Organ war der Haderndkommission die Haderndzentrale Ges. m. b. H. (eingetragen in das Handelsregister am 22. September 1916) angegliedert.

Auch die Verteilungsstelle für Rotationsdruckpapier (Vdg. vom 12. März 1917) war schon vor der Errichtung des Verbandes ins Leben gerufen worden. Ihr oblag die Verteilung des Rotationsdruckpapiers an die Verbraucher, so daß auch sie die Funktionen einer Zentrale ausübte. Sie blieb deshalb gleichfalls auch nach Errichtung des Wirtschaftsverbandes aufrecht.

Zu den Industrien, die vollständig durchorganisiert waren, gehörte auch die Erzeugung und Verarbeitung von unedlen Metallen (Aluminium, Kupfer, Nickel, Zinn, Zink, Blei, Antimon und andere unedle Metalle, mit Ausnahme von Eisen sowie Legierungen dieser Metalle). Eine Metallzentrale A. G. (Stg. am 17. November 1914) war schon ungefähr gleichzeitig mit der Baumwoll- und Wollzentrale gegründet worden. Sie blieb lange Zeit die einzige Kriegsorganisation auf dem Gebiete der Metallindustrie. Erst durch Verordnung vom 22. Juli 1918 wurde ein Wirtschaftsverband der Metallindustrie, der die Metallhütten und Walzwerke umfaßte, und ein Wirtschaftsverband der Metallwarenerzeuger gegründet, der in neun Untergruppen alle metallverarbeitenden Gewerbe enthielt.

Im Gegensatze hierzu war die Organisation der Eisenindustrie und der eisenverarbeitenden Gewerbe nicht sehr weit vorgeschritten. Die Bildung eines Selbstverwaltungskörpers der Eisenindustrie war an dem Widerstand der militärischen Stellen gescheitert. Höchstens könnte man den der behördlichen Eisenkommission angegliederten Werksausschuß, der in seiner Zusammensetzung den Kriegsausschüssen ähnelte, als solchen betrachten. Für die Eisenverarbeitung erschwerte die außerordentliche Vielfältigkeit dieser Industrie die Organisationsarbeit. Die älteste Organisation auf diesem Gebiete war der Kriegsverband der Eisengießereien (Vdg. vom 31. Jänner 1917). Ihm folgten der Wirtschafts-

verband der Erzeuger landwirtschaftlicher Maschinen (Vdg. vom 5. Oktober 1917), der Wirtschaftsverband der Sensen- und Sichelerzeuger (Vdg. vom 11. Mai 1918) und der Wirtschaftsverband der Emailgeschirrerzeuger (Vdg. vom 31. Juli 1918).

Noch vor der Eisenkommission war eine Alteisenkommission (Vdg. vom 5. Jänner 1916) ins Leben gerufen worden, mit der Aufgabe, den gesamten Bedarf an Alteisen für Einschmelz- und Packetierzwecke, d. i. zur Eisen- und Stahlerzeugung, zu beschaffen und das aufgebrauchte Altmaterial auf die verarbeitenden Betriebe zu verteilen. Sie war aus Vertretern des Alteisenhandels und der Eisenwerke zusammengesetzt und erfüllte gleichzeitig die Aufgaben eines Kriegsausschusses und bis zu gewissem Grade auch die einer Rohstoffzentrale. Sie blieb auch nach Errichtung der Eisenkommission in Tätigkeit. Die weitere Ausbildung der Organisation auf dem Gebiete der Eisenwarenerzeugung wurde durch den Zusammenbruch der Monarchie unterbrochen.

Für die chemische Industrie wurde im Dezember 1914 der Kriegsausschuß der chemischen Industrie geschaffen. Er kann als der erste Selbstverwaltungskörper der Kriegswirtschaft betrachtet werden. Er wurde unter Beihilfe der Handelskammern in Wien, Prag und Reichenberg aus Vertretern der österreichischen chemischen Großindustrie und Delegierten der beteiligten Behörden gebildet und diente als beratendes und begutachtendes Organ des Handelsministeriums. Im Jahre 1917 ging seine Tätigkeit an eine freie Vereinigung, den Zentralverband für die chemische und metallurgische Industrie Österreichs, über.

Aus dem Kriegsverbände der chemischen Industrie ging die Öl- und Fettzentrale A. G. (Stg. am 26. August 1915) hervor, der später der Kriegsverband der Öl- und Fettindustrie (Vdg. vom 8. April 1916) an die Seite gesetzt wurde. In engem Zusammenhange mit diesen Organisationen stand die Knochenzentrale. Mit den Aufgaben einer solchen wurde eine bereits vor dem Kriege gegründete Gesellschaft, die «Colla», Gesellschaft zum Einkaufe und Verkaufe für die Knochenverarbeitende Industrie m. b. H. (eingetragen im Handelsregister am 28. Jänner 1913), betraut. Die Knochenzentrale hatte das Einsammeln der Knochen zu organisieren, den gesamten Knochen-

anfall zu den festgesetzten Übernahmepreisen zu kaufen, ihn zur Verarbeitung an die einzelnen Betriebe der Knochenverarbeitenden Industrie zu verteilen und das gewonnene Knochenfett an die Öl- und Fettzentrale A. G. abzuführen. Zur Vermittlung des Einkaufes und Sammelns der Knochen bediente sich die Knochenzentrale der Rohprodukten-Handelsgesellschaft m. b. H. (Rohag).

Ein außerordentlich wichtiger Zweig der chemischen Industrie war die Kunstdüngererzeugung. Durch eine Verordnung des Ackerbauministers vom 26. April 1918, über deren Inhalt in der Kommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft das Einvernehmen hergestellt worden war, wurde für die Verteilung des Kunstdüngers (d. i. aller stickstoffhaltigen und phosphorhaltigen Düngemittel) eine aus den Vertretern der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften zusammengesetzte Kommission gebildet, um eine möglichst zweckmäßige Verwendung des nur in beschränkten Mengen verfügbaren Kunstdüngers zu sichern. In dieser Verordnung wurde bereits die Bildung eines Wirtschaftsverbandes der Kunstdüngerindustrie vorgesehen, der den landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften für den Herbstanbau bis 1. Juli, für den Frühjahrsanbau des nächsten Jahres bis 1. Oktober einen Voranschlag über die voraussichtlich zur Verfügung stehende Menge künstlicher Düngemittel vorlegen sollte. Der Wirtschaftsverband wurde sodann durch Verordnung des Handelsministers vom 8. Mai 1918 errichtet.

In den Bereich der chemischen Industrie fällt auch die einzige kriegswirtschaftliche Organisation, die der Heeresverwaltung ihre Entstehung verdankt. Auf Grund des Kriegseistungsgesetzes wurden mit Erlaß des Landesverteidigungsministeriums vom 7. August 1915 alle vorhandenen und künftig anfallenden Vorräte von Schwefelsäure und Schwefelkies für militärische Zwecke beschlagnahmt. Zu ihrer Bewirtschaftung wurde in Österreich die Schwefelsäuregesellschaft m. b. H. (handelsgerichtliche Registrierung am 5. Oktober 1915), in Ungarn die Schwefelsäure A. G. errichtet. Aufgabe dieser Gesellschaften war, die zur Deckung des jeweiligen Bedarfes der Heeresverwaltung und der Firma Dynamit Nobel an Schwefelsäure und Oleum erforderlichen Maßnahmen vorzuschlagen, zu begutachten und durchzuführen. Die jeweils ent-



behrlichen Schwefelsäuremengen sollten an die Industrie abgegeben werden; über ihre Freigabe und Verteilung entschied ein im Kriegsministerium gebildeter Arbeitsausschuß, dem auch die österreichische und die ungarische Schwefelsäuregesellschaft angehörten.

Mit der Bewirtschaftung eines Erzeugnisses der chemischen Industrie befaßte sich endlich auch die Druckfarbenkommission (Vdg. vom 21. Oktober 1918), die aus Vertretern der Druckfarbenindustrie und der vier Wirtschaftsverbände der papierverarbeitenden Gewerbe zusammengesetzt war und den Verkehr mit Druckfarben aller Art regeln sollte, an denen schon großer Mangel bestand. Sie ist als ein Wirtschaftsausschuß zu charakterisieren, der die Verbindung zwischen verschiedenen Industrien und Wirtschaftsverbänden herzustellen hatte. Eine Einkaufsstelle für Druckfarben war der Kommission mit den Funktionen einer Zentrale angegliedert.

Eine ähnliche Organisation stellte die Harzkommission (Vdg. vom 16. Juni 1916) dar. Sie hatte Übersichten über Vorräte, Erzeugung und Bedarf von Rohharz und Harzprodukten zu führen, Vorschriften zur rationellen Erzeugung von Harzprodukten zu erlassen, die jeweils vorhandenen Harzvorräte an die verarbeitenden Betriebe zu verteilen, Preise, Lieferungs- und Bezugsbedingungen festzusetzen und bei allen die Harzversorgung betreffenden Maßnahmen der Regierung mitzuwirken. Mitglieder der Kommission waren die vom Handelsminister berufenen Vertreter der beteiligten Industrie-, Gewerbs- und Handelszweige. Als kaufmännisches Organ diente der Kommission die Harzzentrale Ges. m. b. H. (eingetragen im Handelsregister am 18. August 1916).

Zu den Kriegsorganisationen der chemischen Industrie gehört ferner die Petroleumverteilungsgesellschaft m. b. H., auch Petroleumzentrale genannt (eingetragen im Handelsregister am 12. Dezember 1916). Vor ihrer Gründung war eine im Handelsministerium unter Beiziehung von Fachleuten geschaffene Verteilungsorganisation mit der Aufgabe betraut, die geringen Mengen von Petroleum, die zur Verfügung standen, unter Berücksichtigung der berechtigten Ansprüche der Kriegsbetriebe, der Heimarbeiter, der gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe möglichst gleichmäßig zu verteilen. Durch Ministerial-

verordnung vom 11. Dezember 1916 wurde die Petroleumzentrale damit betraut, die Verteilung des Petroleums im Inlande sowie die Ausfuhr der für das Ausland freigegebenen Mengen nach den Weisungen des Handelsministeriums zu besorgen. Die durch die Zentrale bewirkte Petroleumausfuhr hatte eine außerordentliche Bedeutung, da Petroleum gegenüber neutralen Staaten eines der wertvollsten Kompensationsmittel zur Erlangung verschiedener, seitens der Alliierten gesperrter Waren war.

Der Zeit nach die letzte während des Krieges geschaffene Zentrale war die Österreichische Fachstelle zur Bewirtschaftung von Arzneimitteln, die durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 1. Juni 1918 errichtet wurde. Ihre Aufgabe war der Einkauf der bewirtschafteten Arzneimittel im Inlande und im Auslande, die Festsetzung der Ankaufspreise im Inland und der Verkaufspreise für die Großhändler, die Zuweisung der angekauften Arzneimittel an die pharmazeutischen Fabriken und an die zur Lieferung an die Apotheker zugelassenen Großhändler, die Verteilung der den Großhändlern zugewiesenen Arzneimittel an die Apotheker und die Führung von statistischen Nachweisungen über diese Zuteilungen. Der Bewirtschaftung wurden nur Arzneimittel unterzogen, die entweder ausschließlich oder zum Teil aus dem Auslande bezogen werden mußten. Diese Vorräte wurden unter Sperre gelegt und mußten der Fachstelle zu festgesetzten Preisen überlassen werden. Für die Zukunft wurde die Einfuhr bewirtschafteter Arzneimittel der Fachstelle vorbehalten. Für bewirtschaftete Arzneimittel, die auch im Inland erzeugt werden, wurde ein Anbotzwang zugunsten der Fachstelle für diejenigen Mengen vorgesehen, die nach ihrer Errichtung in inländischen Erzeugungsstätten hergestellt wurden. Die Fachstelle wurde aus Vertretern der interessierten Fachkreise (Apotheker, Ärzte, Tierärzte, chemische Industrie, Drogengroßhändler, Verbraucherorganisationen) und aus Delegierten der beteiligten Ministerien zusammengesetzt. Im übrigen war ihre Einrichtung derjenigen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt nachgebildet. Bei der streng monopolistischen Organisation der Fachstelle war ein Geschäftsrisiko nicht vorhanden; ihre Auslagen konnten durch einen prozentmäßigen Zuschlag zu den Einkaufspreisen gedeckt werden.

Für die Forstwirtschaft und Holzindustrie wurde durch die Errichtung der Holzwirtschaftsstelle ein Organ der Selbstverwaltung geschaffen, das sowohl für die Regelung der Produktion und des Absatzes von Holz im Inlande wie für die Holzausfuhr große Bedeutung gewann.

Kurz vor Ende des Krieges wurde durch Verordnung vom 6. September 1918 ein Wirtschaftsverband der korkverarbeitenden Gewerbe (maschinelle Erzeugung von Korkplatten, Korkstöpseln, Korksohlen, Erzeugung von Korkziegeln, Wärme- und Schallisolierungsplatten aus Kork und Korkabfällen usw.) gebildet, dem als Zentrale die Österreichische Korkverkaufsgesellschaft m. b. H. zur Seite trat.

Auf dem Gebiete der Industrie in Steinen, Erden, Ton und Glas entstand als erste kriegswirtschaftliche Organisation der Kriegsverband der Porzellanindustrie (Vgd. vom 30. August 1917). Die Anregung zu seiner Gründung ging von der Industrie selbst aus, die darin das einzige Mittel sah, bei den schwierigen Verhältnissen, die der Krieg namentlich hinsichtlich der Kohlenversorgung geschaffen hatte, die Fortführung der Betriebe zu ermöglichen. Da die Satzungen des Verbandes unter seinen Aufgaben auch die Regelung und Förderung der Produktion und des Absatzes von Porzellan sowie die Regelung der Preise und Verkaufsbedingungen aufzählten, diente der Verband auch als eine Art Zwangskartell und trug hiedurch wesentlich dazu bei, der Industrie über die schwierigen Verhältnisse der Kriegszeit hinwegzuhelfen. Er bildet ein lehrreiches Beispiel für die Funktionen, die den Verbänden in der Übergangswirtschaft zugedacht waren.

Es folgte, von ähnlichen Gesichtspunkten ausgehend, die Errichtung von Kriegsverbänden der Asbestindustrie (Vdg. vom 31. Oktober 1917), der Zementindustrie (Vdg. vom 22. Dezember 1917) und der Ziegelindustrie (Vdg. vom 22. Dezember 1917). Auch bei ihrer Gründung handelte es sich nicht um Fragen der Kriegswirtschaft im engeren Sinne, d. h. der Deckung des militärischen Bedarfes und der zweckentsprechenden Verteilung der geringen, darnach noch übrigbleibenden Mengen auf die Zivilbevölkerung, sondern um die Erleichterung der Betriebsführung während des Krieges, insbesondere um die möglichste Wahrung

ihrer Interessen bei der Regelung der gerade für diese Industrien außerordentlich wichtigen Kohlenfrage, sowie um die Regelung des Absatzes und der Preise in der Übergangszeit.

Die Bestimmung der Preise und Verkaufsbedingungen durch Verbände gewann für die Industrie eine besondere Bedeutung, da sie das einzige Mittel war, sich gegen die Rechtsunsicherheit zu schützen, die durch die kais. Verordnung vom 24. März 1917 (Preistreiberverordnung) hervorgerufen worden war. Ein von einem Kriegsverband festgesetzter und vom Handelsministerium genehmigter Preis konnte schwer als ein offenbar übermäßiger Preis angesehen und zur Grundlage eines Strafverfahrens gemacht werden.

Eine notwendige Folge der Zusammenfassung dieser Industrien in Verbände war die Organisation des Baugewerbes, das ihnen als Verbraucher gegenüberstand. Auch die Anregung hiezu ging aus der Industrie selbst hervor. Durch Verordnung vom 1. August 1918 wurde ein Wirtschaftsverband des Baugewerbes gegründet, der die folgenden Gewerbegruppen umfaßte:

1. Baumeister;
2. Bauunternehmer (Hoch- und Tiefbauunternehmer);
3. Maurermeister und Steinmetzmeister;
4. Gipsdielen- und Korksteinverleger, Stukkaturer;
5. Platten- und Fliesenleger, Kanalisierungsunternehmer, Herd- und Ofensetzer;
6. Zimmermeister;
7. Dachdecker;
8. Deichgräber.

Da die Bautätigkeit während des Krieges gering war und namentlich im letzten Kriegsjahre infolge der Kohlen- und Eisennot fast gänzlich zum Stillstand kam, lagen die Aufgaben dieses Verbandes größtenteils auf dem Gebiete der Übergangswirtschaft.

Ausschließlich auf diese berechnet waren die Maßnahmen, die zur Organisation der Schifffahrt ergriffen wurden. Durch Verordnung vom 30. Jänner 1918 wurden alle Seeschiffahrtsunternehmungen, welche die freie Schifffahrt mit Dampf- oder Motorschiffen betrieben, zu einem Wirtschaftsverbände der freien Frachtschiff-



fahrt und ebenso die Unternehmungen, welche regelmäßige Schifffahrtslinien betrieben, zu einem Wirtschaftsverbände der Linienschifffahrt vereinigt. Jeder der beiden Verbände hatte seine besondere Verbandsversammlung und Verbandsleitung. Für die Behandlung von Fragen, die den Wirkungskreis beider Verbände berührten, war eine gemeinsame Verbandsversammlung und eine gemeinsame Verbandsleitung vorgesehen.

Zweck der Schifffahrtsverbände war:

a) die Führung einer genauen Übersicht über den Schiffsbestand und die sonstigen Betriebseinrichtungen, über Standort und Zustand der vorhandenen Schiffe sowie über deren Beschäftigung, über die Beschaffung von Kohle und anderem Schiffsbedarf, endlich über Arbeitsverhältnisse und Personalfragen;

b) die Mitwirkung bei der Aufstellung von Grundsätzen für die Regelung des Seeverkehrs, insbesondere für die zweckmäßigste Verteilung und Verwendung des Schiffsraumes unter Bedachtnahme auf die Beschaffenheit der einzelnen Schiffe und die Bedürfnisse der Verfrachter und der Befrächter;

c) die Mitwirkung bei der Aufstellung von Grundsätzen für die Feststellung der Frachtraten, ferner die Ermittlung von Konkurrenzfrachtsätzen, welche für die Erstellung der eigenen Frachtsätze richtunggebend sind;

d) die Mitwirkung bei den von der Regierung zur Beschaffung von Kohle und anderem Schiffsbedarf ergriffenen Maßnahmen und die Verteilung der so beschafften Materialien;

e) die Mitwirkung bei der Regelung von Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung, welche die Seeschifffahrt betreffen, insbesondere bei allen Maßnahmen zur Regelung und Förderung der Seeschifffahrt, bei Maßnahmen auf dem Gebiete der Schifffahrtspolitik und der sozialen Fürsorge, der Regelung des Heuerwesens und der Arbeitsverhältnisse sowie bei allen Fragen, die sich bei der Abrüstung und bei der Überführung in die Friedenswirtschaft ergeben, endlich die Durchführung hierauf sich erstreckender Verfügungen, soweit diese den Verbänden vom Handelsminister übertragen wird.

Ähnliche Aufgaben waren für die Flußschifffahrt einem Wirtschaftsausschusse übertragen; die Bildung eines förmlichen Wirtschaftsverbandes schien hier überflüssig,

da es sich auf der Donau im wesentlichen nur um zwei österreichische Schiffahrtsunternehmungen handelte: die Österreichische Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft und die Süddeutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft, von denen die zweitgenannte im Besitze des Staates war.

Um endlich dem Handel, der durch den Krieg in seiner Tätigkeit ohnehin auf das schwerste behindert war, Gelegenheit zur Vertretung seiner Interessen zu geben, wurde durch Verordnung vom 15. Juni 1917 ein Wirtschaftsausschuß der Kaufmannschaft gebildet. Ihm oblag die Erstattung von Gutachten und Stellung von Anträgen bei Regelung von Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung, welche die Kaufmannschaft im allgemeinen betreffen, sowie auch die Durchführung von Verfügungen, die sich auf diese Angelegenheiten erstrecken, wenn sie ihm vom Handelsminister übertragen wurde. Aufgabe des Wirtschaftsausschusses war ferner die Zusammenfassung der Kaufmannschaft einzelner Handelszweige oder Gebiete in fachlichen oder territorialen Verbänden sowie die Vorbereitung der Schaffung besonderer fachlicher oder territorialer Ausschüsse für einzelne Handelszweige oder Gebiete. Die Errichtung dieser Verbände und Ausschüsse sollte auf Antrag des Wirtschaftsausschusses der Kaufmannschaft durch Verfügung des Handelsministers erfolgen. Der Wirtschaftsausschuß der Kaufmannschaft sollte aus 75 vom Handelsminister ernannten Mitgliedern bestehen, aus deren Mitte ein 20gliedriger Vorstand durch den Handelsminister bestellt wurde.

Über Antrag des Wirtschaftsausschusses der Kaufmannschaft wurden in der Folgezeit eine Reihe von Fachausschüssen gebildet. Es waren dies die Fachausschüsse der Exporthändler (Vdg. vom 15. Oktober 1917), der Hopfenhändler (Vdg. vom 30. Oktober 1917), der Weinhändler (Vdg. vom 1. November 1917), der Spediteure (Vdg. vom 13. Dezember 1917), der Lederhändler (Vdg. vom 29. Jänner 1918), der Metallhändler (Vdg. vom 7. März 1918), der technischen Händler (Vdg. vom 2. April 1918), der Händler mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Mahlprodukten (Vdg. vom 27. April 1918), der Papierhändler (Vdg. vom 19. Juli 1918), der Händler mit Web- und Wirkwaren (Vdg. vom 16. Oktober 1918). Diese rege Tätigkeit, die der Wirtschaftsausschuß der Kaufmannschaft bei der Gründung von Fachausschüssen entfaltete, zeigt am besten,

welche Bedeutung er der Organisation der Übergangswirtschaft beimaß.

Über Wunsch der Konsumgenossenschaften wurde endlich mit Verordnung vom 14. März 1918 ein konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsausschuß ins Leben gerufen, um auch den Interessen der organisierten Verbraucher eine entsprechende Vertretung zu sichern.

Für die Tätigkeit der verschiedenen kriegswirtschaftlichen Organisationen während der auf den Friedensschluß folgenden Übergangszeit, für ihr gegenseitiges Zusammenwirken und für ihr Verhältnis zur Staatsverwaltung wurden in der «Denkschrift über die Aufgaben der Übergangswirtschaft», die aus Anlaß der Errichtung des Generalkommissariats ausgearbeitet wurde, folgende Grundsätze aufgestellt:

«Kaufmännische Organisationen in Form handelsrechtlicher Körperschaften, sogenannte Zentralen, wären nur dort zu schaffen, wo man ihrer bedarf. Sie können notwendig werden zum Zwecke der Zentralisation des Einkaufes oder der Kreditbeschaffung im Auslande. Ihre Tätigkeit kann sich aber auch darauf beschränken, die Rohstoffversorgung schwächerer Unternehmungen zu sichern, die nicht über die auswärtigen Verbindungen oder über die erforderliche Kapitalkraft verfügen, um die Rohstoffbeschaffung selbst in die Hand zu nehmen. Sie können endlich auch zum Zwecke der Organisation des Absatzes ins Leben gerufen werden, um im Falle vorübergehender Konzentration des Betriebes die Interessen der stillgelegten Unternehmungen zu wahren und ihnen eine gerechte Entschädigung zu sichern, um eine planmäßige Pflege des Exports oder eine wirksame Regelung der Preise zu ermöglichen. Zu entscheiden, ob im einzelnen Falle solche kaufmännische Organisationen errichtet werden sollen, ist Sache der betreffenden Kriegsverbände oder Ausschüsse. Auf diesen liegt demnach auch der Schwerpunkt der ganzen Organisation. Ihnen wird das entscheidende Wort hinsichtlich der Maßnahmen zukommen, die in der Übergangszeit zum Zwecke der Rohstoffversorgung, der Beschaffung von Schiffsraum und Auslandskrediten, des Wiederaufbaues der Industrie und der Steigerung ihrer Produktivität ergriffen werden sollen, und ihnen wird es



obliegen, auf Grund besonderen Auftrages der staatlichen Verwaltung und unter deren Überwachung auch die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zu übernehmen, so daß sie im vollen Sinne des Wortes Organe der industriellen Selbstverwaltung darstellen, einer Selbstverwaltung allerdings, die ihre Tätigkeit in ständiger enger Berührung mit der staatlichen Verwaltung, unter deren Führung und Aufsicht ausübt. Das Ziel der Organisation soll keineswegs sein, die Freiheit des wirtschaftlichen Lebens grundsätzlich zu beseitigen und an die Stelle der freien selbstverantwortlichen Tätigkeit des Einzelnen einen Zustand der Gebundenheit durch obrigkeitliche Vorschrift zu setzen.

«Ein Eingreifen der öffentlichen Verwaltung soll nur dort stattfinden, wo es im Hinblick auf die außerordentlichen Verhältnisse, unter denen wir leider noch längere Zeit nach dem Kriege leben werden, erforderlich wird, um die notwendige Unterordnung der Sonderinteressen unter die der Gesamtheit und die planmäßige Berücksichtigung der Forderungen des öffentlichen Wohles zu gewährleisten. Tritt dieser Fall aber ein, so soll durch die Errichtung einer derartigen Selbstverwaltung die Gewähr dafür geboten werden, daß die realen Verhältnisse des wirtschaftlichen Lebens und die berechtigten Wünsche der Beteiligten volle Berücksichtigung finden und daß die beschlossenen Maßnahmen wirksam und sachkundig durchgeführt werden. Der Umfang der Verwaltungsbefugnisse, die den neuen Selbstverwaltungskörpern zukommen, und das Ausmaß des Einflusses, welcher der Staatsverwaltung vorbehalten bleiben muß, bedingen sich gegenseitig. Man kann keine neue Doppelverwaltung einrichten, die mit der staatlichen in ungeordnete Konkurrenz tritt, deren Ziele durchkreuzt und die ihr übertragenen Befugnisse zu Sonderzwecken auszunutzen in der Lage ist.

«Je wichtiger die Befugnisse sind, die diesen industriellen Selbstverwaltungskörpern zukommen, desto notwendiger ist es, daß der Staat sich die Wahl der leitenden Persönlichkeiten, einen weitgehenden Einfluß auf die Geschäftsführung und die Möglichkeit ihrer wirksamen Überwachung sichert.

«Eine wertvolle Unterstützung erfährt die regelnde und beaufsichtigende Tätigkeit der Staatsverwaltung durch die Verkettung und das Widerspiel der Interessen verschiedener Wirtschaftszweige. Es gibt keine Industrie, der nicht eine Reihe



anderer als Konsumenten gegenüberstünden, so daß schon im Kreise der industriellen Organisationen die gegenseitige Beeinflussung und Auseinandersetzung mäßigend wirkt und der Staatsverwaltung die Handhabe zur Herstellung eines gewissen Gleichgewichtes bietet.

«Die kleingewerblichen Interessen sind dadurch zu wahren, daß dem Kleinbetrieb eine entsprechende Vertretung in den kriegswirtschaftlichen Organisationen der betreffenden Industriezweige eingeräumt wird. In manchen Fällen wird es sich vielleicht auch empfehlen, gesonderte Wirtschaftsorganisationen des Kleingewerbes zu schaffen.

«Ebenso ist es wünschenswert, neben die industrielle Organisation eine solche des Handels zu setzen. Es ist nicht zu leugnen, daß dieser während des Krieges stark an Bedeutung verloren hat. Im Kriege gibt es keinen Markt im eigentlichen Sinne mehr, auf dem die Gütermengen ganz frei je nach Bedarf ab- und zufließen und demgemäß die Preisbildung in voller Freiheit sich vollzieht. Wir leben wieder in einer geschlossenen Wirtschaft und mußten infolgedessen auch die Politik des gebundenen Marktes wieder übernehmen, die in der behördlichen Regelung der Verteilung und des Preises der Waren gipfelt.

«Immerhin bleibt dem Handel auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch ein weites Feld der Betätigung, vor allem bei der Verteilung der Güter, deren Besorgung durch einen behördlichen Apparat oder durch Organisationen der Erzeuger in den meisten Fällen schon technisch unmöglich ist, zumindest aber weder billiger noch besser bewerkstelligt werden könnte, wie durch den Handel mit seinem ausgebildeten Lagerungs- und Zuführungsapparat und mit seiner genauen Kenntnis der Kundenschaft und ihrer besonderen Bedürfnisse. Infolgedessen repräsentiert auch eine Organisation des Handels gegenüber der Erzeugung bis zu einem gewissen Grade die Ansprüche und die Wünsche des Konsums, wenngleich nicht übersehen werden darf, daß das Interesse des Handels an der Befriedigung des Verbrauches durch Bereitstellung ausreichender Gütermengen zu mäßigen Preisen unter Umständen von dem Interesse an der Erzielung hoher Gewinne bei beschränktem Umsatze zurückgedrängt werden kann. Aus diesem Grunde ist es notwendig, neben dem Handel auch den Konsumentenvereinigungen (Konsumvereinen) ihren Platz in der Organisation anzuweisen.

«Eine weitere Aufgabe der Organisation des Handels ist die Erhaltung eines kräftigen und aktionsbereiten Exporthandels und seine planmäßige Vorbereitung auf die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit durch die Herstellung engerer Verbindungen mit den für die Ausfuhr in Betracht kommenden Industriezweigen.

«Auf dem Gebiete der Rohstoffeinfuhr fehlt es in Österreich leider — von einzelnen Handelszweigen, so zum Beispiel dem Handel mit Metallen, mit Kaffee und mit Südfrüchten, abgesehen — an einem kräftig entwickelten eigenen Großhandel. Wo jedoch ein solcher besteht, wird es selbstverständlich Aufgabe der Organisation sein, ihm die gebührende Rolle zu sichern, und das wertvolle Kapital nutzbar zu machen, das seine Kenntnis der auswärtigen Märkte, seine hergebrachten Verbindungen und Kreditbeziehungen zum Auslande für uns darstellen.

«Allerdings wird das Verhältnis, in dem der Handel sich gegenüber den Organisationen der Industrie befindet, einigermaßen jenem gleichen, das schon im Frieden zwischen ihm und einzelnen großindustriellen Syndikaten bestand. Man muß sich auch darüber klar sein, daß die Beschränkungen der Handelsfreiheit, welche die Kriegswirtschaft kennzeichnen, in der Übergangswirtschaft nicht plötzlich beseitigt werden können, sondern wenigstens teilweise aufrechterhalten werden müssen, solange die volle Freiheit des Güterverkehrs mit dem Auslande, des Zu- und Abflusses der Waren nicht wieder hergestellt ist. Erst in dem Maße, in dem die Weltwirtschaft für uns wieder auflebt, wird es möglich sein, auch Handel und freie Preisbildung wieder voll in ihre Rechte einzusetzen.

«Bei der außerordentlichen Bedeutung, welche sozialpolitische Fragen verschiedener Art gerade in der Übergangszeit gewinnen werden, ist es notwendig, auch ein geordnetes Zusammenwirken der industriellen Organisationen mit jenen der Arbeiterschaft herbeizuführen. Zu diesem Zweck ist in der Verordnung über die Errichtung des Generalkommissariats die Heranziehung der Gewerkschaften zu seinen Arbeiten und zur Durchführung einzelner Aufgaben der Übergangswirtschaft vorgesehen. Auch auf diesem Gebiete soll die Herstellung unmittelbarer Beziehungen zwischen den Organisationen verschiedener Interessengruppen und der Einfluß, den sie wechselseitig

aufeinander üben, das Mittel bilden, einen vernünftigen Ausgleich herbeizuführen und der staatlichen Verwaltung ihre Entscheidung zu erleichtern.»

Der Ort, wo alle diese Interessen sich begegnen sollten, war der Hauptausschuß für Kriegs- und Übergangswirtschaft. Er wurde unmittelbar nach Errichtung des Generalkommissariats gebildet und bestand zunächst aus den Vertretern der kriegswirtschaftlichen Organisationen im engeren Sinne, das ist der Kriegs- und Wirtschaftsverbände und -ausschüsse, welche zentrale, über das ganze Reich sich erstreckende Organisationen einzelner Wirtschaftszweige darstellten. Eine zweite Gruppe seiner Mitglieder bildeten die Vertreter der Handels- und Gewerbekammern, die als territoriale Organisationen in den Dienst der Kriegs- und Übergangswirtschaft gestellt wurden. Neben sie traten als weitere Gruppe die Vertreter der Arbeiterorganisationen. Zwanzig Mitglieder des Hauptausschusses wurden vom Handelsminister nach freier Wahl ernannt. Der Vorbehalt dieses Ernennungsrechtes sollte dem Zwecke dienen, außerhalb der kriegswirtschaftlichen Organisationen stehende Persönlichkeiten heranzuziehen, deren Mitwirkung mit Rücksicht auf ihre Stellung und auf ihr persönliches Gewicht für die Sache von Bedeutung war. Insbesondere wurde dabei auf die Herstellung einer Verbindung zu den gesetzgebenden Körperschaften Gewicht gelegt.

Aufgabe des Hauptausschusses war zunächst die Erörterung der allgemeinen Fragen, welche alle darin vertretenen Gruppen gleichmäßig betreffen. Außerdem sollte aber diesen Gruppen auch Gelegenheit zu gesonderter Verhandlung gegeben werden, wenn es sich um Fragen handelte, die eine von ihnen allein oder doch vorzugsweise betrafen, so daß ihr folgerichtig auch die Möglichkeit geboten werden mußte, gesondert darüber Beratung zu pflegen. Ebenso war die Möglichkeit vorgesehen, einzelne Organisationen verschiedener Gruppen zu gesonderter Beratung über einen bestimmten, nur sie betreffenden Gegenstand zusammenzuführen und zu diesem Zwecke Sonderausschüsse zu bilden, so zum Beispiel Unternehmer- und Arbeiterorganisationen derselben Industrie zur Beratung über Fragen des Arbeitsnachweises oder des Lohn- und Arbeitsverhältnisses innerhalb des betreffenden Erwerbszweiges. Da



endlich der Hauptausschuß mit Rücksicht auf die große Zahl der darin vertretenen Organisationen einen ziemlich umfangreichen Körper bildete, der ohne übermäßigen, die Sache und den Fortgang der Arbeiten schädigenden Zeitaufwand nicht ständig versammelt gehalten werden konnte, wurde die Bildung eines geschäftsführenden Arbeitsausschusses erforderlich, der, aus Vertretern der verschiedenen Gruppen zusammengesetzt, häufiger zusammentreten und eine regelmäßige Tätigkeit entfalten sollte.

Seine Aufgabe war die Mitwirkung bei organisatorischen Fragen und bei der Führung der laufenden Geschäfte. Neben ihm sollten für die Behandlung fachlicher Fragen ständige Fachausschüsse von ähnlicher Zusammensetzung treten. Zunächst wurde ein Rohstoffausschuß, ein Finanzausschuß, ein Verkehrsausschuß und ein sozialpolitischer Ausschluß gebildet. Der Zusammenhang mit dem Arbeitsausschusse wurde dadurch hergestellt, daß die Vorsitzenden der Fachausschüsse den Mitgliedern des Arbeitsausschusses entnommen wurden. Endlich konnten auch für die Beratung einzelner Fragen besondere Ausschüsse oder Unterausschüsse eingesetzt werden.

In der Regel hatten diese Ausschüsse die ihnen zugewiesenen Angelegenheiten einer Vorberatung zu unterziehen und darüber dem Hauptausschusse zu berichten. Über Ermächtigung durch den Hauptausschuß, in besonders dringlichen Fällen aber auch über Verlangen des Generalkommissärs, hatten sie jedoch auch unmittelbar Gutachten abzugeben, vorbehaltlich nachträglicher Berichterstattung an den Hauptausschuß. Im allgemeinen sollte für die Einrichtung der Geschäftsführung des Hauptausschusses der Grundgedanke maßgebend sein, daß es sich nicht darum handelte, einen Ersatz für die Tätigkeit des Parlaments zu schaffen, sondern eine Körperschaft ins Leben zu rufen, die praktischen Zwecken der Verwaltung dient.

Der Endzweck der ganzen Organisation war, ein planmäßiges Zusammenwirken aller mit Aufgaben der Kriegs- und Übergangswirtschaft betrauten Körperschaften zu sichern und gleichzeitig eine Stelle öffentlicher Kontrolle und Kritik zu schaffen, in der aus Sachkunde und Lebenskenntnis sprechende und handelnde Männer einander gegenüberstehen, beherrscht von dem Gefühle der Notwendigkeit, den Weg zum allgemeinen Besten und zu schiedlichem Ausgleich zu finden.



## V. DIE KRIEGSWIRTSCHAFTLICHEN MASSNAHMEN.

### 1. Die Regelung des Handelsverkehrs mit dem Auslande.

#### *a) Die gesetzlichen Grundlagen.*

Schon das Zolltarifgesetz vom 13. Februar 1906 enthielt im Artikel VII die Ermächtigung für die Regierung, im Verordnungswege den Verkehr mit bestimmten Waren aus öffentlichen Rücksichten und insbesondere aus Gründen der Sanitäts- und Sicherheitspflege zu beschränken. Soweit es sich dabei um die Erlassung von Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten handelte, sollten die Verfügungen von der österreichischen und der ungarischen Regierung im gegenseitigen Einvernehmen und inhaltlich gleichlautend erlassen werden.

Auf diese Bestimmung gründeten sich die im «Orientierungsbehelf» vorgesehenen Verordnungen, durch die gleich bei Ausbruch des Krieges zahlreiche Verbote der Einfuhr, der Ausfuhr und der Durchfuhr erlassen wurden.

Da sich jedoch außer der Verhängung von Verboten auch andere Maßnahmen zur Regelung des Handelsverkehrs mit dem Ausland als notwendig erweisen konnten, ermächtigte die auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, RGBl. Nr. 141, erlassene kais. Verordnung vom 24. September 1914, RGBl. Nr. 251, die Regierung, «aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse Verfügungen bezüglich des Warenverkehrs mit dem Auslande zu treffen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigung als notwendig erweisen».

Auf dieser kais. Verordnung und den angeführten Bestimmungen des Zollgesetzes beruhten alle Maßnahmen, die in der Folgezeit zur Regelung des Handelsverkehrs mit dem Ausland ergriffen wurden.

#### *b) Die Aus- und Durchfuhrverbote.*

Als der Konflikt mit Serbien sich soweit zugespitzt hatte, daß die kriegerische Lösung unvermeidlich schien und die Mobilisierung angeordnet wurde, erging gemäß den getroffenen

Vorbereitungen durch Verordnung vom 25. Juli 1914, RGBl. Nr. 169, ein Ausfuhrverbot für Waffen und andere Gegenstände des Kriegsbedarfes. Die Liste der verbotenen Waren entsprach derjenigen, die im «Orientierungsbehelf» für die erste im Kriegsfall zu erlassende Ausnahmsverfügung dieser Art vorgesehen war. Schon am 1. August 1914 wurde die zweite im Orientierungsbehelf vorbereitete Verordnung erlassen, welche die Verbotsliste ergänzte und auf alle Waren ausdehnte, die bei tatsächlichem Ausbruch des Krieges zur Sicherung des Heeresbedarfes im Lande zurückgehalten werden sollten. Beide Verordnungen enthielten gleichzeitig das Verbot der Durchfuhr aller in der Ausfuhr verbotenen Waren nach Serbien. Schon am 4. August wurde dieses Durchfuhrverbot auf Rußland ausgedehnt, das mittlerweile in den Krieg eingetreten war. In rascher Folge erschienen sodann weitere Verordnungen, die dem Ausfuhrverbot immer neue Waren unterwarfen. Ferner wurde das Durchfuhrverbot auch auf Belgien, Frankreich, Großbritannien, Japan und Montenegro erstreckt, die in der Zwischenzeit Österreich-Ungarn gleichfalls den Krieg erklärt hatten. Um die Handhabung der Verbote zu erleichtern, wurde die ursprüngliche Liste mit den Erweiterungen, die sie durch spätere Verordnungen erfahren hatte, in eine einheitliche Liste zusammengefaßt, die gleichzeitig zahlreiche, bisher ausfuhrfreie Artikel unter Verbot stellte und die durch eine Verordnung vom 2. Oktober 1914 in Kraft gesetzt wurde.

Für den Verkehr mit dem verbündeten Deutschen Reiche waren durch das Abkommen vom 24. September 1914 (das sogenannte Septemberabkommen) \*) Ausnahmen von den Verböten festgesetzt worden.

In unausgesetzter Folge erschienen auch weiterhin neue Verordnungen, welche zum Teil Erweiterungen der Verbotsliste, zum Teil ähnlich wie die oben angeführte Verordnung vom 2. Oktober 1914 eine Zusammenfassung und Neufestsetzung der Aus- und Durchfuhrverböte unter formaler Aufhebung der bis dahin erlassenen Verordnungen brachten. Solche Republikationsverordnungen erschienen am 19. Februar 1915 und am 10. März 1916. Schließlich war ein Zustand erreicht.

\*) Siehe S. 26 ff.

bei dem nur mehr eine geringe Zahl für den Handel wenig bedeutender Waren ausfuhrfrei waren.

Bei der Zusammenstellung der Verbotsliste ließ man sich ursprünglich von dem Gedanken leiten, die Ausfuhr derjenigen Waren zu verbieten, die dem Gegner als Kriegsmittel dienen könnten oder die mit Rücksicht auf den militärischen Bedarf der eigenen Armee im Lande gehalten werden müssen. Das militärische Bedürfnis war in diesem Zeitpunkte für den Inhalt der Verbotsliste noch allein maßgebend. Sehr bald trat hiezu jedoch die Erwägung, daß zur Sicherung des Bedarfes der Bevölkerung im Hinterland Ausfuhrverbote auch für Waren erlassen werden mußten, die nicht unmittelbarem Heeresbedarf dienten. Die Ernährungslage gestaltete sich immer ungünstiger; die Ernte des Jahres 1914 war ausgesprochen schlecht gewesen, und früher als sonst wurden Zufuhren aus dem Auslande notwendig, um den Abgang zu decken. Steigende Schwierigkeiten stellten sich solchen Bezügen entgegen; die Knappheit an Getreide und anderen Nahrungsmitteln im Inlande wuchs, und man sah sich infolgedessen gezwungen, das Verbot der Ausfuhr auch auf Nahrungsmittel auszudehnen, die ursprünglich davon freigeblieben waren. Bald mußten auch Rohstoffe und Halbfabrikate verschiedenster Art für den Bedarf der Industrie in das Verbot einbezogen werden, weil ihre Zufuhr immer schwieriger wurde, und endlich sah man sich gezwungen, auch die Ausfuhr einer wachsenden Zahl von Fertigfabrikaten zu verbieten. Man wollte verhindern, daß die in der Ausfuhr verbotenen Rohstoffe in der Form daraus hergestellter Fertigwaren ins Ausland gehen; außerdem wollte man die Vorräte an fertigen Waren für die Befriedigung des allgemeinen Bedarfes der Bevölkerung im Lande zurückhalten, weil die Halbfabrikate und Rohstoffe, die im Inland gewonnen wurden oder daselbst noch vorrätig waren, für die Erzeugung von Gegenständen des Heeresbedarfes zurückgehalten werden mußten und eine Nachschaffung ausgeführter Gebrauchsware infolgedessen nicht möglich war.

Die fortgesetzte Erweiterung der Verbotsliste wurde in einigem durch die Erwägung gehemmt, daß die Ausfuhr wenigstens in gewissem Umfang erhalten werden müsse, um aus ihr

Mittel zur Bezahlung notwendiger Auslandsbezüge zu gewinnen. Diese Erwägung griff bereits auf das Gebiet der Valutapolitik über. Wenn die Ausfuhr versagte, mußte die Einfuhr von Nahrungsmitteln und unentbehrlichen Rohstoffen, soweit sie überhaupt möglich war, entweder in Gold und Devisen bezahlt und auf diese Weise der Barschatz der Nationalbank fortgesetzt vermindert werden, oder man mußte österreichisches Papiergeld auf ausländischen Märkten ausbieten, um dafür die Valuten zu beschaffen, die zur Bezahlung der Auslandsbezüge notwendig waren. Beides schien eine Gefahr für den Stand unserer Währung, deren Kurse auf den ausländischen Börsen ohnehin im Weichen waren. Die einzige Möglichkeit, einen Zufluß fremder Valuten ohne Schädigung der Währung herbeizuführen, lag in der Förderung der Ausfuhr. Man war daher bedacht, namentlich Luxusartikel, Modewaren und feinere Waren verschiedenster Art vom Ausfuhrverbot freizulassen, oder erteilte, wenn dies aus zolltechnischen Gründen nicht möglich war, bereitwillig Ausfuhrbewilligungen für solche Waren.

Bald wurden die Ausfuhrverbote auch unmittelbar in den Dienst der Valutapolitik gestellt. Symptomatisch dafür war die Einbeziehung von Edelmetallen und Münzen (durch Vdg. vom 21. März 1915) und bald darauf auch von Edelmetallwaren und Juwelen in die Verbotssliste. Bald begann man auch Waren, die seit jeher den Gegenstand starker Ausfuhr gebildet hatten und im Inland reichlich vorhanden waren, unter Verbot zu stellen, um die Gewährung von Ausfuhrbewilligungen an die Bedingung der Ablieferung der dafür erlösten ausländischen Valuta knüpfen zu können. Das Ausfuhrverbot wurde auf diese Weise zu einem Werkzeug der Valutapolitik.

Ein neues Moment wurde in die Verbotspolitik eingeführt, als die neutralen Staaten, die Schweiz, Holland und die skandinavischen Länder, unter dem Drucke der Alliierten die Ausfuhr nach Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche zu beschränken und bald für eine immer wachsende Zahl von Waren zu verbieten begannen. War schon die Seesperre entgegen den bisher beobachteten völkerrechtlichen Regeln derart ausgedehnt worden, daß die Liste der unbedingten Konterbande



ins Endlose wuchs, so wurde die Blockade jetzt unter Anwendung gewaltsamen Druckes auch auf die Bezüge Österreich-Ungarns aus neutralen Staaten auf dem Landwege ausgedehnt. Die Neutralen wurden mit der Drohung einer Unterbindung ihrer eigenen Zufuhren gezwungen, ihrerseits Ausfuhrverbote gegen die Monarchie zu erlassen und diese ständig zu verschärfen. Das einzige Gegenmittel, das, abgesehen von freundschaftlichen Vorstellungen, zur Verfügung stand, war ein *Kompensationsverfahren*, welches allerdings voraussetzte, daß man selbst die Ausfuhr aller Waren unter Verbot setzte, die den neutralen Festlandsstaaten für die Versorgung ihrer eigenen Bevölkerung wichtig waren, weil die auf offenem Markt verfügbaren Mengen von den Alliierten aufgekauft wurden oder weil die überseeischen Zufuhren durch die Blockade, durch den U-Boot-Krieg und durch Mangel an Schiffsraum gehemmt oder verzögert wurden. Holz, Zucker und nach der Wiedergewinnung der galizischen und der Eroberung der rumänischen Ölfelder auch Petroleum waren solche Kompensationsartikel. Eine Reihe von Vereinbarungen mit neutralen Staaten kamen auf Grund eines solchen gegenseitigen Tausches zustande, trotz der Überwachung, welche die Alliierten in der Schweiz durch die *Société Surveillance Suisses* (S.S.S.), in Holland durch die *Nederlandse Uitvoermaatschappij* (Num) und die *Nederlandse Overzee Trustmaatschappij* (Not) übten. So wurde im Krieg schon der Grund gelegt für die Kompensationspolitik, die nach der Auflösung der Monarchie die mitteleuropäische Handelspolitik durch Jahre hindurch beherrschte.

*c) Die Beschränkung der Einfuhr durch Verbote und durch  
Regelung des Devisenhandels.*

Mit Verordnung vom 25. Juli 1914 wurde als eine der ersten Ausnahmsverfügungen das Einfuhrverbot erlassen, das im «Orientierungsbehelf» für Waffen, Munition, Schieß- und Sprengmittel aller Art und endlich, um die Einfuhr von Brieftauben für Spionagezwecke zu verhüten, für Tauben vorgesehen worden war. Mit Ausnahme dieser vier Warenkategorien, deren Einfuhr in Kriegszeiten aus Gründen der allgemeinen Sicherheit bedenklich schien, blieb die Einfuhr unbehindert, sogar wenn

sie aus feindlichen Staaten stammte. Man stellte sich auf den Standpunkt, daß freies Gewährenlassen das beste Mittel sei, auch die Einfuhr der Waren zu fördern, deren man notwendig zur Ergänzung des Heeresbedarfes und zur Versorgung der Bevölkerung mit den verschiedensten Gebrauchsgegenständen bedurfte.

Erst die Proklamierung des Handelskrieges durch die feindlichen Staaten und seine ständige Verschärfung ließ den Gedanken einer Beschränkung der Einfuhr aus feindlichen Ländern auch in Österreich zur Geltung kommen. Selbst hierbei sagte man sich jedoch zunächst, daß man keine Ursache habe, die Einfuhr aus feindlichen Staaten zu beschränken, wenn sie nützliche oder notwendige Dinge betreffe. Das erste Verbot, das sich gegen die Einfuhr aus Feindesländern richtete, beschränkte sich demgemäß auf entbehrliche und Luxuswaren, wie gebrannte geistige Flüssigkeiten, Wein und Schaumwein, Spitzen und andere hochwertige Textilwaren, Teppiche, Seidenwaren, Konfektions- und Modewaren, Handschuhe, Galanteriewaren aus verschiedenen Stoffen, Parfumeriewaren und Kosmetika. Es wurde durch Verordnung vom 14. Mai 1915 erlassen.

Nach dem Eintritt Italiens in den Krieg wurde diese Liste um eine Reihe von Waren vermehrt, die spezifisch italienische Ausfuhrartikel waren, wie: Blumen und Zierpflanzen, Südfrüchte, Obst, Marmorplatten, Hüte, verschiedene Textil- und Modewaren u. dgl. Allerdings erfolgte diese Maßregel erst zu Anfang des Jahres 1916 (durch die Verordnungen vom 6. Januar, 14. Januar und 5. Februar 1916). Diese Verzögerung einer eigentlich selbstverständlichen Verfügung erklärt sich daraus, daß man die indirekte Einfuhr italienischer Boden- und Industrieerzeugnisse über neutrale Länder, insbesondere über die Schweiz, insoweit nicht unterbinden wollte, als auf demselben Wege sich auch noch die Zufuhr wichtiger Rohstoffe bewerkstelligen ließ, die aus der Übersee über italienische Häfen kamen.

In voller Erkenntnis der Tatsache, daß die mangelhafte Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln die Hauptschwäche der Mittelmächte bildete, stellte man die Rücksicht auf die Versorgung mit solchen notwendigen Gütern den Er-

wägungen voran, die für die energische Führung des Handelskrieges sprachen. Gegen die Duldung der indirekten Einfuhr italienischer Landesprodukte wurde insbesondere geltend gemacht, daß sie eine Stärkung der Wirtschaft des Gegners, ja geradezu eine Stützung seiner Valuta auf Kosten der unsrigen bedeutet. Erst als die Drosselung des neutralen Handels von den Gegnern in ein förmliches System gebracht wurde, entschloß man sich, die Folgerungen hieraus zu ziehen und die Einfuhrverbote gegen feindliche Länder soweit auszubauen, als es ohne Nachteil für die eigene Versorgung mit notwendigen Gütern möglich war.

Ein völlig neues Moment ergab sich für die Verbotspolitik aus dem Bestreben, den Zentralen den Einkauf auf neutralen Märkten zu erleichtern und ihnen die Erhaltung eines mäßigen Preisniveaus durch Beschränkung der Tätigkeit privater Einkäufer zu erleichtern.

Die steigende Not an Nahrungsmitteln hatte im Frühjahr 1915 die Bewirtschaftung des Getreides und die Errichtung der Kriegsverkehrsanstalt erzwungen. Da das Jahr 1914 eine schlechte Ernte gebracht hatte, mußten zu ihrer Ergänzung Zufuhren aus dem Auslande herangezogen werden. Neutrale Staaten, die, wie die Schweiz, Holland und die nordischen Länder, selbst auf die Getreideeinfuhr aus der Übersee angewiesen waren, kamen als Bezugsgebiete nicht in Betracht, da ihre Einfuhr streng überwacht und nur in dem Umfang zugelassen wurde, wie er für die Ernährung ihrer eigenen Bevölkerung notwendig war. Die Blockadelinie wurde gewissermaßen von der See an die Landgrenze dieser neutralen Länder gegen Deutschland und Österreich verlegt. Den Mittelmächten standen daher zu ihrer Versorgung nur mehr Gebiete offen, die auf dem Landwege zu erreichen waren und selbst namhafte Getreideüberschüsse aufzuweisen hatten. Das einzige Land, bei dem dies zutraf, war Rumänien, solange es der feindlichen Allianz noch nicht beigetreten war. \*) Die Getreide-

---

\*) Dies geschah im August 1916 mit dem Erfolge, daß Rumänien vier Monate später vollständig niedergeworfen und zum größten Teil von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen besetzt war. Es stand daher nach dieser Unterbrechung für den Bezug von Getreide und verschiedenen Rohstoffen sowie als Durchfuhrland für Bezüge aus Bulgarien und der Türkei den Mittelmächten wieder offen.

zentralen Deutschlands, Österreichs und Ungarns hatten sich zu einem einheitlichen Einkaufssyndikat zusammengeschlossen, um die gegenseitige Konkurrenzierung auf dem rumänischen Markte zu vermeiden. Um eine Störung ihrer Tätigkeit durch private Einkäufe auszuschließen und ein unnötiges Hinauftreiben der Preise zu vermeiden, war man beim Abschluß dieses Syndikates übereingekommen, daß die ganze Getreideeinfuhr nach den Gebieten des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns in den Händen der Getreidezentralen konzentriert und jede Einfuhr für private Rechnung vollständig ausgeschlossen werden sollte. Obwohl die feindlichen Staaten Getreide längst als Bannware erklärt hatten, scheute man davor zurück, zu diesem Zweck ein offenes Verbot der Getreideeinfuhr zu erlassen. Man hegte Zweifel, ob die in den Handelsverträgen vorgesehene Möglichkeit, unter außerordentlichen Verhältnissen für Gegenstände des Kriegsbedarfes Verbote der Ein- und Ausfuhr zu verhängen, auf diesen Fall Anwendung finden könne. Man schlug daher einen Umweg ein und sicherte das Einfuhrmonopol der Kriegsgetreideverkehrsanstalt durch eine Maßregel, welche die Form einer Beschränkung des inneren Handels hatte. Durch Verordnung vom 16. September 1915 wurde bestimmt, daß Getreide, Hülsenfrüchte und Mahlprodukte, die aus dem Zollauslande nach Österreich eingeführt werden, nur durch die Kriegsgetreideverkehrsanstalt in den inländischen Verkehr gebracht werden dürfen. Wer diese Waren aus dem Zollauslande einfuhrte, hatte sie an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt abzugeben. Die Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmen wurden verpflichtet, jede aus dem Zollausland einlangende Sendung von Getreide, Hülsenfrüchten und Mahlprodukten der Kriegsgetreideverkehrsanstalt anzuzeigen. Man hielt die Einführung eines solchen Ablieferungszwanges zugunsten der Kriegsgetreideverkehrsanstalt vom Standpunkte der Verträge für weniger anfechtbar als ein förmliches Verbot, obwohl die Maßregel offensichtlich nichts anderes war als ein verhülltes Einfuhrverbot, gemildert durch eine generelle Einfuhrerlaubnis zugunsten der Kriegsgetreideverkehrsanstalt.

In ähnlicher Weise und aus den gleichen Gründen wie für Getreide wurde späterhin auch für verschiedene andere Waren der gemeinsame Einkauf durch die Zentralen Österreichs,



Ungarns und des Deutschen Reiches organisiert. Im Gegensatz zu Getreide spielte dabei jedoch der Bezug aus Holland und den nordischen Staaten eine große Rolle. Denn es handelte sich teils um eigene Erzeugnisse dieser Länder, deren Ausfuhr nach England, dem ehemaligen Hauptabsatzgebiete, durch den U-Boot-Krieg erschwert war, teils auch um überseeische Rohstoffe, die trotz der Blockade ihren Weg nach diesen Ländern gefunden hatten. Da alle österreichischen Bezüge aus Holland und Skandinavien den Weg über Deutschland nehmen mußten, bot sich für die Fernhaltung unerwünschten Wettbewerbes privater Einkäufer aus Österreich und Ungarn ein bequemes Mittel in den deutschen Durchfuhrverboten. Man war in Deutschland im allgemeinen bei der Verhängung von Verboten weit weniger zurückhaltend als in Österreich, wohl in der Erwägung, daß den Gegnern gegenüber nichts zu verderben und daher Rücksicht nicht angebracht sei. So war auch das Durchfuhrverbot in Deutschland nicht nur mit Beschränkung auf die feindlichen Staaten, sondern mit ganz allgemeiner Geltung erlassen worden. Im Septemberabkommen hatte sich Deutschland allerdings verpflichtet, die Durchfuhr aus neutralen Staaten nach Österreich-Ungarn nicht zu behindern. Mit Zustimmung oder über Wunsch der österreichischen Regierung konnte jedoch diese Verpflichtung auch in der Form erfüllt werden, daß man wohl Durchfuhrsendungen freigab, die von den zuständigen Zentralen bewerkstelligt wurden und durch eine von ihnen ausgestellte Bescheinigung gedeckt waren, jedoch private Sendungen von der Durchfuhr ausschloß und die in Deutschland bestehenden Durchfuhrverbote auf sie anwendete.

Diese Zustimmung wurde für eine ganze Reihe von Waren erteilt, und es war der österreichischen Regierung keineswegs unangenehm, ihren Zentralen die Konkurrenz österreichischer und ungarischer Einkäufer auf den neutralen Märkten mit Hilfe der deutschen Durchfuhrverbote vom Leibe halten zu können, ohne daß sie es nötig hatte, eigene Maßnahmen zu diesem Zwecke zu ergreifen. Die Fernhaltung privater Einkäufer aus Deutschland von den neutralen Märkten wurde dadurch bewirkt, daß die deutsche Regierung für die betreffenden Waren entweder Einfuhrverbote oder den Ablieferungszwang verhängte, ähnlich wie er in Österreich und Ungarn für Getreide galt.

Solche Vereinbarungen bildeten die Grundlage der Abkommen über den gemeinsamen Einkauf. Am weitesten ausgedehnt und am frühesten entwickelt war das System des gemeinsamen Einkaufes beim Bezug von Nahrungsmitteln, für den durch die Gründung der Zentraleinkaufsgesellschaft (ZEG) in Berlin, der österreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft (ÖZEG) in Wien und der ungarischen Kriegsproduktionsgesellschaft (HATE) in Budapest schon frühzeitig die Voraussetzung straffster Konzentration gegeben war. Die Durchführung der Käufe wurde meist von der ZEG auch für Rechnung der beiden anderen Zentralen besorgt. Manchmal erfolgte sie durch vertragsmäßig geregeltes Zusammenwirken von Vertretern aller drei Zentralen. Die gekauften Mengen wurden nach einem bestimmten, ständig oder für längere Zeit vereinbarten Schlüssel auf die drei Länder aufgeteilt und von den beteiligten Zentralen übernommen. Auf diese Weise wurde der gemeinsame Einkauf von Butter, Vieh, Fleisch, Fleischwaren, Salzheringen, anderen gesalzenen und getrockneten Fischen (Stockfische, Salzfische, Klippfische), Käse, Kartoffeln und Kartoffelmehl, ferner von Dauermilch, Eiern, Fischkonserven, frischen Fischen, Marmeladen und anderen Fruchtconserven durchgeführt. In ähnlicher Weise und nach den gleichen Grundsätzen wurde der gemeinsame Einkauf von Kaffee, Tee und Kakao durch den Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel in Berlin und die Kriegskaffeezentrale Ges. m. b. H. in Wien organisiert. Für den Einkauf von Gemüse und Obst wirkte die Reichsstelle für Gemüse und Obst mit der ÖZEG und HATE zusammen.

Auch auf dem Gebiete der Industrie kamen ähnliche Abkommen zustande. Durch eine am 4. August 1915 getroffene Vereinbarung wurde die für den Einkauf von Rohgummi im Auslande sowie für die Übernahme und Verteilung des in Feindesland requirierten Gummis geschaffene deutsche Organisation, die Kautschukabrechnungsstelle in Berlin, für die Heeresverwaltung und die Gummiindustrie Österreich-Ungarns zur zentralen Rohstoffbeschaffungsstelle gemacht. Die österreichisch-ungarischen Gummiindustriellen verpflichteten sich ebenso wie die deutschen, keinen Rohgummi selbständig einzukaufen und alle ihnen zukommenden Angebote der Kautschukabrechnungsstelle zu überweisen. Das gesamte Aufkommen an

Rohgummi sollte so verteilt werden, daß 75% auf Deutschland, 25% auf Österreich-Ungarn entfallen. Zur Durchführung der Kautschukkäufe im Auslande wurde ein Kautschukkonsortium gegründet, das aus Vertretern der beiderseitigen Regierungen und Industrien zusammengesetzt war.

In ähnlicher Weise wurde am 29. November 1916 ein Abkommen über die gemeinsame Beschaffung von Kraftwagenbereifungen und Gummilösungen geschlossen.

Über den gemeinsamen Einkauf von Flaehs und Flaehsstengeln in Holland kam am 12. September 1916 zwischen der deutschen Bastfasereinkaufsgesellschaft in Berlin, der österreichischen Flaehszentrale und der ungarischen Flaehseinkaufszentrale ein Abkommen zustande, nach welchem die deutsche Regierung durch interne Verfügungen Vorsorge zu treffen hatte, daß Flaehsstengel und Flaehs aus Holland nur dann zur freien Einfuhr nach Deutschland und zur freien Durchfuhr durch Deutschland nach Österreich-Ungarn zugelassen werden, wenn die Sendungen durch ein Zertifikat des Vollzugsausschusses der drei Zentralen gedeckt war. Dieser Vollzugsausschuß hatte auf Grund der zwischen den Zentralen getroffenen näheren Vereinbarungen den Einkauf in Holland zu besorgen; die gekauften Flaehsmengen wurden nach einem bestimmten Schlüssel aufgeteilt.

Am 17. März 1916 kam auch zwischen dem deutschen Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette, der österreichischen Öl- und Fettindustriezentrale A. G. und der ungarischen Öl- und Fettindustriezentrale A. G. ein Abkommen über den gemeinsamen Einkauf im Auslande zustande. Es erstreckte sich auf alle Ölsaaten und Ölfrüchte, auf pflanzliche und tierische Öle und Fette, Margarine und Speisefette, Fettsäuren aller Art und Seifen. Butter und Schweinefett fielen nicht unter das Abkommen, ebenso Kerzen, Glyzerin, Harz und Öllaeke. Die drei Fettzentralen verpflichteten sich, bei ihren Regierungen jene Maßnahmen zu erwirken, welche in gemeinsamen Beratungen geeignet befunden würden, die Konkurrenzierung der Zentralen beim Einkauf im Auslande durch ihnen fernestehende Einkäufer hintanzuhalten. Zu diesem Zwecke wurde mit Zustimmung Österreich-Ungarns vom Deutschen Reich ein Durchfuhrverbot erlassen. Ferner ver-



pflichteten sich die drei Zentralen, Regierungsverordnungen zu erwirken, die bestimmen, daß die dem Abkommen unterliegenden Waren nur durch die Fettzentralen in Verkehr gebracht werden dürfen. Dies geschah durch die Ministerialverordnung vom 21. März 1916. Die beschafften Mengen sollten nach einem vereinbarten Schlüssel zwischen den drei Ländern geteilt werden. Über die Einkaufspreise war nach bestimmten Regeln ein Einvernehmen herzustellen. Die Durchführung des Einkaufes wurde den Vertretungen des deutschen Kriegsausschusses für Öle und Fette übertragen, doch behielt die österreichische und die ungarische Zentrale das Recht, sich durch ständige oder zeitweise delegierte Vertreter daran zu beteiligen.

Über den Einkauf von Häuten und Fellen im neutralen Auslande kam ein provisorisches Abkommen zum erstenmal am 30. März 1917 zustande, das mit wiederholten Verlängerungen bis zum 30. November 1917 in Kraft blieb. Während seiner Dauer verpflichtete sich Österreich-Ungarn, jedweden Einkauf von Häuten und Rohfellen jeder Art im neutralen Auslande zu unterlassen und für private Einkäufe keine Einfuhrbewilligungen zu erteilen, wogegen sich Deutschland zur monatlichen Lieferung bestimmter Häutemengen verpflichtete. Außerdem wurde vereinbart, daß Deutschland Durchfuhrbewilligungen für Rohhäute und Felle aus Holland und den skandinavischen Ländern während dieser Zeit nur dann erteilen solle, wenn der Nachweis erbracht sei, daß die Ankäufe vor dem 1. April 1917 getätigt wurden. Auf Grund der gleichzeitig vereinbarten Grundsätze wurde nach langen Verhandlungen im Dezember 1917 ein endgültiges Abkommen über den gemeinsamen Einkauf von Häuten und Fellen zustande gebracht. Darnach beauftragten die drei Zentralen eine Vereinigung von Häutehändlern unter bestimmten Bedingungen mit dem Einkaufe für ihre gemeinsame Rechnung. Außer den zugelassenen Einkäufern sollte im Deutschen Reich wie in Österreich-Ungarn niemand Einfuhrbewilligungen für Häute und Felle erhalten.

Am 21. Dezember 1917 wurden endlich auch für Zellstoff und Spinnpapier Vereinbarungen über den gemeinsamen Einkauf im Auslande getroffen. Der Schlüssel für



die Verteilung der gekauften Mengen sollte später festgestellt werden. Bei Spinnpapier wurde das Eingehen auf den gemeinsamen Einkauf österreichischerseits an die Bedingung geknüpft, daß die Devisenbeschaffung von Deutschland übernommen werde. Der deutsche Unterhändler erklärte die grundsätzliche Geneigtheit, auf dieses Verlangen einzugehen, war jedoch zur Abgabe einer endgültigen Erklärung nicht bevollmächtigt. Infolgedessen mußten auch Vereinbarungen für den Fall getroffen werden, daß es nicht zum gemeinsamen Einkauf kommen sollte. Für diesen Fall erklärten die Vertreter der österreichischen Industrie darauf hinwirken zu wollen, daß ihre Regierung die Einfuhr von Spinnpapier nur zu denselben Bedingungen gestatten werde, wie es die deutsche jeweils tue.

Der Inhalt aller dieser Vereinbarungen war somit gemeinsames Vorgehen beim Einkauf, schlüsselmäßige Aufteilung der beschafften Waren und Fernhaltung der unerwünschten Konkurrenz privater Einkäufer aus Österreich und Ungarn durch das deutsche Durchfuhrverbot, von dem Ausnahmen nur zugunsten der Zentralen bewilligt werden sollten.

Der Umweg über das deutsche Durchfuhrverbot wurde überflüssig, als das Fortschreiten der Geldentwertung auch in der österreichisch-ungarischen Monarchie zu dem Entschlusse zwang, sich bei der Verbotspolitik über die Bedenken vertragsrechtlicher Natur hinwegzusetzen, die von den Gegnern bei der Durchführung der Blockade längst nicht mehr beobachtet wurden.

Die Handelsbilanz war während des Krieges in zunehmendem Maße passiv geworden. Sie zeigte im Jahre 1913 bei einer Einfuhr von 3508'7 und bei einer Ausfuhr von 2987'6 ein Passivum von 521'1 Millionen Kronen. Im Jahre 1914 betrug die Einfuhr 2902, die Ausfuhr 2095, der Einfuhrüberschuß daher bereits 807 Millionen Kronen. Im Jahre 1915 stand einer Einfuhr von 3800 Millionen Kronen nur mehr eine Ausfuhr von 1335 Millionen Kronen gegenüber, so daß das Passivum auf 2465 Millionen Kronen hinaufschnellte, und das Jahr 1916 erreichte Rekordziffern mit einer Einfuhr von 6900, einer Ausfuhr von 1540 und einem Passivum von 4469 Millionen Kronen. Das riesenhaft anwachsende Passivum des Außenhandels drückte mit aller Wucht auch auf die Zahlungsbilanz, aus der

fast alle Posten verschwunden waren, die im Frieden ein Gegengewicht gebildet hatten. So schrieb man der überaus ungünstigen Gestaltung der Handelsbilanz die Hauptschuld an dem rasch fortschreitenden Verfall der Währung zu. Der Stand der Krone in Zürich war bis Ende 1914 langsam auf 90'53 zurückgegangen, hatte sich während des Jahres 1915 bis auf 70'25 gesenkt, um Anfang 1916 auf 63'53 zu stürzen, sich im Mai 1916 wieder auf 67'24 zu erholen und sodann in stetigem Absinken bei Jahresschluß den alarmierenden Tiefstand von 51'24 zu erreichen.

Um einen weiteren Sturz aufzuhalten, schien es vor allem notwendig, das Entstehen von Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande nach Möglichkeit zu verhindern. Sie hatten bei der völligen Unterbindung allen anderen Verkehrs ihren vorzugsweisen, wenn nicht ausschließlichen Grund in dem Passivum des Außenhandels. Den einzigen Weg, es herabzumindern, sah man in der Erschwerung der Einfuhr bei gleichzeitiger möglicher Steigerung der Ausfuhr, also eigentlich in einer Maßregel, welche die von der feindlichen Blockade angestrebte Entgüterung noch steigern und beschleunigen mußte.

Bei den wiederholten Besprechungen, die dieser Frage galten, war vom österreichischen Handelsministerium schon während des Jahres 1915 des öfteren angeregt worden, die Zollzahlung mit effektivem Gold wieder einzuführen.

Nach Art. XVII des Zolltarifgesetzes vom 13. Februar 1906 waren die im Tarif angegebenen Zollsätze in Goldmünzen zu entrichten. Zollbeträge unter 10 Kronen und Restbeträge unter dieser Grenze konnten in Teilmünzen der Kronenwährung oder in Guldenstücken österreichischer Währung (1 Silbergulden = 2 Kronen) entrichtet werden. Zur Goldzahlung konnten außer den Landesmünzen der Kronenwährung auch andere in- und ausländische Goldmünzen benützt werden. Sie wurden von den Zollämtern nach einem in der Durchführungsvorschrift zum Zolltarifgesetz festgesetzten Wert in Kronen in Zahlung genommen. Da die österreichische Kronenwährung eine Goldkernwährung war, wurde diese Bestimmung des Zolltarifgesetzes als eine Anzweiflung ihrer Stabilität empfunden. Tatsächlich war ihr Zweck, beim Auftreten eines Disagios der Noten die Zollzahlung in der vollen Höhe des im Tarife vor-

gesehenen Goldbetrages zu verbürgen und gleichzeitig dem Staate aus den Zolleinnahmen Goldzuflüsse immerhin erheblichen Umfangs zu sichern.

Auf der anderen Seite bedeutet die Notwendigkeit, für die Zollzahlung effektives Gold zu beschaffen, eine Ersehrerung des Handels. Da der Goldumlauf in Österreich-Ungarn sehr gering war und die Bank nicht die Verpflichtung hatte, ihre Noten auf Verlangen jederzeit gegen Gold einzulösen, konnte die Nachfrage nach Goldmünzen zum Zwecke der Zollzahlung vorübergehend oder an einzelnen Orten sogar zur Entstehung eines Goldagio führen. Daher wurde im Jahre 1900 die Ausstellung von sogenannten «Goldzollanweisungen» durch die Österreichisch-ungarische Bank eingeführt, d. h. von Anweisungen der Bank, die auf eine bestimmte Anzahl bei Zollzahlungen verwendbarer Goldmünzen lauteten und an die Ordre der Staatszentralasse gingen. Sie durften nur auf die Beträge ausgestellt werden, die zur Zollzahlung erforderlich waren und konnten zu keinem anderen Zwecke als dem der Zollzahlung verwendet werden. Durch Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Handels vom 30. November 1900 wurde die Zulassung dieser Zollgoldanweisungen zur Zollzahlung ausgesprochen.

Der Zweck dieser Maßregel war eine Erleichterung des Verkehrs; außerdem sollte sie den inneren Widerspruch verdecken, der zwischen der Forderung der Zollzahlung in Gold und den Währungsgesetzen bestand. Dies war unbedenklich, solange die Parität der Noten nicht ernstlich in Frage gestellt wurde. Sobald jedoch der Kurs der Krone ins Weichen kam, war die weitere Ausstellung von Zollgoldanweisungen nichts anderes als die Zulassung der entwerteten Noten zur Zollzahlung nach ihrem vollen Nominalwert. Dies stand in direktem Widerspruche zum Wortlaut und zum Geist der Bestimmung des Zollgesetzes, welches die Zahlung der Zölle in Gold forderte. Wenn das Finanzministerium sich trotzdem nicht entschließen wollte, die Ausstellung von Goldzollanweisungen und ihre Annahme bei der Zollzahlung zu sistieren, so geschah dies der Fiktion zuliebe, daß die Kronennoten noch vollwertiges Geld seien. An diese Fiktion glaubte zwar im Jahre 1915 kein Mensch mehr im In- und Auslande; trotzdem hielt man daran



fest, weil man fürchtete, durch die Forderung der Zollzahlungen in effektivem Golde die Unterwertigkeit des Papiergeldes förmlich anzuerkennen, öffentlich das Mißtrauen des Staates in seine eigene Währung zu bekunden und auf diese Weise den Anlaß zu beschleunigtem Sinken des Kronenkurses zu geben.

Erst zu Anfang 1916 entschloß man sich, nachdem auch ein Wechsel in der Person des Finanzministers eingetreten war, energischere Maßnahmen zum Schutze der Währung zu ergreifen. Nach dem Muster anderer Staaten, vor allem Deutschlands, schritt man zur Zentralisierung des Devisenhandels. Hiedurch hoffte man nicht nur die Gestaltung des Kronenkurses beeinflussen, sondern indirekt auch die Einfuhr als die wichtigste Quelle für die Entstehung von Schuldverpflichtungen gegenüber dem Ausland einschränken zu können. Zunächst begnügte man sich damit, zu diesem Zweck in Form einer freiwilligen Vereinigung der im Geld- und Devisenhandel tätigen Banken und Bankiers unter Führung der Österreichisch-ungarischen Bank eine Devisenzentrale ins Leben zu rufen.

Sie sollte eine Übersicht über Nachfrage und Angebot in ausländischen Zahlungsmitteln herstellen, einen regulären Markt dafür schaffen und eine Kontrolle der Verwendung dieser Zahlungsmittel ermöglichen. Die Teilnehmer mußten alle bei ihnen eingehenden ausländischen Zahlungsmittel der Zentrale zur Verfügung stellen und ebenso ihren gesamten Bedarf daran unter Angabe des Verwendungszweckes bei ihr ansprechen. Die neue Einrichtung schien sich anfangs gut zu bewähren und führte tatsächlich zu einer Verbilligung der ausländischen Zahlungsmittel. Bald zeigte sich jedoch die unangenehme Folge, daß die Österreichisch-ungarische Bank genötigt war, auch für private Zahlungen an das Ausland aus ihren eigenen Beständen Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen, wenn die Eingänge der Devisenzentrale nicht ausreichten. Die von den Teilnehmern gestellten Ansprüche überschritten ständig und in steigendem Maße die Einlieferungen. Der Privatverkehr mit Devisen außerhalb der Zentrale nahm immer größeren Umfang an. Man konnte sicher sein, bei dieser Art der Verwertung wesentlich höhere Preise zu erzielen als



bei der Ablieferung an die Devisenzentrale; denn der Bedarf nach Devisen für Zwecke, für welche die Devisenzentrale die Zuteilung von Zahlungsmitteln grundsätzlich verweigerte, war immer in einem Umfange vorhanden, der das Angebot weit überstieg.

Man zog es daher vielfach vor, die aus dem Warengeschäft einfließenden ausländischen Zahlungsmittel nicht bei der Devisenzentrale abzuliefern, sondern im Privatverkehr zu verwerten. Ebenso deckte man den Devisenbedarf für Verwendungszwecke, für die bei der Devisenzentrale keine Zuteilung zu erwarten war, im illegitimen Verkehr und verließ sich darauf, die Zahlungsmittel für den von der Zentrale anerkannten Bedarf aus den Devisenbeständen der Bank zugeteilt zu erhalten. Die Devisenzentrale verfehlte daher auch, solange sie eine freiwillige Organisation war, den bei ihrer Gründung angestrebten Zweck, auf dem indirekten Wege der Verweigerung von Devisen für den Bezug entbehrlicher Waren eine Beschränkung der Einfuhr herbeizuführen.

Um die Devisenzentrale bei dieser Aufgabe zu unterstützen, war durch Verordnung vom 5. Februar 1916, RGBl. Nr. 36, verfügt worden, daß für eine Reihe entbehrlicher Waren und Luxusartikel Zollgoldanweisungen nicht mehr zur Zollzahlung verwendet werden dürfen. Außerdem sollte für diese Waren auch die Kreditierung oder Stundung der Zollgebühren ausgeschlossen sein. Der ganze Aufbau dieser Verordnung zeigt, daß es sich dabei nicht um die Förderung des Zuflusses fremder Valuten, sondern einfach um die Erschwerung der Einfuhr entbehrlicher Waren handelte. Die Beschaffung effektiven Goldes zur Zollzahlung war selbst in den neutralen Ländern schwierig, in Deutschland fast unmöglich. Wer entbehrliche Waren einführen wollte, sollte mit den Schwierigkeiten der Goldbeschaffung und den außerordentlichen Kosten, die sich dabei durch Bezahlung eines mehr oder weniger hohen Aufgeldes ergaben, belastet werden. Eine tatsächliche Einschränkung der Einfuhr wurde durch die Maßregel höchstens vorübergehend erreicht, bis sich der Handel darauf eingerichtet hatte. Dagegen hatte sie die unbeabsichtigte Nebenwirkung, die Einfuhr aus Deutschland schwerer zu treffen als die aus anderen Ländern, da dem deutschen Exporteur die Beschaffung

effektiven Goldes innerhalb der Reichsgrenzen nahezu unmöglich war. Für den Schutz der österreichischen Valuta wäre eher das Gegenteil erwünscht gewesen; denn das Verhältnis der Krone zur Mark war weitaus günstiger als das zu neutralen Währungen; deutsche Zahlungsmittel waren außerdem leichter zu beschaffen als alle anderen, und es war daher an der Beschränkung der Einfuhr aus dem neutralen Ausland unter valutarischen Gesichtspunkten mehr gelegen als an einer solchen der Einfuhr aus Deutschland. Naturgemäß gab die Maßregel Anlaß zu heftigen Beschwerden des deutschen Handels. Bei den Verhandlungen, die vom 22. bis 25. März 1916 in Berlin über die Regelung des gegenseitigen Verkehrs stattfanden, gab die Reichsregierung diesen Beschwerden offiziell Ausdruck.

Sie konnte darauf hinweisen, daß sie selbst zwar am 25. Februar 1916 ein allgemeines, nicht mehr bloß auf die Feindestaaten beschränktes Verbot der Einfuhr entbehrlicher Waren erlassen, jedoch die Boden- und Gewerbeerzeugnisse Österreich-Ungarns von diesem Verbot ausgenommen habe. Sie sprach den Wunsch aus, daß auch Österreich-Ungarn das System der Zollzahlung in Gold für entbehrliche Waren durch das System der Einfuhrverbote ersetzen und dabei deutschen Erzeugnissen die gleiche Ausnahmsstellung zubilligen möge, welche österreichische und ungarische Erzeugnisse in Deutschland genossen. Das Ergebnis der Besprechung war, daß die österreichisch-ungarische Regierung zusagte, diese Anregung in wohlwollende Erwägung zu ziehen und inzwischen die Verordnung über die Zollzahlung in Gold derart zu handhaben, daß für Waren deutscher Erzeugung an Stelle des baren Goldes auch andere Zahlungsmittel der Markwährung zu dem für deutsche Goldmünzen festgesetzten Umrechnungskurs angenommen werden. Außerdem stellte Österreich-Ungarn in Aussicht, für deutsche Waren die Zollzahlung in Gold, bzw. in anderen Zahlungsmitteln der Markwährung während der Dauer des Krieges nicht in weiterem Umfange zu verlangen, als dies bisher geschehen sei, während das Deutsche Reich unter dieser Voraussetzung zusicherte, seine Einfuhrverbote auf Waren österreichischer und ungarischer Erzeugung nicht anzuwenden.

Die Durehlöcherung der Verordnung durch diese Zugeständnisse war eine weitere Beeinträchtigung ihrer Wirksam-

keit, die schon von allem Anfang an weit überschätzt worden war. Im Herbst 1916 war nach den Ergebnissen des Außenhandels kein Zweifel mehr darüber möglich, daß die Forderung der Zollzahlung in Gold nicht imstande sei, eine fühlbare Verminderung der Einfuhr entbehrlicher Waren zu bewirken. Man befreundete sich daher mit dem Gedanken, zu dem kräftigeren Mittel des Einfuhrverbotes zu greifen. Das Finanzministerium beantragte die Erlassung eines Einfuhrverbotes für entbehrliche Waren und Luxusartikel ohne Rücksicht auf ihre Herkunft. Die Verbotsliste sollte 154 Positionen des Zolltarifes umfassen, d. h. die meisten Waren, deren Einfuhr aus feindlichen Staaten schon bisher verboten war und darüber hinaus noch eine Reihe von Kolonialwaren, feinen Eßwaren, Textil- und Modewaren, Pelzwaren, Edelmetallwaren, Musikinstrumenten, Taschenuhren, Bildern, Kinderspielwaren u. a. m.

Das Handelsministerium wendete gegen diesen Antrag ein, daß er zweifellos gegen die geltenden Handelsverträge verstoße, welche Verkehrsverbote nur in bestimmten Fällen zulassen. Zur Rechtfertigung des beabsichtigten Vorgehens könne nur die Bestimmung angerufen werden, daß Verbote der Ein- und Ausfuhr unter außerordentlichen Verhältnissen für Gegenstände des Kriegsbedarfes verhängt werden können. Als solche könnten Austern, Schaumwein, Musikinstrumente, Taschenuhren, Kinderspielwaren und Briefmarken beim besten Willen ebensowenig bezeichnet werden wie Parfums, Schmuckfedern und Damenmodewaren. Man habe daher mit Einwendungen und Beschwerden von Seiten der Vertragsstaaten zu rechnen. Wenn man sich dieser Gefahr aussetze, müsse wenigstens die Erreichung des angestrebten Zweckes einigermaßen gesichert sein. Dies sei bei der Beschränkung des Verbotes auf eine Liste entbehrlicher Waren nicht oder nur in höchst unvollkommener Weise der Fall. Die in die Verbotslisten eingereihten Positionen seien nicht entscheidend für die Höhe der Gesamteinfuhr. Um dem angestrebten Zwecke näherzukommen, müßte die Liste stark erweitert werden, mit dem Erfolg, daß dann auch zahlreiche Positionen unter das Verbot fallen würden, welche nicht nur entbehrliche Waren, sondern auch solche in sich schließen, deren Einfuhr erwünscht sei. Zum Teil treffe dies sogar schon bei der vorgelegten Liste zu. Man



müsse daher schon gegenwärtig, um so mehr aber bei einer starken Erweiterung der Liste, mit der Notwendigkeit rechnen, Ausnahmen zuzulassen und Einfuhrbewilligungen zu gewähren, wenn die Prüfung des einzelnen Falles die Berechtigung einer Ausnahme erweise. Es sei auch grundsätzlich falsch, die Positionen des Zolltarifes von vorneherein in zwei Gruppen zu scheiden, von denen die eine die entbehrlichen Waren, die andere die notwendigen Einfuhrartikel enthalte. Man müsse vielmehr in jedem einzelnen Falle prüfen, ob die Einfuhr einer bestimmten Ware in der in Frage kommenden Menge entbehrlich oder wünschenswert sei. Bei dem augenblicklichen Stande der österreichischen Valuta könne sich die Notwendigkeit ergeben, auch die Einfuhr sehr nützlicher Waren, die keineswegs von vorneherein als entbehrlich bezeichnet werden können, zugunsten anderer zurückzustellen, deren Einfuhr augenblicklich dringlicher sei. Entschließe man sich aber zu einem solchen individuellen Prüfungs- und Bewilligungsverfahren und zur Aufstellung des dafür erforderlichen Apparates, so sei es besser, gleich ein allgemeines Einfuhrverbot zu verhängen und die Gewährung von Einfuhrbewilligungen in das Ermessen der Behörden zu stellen. Ein solches allgemeines Verbot sei nach dem Wortlaute der Verträge vielleicht sogar besser zu rechtfertigen als ein teilweises, das sich auf Luxusartikel beschränke, welche man unter gar keinen Umständen als Gegenstände des Kriegsbedarfes bezeichnen könne. Die Aufgabe, welche bei Verhängung eines allgemeinen Einfuhrverbotes den Behörden erwachse, sei auch keineswegs unlösbar; denn Blockade und Krieg hätten den Außenhandel ohnehin stark einschrumpfen lassen und der Beamtenapparat, der bei Erlassung eines allgemeinen Einfuhrverbotes für die Prüfung der Einfuhransuchen aufgegeben werden müsse, sei nicht viel größer als derjenige, der für die gleiche Aufgabe erforderlich sei, wenn man das Verbot auf eine ausreichend große Anzahl von Tarifpositionen beschränke.

Diese Anregung stieß jedoch im Finanzministerium auf unbedingte Ablehnung. Man erklärte sie für technisch undurchführbar und beharrte auf dem Vorschlage, ein auf eine bestimmte Anzahl entbehrlicher Waren beschränktes Einfuhrverbot zu erlassen. Um neuerliche Mißhelligkeiten mit der deutschen Regierung und



eine Gefährdung der österreichischen Ausfuhr nach dem Deutschen Reiche durch Vergeltungsmaßnahmen zu vermeiden, wurden vor Erlassung des Verbotes Verhandlungen mit der deutschen Regierung über seine Anwendung auf die Einfuhr deutscher Waren eingeleitet. Sie fanden vom 22. bis 25. November 1916 in Berlin statt. Dabei wurde von den Vertretern der Reichsregierung geltend gemacht, daß es unbillig wäre, wenn Österreich die Einfuhr aus dem Deutschen Reiche, soweit sie entbehrliche Waren betreffe, unter das Verbot fallen ließe, während Deutschland auf seine Einfuhr aus Österreich-Ungarn die bei ihm bestehenden Verbote nicht anwende. Es wurde schließlich eine Verständigung nach der Richtung hin erzielt, daß Waren, die ihrer Natur nach nicht deutschen Ursprunges sein können, wie z. B. Südfrüchte, dem österreichischen Einfuhrverbot unterliegen sollen, auch wenn sie über Deutschland und durch Vermittlung des deutschen Handels nach Österreich kommen. Auch für eine Reihe besonders wertvoller Luxusgegenstände, wie Edelmetallwaren und Juwelen, Taschenuhren mit goldenen oder vergoldeten Gehäusen, Waren aller Art mit Montierungen aus Edelmetall, Schaumwein, Kaviar und endlich Briefmarken, sollten die österreichischen Einfuhrverbote auch auf die Einfuhr aus dem Deutschen Reiche angewendet werden. Bei gewissen Waren, die in Deutschland ohnehin einem Ausfuhrverbot unterlagen (Obst, Schokolade, Konserven, Zuckerwaren, Baumwollwaren, Samte, Seidenwaren, Druck- und Zigarettenspapier, Konfektionsartikel aus Seide) erklärte sich die deutsche Regierung bereit, Bewilligungen zur Ausfuhr nach Österreich-Ungarn nur im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung zu erteilen. Alle anderen Waren sollten, falls sie deutscher Erzeugung waren, von dem Einfuhrverbote nicht betroffen werden, doch sollte Österreich berechtigt sein, bei ihnen einen Ursprungsnachweis zu verlangen.

Im Laufe der Besprechungen war von deutscher Seite auch darauf hingewiesen worden, daß eine wirksame Verhinderung unerwünschter Einfuhren durch die Verweigerung der Abgabe von Devisen bewirkt werden könnte und daß durch eine strafbare Zentralisierung des Devisenverkehrs auch wesentliche Vorteile für die Gestaltung der Valutenkurse zu erzielen wären. Von österreichischer und ungarischer Seite wurde erwidert, daß

die Regelung des Devisenhandels nach deutschem Muster auf gesetzlicher Grundlage beabsichtigt sei und daß man hiebei so weit gehen werde als nur immer möglich.

Nachdem auf diese Weise volles Einvernehmen mit der deutschen Regierung hergestellt und Sicherheit dafür erlangt worden war, daß die in Österreich beabsichtigte Beschränkung der Einfuhr keine ungünstige Rückwirkung auf die österreichische Ausfuhr nach dem Deutschen Reiche haben werde, wurde durch Verordnung vom 19. Dezember 1916, RGBl. Nr. 418, das Einfuhrverbot für entbehrliche Waren in dem beabsichtigten Umfang erlassen. Ausnahmen von diesem Verbote sollten in gewissen Fällen, so z. B. bei der Einfuhr im Veredelungsverkehr oder im Ausbesserungs- und Rückwarenverkehr, ferner für Übersiedlungs-, Ausstattungs-, Erbschafts- und Reiseeffekten, endlich für Sendungen unterhalb einer bestimmten Wertgrenze, von den Hauptzollämtern und den Finanzlandesbehörden, im übrigen nur vom Finanzministerium im Einvernehmen mit den beteiligten Zentralstellen bewilligt werden können.

Eine zweite Verordnung vom gleichen Tage (RGBl. Nr. 421) regelte den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln.

Die Devisenzentrale wurde durch diese Verordnung in einen staatlicher Überwachung unterstehenden Selbstverwaltungskörper umgewandelt. Um den Privatverkehr in Devisen außerhalb der Zentrale zu unterdrücken, wurde durch die Verordnung bestimmt, daß Devisen- und Valutengeschäfte nur mehr mit denjenigen Firmen gemacht werden dürfen, die der Devisenzentrale angehören. Wer solche Geschäfte abschloß, wurde verpflichtet, den von der Österreichisch-ungarischen Bank mit der Leitung der Devisenzentrale betrauten Organen über Inhalt und Zweck des Geschäftes wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen und die erforderlichen Belege vorzulegen. Die Zuteilung von Devisen konnte verweigert werden, wenn der Verwendungszweck nicht die Billigung der Zentrale fand. Ebenso war die Ausfuhr von inländischen Zahlungsmitteln (Noten der Österreichisch-ungarischen Bank, Kassenscheine der Kriegs-Darlehenskasse, auf Kronenwährung lautende Schecks und Wechsel), ferner die Überweisung von Kronenbeträgen nach dem Auslande

und die Einzahlung oder Überweisung von Kronenbeträgen auf im Inlande geführte Konten ausländischer Personen oder Firmen nur dann zulässig, wenn die Devisenzentrale schriftlich ihre Zustimmung dazu gegeben hatte. Ausnahmen wurden nur für bestimmte Fälle und für geringfügige Beträge zugelassen. Zur Erlangung dieser Zustimmung mußten der Devisenzentrale Belege über das der beabsichtigten Verfügung zugrunde liegende Geschäft vorgelegt und die von ihr geforderten Auskünfte über dessen Inhalt und Zweck erteilt werden. Die Zustimmung der Devisenzentrale sollte nur gegeben werden, wenn ihr Rücksichten des öffentlichen Interesses nicht entgegenstanden.

Die der Devisenzentrale angehörigen Firmen waren verpflichtet, ihre Bestände und Eingänge an Devisen und Valuten der Devisenzentrale zur Verfügung zu stellen und ihren gesamten Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln bei der Devisenzentrale anzusprechen. Da Außenstehende nur durch ihre Vermittlung Devisen- und Valutengeschäfte machen durften, war durch diese Bestimmung die vollständige Konzentrierung des Angebotes und der Nachfrage in Devisen und Valuten bei der Devisenzentrale gesichert. Um auch Gewähr dafür zu schaffen, daß alle aus der Warenausfuhr herrührenden ausländischen Zahlungen und Guthaben bei der Devisenzentrale eingehen, wurde jedermann, der Waren im Werte von mehr als 300 Kronen nach dem Auslande ausführte, verpflichtet, den Gegenwert in der Währung des Bestimmungslandes sofort nach Eingang an eine der Devisenzentrale angehörige Firma abzugeben, wenn er nicht von der Österreichisch-ungarischen Bank ausnahmsweise aus wichtigen Gründen dieser Verpflichtung enthoben wurde.

Zum Zwecke der zollamtlichen Abfertigung der Ausfuhrwaren war eine von der Österreichisch-ungarischen Bank ausgestellte oder mitgefertigte Erklärung beizubringen, durch welche bestätigt wurde, daß mit einer der Devisenzentrale angehörigen Firma eine Vereinbarung über die Ablieferung der Valuta getroffen worden sei. Ohne die Beibringung dieser Erklärung wurde die Ausfuhr nicht gestattet. Diese Bestimmung bot auch die Handhabe zur Beeinflussung der Ausfuhrpreise. Nichtsdestoweniger wurden die Vorschriften der Verordnung über die Ablieferung der Ausfuhrvaluta in vielen Fällen dadurch umgangen,



daß man niedrigere als die tatsächlich erzielten Preise angab und die Differenz zur Ansammlung von Auslandsguthaben benutzte, die sich jeder Kontrolle durch die Devisenzentrale entzogen. Zumeist geschah dies unter gefälliger Mitwirkung des ausländischen Käufers, der die Differenz zwischen dem tatsächlichen Kaufpreis und dem fakturierten Betrag auf ein bestimmtes Konto bei einer Bank des Bestimmungslandes einzahlte.

Man hoffte, durch diese Regelung des Devisen- und Valutenverkehrs indirekt auch eine Regelung des Außenhandels, insbesondere der Einfuhr, herbeiführen und insbesondere jede unerwünschte Einfuhr dadurch ausschließen zu können, daß die Devisenzentrale die Zuteilung ausländischer Zahlungsmittel für solche Bezüge verweigerte. Bald stellte sich jedoch heraus, daß dieses Mittel nicht ausreichte. In vielen Fällen wurde die Devisenzentrale dadurch in eine Zwangslage versetzt, daß man die Einfuhr durchführte, ohne vorher die Zuteilung der für ihre Bezahlung notwendigen ausländischen Devisen oder Valuten sicherzustellen. Der Versuch, die Beistellung von Zahlungsmitteln für solche Bezüge rücksichtslos zu verweigern, führte zu gänzlich unhaltbaren Zuständen und drohte eine gefährliche Erschütterung des Kredits österreichischer Firmen im Auslande herbeizuführen, dessen man gerade unter diesen Umständen notwendig bedurfte. Die indirekte Beschränkung der Wareneinfuhr auf dem Wege der Regelung des Verkehrs mit ausländischen Zahlungsmitteln erwies sich als undurchführbar.

Im Deutschen Reiche wurden zuerst die Folgerungen aus dieser Erkenntnis gezogen. Man griff die vom österreichischen Handelsministerium ausgegangene und bei den Novemberverhandlungen erörterte Anregung eines allgemeinen Einfuhrverbotes auf, und eine Verordnung vom 16. Jänner 1917 verfügte, daß «die Einfuhr aller Waren über die Grenze des Deutschen Reiches nur mehr mit Bewilligung der zuständigen Behörde gestattet sei». Mit der Erteilung der Einfuhrbewilligungen wurde der Reichskommissär für Ein-, Aus- und Durchfuhrbewilligungen betraut.

Nachdem durch dieses Vorgehen der deutschen Regierung die technische Durchführbarkeit des allgemeinen Einfuhrverbotes erwiesen war, entschloß man sich auch in Österreich, die Regelung des Devisenverkehrs durch ein solches Verbot zu



ergänzen. Die Verordnung vom 12. März 1917, RGBl. Nr. 113, verfügte, daß die Einfuhr aller Waren über die Grenzen des Vertragszollgebietes der beiden Staaten der Monarchie sowie die Durchfuhr nach den in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebieten nur mit besonderer Bewilligung gestattet sei. Die Bewilligung zur Einfuhr erteilte, wenn die Waren nach Österreich bestimmt waren, das k. k. Finanzministerium in Wien, für die nach Ungarn bestimmten Waren das kgl. ung. Finanzministerium in Budapest. Für gewisse Sendungen (wie insbesondere militärische Sendungen, Übersiedlungs-, Ausstattungs- und Erbschaftseffekten, Reiseeffekten, Transportmittel und Warenmuster) sowie für den kleinen Grenzverkehr konnten die Zollämter die Einfuhr ohne eine solche Bewilligung zulassen; ebenso für zollfrei abzufertigende leere Fässer, Kisten, Körbe, Säcke und andere Umschließungen, die zum Zwecke der Füllung und Wiederausfuhr eingingen oder mit der in ihnen enthaltenen Ware ins Ausland gegangen waren und leer wieder zurückgebracht wurden; ferner für die Einfuhr im Veredlungsverkehr, Ausbesserungs- und Rückwarenverkehr; für Zeitungen, Zeitschriften und Bücher; für Feldpostsendungen, für Sendungen an Kriegs- oder Zivilgefangene, für Liebesgabensendungen, Kriegsbeute und Prisengut.

Übertretungen der Verordnung wurden nach dem Gefällsstrafgesetze als Übertretungen von Zollvorschriften geahndet. Außerdem wurde die entgegen den Bestimmungen der Verordnung eingebrachte Ware für verfallen erklärt. Gegenstände, welche ohne die erforderliche Einfuhrbewilligung eingebracht, jedoch beim Grenzzollamte vorschriftsmäßig angemeldet und zur Untersuchung gestellt wurden, waren vom Zollamte der Heeresverwaltung oder der kriegswirtschaftlichen Stelle, für die sie geeignet schienen, zum Erwerb gegen entsprechende Vergütung anzubieten. Wurde das Anbot nicht angenommen, so war ihre Rückschaffung ins Ausland zu veranlassen. Die Verordnungen über das unbedingte Verbot der Einfuhr bestimmter Waren aus feindlichen Ländern und über die Zollzahlung in Gold für gewisse Waren blieben aufrecht.

Ansuchen um Einfuhrbewilligungen waren für Nahrungsmittel aller Art beim Volksernährungsamte, für Vieh, Sämereien und Dungmittel beim Ackerbauministerium, für Ro-

tationspapier beim «Zeitungsdienst» des Handelsministeriums, für Futtermittel bei der Futtermittelzentrale und für diejenigen Waren, für deren Erzeugung oder Verarbeitung kriegswirtschaftliche Organisationen bestanden, bei diesen einzubringen. Diese sogenannten Fachstellen hatten die Ansuchen einer Vorprüfung zu unterziehen und sie innerhalb dreier Tage mit einem begründeten Antrage zur Entscheidung an das Finanzministerium zu leiten. Die Ministerien des Ackerbaues und des Handels sowie das Volksernährungsamt, welche für bestimmte Waren als Fachstellen fungierten, hatten Ansuchen, auf deren Befürwortung sie nicht eingingen, mit einem ablehnenden Bescheide unmittelbar zurückzustellen. Zur Entscheidung der Ansuchen wurde im Finanzministerium eine Kommission errichtet, in der auch die anderen beteiligten Ministerien und das Volksernährungsamt vertreten waren.

Da diese Kommission jedoch keine Mehrheitsbeschlüsse fassen konnte und infolgedessen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der verschiedenen Ministerien auf dem langwierigen Wege der Korrespondenz oder erneuter Verhandlung ausgetragen werden mußten, war ihr Geschäftsgang in manchen Fällen schleppend. Der Handel litt mehr durch die Verzögerung der Entscheidung als durch abweisliche Bescheide. Unerträgliche Mißstände ergaben sich daraus, daß die Entscheidung über die Einfuhrbewilligung und über die Zuteilung der Valuta an verschiedenen, unabhängig voneinander vorgehenden Stellen erfolgte. Wenn ein Importeur den Weg durch die Fachstelle, bei der er um die Einfuhrbewilligung ansuchen mußte, zum Finanzministerium glücklich zurückgelegt und von diesem die Einfuhrbewilligung erhalten hatte, mußte er erst bei der Devisenzentrale um die Zuteilung der ausländischen Zahlungsmittel sich bewerben. Obwohl Beamte des Handels- und Finanzministeriums als ständige Vertreter dieser Ämter bei der Devisenzentrale Dienst taten, ließen sich widersprechende Entscheidungen nicht hintanhaltend, da beide Stellen bei der Erledigung der Ansuchen von ganz verschiedenen Gesichtspunkten ausgingen: für die Erteilung der Einfuhrbewilligungen war die Art der eingeführten Ware, ihr Verwendungszweck und die Dringlichkeit des Bedarfes maßgebend; die Zuteilung der Devisen war vor allem davon abhängig, ob aus-

ländische Zahlungsmittel verfügbar waren oder ob die Devisenzentrale den Bedarf, der durch die Einfuhr gedeckt werden sollte, für so dringlich hielt, daß sie die Ausfuhr von Kronen oder die Übertragung von Kronenguthaben bewilligte.

Um diesen Mißständen abzuhelpfen, wurde bei Errichtung der «Kommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft» in deren Statut die Bildung einer Zentralstelle für Ein-, Aus- und Durchfuhrbewilligungen vorgesehen. Die Zentralstelle hatte die Form eines Sonderausschusses der Kommission und war aus Vertretern aller beteiligten Ämter (Ministerien der Finanzen, des Handels, des Ackerbaues und des Innern, Ministerium für öffentliche Arbeiten und Volksernährungsamt) und der Österreichisch-ungarischen Bank, als Leiterin der Devisenzentrale, zusammengesetzt. Die Zentralstelle hatte vor allem allgemeine Richtlinien für die Behandlung der Ansuchen um Ein-, Aus- und Durchfuhrbewilligungen aufzustellen. Die Ansuchen waren wie bisher bei den Fachstellen einzubringen, welche wie früher innerhalb dreier Tage ihr Gutachten zu erstatten hatten. Die von den Fachstellen gestellten Anträge wurden auf Grund der von der Zentralstelle aufgestellten Richtlinien in Referentenkomitees, die für die einzelnen Warengruppen eingerichtet wurden, geprüft und womöglich erledigt. Die Entscheidung über Ansuchen, über die in den Referentenkomitees keine Einigung zustande kam, blieb der Zentralstelle in ihrer Vollversammlung vorbehalten. Ihre Beschlußfassung erfolgte mit Stimmenmehrheit. Jedes in der Zentralstelle vertretene Amt und ebenso die Österreichisch-ungarische Bank namens der Devisenzentrale hatte dabei eine Stimme. Jedem Vertreter stand es frei, einen abgelehnten Antrag als Minderheitsantrag mit der Wirkung anzumelden, daß der Vollzug des Beschlusses zu sistieren war. Dann war die Angelegenheit zwischen den beteiligten Ministern persönlich oder im Ministerrat auszutragen.

Diese Organisation hatte zur Folge, daß die Entscheidung fast immer in den Referentenkomitees oder in der Vollversammlung der Zentralstelle endgültig erfolgte. Die Anmeldung eines Widerspruches bildete eine seltene Ausnahme, und auch in diesem Falle war für eine beschleunigte Austragung dadurch Sorge getragen, daß sie der höchsten Verwaltungsinstanz, dem



Ministerrat, zugeschoben wurde. Von größter Bedeutung für den Handelsverkehr war, daß die Genehmigung einer Einfuhrbewilligung durch die Zentralstelle gleichzeitig die Beistellung der beanspruchten Auslandsvaluta oder im Notfalle die Bewilligung zur Kronenausfuhr in sich schloß. Aus diesem Grunde nahm an den Sitzungen ein Vertreter der Devisenzentrale teil, der seinen Einspruch geltend machen konnte, wenn valuta-politische Erwägungen dies als notwendig erscheinen ließen.

In der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Fälle war durch diese Organisation eine zufriedenstellende Abwicklung der Amtshandlungen gesichert, die durch das System der Verbote und der behördlichen Regelung des gesamten Zahlungsverkehrs mit dem Auslande bedingt waren. Die Erschwerungen, die das System selbst für den Handel bedeutete, konnte die Organisation natürlich nicht gänzlich beseitigen. Sie waren die unvermeidbare Folge des Krieges und der Verhältnisse, die durch ihn hervorgerufen worden waren. Der beste Beweis für das zufriedenstellende Funktionieren der Zentralstelle war es, daß sie auch nach dem Zusammenbruche der Monarchie in Österreich in Tätigkeit blieb, bis das System der Verbote wieder durch freiere Formen des Verkehrs abgelöst wurde.

## 2. Das System der inneren Kriegswirtschaft.

Bei rückschauender Betrachtung der Kriegswirtschaft und ihrer Entwicklung ist man leicht geneigt, den Vorwurf zu erheben, daß es an einem festen Plane gefehlt habe und daß der grundlegende Fehler begangen worden sei, nicht von Anfang an radikal durchzugreifen. Es ist richtig: man ist zögernd, vorsichtig und schrittweise vorgegangen. Es wäre besser gewesen, vom ersten Kriegstag an mit einer systematischen Bewirtschaftung einzusetzen, die dann vielleicht sogar mit größerer Schonung hätte durchgeführt werden können. Eine solche radikale Lösung hätte jedoch bereits im Frieden durchdacht, vorbereitet, mit den Führern der Wirtschaft beraten und bis ins einzelne ausgearbeitet werden müssen, ähnlich wie dies bei den Maßnahmen zur Überwachung des Postverkehrs und zur Verhinderung der Spionage geschehen war. An einer solchen Vorbereitung fehlte es gänzlich. Sie war unmöglich, weil die Vorbereitungen für die Sicherstellung des Heeresbedarfes im Kriegsfalle «streng



reservat» behandelt und auch den Spitzen der bürgerlichen Verwaltung gegenüber als ein unbedingtes militärisches Geheimnis betrachtet wurden. Wie man es versäumt hatte, rechtzeitig Vorratspolitik zu treiben, so unterließ man es auch, schon im Frieden Vorkehrungen für die Organisierung des Wirtschaftslebens im Kriegsfall zu treffen.

Nachdem dieses Versäumnis einmal begangen war, mußten im Drang des Tages die Wege gesucht, die Mittel gefunden werden, den Erfordernissen des Augenblickes zu genügen. Man stand dabei vor einer Aufgabe von ungeheurer Schwierigkeit, für deren Lösung es kein Vorbild gab, vor Problemen, wie sie vorher noch nie gestellt worden waren. Zwei Reiche mit zusammen rund 120 Millionen Einwohnern wurden in den Zustand einer belagerten Festung versetzt. Es gibt in der Geschichte kein Beispiel eines Aushungerungskrieges von so gigantischen Formen.

Man glaubte ferner im ersten Kriegsjahre, insbesondere nach den Erfolgen, die der Sommer 1915 gebracht hatte, mit einem Abschlusse des Krieges in absehbarer Zeit rechnen zu können und war auch aus diesem Grunde vielfach bestrebt, allzu weitgehende Maßnahmen noch zu vermeiden. Auch in dieser Beziehung fehlte es entweder an Voraussicht oder an der erforderlichen Offenheit gegenüber den Regierungsstellen, in deren Händen die wirtschaftliche Verwaltung lag.

Endlich war man auch von dem begreiflichen Bestreben beseelt, an den hergebrachten Formen des Wirtschaftslebens möglichst wenig zu rühren und Eingriffe nur vorzunehmen, soweit dies mit Rücksicht auf die Heeresbedürfnisse oder auf einen zwingenden Notstand unvermeidlich war.

Die Bürokratie suchte keineswegs eine Verstärkung ihrer «Allmacht». Wie es ihre Aufgabe war, strebte sie, in die Wirrnis, die auf wirtschaftlichem Gebiete durch die regellose Anwendung des Kriegsleistungsgesetzes seitens der Militärverwaltung hervorgerufen worden war, Ordnung zu bringen, die Härten und Ungleichmäßigkeiten zu beseitigen, die mit der bisherigen Anwendung des Kriegsleistungsgesetzes verbunden waren und die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen allmählich in feststehende Formen und in ein gewisses System zu bringen. Bei der Entwicklung dieses Systems mußte man sich jedoch gleichzeitig

vor allzu weitgehender Schematisierung sorgfältig hüten. Wenn- gleich gewisse Maßnahmen immer wiederkehrten, in einer Reihenfolge, die sich stets wiederholt, und unter Festhaltung bestimmter, zur Regel gewordener Formen, so mußte bei der Behandlung der verschiedenen Industrien doch stark individualisiert werden. Während man bei manchen Industrien die ganze Stufenleiter der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen von den ersten Anfängen der Bewirtschaftung bis zu ihrer straffsten Zusammenfassung durchlief, blieb man bei anderen auf einer Mittelstufe stehen, und ebenso erforderte die Anpassung an die Bedürfnisse des einzelnen Falles manche Abweichungen von der Regel, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet hatte.

Den Beginn der Bewirtschaftung bildete in fast jedem Falle eine Vorratserhebung. Allen Besitzern von Vorräten der zu bewirtschaftenden Waren, in erster Linie der Rohstoffe, wurde zu diesem Zwecke die Anzeigepflicht auferlegt, d. h. die Verpflichtung, die an einem festgesetzten Tage vorhandenen Vorräte einer bestimmten Stelle, in der Regel einer kriegswirtschaftlichen Organisation, manehmal auch der Gemeinde, der politischen Behörde erster Instanz, der zuständigen Handels- und Gewerbekammer oder in einzelnen Fällen sogar unmittelbar dem Handelsministerium anzuzeigen und in bestimmten Zeiträumen entweder diese Anzeige zu wiederholen oder die Zu- und Abgänge zu melden.

Der nächste Schritt bestand in Beschränkungen der Verarbeitung und Veräußerung.

Zu diesem Zwecke wurde das sogenannte Belegscheinverfahren eingeführt. Die Verarbeitung gewisser Rohstoffe oder Halbfabrikate war nur gestattet, wenn sie auf Grund eines unmittelbar von der Heeresverwaltung oder von einer dazu berechtigten Zivilbehörde erteilten Auftrages geschah oder wenn der Besteller durch Ausstellung des sogenannten «Belegscheines» die eidesstattige Erklärung abgab, daß die von ihm bestellte Ware zur Erfüllung eines solchen Auftrages bestimmt sei. An die gleichen Voraussetzungen war die Veräußerung gebunden. Jede Verarbeitung oder Veräußerung, die nicht durch einen militärischen oder behördlichen Auftrag oder durch einen Belegschein gedeckt war, erforderte eine besondere Bewilligung des Handelsministeriums.

Da das Belegscheinverfahren noch keine genügende Sicherheit der Überwachung bot, wurde an seine Stelle häufig später das Bewilligungsverfahren gesetzt. Jede Verarbeitung oder Veräußerung, die nicht durch unmittelbaren Auftrag der Heeresverwaltung oder einer dazu berechtigten zivilen Behörde gedeckt war, erforderte nunmehr eine besondere Bewilligung des Handelsministeriums, wobei das Ansuchen um diese Bewilligung auf dem Wege über die zuständige kriegswirtschaftliche Organisation gestellt und von dieser begutachtet werden mußte.

An diese Beschränkungen der Verarbeitung schlossen sich in vielen Fällen auch Verarbeitungsvorschriften, welche möglichste Sparsamkeit in der Verwendung bestimmter Rohstoffe, ihre Streckung durch Beimengung von Ersatzstoffen oder die Rückgewinnung von Hilfsstoffen bezweckten, die vor dem Krieg achtlos weggeworfen oder in die Abwässer geleitet wurden.

Die nächst höhere Stufe der Bewirtschaftung war die Verhängung des Anbotzwanges. Wer Vorräte bestimmter Rohstoffe oder Halbfabrikate besaß, wurde verpflichtet, sie innerhalb einer festgesetzten Frist der für die betreffende Industrie bestehenden kriegswirtschaftlichen Organisation zum Kauf anzubieten. Wurde das Anbot innerhalb einer bestimmten Frist nicht angenommen, so war der Eigentümer berechtigt, über die Ware wieder frei zu verfügen. Der Preis, zu dem die angebotene Ware zu übernehmen war, wurde nach bestimmten Regeln kommissionell bestimmt.

Einer Verschärfung des Anbotzwanges kam der Ablieferungszwang gleich. Er bedeutet für den Eigentümer der Ware, für die er verfügt wurde, die Verpflichtung, sie nicht erst anzubieten, sondern sie innerhalb der festgesetzten Frist an die betreffende Zentrale oder die von ihr bezeichneten Übernahmstellen einzusenden. Die Festsetzung der Vergütung erfolgte auch in diesem Falle nach einem genau vorgeschriebenen Verfahren. Die Vergütung für die abgelieferte Ware sollte an der Hand festgesetzter Richtpreise so bemessen werden, daß dabei jedenfalls der Preis, zu dem der Abliefernde die Ware selbst beschafft hatte, zuzüglich eines Gewinnes von bestimmter mäßiger Höhe gedeckt war. Von der Übernahmestelle als un-



tauglich erkannte Waren wurden dem Eigentümer zurückgesendet und gingen hiedurch in dessen freie Verfügung über.

Der Anbots- und Ablieferungszwang wurde nicht nur dazu benützt, die vorhandenen Vorräte von Rohstoffen oder Halbfabrikaten bei den kriegswirtschaftlichen Organisationen zu konzentrieren und sie einheitlicher Bewirtschaftung zuzuführen, sondern er diente auch dem Zwecke, die in den Magazinen und Läden des Handels verstreuten Vorräte gebrauchsfertiger Waren zu erfassen und sie entweder für den Heeresbedarf oder durch besondere Anstalten (so durch die Volksbekleidungsanstalt) für die Deckung des Bedarfes der Bevölkerung zu verwenden.

Der Anbots- und Ablieferungszwang wurde für bestimmte Warengruppen (wie z. B. für Baumwolle und daraus hergestellte Garne, Gewebe und Konfektionswaren) generell eingeführt. Seine tatsächliche Anwendung auf bestimmte Waren wurde fallweise durch besondere Kundmachungen verfügt, welche diese Waren genau bezeichneten.

Um zu verhüten, daß die anbots- oder ablieferungs-pflichtige Ware in der Zwischenzeit veräußert und dem staatlichen Zugriff entzogen wurde, griff man zu dem Mittel, eine mehr oder weniger weitgehende Verkaufssperre zu verhängen, die zwar in erster Linie nur als Übergangs- und Hilfsmaßnahme gedacht war, jedoch gleichzeitig dem Zwecke diente, die vorhandenen Vorräte zu strecken und ihre Abgabe an den letzten Verbraucher zu verzögern.

Um den Handel nicht vollständig zu unterbinden und die fortlaufende Versorgung der Bevölkerung wenigstens in beschränktem Umfange zu ermöglichen, wurde den Besitzern der gesperrten Vorräte gestattet, innerhalb gewisser Fristen bestimmte Mengen — in der Regel einen in Perzenten bemessenen Teil ihrer Vorräte — frei zu verkaufen, allerdings unter Beobachtung bestimmter Preisvorschriften.

Bei Rohstoffen, die im Inlande erzeugt wurden, kam die Verhängung des Anbots- und Ablieferungszwanges in ihrer Wirkung bereits einer Beschlagnahme gleich. In manchen Fällen wurde auch der Form nach die Beschlagnahme der gesamten inländischen Produktion ausgesprochen. Alle diese Beschlagnahmen, gleichgültig in welcher Form sie erfolgten,



hatten den Zweck, die Verfügung über die gesamte inländische Produktion des betreffenden Rohstoffes in die Hand der dafür bestehenden kriegswirtschaftlichen Organisationen zu legen. Trat hierzu auch noch ein Einfuhrmonopol, so war die Bewirtschaftung dieses Rohstoffes lückenlos bei ihnen konzentriert. Doch wurden in manchen Fällen die von Privaten ohne staatliche Unterstützung auf eigene Rechnung eingeführten Rohstoffmengen von der Bewirtschaftung ausgenommen, um einen stärkeren Anreiz für solche private Importe zu schaffen.

Zentralen und Wirtschaftsverbände, in deren Hand auf diese Weise die Bewirtschaftung bestimmter Rohstoffe mehr oder weniger vollständig zusammengefaßt war, wurden gleichzeitig auch mit der Aufgabe betraut, diese Rohstoffe auf die einzelnen Betriebe zu verteilen, einheitliche Typen für die Erzeugung festzustellen, Erzeugungsvorschriften zu erlassen und schließlich auch die Verkaufspreise festzustellen. Sie waren bei dieser Tätigkeit fortgesetzt an die Genehmigung des Handelsministeriums oder, soweit es sich um militärische Lieferungen handelte, des Kriegsministeriums gebunden. Von dem Augenblick an, wo der Rohstoff seine erste Bearbeitung erfuhr, bis zu dem Augenblick, wo er umgewandelt in ein gebrauchsfertiges Erzeugnis durch die Vermittlung des Händlers in den Konsum gelangte, begleiteten ihn vom Verband mit Zustimmung der Regierung oder von der Regierung über Antrag des Verbandes erlassene Vorschriften. Auf diesem ganzen Wege wurde er planmäßig und nach einheitlichen Vorschriften verarbeitet, behandelt und bewirtschaftet.

Zu dieser radikalsten Lösung vollständiger Bewirtschaftung eines bestimmten Rohstoffes ist man allerdings nur in einzelnen Industriezweigen und auch bei diesen erst im Laufe einer allmählichen Entwicklung gelangt, die bei der einen Industrie früher, bei der anderen später zum Abschlusse kam. Beispiele ihrer vollkommenen Durchführung bieten die Wollindustrie, die Baumwollindustrie und die Öl- und Fettindustrie, ferner, wenn auch in geringerem Grade, die Lederindustrie.

Von maßgebender Bedeutung für den Erfolg der Bewirtschaftung und die Form, in der sie sich abspielte, war die Haltung, welche die Heeresverwaltung dazu einnahm. Bei denjenigen Industrien, welche die Heeresverwaltung mit Hilfe des

Kriegsleistungsgesetzes ihrer unmittelbaren Leitung unterworfen hatte (Munitions- und Waffenindustrie und als ihre Hilfsindustrien die chemische, die Eisen- und die Metallindustrie), kam es wohl zu den verschiedensten Verfügungen über Beschlagnahme, Anzeige- und Anbotspflicht für Rohstoffe und für Gegenstände, die wieder auf Rohstoff verarbeitet werden konnten; über die Warenmengen, die auf Grund dieser Maßnahmen aufgebracht wurden, verfügte jedoch kein Selbstverwaltungskörper der Industrie, sondern unmittelbar das Kriegsministerium, soweit nicht über Verlangen der Zivilverwaltung gewisse Mengen davon abgezweigt und für den Verbrauch der Industrie oder der Bevölkerung bestimmt wurden, wie z. B. Kupfer und Messing für Papiermachersiebe, Eisen für die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen usw.

In manchen Industrien kam es überhaupt nicht zur Vollendung dieser ganzen Stufenleiter kriegswirtschaftlicher Maßnahmen.

### 3. Die Preispolitik.

Einen breiten Raum nehmen unter den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen diejenigen ein, die der Beeinflussung und Regelung der Preise dienen sollten. Kaum daß die betäubende Wirkung, die der Ausbruch des Krieges auf die Wirtschaft geübt hatte, vorüber war, trat ein allgemeines Ansteigen der Preise ein. Von den Nahrungsmitteln ausgehend, griff diese Bewegung bald auf alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens über und beherrschte die Preisentwicklung während der ganzen Dauer des Krieges, soweit nicht behördliche Maßnahmen sie hinderten, zur Geltung zu kommen.

Die Ursache dieser Erscheinung lag zunächst in der rasch fortschreitenden Entgüterung der Wirtschaft. Ein moderner Krieg ist eine Güterzerstörungsmaschine von unheimlicher Leistungsfähigkeit. Ununterbrochen wurde für den Verbrauch des Krieges, für Verpflegung und Ausrüstung der im Felde stehenden Truppen aus dem inländischen Gütervorrat geschöpft. In den feindlichen Staaten konnte dieser Abgang durch Zufuhren von auswärts ersetzt werden. Ihnen stand die ganze Welt für die Nachschaffung des verbrauchten Materials offen. Die kapitalzerstörende Wirkung des Krieges äußerte sich infolgedessen bei ihnen in der Minderung ihrer Gold- und

Devisenbestände, in der allmählichen Abstoßung auswärtiger Kapitalsanlagen und in zunehmender Verschuldung an das Ausland, namentlich an die Vereinigten Staaten von Amerika, welche für die Alliierten die hauptsächlichsten Lieferanten von Rohstoffen und Kriegsmaterial waren. Im Gegensatze dazu wurden die Mittelmächte von auswärtigen Zufuhren immer mehr abgeschnitten. Der Seeweg war durch die englische Flotte gesperrt. Die Blockadevorschriften wurden immer mehr verschärft. Auch die mittelbare Einfuhr über die neutralen Staaten des europäischen Festlandes wurde allmählich unterbunden und selbst der Bezug von Rohstoffen und Lebensmitteln, die in den neutralen Staaten selbst erzeugt wurden, behindert, soweit sich eine Handhabe dafür finden ließ. Infolgedessen sank die österreichische Einfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln sowie an Fertigwaren, die diesen Abgang hätten ausgleichen können, in erschreckendem Maße. Die kapitalzerstörende Wirkung des Krieges trat hier unmittelbar in dem reißenden Schwinden der Vorräte an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten zutage, in denen das umlaufende Kapital der Wirtschaft größtenteils bestand. Dieser fortschreitenden Verringerung des Warenangebotes stand eine außerordentliche Steigerung der Nachfrage gegenüber. Die Heeresverwaltung riß mit den Gewaltmitteln, welche ihr das Kriegsleistungsgesetz verlieh, einen immer größeren Teil des Gütervorrates an sich, soweit er nur irgendwie der Befriedigung militärischer Bedürfnisse dienen konnte. Die Nachfrage für den Bedarf der Bevölkerung zeigte keine Neigung, sich zu verringern. Panikkäufe verschärften im Gegenteil die Lage, sobald bei irgendeiner Ware Knappheit sich bemerkbar machte. Wenn der Staat eingriff, um durch Verkaufssperren, Beschränkung der Verarbeitung und Verbrauchsregelung die Vorräte zu strecken, ihre möglichst haushälterische Verwendung zu sichern und vor allem die für den Heeresbedarf erforderlichen Mengen dem allgemeinen Verbrauch zu entziehen, so warf sich die Nachfrage mit um so größerer Wucht auf die verhältnismäßig geringen Bestände, die der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen und dem Schleichhandel zugeführt worden waren. Die Höhe der Schleichhandelspreise ist ein Barometer der Warennot.



Zu diesen Momenten, die auf die Preisbewegung von der Warensseite her wirkten, kamen nicht minder mächtige Einflüsse von der Geldseite her. Schlechtes Geld verdrängt nicht nur gutes Geld, sondern auch die Ware. Wenn der Weltmarktpreis in Gold, auf Inlandswährung, nach den laufenden Kursen umgerechnet, sich günstiger stellt als der Inlandspreis, so tritt naturgemäß das Bestreben auf, möglichst viel zu exportieren und aus der Differenz des Preisstandes Nutzen zu ziehen. Auf dieser Tatsache beruht die sogenannte exportfördernde Wirkung des Agios, die so lange andauert, bis der Preisstand im Inlande sich dem des Auslandes angeglichen hat. Im Kriege konnten sich solche Preisdifferenzen nur bei Waren entwickeln, die aus inländischen Rohstoffen hergestellt wurden oder das Erzeugnis einer so weitgehenden Veredlung des Rohstoffes waren, daß dessen Kosten gegenüber denen der Verarbeitung nicht in Betracht kamen (wie z. B. bei manchen Luxuswaren). Ausfuhrverbote vermochten allerdings diesen Ausgleich des Preisstandes in manchen Fällen zu verhindern, indem sie das bei voller Freiheit des Handels geltende Gesetz der kommunizierenden Gefäße außer Kraft setzten. Der Kanal, durch den der Ausgleich des Preisniveaus hätte erfolgen können, war durch das Verbot unterbrochen. Beispiele für eine solche, von den Auslandspreisen und dem Valutenstande unabhängige Preisentwicklung im Inlande lassen sich bei Holz, Papier und Eisen finden.

Sobald es an einer Ware oder an dem für ihre Herstellung notwendigen Rohstoff im Inlande zu mangeln begann, trat der Preisausgleich auf einem anderen Weg ein. Die Inlandspreise richteten sich in diesem Falle nach den Kosten, die bei der Beschaffung der betreffenden Ware oder des zu ihrer Herstellung notwendigen Rohstoffes aus dem Ausland unter Berücksichtigung des Valutastandes erwuchsen; sie wurden in den meisten Fällen sogar über diesen Punkt hinausgetrieben, weil stürmische Nachfrage unzulänglichem Angebot im Inlande gegenüberstand. Das valutarische Moment trat infolgedessen neben dem Warenmangel zurück, und das Eingreifen staatlicher Preispolitik bezweckte hier vor allem, die Preise über den durch die Valutaparität gerechtfertigten Stand nicht hinauswachsen zu lassen.



Gegenüber der natürlichen Entwicklung, die von zwei Seiten her, von der Geld- und Warensseite, in der Richtung einer unausgesetzten Erhöhung des Preisstandes ging, befand sich die staatliche Preispolitik in einer Abwehrstellung: sie war ununterbrochen bemüht, das Wachsen der Teuerung zu hemmen oder doch zu verlangsamen, allerdings oft mit Mitteln, die an die alte Geschichte von der Waschfrau in Brighton erinnern, welche die Springflut von der Schwelle ihres Hauses durch Aufwischen mit einem Scheuertuch abzuwehren suchte.

Diese Richtung war der Preispolitik schon durch den Inhalt der Heereslieferungsverträge und durch die Bestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes gewiesen. Auch staatsfinanzielles Interesse sprach dafür, wenigstens auf dem Umweg über die Preispolitik eine Ermäßigung der Lieferpreise und der Vergütungssätze für angeforderte Waren herbeizuführen, wenn schon die Heeresverwaltung vielfach von dem Grundsatz ausging, daß es sich vor allem um die Beschaffung der notwendigen Waren handle und daß der Preis Nebensache sei; es ist vielleicht zu bedauern, daß dieser Grundsatz, der einen richtigen Kern enthielt, später stark in den Hintergrund trat, zum Teil infolge unkluger und mißbräuchlicher Anwendung. Unter Berufung auf ihn bewilligte man Preisforderungen, die unter keinem Gesichtspunkte zu rechtfertigen waren, und nahm im Auslande durch Vermittler von zweifelhafter Beschaffenheit forcierte Aufkäufe vor, die nicht nur ein unnötiges und bei größerem Geschick vermeidbares Hinaufschnellen der Preise, sondern auch Gegenmaßnahmen auswärtiger Regierungen und einschneidende Beschränkungen der Bezugsmöglichkeiten hervorriefen.

In gleichem Sinne wie die staatsfinanziellen Gesichtspunkte, welche einen Druck auf die Preise zum Zwecke der Ermäßigung des Heeresaufwandes forderten, machten sich innerpolitische Erwägungen geltend. Man befürchtete bei zunehmender Teuerung Notstände, Unzufriedenheit und als Folgeerscheinung vielleicht sogar Unruhen im Hinterlande. Als Auswirkung der durch den Krieg bewirkten Kapital- und Güterzerstörung war die Teuerung eine unmittelbare Kriegsfolge. Durch die Verlustlisten, die Verwundetentransporte und die Teuerung wurde der Bevölkerung des Hinterlandes un-

mittelbar zum Bewußtsein gebracht, was der Krieg bedeute. Und wie man die Kriegsberichte zum eigenen Vorteil färbte, sollte auch das Fortschreiten der Entgüterung dadurch verhüllt werden, daß man ihr Symptom, die Teuerung, bekämpfte. Zur Verbrämung dieser einfachen Gedankengänge wurden später sozialpolitische Erwägungen herangezogen. Man glaubte, den Krieg ohne die Kriegsfolgen haben zu können und trieb Demagogie von oben, indem man Preissenkungsaktionen anbefahl und Preistreibereiverordnungen erließ, ohne zu bedenken, welche Wirkung dies auf die Produktion und damit auf die Güterversorgung üben müsse.

Diese sozialpolitischen Beweggründe wurden durch solche der Währungspolitik verstärkt. Auch die Entwertung des Geldes kam der Bevölkerung durch die Teuerung zum Bewußtsein. Sollte die Drosselung der Einfuhr die Währung dadurch stützen, daß man den Druck von ihr nahm, den ein ungehemmter Kronenexport und unbeschränkte Vermehrung der Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande geübt hätte, so dachte man durch das Bekämpfen der Teuerung auch das Mißverhältnis korrigieren zu können, das sich zwischen Notenumlauf und Güterumlauf in wachsendem Maße entwickelte. Während die Banknote bei geordneten Währungsverhältnissen, sofern sie nicht durch Gold, Devisen oder lombardierte Effekten gedeckt ist, ein im Umlauf befindliches Gut repräsentiert und automatisch zur Bank zurückkehrt, wenn dieses Gut in die Hände des letzten Verbrauchers kommt und damit aus dem Produktions- und Zirkulationsprozeß endgültig ausscheidet, so dienten die Noten, mit denen die Bank im Kriege die Schatzscheine des Finanzministers honorierte, zur Anschaffung von Gütern, die zum Verbrauch bestimmt waren, und blieben im Umlaufe, wenn die Nahrungsmittel, die man dafür angeschafft hatte, längst verzehrt, die Kleider und Schuhe abgerissen, die Patronen und Geschosse verfeuert waren. Sie repräsentierten kein im Umlauf befindliches, weiterer Produktion dienendes und im Produktionsprozeß befangenes Gut, sondern ein längst verbrauchtes, zerstörtes oder doch zur Zerstörung bestimmtes. Jede neue Belehnung von Schatzscheinen finanzierte eine neue Welle staatlichen Verbrauches und vergrößerte die Masse des Papiergeldes, die im Hinterland einem sich immer mehr ver-

ringernden Stock von Waren gegenüberstand. Der Geldentwertung und Preissteigerung, die sich hieraus ergab, durch Preissatzungen und Strafbestimmungen gegen Warenwucher steuern zu wollen, war hoffnungslos. Zeitweilige Teilerfolge waren das äußerste, was auf diesem Wege zu erreichen war.

Die erste Maßnahme auf dem Gebiete der Preispolitik war die kais. Verordnung vom 1. August 1914, RGBl. Nr. 194, über die Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen, d. h. mit Waren, die zur Befriedigung notwendiger Lebensbedürfnisse für Menschen und als Nahrungsmittel für Haustiere dienen, sowie mit Rohstoffen, aus denen solche Waren erzeugt werden. Die Verordnung sah die Aufnahme von Vorräten solcher Waren durch die politischen Behörden vor, verpflichtete die Inhaber solcher Vorräte, sie der Behörde über Verlangen anzuzeigen und stellte ihre Verheimlichung unter Strafe. Sie ermächtigte ferner die politischen Landesbehörden, Vorräte von unentbehrlichen Bedarfsgegenständen von Erzeugern oder Händlern anzufordern, wenn dies für die Versorgung einer Gemeinde, d. i. zur Behebung eines lokalen Notstandes notwendig erscheint, und sie schuf endlich das neue Delikt der Preistreiberei, indem sie denjenigen mit Strafe bedrohte, der in Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse für unentbehrliche Bedarfsgegenstände offenbar übertriebene Preise fordert, sie aufkauft oder ihre Erzeugung und ihren Vertrieb einschränkt, um ihren Preis auf eine übermäßige Höhe zu treiben, und endlich unwahre Nachrichten verbreitet oder andere Mittel der Irreführung anwendet, um eine Teuerung zu bewirken. Als Strafen waren strenger Arrest bis zu einem Jahre, Geldbußen bis zu 20.000 K, Verfall der Ware und Entziehung der Gewerbeberechtigung vorgesehen.

Eine ganz allgemein gehaltene Ermächtigung, die auch für preispolitische Maßnahmen jeder Art eine Handhabe bot, war durch die bereits mehrfach erwähnte kais. Verordnung vom 10. Oktober 1914, RGBl. Nr. 274, gegeben, die der Regierung das Recht gab, durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens und zur Approvisionierung der Bevölkerung zu treffen.



Auch die kais. Verordnung vom 12. Oktober 1914, R GBl. Nr. 275, über den Wucher, greift auf das Gebiet der Preispolitik über, da unter ihre Bestimmungen nicht nur der Geldwucher, sondern auch der Warenwucher fällt. Sie erklärt Verträge für nichtig, in denen jemand den Leichtsinne, die Zwangslage, Verstandesschwäche, Unerfahrenheit oder Gemütsaufregung eines anderen dadurch ausbeutet, daß er sich oder einem Dritten für eine Leistung eine Gegenleistung versprechen oder gewähren läßt, deren Vermögenswert zu dem Werte seiner Leistung in auffallendem Mißverhältnisse steht, und denjenigen mit Freiheitsstrafen bedroht, der solche Verträge schließt.

Mit tastender Vorsicht war man in diesen drei Verordnungen bestrebt, durch Erteilung allgemeiner Vollmachten den Behörden ein den Umständen angepaßtes Handeln zu ermöglichen und Auswüchse der Preisbildung durch Strafandrohungen zu bekämpfen.

Durch die kais. Verordnungen vom 7. August 1915, R GBl. Nr. 228, und vom 21. August 1916, R GBl. Nr. 261, wurden diese Bestimmungen ausgebaut und verschärft. Die endgültige Kodifikation aller auf die Preisregelung und Preistreiberei bezüglichen Vorschriften enthält endlich die kais. Verordnung vom 24. März 1917, R GBl. Nr. 131, die sogenannte Preistreibereiverordnung. Was aus Kriegs- und Vorkriegszeiten in den verschiedensten Gesetzen und Verordnungen an Bestimmungen über diesen Gegenstand vorhanden war, wurde zusammengefaßt; ein umfangreicher Apparat von Strafbestimmungen, Verwaltungsmaßnahmen und Organen zu ihrer Handhabung wurde aufgestellt, dessen Räderwerk automatisch zu funktionieren bestimmt war, so daß dem freien Ermessen der Behörden und der vorsichtigen Anpassung ihrer Maßnahmen an den einzelnen Fall und an die wechselnden Verhältnisse, wie sie sich im Kriege herausbildeten, ein viel geringerer Spielraum als früher gelassen wurde.

Was zunächst die Verwaltungsmaßnahmen zur Regelung der Preise anlangt, so knüpft die Verordnung dabei zum Teil an ältere Gesetze an.

In Anlehnung an ähnliche, nur weniger weitgehende Bestimmungen der Gewerbeordnung wurde vorgeschrieben, daß auf



Lebensmitteln, die zum Verkaufe gestellt werden, und auf allen in den Schaufenstern ausgelegten Bedarfsgegenständen die Preise ersichtlich gemacht werden müssen und daß diese Bestimmung durch die zuständigen Behörden auf andere Waren als Lebensmittel und neben dem Preis auch auf andere für die Bestimmung des Wertes der Ware wichtige Umstände ausgedehnt werden kann.

Im Interesse der Versorgung der Bevölkerung wurden ferner die politischen Behörden ermächtigt, die Marktordnungen abzuändern. Das Verbot des «Vorkaufes», das in den Marktordnungen der mittelalterlichen Städte eine so große Rolle spielte, wird unter genauer Anführung der strafbaren Tatbestände (Abhaltung vom Marktbesuch, Aufkauf von Waren auf dem Wege zum Markt, Abschluß von Geschäften vor Beginn der Marktzeit) erneuert, seine Übertretung mit Geld- und Freiheitsstrafen sowie mit Ausschließung vom Markte bedroht.

Während diese Vorschriften nur die Sicherung des Verkehrs und der Preisbildung gegen unlautere Machenschaften bezwecken, wird durch die Bestimmungen über die Erlassung von Höchstpreisen in die Preisbildung selbst eingegriffen.

Höchstpreise waren zwar schon früher während der ganzen Dauer des Krieges unter Berufung auf die kais. Verordnung vom 10. Oktober 1914 für eine große Zahl von Waren festgestellt worden. Es hätte einer besonderen Ermächtigung nicht bedurft, um auch weiterhin ihre Festsetzung zu ermöglichen. Sie wurde gleichwohl in die Verordnung aufgenommen, was nur insofern einen Vorteil bedeutete, als die Frage der Zuständigkeit dadurch geklärt wurde. Für Nahrungs- und Futtermittel wurde der Minister für Volksernährung, für alle übrigen Waren der Handelsminister zur Festsetzung von Höchstpreisen ermächtigt. Außerdem wurde bestimmt, daß diese Minister auch die politischen Behörden bevollmächtigen können, Höchstpreise für ihr Verwaltungsgebiet zu erlassen. Eine Änderung griff auch noch insofern Platz, als in Hinkunft vor Erlassung der Höchstpreise die Preisprüfungskommissionen \*) zur Erstattung eines Gutachtens aufzufordern waren.

---

\*) Siehe S. 132.

Man hat den Höchstpreisen zum Vorwurfe gemacht, daß sie ein grobes und wenig elastisches Mittel zur Beeinflussung der Preisbildung seien. Legt man ihrer Festsetzung, um der Preisbewegung einen gewissen Spielraum zu lassen, die höchsten Preise zu Grunde, die im freien Handel beobachtet werden, so ist deren Verallgemeinerung zumeist die unerwünschte Folge. Wer bisher in einer Anwendung von Gerechtigkeitssinn oder aus Furcht vor Bestrafung wegen Preistreiberei billiger verkaufte, fühlt sich jetzt durch die Behörde ermächtigt, den Höchstpreis zu verlangen, der dadurch gleichzeitig zum Mindestpreis wird. Setzt man nun umgekehrt den Höchstpreis so fest, daß man die niedrigste im freien Handel vorkommende Preisstufe als Grundlage nimmt oder gar noch tiefer greift, so hat dies, wie die Erfahrung zeigt, die Wirkung, die Ware vom Markte zu verschrecken. Wer Ware teurer erworben oder erzeugt hat, wird nicht geneigt sein, sie mit Schaden zu verkaufen. Sie wird daher versteckt und zurückgehalten, um eine Änderung der Preissatzung abzuwarten oder sie dem Schleichhandel zuzuführen. Noch gefährlicher ist es, wenn zu niedrige Festsetzung der Höchstpreise die Einstellung oder Verminderung der Erzeugung und das Unterlassen von Käufen im Auslande zur Folge hat, die nur zu höheren Preisen getätigt werden können. Die schädlichen Wirkungen, die von der Festsetzung allzu niedriger Höchstpreise ausgehen, werden noch dadurch verschärft, daß das durch sie bedingte Verschwinden der Ware vom Markte die Verbraucher zu Angstkäufen reizt, hiedurch den Schleichhandel fördert und die irrationelle Vorratsbildung im privaten Besitz hervorruft, durch die immerhin erhebliche Warenmengen der Zirkulation entzogen werden.

So richtig diese gegen die Höchstpreise erhobenen Bedenken sind, muß doch hervorgehoben werden, daß ihre Wirkung wesentlich von der Art ihrer Festsetzung und ihrer Handhabung abhängt. Keinesfalls ist es berechtigt, ganz allgemein die Behauptung aufzustellen, daß es klüger gewesen wäre, an Stelle von Höchstpreisen Mindestpreise festzusetzen. Mindestpreise haben nur dann einen Sinn, wenn es sich darum handelt, der Produktion für längere Zeit einen gewissen Mindestertrag zu gewährleisten und dadurch zu ihrer Ausdehnung und zu Neuinvestitionen für diesen Zweck oder doch zu ihrer Aufrechterhaltung trotz ent-

gegenstehender Schwierigkeiten anzureizen. Nicht zu niedrig festgesetzte Höchstpreise kommen in ihrer Wirkung den Mindestpreisen allerdings deshalb nahe, weil sie eine Preisnivellierung auf einem höheren Stande herbeiführen. Dies ist namentlich der Fall, wenn sie durch die Art ihrer Handhabung praktisch zu Einlösespreisen werden, die dem Produzenten bei der Übernahme der Ware von einer bestimmten Stelle aus gezahlt werden. Ein Beispiel hierfür bieten die Erfahrungen, die mit verschiedenen Systemen der Einlösung der Schafwollproduktion kleinbäuerlicher Betriebe gemacht wurden.\*)

Sicher ist, daß man in Österreich aus staatsfinanziellen Gründen und sozialpolitischer Sentimentalität die Höchstpreise vielfach zu niedrig bemessen und dadurch den Gesichtspunkt der Produktionsförderung, der der leitende hätte sein müssen, zugunsten einer scheinbaren Fürsorge für den Konsumenten außer acht gelassen hat, die sich sehr bald durch das Verschwinden der Ware vom Markte, durch die Minderung der Produktion, durch die Zunahme des Schleichhandels in ihr Gegenteil verkehrte.

Zu bemerken ist noch, daß Mindestpreise den Zweck der Produktionsförderung, der mit ihnen verfolgt wird, nur erreichen können, wenn sie für längere Zeit, also auch für eine gewisse Zeit nach Friedensschluß, garantiert werden. Es ist zuzugeben, daß das hiemit verbundene staatsfinanzielle Opfer sich auf dem Gebiete der Landwirtschaft vielleicht gelohnt hätte, wobei zu erwägen gewesen wäre, ob die Garantierung solcher Mindestpreise nicht durch die gleichzeitige Festsetzung wesentlich höher gehaltener Höchstpreise hätte ergänzt werden müssen, so daß sich die Preisbildung innerhalb dieser beiden Grenzen bewegt hätte.

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Festsetzung von Höchstpreisen ergaben, führten dazu, in der Verordnung die Festsetzung einer neuen Art von Preisen vorzunehmen, die sogenannten «Richtpreise», die nicht wie die Höchstpreise eine absolute obere Grenze, sondern nur eine ungefähre Richtschnur darstellen sollen, nach der sich der Verkäufer bei der

---

\*) Siehe S. 368.

Festsetzung seiner Preise, die Behörde bei der Beurteilung ihrer Rechtmäßigkeit richtete. Der Richtpreis durfte sogar überschritten werden, wenn Rechtfertigungsgründe dafür, z. B. der Kauf teureren Rohmaterials im Auslande, vorlagen. Im Gegensatz dazu konnte man sich durch die Forderung des vollen Richtpreises straffällig machen, wenn im besonderen Fall ein Preis dieser Höhe, beispielsweise infolge besonders niedriger Gestehungskosten, nicht gerechtfertigt schien. Die Richtpreise sollten durch die «Preisprüfungsstellen» festgesetzt werden, die am Sitz eines jeden Gerichtshofes I. Instanz errichtet wurden und aus einem Vorsitzenden, dessen Stellvertretern und zwölf Mitgliedern bestanden. Vorsitzender sollte ein aktiver oder im Ruhestand befindlicher öffentlicher Funktionär sein. Je drei Mitglieder sollten auf Grund eines Gutachtens der Handelskammer und der landwirtschaftlichen Hauptkorporationen ernannt werden. Sechs Mitglieder waren aus dem Kreise der Konsumenten zu bestellen, wobei vorher die im Sprengel der Preisprüfungsstelle bestehenden Konsumentenorganisationen zur Erstattung von Vorschlägen aufzufordern waren. Schon diese Zusammensetzung zeigt in ihrer mechanischen Schematik die Tendenz der ganzen Einrichtung. Sie war auf «paritätische» Vertretung der Konsumenten und Produzenten und innerhalb des Kreises der Produzenten wieder auf paritätische Vertretung von Industrie, Gewerbe und Handel einerseits, Land- und Forstwirtschaft andererseits, aufgebaut. Dabei entfielen auf die Industrie, das Gewerbe und den Handel praktisch je ein Vertreter, der bei der unendlichen Vielfältigkeit der in Frage kommenden Industrieartikel gegenüber der verhältnismäßigen Einheitlichkeit der landwirtschaftlichen Interessen gar nicht in der Lage war, in der Kommission ein sachlich begründetes Urteil abzugeben und in jedem Falle der geschlossenen Gruppe der Konsumentenvertreter und manchmal auch der Landwirte gegenüberstand. Die Preisprüfungsstellen waren bewußt als ein Organ gedacht, das auf systematische Herabdrückung der Preise hinarbeiten und mit seinen Richtpreisen den Gerichten die Handhabe geben sollte, durch Strafverfolgungen wegen Preistreiberei diese Herabdrückung zu erzwingen. Eine Zentralpreisprüfungskommission sollte die Aufgabe haben, die von den örtlichen Preis-



prüfungsstellen aufgestellten Richtpreise zu überprüfen, auf die Einhaltung eines richtigen Verhältnisses zwischen den verschiedenen örtlichen Richtpreisen hinzuwirken, nicht angemessene zu beseitigen und den örtlichen Preisprüfungsstellen die erforderlichen Weisungen zu erteilen. Sie war außerdem zur Beratung und Unterstützung der staatlichen Zentralstellen in allen die Preisbildung betreffenden Fragen bestimmt und hatte diesen auf ihr Verlangen Gutachten zu erstatten. Infolgedessen war bei Erlassung von Höchstpreisen nur mehr die Anforderung eines solchen Gutachtens vorgesehen.

Die Einrichtung der Preisprüfungsstellen schloß die Gefahr in sich, daß von hier aus die ganze Preisbildung diktatorisch geregelt und unter Umständen das ganze mühsam aufgebaute System der Bewirtschaftung aller wichtigen Artikel in Verwirrung gebracht werden konnte, eine Gefahr, die um so mehr drohte, als die Zusammensetzung der Preisprüfungsstellen keinerlei Gewähr für rein sachliche Erfüllung ihrer Aufgaben und keinerlei Schutz gegen das Hereinspielen demagogischer Schlagworte bot. Glücklicherweise hatte man die Vorsicht, die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen dadurch zu beschränken, daß die Aufstellung von Richtpreisen für alle Bedarfsgegenstände ausgeschlossen wurde, für die ein durch besondere Ministerialverordnung festgesetzter Höchstpreis, ein von einer staatlichen Zentralstelle (d. i. einem Ministerium) bestimmter oder genehmigter Verkaufspreis oder ein für staatlich bewirtschaftete Artikel bestimmter Übernahmspreis bestand. Hiedurch war die unmittelbare Einmischung der Preisprüfungsstellen in das ganze Gebiet staatlich organisierter Bewirtschaftung ausgeschlossen. So notwendig diese Beschränkung ihrer Tätigkeit war, kam sie doch eigentlich einer inneren Aushöhlung der Preisprüfungsstellen gleich, deren Wirksamkeit dadurch eine recht beschränkte wurde. Neben die Höchstpreise und die Richtpreise traten hiedurch als dritte Kategorie staatlich geregelter Preise, die durch das zuständige Ministerium bestimmten oder genehmigten Verkaufs- und Übernahmepreise. Mit Rücksicht darauf, daß sie in der Regel nur bei bewirtschafteten Artikeln vorkamen, werden sie auch als Bewirtschaftungspreise bezeichnet. Da alle solche Preisgenehmigungen und Preis-

bestimmungen auf Grund der Anträge kriegswirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper erfolgten, trug die Preistreibeisverordnung, allerdings unbeabsichtigterweise, dazu bei, deren Wichtigkeit und Einfluß zu erhöhen. Sie waren der einzige Schutz gegen die vollständige Verwirrung des ganzen Systems der Kriegswirtschaft durch planlose Verfolgungen wegen Preistreibeis und gegen das Hineintragen eines neuen Elementes der Unsicherheit in eine Wirtschaft, die unter den Wirkungen des Kriegszustandes ohnehin schwer genug zu leiden hatte.

So sehr man bei der Erlassung der Preistreibeisverordnung den einseitigen Konsumentenschutz im Auge hatte, war man sich doch darüber klar, daß das ganze System der auf Preisdruck berechneten Maßnahmen das Verschwinden der Ware vom Markt und eine noch stärkere Entfaltung des Schleiehhandels nach sich ziehen könne. Man benützte daher die beim Aufbau der Kriegswirtschaft gewonnenen Erfahrungen, um ein ganzes Arsenal von Maßnahmen vorzubereiten, welche dieser Gefahr begegnen sollten. Die Bestimmungen über Vorratsaufnahme, Anzeigepflicht und über die Bestrafung der Verheimlichung von Vorräten wurden aus den älteren Verordnungen übernommen und nur ausgestaltet und verschärft. Sie waren die unentbehrlichen vorbereitenden Maßnahmen für jede Erfassung der Vorräte.

Ihnen wurde als neue vorbereitende Maßnahme die Verhängung der Verkaufssperre angereiht, mit der Wirkung, daß die unter Sperre gelegten Gegenstände nur auf Grund besonderer behördlicher Bewilligung an Verbraucher abgegeben werden durften.

Der nächste Schritt zur Erfassung der Ware, deren Aufbewahrungsort durch die Vorratsaufnahme festgestellt und deren Verbleiben an diesem Orte durch die Sperre gesichert war, sollte die Anforderung bilden. Für Lebens- und Futtermittel sollte der Ernährungsminister, für alle anderen Waren der Handelsminister berechtigt sein, Vorräte anzufordern und die Besitzer zur Lieferung zu verpflichten. Im Gegensatz zu allen früheren Verordnungen sollten sich diese Befugnisse nicht nur auf Waren im Besitze von Produzenten oder Händlern, sondern auch auf Vorräte in privaten Haushaltungen erstrecken, wenn diese übermäßig groß waren.

Diese Bestimmung ist nicht nur ein Beleg dafür, wie sehr man sich der Gefahr bewußt war, daß die Preistreiberei zu einer ungeheuerlichen Ausdehnung des Schleihhandels und des sogenannten «Hamsterns» privater Vorräte führen könne; sie zeigt gleichzeitig, bis zu welchem Grade die Rohstoffnot bereits gediehen war. Sie sollte nämlich auch die Handhabe bieten, im äußersten Notfalle für gewisse Materialien, an denen schon im Jahre 1917 äußerster Mangel bestand, auf die Vorräte privater Haushaltungen zu greifen.

Als naturgemäße Folge der Anforderung faßte die Verordnung sodann die völlige staatliche Bewirtschaftung ins Auge. Für Lebens- und Futtermittel sollte der Ernährungsminister, für alle anderen Waren der Handelsminister die Möglichkeit haben, den Erzeugern oder Händlern unter Bedachtnahme auf ihre Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Lage Vorschriften hinsichtlich des Betriebes, des Absatzes, des Erwerbes, der Preise, der Buchführung und der Haltung von Vorräten, insbesondere hinsichtlich ihres zulässigen Umfanges, zu erteilen und Vorschriften zur Regelung des Verbrauches zu erlassen. Das bedeutete nicht weniger als die vollständige staatliche Bewirtschaftung, allerdings mit Zuspitzung auf den Zweck der Preisregelung.

Nachdem die Verordnung auf diese Weise nahezu alle Maßnahmen der Kriegswirtschaft, wie sie sich im Laufe der Zeit herausentwickelt hatten, für ihre Zwecke adoptiert hatte, machte sie auch noch eine Anleihe beim Kriegseistungsgesetz. Die Minister für Handel und für Ackerbau sollten, jeder für seinen Zuständigkeitsbereich, die Möglichkeit haben, die Erzeuger unentbehrlicher Bedarfsgegenstände zur Fortführung der Erzeugung zu verhalten und sie im Falle ihrer Weigerung oder, wenn im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Lage ein Auftrag zur Fortführung der Produktion nicht erlassen werden konnte, zur zeitweiligen Überlassung ihrer Betriebs- und Industrieanlagen an den Staat oder an die vom Staate bezeichneten Stellen gegen Entgelt zu zwingen, wobei das Entgelt — wieder bezeichnenderweise — von der Behörde festgesetzt werden sollte, welche den Auftrag erlassen hat. Ebenso konnten die beiden erwähnten Minister Gemeinden

oder gemeinnützige Einrichtungen zum Eintritt in bestehende Verträge über die Lieferung von Bedarfsgegenständen ermächtigen und bestimmte Betriebe mit der ausschließlichen Versorgung einzelner Anstalten, Orte oder Gebiete betrauen, wobei ihnen vorbehalten blieb, gleichzeitig über den Betrieb, insbesondere den Warenverkauf und die Preise, Bestimmungen zu treffen. Die Minister waren endlich befugt, auch die politischen Landesbehörden zu Verfügungen dieser Art zu ermächtigen oder zu beauftragen.

Unter dem zugkräftigen Schlagworte des Konsumentenschutzes und der Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen wurde hier ein System diktatorischer Maßnahmen aufgebaut, das alles Privateigentum in Frage stellte. Die beiden Ministerien waren vernünftig genug, von der ihnen aufgedrungenen Vollmacht keinen weitergehenden Gebrauch zu machen, als sie es unter dem Zwange der Not auf Grund der bisher bestandenen allgemeinen Ermächtigungen schon getan hatten. Auch diesen Bestimmungen gegenüber erwies sich der Wert, den die Organisation der kriegswirtschaftlichen Selbstverwaltung für die Wirtschaft besaß.

Als Krönung des ganzen wurden auch die strafrechtlichen Bestimmungen, die sich gegen die Preistreiberei richteten, weiter ausgestaltet und verschärft.

Wie bisher wurde straffällig, wer in Ausnützung der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse für Bedarfsgegenstände offenbar übermäßige Preise forderte oder Verabredungen zu diesem Zwecke mit anderen traf. Das Strafausmaß wurde erhöht und abgestuft, so daß in einfachen Fällen, die nur als Übertretungen behandelt wurden, Arrest bis zu 6 Monaten und daneben eine Geldstrafe bis zu 20.000 K angedroht wurde, während die Straftat im Wiederholungsfalle, bei Verabredung mit anderen oder wenn der unrechtmäßige Gewinn 200.000 K überstieg, als Vergehen mit strengem Arrest von 2 Monaten bis zu 2 Jahren und einer Geldstrafe bis zu 200.000 K und endlich in Fällen, wo schwere Gefährdung öffentlicher Interessen sie zum Verbrechen stempelte, mit schwerem Kerker von 6 Monaten bis zu 3 Jahren und einer Geldstrafe bis zu 500.000 K zu ahnden war.



Eine Neuerung war es, daß Preistreiberei nicht nur beim Verkäufer, sondern unter gewissen Umständen auch beim Käufer einer Ware bestraft werden sollte. Wer beim Einkauf eines Bedarfsgegenstandes, den er weiterveräußern wollte, den vom Verkäufer geforderten Preis oder, wenn ein bestimmter Preis nicht gefordert wurde, den amtlich festgesetzten Preis und, falls ein solcher nicht bestand, den bisher üblichen überbot, sollte wegen Übertretung mit Arrest von 14 Tagen bis zu 6 Monaten und daneben mit einer Geldstrafe bis zu 20.000 K, in qualifizierten Fällen wegen Vergehens mit strengem Arrest von 2 Monaten bis 2 Jahren und einer Geldstrafe bis zu 200.000 K bestraft werden.

Außerordentlich bezeichnend für die ganze Lage wie auch für die Fehler, die auf dem Gebiete der Preispolitik bereits gemacht worden waren, sind die Bestimmungen über die Nebendelikte, die mit der Preistreiberei zusammenhängen. So fand man es für notwendig, ausdrücklich den unter Strafe zu stellen, der Lebensmittel zum menschlichen Genuß unbrauchbar machte oder verderben ließ, um sie mit größerem Gewinn zu verwerten. Dies hängt damit zusammen, daß es beispielsweise zu manchen Zeiten besser lohnte, Butter und Schweineschmalz verderben zu lassen, um sie technischer Verwendung zuzuführen, statt sie zu den vorgeschriebenen Preisen als Nahrungsmittel zu verkaufen.

Andere Strafandrohungen richteten sich gegen künstliche Verringerung des Angebotes durch Ankauf und Aufstapelung, durch Einschränkung der Erzeugung oder durch absichtliche Beschädigung und Vernichtung von Vorräten. Endlich wurde der sogenannte «Kettenhandel» unter Strafe gestellt, der darin bestand, eine Ware durch fortgesetzten Besitzwechsel zu immer steigenden Preisen gleichzeitig dem Verbrauch zu entziehen und bis auf ein Vielfaches des ursprünglichen Gestehungspreises hinaufzutreiben. Man erblickte nicht mit Unrecht in dieser Abart des Schleiehhandels eine besonders schwere Schädigung öffentlicher Interessen.

Eine andere Gruppe von Nebendelikten betraf Handlungen, welche preistreiberische Machenschaften zu begünstigen bestimmt sind. Hieher gehört die Fälschung von Rechnungen, Schlußbriefen, Lieferscheinen, Be-

gleitpapieren und Geschäftsbüchern; die Veröffentlichung von Kaufs- und Verkaufsangeboten ohne Angabe des Namens und der Wohnung des Käufers oder Verkäufers und endlich die Veröffentlichung von Ankündigungen, deren Inhalt geeignet ist, einen Irrtum über die Person oder die geschäftlichen Verhältnisse desjenigen, der die Ware anbietet oder zu Angeboten auffordert, über die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Vorräte oder über andere wichtige Umstände zu erwecken.

So sehr sich die einseitig auf Konsumentenschutz und Preisdruck eingestellte Preispolitik im Widerspruch mit der Forderung möglicher Steigerung der inländischen Produktion und der Güterzufuhr aus dem Auslande befand, so sehr, insbesondere die gegen die Preistreiberei gerichtete Gesetzgebung in vielen Punkten über das Ziel hinauschoß: so wenig kann es geleugnet werden, daß diesen Bestrebungen trotz alledem eine gewisse Berechtigung innewohnte. Völliges Gewährenlassen hätte, wie die Erfahrungen zu Kriegsanfang zeigten, einen wüsten Wettlauf der Preise und Löhne hervorgerufen und den Prozeß der Geldentwertung katastrophal beschleunigt. Ebenso zweifellos ist allerdings, daß die Übertreibungen dieser Preispolitik und das unausgesetzte Nachgeben gegenüber demagogischen Forderungen eine schädliche Wirkung auf die Produktion übte. Habsucht und Eigennutz gehören nun einmal zu den stärksten Triebfedern menschlichen Handelns. Vielleicht hätte ein Zugeständnis an sie auf manchen Gebieten zu einer höchst erwünschten Steigerung der Produktion geführt und dazu beigetragen, das Emporwuchern des Schleiehhandels zu verhindern.

Man darf bei der Beurteilung dieser Kriegserscheinung nicht übersehen, daß die Bedeutung des Schleiehhandels von Freunden und Gegnern ins Maßlose übertrieben wurde. Von seinen Nutznießern wurde der Umfang, den er erlangt hatte, als eine Rechtfertigung ihres Tuns hingestellt, als ein Beweis dafür, daß der Schleiehhandel neben der Bewirtschaftung, die ein gewisses Minimum der Bedarfsdeckung zu mäßigen Preisen sichere und vor allem für die Befriedigung des Bedarfes der Heeresverwaltung zu sorgen habe, die wichtige Aufgabe erfülle, versteckte Vorräte durch seine hohen Preis-

gebote ans Licht zu ziehen und die Produktion, wenngleich auf illegalem Wege, zu steigern.

Sie hatten daher ein Interesse daran, die Umsätze, die sich außerhalb der öffentlichen Bewirtschaftung vollzogen, möglichst groß erscheinen zu lassen. Ein gleiches Interesse hatten die Vertreter der kriegswirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper und die Anhänger der staatlichen Bewirtschaftung. Sie benützten den Hinweis auf den Umfang des Schleichhandels zur Begründung der Forderung nach Verschärfung der Strafandrohungen und nach ihrer strengeren Handhabung. Der ersten Forderung war leichter zu entsprechen als der zweiten; denn gerade bei der Handhabung der Verordnungen haben die Organe der lokalen Verwaltung vielfach kläglich versagt. Man mußte sich darüber klar sein — und man war sich im Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft darüber klar, als man dem Erlaß der Preistreibereiverordnung vom 24. März 1917 opponierte —, daß der Schleichhandel viel mehr ein Ergebnis der Entgüterung als der Preispolitik oder der öffentlichen Bewirtschaftung war. Man kann die Drosselung des Verbrauches der Bevölkerung zugunsten des Kriegsbedarfs nicht über einen gewissen Grad hinaustreiben. Selbst weitgehende Beschränkungen werden noch ertragen, wenn wenigstens eine notdürftige Deckung der primitivsten Lebensnotwendigkeiten gewährleistet werden kann. Sobald aber auch dies nicht mehr der Fall ist und absoluter Mangel sich geltend macht, werden alle Schranken durchbrochen. An der Unterbindung der auswärtigen Zufuhr, an der Ausschöpfung der inneren Vorräte und Hilfsquellen für den Militärbedarf, an der Unmöglichkeit, die Versorgung der Bevölkerung auch nur in den Grenzen des Allernotwendigsten sicherzustellen, scheiterte schließlich die Kriegswirtschaft trotz aufopfernder Bemühungen derer, die sich als freiwillige Hilfskräfte, als Führer und Mitarbeiter kriegswirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper in ihren Dienst gestellt hatten, trotz zähen Festhaltens an dem gesteckten Ziele, trotz aller Kunst des Aufbaues und der Gliederung. Die wirtschaftliche Erschöpfung zermürbte die Widerstandskraft der Bevölkerung, bis sie in sich zusammenbrach. Nicht die Waffen haben den Krieg entschieden, sondern die Blockade.

## VI. DIE VORBEREITUNG DER ÜBERGANGS- WIRTSCHAFT UND DAS ENDE DER KRIEGS- WIRTSCHAFT.

Die Aufgaben, die dem Verwaltungsapparate der Kriegswirtschaft, dem staatlichen wie dem autonomen, für die dem Friedensschlusse folgende Übergangszeit zugedaht waren, bildeten den Gegenstand einer Denkschrift, die aus Anlaß der Errichtung des Generalkommissariats für Kriegswirtschaft Anfang 1917 ausgearbeitet worden war. Sie wurde vom Generalkommissär verfaßt und stellte eine Art Programm des neuerrichteten Amtes dar. Sie ist daher bezeichnend für die Anschauungen, die man in diesem Zeitpunkt über die weitere Entwicklung hatte und für die Absichten, die man verfolgte. Sie gibt zugleich ein lebendiges Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse, die damals herrschten, der Hoffnungen und Befürchtungen, die daraus abgeleitet wurden, und besitzt endlich auch insofern eine gewisse Aktualität, als manche der Voraussagen, die darin für die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit gemacht wurden, seither eingetroffen sind. So liegt die Retablierungskonjunktur, von der die Denkschrift spricht, schon hinter uns; wir stehen mitten in der Retablierungskrise und in der Stagnationsperiode, welche sie voraussagte, und die Verschiebung des finanziellen Schwerpunktes von London nach New York, die sie ankündigte, ist gleichfalls zur Tatsache geworden. Wie diese Voraussagen eingetroffen sind, mögen vielleicht auch manche Vorschläge und Anregungen, welche die Denkschrift enthält, heute noch — wenn auch nur bedingt und in beschränktem Umfang — einigen unmittelbaren Wert besitzen.

Als Dokument der Zeit, als Zeugnis ihrer Zustände, Erwartungen und Bestrebungen werden die wichtigsten Kapitel der Denkschrift als Anhang zum allgemeinen Teil dieses Buches zum Abdrucke gebracht.

Das Programm, das in der Denkschrift für die Übergangswirtschaft aufgestellt worden war, kam nicht mehr zur Durchführung. Der Krieg endete für die habsburgische Monarchie nicht mit einem Friedensschlusse, sondern mit der völligen Auf-



lösung. Man pflegt die Ursache dieses beispiellosen Zusammenbruches in den politischen und nationalen Gegensätzen zu suchen, die das Reich zerklüfteten. Österreich war durch die Geschichte vor die schwierige Aufgabe gestellt worden, den verschiedenen, durch die Stürme eines Jahrtausends im Donau-  
 becken zusammengeschwemmten Völkern und Volkssplittern trotz der Schwierigkeiten, die sich aus der Verschiedenheit von Abstammung, Sprache, Sitte und Kultur, aus der Gemenglage der Siedlungen, der Verzahnung der Sprachgrenzen und der Durchsetzung der geschlossenen Sprachgebiete mit fremden Sprachinseln ergaben, die Bedingungen geordneten Zusammenlebens in einer Staats- und Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen, aus der im weiteren Verlauf der Entwicklung vielleicht eine Kulturgemeinschaft werden konnte. Man hatte in Österreich an der Lösung dieses Problems nicht ohne Erfolg gearbeitet und größere Fortschritte erzielt als in irgendeinem anderen Land Europas, ausgenommen die Schweiz. Es liegt in der Natur der Sache, daß es dabei nicht ohne heftige innere Kämpfe abging, und daß man auch mit den Mitteln der Demokratie nicht immer das Auslangen zu finden vermochte, sondern manchmal zu einem Verfahren greifen mußte, das man heute diktatorisch nennen würde. Ebenso begreiflich ist es, daß die Lösung der nationalen Schwierigkeiten durch weitgehende Anwendung des Grundsatzes der nationalen Autonomie sowohl bei der Dynastie, die davon eine Lockerung des Gefüges der Monarchie befürchtete, auf Bedenken stieß, wie auch bei manchen der streitenden Völker selbst, sobald sich diese durch eine autonome Lösung vor die Gefahr gestellt sahen, innerhalb eines größeren oder kleineren Gebietes die Übung der Vorherrschaft oder die Anwartschaft auf eine solche aufgeben zu müssen. Daß man sich jedoch trotzdem im allgemeinen auf dem rechten Wege befunden hatte, wird durch nichts besser dargetan, als durch die Tatsache, daß ein Krieg, der mit seinem Feuerkreise drei Viertel der Grenzen Österreich-Ungarns umzog und eine Welt gegen die Monarchie und ihre Verbündeten zu den Waffen rief, erst nach vier Jahren schwerster Kämpfe ihr Gefüge zu sprengen vermochte. Man darf den Anteil nicht unterschätzen, den nationale Feindseligkeit, gesteigertes Selbstgefühl der einzelnen Völker, die Erinnerung an wirkliches oder vermeintliches Un-

recht, das man in der Vergangenheit erlitten hatte, und das Verlangen nach voller Selbständigkeit und Freiheit — als deren wesentlichster Bestandteil allerdings vielen die Freiheit, andere zu unterdrücken, erschien — bei der politischen Entwicklung spielten, die schließlich zum Zerfall der Monarchie führte. Daß diese zentrifugalen Kräfte den Sieg über diejenigen gewannen, die für die Erhaltung des Bestehenden wirkten, ist jedoch keineswegs der überwältigenden Stärke neuer Gedanken und ebensowenig ausschließlich dem Verrat im Innern und der politischen Verlockung zuzuschreiben, welche die Proklamierung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und das Versprechen seiner einseitigen Anwendung übte. Die Monarchie ist nicht zertrümmert worden, nicht durch Krieg und nicht durch Revolution: sie ist in sich zusammengebrochen, und der tiefste Grund dieses Zusammenbruches lag darin, daß die vollkommene Erschöpfung aller Hilfsquellen, die ins Un-erträgliche gesteigerte wirtschaftliche Not die vorhandenen Gegensätze zu gefährlichster Schärfe gedeihen und gleichzeitig den einzelnen Völkern die Sprengung des Reiches und ihre Lösung aus seinem Verband als den Weg zur Rettung erscheinen ließen. In weit höherem Maße, als man gewöhnlich annimmt, entschied die Blockade und die dadurch bewirkte Notlage den Ausgang des Krieges und das Schicksal Österreichs.

Mit dem Reiche zerbrach auch die Organisation der Kriegs- und Übergangswirtschaft, die für das Reich gedacht war. Ein großer, in manchen Zweigen der überwiegende Teil der österreichischen Industrie saß in Böhmen, Mähren und Schlesien, also außerhalb der Grenzen des neuen Österreich, wie es aus dem Zerfall der Monarchie und aus den Friedensverträgen hervorgegangen war. Auch die Personen, die an der Spitze der kriegswirtschaftlichen Organisationen standen, waren zum guten Teil fremde Staatsbürger geworden.

Die für einzelne Wirtschaftszweige bestehenden Zentralen hatten bisher die Bewirtschaftung der verschiedenen Rohstoffe und der daraus hergestellten Waren für den ganzen Umfang des Reiches besorgt. Da die auf dem Boden der Monarchie neuentstandenen Staaten sich sofort mit Verboten der Ein- und Ausfuhr umgaben, verloren die Zentralen die freie Verfügung über ihre Warenbestände. Die in Wien sitzenden

Geschäftsleitungen sahen sich auf der einen Seite von den Vorräten abgeschnitten, die im Gebiet eines anderen Nachfolgestaates lagerten oder einem dort befindlichen Betriebe zur Verarbeitung übergeben worden waren, auf der anderen Seite waren sie Ansprüchen auf Warenzuteilung ausgesetzt, die von den verschiedenen Nachfolgestaaten und den dort ansässigen Unternehmungen erhoben wurden, ohne daß mit Rücksicht auf die bestehenden Verkehrsverbote die Möglichkeit bestanden hätte, ihnen zu entsprechen. Die Zentralen befanden sich daher in einer rechtlichen Zwitterstellung, die jede gedeihliche Tätigkeit ausschloß. In ähnlicher Weise wie die österreichisch-ungarische Bank und die Zentralstellen der früheren Militär- und Zivilverwaltung wurden auch die Zentralen als ein Teil der zur Liquidierung bestimmten Verlassenschaft des alten Staates betrachtet.

Zu diesen äußeren und formalrechtlichen Hindernissen einer Fortsetzung ihrer Tätigkeit traten solche, die sich aus der durch die Beendigung des Krieges hervorgerufenen Änderung der gesamten Lage und aus allgemeinen Erwägungen ergaben. Als Anstalten, deren Aufgabe es im Kriege gewesen war, den Verbrauch der Bevölkerung zugunsten des militärischen Verbrauches nach Möglichkeit einzuengen und zu diesem Zwecke die Industrie in der freien Verfügung über ihre Rohstoffe und Erzeugnisse, den Handel in der Freiheit seiner Bewegung zu beschränken, waren sie allgemeiner Mißgunst und Ablehnung verfallen. Was Krieg und Blockade an wirtschaftlichen Leiden gebracht hatten, wurde ihnen angelastet, weil sie die sichtbaren Träger der Kriegswirtschaft waren. Je schärfer die Absperrung wurde und je höher die Not im Innern des Landes stieg, desto unerträglicher schienen die Maßnahmen, als deren Urheber sie galten, und es ist daher nur allzu begreiflich, daß die Auflösung der Zentralen zur allgemeinen Forderung wurde, als durch die Beendigung des Krieges auch die innere Rechtfertigung der Kriegswirtschaft geschwunden zu sein schien.

Diesen Verhältnissen Rechnung tragend waren die meisten und wichtigsten industriellen Zentralen bereits kurz nach dem Zusammenbruche tatsächlich in Liquidation getreten, ohne daß ihr Ersatz durch neue Einrichtungen ähnlicher Art in Frage gekommen wäre.



Im Gegensatze dazu ergab sich die Notwendigkeit, die Kriegs- und Wirtschaftsverbände, Wirtschaftsausschüsse und sonstigen Selbstverwaltungskörper der Industrie und des Handels noch durch längere Zeit aufrechtzuerhalten. Sie wurden derart umgebildet, daß sie nur mehr aus den innerhalb des neuen österreichischen Staatsgebietes gelegenen Unternehmungen bestanden. Für einzelne Industriezweige kam es allerdings gar nicht zu einer solchen Umbildung, weil sie in Österreich nicht oder nur durch einzelne Betriebe vertreten waren. Die Tätigkeit der umgebildeten Verbände wurde dadurch beeinträchtigt, daß oft ein Wechsel in der Leitung eintreten mußte, weil die bisherigen Träger der Organisation fremde Staatsbürger geworden waren. Eine weitere Schwierigkeit lag darin, daß auch die Verbände vielfach mit den Vorurteilen und grundsätzlichen Bedenken zu kämpfen hatten, die sich gegen den Fortbestand kriegswirtschaftlicher Organisationen welcher Art immer erhoben. War man im Kriege vor allem unter dem Eindrucke der Notwendigkeit gestanden, mit den verhältnismäßig geringen Vorräten hauszuhalten, die im Inlande vorhanden waren oder mit Durchbrechung der Blockademaßnahmen neubeschafft werden konnten, so schien nach Beendigung der Feindseligkeiten oberstes Gebot die möglichste Erleichterung des Warenbezuges aus dem Auslande zu sein, gleichgültig durch wen und auf welchem Weg er erfolgte. Schrankenloses Gewährenlassen der privaten Initiative galt als der beste Weg zur Erreichung dieses Zieles; jede Art von Organisation begann man als ein überflüssiges Hindernis zu betrachten. Dennoch führte der unerbittliche Zwang äußerer Umstände dazu, daß gerade der Außenhandel staatlicher Regelung unter Mitwirkung der vorhandenen Selbstverwaltungskörper der Industrie und des Handels am längsten unterworfen blieb, so daß es auf diesem Gebiete zu einer teilweisen Durchführung des für die Übergangswirtschaft aufgestellten Programmes kam.

Fast alle Nachbarstaaten Österreichs, insbesondere die auf dem Boden der früheren Monarchie entstandenen neuen Staaten, hatten das aus der Kriegszeit stammende System der Regelung des Außenhandels durch weitgehende Verbote der Ein- und Ausfuhr aufrechterhalten oder übernommen. Der



Zweck war ein doppelter: unter dem Eindruck einer Art von Panik wollte man vor allem die im Inlande vorhandenen Gütermengen der Befriedigung des Bedarfes der eigenen Bevölkerung vorbehalten. Waren aber Güter irgendwelcher Art im Überfluß vorhanden, so hielt man mit ihrer Ausfuhr zurück, um vom Nachbar Zugeständnisse auf irgendeinem Gebiete zu erzwingen. Österreich befand sich dabei in besonders ungünstiger Lage, weil nur zwei industrielle Rohstoffe, Holz und Eisenerz, im Inlande reichlich vorhanden waren, während es für fast alle anderen sowie für Kohle, Getreide, Fettstoffe und andere Nahrungsmittel zur Deckung des Defizits der eigenen Produktion in großem Umfang auf die Einfuhr angewiesen war. Einen gewissen Vorteil bot der Umstand, daß sich in den Heerebetrieben und Militärmagazinen in und um Wien große Vorräte von Waffen, Munition, Heeresausrüstungsgegenständen verschiedenster Art, aber auch von Rohstoffen und Halbfabrikaten, insbesondere von Metallen, befanden, die ein wertvolles Tausch- und Kompensationsobjekt zu bilden vermochten. Strengste Aufrechterhaltung des Verbotsystems war unter diesen Umständen auch für Österreich unbedingte Notwendigkeit geworden. Die Verhinderung der Ausfuhr derjenigen Waren, deren Bezug aus Österreich für den Gegner wünschenswert schien, war unerlässlich, wenn man im Austausch gegen die fallweise Bewilligung solcher Ausfuhren von den Nachbarn die Lieferung der Güter erreichen wollte, deren man selbst dringendst bedurfte. Anfänglich wickelte sich dieser Kompensationsverkehr ziemlich formlos ab. Einen schweren Nachteil bedeutete vor allem der sichtliche Verfall der staatlichen Autorität, der sich im Gefolge des Umsturzes eingestellt hatte. Die Verbote bestanden, aber es fehlte an Machtmitteln, um sie in der erforderlichen Schärfe durchzuführen. Neben der Staatsregierung verhandelten einzelne Länder, Gemeinden, ja selbst einzelne Fabriken oder private Kaufleute mit dem Ausland über den Austausch von Kompensationen, sich gegenseitig hindernd und überbietend. Erst allmählich gelang es, die Zügel wieder fester in die Hand zu bekommen. Allerdings ging es dabei nicht ohne die Errichtung einer Anstalt ab, die in vielem an die verlästerten Zentralen erinnerte, aber unter den gegebenen Verhältnissen ebenso unentbehrlich war wie

während des Krieges die Zentralen. Auf Grund vorherigen Einvernehmens mit der Landesregierung von Steiermark, die an dem Warenaustausche mit Ungarn und Jugoslawien besonders stark interessiert war, verfügte das Generalkommissariat die Errichtung eines Warenverkehrsbureaus, dem die ausschließliche Befugnis erteilt wurde, Kompensationsverträge mit dem Auslande zu schließen und durchzuführen. Einzelne Länder, Gemeinden oder Privatleute, die ein Austauschgeschäft mit dem Auslande machen wollten, hatten es beim Warenverkehrsbureau zu beantragen und durch dessen Vermittlung durchzuführen. Diese neue Beschränkung des «freien Handels» rief zwar einen Sturm der Entrüstung hervor, erreichte jedoch vollständig den angestrebten Zweck. Die unsinnige Verschleuderung der ohnehin nicht sehr reichlich vorhandenen inländischen Tauschmittel, ihre Verzettlung auf kleine Abschlüsse, das gegenseitige Überbieten beim Einkauf und Unterbieten beim Verkauf hörte auf, und es gelang durch direkte Verhandlungen mit den Regierungen Ungarns, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens eine Reihe von Kompensationsverträgen zustande zu bringen, in denen die vertragschließenden Regierungen sich gegenseitig zur Lieferung bestimmter Waren in vereinbarter Menge verpflichteten. Die kaufmännische Durchführung dieser Verträge (d. h. die Beschaffung und Bezahlung der auf Grund des Kompensationsvertrages an das Ausland zu liefernden Ware sowie die Übernahme der im Austausch dafür eingehenden fremden Ware und ihre weitere Verwertung) hatte das Warenverkehrsbureau zu besorgen.

Allmählich traten an die Stelle dieser Kompensationsverträge die Kontingentverträge, bei denen sich die vertragschließenden Regierungen nicht mehr zur gegenseitigen Lieferung bestimmter Mengen gewisser Waren, sondern nur mehr zur Erteilung der Ausfuhrbewilligungen für bestimmte Kontingente verpflichteten. Auch der Abschluß dieser Kontingentverträge wurde vom Warenverkehrsbureau vorbereitet und unter seiner Mitwirkung vollzogen. Ebenso hatte es die Durchführung der Kontingentverträge zu überwachen und dafür zu sorgen, daß zwischen der Auslieferung der beiderseitigen Kontingente ein gewisses Gleichgewicht erhalten und dem-

entsprechend die Erteilung der Ausfuhrbewilligungen geregelt wurde. Die Beschaffung der Ware und die Durchführung der Lieferung blieb jedoch bei diesen Kontingentverträgen dem privaten Handel überlassen. Das Warenverkehrsbureau war nur mehr Kontroll- und Registrierungsstelle. Die Selbstverwaltungskörper der Kriegswirtschaft dienten der Regierung bei der Vorbereitung, beim Abschluß und bei der Durchführung der Kompensations- und Kontingentverträge als wichtige Beratungs- und Hilfsorgane.

Die Kontingentverträge bildeten den Übergang zum Abschluß regelrechter, auf der Meistbegünstigung aufgebauter Handelsverträge. Der erste dieser Verträge wurde am 27. Juni 1920 mit Jugoslawien geschlossen. Rasch nacheinander kamen ähnliche Verträge mit Rumänien (am 14. August 1920), mit der Tschechoslowakei (am 4. Mai 1921) und mit Ungarn (am 8. Februar 1922) zustande. Weitere Handelsverträge mit anderen Staaten folgten. Hand in Hand mit der Wiederherstellung des Handelsvertragsnetzes ging auch der Abbau der Verbote, soweit nicht Gründe der Valutapolitik oder des Schutzes der heimischen Produktion hindernd im Wege standen. Das Warenverkehrsbureau, das mit dem Ablauf der Kontingentverträge überflüssig geworden war, wurde kurz nach Abschluß des Handelsvertrages mit der Tschechoslowakei aufgelöst. Daran schloß sich die allmähliche Auflösung der noch bestehenden kriegswirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, die, wie der Wirtschaftsverband der Sensenindustrie und derjenige der Metallverarbeitenden Gewerbe, noch längere Zeit freiwillig weiterbestanden. Zum Teil ist das Beharren dieser Industriezweige bei den Organisationsformen der Kriegswirtschaft dem Umstande zuzuschreiben, daß bei Gewerben, die vorzugsweise in Unternehmungen kleinen und mittleren Umfanges betrieben werden, eine auch nur halbwegs lückenlose Organisation in der Form freier Vereinigungen kaum durchführbar ist, so daß die Zusammenfassung in Verbände öffentlichen Rechtes, die auf gesetzlicher Vorsehrift beruhen und zwangsweise alle Betriebe eines bestimmten Gewerbes umfassen, die einzig mögliche Organisationsform bildet.

Daß diese Organisationsform von der Industrie überall abgelehnt wurde, wo sie nicht aus den angeführten Gründen unvermeidlich war, hatte seinen hauptsächlichsten Grund wohl in der Furcht vor allzu weitgehender Einmischung des Staates, dem gegenüber solchen Verbänden öffentlichen Rechtes ein Aufsichtsrecht hätte gewahrt werden müssen. Doppelt begreiflich war dies in einer Zeit, in der Sozialisierungsexperimente verschiedenster Art an der Tagesordnung waren. Unter staatlicher Beaufsichtigung stehende Zwangsverbände hätten derartigen Experimenten unter Umständen in allzu weitem Maße dienstbar gemacht werden können. Nebenbei spielte wohl auch das Bestreben der von früher her bestehenden freien Vereinigungen der Industrie mit, ihre frühere Stellung wieder zu gewinnen, aus der sie durch die auf gesetzlicher Grundlage beruhenden und zu offiziellen Beratern der Regierung bestimmten Zwangsverbände verdrängt worden waren.

Unter dem Zusammenwirken aller dieser Umstände und Strömungen sind schließlich die Selbstverwaltungskörper der Kriegs- und Übergangswirtschaft ebenso verschwunden wie früher die Zentralen. Dies ändert jedoch nichts daran, daß sie ein wertvolles Vorbild sein können, wenn neue Verwaltungsaufgaben auf dem Gebiete der Wirtschaft dazu zwingen sollten, eine wirtschaftliche Selbstverwaltung einzurichten und zu diesem Zwecke fachlich gegliederte Körperschaften zu schaffen, die auf gesetzlicher Grundlage beruhen und vermöge ihres Zwangscharakters nicht wie freie Vereinigungen gerade bei wichtigen Entscheidungen der Gefahr einer Sezession ausgesetzt sind. Sollte insbesondere der Gedanke Boden gewinnen, die Handelspolitik systematisch und in größerem Umfang als bisher auf Vereinbarungen zwischen gleichartigen Industrien verschiedener Länder aufzubauen, so würde die Errichtung legaler Organisationen der Industrie, die dauernden Charakter besitzen, eine schwer zu umgehende Vorbedingung darstellen, sobald man über den engen Kreis der bereits seit längerer Zeit straff kartellierten großen Industrien hinausgreifen will. Die Selbstverwaltungskörper der österreichischen Kriegswirtschaft waren auch als Träger solcher Aufgaben gedacht. Ähnliche Organisationsformen können außerordentliche Bedeutung er-



langen, wenn die Entwicklung der europäischen Handelspolitik nach dieser Richtung hin gehen sollte.

Es darf vielleicht daran erinnert werden, daß ähnliche Zwecke bereits in einem Gesetzentwurfe verfolgt worden sind, der im Jahre 1891 im österreichischen Reichsrat eingebracht worden war und den damaligen österreichischen Finanzminister Dr. Emil Steinbach zum Urheber hatte.\*) Der Gesetzentwurf sah die Bildung von Arbeiterausschüssen in allen fabriksmäßig betriebenen, d. i. über den Rahmen des Handwerks hinausgehenden Gewerbebetrieben und die Bildung von Genossenschaften der fabriksmäßigen Gewerbe einerseits sowie der darin beschäftigten Arbeiter andererseits vor. Diese Genossenschaften sollten den Zweck haben, ihren Mitgliedern «Gelegenheit zu bieten, im Rahmen der bestehenden Gesetze ihre wirtschaftlichen Interessen zu erörtern, einschlägige Wünsche und Beschwerden in Beratung zu ziehen und hiebei über ihre Haltung zu den in den betreffenden Fragen von der anderen Genossenschaft gefaßten Beschlüsse sich zu entscheiden». Auf dem Unterbau dieser Genossenschaften der fabriksmäßigen Unternehmungen und der darin beschäftigten Arbeiter sollten Einigungsämter zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern errichtet werden, so daß bei der ganzen Organisation Zwecke der sozialen Verwaltung im Vordergrund standen, ohne daß jedoch die Erstreckung ihrer Tätigkeit auf andere Gebiete der Wirtschaftspolitik ausgeschlossen gewesen wäre.

Die Vorlage ist damals nicht Gesetz geworden. Die Kriegswirtschaft hat rein empirisch, von anderen Gesichtspunkten ausgehend und anderen Zielen zustrebend, ähnliche Organisationen im großen geschaffen. Die Regelung der Pro-

---

\*) Regierungsvorlage eines Gesetzes betreffend die Einführung von Einrichtungen zur Förderung des Einvernehmens zwischen den Gewerbsunternehmern und ihren Arbeitern, Nr. 191 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, 11. Session, 1891. Vgl. ferner Ergebnisse der von dem Gewerbeausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses veranstalteten mündlichen und schriftlichen Enquete über den Gesetzentwurf betreffend die Einführung von Einrichtungen zur Förderung des Einvernehmens zwischen den Gewerbsunternehmern und ihren Arbeitern, zusammengestellt vom Berichterstatter Dr. Baernreither, Wien, Hof- und Staatsdruckerei, 1893.

duktion und des Absatzes, vor allem des Warenverkehrs mit dem Auslande, war die Hauptaufgabe der für die Zwecke der Kriegs- und Übergangswirtschaft geschaffenen Verwaltungskörper, ohne daß ihnen indes Aufgaben der sozialen Verwaltung fremd geblieben wären.

Vielleicht führt eine künftige Entwicklung in irgendeiner Form zu den Gedanken zurück, die in der Kriegswirtschaft zum erstenmal die Probe ihrer praktischen Durchführbarkeit bestanden. Sie könnten unter Umständen sogar auf verfassungsrechtlichem Gebiete Bedeutung erlangen, wenn die Bestrebungen erfolgreich sein sollten, eine ständische Gliederung der Gesellschaft in moderner Form zum Unterbau der Verwaltung und der verfassungsmäßigen Einrichtungen zu machen.

# A N H A N G.

## DENKSCHRIFT

DES

GENERALKOMMISSÄRS FÜR KRIEGS- UND ÜBERGANGSWIRTSCHAFT,  
SEKTIONSCHEF RICHARD RIEDL,

ÜBER DIE

AUFGABEN DER ÜBERGANGSWIRTSCHAFT.

WIEN 1917.

(Im Auszuge.)

### 1. Die Rohstofflage bei Kriegsende.

Der Ausbruch des Krieges bedeutete für Österreich und für das verbündete Deutsche Reich nicht nur das Aufhören der Rohstoffeinfuhr aus wichtigen europäischen Versorgungsgebieten, vor allem aus Rußland, sondern gleichzeitig auch die Lahmlegung der Schifffahrt und die Unterbindung aller unmittelbaren Beziehungen zur Übersee.

Die innere Produktion von Rohstoffen hat in mancher Hinsicht eine wesentliche Steigerung erfahren. Neue Erfindungen und Fortschritte der industriellen Technik ermöglichen es, für fremdländische Rohstoffe, deren Zufuhr uns abgeschnitten ist, Ersatz zu schaffen, und Materialien, die bisher unbenutzt blieben, werden zur industriellen Verwendung herangezogen. Trotzdem ist ein vollständiger Ersatz der ausländischen Rohstoffzufuhren nur auf einzelnen wenigen Gebieten geglückt; auf weitaus den meisten bleibt die fortlaufend aufgebrauchte Menge weit hinter den Ansprüchen zurück, die der Bedarf des Heeres und der innere Verbrauch der Volkswirtschaft stellen. Die notwendige Folge davon sind einerseits Sparmaßnahmen und Einschränkungen namentlich des zivilen Bedarfs, andererseits das vollständige Aufbrauchen der Vorräte, die im Lande vorhanden sind. Dieser Verbrauch beschränkt sich nicht nur auf die Rohstoffe, die zu Beginn des Krieges in den Fabriken lagerten oder während der ersten Kriegsmonate noch hereingebracht wurden, er erfaßt auch alles, was an Halbfabrikaten vorhanden ist, er erschöpft die Lager fertiger Ware, er räumt die Läden des Kleinhandels und greift zuletzt bis in die Schränke der Haushaltungen, bis auf die Verbrauchsvorräte des einzelnen Konsumenten.

Was während des Krieges im Inland oder durch Ausnützung der wenigen noch offenstehenden ausländischen Bezugsmöglichkeiten beschafft wird, mag hinreichen, den dringenden, auf das allernotwendigste beschränkten Bedarf zu decken und das Durchhalten zu ermöglichen. Es vermag aber nicht zu verhindern, daß eine vollständige Erschöpfung der inneren Vorräte eintritt, ein Mangel an Verbrauchsgütern, wie er in der Geschichte noch niemals dagewesen.

## 2. Die Retablierungskonjunktur.

Das naturgemäße Ergebnis davon muß sein, daß nach Abschluß des Krieges ein förmlicher Warenhunger sich geltend machen wird. Die Bewegung wird vom letzten Verbraucher ihren Ausgang nehmen. Ein großes Aufatmen wird durch die Welt gehen, wenn die Wege des Verkehrs wieder offenstehen. Jeder wird glauben, nunmehr der lästigen Beschränkungen ledig zu sein, die der Krieg ihm auferlegte, und lange zurückgedrängte Bedürfnisse nachholen zu können. Dazu kommt eine außerordentliche Steigerung der Kaufkraft, nicht nur bei den im Kriege Reichgewordenen, sondern auch in breiteren Schichten, wie bei der ländlichen Bevölkerung und den Arbeitern der Kriegsindustrien. Die ganze Wucht dieser plötzlich auftretenden Nachfrage fällt auf den Handel und löst bei ihm erfahrungsgemäß nicht nur das Bestreben aus, die Ware herbeizuschaffen, die zur Befriedigung des unmittelbar drängenden Bedarfes notwendig ist, sondern auch seine Vorräte derart aufzufüllen, daß er längerer Dauer und stärkerer Entwicklung der Nachfrage gewachsen bleibt. Dabei macht sich — wie wieder die Erfahrung zeigt — nur allzu leicht eine übertrieben günstige Beurteilung der Sachlage geltend. Der Handel neigt ja im allgemeinen zu einer Überschätzung der Konjunktur hinsichtlich ihrer Dauer und ihres Umfanges, und so entwickelt sich rasch eine über das wahre Bedürfnis hinausgehende Steigerung der Nachfrage durch übertriebene Vorratsanlegung seitens des Handels.

Auf den Erzeuger der Ware wirkt die Nachfrage des Verbrauchers in den meisten Gewerbezweigen nicht unmittelbar, sondern erst durch Vermittlung des Händlers. Infolgedessen tritt an ihn bereits eine Nachfrage von ungesund gesteigerter Intensität heran. Nun neigt aber auch die Industrie aus denselben psychologischen Gründen wie der Handel zu optimistischer Beurteilung der Lage. Nur gründet sich bei ihr dieses Urteil nicht mehr auf die unmittelbare Beobachtung des wirklichen Bedarfes der konsumierenden Schichten, sondern auf die bereits von Überschätzung beeinflusste Nachfrage des Handels. So wird die Welle der Konjunktur immer höher, je mehr sie sich von ihrem Ausgangspunkte — der gesteigerten Nachfrage des Konsumenten — entfernt.

Die Wirkungen dieser neuerlichen Überschätzung der Konjunktur durch die Industrie beginnen bei verstärkter Ausnützung der vorhandenen Produktionsfähigkeit, schreiten aber bald zu ihrer Steigerung fort: die Arbeiterzahl wird vermehrt, neue Anlagen entstehen, vorhandene werden vergrößert, und wie die Nachfrage der Kundschaft den Händler zu übertriebenen An-



schaffungen verführt, verleitete das Übermaß seiner Bestellungen die Industrie zu überstürzten Rohstoffkäufen.

Die Gefahren der Lage werden bei der Entwicklung, die bevorsteht, noch dadurch vermehrt, daß niemand wird warten wollen. Der Verbraucher will sein Bedürfnis unmittelbar befriedigen. Er will fertige Ware beim Händler erhalten, nicht eine Vertröstung auf spätere Lieferung. Daher will auch der Händler die Ware, die er kauft, unmittelbar geliefert bekommen.

Wie steht es nun mit der Lieferungsfähigkeit der Industrie? Sie hat weder Rohstoffe noch Halbfabrikate, noch fertige Ware auf Lager. Der Rohstoff muß erst von weit her, vielfach aus der Übersee bezogen, das Halbfabrikat daraus erzeugt und weiterhin zur Fertigware verarbeitet werden. Erst Wochen oder Monate, nachdem das erste Schiff mit Rohstoffen in unsere Häfen eingelaufen ist, wird die erste fertige Ware unsere Fabriken verlassen. In gewissem Umfange kann dieser Übelstand vielleicht dadurch gemildert werden, daß die Kriegsverwaltung die Rohstoffvorräte und die Bestände an Altmaterial, über die sie verfügt, der Industrie zur Verarbeitung sofort nach Friedensschluß — unter Umständen gegen Rückstellung aus späteren Einfuhren — überläßt. Doch wird dies nur bei einzelnen Industrien zutreffen und auch hier nicht von allzu großer Bedeutung sein. Endlich sind noch die mancherlei Hemmnisse in Betracht zu ziehen, mit denen man beim Übergang zur regelmäßigen Friedensarbeit zu kämpfen haben wird. Man wird Schwierigkeiten damit haben, den Arbeiterstand wieder auf seine volle Höhe zu bringen, Schäden an Maschinen und Werksanlagen zu beseitigen, stillliegende Fabriken wieder in Gang zu bringen, mit Kriegsarbeit beschäftigte auf den Friedensbetrieb umzuschalten. All das verlängert die Zeit, die man braucht, um mit den ersten Fabrikaten wieder auf dem Markt zu erscheinen. Inzwischen ruht die Nachfrage nicht, und da es unmöglich ist, ihr Drängen im Inlande zu befriedigen, wird man die Ware dort suchen, wo sie zu finden ist, im Ausland. In demselben Augenblick, in dem die Industrie alles daransetzen muß, die notwendigen Rohstoffe für die Wiedereröffnung ihres Betriebes und für die Auffüllung ihrer Lager zu erhalten, werden infolgedessen massenhafte Einfuhren an fertigen Erzeugnissen und Halbfabrikaten stattfinden. Ein und derselbe Bedarf wird sozusagen dreimal gedeckt, von drei verschiedenen Seiten, die alle denselben Markt, dieselbe Nachfrage ins Auge fassen. Der Händler führt fertige Ware ein, um den Bedarf seiner Kundenschaft, wie er ihn absehätzt, möglichst rasch und voll zu befriedigen. Der Erzeuger fertiger Waren kauft zu demselben Zweck Halbfabrikate und der Fabrikant der Halbware Rohstoffe.

Daraus ergeben sich mehrfach unerwünschte Folgen. Vor allem eine gewaltige Steigerung unseres Bedarfes an internationalen Zahlungsmitteln und eine außerordentliche Vermehrung der Transportschwierigkeiten, weiterhin aber auch eine Erschwerung der Rohstoffbeschaffung für unsere Industrie. Denn in je größerem Umfange wir als Käufer von fertigen Waren und Halbfabrikaten im Ausland auftreten, in desto höherem Maße begegnen wir dem Wettbewerb der ausländischen Industrie beim Einkauf der Rohstoffe. Wir tragen auf diese

Weise selbst dazu bei, die Hochkonjunktur in Rohstoffen zu verschärfen, uns ihren Einkauf zu erschweren und zu verteuern.

Gleichzeitig bewirken die Warenkäufe im Ausland eine Beeinträchtigung der Absatzmöglichkeit auf dem inneren Markte. Läßt man die Einfuhr unbeschränkt zu, so wird unsere Industrie, wenn sie mit den ersten Waren herauskommt, die aus den neu eingeführten Rohstoffen hergestellt sind, die Kanäle des Verkehrs mit ausländischen Gütern vollgestopft finden. Es besteht die Gefahr, daß die Konjunktur, die dem Friedensschlusse folgt, unserer Industrie verlorengeht und vom Ausland abgeschöpft wird, und zwar in erster Linie von England und Amerika. Denn von allen großen Industriestaaten der Welt sind dies die einzigen, die sofort nach Friedensschluß mit Industriegütern auf dem Markt erscheinen können. Sie allein verfügen über die beiden Voraussetzungen, die hiezu notwendig sind: unversehrte industrielle Ausrüstung und ungehemmte Rohstoffversorgung. Österreich-Ungarn und Deutschland haben wohl eine unversehrte Industrie, aber ihnen fehlen die Rohstoffe. Frankreich hat freien Rohstoffbezug, aber seine Industrie liegt zum großen Teil im Kriegsgebiet. Die längere Dauer des Krieges mag die Überlegenheit Englands geschwächt haben, da auch seine Industrie größtenteils auf die Erzeugung von Kriegsbedarf umgeschaltet wurde und die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht ähnliche Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Arbeitskräften herbeiführte wie auf dem Kontinent. Trotzdem bleibt der Vorsprung Englands bei der Rohstoffdeckung und damit die Gefahr bestehen, daß die Retablierungskonjunktur, die aus der Neuversorgung des Verbrauches mit Gütern aller Art, aus der Auffüllung unserer inneren Vorräte und aus den Wiederherstellungsarbeiten für öffentliche Rechnung entspringt, größtenteils ihm und den Vereinigten Staaten, nicht aber der heimischen Arbeit zugute kommt. Wie ernst diese Gefahr zu nehmen ist, geht daraus hervor, daß dem War Trade Office in London bereits Anträge englischer Handelskammern vorliegen, Halbfabrikate und Industrieerzeugnisse in der ersten Zeit nach Friedensschluß nur an solche Firmen der Zentralmächte zu liefern, die gleichzeitig unter hohen Pönalien langfristige Verträge auf Lieferung der gleichen Ware abschließen. Man richtet sich also bereits auf die Eroberung und dauernde Festhaltung unserer Märkte ein.

Dies ist um so bedenklicher, als die Retablierungskonjunktur das einzige günstige Moment ist, auf das wir für den Neuaufbau unserer Volkswirtschaft mit Sicherheit rechnen können. Was später folgt, liegt im ungewissen, ja die Erfahrung berechtigt in dieser Beziehung eher zu einer ungünstigen Voraussage. Die Retablierungskonjunktur selbst birgt die Gefahr ungesunder Übertreibung in sich, namentlich wenn es nicht gelingen sollte, rechtzeitig im Geldwesen Ordnung zu machen. In diesem Falle werden die Wirkungen der Inflation um so stärker fühlbar werden, je weiter die Demobilisierung fortschreitet. Im Kriege ist eine große Menge von Umlaufmitteln durch den Bedarf der Armee im Felde und durch ihren Geldverkehr mit dem Hinterlande gebunden. Diese Mengen werden nun frei. Verstecktes Bargeld kommt hervor aus Strümpfen und Truhen, flüssige Geldmittel, die während des Krieges in Safes gehalten, in Bankguthaben oder Kriegsanleihe angelegt wurden, suchen Verwendung und wollen sich in Verbrauchsgüter verwandeln. Das Mißtrauen in

die Wertbeständigkeit des Geldes verleitet viele Kreise zu leichtsinnigen Käufen, zu Anschaffungen, die über den sparsamen Bedarf weit hinausgehen. Die natürliche Retablierungskonjunktur erfährt hiedurch noch eine Steigerung. Dazu kommen die großen Aufwendungen des Staates für Neuausrüstung des Heeres, für Wiederherstellung der Eisenbahnen, für den Wiederaufbau verwüsteter Grenzgebiete und die Einrichtung neuer Erwerbungen. Das Geld, das während des Krieges in langsam fließenden Kanälen verteilt war, sammelt sich jetzt in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens, in den Hauptadern des Verkehrs. Der Geldüberfluß steigert noch die allgemeine Neigung zur Überschätzung der Konjunktur und verleitet zu produktionssteigernden Neuanlagen, zur Überproduktion, Preistreiberei und wilden Spekulation. So kommt es nach dem Kriege zu einer Periode unnatürlich gesteigerten Wirtschaftslebens.

### 3. Die Retablierungskrise.

Der R ü c k s c h l a g beginnt, wenn die mit der Retablierung zusammenhängenden großen Bestellungen des Staates, der Eisenbahnen, der Länder und Gemeinden aufhören, wenn der erste Warenhunger gestillt ist, wenn der Verdienst der Arbeiter sinkt und die Reserven, die während des Krieges angesammelt wurden — das was man Kriegsgewinne im kleinen nennen könnte — durch die Fortdauer der Kriegsteuerung aufgezehrt sind. Dann erfolgt das plötzliche Aussetzen der Nachfrage, das Abbröckeln und bald der Sturz der Preise, der Einbruch einer wirtschaftlichen Krise schwerster Art. Die tiefere Ursache einer solchen Krise liegt darin, daß man den Überfluß an Geld, an fiduziären Zahlungsmitteln, die an die Stelle wirklicher, im Kriege verbrauchter Werte getreten sind, für einen Überfluß an Kapital hält; daß man die Wirtschaft so einrichtet, als ob durch den Krieg Werte geschaffen und nicht zerstört worden wären; daß man das letzte, vielleicht zur Genesung führende Stadium eines wirtschaftlichen Krankheitsprozesses infolge der damit verbundenen fieberhaften Reaktion mit einer Periode übersehender Vollkraft verwechselt. Die unausweichliche Folge einer solchen Krise wäre der Eintritt einer langen Periode wirtschaftlicher Stagnation mit all ihren verderblichen Rückwirkungen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit und das gerade unter Umständen, die die stärkste Anspannung aller finanziellen Kräfte des Staats- und Wirtschaftslebens erfordern.

### 4. Übergangsmaßnahmen im allgemeinen.

Vielleicht wird es möglich sein, dieser Krise zu entgehen oder sie doch wesentlich zu mildern, wenn wir die nötige Klugheit und Stärke aufbringen, rechtzeitig Selbstbeschränkung zu üben und wenn glückliche äußere Umstände uns begünstigen. Die Voraussetzungen dafür sind rechtzeitige einschneidende Maßnahmen zur Wiederherstellung unserer Valuta; eine derartige Verteilung der staatlichen Bestellungen und anderer öffentlicher Aufträge, daß eine Überspannung der industriellen Tätigkeit vermieden, vielmehr Beschäftigung für einen längeren Zeitraum geboten und ein allmählicher Übergang zur regelmäßigen Friedensarbeit hergestellt wird; endlich die Durchsetzung solcher Beschränkungen des Verbrauches wie der Produktion auch auf den vom Staate



und seinen Bestellungen nicht unmittelbar abhängigen Gebieten des Wirtschaftslebens, daß spekulative Übertreibungen der Retablierungskonjunktur vermieden werden, ohne ihre Ausnutzung für den Neubau unserer Volkswirtschaft zu hindern.

Um so notwendiger ist es natürlich zu verhüten, daß dieses beschränkte Tätigkeitsfeld vom ausländischen Wettbewerb mit Beschlag belegt wird. Ist es unsere Aufgabe, die Retablierungskonjunktur in solchen Grenzen zu halten, daß sie wohltätig wirkt und nicht in eine schwere Krise mündet, so müssen wir auch dafür sorgen, daß die Vorteile, die sich innerhalb dieser Grenzen erzielen lassen, so weit als nur möglich dem Neuaufbau und der Entwicklung unserer eigenen Volkswirtschaft dienstbar gemacht werden. Daraus ergibt sich die Forderung nach planmäßiger Regelung und Überwachung unseres Außenhandels, zunächst zu dem Zwecke, die drohende Überflutung unseres Marktes durch ausländische Fabrikate während der gefährlichen Übergangszeit abzuwehren.

### 5. Die Regelung der Rohstoffversorgung.

Auch bei der Einfuhr von Rohstoffen ist eine planmäßige Regelung unentbehrlich.

Wir müssen auf diesem Gebiete vor allem damit rechnen, daß wirtschaftliche Feindseligkeiten den Krieg überdauern und daß jene Bestrebungen unserer Feinde Wirklichkeit werden, die darauf gerichtet sind, uns den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft durch möglichste Hinderung des Rohstoffbezuges zu erschweren. Nach den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz sollen uns die Ententeländer während einer Reihe von Jahren die Vorteile eines privilegierten Handels verweigern und während der gleichen Zeit sich gegenseitig die Vorteile ihrer natürlichen Hilfsquellen vorbehalten. Das bedeutet nicht nur die Absicht, sich bei der Ausnutzung dieser Hilfsquellen, das heißt vor allem bei der Rohstoffversorgung, gegenseitig zu unterstützen und zu bevorzugen, sondern auch die feindliche Mächtegruppe nach Möglichkeit davon auszuschließen. Bei manchen Waren liegen die Verhältnisse für ein solches Vorgehen ziemlich günstig, soweit es sich dabei um die Verfügung über die Produktionsquellen und um die Geltendmachung des darauf gegründeten staatlichen Einflusses handelt. Wesentliche Schritte zu ihrer Verwirklichung sind bereits geschehen. So begnügt sich der niederländische Überseetrust bei den von ihm kontrollierten Warenverkäufen in Holland nicht mehr mit der Klausel, daß die Ware während des Krieges nicht nach Deutschland oder Österreich-Ungarn ausgeführt werden dürfe. Er verlangt seit jüngster Zeit die Verpflichtung, daß dies auch nach dem Kriege nicht geschehen werde. Gleichzeitig mehrten sich die Nachrichten über das Aufkaufen verschiedener Rohstoffe in neutralen Ländern für englische Rechnung.

Wir stehen möglicherweise vor dem Versuche, den europäischen Zentralmächten durch eine gigantische Ringbildung die Rohstoffbezüge nach dem Kriege abzuschneiden oder doch zu erschweren und zu verteuern. Es ist klar, daß ein solcher Plan nicht auf Dauer, sondern nur auf die Zeit des Überganges bis zur Friedenswirtschaft berechnet sein kann. Aber auch seine er-



folgreiche Durchführung in diesem begrenzten Umfange würde genügen, uns den schwersten Schaden zuzufügen und uns auf Jahre hinaus wirtschaftlich niederzuwerfen. Der Erschöpfung durch den Krieg soll nach den Absichten unserer Feinde eine wirtschaftliche Krise von niederschmetternder Gewalt folgen.

Die Durchführbarkeit solcher Pläne hängt allerdings stark davon ab, wie sich die Rohstoffversorgung im allgemeinen auf dem Weltmarkte gestaltet. Es ist möglich, daß die verfügbare Menge der Rohstoffe weit hinter dem Bedarfe zurückbleibt, der nach dem Kriege auftreten wird. Die ungeheuren Materialzerstörungen, die der lang andauernde Krieg bewirkte, die Lücken, die er in die Vorräte gerissen hat, machen dies nicht unwahrscheinlich. Die Folge wäre ein Kampf um den Rohstoff, der sich zunächst in ungeheurer Preistreiberei äußern, natürlich aber auch das Aufkaufen zur Schädigung des Gegners begünstigen würde, weil man die aufgekaufte Ware nicht aufstapeln und halten muß, sondern sie glatt im eigenen Land absetzen und der Verarbeitung zuführen kann. Man schädigt dabei die Industrie des Gegners, indem man Vorsorge für die eigene trifft, während man sonst bei einer Ringbildung dem spekulativen Zwecke zuliebe Kapital in Vorräten festlegen muß und schließlich an einen Punkt gelangt, wo man an der Größe des Unternehmens und dem Umfange des erforderlichen Kapitalaufwandes scheitert, weil man die immer neu produzierten Warenmengen nicht mehr aufnehmen kann. Diese Schwierigkeit fällt gänzlich weg, wenn ein noch dazu vom Staate geförderter Rohstoffring seine Tätigkeit nur gegen das Ausland richtet und in der Lage ist, die aufgekaufte Ware dank des allgemeinen Rohstoffmangels ohne Verlust oder selbst mit Gewinn an die Industrie des Heimatlandes abzusetzen.

Zur Möglichkeit eines natürlichen oder künstlichen Mangels an Rohstoffen tritt die Wahrscheinlichkeit außergewöhnlicher Preisgestaltung, die unsere Versorgung gleichfalls erheblich beengen kann. Die meisten und wichtigsten Rohstoffe, die unsere Industrie aus dem Auslande beziehen muß, haben während des Krieges eine ganz außerordentliche Verteuerung erfahren, und zwar hat sich dies nicht etwa nur bei Gegenständen unmittelbaren Kriegsbedarfes vollzogen, sondern auch bei Rohstoffen, wie Baumwolle, wo der Wegfall der mitteleuropäischen Käufer eher eine Verbilligung erwarten ließ. Es ist nicht anzunehmen, daß die Preise mit Wiederkehr des Friedens ohne weiters erheblich zurückgehen werden; denn der Wegfall des Kriegsbedarfes wird durch die Nachfrage der solange eingeschränkten Erzeugung für den Zivilverbrauch sowie durch die drängenden Ansprüche der Mittelländer, die alle von früher her vorhandenen Vorräte aufgebraucht haben werden, mehr als aufgewogen. Die hohen Weltmarktpreise werden sich aber für uns infolge der Valutaentwertung vielleicht sogar noch verdoppeln, so daß wir uns auch das wenige, das zur Verfügung stehen wird, nur mit besonderen Anstrengungen werden verschaffen können.

Sollten die Dinge sich so entwickeln, so könnte von einer Beschränkung der Rohstoffzufuhr allerdings nicht die Rede sein. Alle Bemühungen müßten sich dann darauf vereinigen, den erforderlichen Rohstoffbedarf in möglichst weitem Umfange zu sichern.

Inwieweit dies der Tätigkeit des einzelnen zu überlassen wäre, ob eine staatliche Organisierung unter Ausschluß jeder Konkurrenz Platz zu greifen hätte oder ob eine solche nur als Ergänzung neben die private Betätigung treten soll, mag derzeit noch eine offene Frage bleiben. Soviel ist aber jedenfalls sicher, daß ein durchaus passives Verhalten des Staates schon wegen der engen Beziehungen zwischen den Fragen der Rohstoffversorgung und der Währung ganz unmöglich sein wird. Gewiß wird die wirtschaftliche Kraft jeder einzelnen Firma, ihr Bestand an persönlichen und geschäftlichen Beziehungen zum Ausland, ihr Besitz an international gültigen Werten bei der Wiederherstellung unserer Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen, und man wird darauf bedacht sein müssen, diese aufbauenden Kräfte wirksam werden zu lassen; aber deshalb dürfen diejenigen, die sich nicht in gleich günstiger Lage befinden, diejenigen, die ihr Vermögen ganz oder überwiegend in heimischen Werten, in Kriegsanleihe oder inländischem Gelde festgelegt haben und sich aus diesem Grunde nicht so leicht selbst helfen können wie die Vorsichtigeren, die sich rechtzeitig Auslandsguthaben schufen, nicht ohne Beistand gelassen werden. Sie haben ein Recht darauf, daß ihnen über die ersten Schwierigkeiten hinweggeholfen wird. Die staatlichen Bemühungen zur Fundierung unseres Papiergeldes und zur Wiederherstellung unserer Währung sind hier von höchster Bedeutung. Es wird weiter unten gezeigt werden, wie die im Ausland aufzunehmenden Anleihen mit den Rohstoffbezügen notwendig in Zusammenhang stehen. Schon hiedurch wird eine mehr oder minder weitgehende Einflußnahme der Verwaltung auf die Beschaffung und Verteilung der Warenbezüge gegeben sein.

Die Mittel werden keinesfalls unerschöpflich sein. Die Sicherung des Bedarfes müßte in der Weise stattfinden, daß alle Industrien, für die sie sich als notwendig herausstellen sollte, nach Möglichkeit berücksichtigt werden, so daß nicht etwa die Deckung des Bedarfes der einen Industrie eine andere der Mittel hierzu beraubt. Ebenso müßte innerhalb der einzelnen Industrien für eine gerechte Aufteilung des bezogenen Rohstoffes unter die einzelnen Unternehmungen Sorge getragen werden.

Eine erhöhte Bedeutung würde unter diesen Umständen die Kontrolle unserer Fabrikateinfuhr gewinnen. Dem Gegner unsere Märkte für die Erzeugnisse seiner Industrie offen lassen, hieße ihm die Möglichkeit geben, seinen Wettbewerb auf dem Rohstoffmarkte mit verstärkter Kraft durchzuführen. Die Frage der Rohstoffversorgung läßt sich eben von der Regelung der Fabrikateinfuhr nicht trennen. Beide sind, ebenso wie die Organisation der Erzeugung und des Verbrauches im Innern nur verschiedene Seiten einer großen Frage, die einheitlich und in großem Stile gelöst werden muß, wenn unserem Vaterlande das Elend wirtschaftlichen Siechtums und finanziellen Zusammenbruches erspart werden soll.

Bei den Vorbereitungen, die getroffen werden müssen, darf man allerdings auch die Möglichkeit nicht außer Auge lassen, daß die gefürchteten Beengungen in der Deckung des Rohstoffbedarfes nicht eintreten. Je reichlicher das Angebot an Rohstoffen auf dem Weltmarkt ist, desto geringer wird die Gefahr künstlicher Erschwerung ihres Bezuges durch Ringbildung und Aufkauf in feindlichen Staaten. Trotzdem wird man auch in diesem Falle die

rechtzeitige Sicherung der Einfuhr nicht außer acht lassen dürfen. Sie tritt jedoch unter diesen Umständen gegen eine andere Aufgabe zurück: gegen die Aufgabe der Regelung des Rohstoffimports im Sinne der Beschränkung auf das Notwendige. Schon die Rücksicht auf den Stand unserer Valuta und auf die beschränkte Menge der im Zeitraume des Überganges zur Verfügung stehenden internationalen Zahlungsmittel gebietet es, auch hier kluge Beschränkung zu üben und entbehrliche Einfuhren hintanzuhalten. Eine einheitliche Regelung ist auch notwendig, um zu verhüten, daß Devisenbestände und Transportmittel von einer Industrie auf Kosten der übrigen im Übermaß in Anspruch genommen werden. Je leichter die Beschaffung des Rohstoffes als Ware sich vollzieht, desto sorgfältiger muß im Interesse der Volkswirtschaft als ganzes darauf Bedacht genommen werden, die Versorgung der einzelnen Industriezweige möglichst gleichmäßig zu gestalten, eine Überdeckung des einen zum Schaden des andern zu vermeiden und eine gewisse Gleichmäßigkeit in der Versorgung der einzelnen Unternehmungen ein und desselben Industriezweiges herbeizuführen. Eine zweckentsprechende Lösung dieser Fragen, die vom industrie- und sozialpolitischen Gesichtspunkt aus von allergrößter Bedeutung sind, jedoch in ihrer praktischen Durchführung außerordentlichen Schwierigkeiten begegnen, ist ohne eine nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitete Organisation des Rohstoffbezuges in den verschiedenen Gewerbszweigen unmöglich.

Eine solche Organisation wird aber auch nach anderer Richtung hin unbedingt notwendig. Nach Abschluß des Krieges werden wir nicht nur vor der Aufgabe stehen, unsere Rohstoffbestände zu ergänzen, wir werden auch genötigt sein, Nahrungs- und Futtermittel aus dem Auslande zu beziehen und auf die entsprechende Versorgung unserer Landwirtschaft mit Betriebsmitteln verschiedener Art, wie landwirtschaftliche Maschinen, künstliche Düngstoffe, Zucht- und Nutzvieh, bedacht sein müssen. Die Einfuhren, die zu diesem Zwecke bewerkstelligt werden müssen, treten hinsichtlich der Valutabeschaffung und der Sicherung des Schiffsraumes in Konkurrenz mit den Rohstoffbezügen der Industrie. So wichtig es ist, nach den Entbehrungen und Mißlichkeiten der Kriegszeit eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Fleisch und Fett zu sichern und der Landwirtschaft die notwendigen Betriebsmittel zu gewähren, muß doch auch hierbei das richtige Maß gehalten werden. Man wird für reichlichere Befriedigung des Bedarfes Sorge tragen müssen, aber nicht alle Beschränkungen mit einem Schlage beseitigen zu können. Das Maß, in dem sie fortbestehen müssen, wird bestimmt durch die Rücksicht auf den Stand unserer Valuta und auf den Importbedarf an Rohstoffen und Industriegütern.

Die Herstellung eines gerechten, vernünftigen, den wahren Interessen der Volkswirtschaft entsprechenden Verhältnisses, die Abwehr unberechtigter Ansprüche und die Herbeiführung eines Ausgleiches zwischen den widerstreitenden Interessen ist aber nur möglich auf Grundlage einer umfassenden Organisation. Nur mit ihrer Hilfe wird es gelingen, die richtige Mitte zu halten und den Fehler einseitiger Konsumentenpolitik ebenso zu vermeiden wie jenen einseitiger Produktionspolitik.



### 6. Die Wirkung des Krieges auf den Export.

Der Krieg hat uns nicht nur in der Einfuhr auf schmale Kost gesetzt, er ließ auch unsere Ausfuhr auf ein Mindestmaß zusammenschrumpfen. Je mehr Staaten in die Reihe unserer Gegner traten, desto enger begrenzt wurde das unserem Handel zugängliche Gebiet auf dem europäischen Festland. Die Seesperre unterband nicht nur unsere eigene Schifffahrt, sondern bereitete auch der durch Neutrale vermittelten Ausfuhr nach der Übersee steigende Schwierigkeiten. Um die Deckung unseres eigenen, durch die Heereserfordernisse außerordentlich gesteigerten Bedarfes zu sichern, mußten wir selbst zur Erlassung zahlreicher Ausfuhrverbote schreiten, deren Kreis wir immer mehr erweiterten, je stärker die Beschränkungen der Einfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln sich fühlbar machten. Eine zweite Gruppe von Ausfuhrverboten betraf Waren, die wir zwar trotz des Krieges im Überschuß erzeugten, deren Ausfuhr wir jedoch gleichwohl beschränken mußten, weil sie dem Feinde zugute gekommen wäre oder weil die Möglichkeit geschaffen werden mußte, im Verkehr mit neutralen Ländern, die sich unter dem Drucke der Entente und mit Rücksicht auf ihre eigene Bedarfsdeckung gleichfalls mehr und mehr mit Ausfuhrverboten umwallten, eine Ausfuhrerlaubnis gegen die andere zu tauschen und auf diese Weise Warenbezüge aus dem Auslande zu bewerkstelligen, die ohne solche Zwangsmaßregeln nicht zu erlangen gewesen wären.

Innerhalb des verhältnismäßig kleinen Kreises von Waren, die von Verboten freiblieben, litt die Exportfähigkeit durch die Rückwirkungen des Kriegszustandes auf den Gang der Erzeugung. Wer ausländische oder für Kriegszwecke beanspruchte Rohstoffe verarbeitete, wie Metalle, Wolle oder Baumwolle, hatte bald Mangel daran zu leiden. Auch die Versorgung mit inländischen Rohstoffen war Stockungen und Schwierigkeiten unterworfen, da die Produktion zurückging und Transportschwierigkeiten sich einstellten. Die militärischen Einberufungen und das Abströmen der Arbeiter in die Kriegsindustrien bewirkte eine Herabminderung des Arbeiterstandes. Namentlich trat ein Mangel an hochqualifizierten und infolgedessen schwer zu ersetzenden Arbeitern ein. Der Bezug von Maschinen und Werkzeugen, ja schon die Beschaffung von Ersatzstücken für einzelne stark beanspruchte und häufiger Auswechslung unterliegende Maschinenteile machte immer größere Schwierigkeiten und wurde in manchen Fällen ganz unmöglich. So bewirkte der Krieg in jenen Industrien, die nicht unmittelbar für seinen Bedarf arbeiteten, eine fortschreitende Störung und Lähmung des Betriebes.

Unter dem Zusammenwirken aller dieser Umstände schrumpfte der Export ein. Seine Organisation verfiel, die Verbindungen mit dem Auslande rissen ab. Wir müssen uns darüber klar sein, daß sie nicht sofort neu geknüpft sein werden, wenn der Kriegszustand aufhört und, was noch wichtiger ist, auch unsere Industrie braucht eine gewisse Zeit, bis sie wieder zu voller Produktions- und Exportfähigkeit zurückgekehrt ist. Nur wenige Zweige unserer Volkswirtschaft werden instande sein, gleich nach Eintritt friedlicher Verhältnisse den Export in größerem Stile wieder aufzunehmen. Unser Außenhandel wird daher in der ersten Zeit nach dem Kriege weniger ein Austausch von Waren mit dem Auslande als ein Bezug von Waren aus dem Auslande



sein. Wir werden auf dem Weltmarkt in ungleich größerem Umfang als Käufer denn als Verkäufer auftreten und müssen in großem Maßstab importieren, ehe wir anfangen können, aus den Überschüssen unserer eigenen Produktion Gegenwerte ins Ausland zu schaffen.

## 7. Die Finanzierung der Auslandsbezüge.

### a) *Aus inländischem Vermögen.*

Dies sind die Umstände, unter denen Österreich an die Finanzierung seiner Auslandsbezüge herantreten muß.

An einen Ausgleich durch *Ausfuhr von Gold* aus unseren eigenen Beständen kann aus dem einfachen Grunde nicht gedacht werden, weil verfügbares Gold nach Abschluß des Krieges bei uns nicht vorhanden sein wird.

Wir müssen daher trachten, Gold aus dem Ausland an uns zu ziehen oder Goldguthaben im Auslande zu erlangen. Das nächstliegende Mittel zu diesem Zweck ist der *Effektenexport*. Wir sind kein Gläubigerland, und was an Kapital jährlich bei uns neugebildet wurde, fand reichliche Anlagemöglichkeit im Inland, um so mehr, als wir auch den immer regen Kapitalbedarf Ungarns zu befriedigen hatten. Immerhin wurde der österreichische Besitz ausländischer Werte vor dem Kriege auf ungefähr eine Milliarde Kronen geschätzt. Der Besitz deutscher Werte erreichte, namentlich in industriellen Kreisen, einen ziemlich bedeutenden Umfang, und auch amerikanische und kanadische Papiere haben in größeren Mengen den Weg zu uns gefunden. Eine ziemliche Rolle spielten auch Balkan- und Orientpapiere (wie Orientbahnaktien, Türkenlose, türkische Tabakregieaktien, bulgarische und serbische Staatswerte und Städteanleihen), die allerdings im internationalen Verkehr nur schwer und meist kaum besser als unsere eigenen verwertbar sein werden, abgesehen davon, daß bei manchen dieser Papiere, so zum Beispiel bei Orientbahnaktien, ein Verkauf auch aus politischen Gründen nicht wünschenswert wäre.

Der Verkauf ausländischer Effekten muß um so lohnender erscheinen, je höher ihr Kurs im Auslande steht und je schlechter der Kurs unserer Valuta ist. Denn bei solchem Zusammentreffen winkt ihrem Eigner nicht nur ein Kursgewinn, sondern auch ein Sondernutzen aus der Valutadifferenz. Die Neigung, solche Papiere zu verkaufen, wird allerdings durch das Mißtrauen in die Stabilität unserer Verhältnisse stark beeinträchtigt. Vielfach wird heute der Besitz ausländischer Werte als eine Sicherung gegen die Zufälligkeiten der künftigen Entwicklung angesehen. Man betrachtet ihn als den einzigen gegen eine fortschreitende Entwertung unseres Geldes unbedingt gesicherten Vermögensbestandteil, und es ist deshalb wohl zweifelhaft, ob in der Bevölkerung große Neigung dafür vorhanden sein wird, diese Sicherheit gegen inländische Anlagewerte zu vertauschen. Die Bereitwilligkeit, ausländischen Effektenbesitz abzustoßen, wird daher wohl auf der einen Seite durch das Disagio unserer Währung und die hievon bedingte Gewinstaussicht vermehrt, auf der anderen Seite setzt sie jedoch voraus, daß, trotzdem ein gewisses Vertrauen in unserer Währung vorhanden ist, man ihr weiteres Sinken für unwahrscheinlich hält und die Wiederherstellung ihres Wertes erhofft.

Ein erheblicher Teil unseres ausländischen Effektenbesitzes wurde übrigens während des Krieges realisiert, zum Teil zwangsweise infolge der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen, die vom feindlichen Auslande gegen österreichischen Besitz ergriffen wurden.

Zu beachten ist auch, daß ein Großteil des österreichischen Besitzes an ausländischen Werten zum Bestande großer Vermögen gehört, die ihrer Natur nach ihre Anlagen auf verschiedene Länder zu verteilen trachten und weder Lust noch Nötigung zu einer Veräußerung empfinden. Man wird sich also hinsichtlich des Betrages ausländischer Zahlungsmittel, der durch Abstoßung fremder Effekten zu erlangen ist, keinen allzu großen Erwartungen hingeben dürfen. Als vorbereitende Maßnahme wurde bereits durch die Verordnung vom 15. Dezember 1916 eine Aufnahme des österreichischen Besitzes an ausländischen Effekten durchgeführt.

*b) Durch langfristige Verschuldung (Export inländischer Effekten und Aufnahme auswärtiger Anlehen).*

Kommt die Abstoßung ausländischen Effektenbesitzes in ihrer Wirkung auf die Volkswirtschaft dem gleich, was für eine Privatwirtschaft die Veräußerung von Vermögensobjekten zum Zwecke der Beschaffung von Barmitteln bedeutet, so ist der Export heimischer Effekten ebenso wie die Unterbringung von Anlehen oder anderen Neuemissionen im Auslande nichts anderes als eine Steigerung unserer auswärtigen Verschuldung oder der Beteiligung fremden Kapitals an österreichischen Unternehmungen. Als Kaufpreis für die exportierten Effekten oder als Anlehenserlös fließt uns fremdes Kapital zu; dafür wächst die Summe, die wir jährlich in Form von Zins- oder Dividendenzahlungen ans Ausland zu leisten haben.

Es ist fast überflüssig zu sagen, daß die Möglichkeit des Exports heimischer Effekten vor allem vom Ausgang des Krieges abhängt. Im übrigen muß man bei der Beurteilung der Aussichten, die sich nach dem Kriege für diesen Export bieten, zunächst zwischen solchen Effekten unterscheiden, welche die Verpflichtung zur Goldzahlung (oder, was dem gleichkommt, zur wahlweisen Zahlung in Kronenwährung und in ausländischen Valuten je nach Wunsch des Inhabers) enthalten und zwischen Papieren, die einfach auf Kronenwährung lauten und infolgedessen in Papier verzinslich sind.

Die Möglichkeit, in Gold verzinsliche Werte im Ausland unterzubringen, hängt — abgesehen von dem Einflusse politischer Verhältnisse — lediglich davon ab, ob die Kapitalsanlage in solchen Papieren mit Rücksicht auf ihren Kurs und auf die Höhe ihrer Verzinsung eine entsprechende Rentabilität verspricht und ob genügendes Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit des Schuldners, eventuell in die Güte des gegebenen Pfandes vorhanden ist. Dieses Vertrauen wird auch wesentlich davon bedingt sein, daß wir die Couponzahlung in Gold nicht nur wieder aufnehmen, sondern auch die durch Festsetzung von Kriegskursen hervorgerufenen Rückstände regeln. Das Disagio unserer Valuta kann auf den Absatz von Goldpapieren eine Wirkung nur äußern, wenn größere Schwankungen von Tag zu Tag der Arbitrage einen Spielraum gewähren.

Dagegen ist bei Effekten, die auf Kronenwährung lauten, der Stand unserer Valuta von ausschlaggebender Bedeutung für ihre Absatzfähigkeit im Auslande. Der Ankauf des Effekts wird dem Ausländer um so lohnender erscheinen, je niedriger unsere Valuta steht, weil der Betrag in ausländischer Währung, der für den Erwerb des Papiers angelegt werden muß, sich dann um so niedriger stellt. Auf der anderen Seite wird die Rentabilität des Papiers für den Erwerber entscheidend davon beeinflußt, ob eine weitere Senkung unserer Valutakurse zu erwarten ist oder ob er mit ihrer Stabilität und allmählichen Besserung rechnen kann. Der Export von Kronenwerten wird daher erst in dem Augenblicke beginnen, in dem die Kurse unserer Währung ihren Tiefstand überschritten haben und das Vertrauen wiederzukehren anfängt. Ehe dies der Fall ist, mag die Notwendigkeit, Kronenguthaben zu realisieren, die aus dem Warenexporte nach Österreich entstanden sind und ohne neuerlichen Druck auf die Kurse und hieraus drohende Verluste nicht zurückgezogen werden können, zu Effektenkäufen des Auslandes in beschränktem Umfang führen. Wer sich durch den Verkauf gegen Kronen in eine Valutenspekulation eingelassen hat und keine Gelegenheit zu gewinnbringender oder doch verlustloser Lösung seines Engagements hat, findet es natürlich vorteilhafter, sein Guthaben in Effekten umzusetzen, durch deren Kursbewegung er den Verlust aus der Valutasehwankung wettmachen kann, statt es in der alleinigen und zumindest fernliegenden Hoffnung einer Besserung des Kronenkurses stehen zu lassen. Tatsächlich haben solche Käufe schon während des Krieges stattgefunden. Es handelt sich dabei um eine Art Konsolidierung schwebender Schulden unserer Volkswirtschaft gegenüber dem Auslande, ähnlich wie die Kriegsanleihe eine Konsolidierung der inneren Notenschuld ist. Ein Effektenexport größeren Stils, durch den verfügbare Guthaben im Auslande geschaffen werden sollen, wird jedoch erst dann möglich, wenn die erwähnten Voraussetzungen geschaffen sind.

So rückt auch hier das Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, auf die Tragkraft unserer Finanzen und auf die Wiederherstellung unserer Währung in den Mittelpunkt. Die Lösung der Valutafrage wird von entscheidender Bedeutung dafür sein, ob und in welchem Umfang es gelingen wird, im Auslande die Kapitalien zu finden, die für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft notwendig sind. Je kräftiger unser Wille sich äußert, die finanzielle Ordnung wieder herzustellen, je einschneidendere Maßnahmen zu diesem Zweck ergriffen werden, desto rascher wird das Vertrauen und der Kredit wiederkehren. Wir müssen jedoch damit rechnen, daß wir in der Zeit des Überganges unmittelbar nach Friedensschluß ungeachtet aller Anstrengungen immer noch mit einem gewissen Mißtrauen zu kämpfen haben werden. Wenn man uns selbst den Willen glaubt, man wird uns den Erfolg nicht glauben.

Es ist aus diesem Grunde fraglich, ob es gelingen wird, sofort nach Friedensschluß für staatliche Rentenanleihen im Ausland einen Markt zu finden. Eher dürfte an die Regelung befristeter Anleihen in Form von Schatzscheinen zu denken sein. Unter Umständen würde es die Unterbringung eines staatlichen Anlehens der einen oder anderen Art im Auslande wesentlich erleichtern, wenn ihm die Form eines Rohstoff-



anlehen gegeben würde, dessen Erlös nicht in Gold abgezogen werden kann, sondern lediglich ein zur Bezahlung von Warenbezügen bestimmtes Guthaben bildet. Soweit der Staat nicht selbst als Warenkäufer auftritt, würde dieses Guthaben für die Staatsfinanzen durch Abgabe von Devisen für Rohstoffbezüge der Industrie nutzbar gemacht werden. Die Abgabe könnte leihweise gegen die Verpflichtung zur Rückzahlung in Gold oder Goldforderungen auf das Ausland erfolgen, so daß der Staat nach bestimmter Zeit nicht nur das Geliehene in Natur zurückerhielte, sondern nunmehr über sein Goldguthaben auch vollkommen frei verfügen könnte. Für die Industrie würde die Verpflichtung zur Rückzahlung in Gold einen starken Anreiz zur Pflege des Exports bilden, um auf diesem Wege in Besitz der ausländischen Goldforderungen zu gelangen, deren sie zur Begleichung ihrer Goldschuld an den Staat bedarf. Sollte die Finanzverwaltung den vorbehaltlosen Verkauf der Devisen vorziehen, so würde dem Staate der Gegenwert in Form heimischer Banknoten zufließen und könnte ebensowohl zur Deckung irgendwelcher Ausgaben wie zur Verringerung des Notenumlaufes verwendet werden, so daß das Rohstoffanlehen auch in diesem Falle gleichzeitig als Valutaaulehen dienen könnte.

Leichter als staatliche Titres dürften im Auslande Kommunalaulehen, Pfandbriefe und andere Privateffekten ein Unterkommen finden. Allzusehr geneigt, die Gegenwart nach Analogie der Vergangenheit zu beurteilen, hat man als finanzielle Folgen des Krieges immer nur die Devaluation der Währung und die Einstellung oder Kürzung der Zinsenzahlung für Staatspapiere vor Augen. Von dieser Anschauung ausgehend, neigt man ziemlich allgemein zu dem Glauben, daß Aktien und Obligationen privater Unternehmungen oder auf einer Hypothek beruhende Schuldverschreibungen in derart kritischen Zeitläuften eine höhere Sicherheit bieten als staatliche Werte, da das Geschäft ja auch nach einem Zusammenbruche der Staatsfinanzen weitergehe, der Grundbesitz, die Fabrik, das Bergwerk und die Eisenbahn danach nicht weniger wert seien wie vorher und der infolge der Devaluation gesunkene Wert der Geldeinheit in nominell höheren Umsätzen, Erträgen und Kursen seinen Gehalt finde. Tatsächlich hatten die Effektenkäufe des Auslandes während des Krieges neben kurzfristigen Titres der Kriegsanleihe hauptsächlich Privateffekten zum Gegenstand, und wenn man nach dem Krieg an die systematische Pflege des Effektenexports geht, wird man gleichfalls auf diese Vorliebe für Privateffekten Bedacht nehmen müssen.

Bei der Beurteilung der Aussichten, die sich unserem Effektenexport nach Friedensschluß eröffnen, ist auch in Betracht zu ziehen, daß im feindlichen Ausland ein ziemlich starker Besitz österreichischer und ungarischer Werte, namentlich in Gold verzinslicher Papiere vorhanden ist. Ein erheblicher Teil dieses Besitzes ist bereits jetzt nach neutralen Plätzen abgeflossen. Die natürliche Folge war eine ungünstige Beeinflussung des Kursstandes unserer Effekten auf diesen Plätzen. Die Effektenarbitrage, die im Frieden jede Verschiedenheit des Kursstandes unserer Effekten auf den ausländischen und heimischen Märkten sofort ausglich, ist während des Krieges größtenteils ausgeschaltet. Denn seit der Regelung des Handels mit ausländischen Zahlungsmitteln werden Devisen für Effekten-



importe nur gegeben, wenn dies mit Rücksicht auf den Stand des Staatskredits unbedingt erforderlich ist. Außerdem wird der Nachweis verlangt, daß die zu beziehenden Effekten aus neutralem Besitz stammen, und Papiere mit englischem oder französischem Stempel dürfen überhaupt nicht bezogen werden. Die Hinderung der Arbitrage durch diese Maßnahmen bewirkte eine Disparität des Kursstandes unserer Effekten im neutralen Ausland und im Inlande, die 10 bis 15% beträgt und namentlich bei Goldrenten ziemlich stark ist. Für jene Effektkategorien, für die diese Verhältnisse zutreffen, fehlen daher gegenwärtig die Voraussetzungen eines Exports. Sie sind im neutralen Auslande billiger zu haben als auf unseren Börsen. Wenn nach dem Kriege die Schranken des Verkehrs wieder fallen und Papiere aus feindlichem Besitz wieder lieferfähig werden, müssen wir mit einem Aufleben der Arbitrage und einem ziemlich starken Rückströmen unserer im Ausland untergebrachten Effekten rechnen, da ja das feindliche Ausland wahrscheinlich jede Gelegenheit ergreifen wird, sich seines Besitzes an österreichischen und ungarischen Papieren zu entledigen. Es muß dahingestellt bleiben, inwieweit es beim Abschlusse der Friedensverträge möglich sein wird, gegen dieses für unsere Zahlungsbilanz höchst unerwünschte Rückströmen unserer Effekten aus den feindlichen Ländern Vorsorge zu treffen. Jedenfalls wird man bei der Regelung unseres Verkehrs mit ausländischen Zahlungsmitteln auf die Anforderungen Bedacht nehmen müssen, die sich unter Umständen aus dieser Quelle ergeben können. Sollte die bisherige Praxis aufrechterhalten und die Beistellung inländischer Devisen für den Effektenimport nach wie vor in allen Fällen verweigert werden, in denen sie nicht mit Rücksicht auf den Stand des öffentlichen Kredits unbedingt erforderlich ist, so würde die Arbitrage auch nach dem Friedensschlusse nur einseitig wirken und einen Ausgleich der Kurse nur bewirken können, wenn diese im Inlande niedriger stehen als im Auslande. An sich wäre dies mit Rücksicht auf unsere Valuta gewiß wünschenswert. Man muß jedoch gleichzeitig damit rechnen, daß die fortgesetzte Abstoßung unserer Effekten aus feindlichem Besitz nach den neutralen Plätzen diese günstige Kursgestaltung verhindern und damit auch den Effektenexport aus der Monarchie nach dem neutralen Ausland im Wege der Arbitrage unmöglich machen kann. Die Schutzwehr für unsere Valuta, die wir durch Verweigerung der Devisenabgabe für Effektenimporte aufrichten, wird dann gleichzeitig zu einem Hindernisse für die Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel im Wege des Effektenexports nach dem neutralen Auslande. Die Aufnahmefähigkeit seiner Märkte für unsere Effekten würde zunächst von unseren Gegnern für die Abstoßung ihres Besitzes an österreichischen und ungarischen Werten ausgenützt werden, und wir wären vor die Notwendigkeit gestellt, entweder die Kurse im Inlande so niedrig zu halten, daß der Arbitrageverkehr nach den neutralen Märkten und damit der Export möglich bleibt oder aber uns auf die Ausfuhr von Effektkategorien zu beschränken, die im Auslande noch nicht eingeführt sind und infolgedessen dem Drucke dieser ungünstigen Kursgestaltung nicht unterliegen.

Auch diese Erwägungen scheinen dafür zu sprechen, daß der Export von Privateffekten die günstigsten Aussichten bietet. Für die Begebung staatlicher Anleihen im neutralen Ausland und für die Bedingungen,

die dabei zu erzielen sind, bleibt es ziemlich gleichgültig, ob man die Disparität der Kurse bestehen läßt oder den Druck, den das von den feindlichen Ländern ausgehende Angebot übt, auf dem einen oder anderen Wege — durch Zulassung von Effektenimporten oder durch Niederhaltung der inländischen Kurse — auf unsere Märkte überträgt. Maßgebend dafür bleibt in jedem Falle die Kursentwicklung auf den neutralen Plätzen.

### *c) Durch kurzfristige Verschuldung.*

Neben den Effektenexport tritt als zweite Kreditquelle die kurzfristige Verschuldung im Warenhandel.

Die Deckung unseres Rohstoffbedarfs erfolgte vor dem Kriege zum Teil durch direkten Einkauf in überseeischen Produktionsgebieten, zum Teil durch Vermittlung des Importhandels deutscher, holländischer und englischer Hafenplätze. Der Anteil beider an der Gesamteinfuhr ist nach den einzelnen Warengattungen sehr verschieden.

Direkte Bezüge aus der Übersee wurden vor dem Kriege meist durch Vermittlung von Londoner Akzepthäusern und Auslandsbanken (Londoner Niederlassungen kontinentaler Banken, wie Credit Lyonnais, Schweizer Bankverein, Deutsche Bank, Anglo-Österreichische Bank, Länderbank) finanziert. Der österreichische Händler oder Industrielle ließ sich in der Regel durch Vermittlung seiner heimischen Bankverbindung bei einem solchen Londoner Haus einen Rembourskredit einräumen und erhielt dadurch die Möglichkeit, für seine überseeischen Rohstoffkäufe bis zur Höhe des vereinbarten Kredits auf London ziehen zu lassen. Der Rohstoffverkäufer in der Übersee, der für Rechnung des österreichischen Käufers verschiffte, zog für den Betrag seiner Faktura einen Wechsel auf das Londoner Akzepthaus, dem er die Verschiffungspapiere anheftete. Diese Tratte verkaufte er an eine Bank seines Heimatlandes, in vielen Fällen an die dortige Niederlassung einer europäischen Überseebank, empfing die Valuta und hatte dann weder mit dem Wechsel noch mit der weiteren Abwicklung des Geschäftes etwas zu tun, es sei denn in dem unwahrscheinlichen Falle, daß das Londoner Akzepthaus den Wechsel nicht einlösen sollte und infolgedessen seine Haftung als Aussteller der Tratte in Anspruch genommen würde. Die Bank in Übersee, die die Tratte gekauft hatte, sendete sie an ihren Korrespondenten in London, der sie dem bezogenen Akzepthause zur Annahme präsentierte. Nach seiner Akzeptierung wurde der Wechsel, der je nach Übereinkunft auf 3, 6 oder 9 Monate nach Sicht lautete, in London durch die Billbroker zum Diskont gehandelt. Wurde er fällig, so hatte ihn das Londoner Akzepthaus einzulösen. Es fand seinerseits seine Deckung zunächst in der Ware, deren Verschiffungsdokumente es bei der Akzeptierung des Wechsels übernommen hatte, und nach deren Weitergabe an den österreichischen Käufer bei diesem oder seiner österreichischen Bankverbindung, die dem Londoner Hause rechtzeitig vor Verfall des Wechsels die Valuta anzuschaffen hatte.

Die Funktion des Londoner Akzepthauses bestand somit in der Kredit- und Zahlungsvermittlung zwischen dem europäischen Kontinent und der Übersee. Ohne selbst ein nennenswertes Risiko zu laufen, ersetzte es durch seine Unterschrift und durch die Bekanntschaft seiner Firma in der

Übersee die mangelnden direkten Kreditbeziehungen zwischen dem überseeischen Verkäufer und dem österreichischen Käufer der Ware, zwischen dem überseeischen Bankinstitute, das den Wechsel zuerst übernahm, und der österreichischen Bank, bei der der Käufer akkreditiert war. Für diese Mühewaltung erhielt es eine Provision von  $\frac{1}{8}$  bis  $\frac{3}{8}$  % für drei Monate.

Die Rembourskredite, welche die Londoner Akzepthäuser und Auslandsbanken ihren österreichischen Kommitenten einräumten, wurden zum großen Teil in offener Rechnung, zum Teil gegen Deckung in Effekten gegeben. Dabei wurden vor dem Krieg auch österreichische Effekten als Deckung anstandslos genommen, so daß beispielsweise Kronenrente in großem Umfange zu diesem Zwecke herangezogen wurde. In der Regel blieben dabei die als Deckung gegebenen Papiere als Sperrdepot in Verwahrung der Bank, welche die Sicherheit ausgestellt hatte. Nach England ging nur ein Nummernverzeichnis. Da der durch Effekten bedeckte Kredit billiger war, wurde er auch von großen Banken lieber in Anspruch genommen als ein unbedeckter Kredit. Kleinere und im Auslande weniger bekannte Institute konnten sich selbstverständlich unbedeckten Kredit überhaupt nicht verschaffen.

Ähnlich wickelte sich das Geschäft ab, wenn die Ware nicht in der Übersee, sondern in einem europäischen Hafenplatz gekauft wurde, nur daß an Stelle des Londoner Akzepthauses deutsche oder holländische Banken, an Stelle des überseeischen Verkäufers eine Handelsfirma des Importhafens trat. Auch in der Höhe der Spesen bestand kein wesentlicher Unterschied. Sie betrugen beispielsweise bei deutschen Banken  $\frac{1}{6}$  bis  $\frac{1}{4}$  % für Dreimonatswechsel. Selbstverständlich wurde der österreichische Käufer in allen Fällen fremde Währung schuldig: beim Rembours über London Pfunde, beim Kauf in kontinentalen Häfen Mark oder holländische Gulden. Waren größere Valutatschwankungen zu befürchten, so blieb es ihm überlassen, sich dagegen zu schützen, indem er bei Abschluß des Geschäftes die fremde Devise, lieferbar in der Zeit des Fälligwerdens seiner Verpflichtung, kaufte.

Der Verkehr, der von den Londoner Akzepthäusern und Auslandsbanken finanziert wurde, wurde unmittelbar vor dem Krieg auf nicht weniger als 14 Milliarden Mark geschätzt. Vom deutschen Überseeimport wurde mehr als die Hälfte im Werte von rund  $2\frac{1}{2}$  Milliarden Mark über London finanziert.

Diese überragende Stellung Englands im Remboursgeschäft hat ihren tieferen Grund in der internationalen Gangbarkeit des englischen Wechsels, der überall wie Gold genommen wurde, ja in manchen Handelsplätzen, so in verschiedenen südamerikanischen Staaten, geradezu den Rechnungsstandard gegenüber der eigenen Papierwährung abgab. Die Ursache war einerseits die seit 100 Jahren bewährte Sicherheit, für eine Forderung auf London wirklich Gold zu bekommen, andererseits der niedrige Privatdiskont des Londoner Platzes für Bankwechsel. Nichtsdestoweniger hatten sich im Laufe der Zeit neben dem Pfundwechsel auch andere Devisen eingebürgert, vor allem die Markdevise. Im Verkehr mit den niederländischen Kolonien und Südamerika hat Holland, in Südamerika und im Orient der Franceswechsel Boden gewonnen; dagegen vollzog sich der Verkehr der Vereinigten Staaten fast durchwegs über London; der Dollarwechsel war vor dem Kriege nahezu unbekannt.



Der Krieg wird aller Voraussicht nach auch hier einen Wendepunkt der Entwicklung bilden. Denn auch die finanzielle Stellung Englands ist nicht unerschüttert geblieben. Seine Währung hat immerhin ein Disagio von 6 bis 7% gehabt, das nur durch künstliche Mittel, mit äußerster Anstrengung und bei rücksichtslosestem Vorgehen gegenüber seinen Bundesgenossen auf 2 bis 3% heruntergedrückt werden konnte. Auch der Stand der englischen Konsols zeigt, daß die Lage der englischen Finanzen keineswegs befriedigend ist. Die Verschuldung an Amerika hat eine solche Höhe erreicht, daß sie auch nach Friedensschluß noch gewaltige Zahlungen notwendig machen wird, und endlich wird mit einigem Rechte darauf hingewiesen, daß die zeitweise Verzögerung des Moratoriums das Vertrauen in die stete Zahlungsbereitschaft Englands nicht gerade vermehrt hat und daß das Verbot der Einlösung von Wechseln des feindlichen Auslandes der Devisen London zumindest vom Standpunkt der mitteleuropäischen Reiche den Charakter eines bevorzugten internationalen Zahlungsmittels nimmt. Damit soll nicht geleugnet werden, daß England finanziell und währungspolitisch unter allen kriegführenden Staaten immer noch weitaus am besten dasteht. Als einziges unter ihnen hat es die Goldzahlung gegenüber dem Ausland aufrechterhalten und damit eine finanzielle Kraftleistung vollbracht, die den alten Ruf der britischen Finanzstellung zu rechtfertigen scheint. Hinter dieser Tatsache treten in der internationalen Beurteilung die ungünstigen Eindrücke aus der Zeit des Moratoriums je länger je mehr in den Hintergrund. Aber man darf nicht vergessen, daß es sich bei der ganzen Frage nicht um das Kräfteverhältnis handelt, das zwischen England und den übrigen kriegführenden Mächten besteht, sondern um das absolute Maß an Kraft, das es übrig behält, und um seine Fähigkeit, seine Weltstellung gegenüber jenen Ländern zu behaupten, die nicht am Kriege beteiligt sind, vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika.

Das wichtigste finanzielle Ergebnis des Krieges wird die Schwächung aller kriegführenden Mächte und das Erstarken der Neutralen sein. Ein Strom von Gold hat sich nach den neutralen Ländern ergossen. Der Krieg hat in allen darein verwickelten Staaten eine riesige Wertzerstörung, einen ungeheuren Verbrauch an Sachgütern mit sich gebracht. Soweit diese Güter im Inlande beschafft werden konnten, wurden dafür Schuldversprechungen — Noten oder Kriegsanleihen — gegeben; soweit der Bezug aus dem Auslande notwendig und nicht durch Gegenforderungen aus dem Handels- und Effektenverkehr bedeckt war, mußte der Ausgleich in Gold erfolgen. Mit anderen Worten: Wir haben unsere eigenen Vorräte an Verbrauchsgütern aufgezehrt und unser Gold hinausgegeben, um vom Auslande Sachgüter für den Kriegsverbrauch zu bekommen. Da gleiche oder ähnliche Verhältnisse in allen kriegführenden Staaten bestehen, ist die Folge davon ein Zusammenfließen des Goldes in den neutralen Ländern. Sie haben Überfluß an wirklichem, wir nur an scheinbarem Kapital. Sie haben ihre Waren in Gold verwandelt, wir die unseren in Papier.

In den Vereinigten Staaten wurden die kolossalen Gewinne, welche die Munitionslieferungen und die gesteigerte Ausfuhr verschiedener Produkte bei wesentlich erhöhten Preisen ins Land brachten, allerdings durch



die Tilgung ihrer sehr bedeutenden Verschuldung an Europa, durch das Rückströmen ihrer Effekten, durch die Aufnahme von Kriegsanleihen der Entente, endlich durch Investitionen und industrielle Gründungen in eigenen Lande größtenteils aufgezehrt. Doch ist der außerordentliche Goldzufluß ein Zeichen, daß trotzdem eine sehr starke Vermehrung der verfügbaren Kapitalien und der flüssigen Mittel stattgefunden hat. Es sind also die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen für eine aktive amerikanische Kredit- und Finanzpolitik wohl gegeben.

Dabei ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die Ausdehnung des Finanzierungs- und Kreditgeschäftes auf Kosten Englands den Amerikanern durch die Bankreform, die kurz nach Kriegsausbruch durchgeführt wurde, wesentlich erleichtert worden ist. Der gezogene Wechsel war bis dahin in der Union unbekannt. Erst die Bankreform hat ihn an Stelle des früher allein üblichen Eigenwechsels in den Verkehr eingeführt, das amerikanische Wechselrecht nach europäischem Vorbild umgestaltet und das Akzeptgeschäft, das früher den Nationalbanken (das ist den Banken mit Notenausgaberecht) gesetzlich untersagt war, allen Banken gestattet. Hierdurch wurde für Amerika erst möglich, was in London die Regel war. In der Tat ist das Akzeptgeschäft nunmehr in Aufnahme gekommen; im Juni 1916 hatten die Reservebanken etwa 65 Millionen Dollars derartiger Akzepte im Portefeuille, die sie zum Zinsfuß von  $2\frac{1}{4}$  bis  $2\frac{3}{4}\%$  diskontiert hatten.

Ferner durften die Banken bisher im Auslande keine Filialen halten. Das neue System gestattet dies, und es wird davon schon Gebrauch gemacht; insbesondere hat die führende Notenbank von New York (The National City Bank of New York vom Morgankonzern) Filialen in Südamerika etabliert. Natürlich wird dies das Trassieren auf New York und das Finanzieren durch den Dollarwechsel erleichtern.

Die wichtigste Neuerung aber ist die Erweiterung des Notenemissionsrechtes nach europäischem Muster. Früher hatte bekanntlich jede Nationalbank bloß ein festes Kontingent von Noten zur Verfügung, entsprechend dem Betrage, den sie beim Schatzamt in Staatsobligationen hinterlegt hatte. Die neuen Reservenoten, die allmählich die Nationalbanknoten im Umlauf ersetzen sollen, brauchen bloß mit 40% (bei Besteuerung auch mit weniger) in Gold bedeckt zu sein, bilden also einen sehr elastischen Notenumlauf, der durch Rediskontierung der von den einzelnen Mitgliedsbanken girierten Wechsel und Akzepte vergrößert werden darf.

Diese Umstände begünstigen die Finanzierung des internationalen Waren- und Transportgeschäftes in ganz besonderem Maße. Es wird sich nur darum handeln, daß entsprechende Vereinbarungen mit amerikanischen Banken wegen Akzeptierung der von den Verschiffern für unsere Warenbezüge gezogenen Wechsel zustande kommen. Kapital brauchen sie zu diesem Geschäft nicht, sie legen ihre Mittel darin nicht fest, denn jene Akzepte werden vermöge des neuen Reservebanksystems ohneweiters rediscontierbar, d. h. bei den Reservebanken gegen Noten flüssig zu machen sein.

Die weit vor den Krieg zurückreichenden Bestrebungen Deutschlands, einen direkten Rembours nach der Übersee mit Umgehung Londons herzustellen, erfahren durch diese Entwicklung der Dinge in Ame-

rika eine außerordentliche Förderung. Man kann sicher sein, daß sie nach dem Kriege mit größter Kraft und Entschiedenheit wieder aufgenommen werden.

Ob Deutschland selbst die Finanzierung seines überseeischen Warenverkehrs zu übernehmen vermag, hängt davon ab, ob es ihm gelingt, seine Währung mit der erforderlichen Raschheit wieder herzustellen und ob auf den deutschen Geldmärkten für Rembourszwecke genügend flüssiges Kapital vorhanden sein wird. Die Ware muß bei der Verschiffung bar bezahlt werden. Aufgabe des Rembourskredits ist es, die Mittel hierfür zu beschaffen, bis sie — nach 3 oder 6 Monaten — aus dem Verkauf der Ware an den Verbraucher durch dessen Zahlungen wieder hereinkommen.

London war infolge seines Kapitalüberflusses ein stets aufnahmefähiger Markt für solche Wechsel, die daselbst bei der Güte ihrer Unterschriften zum niedrigsten Privatkont untergebracht werden konnten. Es ist die Frage, ob der Berliner Geldmarkt kräftig genug sein wird, diese Funktion zu übernehmen. Günstiger liegen jedenfalls die Aussichten dafür, daß Amerika, das sich während des Krieges mit Kapital gesättigt hat, die Finanzierung seines Exports selbst übernimmt. Reicht die finanzielle Kraft Deutschlands nicht dazu aus, den Rembourskredit für seine Überseebezüge aus eigenem zu decken, so bietet sich ihm der Ausweg, sich von der Vermittlung des Londoner Platzes dadurch zu befreien, daß es das Remboursgeschäft nach Amerika hinüberlegt, wenigstens für den Verkehr mit der Union.

Von den neutralen Staaten Europas kommt für das überseeische Remboursgeschäft namentlich Holland in Betracht, das durch Lage und Herkommen, durch seinen Handelsgeist und seine Beziehungen berufen ist, aus der kommenden Entwicklung Vorteil zu ziehen, freiwerdende Plätze in der Vermittlung und Finanzierung des Überseehandels zu besetzen. In erster Linie wird sich seine Tätigkeit naturgemäß auf die Förderung des Handels mit seinen eigenen Kolonien erstrecken. Holland wird jedoch zweifellos auch bemüht sein, im Handel mit anderen Staaten der Übersee eine Rolle zu spielen und bei seiner Finanzierung mit Amerika und England in Konkurrenz zu treten. Namentlich kommen dabei die südamerikanischen Märkte in Betracht, für die in den letzten Jahren eine eigene Bank geschaffen wurde.

Die Aussichten für einen Erfolg dieser Bemühungen liegen hier allerdings weniger günstig wie in den Vereinigten Staaten. Die eigene Bedeutung der Niederlande und ihrer Kolonien als Produktionsgebiet, ihre wirtschaftliche und politische Machtstellung ist mit jener der Vereinigten Staaten nicht zu vergleichen. Auch wird darauf hingewiesen, daß Holland bereits zum Rentnerstaate geworden sei und daß dieser Zug sich auch im Geschäftsleben seiner Banken bemerkbar mache, die zu wenig regsam und unternehmungslustig seien, um den Wettbewerb im internationalen Remboursgeschäft aufzunehmen. Holland werde daher wohl — ähnlich wie die skandinavischen Staaten und die Schweiz — vermöge der durch den Krieg hervorgerufenen Steigerung seines Besitzes an flüssigem Kapital als Anlagemarkt für den Effektenhandel eine größere Rolle wie bisher zu spielen berufen sein, auf seine Teilnahme an der Finanzierung des internationalen Warengeschäftes dürfe man aber keine besonderen Hoffnungen setzen.

Im übrigen hängt der Erfolg aller dieser Bestrebungen, seien sie nun auf die Einrichtung eines direkten Rembourses von Deutschland nach der Überssee oder auf die Ersetzung des Londoner Wechsels durch die Finanzierung über Amerika gerichtet, stark von der Haltung Englands ab. Will England die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz zur Wahrheit machen, will es den Versuch wirtschaftlicher Erdrosselung der Zentralmächte wagen, so ist das wichtigste Mittel dazu die Unterbindung oder doch möglichste Erschwerung des Rohstoffbezuges in der Übergangszeit, und damit läßt sich seine Finanzierung nicht gut verbinden.

Bei den großen Geldinteressen, die für die Londoner City auf dem Spiele stehen, ist es mehr als zweifelhaft, ob man sich in England entschließen wird, diesen Weg einzuschlagen und den Kampf zu wählen. England läuft dabei Gefahr, die herrschende Stellung zu verlieren, die ihm seine Vermittlerrolle im Welthandel früher sicherte. Und diese Gefahr ist um so größer, als sich nach dem Kriege bei der Finanzierung des internationalen Warengeschäftes ein ganz neues Moment geltend machen wird.

Was wir nach dem Kriege brauchen werden, ist nämlich nicht mehr ein reiner Rembourskredit über die kurze Zeit von drei bis sechs Monaten, sondern ein unter der Flagge des Rembourskredits sich verbergender Betriebskredit von mehrjähriger Dauer. Wer ihn gewährt, bekommt auch die ganze Finanzierung und Vermittlung des mitteleuropäischen Warengeschäftes in die Hand. Will England seine alte Stellung behaupten, so ist es nicht nur gezwungen, den Rembours kontinentaler Warenbezüge zu den früheren Bedingungen wieder zu übernehmen: es muß seinen Feinden auch das Geld zu ihrer Retablierung borgen, und zwar auf lange Sicht. Unsere Schwäche wird auf diese Weise sein Nachteil. Je weniger es unser Kreditbedürfnis befriedigen kann und will, desto mehr fördert es die Emanzipation Amerikas von der Vorherrschaft des englischen Geldmarktes und die Festsetzung Hollands im überseeischen Remboursgeschäft. Auf der andern Seite folgt hieraus, daß diese beiden Staaten ein weitreichendes handelspolitisches Interesse daran haben, unsere Kreditansprüche während der Übergangszeit zu befriedigen. Sie erwerben dadurch — ganz abgesehen von dem Gewinne, der mit der Kreditgewährung unmittelbar verbunden ist — auch für die Zukunft den Genuß aller Vorteile, die sich aus der Vermittlung des internationalen Zahlungsverkehrs für ihr Nationaleinkommen wie für ihre Stellung im Welthandel ergeben. Für uns ist dieses Eigeninteresse der Neutralen der stärkste und wichtigste Faktor, der sich zugunsten unseres Kredits im Auslande geltend macht.

## 8. Der Umfang des Bedarfes an ausländischen Zahlungsmitteln.

Unser Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln setzt sich aus folgenden Hauptposten zusammen:

1. Aus dem Bedarf für die Einlösung der während des Krieges unbezahlt gebliebenen Coupons der in Gold oder ausländischer Valuta zahlbaren Effekten, die sich im feindlichen Besitz befinden;

2. aus den Beträgen, die österreichische Firmen bei Ausbruch des Krieges nach feindlichen Ländern für dort gekaufte Waren oder aus dem

Titel des Rembourses für überseeische Warenbezüge schuldeten, soweit sie nicht mittlerweile durch gewaltsame Liquidierung österreichischer Unternehmungen im feindlichen Ausland oder durch die zwangsweise Verwertung im Feindesland liegender Effektedirpots ausgeglichen wurden;

3. aus dem Bedarf, der sich für die Rückzahlung während des Krieges aufgenommener kurzfristiger Auslandskredite des Staates oder Privater ergibt;

4. aus dem Bedarf für die Tilgungsraten und Coupons österreichischer, im Auslande (gleichgültig ob im neutralen oder bisher feindlichen) untergebrachter, in Gold oder Auslandsvaluta zahlbarer Effekten während der ersten Jahre nach Friedensschluß bis zu dem Zeitpunkt, in dem unsere Zahlungsbilanz wieder geregelt und ihre Deckung aus den laufenden Eingängen der Volkswirtschaft möglich ist;

5. aus dem Bedarf für neue Warenbezüge, namentlich Rohstoffe, während derselben Zeit.

Die Frage der Couponeinlösung wird in den Friedensverträgen oder durch größere finanzielle Transaktionen gelöst werden müssen, deren Erörterung nicht zum Gegenstande dieser Untersuchung gehört. Dagegen bildet die aus der Zeit vor dem Kriege herrührende und während des Krieges neu angehäuften Warenschuld eine unmittelbare Belastung unserer Industrie und unseres Handels. Ihre Regelung ist die Voraussetzung dafür, daß wir für neue Warenbezüge Kredit finden, und die Mittel dazu müssen in derselben Weise beschafft werden, wie jene zur Bezahlung der Einfuhren, die in den ersten Jahren nach dem Kriege notwendig werden.

Wie würde sich nun die Aufbringung der erforderlichen Kredite gestalten, wenn man sie ohne jede Regelung der freien Tätigkeit der einzelnen Firmen und Banken überließe?

### 9. Die private Kreditbeschaffung.

Jene Firmen, die vor dem Kriege direkte Kreditbeziehungen zur Übersee oder dem neutralen Ausland unterhielten, würden suchen, diese wieder in Tätigkeit zu setzen. Soweit die Möglichkeit des Rembourses über England oder des Warenbezuges aus England bestehen sollte, würde man auch Beziehungen zu diesem Lande wieder anknüpfen. Die Regel würde jedoch wie vor dem Kriege die Vermittlung des Kredits durch eine inländische Bank bilden. Diese Vermittlung dürfte sogar in noch größerem Umfange Platz greifen als früher, vor allem wegen der Störung der gewohnten Wege des Rembourses, sodann aber auch aus dem weiteren Grunde, daß die durch den Krieg und die Unterbrechung der Handelsbeziehungen hervorgerufene Unsicherheit in der Beurteilung der Kreditwürdigkeit den ausländischen Kreditgeber zu erhöhter Vorsicht veranlassen und mehr als je dazu bewegen wird, sich bei der Kreditgewährung auf große Bankinstitute zu beschränken. Man wird eher trachten, die Sicherheit des Geschäftes zu verdoppeln, als sie zu halbieren und wird deshalb bei Einräumung eines Kredits den Weg durch die Bank in den allermeisten Fällen direktem Verkehr vorziehen.

Was unsere Kreditfähigkeit betrifft, so ist die Lage der Industrie durch den Krieg im allgemeinen günstig beeinflusst worden. Eine Ausnahme gilt nur für wenige Zweige, namentlich für ausgesprochene Export-



industrien, die im Inlande keinen Ersatz für den Entgang der ausländischen Märkte zu finden vermochten. Dagegen haben nicht nur die eigentlichen Kriegsindustrien, sondern alle für den breiten Konsum und den inneren Bedarf arbeitenden Industriezweige, sogar die ausgesprochenen Luxusindustrien, gewinnreiche Jahre hinter sich trotz der mannigfachen Störungen des Betriebes, die der Kriegszustand mit sich brachte. Selbst Unternehmungen, die wegen Rohstoffmangel zum Erliegen kamen, sind dadurch größtenteils in die Lage versetzt, den erzwungenen Stillstand ohne innere Erschütterung zu überdauern, und in den eigentlichen Kriegsindustrien wurden riesige Gewinne erzielt. An den Betriebsanlagen wurden starke Abschreibungen vorgenommen. Vielfach wurden Richtung und Grundlagen des Betriebes durch den Krieg derart verschoben, daß das Geschäft nach Friedensschluß neu aufgebaut werden muß und die Möglichkeit größter Rationalisierung des Betriebes unter Anpassung an die geänderten Verhältnisse des Wirtschaftslebens gegeben ist. Die erzielten Gewinne ermöglichten vielen Unternehmungen die Abstoßung von Schulden und die Befreiung von der Vormundschaft der Banken. Gleichzeitig wurde das Bedürfnis nach Einräumung großer Betriebskredite durch die inländischen Banken bedeutend vermindert, weil der Krieg die Möglichkeit einer durchgreifenden Änderung und Besserung der Zahlungskonditionen schuf. Durch das Zusammenwirken aller dieser Umstände wurde die Kreditfähigkeit unserer Industrie auch dem Auslande gegenüber zweifellos gesteigert. Auf der anderen Seite ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß ein großer Teil der erzielten Gewinne und der aus dem Aufbrauchen aller Vorräte erzielten Erlöse durch Zeichnung von Kriegsanleihe immobilisiert worden ist. Die Industrie wird daher nach Schluß des Krieges vor der Notwendigkeit stehen, ihren Besitz an Kriegsanleihe wieder in mobiles Kapital zurückzuverwandeln, sei es im Wege des Verkaufes, sei es in jenem der Verpfändung.

Für die Banken ergab sich eine durchgreifende Entlastung von festgefahrenen Krediten als Folge der Entschuldung der Industrie. Die eigenen Unternehmungen, deren Aktien in ihrem Portefeuille sich befinden, lieferten im Kriege fast durchwegs gute Erträge, so daß es möglich wurde, solchen Effektenbesitz mit Nutzen abzustoßen, sofern die Veräußerung wünschenswert erschien. Gleichzeitig wuchs der Stand der Einlagen. Durch das Zusammenwirken aller dieser Umstände wurde die Mobilität der Banken bedeutend erhöht, und in manchen Zeitpunkten kurz vor der Ausgabe neuer Kriegsanleihen bildete der Überfluß verfügbarer Mittel, denen keine entsprechenden Anlagemöglichkeiten gegenüberstanden, geradezu eine Verlegenheit. Demgegenüber steht allerdings auch hier eine wenigstens zeitweise Immobilisierung durch Übernahme von Kriegsanleihe und durch Gewährung von Vorschüssen an die Staatskasse.

Die Verhältnisse würden daher auch bei den Banken eine Steigerung der Kreditfähigkeit gegenüber dem Auslande bedingen. Man müßte erwarten, daß es ihnen leicht fallen müßte, wie früher für Zwecke des Rembourses Auslandskredite ohne Deckung eingeräumt zu erhalten. Dem wirken jedoch gewichtige Momente entgegen: der schlechte Stand unserer Währung, das durch den Krieg hervorgerufene Gefühl der Unsicherheit und das Mißtrauen in unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und in die Stabilität unserer

politischen Verhältnisse. Es ist infolgedessen wohl anzunehmen, daß man in höherem Maße als früher auf bedeckte Kredite angewiesen sein wird. Dabei ist es eine große Frage, was für Effekten zur Deckung angenommen werden. Unser Besitz an ausländischen, namentlich neutralen Effekten ist — wie erwähnt — gering. Wir müssen es daher zu erreichen trachten, daß inländische Werte als Deckung zugelassen werden. Bei der Auswahl der zu diesem Zwecke geeigneten Effekten kommen dieselben Erwägungen in Betracht, die oben bei der Besprechung der Aussichten für den Effektenexport ausführliche Darlegung fanden. Das Mißtrauen gegen Staatspapiere und die Bevorzugung privater Effekten wird bei der Verpfändung ebenso eine Rolle spielen wie beim Verkaufe. Schon während des Krieges zeigte sich die Erscheinung, daß als Sicherheit für auswärtige Kredite Pfandbriefe oder Hypotheken gegeben werden mußten. Wir müssen unseren Boden verpfänden, um Kredit zu erhalten. Auf der anderen Seite wird jedoch bei der Industrie wie bei den Banken ein starkes Bedürfnis vorhanden sein, Kriegsanleihe und Renten als Deckung zu geben und auf diese Weise ihre Rückverwandlung in Waren durchzuführen. Dies bedingt die Gefahr eines regellosen Ausgebotes solcher Papiere zum Verkauf und zur Verpfändung im Ausland und eines dauernden Druckes auf ihren Kurs, der im Interesse des Staatskredits hintangehalten werden muß.

Weiters besteht auch noch die Gefahr, daß man Kriegsanleihe, die man im Auslande nicht als Deckung von Warenkrediten verwerten kann, im Inlande lombardiert oder verkauft, und den Erlös dazu verwendet, im Auslande Kronen auszubieten und sich auf diese Weise ausländische Zahlungsmittel zu verschaffen. Die naturgemäße Folge eines solchen Vorgehens wäre eine weitgreifende Desorganisation des Devisengeschäftes und die fortgesetzte Entwertung unserer Valuta. Man muß sich eben bei Beurteilung der Sachlage vor Augen halten, daß die Erlöse unserer Industrie für ihre Waren und infolgedessen auch die während des Krieges angehäuften flüssigen Barmittel und Gewinne nicht in international gültigen Zahlungsmitteln, sondern in Schuldverschreibungen des Staates — Noten oder Kriegsanleihe — bestehen. Greift nun der Staat, um seine Währung zu schützen, zu strengster Regulierung des Devisenhandels, ohne gleichzeitig den Warenbezug aus dem Auslande zu regeln, so kann sehr wohl der Fall eintreten, daß ein Unternehmen über reichliche Mittel verfügt, aber außerstande ist, ins Ausland zu zahlen und seine Auslandsverpflichtungen einzulösen. Es hat wohl Noten in Überfluß, aber keine international gültigen Zahlungsmittel.

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich bei der Verteilung der Fälligkeiten. Es handelt sich nicht um einen bloßen Rembourskredit, dessen Rückzahlung aus einem im Gange befindlichen internationalen Austauschverkehr gesichert ist, sondern um Betriebskredite, die allmählich aus dem Ertrage der Wirtschaft getilgt werden müssen. Wir werden in den ersten Jahren mit starkem Einfuhrbedarf bei wenig entwickelter Ausfuhr und daher mit einem großen Passivum unserer Bilanz rechnen müssen. Wenn unser Auslandsverkehr wieder voll in Gang gekommen sein wird, müssen diese in Form von Betriebsschulden angehäuften Passiven allmählich getilgt werden,

unbeschadet der Bezahlung unserer laufenden Auslandsbezüge. Die entsprechende Verteilung der Rückzahlung auf längere Perioden und die Sicherung rechtzeitiger Prolongationsmöglichkeit ist daher eine Sache von allergrößter Bedeutung. Allerdings läuft hier das Privatinteresse der einzelnen Unternehmungen so sehr dem öffentlichen Interesse parallel, daß diese Verteilung mit einer gewissen Beruhigung dem Ermessen des einzelnen überlassen werden könnte, wenn nicht auf störendes Eingreifen spekulativer Bewegungen im Warenhandel wie auf dem Geldmarkte Bedacht genommen werden müßte.

### 10. Die zentralisierte Kreditbeschaffung.

Um die Gefahren und Nachteile zu vermeiden, die sich aus der regellosen Zersplitterung des Kredits ergeben, sind eine Reihe von Vorschlägen aufgetaucht, die seine Zentralisierung bezwecken.

Die ersten Vorschläge gingen von dem Gedanken aus, daß die Beschaffung der Rohstoffe zur Vermeidung regelloser Konkurrenz der Käufer und wilder Preistreiberei auf den Auslandsmärkten in die Hände von Rohstofforganisationen der einzelnen Industrien gelegt werden müsse, die während der Übergangszeit allein das Recht hätten, den betreffenden Rohstoff einzuführen, und verpflichtet wären, den beschafften Rohstoff nach einem bestimmten Schlüssel auf ihre Mitglieder aufzuteilen. In Form von Aktiengesellschaften organisiert, wären diese Rohstoffbezugsgemeinschaften naturgemäß auch die Träger des Kredits. Sie hätten dafür Sorge zu tragen, daß die notwendigen ausländischen Zahlungsmittel rechtzeitig beschafft werden und hätten die weitere Aufgabe, zu diesem Zweck eigenen Kredit im Ausland in Anspruch zu nehmen, falls die zum Bezuge der Rohstoffe notwendigen Devisen nicht etwa durch ein staatliches Rohstoffanlehen oder durch eine andere Finanztransaktion des Staates beschafft werden sollten.

Auf diesen Vorschlag baut ein zweiter, weitergehender auf. Er fußt auf der Erwägung, daß für die Gesundung unserer Währung nichts gewonnen sei, wenn die Rohstofforganisationen ihre Bezüge in derselben Weise wie bisher bezahlen. Sie würden es mit den Mitteln tun müssen, die ihnen die bestellenden Fabriken ihrerseits in Zahlung geben. Die Besteller aber würden diese Mittel entweder ihren Bardepots bei Finanzinstituten zum Schaden der Liquidität dieser Stellen entnehmen oder durch Belehrungen bei der Notenbank beschaffen, wodurch der Notenumlauf weiter gesteigert würde, oder endlich gegen hohe Zinsen ihren Bankverbindungen auf Kontokorrent schuldig bleiben. In allen Fällen würden der Notenbank Golddevisen entzogen und die Sanierung der Währung beeinträchtigt werden. Es sei daher nach einer Zahlungsmethode zu suchen, in der die Vergrößerung des Notenumlaufes und die Verringerung des Goldschatzes der Bank vermieden werden könne. Zu diesem Zwecke wird vorgeschlagen, daß in Form von Aktiengesellschaften errichtete Rohstofforganisationen, denen alle Firmen eines Industriezweiges angehören müßten, auf der Basis ihrer Forderungen für gelieferte Rohstoffe Obligationen ausgeben sollen. Diese würden sie alle in eine Hand legen und zur finanziellen Basis einer allen Rohstofforganisationen wirtschaftlich übergeordneten Finanzgründung machen, einer holding company, die als



gemeinsame Gründung und zentrale Kreditorganisation der Großbanken und industriellen Syndikate gedacht wäre. Diese «Zentralbank» würde sich demnach nicht bloß auf den Kredit der im Konzern stehenden Großbanken und Syndikate stützen, sondern durch ihren Portefeuillebestand an Obligationen der Rohstofforganisationen auf der breiten Basis der gesamten österreichischen Industrie ruhen. Kraft dieser unanfechtbaren, in der ganzen Volkswirtschaft verankerten Machtposition werde die «Zentralbank» für die von ihr auszugebenden Obligationen überall offenen Markt finden. Sie werde sie insbesondere dort verwerten können, wo die Rohstoffe zu kaufen und zu zahlen seien. Indem sie etwa in den Vereinigten Staaten ihre Obligationen belegen lasse, würde sie amerikanische Zahlungsmittel zur Bezahlung der dort gekauften Rohstoffe erwerben. Diese Konstruktion wirke hiedurch als ein von der gesamten österreichischen Industrie durch das Medium der «Zentralbank» aufgenommenes und garantiertes Valutaanlehen zwecks Rohstoffdeckung. Der Goldbestand der Notenbank werde dabei nicht in Anspruch genommen. Ebenso entfalle bei einer solchen Organisation des Kredits auch für den Staat, der ohnehin für Zwecke der Währungsreform sich mit Auslandsschulden belasten müsse, die Notwendigkeit, auch noch für den Devisenbedarf der Industrie durch ein staatliches Rohstoffanlehen Vorsorge zu treffen.

Bedeutet dieser Vorschlag eine Zentralisation der Nachfrage nach ausländischen Krediten in Österreich, so gehen verschiedene ausländische Projekte noch um einen Schritt weiter, indem sie auch die Kreditgewährung im Auslande zentralisieren wollen. Der gemeinsame Grundzug solcher Vorschläge ist, daß eine ausländische Finanzgruppe — meist wird, da die Vorschläge aus der Zeit vor der amerikanischen Kriegserklärung stammen, an Amerika gedacht — die Aufbringung eines Kredits von solcher Höhe zu übernehmen hätte, daß dadurch der größte Teil des Geldbedarfes für unsere überseeische Wareneinfuhr mindestens im ersten Jahre nach Friedensschluß, unter Umständen für mehrere aufeinanderfolgende Jahre gedeckt wird.

Träger des Kredits auf österreichischer Seite würde ein Syndikat von Banken oder Rohstofforganisationen der Industrie sein, das sich selbst wieder — wenn erforderlich — auf eine Garantieerklärung der österreichischen Regierung stützen würde. Die gewährten Kredite dürften nicht zur Abhebung in barem, sondern nur zum Warenbezug verwendet werden. In fast allen Projekten ist dabei vorgesehen, daß der Einkauf kommissionsweise durch die Gruppe erfolgen soll, die das Darlehen gewährt. Einzelne gehen dabei bis zu der Forderung eines förmlichen Einkaufsmonopols für alle überseeischen Rohstoffe, mindestens aber sollen die aus dem Darlehen bestrittenen Käufe durch das Konsortium gehen, so daß sich sein Gewinn aus dem Verdienst an Darlehensgeschäften und aus einer Einkaufsprovision oder einer Beteiligung an dem Nutzen des Warengeschäftes zusammensetzen würde. Das Vorbild dieser Konstruktion bildet offenbar der Vertrag der englischen Regierung mit dem Hause Morgan über die Munitionslieferung. Die Erfahrungen, die in England mit diesem Verträge gemacht wurden, sind nicht ohne Bedeutung für die Beurteilung der vorliegenden Projekte.



In einem Artikel der «Times» vom 9. September 1916 wird im Anschluß an eine Rede des Munitionsministers Montagu ausgeführt, daß der Vertrag ebenso gut für England und seine Alliierten wie vorteilhaft für die Vereinigten Staaten gewesen sei.

«In den ersten Monaten des Krieges», heißt es weiter, «haben sich die Regierungen der Alliierten beim Einkauf amerikanischer Waren gegenseitig überhalten. Nicht nur das, auch die Marine- und Militärattachés haben sich gegenseitig überboten. Außerdem waren die Hauptstädte der Alliierten von amerikanischen Agenten auf der Jagd nach Kriegsbestellungen überschwemmt. Das Ergebnis kann man sich leicht denken. Die Preise stiegen zu einer wahn- sinnigen Höhe, es wurden Verträge mit unverläßlichen Personen und mit leistungsunfähigen Firmen abgeschlossen. Es bestand die große Gefahr, sich an die falschen Leute zu wenden, schlecht bedient zu werden und dadurch ein unangenehmes Nachspiel von Erbitterung und Prozessen heraufzubeschwören. Das wäre für England und nicht weniger für Amerika recht übel gewesen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1914 gab es in Amerika nur Kriegsgeschäfte. Der ganze wirtschaftliche Aufschwung, den wir in den Vereinigten Staaten finden, hat seine Wurzeln in den Aufträgen, die es auf die amerikanischen Fabrikanten zu Kriegsbeginn seitens der Alliierten regnete. Es war für das amerikanische Volk von großer Wichtigkeit — jetzt wissen es alle, damals aber erkannten es nur wenige —, daß diese Flut von Aufträgen richtig kontrolliert wurde, damit, wenn möglich, das ganze Land davon Vorteil ziehe und Zwischenhändler und Spekulanten ausgeschaltet werden. Eben dies hat der Kon- trakt mit Morgan erreicht. Er hat die Strohänner und Spieler ausgeschaltet. Er hat die Aufträge für Kriegsmaterial in die Hände einiger der besten und größten Firmen des Landes gelegt. Er hat System und Zusammenarbeit, Lokal- kenntnis und Erfahrung in die Verteilung der Aufträge und in die Feststellung der Termine gebracht und ebenso für die sofortige Entscheidung in den unzähligen komplizierten Detailfragen, die es bei allen industriellen Unter- nehmungen gibt, Sorge getragen. Lloyd George sagte voriges Jahr im Parla- ment, daß der Kontrakt mit der Firma Morgan den Alliierten Millionen erspart habe. Er hatte ganz recht. Wie viele Millionen weiß ich nicht, glaube aber, daß die englische Regierung die Kommissionsgelder an die Firma durch deren Tätigkeit zwölfmal wieder hereingebracht hat. Andererseits hat Amerika ebenso Vorteil daraus gezogen. Die ungeschäftsmäßige Art und Weise, in der zu Beginn des Krieges Aufträge erteilt wurden, war für die Amerikaner ebenso nachteilig wie für die Alliierten. Wäre sie fortgesetzt worden, würde der wirtschaftliche Aufschwung der Vereinigten Staaten ungleichmäßig und krank- haft gewesen sein, während die Alliierten das Gefühl gehabt hätten, betrogen worden zu sein. Es war für die Amerikaner ebenso wichtig wie für uns, daß eine zentrale und geeignete Organisation mit der Aufgabe betraut wurde, Verträge abzuschließen und Einkäufe vorzunehmen, die sich auf mehrere hundert Mil- lionen Pfund Sterling beliefen. Eine solche Organisation gab es erst, als der Kontrakt mit der Firma Morgan abgeschlossen worden war.»

Bei diesen anscheinend günstigen Erfahrungen, die man in England mit dem Morgan-Vertrage machte, darf man jedoch nicht übersehen, daß es einen großen Unterschied ausmacht, ob es sich um Kriegslieferungen handelt, bei

denen der Preis gegenüber der Sicherung des Bedarfes völlig zurücktritt, oder um Rohstofflieferungen für den Friedensbetrieb der Industrie, bei denen der Preis eine ganz andere Rolle spielt und die technischen Schwierigkeiten des Geschäftes sich durch die Verschiedenartigkeit der Artikel, die Qualitätsunterschiede und Besonderheiten des Bedarfes außerordentlich vermehren. Auf der anderen Seite muß man sich vor Augen halten, daß — abgesehen von der Beteiligung am Gewinn des Warengeschäftes — auch noch andere wichtige Gründe zur Stellung gerade dieser Bedingung zu führen scheinen. Sie erleichtert vor allem der amerikanischen Gruppe die Aufbringung der erforderlichen Gelder. Dies hängt damit zusammen, daß ausländische Schuldverschreibungen bei den amerikanischen Notenbanken nur dann diskontfähig sind, wenn die Diskontierung dem Interesse des amerikanischen Außenhandels dient. Diese Bedingung gilt nach der herrschenden Praxis schon dann als erfüllt, wenn ein Interesse des amerikanischen Kommissionshandels vorliegt. Ein zweiter Grund ist das Bestreben, durch die Bindung solcher großer Geschäfte an die Vermittlung des amerikanischen Handels das überseeische Remboursgeschäft nach New York zu gewöhnen. Beide Gründe sind schwerwiegend genug, daß sie bei der Lage, in der wir uns nach dem Kriege befinden werden, unter Umständen einen Zwang zum Eingehen auf derartige Bedingungen begründen können.

Die Laufzeit der Kredite erstreckt sich bei allen Projekten über eine Reihe von Jahren bis zu einem Jahrzehnt. Was die Rückzahlung anlangt, so bildet die wichtigste Frage die Beschaffung der ausländischen Valuta. Um sie zu erleichtern, wird in mehreren Projekten die Konzentrierung des amerikanischen Zahlungsverkehrs, namentlich des Verkehrs mit Auswanderergeldern, vorgeschlagen. Es handelt sich dabei um sehr bedeutende Beträge. Allein die Geldsendungen der Auswanderer nach beiden Staaten der Monarchie werden von sachverständiger Seite auf jährlich etwa 100,000,000 Dollar oder eine halbe Milliarde Kronen (nach der Münzparität berechnet) geschätzt.

Im übrigen ist offenbar auch diese Konzentration des amerikanischen österreichischen Zahlungsverkehrs, die in den Händen des amerikanischen Syndikats zeitweise bedeutende Barmittel vereinigen wurde, nur eines der Mittel, die dazu dienen sollen, das ganze Geschäft verlockender zu gestalten. Denn wie die Erfahrungen mit den Kriegsanleihen der Entente zeigen, ist der amerikanische Markt für Unterbringung langfristiger Kredite oder für große Emissionen fix verzinslicher Werte, die keine Aussichten auf außerordentliche Kursgewinne bieten, wenig geeignet. Es müßten besondere Vorteile dazu kommen, um amerikanische Finanzgruppen zu ihrer Übernahme zu bewegen. Bei den englisch-französischen Kriegsanleihen spielten die gewinnbringenden Munitionslieferungen diese Rolle. An ihre Stelle soll in dem vorliegenden Projekt das Einkaufsmonopol oder mindestens die Beteiligung am Einkaufe der Rohstoffe und die Konzentration des Zahlungsverkehrs nach Europa treten. Ob man auf derartige Bedingungen eingehen kann, wird wesentlich davon abhängen, wie sich die Aussichten für anderweitige Deckung unseres Kreditbedarfes gestalten. Es wird sorgfältig zu erwägen sein, ob die Zentralisation in der einen oder anderen Form die Sicherung der erforderlichen Beträge

in höherem Maße gewährleistet und in ihrer Endwirkung zu vorteilhafteren Ergebnissen führt wie die Überlassung der Initiative an die freie Tätigkeit der einzelnen Banken und Firmen.

### 11. Einwendungen gegen die Zentralisierung des Kredits.

Gegen die Zentralisation des Kredits und gegen die damit in vielen Fällen eng zusammenhängende Zentralisation des Einkaufes der Rohstoffe wird vor allem eingewendet, daß sie die persönliche Initiative des Unternehmers beim Aufsuchen der günstigsten Bezugs- und Kreditquellen unterbindet, während auf der anderen Seite die Tragweite eines ungünstigen Abschlusses und die Gefahr schwerer Schädigung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie gegenüber dem Auslande naturgemäß ins ungeheure vergrößert wird, wenn es sich nicht nur um die Versorgung einzelner Unternehmungen, sondern um die Deckung des Kredit- und Rohstoffbedarfes einer ganzen Industrie handelt. Die Schwierigkeiten erhöhen sich noch bei Industrien, die Rohstoffe von wechselnder und ungleichmäßiger Qualität verarbeiten und große Verschiedenheiten in den Bedürfnissen der einzelnen Betriebe aufweisen. Was im besonderen die Kreditbeschaffung betrifft, so wird als einer der Hauptnachteile der Zentralisierung hervorgehoben, daß sie die Ausnutzung alteingelebter Beziehungen einzelner Firmen im Ausland unmöglich macht und überkommene Verbindungen, die den Krieg überdauert haben oder nach dessen Abschluß wieder aufleben würden, zu völliger Lösung bringen muß.

Die Kreditfähigkeit monopolistischer Einkaufsorganisationen oder eines zentralen Kreditinstituts werde doch immer nur nach der eigenen Kapitalskraft und Vertrauenswürdigkeit und nicht nach jener der angeschlossenen Industrieunternehmungen oder Banken beurteilt. Jede solche neue Zentralorganisation trete dem Ausland als eine selbstständige juristische Persönlichkeit gegenüber, die nur mit dem eigenen Vermögen für ihre Verbindlichkeit haften und daher nur einen nach ihrer eigenen Kapitalskraft bemessenen Kredit finden könne, und zwar um so mehr, als sie nicht wie ältere Unternehmungen einen fest begründeten Ruf und ausgebreitete Beziehungen besitze, sondern als gänzlich unbekanntes neues Unternehmen auftrete, das beides erst erwerben müsse und gerade durch seinen offiziellen Charakter und seine engen Beziehungen zur Staatsverwaltung in kritischen Zeiten, wie es die unseren sind, im Ausland ein gewisses Mißtrauen wachrufe. Der Kredit, über den es zu verfügen vermöge, werde daher wesentlich niedriger sein als die Summe der Einzelkredite, die von den durch die Organisation vertretenen Betrieben unter Anspannung ihrer alten Beziehungen aufgebracht werden könnten. Die Eskomptegesellschaft oder die Kreditanstalt werde eher und zu besseren Bedingungen im Auslande Kredit finden als eine neu gegründete Zentralbank, die Siemens-Schuckert-Werke oder die Berndorfer Metallwarenfabrik leichter als eine Metallzentrale.

Endlich müsse man auch mit der Gefahr rechnen, daß derart weitgehende Beschränkungen der Freiheit des Handels im Auslande schwere Verstimmungen hervorrufen können, die eine ungünstige Rückwirkung auf den



Stand unseres Kredits üben würden. Man könne derartige Beschränkungen wohl im Inlande durchführen, sie aber nicht dem Ausland aufzwingen.

Diesen Einwendungen ist entgegenzuhalten, daß die Zentralisierung der Kreditbeschaffung gerade vom Ausland aus, und zwar von ernst zu nehmenden Seiten, angeregt wurde; daß sie von unseren Gegnern während des Krieges mit Erfolg durchgeführt worden ist, ohne die befürchteten Verstimmungen zu zeitigen; daß die gewiß überaus wertvollen eingelebten Kreditbeziehungen unserer Banken und Großunternehmer trotz der Zentralisation des Kredits nicht nur erhalten, sondern geradezu in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt werden können, wenn die Zentralisation in einer Form erfolgt, die den Syndikatscharakter trägt und das einzelne Unternehmen in der neuen Organisation nicht völlig verschwinden läßt; daß auch die befürchteten Schwierigkeiten beim Einkaufe sich durch entsprechende Ausgestaltung der Organisation größtenteils vermeiden lassen und daß endlich gewisse Nachteile, die nicht zu beseitigen sind, mit in den Kauf genommen werden müssen, um die oben angeführten Vorteile der Zentralisation für die Gesamtheit zu sichern.

Eine zweifelfreie Entscheidung der Frage ist zurzeit kaum möglich. Sie hängt von den verschiedensten, heute noch unbekannten Faktoren ab: von dem Ausgange des Krieges, vom Stande des öffentlichen Kredits, von der Fähigkeit des Staates, kreditvermittelnd einzugreifen, vor allem auch von der Gestaltung der Verhältnisse im Auslande. Man muß auch, insbesondere bei längerer Dauer des Krieges, mit der Möglichkeit rechnen, daß wir genötigt werden, die Kredithilfe des verbündeten Deutschen Reiches noch in weit höherem Maße in Anspruch zu nehmen als bisher und daß unsere Währungsverhältnisse eine Entwicklung nehmen, die uns zwingt, unsere Währung ganz auf die des Deutschen Reiches, unseren Kredit auf den seinen zu stützen.

## 12. Die kreditpolitischen Aufgaben der staatlichen Organisation der Übergangswirtschaft.

Für die Organisation der Übergangswirtschaft ergibt sich aus diesen kreditpolitischen Erwägungen die Folgerung, daß sie darauf eingerichtet werden muß, in allen Fällen, wie immer die Verhältnisse sich gestalten mögen, ihren Dienst zu tun, gleichviel, ob man zur straffen Zentralisation zu greifen genötigt ist oder freier Betätigung des einzelnen weiteren Spielraum lassen kann.

Die Entscheidung der Frage, inwieweit eine Zentralisierung Platz greifen soll, wird wesentlich davon abhängen, ob sich auf diesem Wege die Aussicht eröffnet, unseren Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln für die Zwecke der staatlichen Verwaltung wie für jene der Privatwirtschaft in großem Stile zu decken. Bedenklich und wenn irgend möglich zu vermeiden wäre die Schaffung eines förmlichen Einkaufsmonopols für ausländische Organisationen schon mit Rücksicht auf die daraus sich ergebende Abhängigkeit.

Dagegen müßte die Heranziehung ausländischen Kapitals und Unternehmungsgeistes zur Betätigung in unserer Volks-



wirtschaft angestrebt und gefördert werden. Auch die Erreichung dieses Zieles setzt organisatorische Maßnahmen voraus. Unsere inneren Verhältnisse sind im Auslande wenig bekannt. Die Beteiligung ausländischen Kapitals an österreichischen Unternehmungen oder die Durchführung neuer Gründungen mit Hilfe ausländischen Kapitals erfordert jedoch genaue Kenntnis der inneren Verhältnisse des zu finanzierenden Unternehmens und fortdauernde Verfolgung seiner Entwicklung. Von außen her, durch ein in Holland oder Amerika sitzendes Bankinstitut oder Konsortium, ist diese eindringende Kenntnis der Verhältnisse nicht zu gewinnen, und zwar um so weniger, je schwieriger und unklarer die Verhältnisse im allgemeinen sich gestalten. Daher müssen für die Tätigkeit fremden Kapitals in Österreich feste Ausgangsstellungen geschaffen werden, Organisationen, von denen aus die Verhältnisse richtig beurteilt und die Interessen des investierten Kapitals mit Nachdruck wahrgenommen werden können. Kapitalsorganisationen solcher Art wären *Auslandsbanken*, die in verschiedener Form geschaffen werden können, sei es dadurch, daß ausländische Institute Filialen oder Tochterunternehmungen in Österreich errichten, sei es dadurch, daß eine Beteiligung ausländischen Kapitals an inländischen Bankunternehmungen in größerem Maßstab stattfindet. Solche Kapitalsbewegungen zu fördern oder herbeizuführen wird eine der wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik in der Übergangszeit bilden. Und wenn dabei auch fremdes Unternehmertum und fremde Intelligenz bei uns eine Stätte des Wirkens sucht und findet, würde es unser Schaden nicht sein.

Anleihe- wie Währungspolitik des Staates werden künftighin jedenfalls nicht nach ausschließlich staatsfinanziellen Gesichtspunkten geführt werden können. Sie müssen vielmehr in engster Fühlungnahme mit den Bedürfnissen der Volksversorgung, der gewerblichen Fertigkeit und des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft stehen. Die Kreditoperationen des Staates werden ihre nächsten Zwecke, die Herstellung budgetären Gleichgewichtes und die Besserung des Valutastandes, am besten erreichen, wenn sie mit den internationalen Zahlungsbedürfnissen unserer in der Wiederherstellung begriffenen Volkswirtschaft in Verbindung gebracht werden, so wie umgekehrt Währung und Kredit des Staates empfindlich leiden müßten, wenn er, sich auf seine nächsten Budgetinteressen beschränkend, passiv zuschauen wollte, wie sich Industrie und Konsum mit dem unfundierteu Papiergelde international helfen mögen.

### 13. Sozialpolitische Aufgaben.

#### a) Lohnfragen.

Der Übergang zur Friedenswirtschaft wird auf dem Arbeitsmarkt Bewegungen hervorrufen, wie sie vordem nie erlebt wurden. Vor allem müssen die Schwankungen des Geldwertes und der Warenpreise, die uns bevorstehen, ihre Wirkung auch auf die Löhne äußern und zu Lohnstreitigkeiten führen, die — das eine Mal vom Unternehmer, das andere Mal vom Arbeiter ausgehend — darauf hinauslaufen, den Stand der Löhne den Kosten der Lebenshaltung und den Konkurrenzverhältnissen anzupassen. In einer Zeit des Überganges, in der die Anspannung aller produktiven Kräfte notwendig

ist, kann die lähmende Wirkung solcher Streitigkeiten zu einer schweren Gefahr werden, und es ist dringend geboten, Vorkehrungen zu treffen, die ihren Ausbruch zu verhindern, ihre Schlichtung zu erleichtern geeignet sind. Im Deutschen Reiche hat man zu diesem Zwecke die Errichtung staatlicher Schieds- und Einigungsämter vorgeschlagen. Jedenfalls setzen alle Maßnahmen auf diesem Gebiete das Vorhandensein und die Mitwirkung starker Organisationen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer voraus.

*b) Umstellung auf Friedensarbeit und Abrüstung in ihrer Wirkung auf den Arbeitsmarkt.*

Der riesige Umfang, den die Kriegsindustrie im engsten Sinne gewonnen hat und infolge der bevorstehenden äußersten Anspannung aller Kräfte in nächster Zeit noch gewinnen wird, kann im Frieden unmöglich aufrechterhalten werden. Und wie die Kriegsbetriebe jetzt die Arbeiter an sich ziehen, wird später ein ebenso plötzliches Abströmen einsetzen.

Dieses Hinüberwecheln der Arbeiter aus den Kriegsbetrieben in die Friedensbeschäftigung wird noch dadurch kompliziert, daß gleichzeitig auch in den industriellen Anlagen vielfach Umgestaltungen vorgenommen werden müssen. Die Betriebe, die unmittelbar für Kriegszwecke arbeiten, mußten zum Teil Veränderungen in ihren Einrichtungen vornehmen, die nach Wegfall der militärischen Aufträge für die Friedensarbeit nicht mehr verwendbar sind. Auf der anderen Seite wurden Unternehmungen, die nicht selbst mit Kriegsarbeit beschäftigt waren, durch Requisitionen zugunsten von Kriegsbetrieben eines Teiles ihrer Maschinen beraubt, so daß sie ihre Einrichtung erst wieder vervollständigen müssen, ehe sie mit dem regelmäßigen Friedensbetrieb beginnen können. In vielen Betrieben, die ohne Veränderung ihrer Einrichtungen für militärische Lieferungen tätig waren, hat Überanstrengung und mangelnde Wartung der Maschinen Schäden hervorgerufen, die weitergreifende Erneuerungen notwendig machen. Dazu kommen für Unternehmungen, die überseeische Rohstoffe verarbeiten, unter Umständen noch Störungen, die dadurch hervorgerufen werden, daß der aus der Übersee erst zu beschaffende Rohstoff nicht rechtzeitig eintrifft.

Man muß infolgedessen damit rechnen, daß schon die Umschaltung der Industrie von der Kriegsarbeit auf die Friedensarbeit bedingten Verschiebungen in der Arbeiterschaft nicht glatt und ohne Stockungen vor sich gehen. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß zahlreiche Arbeitsstellen während des Krieges durch Frauen besetzt wurden, deren unvermittelte Verdrängung aus dem neuen Beruf nicht durchführbar ist. Endlich bringt die Abrüstung der Millionenheere mit einem plötzlichen Wurf Massen von Arbeitern in die Heimat zurück, die, regelmäßiger Arbeit entwöhnt und aus der örtlichen Gebundenheit gelöst, wieder in die Wirtschaft eingereiht werden müssen. Eine bis jetzt unerhörte Neigung zu Berufsverschiebungen und zum Wechsel des Arbeitsortes wird sich geltend machen, und dabei finden diese Massen in der Heimat einen Arbeitsmarkt, dessen innere Struktur teilweise verändert ist, und eine Industrie, die, mitten in der Umbildung und Neugestaltung begriffen, in manchen Zweigen außerstande sein wird, die gewünschte Arbeitsgelegenheit sofort zu gewähren.

*c) Organisation des Arbeitsnachweises.*

Sollen nicht die ärgsten Mißstände heraufbeschworen werden, so muß durch einträchtiges Zusammenwirken und einheitliches Zusammenfassen aller Organisationen, die sich mit dem Arbeitsnachweis befassen, für eine geregelte Arbeitsvermittlung Sorge getragen werden.

Die Organisationen der Industrie, die für die Zwecke geregelter Rohstoffbeschaffung und planmäßiger Überführung in die Friedenswirtschaft ins Leben gerufen werden, müssen im eigensten Interesse ihre Tätigkeit auf dieses Gebiet erstrecken. Sie allein haben die nötige Übersicht über die Entwicklung der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Sie allein vermögen mit Sicherheit anzugeben, in welchen Industriezweigen den aus dem Felde Zurückkehrenden Arbeit winkt und von welchen vorläufig noch «Zuzufernzuhalten» ist, und mit ihnen müssen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zusammenwirken, die in gleicher Weise das Angebot überblicken.

*d) Planmäßige Abrüstung des Heeres.*

Soll eine derartige Organisation des Arbeitsmarktes volle Frucht bringen, so bedarf sie ihrer Ergänzung durch verständnisvolles Entgegenkommen der militärischen Behörden bei der Durchführung der Abrüstung. Die Entlassung der Mannschaften in die Heimat wird ja schon aus militärischen Gründen nicht mit einem Schlage stattfinden. Ein großer Teil der Truppen wird in der ersten Zeit nach Friedensschluß noch unter den Fahnen behalten werden müssen. Infolgedessen wird nur eine allmähliche Verringerung der Kriegsstände eintreten. Hierbei müßte so vorgegangen werden, daß, soweit dies mit gebotener Rücksicht auf militärische Interessen und andere Umstände, wie Familienstand und Alter der zu Entlassenden, vereinbar ist, zunächst Personen, denen die Rückkehr in ihre Friedensstellung gesichert ist, und Angehörige solcher Berufsgruppen entlassen werden, für die in der Heimat Beschäftigung im allgemeinen reichlich vorhanden ist. Die Demobilisierung der Heere und die Mobilisierung der Industrie müssen soweit als möglich in gegenseitigen Zusammenhang gebracht und derart planmäßig durchgeführt werden, daß die auf beiden Gebieten ergriffenen Maßnahmen sich gegenseitig ergänzen und einheitlich auf die Milderung entstehender Härten und Reibungen hinarbeiten.

**14. Die Aufrüstung der Industrie (Rückführung zum Vollbetrieb).***a) Industrien mit inländischem Rohstoff.*

Am günstigsten liegen die Verhältnisse für die Rückkehr zum Vollbetrieb bei jenen Industrien, die inländischen Rohstoff verarbeiten oder sich auch während des Krieges aus dem neutralen und verbündeten Ausland fortgesetzt mit Rohstoff versorgen konnten. Beispiele hiefür sind die landwirtschaftlichen Industrien, die Petroleumindustrie, die Eisenindustrie und die eisenverarbeitenden Gewerbe, die Glas- und keramische Industrie, die Holz- und Papierindustrie, die Erzeugung von Drechsler- und

Schnitzwaren und andere mehr. Im Kriege hat allerdings auch die Rohstoffversorgung dieser Industrien manche Beeinträchtigung und Unterbrechung erfahren. Ungenügende Ernten bewirkten, daß wichtigen landwirtschaftlichen Industrien — der Malzfabrikation, Brauerei und Brennerei — ihr Rohmaterial größtenteils entzogen werden mußte, um nur den drängenden Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln decken zu können. Für die Holzversorgung wichtige Landstriche im Osten wie im Südwesten der Monarchie sind der Ausbeutung dadurch entrückt, daß sie unmittelbares Kriegsgebiet bilden. Ganz allgemein wird die Schlägerung und Bringung des Holzes durch Mangel an Arbeitskräften und Gespannen erschwert. Mit ähnlichen Hindernissen hat der Bergbau zu kämpfen, und wie bei der Rohstoffgewinnung macht sich auch in allen Zweigen der Fabrikation bis in das städtische Kunst- und Luxusgewerbe hinein der Mangel an Arbeitskräften, namentlich an geschulten, schwer zu ersetzenden Arbeitern, störend geltend.

Nach dem Kriege wird es die erste Sorge der Übergangswirtschaft sein, gerade diese Industrien wieder möglichst rasch zum Vollbetrieb zu bringen und sie von der Rohstoffgewinnung angefangen wieder so aufzubauen, daß sie nicht nur ihren alten Platz in der Versorgung des Inlandsmarktes wie im Export einzunehmen vermögen, sondern vermehrte Überschüsse für die Ausfuhr ins Ausland liefern. Es wird auch zu erwägen sein, ob es nicht möglich ist, die Wiederaufnahme des Exports in großem Stil schon während des Krieges dadurch vorzubereiten, daß man ihnen, namentlich durch entsprechende Kreditgewährung, die Erzeugung auf Vorrat und die Anhäufung von Lagern versandbereiter Ware ermöglicht, die sofort nach Eröffnung des Verkehrs ihren Weg ins Ausland nehmen kann. Naturgemäß werden diese Industrien auch diejenigen sein, die als die ersten bereit sind, den aus dem Felde rückströmenden Arbeiterscharen Beschäftigung und Verdienst zu gewähren und die andererseits am dringendsten der Auffüllung ihrer Arbeiterstände bedürfen.

### *b) Surrogatindustrien.*

Eine weitere Aufgabe von größter Bedeutung ist die Erhaltung und Weiterentwicklung der *Surrogatindustrien*. Wie die Kontinentalsperre der napoleonischen Zeit, hat auch ihre moderne Wiederholung neue Industrien zum Zwecke des Ersatzes der Einfuhr durch inländische Erzeugung entstehen lassen. An Stelle des Chilisalpeters ist der aus der Luft gewonnene Stickstoff getreten. Der Mangel überseeischer Gerbstoffe brachte unsere Lederindustrie dazu, sich auf die nahezu ausschließliche Verwendung inländischer Gerberinden einzurichten. Kupfer, Nickel und Zinn sind in vielen Verwendungen durch Eisen, Zink oder Aluminium ersetzt worden. Das Aufhören der Bauxiteinfuhr aus Frankreich führte zur Erschließung und Ausbeutung der istrianischen, dalmatinischen und siebenbürgischen Bauxitlager. Der Mangel an Baumwolle und Jute zwang zur Verwertung der verschiedenartigsten heimischen Spinnfasern, aus Brennesseln und Hopfenranken, aus Weidenrinde und Ginster. Zellstoffwatte trat an die Stelle von Baumwolle bei der Herstellung von Verbandstoff und von Nitrozellulose, die Erzeugung von Papiergarn entwickelte sich rasch zu immer größerer technischer Voll-



kommenheit und verlieh ihrerseits der durch das Sulfitverfahren fast vollständig verdrängten Erzeugung von Natronzellulose neue Bedeutung. Zum Teil handelt es sich bei diesen Industrien um Anlagen großen Stils, die nur der notwendigen Unterstützung während der Übergangszeit bedürfen, um auch im Frieden sich zu behaupten, zum Teil erst um Ansätze einer Entwicklung, die noch systematische Pflege und Ausgestaltung erfordert. In jedem Falle ist die Förderung dieser Surrogatindustrien schon aus dem Grunde eine wichtige Aufgabe der Übergangswirtschaft, weil jeder dauernde Ersatz der ausländischen Einfuhr durch inländische Erzeugung eine willkommene Verbesserung unserer Handelsbilanz mit sich bringt.

### *c) Industrien mit ausländischem Rohstoff.*

Langsamer als bei den mit inländischem Rohstoff arbeitenden Industrien wird sich die Wiederherstellung normaler Verhältnisse bei denen vollziehen, die ausländische Rohstoffe verarbeiten und durch den Krieg von ihren Bezugsquellen abgeschnitten wurden. Bei ihnen ist der Übergang zum Vollbetrieb abhängig von dem Ausmaße, in dem ihre Rohstoffversorgung gesichert werden kann, und von der Zeit, die notwendig ist, um die im Auslande gekauften Rohstoffe heranzubringen. Diese erzwungene Wartezeit kann dadurch verkürzt werden, daß man in neutralen Ländern Europas Ware einlagert oder dort befindliche Warenvorräte kauft. Während des Krieges sind solchen Vorkehrungen durch den schlechten Stand unserer Valuta, den Mangel an ausländischen Zahlungsmitteln und die Unmöglichkeit, größere Kredite im Auslande zu beschaffen, enge Grenzen gezogen. Auch wurden von Seite der Entente bereits Maßnahmen ergriffen, um eine derartige Zwischenlagerung zu erschweren oder zu verhindern. In Holland machte eine Verlautbarung der N. O. T. die Interessenten darauf aufmerksam, daß unter den N. O. T.-Bedingungen eingeführte Waren ausschließlich für den holländischen Konsum bestimmt seien, daß ihre längere Einlagerung daher unzulässig sei und die Verhängung einer Geldstrafe nach sich ziehen werde. Auch wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die N. O. T.-Kontrakte nicht mit Friedensschluß, sondern erst mit der statutengemäß am 31. Dezember 1919, eventuell noch später erfolgenden Liquidierung des Trusts aufgelöst und durch wegfallende staatliche Ausfuhrverbote nicht berührt werden.

Wenn es auch Wege gibt, diese Schwierigkeiten zu umgehen und sich schon während des Krieges in neutralen europäischen Staaten in gewissem Umfange Rohstoffvorräte für den Bezug nach Friedensschluß zu sichern, darf man sich doch in dieser Beziehung keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben und muß sich darauf gefaßt machen, daß die auf überseeische Rohstoffe angewiesenen Industrien nur schrittweise und nach Überwindung einer längeren oder kürzeren Wartezeit in Vollbetrieb gesetzt werden können.

## **15. Die Einfuhrregelung für Rohstoffe und Halbfabrikate.**

Hinsichtlich der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten ergibt sich ein innerer Interessengegensatz zwischen jenen Industriezweigen, die unmittelbar vom Rohstoffe weg arbeiten und Halbfabrikate daraus erzeugen (so zum Beispiel die Woll- und Baumwoll-

spinnereien, die Metallwalzwerke und Drahtziehereien u. a. m.) und den Fertigindustrien, die das von jenen hergestellte Halbfabrikat weiter veredeln und zu Fertigwaren verarbeiten. Der ersten Gruppe muß daran gelegen sein, sich möglichst rasch und vollständig mit Rohstoffen zu versorgen. Sie werden trachten, die vorhandenen Zahlungsmittel und den verfügbaren Schiffsraum in möglichst weitem Umfange ihren Rohstoffbezügen vorzubehalten und sich gleichzeitig die Absatzmöglichkeit für ihre Erzeugnisse zu sichern. Aus beiden Gründen werden sie darauf hinarbeiten, den Bezug von Halbfabrikaten durch die Vollendungsindustrien nach Möglichkeit zu beschränken, während diese begreiflicherweise nicht dazu verurteilt sein wollen, mit der Aufnahme des Betriebes warten zu müssen, bis aus den von der Übersee herangebrachten Rohstoffen im Inlande die notwendigen Halbfabrikate erzeugt und geliefert werden können. Sie werden mit Recht darauf Anspruch erheben, daß auch ihnen sofort nach Eintritt des Friedens der Betrieb und zu diesem Zwecke die Einfuhr von Halbfabrikaten aus dem Auslande ermöglicht wird. Ebenso berechtigt ist jedoch die Forderung der inländischen Erzeuger des Halbfabrikates, daß diese Einfuhr nicht über das Maß dessen hinausgehen darf, was notwendig ist, um den Vollendungsindustrien den Betrieb auch während des Zeitraumes zu ermöglichen, der verstreichen muß, bis die Erzeuger von Halbfabrikaten wieder in der Lage sind, den inländischen Bedarf regelmäßig zu versorgen, die Konkurrenz mit dem Ausland aufzunehmen. Es wäre nicht gerechtfertigt, für solche Bezüge Schiffsraum und Zahlungsmittel, soweit beide nur in beschränktem Umfange vorhanden sind, in größerem Umfange zur Verfügung zu stellen, als zur Erreichung dieses Zweckes unbedingt erforderlich ist, und ebensowenig kann es zugelassen werden, daß die ausländische Konkurrenz die Zeit, in der unsere eigene Halbfabrikatenindustrie infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Störungen noch nicht lieferfähig und infolgedessen außerstande ist, den Wettbewerb unter gleichen Bedingungen aufzunehmen, dazu ausnutzt, sich des inländischen Marktes zu bemächtigen.

Aber auch innerhalb jedes einzelnen Industriezweiges treten ähnliche Interessengegensätze auf. Wenn in einer Industrie die Versorgung mit Rohstoffen oder Halbfabrikaten wesentlich hinter dem Bedarfe zurückbleibt, würde sich bei gleichmäßiger Verteilung etwa nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe die Notwendigkeit einer allgemeinen Betriebseinschränkung im gleichen Verhältnisse ergeben. Die Folge wäre unvollständige Ausnutzung der Anlagen, irrationeller Betrieb, Verteuerung der Erzeugung und Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande gerade in einer Zeit, in der auf die Erhaltung und Wiedergewinnung dieser letzteren das höchste Gewicht gelegt werden muß. Teilt man, um diese Gefahr zu vermeiden, die eingeführten Rohstoffmengen einzelnen Betrieben in solichem Ausmaße zu, daß ihnen der Vollbetrieb ermöglicht wird, so bedeutet dies notwendigerweise die vollständige Stilllegung anderer, was nur möglich ist, wenn für eine entsprechende Entschädigung der stillgelegten Betriebe Sorge getragen wird.

Außerdem müßten in einem solchen Falle Bürgschaften dafür geboten werden, daß die zeitweilige Ausschaltung einzelner Betriebe nicht zu einer

dauernden wird. Denn es liegt nahe, daß die begünstigten Unternehmungen ihren Vorsprung dazu ausnutzen, die Kundschaft an sich zu ziehen und sich dauernd eine günstigere Stellung beim Absatze ihrer Erzeugnisse gegenüber jenen Unternehmungen zu sichern, die erst später mit Rohstoffen versorgt werden und infolgedessen auch später wieder mit ihren Waren auf dem Markt erscheinen können. So kann es kommen, daß die Sorge für eine gerechte und vernünftige Verteilung der Rohstoffmenge in manchen Industriezweigen, bei denen die Deckung hinter dem Bedarfe fürs erste stark zurückbleibt, auch zu einer Regelung des Absatzes zwingt.

Die Entscheidung darüber, welches System der Verteilung — die gleichmäßige Aufteilung und Betriebseinschränkung oder die Konzentrierung der Versorgung auf einzelne Betriebe — gewählt werden soll, noch mehr aber die Durchführung des Beschlossenen erfordert eine kräftige und lückenlose Organisation der Industrie. Vom grünen Tisch aus und durch die Mittel rein bureaukratischer Verwaltung können Fragen von so tief einschneidender Wirkung nicht gelöst werden. Ebenso wenig aber ist es anständig, von ihrer Schwierigkeit die Schlußfolgerung abzuleiten, daß es am besten sei, von einem Eingreifen überhaupt abzusehen und alles der freien Entwicklung zu überlassen. Sie würde mit Notwendigkeit dazu führen, daß die großen, kapitalkräftigen Unternehmungen eine natürliche Vorzugsstellung gewinnen und daß eine förmliche Expropriation der kleineren Betriebe Platz greift, die nicht über das Kapital, den Kredit und die auswärtigen Beziehungen verfügen, um ihren Rohstoffbezug selbständig zu organisieren. In verschärftem Maße trifft diese Ungleichheit jene Unternehmer, die ihrer Dienstpflicht im Felde genügten, die Leitung ihres Betriebes in der Zwischenzeit oft minder geeigneten Kräften überlassen mußten und jedenfalls nicht in der Lage waren, persönlich die notwendigen Vorkehrungen für die Versorgung ihres Betriebes in der Periode der Übergangswirtschaft zu treffen. Man kann über alle diese Verhältnisse nicht kaltherzig hinweggehen. Man kann die Augen nicht vor der Gefahr verschließen, daß der Krieg zu einer ebenso ungerechten wie unerwünschten Umwälzung der Besitzverhältnisse in der Industrie führt und in seinen Folgen gerade jene Schichte des Unternehmertums am schwersten trifft, die für die weitere Entwicklung am wertvollsten ist: die breite Schichte der Mittelindustrie, der auf die persönlichen Eigenschaften des Inhabers gebauten Unternehmungen. Die Einbuße an wirtschaftlicher Kraft, die uns hier droht, wird keineswegs durch die Vorteile aufgewogen, die theoretisierende Betrachtung in der durch den Krieg bewirkten Konzentration des Kapitals und der Unternehmungen erblickt.

## 16. Die Rationalisierung der Industrie.

Auf der anderen Seite kann es gewiß nicht Aufgabe der zu schaffenden Organisation sein, veraltete, schlecht eingerichtete und leistungsunfähige Betriebe künstlich am Leben zu erhalten und ihnen eine Art Versicherung gegen die Wirkungen überlegenen Wettbewerbes zu gewähren. Die möglichste Rationalisierung des industriellen Betriebes bildet im Gegenteil eine der wichtigsten Aufgaben der für die Zwecke der Übergangswirtschaft

zu schaffenden Organisationen. Zersplitterung des Bedarfes auf der einen, der Mangel an Spezialisierung der Industrie auf der anderen Seite bildet seit jeher einen der schwersten Nachteile unserer industriellen Entwicklung. Die tief einschneidende Wirkung des jahrelangen Kriegszustandes auf unsere ganze Wirtschaft, auf Verbrauch und Erzeugung bringt eine niemals wiederkehrende Gelegenheit zu grundlegender Änderung und Besserung.

Im Frieden bestimmte der Wunsch des Verbrauchers Art und Richtung der Erzeugung. Nationale und landschaftliche Verschiedenheiten, Herkommen und gedankenloses Belieben verlangten ihre Befriedigung. Nach dem Kriege wird es bei dem herrschenden Warenmangel die erste Sorge sein, überhaupt Ware zu bekommen. Es wird nicht mehr darauf ankommen, ob Form und Farbe der Gewohnheit oder dem Wunsche entspricht, wenn nur dem Gebrauchszwecke gedient ist. Der Erzeuger ist mit einem Male stärker geworden als der Verbraucher. Was er bietet, wird bereitwilligst genommen werden, und wenn er nicht selbst in alte Gewohnheiten zurückfällt, hat er die Gelegenheit, den Verbrauch in weitem Umfang an normalisierte Typen zu binden und sich auf diese Weise den Boden für spezialisierte Massenerzeugung zu bereiten.

In gleicher Weise hat der Krieg auch in der Industrie selbst die Voraussetzungen der Rationalisierung geschaffen. Die alten Geschäftsverbindungen wurden zerrissen, der Bann des Herkommens gebrochen. Das Arbeiten für den mittelbaren und unmittelbaren Kriegsbedarf, der Zwang, an Stelle der gewohnten Rohstoffe in mehr oder weniger weitem Umfange Ersatzstoffe zu verwenden, die vorgeschriebenen Sparmaßnahmen und Normalisierungen haben zahllose Betriebe gezwungen, ihre Erzeugung auf ganz veränderte Grundlagen zu stellen. Die durch den Krieg hervorgerufenen Schäden und Veränderungen der maschinellen Einrichtung machen in vielen Betrieben vor Übergang zur Friedensarbeit Neuherstellungen und Umgestaltungen notwendig, und all dies bewirkt, daß häufig die Rückkehr zur alten Betriebsweise mit nicht viel geringerer, ja mit größerer Schwierigkeit verbunden ist als der Neuaufbau des Unternehmens auf der rationellen Grundlage spezialisierter Massenerzeugung. Auch nach dieser Richtung hin bringt der Krieg eine niemals wiederkehrende Gelegenheit, Versäumtes nachzuholen, mit den belastenden Überlieferungen der Vergangenheit zu brechen und eine Industrieentwicklung auf moderner Grundlage anzubahnen. Ob diese Gelegenheit benutzt wird, hängt größtenteils davon ab, daß es gelingt, mit Hilfe planmäßiger Organisation eine fortschreitende Arbeitsteilung zu bewirken, den Übergang zur Erzeugung möglichst allgemein verwendbarer Normaltypen zu fördern und die Spezialisierung der Betriebe auf die Massenherstellung solcher Typen in möglichst weitem Umfange herbeizuführen.

Wenn auch die Ausübung staatlichen Zwanges nach dieser Richtung hin nicht in Frage kommt, wird man doch alles tun müssen, um die für die Übergangswirtschaft geschaffenen Organisationen auch zu diesem Zwecke auszunutzen und der mit den besonderen Verhältnissen unseres Wirtschaftslebens verknüpften Neigung zur Rückkehr in altgewohnte Bahnen entgegenzuwirken.



Man bliebe damit übrigens im Rahmen der Übergangswirtschaft, innerhalb dessen ein solches Vorgehen nach doppelter Richtung hin geboten wäre: mit Rücksicht auf die Ersparung von Rohstoffbezügen wie auch zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie gegenüber dem Auslande.

Wie schon erwähnt, wird unter Umständen schon die Schwierigkeit der Beschaffung eine erhebliche Beschränkung der Versorgung mit ausländischen Rohstoffen mit sich bringen. Jedenfalls zwingt uns der Stand unserer Valuta und unseres auswärtigen Kredits, beim Bezuge die größte Sparsamkeit walten zu lassen. Dies bedingt gleiche Sparsamkeit bei der Verwendung. Die spezialisierte Massenerzeugung bietet nicht nur die größte Gewähr für rationelle Ausnutzung der Rohstoffe, für die sorgfältige Gewinnung und Verwertung der Abfall- und Nebenprodukte, sondern ermöglicht es auch in vielen Fällen, durch Anwendung vervollkommneter Fabrikationsmethoden mit billigeren Rohstoffen oder Ersatzmitteln das Auslangen zu finden, ohne daß die Qualität des Erzeugnisses darunter leidet.

Für die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie ist die Spezialisierung von größter Bedeutung, weil sie der wichtigste Faktor für die Verbilligung der industriellen Produktion ist, weil die Entwicklung in allen Ländern nach derselben Richtung geht und weil die Einholung des Vorsprunges, den andere auf diesem Gebiete gewonnen haben, für uns von um so größerer Bedeutung ist, je schwerer die finanziellen Lasten sind, die unserer Wirtschaft durch den Krieg auferlegt werden.

### 17. Die Exportförderung.

Wir können diese Lasten nur bei höchster Steigerung unserer Produktivität tragen und wir können im besonderen unsere Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Auslande nur aufrechterhalten, wenn wir aus dem regelmäßigen Betriebe unserer Wirtschaft die Mittel gewinnen, um unsere auswärtigen Schuldverpflichtungen und die notwendigen fortdauernden Auslandsbezüge zu decken. Zur Erreichung dieses Zieles ist nicht nur die Erhaltung, sondern eine außerordentliche Steigerung unserer Ausfuhr unbedingt notwendig, und die unerläßliche Voraussetzung hierfür bildet die Erhöhung unserer Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland. Wir stehen hier vor einer Art Wechselbeziehung. Die Rationalisierung unserer Produktion und die Ausdehnung unseres Exports bedingen sich gegenseitig. Ist die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit durch die Spezialisierung der Industrie und den Übergang zur rationellsten Erzeugungsmethode die Voraussetzung für die Ausdehnung unseres ausländischen Absatzes, so ist die Erweiterung des Marktes notwendig, um die breite Basis für die Durchführung der Spezialisierung zu gewinnen. Mit Recht wird daher die Ausbreitung des Exports als die Kardinalfrage der österreichischen Industrieentwicklung bezeichnet, und im gegenwärtigen Augenblicke drängt uns in diese Richtung nicht nur vernünftige Überlegung, sondern der harte Zwang finanzieller Not.

Daher müssen auch bei der Förderung unseres ausländischen Absatzes neue Bahnen eingeschlagen werden.

Wir stehen vor der zwingenden Notwendigkeit, unseren Export so zu entwickeln, daß er mit seinem Ertrage die Lücke in unserer Zahlungsbilanz auszufüllen vermag. Mit dem System der kleinen Mittel und halben Maßregeln ist angesichts dieser Aufgabe das Auslangen nicht mehr zu finden. Auf der anderen Seite geben die Wirtschaftsverbände und sonstigen Organisationen, die zur Durchführung der übrigen mit der Übergangswirtschaft zusammenhängenden Verwaltungsaufgaben ohnehin geschaffen werden müssen, die Möglichkeit, auch die Exportförderung auf breite, bisher fehlende Organisationsgrundlagen zu stellen. Ihre Vermittlung könnte dazu benutzt werden, die aus dem Ausland einlangenden Nachrichten und Anfragen besser und mit größerer Aussicht auf Erfolg wie bisher zu verwerten; neue Industriezweige und Unternehmungen zum Exporte heranzuziehen; die für den Export in Betracht kommenden Betriebe zu gemeinsamem oder doch einverständlichem Vorgehen in besondere Vereinigungen oder Syndikate zusammenzufassen; durch Einführung von Exportvergütungen die bei Erstellung von konkurrenzfähigen Exportpreisen sich ergebenden Ausfälle auf die Gesamtheit der Unternehmungen zu verteilen und eine vorzugsweise Heranziehung jener Betriebe für den Export zu bewirken, die durch ihre Lage oder durch andere Verhältnisse besonders hierfür geeignet scheinen. Mit Hilfe dieser Organisationen können auch die Nachteile, die sich aus den verschiedenen Reibungen und Hemmungen der Übergangswirtschaft für den Export ergeben, beseitigt oder doch gemildert werden. Insbesondere handelt es sich dabei um die rechtzeitige Deckung des Arbeiterbedarfes und um die Vorsorge dafür, daß etwa notwendig werdende Beschränkungen der Einfuhr die Erzeugung für den Export nicht behindern.

Die im Rahmen der industriellen Organisationen gebildeten Exportvereinigungen oder Syndikate könnten unter Umständen selbst den Export in die Hand nehmen und zu diesem Zweck entweder Niederlassungen im Auslande gründen oder den unmittelbaren Verkehr mit fremden Importhäusern herstellen. In der Regel wird es für sie allerdings vorteilhafter sein, die Vermittlung des inländischen Exporthandels in Anspruch zu nehmen, dessen Erfahrungen, Geschäftskennntnisse und Beziehungen durch keine Organisation ohneweiters zu ersetzen sind.

Was die Bestrebungen zur Schaffung einer Handelsorganisation im Auslande anlangt, so genügt es nicht, eine Anzahl kärglich subventionierter Sendlinge als Agenten ins Ausland zu schicken: zugleich mit den Menschen muß auch Kapital in die Fremde hinausgehen, um dort im Interesse der Heimat zu arbeiten.

Der Kapitalexport in großem Stile, die Übernahme öffentlicher Anlehen, die Finanzierung von Bahnbauten und industriellen Unternehmungen verbietet sich uns allerdings aus Gründen unserer Kapitalsarmut. Doch reicht unsere Kraft dazu aus, Kapitalexport in einem ähnlichen Sinne zu betreiben, wie dies seitens anderer kapitalsschwacher Staaten häufig zu dem Zwecke geschieht, sich im Auslande durch die Haltung eines Reportfonds einen Markt für ihre Papiere zu schaffen. Die Anwendung dieses Verfahrens auf den Warenhandel würde die Finanzierung von Importhäusern an großen Handelsplätzen des Auslandes, namentlich in der Übersee, bedeuten, um daselbst

kapitalskräftige Vertretungen des österreichischen Handels zu schaffen, die den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Einfuhr österreichischer Waren erblicken und ein Interesse an der Erhaltung und Entwicklung dauernder Beziehungen zur Heimat besitzen. Derartige Gründungen wären vielleicht geeignet, die oft beklagte Lücke in der Gliederung unseres Handels zu schließen und das ausländische Gegenstück der Organisationen zu bilden, die im Inlande zur Förderung des Exports ins Leben gerufen werden sollen. In manchen Fällen könnte an Stelle solcher Neugründungen wohl auch die Beteiligung österreichischen Kapitals an bestehenden Importhäusern des Auslandes treten.

Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen würde das alte Projekt einer österreichischen Export- oder Überseebank unter Umständen neue Bedeutung gewinnen. Seine bisherige Ablehnung gründete sich darauf, daß die Voraussetzungen für die Beteiligung an dem großen Kommissionsgeschäft bei uns wegen unserer Kapitalsarmut nicht vorhanden sind und das reine Remboursgeschäft ein solches Unternehmen bei der geringen Entwicklung unseres Überseehandels nicht zu alimentieren vermag. Dagegen würde eine Exportbank, die ihren Beruf darin erblickt, österreichische Handelsniederlassungen im Auslande zu errichten, die Beteiligung österreichischen Kapitals an ausländischen Handelsunternehmungen durchzuführen, den Verkehr dieser Unternehmungen mit dem Mutterlande zu finanzieren und als Vertreterin ihrer Interessen in der Heimat zu dienen, einen ausreichenden Wirkungskreis vor sich haben. Sie wäre am besten als Syndikatsunternehmen einer österreichischen Bankengruppe zu konstruieren, wobei eine allfällige Staatsunterstützung ebensowohl in der Form der Subvention wie in jener einer Beteiligung an der Kapitalsbeschaffung gewährt werden könnte. Für die Beurteilung der geschäftlichen Aussichten eines solchen Unternehmens kommt auch noch wesentlich in Betracht, daß es seine Tätigkeit gleichzeitig auch auf den Import von Rohstoffen und anderen Waren nach der Monarchie erstrecken könnte. Da beim Importgeschäft von Anfang an auf große Umsätze in bestimmten Waren mit Sicherheit gerechnet werden kann, würde das Unternehmen hiedurch auf eine breitere Grundlage gestellt und leichter in die Lage gesetzt, die bei der Entwicklung des Exportgeschäftes voraussichtlich gerade im Anfang sich ergebenden Schwierigkeiten zu überwinden. Außerdem vermöchte es unserer Volkswirtschaft bei der Organisation des Rohstoffbezuges in der Übergangszeit wertvolle Dienste zu leisten.

Eine besondere Bedeutung gewinnt endlich die Beteiligung österreichischen Kapitals an fremdländischen Handelsunternehmungen, die ja auch unter der Flagge ihres Standortes gehen können, im Hinblick auf die naheliegende Möglichkeit, daß unserem Handel mit feindlichen Ländern und ihren Kolonien auch nach Friedensschluß durch einen förmlichen Handelskrieg oder mindestens durch eine feindselige Agitation und Schikanen der Verwaltung Hindernisse und Schwierigkeiten bereitet werden. Für diesen Fall kann der Bestand solcher von österreichischem Kapital kontrollierter Handelshäuser in neutralen Ländern, so in Holland, in der Schweiz, in Spanien und in den Vereinigten Staaten, von größter Wichtigkeit werden.

### 18. Die angeblich exportfördernde Wirkung des Agios.

Gegenüber den Bestrebungen, die auf den Wiederaufbau und die Entwicklung des Exports durch organisatorische Maßnahmen gerichtet sind, wird von mancher Seite darauf hingewiesen, daß sich die Hebung unserer Ausfuhr automatisch und ohne jedes Zutun von seiten der staatlichen Verwaltung unter dem Einflusse der exportfördernden Wirkung des Agios einstellen werde. Man führt zur Unterstützung dieser Meinung die Erfahrungen an, die in Österreich und anderen Staaten nach vergangenen Kriegen während der darauffolgenden Perioden zerrütteter Valuta gemacht wurden. Man übersieht jedoch dabei, daß die Verhältnisse gegenwärtig wesentlich anders liegen. Die sogenannte exportfördernde Wirkung des Agios beruht darauf, daß sich die Kaufkraft des Geldes im inneren Verkehr nicht in demselben Maße vermindert wie sein Wert im Verhältnis zu fremden Valuten. Die Folge davon ist, daß die Produktionskosten der Ware, soweit sie in den Anschaffungskosten für Roh- und Hilfsstoffe inländischer Erzeugung oder in Arbeitslöhnen bestehen, unverändert bleiben oder sich doch nicht in dem Maße erhöhen, in dem das Agio wächst. Der Erlös in feindlicher Valuta, der beim Verkauf der Ware ins Ausland erzielt wird, liefert daher außer dem gewöhnlichen Handels- und Fabrikationsgewinn einen Überschuß über die Produktionskosten, der durch die Höhe des Agios bedingt ist. Nun hat jedoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen infolge der langen Dauer des Krieges und der englischen Handelssperre die Teuerung der Waren auf dem inländischen Markte solche Fortschritte gemacht, daß sie weit größer ist, als der Entwertung unseres Papiergeldes gegenüber den ausländischen Valuten entsprechen würde.

Zurzeit gelten 100 K in Amsterdam 25'75 fl., in Zürich 52'25 Franken, was einer Steigerung des Preises der ausländischen Valuten auf etwa das Doppelte der Münzparität entspricht. Diese Verteuerung der Valuten ist von den Warenpreisen nur bei wenigen Artikeln nicht oder bloß wenig überholt worden, so bei Zucker, der von 78 K im Juli 1914 auf 100 K im Dezember 1916 stieg, für Braunkohle ab Schacht (0'84 gegen 1'09 K), preußische Kohle (3'96 gegen 5'58 K), Brennholz (11 bis 13 K gegen 22 bis 34 K). Dagegen ist der Preis für feines Weizenmehl (Nr. 0, bzw. Backmehl) von 0'42 K im Juli 1914 auf 1'20 K im Dezember 1916 gestiegen, also auf fast das Dreifache; jener für vorderes Rindfleisch von 1'85 K auf 9'30 K, für hinteres von 2'25 bis 2'35 K auf 10'60 bis 14 K, also auf das Vier- bis Fünffache; für Schweinefett von 135'50 auf 875 K, also auf das Siebenfache; für Kernseife von 80 auf 420 K, also auf das Fünffache; für Militärwäschekalkot 15 × 15 aus Garn Nr. 18/20 von 0'28 auf 1'32 K, für gewöhnliche bedruckte Molinos von 0'40 auf 2'20 K, also auf das Fünffache; für Wollengewebe gleichfalls auf das Vier- bis Fünffache; für dreifach eingesetzte Terzen (Sohlenleder) von 430 bis 447 auf 1200 bis 1218 K.

Wenn nun — wie aus diesen Beispielen hervorgeht — die Steigerung der Warenpreise im Inlande größer ist als die Steigerung des Preises der fremden Valuten, so kann von einer exportfördernden Wirkung des Agios nicht mehr die Rede sein. Im Gegenteil, die Inlandspreise und infolgedessen



auch die Gestehungskosten der im Inland erzeugten Ware sind höher, als dem Stande des Agios entsprechen würde, und infolgedessen müßte bei den heutigen Preisverhältnissen der Export sogar schwieriger geworden sein. Es ist nun wohl zu erwarten, daß nach dem Krieg ein Abbau der Preise eintreten wird. Die staatliche Verwaltung wird auch alles tun müssen, diesen Prozeß zu unterstützen und zu beschleunigen. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob der Preisrückgang so stark sein wird, daß die Verteuerung der Ware auf die Höhe des Agios unserer Währung zurückgeschraubt oder noch weiter heruntergedrückt werden wird. Eine allfällige Verringerung des Agios, wie wir sie erhoffen, würde die Anpassung des Preisniveaus an den Geldwert noch erschweren. Die Hoffnungen, die zugunsten unseres Exports auf die Wirkungen des Agios gesetzt werden, könnten sich höchstens erfüllen, wenn nach Friedensschluß und nach Eröffnung des internationalen Verkehrs ein weiterer Sturz unserer Währung erfolgt. Alles in allem genommen hat man eher Grund zu der Befürchtung, daß die Steigerung der Inlandspreise ein ernstes Hindernis für die Entwicklung unseres Exports bilden wird, als zu der landläufigen Überschätzung der sogenannten exportfördernden Wirkung des Agios.

### 19. Die Beschaffung des Schiffsraumes.

Eine der wichtigsten Fragen der Übergangswirtschaft ist die Sicherung des Schiffsraumes für die überseeischen Warenbezüge. Bei der ungünstigen Lage unserer wichtigsten Produktionsgebiete zu den heimischen Häfen spielt die unmittelbare Einfuhr auf dem Seewege bisher in unserem Außenhandel eine verhältnismäßig geringe Rolle. Im Jahre 1913 wurden bei einer Gesamtmenge der Einfuhr von 229 Millionen Tonnen nur 27 Millionen Tonnen (11·8%) zur See über unsere eigenen Häfen eingeführt. Davon entfielen 1·5 Millionen Tonnen oder 54·9% auf Triest, 705.000 Tonnen oder 26% auf Fiume, der Rest auf die kleineren Häfen.

Eine Ergänzung des Seeverkehrs bildet in gewissem Sinne die Einfuhr auf dem Elbe- und Donauwege. Die Donau tritt für den Verkehr mit den Ländern, die sie auf ihrem unteren Laufe durchströmt (Rumänien und Bulgarien) und mit den russischen Häfen des Schwarzen Meeres in unmittelbarem Wettbewerb mit dem Seewege. Für die Bedeutung, die sie in diesem Verkehr besitzt, bilden die Angaben der ungarischen Statistik über die Frachtbewegung auf der regulierten Stromstrecke im Eisernen Tor einen Maßstab. Hienach gingen im Jahre 1913 462.808 Tonnen bergwärts durch die Stromschnellen, während zur See aus dem Gebiete des Schwarzen Meeres und der unteren Donau nur 83.200 Tonnen nach österreichischen oder ungarischen Häfen kamen. Insgesamt wurden nach der Monarchie aus Rumänien 796.700 Tonnen, aus dem europäischen Rußland 753.900 Tonnen, aus Bulgarien 44.500 Tonnen, zusammen aus allen drei Ländern 1.568.100 Tonnen eingeführt. Somit entfallen auf den Donauweg nahezu 30%, auf den Seeweg nur 53% des Gesamtverkehrs mit den genannten Ländern. Setzt man die Einfuhr auf der Donau in Vergleich zur Gesamteinfuhr auf dem Seewege, so ergibt sich, daß sie rund ein Drittel der Einfuhr von Triest, mehr als die Hälfte des Verkehrs von Fiume und ein Sechstel des ganzen Importverkehrs unserer Seehäfen ausmacht.

Von noch größerer Bedeutung ist die Wasserstraße der Elbe. Sie ist nicht wie die Donau nur ein Weg zu einem in sich geschlossenen, natürlich abgegrenzten Verkehrsgebiete; vor ihrer Mündung liegt das freie Meer, und indem sie die Verbindung unseres wichtigsten Industriegebietes mit dem Welt-hafen von Hamburg herstellt, öffnet sie unserem Handel einen unmittelbaren Zugang zu den Hochstraßen des Seeverkehrs. Im Jahre 1913 wurden auf der Elbe 783.789 Tonnen ausländischer Güter eingeführt. Davon sind nach der Art der beförderten Waren etwa 150.000 Tonnen für den Verkehr mit Deutschland abzuziehen. Der Rest von rund 630.000 Tonnen stellt die durch die Elbeschiffahrt und den Hamburger Hafen vermittelte Einfuhr aus der Übersee dar.

Außer Hamburg sind auch noch die übrigen Häfen der Nord- und Ostsee, außer dem Elbeverkehr auch noch die Gütermengen in Betracht zu ziehen, die von diesen Häfen mit der Eisenbahn zu uns gelangen.

Im ganzen betrug nach einer auf die Statistik des Außenhandels aufgebauten Schätzung die Warenmenge, die aus der Übersee oder aus europäischen Ländern unter Benützung des Seeweges — sei es über unsere eigenen Häfen, sei es über solche der Nord- und Ostsee — in die Monarchie eingeführt wurde, rund 4.55 Millionen Tonnen. In dieser Höchstziffer unseres Seeverkehrs sind nicht nur die Waren enthalten, für die unsere Statistik die überseeische Herkunft oder die Einfuhr auf dem Seewege nachweist, sondern auch die mittelbaren Bezüge, die unter Verwischung ihres überseeischen Ursprunges durch Vermittlung fremdländischen, in erster Linie deutschen Handels zu uns gelangen. Scheidet man diese indirekte Einfuhr, die ungefähr 159.600 Tonnen beträgt, sowie den adriatischen (zirka 235.000 Tonnen), skandinavischen (833.000 Tonnen) und afrikanischen (57.400 Tonnen) Verkehr aus, so ergibt sich eine Summe von rund 3.28 Millionen Tonnen als die wahrscheinliche Menge jener Warenbezüge, für die Schiffsraum sichergestellt werden müßte, wenn sich die Bezüge während des ersten Friedensjahres auf der Höhe jener halten, die im Jahre 1913 bewerkstelligt wurden.

Um eine Einfuhr gleichen Umfanges wie im Jahre 1913 (d. i. also rund  $3\frac{1}{4}$  Millionen Tonnen) innerhalb eines Jahres zu bewältigen, wäre nach sachverständiger Schätzung, welche die Verteilung unserer Einfuhr auf die einzelnen Bezugsländer und ihre wichtigsten Häfen, die wechselnde Beschaffenheit der Ladungen und die Reisedauer einschließlich des Aufenthaltes in Zwischenhäfen und der erforderlichen Liegezeit im Ausgangs- und Endpunkte der Fahrten in Rechnung zieht, Schiffe mit einer Gesamtladefähigkeit von rund 1 Million Raumtonnen (zu 40 englische Kubikfuß oder 1 $\frac{1}{7}$  Kubikmeter) erforderlich. Müßte auch noch der Verkehr von Skandinavien nach den deutschen Ostseehäfen mit Schiffen heimischer Flagge besorgt werden, so würde sich diese Summe um etwa 60.000 Raumtonnen erhöhen. Der adriatische Verkehr würde Schiffe mit einer Ladefähigkeit von etwa 35.000 Raumtonnen erfordern. Somit bewegen sich die Schätzungen unseres Bedarfes an Schiffsraum zwischen 1 Million und 1.1 Millionen Raumtonnen.

Gegenüber diesem Bedarfe wies die österreichische Handelsflotte im Jänner 1917 einen Stand von 187 Dampfern weiter Fahrt mit zusammen 703.072 Bruttoregistertonnen und einer Ladefähigkeit von 1.129.946 Raumtonnen aus. Die ungarische Handelsflotte zählte zu gleicher Zeit 68 Dampfer weiter

Fahrt mit 207.348 Bruttoregistertonnen und einer Ladefähigkeit von 384.300 Raumtonnen. Beide Flotten zusammen ergeben somit eine Ladefähigkeit von 1.514.246 Raumtonnen, die den geschätzten Bedarf um rund eine halbe Million Raumtonnen übersteigen würde. Nun ist jedoch keineswegs dieser ganze Tonnengehalt unmittelbar nach Friedensschluß verfügbar. Vorerst müssen diejenigen Schiffe in Abzug gebracht werden, die sich im feindlichen Auslande befinden, da es bei ihnen höchst ungewiß ist, ob, wann und in welchem Zustande sie wieder in den Besitz ihrer Eigentümer gelangen. Ebenso müssen mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage die Schiffe ausgeschieden werden, die in den Häfen Nord- und Südamerikas oder Chinas liegen. Es bleiben somit als verfügbarer Schiffsbesitz: für Österreich 132 Dampfer mit 465.433 Bruttoregistertonnen und einer Ladefähigkeit von 717.088 Raumtonnen, für Ungarn 48 Dampfer mit 136.030 Bruttoregistertonnen und einer Ladefähigkeit von 248.925 Raumtonnen, für beide Staaten zusammen 180 Dampfer mit 601.463 Bruttoregistertonnen und einer Ladefähigkeit von 966.013 Raumtonnen. Auch dies stellt jedoch noch nicht die im Zeitpunkte des Friedensschlusses wirklich verwendbare Tonnage dar.

Wir müssen weiterhin, wenn auch vielleicht nur für eine kurz begrenzte Zeit, die Schiffe in Abrechnung bringen, die in Verwendung der Heeresverwaltung oder der Kriegsmarine stehen. Dies sind im ganzen 50 Dampfer mit 126.665 Bruttoregistertonnen und einer Ladefähigkeit von 198.393 Raumtonnen. Das Ergebnis der ganzen Rechnung ist, daß einem Bedarfe von etwa 1 bis 1½ Millionen Raumtonnen Ladefähigkeit im Zeitpunkte des Friedensschlusses eine unmittelbar verfügbare Tonnage von 767.620 Raumtonnen gegenübersteht, die sich nach dem binnen weniger Wochen oder Monate zu gewärtigenden Freiwerden der militarisierten Dampfer auf 966.013 Raumtonnen erhöhen wird. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Berechnung des erforderlichen Frachtraumes unter der Annahme einer gleichmäßigen Verteilung der Frachten und infolgedessen auch der Fahrten über das ganze Jahr vorgenommen wurde. Diese Annahme trifft schon mitten im Frieden nicht zu. Noch weniger unmittelbar nach dem Kriege, wo der Bedarf gerade im Anfang außerordentlich dringend sein, unter Umständen ein förmlicher Wettlauf nach dem Rohstoffe sich entspinnen und infolgedessen die Notwendigkeit eintreten wird, in den ersten Wochen und Monaten sich häufenden Ansprüchen auf Beistellung von Schiffsraum gerecht zu werden.

Ein weiteres ungünstiges Moment bildet der Erhaltungszustand unserer im Inlande stillliegenden Flotte. In den einsamen dalmatinischen Buchten, die während des Krieges als Zufluchtshäfen benutzt wurden, konnten ihre Schiffe bei dem vollständigen Fehlen der erforderlichen Werkstätten und Anlagen nicht gehörig instand gehalten werden, so daß sie erst zur Doekung und Ausbesserung nach Triest gehen müssen, ehe sie wieder in Dienst gestellt werden können. Alles in allem genommen gelangt man zu dem Schlusse, daß unsere eigene Tonnage zur Bewältigung eines Verkehrs gleichen Umfanges wie im Jahre 1913 im besten Falle, das heißt unter Einrechnung der militarisierten Dampfer in den verfügbaren Bestand der Flotte und bei Vernachlässigung des skandinavischen und adriatischen Verkehrs, mit einem kleinen Defizit von 3½% knapp ausreicht. Sollten diese beiden Verkehre durch unsere eigenen



Schiffe besorgt werden müssen, so vergrößert sich das Defizit auf 12%, und es steigt weiter auf 23, bzw. 33%, wenn man annimmt, daß die militärisch verwendeten Dampfer dem Güterverkehr durch längere Zeit entzogen bleiben, was wenigstens teilweise zutreffen dürfte.

Es muß hervorgehoben werden, daß diese Ziffern nur ein ganz rohes, in den allgemeinsten Umrissen gehaltenes Bild zu geben vermögen und daß die Entwicklung nach der einen wie nach der anderen Richtung hin im günstigen oder im ungünstigen Sinne Überraschungen bringen kann. Jedenfalls ist jedoch die Folgerung gerechtfertigt, daß wir alle Ursache haben, auf die Sicherung und rationelle Verwertung unseres Schiffsraumes mit allen Mitteln bedacht zu sein.

Vor allem war es daher notwendig, Sicherheit dagegen zu schaffen, daß der verfügbare Schiffsraum durch private Geschäfte eine unkontrollierbare Verminderung erfährt. Zu diesem Zwecke wurden bereits eine Reihe von Maßregeln ergriffen.

Durch Verordnung des Handelsministers vom 27. August 1915, RGBl. Nr. 255, wurde die Veräußerung österreichischer Seehandelschiffe an das Ausland an eine besondere Bewilligung des Handelsministeriums gebunden und ohne eine solche für verboten und ungültig erklärt.

Eine weitere Verordnung vom 5. August 1916, RGBl. Nr. 246, verbot den Abschluß von Frachtverträgen, welche die Beförderung von Gütern zwischen ausländischen Häfen zum Gegenstand haben, sowie jede Vergebung von Schiffsraum an Ausländer durch Vercharterung oder Schiffsmiete außer im Falle ausnahmsweiser Bewilligung seitens des Handelsministeriums. Frei blieb nur die Übernahme von Frachten im Verkehr mit österreichischen oder ungarischen Häfen und die Vercharterung für Rechnung österreichischer oder ungarischer Verfrächter. Für die Vermietung von Schiffsraum an Ausländer zum Zwecke des Warenverkehrs mit Österreich-Ungarn wurde die Erteilung der notwendigen Bewilligung in der Verordnung selbst ausdrücklich zugesichert. In allen anderen Fällen hat die Staatsverwaltung vollkommen freie Hand, die Bewilligung zu erteilen oder zu verweigern.

Durch diese Maßnahmen ist in weitestem Umfange dafür Vorsorge getroffen, daß der Schiffsraum dem heimischen Verkehr nicht entzogen werden kann. Doch reichen diese negativen Verfügungen für sich allein noch keineswegs aus. Denn sie bieten keinerlei Gewähr dafür, daß der Schiffsraum im heimischen Verkehr auch zweckentsprechend verwendet wird und daß er jeweils in jenen Verkehrsrichtungen und für jene Waren auch wirklich zur Verfügung steht, für die er am notwendigsten gebraucht wird. Um dieses Ziel zu erreichen, sind positive Maßnahmen organisatorischer Natur erforderlich, die ihrerseits wieder zur Voraussetzung haben, daß die Staatsverwaltung die rechtliche Möglichkeit erhält, über den Schiffsraum zu verfügen und ihn durch Vermittlung der von ihr geschaffenen Organisationen jener Verwendung zuzuführen, die im Interesse der Allgemeinheit geboten ist. Zu diesem Zwecke wären die angeführten Verordnungen durch eine solche über Schiffsrequisitionen zu ergänzen, wobei man nur dem gegebenen Beispiel ausländischer Staaten, sowohl kriegführender als neutraler, folgen würde. Eine Verwendung der requirierten Schiffe für staatliche Rechnung käme dabei nicht in Frage. Einer solchen Aufgabe wäre die Verwaltung ihrer ganzen Einrich-



tung nach nicht gewachsen. Die Möglichkeit einer Requisition soll lediglich das Mittel bieten, eine auf das Einvernehmen aller Beteiligten und den gerechten Ausgleich der verschiedenen Interessen aufgebaute Organisation herbeizuführen und Widerstände zu brechen, die aus eigensüchtigen Beweggründen oder mangelnder Einsicht hervorgehen.

Bei den organisatorischen Maßnahmen handelt es sich zunächst um die Organisation der Nachfrage nach Frachtraum. Durch die staatlichen Verfügungen, welche die Sicherung unseres Schiffsraumes für den heimischen Verkehr bezwecken, wird dem Reeder die Möglichkeit entzogen, sich auf offenem Frachtenmarkte frei zu betätigen und sein Schiff dort zu verwenden, wo die beste Beschäftigung und die höchsten Frachtsätze zu finden sind.

Als Ersatz dafür muß ihm zumindest eine gewisse Gewähr geboten werden, daß er in erster Linie zur Deckung des inländischen Frachtenbedarfes herangezogen wird und dabei einen Vorzug vor fremden Flaggen genießt. Am einfachsten liegt die Sache bei Waren, die *fob* des überseeischen Verschiffungshafens gekauft werden, bei denen also die Verschiffung Sache des Käufers ist.

Für derartige Frachtaufträge könnte die gewünschte Zusammenfassung ohne Schwierigkeiten dadurch erzielt werden, daß ihre Anmeldung bei einer zu diesem Zwecke zu errichtenden Sammelstelle vorgeschrieben wird, welche die Aufgabe hätte, sie bei inländischen Reedereien unterzubringen. Nun bilden jedoch die *fob*-Geschäfte den allergeringsten Teil unserer überseeischen Einfuhr. Die Regel ist vielmehr der Kauf *cif* eines europäischen Hafens. Dabei erfolgt die Vergebung der Frachten nicht im Bezugslande, sondern im Verschiffungslande, meist auch nicht durch den Käufer oder dessen Agenten, sondern durch den Verkäufer. Bei derlei Geschäften ist daher auch naturgemäß eine Sammlung der Frachtaufträge im Inlande behufs einheitlicher Vergebung an unsere Schifffahrtslinien unmöglich. Es wäre wohl denkbar, im Kontrakt die Verschiffung über Triest oder mit einer bestimmten österreichischen Schifffahrtslinie zu bedingen, doch übt eine solche Beschränkung des Verkäufers in der Wahl der Verschiffungsgelegenheiten unter Umständen eine ungünstige Rückwirkung auf Preis- und Verkaufsbedingungen, und jedenfalls setzt sie voraus, daß die Möglichkeit der Verschiffung mit österreichischen Dampfern im Verschiffungshafen gegeben sein muß. Will man die Verfrachtung von Ware, die *cif* gekauft ist, österreichischen Reedern sichern, so müssen sie in die Lage kommen, sich in den überseeischen Häfen um diese Fracht zu bewerben. Es muß daher eine Form gefunden werden, die österreichischen Reedereien von allen für heimische Rechnung in der Übersee abzuschließenden Käufen zu unterrichten. Zu diesem Zwecke müßte auch die Anmeldung aller in Aussicht stehenden *cif*-Geschäfte bei einer inländischen Sammelstelle vorgeschrieben werden, welche sie an eine Reedereiorganisation weitergeben würde, um die Stellung der entsprechenden Frachtanbote im überseeischen Verschiffungslande zu ermöglichen. Für die Durchführbarkeit einer solchen Maßnahme zeugt wohl am besten der Umstand, daß bereits gegenwärtig ein ähnlicher Vorgang für Baumwollfrachten durch Verträge zwischen der Austro-Americana und einer großen Gruppe inländischer Spinnereien festgestellt ist.

Endlich ist noch der Fall in Betracht zu ziehen, daß ausländische Handelshäuser Ware nach Österreich verschiffen, ohne noch einen österreichischen Käufer dafür zu haben. Es kann sich dabei um Konsignationsware handeln oder um die Verschiffung von Ware, die schwimmend verkauft werden soll oder endlich um Bezüge ausländischer Handelshäuser in Europa, zum Beispiel schweizerischer oder deutscher Importeure, die in der Übersee gekaufte Ware nach Österreich verschiffen, um hier ein Lager zu bilden und von diesem weg zu verkaufen. Es kann nicht in unserem Interesse gelegen sein, solche Importe zu verhindern oder unseren Reedereien die Bewerbung um derlei Frachten unmöglich zu machen. Auf der anderen Seite darf durch solche Importe auf ungewissen Verkauf der Frachtraum nicht anderen, unter Umständen notwendigeren Importen zum Schaden der Allgemeinheit oder anderer Industriezweige weggenommen werden. Der durch staatliche Maßnahmen sichergestellte inländische Frachtraum muß den notwendigen Importen vorbehalten und auf die einzelnen Rohstoffe und Waren nach ihrer Bedeutung für die Gesamtwirtschaft verteilt werden.

Dies setzt voraus, daß eine Stelle besteht, die eine ständige Übersicht darüber besitzt, in welchem Umfange mit Rücksicht auf den Stand unserer Valutaverhältnisse Auslandsbezüge möglich sind, wie diese Einfuhren auf die einzelnen Industrien, Rohstoffe und Bezugsgebiete verteilt werden sollen, welcher Schiffsraum dafür zur Verfügung gestellt werden kann und wieviel davon jeweils durch bereits angemeldete Bezüge in Anspruch genommen ist. Eine solche Stelle, die ja auch in der Lage sein müßte, rechtsverbindliche Abmachungen mit den Reedereien zu treffen, kann natürlich nur geschaffen werden, wenn eine planmäßige Organisation des Rohstoffbezuges der Industrie Platz greift. Diese Organisation ist keineswegs gleichbedeutend mit der Zentralisation der Einfuhr in der Hand von Rohstoffgesellschaften. Ob solche Gesellschaften ins Leben gerufen und mit mehr oder weniger weitgehenden monopolartigen Rechten ausgestattet werden sollen, hängt von Umständen ab, die mit der Lösung der Verschiffungsfrage nichts zu tun haben und in verschiedenen Industriezweigen ganz verschieden liegen können. Ihre Errichtung würde auch für sich allein noch keine zufriedenstellende Lösung der Organisationsfrage bedeuten. Denn es handelt sich in erster Linie gar nicht darum, wie und durch wen der Einkauf im Ausland vorgenommen werden soll, ob durch den einzelnen Kaufmann und Industriellen oder einheitlich für einen ganzen Industriezweig durch eine zentrale Bezugsgesellschaft. Das wichtigste ist vielmehr die Entscheidung der Frage, wie die vorhandenen Bezugsmöglichkeiten, die mit Rücksicht auf den Stand unserer Valuta und auf die Schwierigkeiten der Warenbeschaffung unter Umständen eng begrenzt sein können, auf die einzelnen Waren und Industriezweige unter dem Gesichtspunkte ihrer Wichtigkeit für die Gesamtwirtschaft aufzuteilen sind, gleichgültig, von wem die Einfuhr bewirkt wird. Diese Entscheidung kann naturgemäß nicht in den Einzelorganisationen der verschiedenen Wirtschaftszweige getroffen werden. Sie ist Sache einer Zentralorganisation, in der alle Interessen vertreten sind, ein vollständiger Überblick über die verschiedenen Bedürfnisse geschaffen wird und der notwendige Ausgleich hergestellt werden kann. Erst auf Grund dieser Entscheidung kann an die Beschaffung des Frachtraumes durch

die dazu berufene Stelle geschritten werden, wobei wieder nach denselben Grundsätzen vorgegangen werden muß, sofern Schiffsraum — sei es nun solcher eigener oder fremder Flagge — nicht in ausreichendem Maße für alle Importe sichergestellt werden könnte. Und so führt auch die Betrachtung dieser Seite des Problems wieder zu der Notwendigkeit einer von einheitlichen Gesichtspunkten geleiteten Regelung des Rohstoffbezuges.

Die Organisation der Nachfrage nach Frachtraum fordert als naturgemäße Ergänzung eine solche des Schiffsverkehrs, deren erstes Ziel die Sicherstellung und Beschaffung der erforderlichen Räume sein muß. Unser eigener nach dem Krieg unmittelbar verfügbarer Schiffsraum ist im Verhältnis zu dem Umfang unserer überseeischen Bezüge außerordentlich knapp, seine Ergänzung durch fremde Tonnage mindestens fraglich. Sollen die Ansprüche, die unter diesen Umständen an die Leistungen unserer Handelsflotte gestellt werden müssen, in Erfüllung gehen, so ist rationellste Verwendung und Ausnützung der Schiffe notwendig. Es handelt sich vor allem um die zweckentsprechende Verteilung der Dampfer auf die verschiedenen Linien und Verkehrsgebiete; um zweckmäßigste Disposition über die Schiffe mit Rücksicht auf ihren jeweiligen Standpunkt; um die möglichste Verhinderung von Leerfahrten und überflüssigem Stilliegen in den Häfen; um sparsamste Ausnutzung des Raumes, kurz, um die Sicherung des überhaupt erreichbaren Höchstmaßes der Leistung aller verfügbaren Schiffe. Besonders wichtig ist die möglichst beschleunigte Wiederherstellung der von Triest ausgehenden Linienschifffahrt. Auch hiebei wird den besonderen Bedürfnissen der Übergangszeit in weitestem Umfange Rechnung getragen werden müssen. Die Führung der Linien wird durch Auslassung unbedeutender Zwischenhäfen, durch schwächere Besetzung, Zusammenlegung oder Auflassung minder wichtiger Verkehre manche Veränderungen erfahren. Auf der anderen Seite müssen die Hauptlinien, die für die Einfuhr besondere Wichtigkeit besitzen, entsprechend dem Bedürfnisse verstärkt und verdichtet werden, was die Heranziehung von Dampfern der freien Schifffahrt für diese Linien und die wechselnde Verwendung der Schiffe auf den verschiedenen Linien je nach Bedarf notwendig macht. Schon dies erfordert eine Organisation, welche die einheitliche Disposition über den gesamten Schiffsraum von einer verantwortlichen Stelle aus ermöglicht. Sie ist aber auch mit Rücksicht auf die Interessen des einzelnen Reeders kaum zu umgehen. Die Härten des Charterverbotes werden nur erträglich, wenn die Verwendung des Schiffes im heimischen Verkehr gesichert und — falls sie nicht erzielt werden kann — die zeitgerechte Bewilligung einer Ausnahme vom Verbote gewährleistet ist. Beides setzt eine vollständige Übersicht über die Beschäftigung der Schiffe im Verkehr der inländischen Häfen mit der Übersee voraus, wie sie ohne eine einheitliche Organisation des Reedereibetriebes nicht zu erzielen ist. Ähnliches gilt von der Regelung des Frachtenmarktes. Die Schwierigkeiten, mit denen unsere Wirtschaft während der Übergangszeit zu kämpfen hat, werden so groß sein, daß sie nicht noch durch eine Verteuerung der Zufuhren vermehrt werden dürfen, die unsere Industrie in dieser Beziehung schlechter stellen würde als die konkurrierende Industrie des Auslandes. Der Staat wird daher seine preisregelnde Tätigkeit, wie auf so viele andere Gebiete,



auch auf jene der Schiffsfracht erstrecken müssen, und die Schiffsrequisitionsgesetze der verschiedenen Länder dienen auch zum guten Teil diesem Zwecke der Preisregulierung. Auf der anderen Seite ist gerade die Reederei bei uns einer derjenigen Erwerbszweige, die durch den Krieg am schwersten getroffen wurden. Landwirtschaft und Industrie finden durch die Kriegskonjunktur großenteils nicht nur Ersatz für die Erschwerung ihrer wirtschaftlichen Lage durch den Krieg, sondern sogar Gelegenheit außerordentlicher Gewinne. Unsere Reedereibetriebe sind dagegen zum vollständigen Stillstand verurteilt.

Dazu kommen schwere Verluste aus der Wegnahme oder Versenkung von Schiffen und die Auslagen für den Unterhalt der stillliegenden Dampfer und ihrer Mannschaft, die namentlich dann besonders drückend werden, wenn es sich um Schiffe in ausländischen Zufluchtshäfen handelt. Ein teilweises Einbringen dieser Verluste ist nur möglich, wenn dem Reeder der Genuß der Frachtenkonjunktur nach dem Kriege trotz der notwendigen Einschränkung seiner Tätigkeit auf den heimischen Verkehr soweit als möglich gesichert bleibt. Wenn er seine Schiffe vorzugsweise diesem Verkehr zur Verfügung halten muß, so besitzt er Anspruch darauf, dabei wenigstens Frachten von gleicher Höhe einheben zu dürfen, wie sie zur selben Zeit im Verkehr mit konkurrierenden Häfen des Auslandes gezahlt werden. Die Festhaltung dieses Grundsatzes bildet den einzigen Weg, auf dem es möglich ist, den Interessen der Schifffahrt und des Importeurs in gleichem Maße Rechnung zu tragen. Seine Durchführung ist natürlich bei Zusammenfassung der einzelnen Reedereien in eine Verkehrsgemeinschaft wesentlich leichter wie bei der herkömmlichen Zersplitterung des Betriebes. Doch genügt dieser Grundsatz für sich allein noch keineswegs zur Herstellung eines befriedigenden Zustandes. Denn er vermag die einzelne Reederei nicht gegen den Nachteil zu schützen, der ihr aus der zwangsweisen Verwendung ihrer Schiffe in einem schlechter rentierenden Verkehr erwachsen kann. Dazu kommt die Notwendigkeit, Frachtabschlüsse auf längere Zeit zu machen, die gegenüber den Bewegungen der Frachtsätze auf offenem Markte große Verluste mit sich bringen können. Man kann es dem einzelnen Reeder nicht zumuten, solche Bindungen auf eigene Gefahr zu übernehmen und ebensowenig kann man sie vom Standpunkt unserer Industrie, ihrer Versorgung und ihrer Konkurrenzfähigkeit etwa von vornherein ausschließen. Den einzigen Ausweg bietet eine Organisation der Reedereien, die eine Poolung der Frachten und einen Ausgleich der Risiken ermöglicht. Endlich kann das Streben, unsere Einfuhr wo möglich mit eigenen Schiffen zu bewerkstelligen und andererseits unsere Schiffe soweit als möglich in diesem Verkehr zu beschäftigen, nur dann verwirklicht werden, wenn man über einen entsprechenden kaufmännischen Apparat von Vertretungen und Agenturen in den Verschiffungsländern verfügt. Ihn zu schaffen ist fast unmöglich, wenn jede kleine Reederei ihre eigenen Wege geht. Man mag ohne einen solchen Apparat das Auslangen finden, wenn man über seinen Schiffsraum frei verfügen und jedes Geschäft nehmen kann, gleichgültig, um welche Ware und um welchen Hafen es sich handelt. Etwas anderes ist es, wenn bestimmte Waren befördert und bestimmte Verkehre besorgt werden sollen. Dann ist ein ständiger Apparat für die Anwerbung und Auf-



nahme von Frachten in der Übersee notwendig, wie in große Linienreedereien besitzen und wie ihn wohl eine Betriebsgemeinschaft, nicht aber der einzelne Reeder der freien Fahrt sich schaffen kann. Aus alledem ergibt sich die Notwendigkeit der Zusammenfassung unserer Reedereien zu einer Organisation, welche die Herstellung einer weitreichenden Verkehrsgemeinschaft bezwecken und die Form einer handelsrechtlichen Vereinigung tragen muß. Denn sie muß in der Lage sein, Verpflichtungen zu übernehmen, Frachtverträge einzugehen, heimische und fremde Schiffe zu chartern; zu ihren Gunsten würde das staatliche Requisitionsrecht geübt werden; in ihren Händen würde sich infolgedessen in Form von Charterverträgen mit den einzelnen Reedern die Disposition über den gesamten österreichischen Schiffsraum vereinigen, und ihr fiel auch die Verpflichtung zu, die Sorge für die Bereitstellung des erforderlichen Schiffsraumes für unsere Einfuhr zu übernehmen und ihr, wenn nötig durch Zumietung ausländischer Schiffe gerecht zu werden. Den Reedereien gegenüber hätte sie für einen entsprechenden Ausgleich der aus der Frachterstellung sich ergebenden Risiken zu sorgen, und endlich wäre es ihre Aufgabe, den allmählichen Übergang zu normalen Verhältnissen dadurch herbeizuführen, daß sie in strenger Beschränkung ihrer Tätigkeit auf das Notwendige danach trachtet, die Zahl der von ihr beanspruchten Schiffe möglichst rasch zu verringern und auf diese Weise einen immer wachsenden Teil unserer Handelsflotte freier Betätigung zurückzugeben. Auch dieser Übergang von der Gebundenheit zur Freiheit erfordert, wenn schwere Ungerechtigkeiten und Ungleichmäßigkeiten der Behandlung vermieden werden sollen, eine so aufmerksame Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes einzelnen Betriebes, daß er durch den Bestand einer solchen Organisation wesentlich erleichtert werden würde. Schon hiedurch wäre eine gewisse Gewähr dafür geboten, daß die Organisation für die freie Schifffahrt zu keiner Unterbindung der weiteren Entwicklung führt. Im übrigen wäre noch besondere Vorsorge dafür zu treffen, daß die Entstehung eines förmlichen Verkehrsmonopols einzelner Schifffahrtsunternehmen vermieden und die Entwicklung neuer regelmäßiger Linien aus der freien Schifffahrt heraus nicht behindert wird.

Mit Rücksicht darauf, daß die kleineren Reedereien der freien Schifffahrt bisher einem solchen Zusammenschlusse gegenüber eine ablehnende Haltung einnahmen, ist es nicht ohne Bedeutung, ihren bisherigen Anteil an unserem Seehandel ziffernmäßig festzustellen.

Dabei ergibt sich, daß die freie Schifffahrt nur im Verkehr mit Massengütern, wie Erz, Kohle und Reis, eine Rolle spielt, bei denen die Verfrachtung in ganzen Schiffsladungen die Regel bildet. Örtlich beschränkt sich ihre Tätigkeit, abgesehen von den indischen Reishäfen, fast ausschließlich auf das Mittelmeerbecken und die europäischen Küsten des Atlantischen Ozeans. Die Überlegenheit der Linienreedereien im transoceanischen Verkehr beruht auf der Regelmäßigkeit ihrer Linien, auf der Verbindung des Passagier- und Auswandererdienstes mit dem Frachtengeschäfte, welche die Verwendung schnellerer Dampfer und die Abkürzung der Fahrzeiten gestattet, endlich auch auf den großen Vorteilen, die der Besitz einer ausgebreiteten Auslandsorganisation anderen Reedereien gegenüber gewährt, namentlich dann, wenn es sich nicht um die Vercharterung ganzer Schiffe oder um die Übernahme voller

Ladungen handelt, sondern um die Beförderung von Stückgut und Kaufmannsware verschiedener Art. Diese natürlich entstandene und allmählich entwickelte Gebiets- und Arbeitsteilung zwischen den freien Reedereien und der Linienschiffahrt bildet eine nicht zu unterschätzende Erleichterung für die Einrichtung einer Verkehrsgemeinschaft, da sie es möglich macht, Interessengebiete abzugrenzen, bestehende Beziehungen aufrechtzuerhalten und im Geschäftsleben erworbene Stellungen der einzelnen Unternehmungen zu schonen.

Neben die geschäftliche Organisation der Reederei müßte noch eine administrative treten, zu dem Zwecke sachkundiger Mitwirkung an den Aufgaben, die der Übergang vom Krieg zum Frieden der staatlichen Verwaltung auf dem Gebiete der Schiffahrt stellen wird.

Es handelt sich dabei zunächst um die Rückwirkung der zu ergreifenden organisatorischen Maßnahmen, auf die Handhabung der Schiffahrtsverträge und des Marineunterstützungsgesetzes, so zum Beispiel um die Frage, wem die Reise- und Betriebszuschüsse für requirierte oder an die Reedereiorganisation vercharterte Schiffe zufallen sollen und ob die Zahlung von Reisezuschüssen für bestimmte Waren oder Verkehre eingestellt werden soll oder nicht; ferner um die Durchführung und Änderung der Sicherheitsvorschriften; um die Ausrüstung der Dampfer mit Funkentelegraphie; um die Vorsorge für rechtzeitige Dockung und Instandsetzung der während des Krieges abgerüsteten Schiffe und um die Sicherstellung ihrer Bemannung durch entsprechende Maßnahmen bei der Durchführung der Demobilisierung.

Außerordentliche Bedeutung besitzt endlich die Frage der Seeversicherung. Bisher versicherten die großen Schiffahrtsgesellschaften ihre Schiffe, soweit sie sich nicht im Wege der Selbstversicherung deckten, im Inlande. Das gleiche geschah bei einigen Reedereien der freien Schiffahrt (so von den Reedereien Tripkovich, Gerolimich, Lussino und Premuda), während die übrigen, namentlich die kleinen dalmatinischen Reedereien, ihre Schiffe im Auslande, meist in England, versicherten. Aber auch die Risiken, die von inländischen Versicherungsgesellschaften übernommen worden waren, wurden größtenteils im Auslande rückversichert, zumeist in England bei Lloyds underwriters, ferner bei deutschen, schweizerischen und holländischen Versicherungsgesellschaften, in der letzten Zeit sogar in Amerika. So spielte der englische Versicherungsmarkt für uns eine doppelte Rolle: ein Teil unserer Schiffe war direkt in England versichert, und von den in Österreich untergebrachten Risiken ging wieder der größte Teil indirekt im Wege der Rückversicherung nach England. Bei manchen Versicherungsgesellschaften war das Geschäft geradezu darauf aufgebaut, 90 und mehr vom Hundert der übernommenen Risiken im Wege der Rückversicherung nach England und Deutschland weiterzugeben und den Verdienst in der Differenz der Prämien zu suchen.

Die Versicherung von Ladung und Fracht wurde bei der Ausfahrt zum überwiegenden Teil im Inlande gedeckt. Ausnahmen kamen nur bei großen Ladungen vor, so zum Beispiel im Zuckerexport nach Indien und im Malzexport nach Südamerika, die manchmal in England versichert wurden. Für die aus der Übersee einkommenden Güter war die Versicherung meist im

Auslande, das heißt in England gedeckt. Dies ergab sich als naturgemäße Folge aus dem Vorherrschen des *cif*-Geschäftes, das dem überseeischen Verkäufer die Sorge für Verschiffung und Versicherung überläßt. Eine Ausnahme machten das Levantegeschäft und im transatlantischen Verkehr einzelne große Artikel, wie namentlich Baumwolle und Kaffee, die Kostfracht gekauft und im Inlande versichert wurden.

Es ist fraglich, ob uns der englische Versicherungsmarkt nach dem Kriege wieder offen stehen wird. Man muß zumindest mit dem Bestreben der uns feindlichen Länder rechnen, die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz auch auf dieses Gebiet anzuwenden und folgerichtig unsere Schiffe und Firmen von der Versicherung in England auszuschließen. Ein derartiger Versicherungsboykott wäre nicht nur ein wichtiges Glied in der Kette der Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, uns während der Übergangszeit an der Versorgung mit überseeischen Rohstoffen nach Möglichkeit zu hindern, sondern er würde auch noch die weitere Bedeutung haben, unserer Schifffahrt die Beteiligung am internationalen Frachtengeschäfte zu erschweren oder unmöglich zu machen. Für unsere freie Schifffahrt sollte dies ein Grund mehr sein, sich in erhöhtem Maße der Pflege des heimischen Verkehrs zuzuwenden und in seiner zweckentsprechenden Organisation die Sicherung ihrer eigenen Interessen zu suchen. Denn auch die Maßnahmen, die auf dem Gebiete des Versicherungswesens ergriffen werden müssen, um den von feindlicher Seite nach dem Kriege drohenden Gefahren zu begegnen, müssen sich in erster Linie auf die Sicherung unserer eigenen Rohstoffversorgung und des Verkehrs nach unseren eigenen Häfen beziehen. Für diesen Verkehr müssen wir trachten, uns bei der Versicherung unserer Schiffe wie ihrer Frachten und Ladungen von den feindlichen Ländern unabhängig zu machen. Die Schwierigkeiten dieser Aufgabe werden noch dadurch vermehrt, daß die Summe der zu versichernden Werte sich gegen früher durch die außerordentliche Wertsteigerung der Schiffe wie der Waren, die ja voraussichtlich nicht nur eine vorübergehende Kriegserscheinung darstellt, sondern auch nach dem Krieg in einem gewissen Umfang anhalten wird, ganz bedeutend erhöhen wird.

Ebenso wächst aber auch das Gefahrenmoment. Schon nach den bisherigen Ergebnissen des Unterseebootkrieges wird man nach Wiederherstellung des Friedens mit allgemeiner Knappheit an Tonnage rechnen müssen. Die Folge davon wird eine foreierte Ausnützung der Dampfer mit tunlichster Hinausschiebung der nicht unbedingt notwendigen Reparaturen, eine außerordentliche Beschleunigung der Ladungsoperationen und eine raschere Abnützung der Fahrzeuge sein, was notwendigerweise eine erhöhte Schadensgefahr für Schiff und Ladung mit sich bringt. Ferner werden noch durch längere Zeit abgerissene Minen und Wraeks im Meere treiben und die Schifffahrt gefährden. Selbst der vertragsmäßige Ausschluß der Minengefahr aus der Versicherung würde nicht unter allen Umständen wirksam werden, weil Schadensfälle eintreten können, die zwar durch Minen verursacht sind, bei denen jedoch diese Schadensursache nicht nachgewiesen werden kann. Man denke nur an den spurlosen Untergang eines Schiffes. Ferner werden Verschiebungen verschiedener Art in den Schifffahrtswegen das Gefahrenmoment erhöhen. Zahlreiche Waren, die bereits jetzt nach dem Kriege in überseeischen



Plätzen bereitliegen, werden mit Landschäden, zum Teil mit innerem Verderb infolge der Lagerung zur Anlieferung gelangen, ohne daß diese Umstände jeweils genau werden bewiesen werden können. Unter diesen Verhältnissen bildet die bereits hervorgehobene Notwendigkeit, eine der außerordentlichen Werterhöhung der Importgüter und der Schiffe entsprechende Deckungsmöglichkeit zu schaffen, dabei aber die Versicherungsmärkte des feindlichen Auslandes, insbesondere die englischen für das direkte Geschäft wie für die Rückversicherung auszuschalten, eine Aufgabe, die nur bei Zusammenfassung aller Kräfte und einheitlicher Regelung der Seeversicherung gelöst werden kann.

Verhältnismäßig einfach liegt noch die Sache bei der *Cascover-sicherung* (Versicherung des Schiffskörpers und der Maschinen). Hier handelt es sich nur darum, Vorsorge für die Unterbringung aller Versicherungen, auch solcher für große Einheiten, zu treffen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird auf der einen Seite die Zusammenfassung aller österreichischen Transportversicherungsanstalten und der Abschluß von Rückversicherungsverträgen mit Gesellschaften des verbündeten und neutralen Auslandes vorgeschlagen, auf der anderen Seite die Weiterentwicklung der vorhandenen Ansätze zur Schaffung einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Versicherungsvereinigung der Reeder empfohlen. Wenn die Reedereien sich für die Zwecke der Übergangswirtschaft zu einer einheitlichen Organisation zusammenschließen, würden diese Bestrebungen eine wesentliche Förderung erfahren. Eine solche Gegenseitigkeitsversicherung der organisierten Reederschaft wäre nur ein Seitenstück zu der bei den großen Reedereien üblichen Selbstversicherung eines Teiles ihrer Risiken. Sie würde übrigens die Organisation des anstaltsmäßigen Betriebes der Transportversicherung keineswegs ausschließen oder überflüssig machen, vielmehr darin ihre erwünschte Ergänzung finden, so wie auch heute unsere Großreedereien nur einen Teil ihrer Schiffswerte in Selbstversicherung nehmen, den übrigen hingegen durch Versicherungsverträge decken.

Ungleich schwieriger liegen die Verhältnisse bei der *Versicherung von Fracht und Ladung* namentlich im Importverkehr. Im Überseehandel herrscht das *cif*-Geschäft unbedingt vor, *job*-Käufe bilden die Ausnahme. Dies hat seine Ursache vor allem in dem Zusammenhange mit dem Bankrembours.

Für Sendungen aus der Übersee ging vor dem Kriege der Rembours meist über London. Die englischen Banken verlangten dabei ursprünglich, daß die Konnossemente mit Versicherungspolizzen englischer Versicherungsgesellschaften gedeckt werden; heute ist es bereits zum allgemeinen Brauch geworden, Sendungen aus Übersee bei englischen Assekuranzgesellschaften zu versichern. Die Folge davon war die Herstellung eines ausgedehnten Netzes von Agenturen, die Ausbildung der Versicherungsbedingungen und eine förmliche Monopolstellung der englischen Versicherung im Importgeschäfte. Dieser enge Zusammenhang der Warentransportversicherung im Importe mit dem Bankrembours wird begreiflicherweise nach Friedensschluß ebenfalls eine Rolle spielen.

Ein weiterer Grund für das Vorherrschen des *cif*-Geschäftes liegt darin, daß der Verkäufer viel eher in der Lage ist, sich den notwendigen Schiffsraum im Verschiffungshafen zu sichern, als der abwesende Käufer. Dieses Moment



kann sich allerdings in dem besonderen Falle der Übergangswirtschaft in sein Gegenteil verkehren, wenn für Waren mit der Bestimmung nach Österreich anderer Schiffsraum als solcher unserer eigenen oder allenfalls befreundeter Flagge nicht zur Verfügung stehen sollte. In diesem Falle kann der Käufer leichter dafür sorgen, daß die erforderlichen Räume im Verschiffungshafen rechtzeitig bereit gehalten werden, wie der überseeische Verkäufer. Endlich kommt auch noch in Betracht, daß das *cif*-Geschäft dem überseeischen Exporteur die Möglichkeit bietet, außer dem Gewinn an der Ware auch noch einen solchen an den Fracht- und Versicherungsraten zu machen. Er spekuliert auch in diesen und ist dabei in der Lage, vermöge seiner Anwesenheit am Verschiffungsorte die Elemente der Preisbildung auf dem Fracht- und Versicherungsmarkte besser zu überblicken wie der entfernte Käufer. Die von mancher Seite befürwortete Ersetzung des *cif*-Geschäftes durch das *fob*-Geschäft dürfte daher kaum so allgemein durchführbar sein, wie dies notwendig wäre, wenn die gewünschte Wirkung erzielt werden soll. Keinesfalls kann man die ganze Organisation des Rohstoffimports auf die Voraussetzung aufbauen, daß ein derartiger Wechsel der Geschäftsgewohnheiten wirklich stattfindet; man muß vielmehr trachten, Vorkehrungen zu treffen, die es dem Verkäufer möglich machen, *cif* zu schließen und Fracht wie Versicherung in Österreich zu decken.

Der Ersatz des *cif*-Geschäftes durch das *fob*-Geschäft hätte auch — abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten — den Nachteil, daß der Käufer gezwungen wäre, neben dem Risiko, das mit dem Kaufe an sich verbunden ist, noch jenes einer Spekulation in Fracht- und Versicherungsraten auf sich zu nehmen, was zu großen Verlusten führen kann. Es ist nicht Aufgabe der Industrie und ihrer Bezugsorganisationen, solche Spekulationsgeschäfte zu machen und sich diesen Risiken auszusetzen, namentlich nicht in der Übergangszeit.

Um den Gefahren zu begegnen, die sich für unsere Rohstoffversorgung und für unseren Schifffahrtsbetrieb aus einem etwaigen Versicherungsboykott von feindlicher Seite ergeben, müßte daher vor allem dem überseeischen Verslader die Deckung der Versicherung bei Benutzung unserer Schiffe zu den gleichen Raten und mit der gleichen Sicherheit möglich sein, wie bei Verschiffungen unter fremder Flagge. Mit einem Worte: Wir müssen hinsichtlich der Versicherungsbedingungen die Konkurrenz mit der englischen Seeversicherung halten.

Ferner müßte dafür Sorge getragen werden, daß Transportversicherungen jeder Höhe im Inlande untergebracht werden können. Wie für die Caseoversicherung ist auch hierfür die Zusammenfassung aller Kräfte des heimischen Versicherungswesens notwendig. Zu diesem Zwecke wurde aus dem Kreis der Versicherungsanstalten heraus die Errichtung einer Versicherungszentrale angeregt, der alle inländischen, das Transportversicherungsgeschäft betreibenden Gesellschaften sowie die zum Betriebe dieses Geschäftes zugelassenen ausländischen Unternehmungen anzugehören hätten. Der Zweck der Zentrale wäre nach dieser Anregung die einheitliche Feststellung der Versicherungsbedingungen und die Verteilung der übernommenen Risiken nach einem Schlüssel, der nach der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gesellschaften fest-

gestellt werden soll. Die Errichtung einer derartigen Zentralstelle würde keineswegs eine grundsätzliche Neuerung bilden, da Abrechnungsstellen, wenn auch kleineren Umfanges und mit beschränktem Wirkungskreis, wiederholt in der österreichischen Transportversicherung bestanden haben. Die letzte derartige Organisation war die auf Grund von Vereinbarungen der beteiligten Gesellschaften gegründete Abrechnungsstelle für die Versicherung von amerikanischen Baumwollimporten, deren Wirksamkeit im Jahre 1912 endete. Einen Ausgangspunkt für eine derartige Organisation vermöchte übrigens bei entsprechender Ausgestaltung auch die in der «I. Sektion des Österreichischen Lloyd» bestehende Vereinigung der am Triester Platze tätigen Versicherungsanstalten zu bilden. Sie besitzt auch ein über alle wichtigen Hafenplätze sich erstreckendes Netz von Vertretungen, die nicht nur für den Nachrichtendienst und für die Ausführung gegebener Weisungen bei Schadensfällen, sondern auch für die Annahme von Transportversicherungen auf Grund der ihnen bekanntgegebenen Bedingungen dienen. Sollte trotz einer solchen Organisation die Leistungsfähigkeit der Versicherungsgesellschaften nicht zur Deckung aller gebotenen Risiken ausreichen, so könnte die Übernahme des ungedeckten Restes durch eine auf Gegenseitigkeit beruhende Versicherungsvereinigung der interessierten kriegswirtschaftlichen Organisationen ins Auge gefaßt werden. Eine solche Gegenseitigkeitsversicherung könnte auch durch Verminderung der Prämienlast wohltätig wirken. Selbstverständlich wäre bei der Organisation der Versicherung auch ein Zusammengehen mit dem Deutschen Reich in Aussicht zu nehmen, dessen Interessen mit den unserigen in dieser Beziehung vollkommen gleich laufen.

Zum Schlusse sei auch noch darauf hingewiesen, daß die Deckung der Seeversicherung im Inland ebenso wie die Verfrachtung mit Schiffen heimischer Flagge auch vom Standpunkt unserer Valutapolitik eine nicht zu unterschätzende Bedeutung besitzt. Die Finanzierung unserer Auslandsbezüge bildet geradezu die Kernfrage der Übergangswirtschaft, und es ist von allergrößter Wichtigkeit, unseren Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln dadurch zu verringern, daß man das Entstehen von auswärtigen Zahlungsverpflichtungen für Fracht und Versicherung soweit als möglich vermeidet.

BESONDERER TEIL:

DIE KRIEGSWIRTSCHAFT IN EIN-  
ZELNEN TYPISCHEN INDUSTRIE-  
ZWEIGEN





# I. HOLZ.

## A. Die Holzwirtschaft vor dem Kriege.

Die österreichisch-ungarische Monarchie war eines der walddreichsten Lander Europas. In der österreichischen Reichshälfte betrug die gesamte Waldfläche vor dem Kriege 9'8 Millionen Hektar, die jährliche Holznutzung rund 15 Millionen Kubikmeter Nutzholz und 15'5 Millionen Raummeter Brennholz. Ungarn wies eine Waldfläche von 7'4 Millionen Hektar mit einem Holzsertrag von rund 23 Millionen Kubikmeter (Brennholz und Nutzholz) auf. In Kroatien und Slavonien betrug die Waldfläche 1'5 Millionen Hektar und die jährliche Holznutzung rund 4'7 Millionen Kubikmeter. Bosnien und die Herzegowina besaßen 2 Millionen Hektar Waldland mit einer durchschnittlichen Jahresnutzung von 3 Millionen Festmeter.

Die bedeutende Rohholzerzeugung der Monarchie reichte nicht nur für die Deckung des Bedarfes der holzverarbeitenden Industrien des Inlandes vollkommen aus, sondern lieferte auch regelmäßig bedeutende Exportüberschüsse.

Im Jahre 1913 betrug:

	die Einfuhr in Meterzentnern	die Ausfuhr
von Brennholz . . . . .	622.599	3,082.210
von Schleiß und Rundholz . . . . .	69.361	5,334.429
von Eichen-, Buchen- und anderem harten Rundholz . .	133.095	933.530
von weichem Rundholz . . . . .	2,284.763	11,989.845
von Eisenbahnschwellen . . . . .	132.028	1,064.907
von vorgearbeitetem und beschlagenem Holz, hart . . .	256.136	554.272
von vorgearbeitetem und beschlagenem Holz, weich . .	98.538	1,098.578
von Eichen-, Buchen- und anderem harten Schnittholz .	179.216	2,098.053
von weichem Schnittholz . . . . .	605.112	15,276.931

Etwa drei Viertel der Holzausfuhr Österreich-Ungarns gingen nach den Ländern des Mittelmeerbekens, deren Märkte durch sie beherrscht wurden. Die großen Holzfirmen Galiziens, der Bukowina, Ungarns, Kroatiens und Bosniens hatten sich zu einem Exportkartell, dem sogenannten «Accordo», zusammengeschlossen, das die Preise und Verkaufsbedingungen für diese Märkte einheitlich festsetzte.

Die Holzeinfuhr der Monarchie blieb hinter der Ausfuhr weit zurück und bestand hauptsächlich aus überseeischen Edelhölzern, russischem Espenholz für die Zündholzfabrikation und anderen Spezialhölzern für besondere Verwendung.

Innerhalb der Monarchie lag der Schwerpunkt der Holzproduktion in den Karpathenländern (Galizien, Bukowina, Nordungarn, Siebenbürgen). Ferner im Süden in Kroatien und Bosnien. In Österreich (ohne Ungarn) betrug die Gesamtzahl der Sägewerke und Brettsägen (nach der Unfallversicherungsstatistik des Jahres 1911) 7835 mit zusammen 31.283 Arbeitern.

## B. Die Holzwirtschaft im Kriege.

### 1. Allgemeines.

Bei Ausbruch des Weltkrieges hatte niemand geahnt, welche ungeheuren Holzmengen benötigt werden würden. Dies geht am deutlichsten daraus hervor, daß die im Frieden für den Kriegsfall getroffenen Maßnahmen sich lediglich auf die vertragliche Sicherstellung gewisser Holzmengen für Kriegsbrückenequipagen, für Trains und Artilleriefuhrwerke, für Flugzeuge und für Barackenbauten zu Spitalzwecken erstreckten.

Am Anfang des Krieges schien ein vollständiger Stillstand der Holzindustrie einzutreten, da der größte Teil der Beamten und Arbeiter zur Felddienstleistung einberufen worden war. Erst allmählich wurde dieser Abgang durch ältere Leute, Frauen und Jugendliche ersetzt und die Produktion kam langsam wieder in Gang.

Infolge des schwachen Geschäftsganges im Jahre 1914 waren im August dieses Jahres noch ziemlich bedeutende Vorräte an Holz vorhanden, weniger an Rundholz als an Schnittmaterial.

Während des Bewegungskrieges der ersten Monate war der Bedarf an Holzmaterial gering. Er konnte leicht von den Truppen und Anstalten selbst in den von ihnen durchzogenen Gebieten aufgebracht werden. Die verausgabten Ausrüstungsgegenstände aus Holz wurden aus den Heeresmagazinen ersetzt.

Ein größerer Bedarf trat erst nach den ersten empfindlichen Rückschlägen in Galizien ein; große Vorräte an Holz wurden vernichtet, bedeutende Mengen vom Feinde weggeschleppt. Der Rückzug hatte auch schwere Verluste an Ausrüstungsgegenständen gebracht. Aus dem Bewegungskriege war der Stellungskrieg geworden. Nun wurden ungeheure Mengen Holz in allen Dimensionen an der Front gebraucht: für Herstellung von Schützengräben, Unterständen und Deckungen, für Hindernisse, für Brücken- und Wegebauten und für die Wiederherstellung der durch die Kriegereignisse zugrunde gegangenen Baulichkeiten. Auch im Hinterlande stieg ganz plötzlich der Bedarf. Große Spitalsanlagen mußten errichtet werden. Die eingebrachten Kriegsgefangenen brauchten Unterkunft. Ganze Barackenstädte wurden für sie angelegt. Alle hierfür nötigen Bauten wurden vorwiegend aus Holz ausgeführt und erforderten große Mengen Schnittmaterial, so daß die im Innern der Monarchie aufgestapelten Vorräte rasch aufgezehrt wurden. Auch der Bedarf an Brennholz, Grubenholz und Eisenbahnschwellen, an Holzkohle, Holzwolle, Schleif- und Zelluloseholz, Gerbrinde usw. stieg ins Ungeheure.

Die unter den ungünstigsten Verhältnissen wieder aufgenommene Produktion konnte mit dem Verbrauche nicht Schritt halten, da es an Arbeitskräften und Transportmöglichkeiten mangelte. Der Forstbetrieb arbeitete

während des ganzen Krieges mit unzulänglichen Mitteln. Die Beschaffung von Arbeitskräften bereitete die größten Schwierigkeiten. Man suchte sich durch Einstellung von Kriegsgefangenen zu helfen. Dabei bildete es jedoch ein Hindernis, daß die militärischen Behörden anfänglich Gefangene nur in größeren Partien zur Verfügung stellen wollten, um die Fluchtgefahr zu verringern. Im Forstbetrieb waren solche große Partien jedoch nicht verwendbar, so daß die Heranziehung von Kriegsgefangenen für die Holzindustrie in größerem Umfang erst möglich wurde, als die militärischen Behörden von diesem Grundsatz abgingen. Man trug auch dem Umstande nicht Rechnung, daß für Waldarbeiten besonders geeignete, also ausgesuchte Leute notwendig sind und daß derartige Arbeiter auch einer besseren Ernährung bedürfen. Den Eisenbahnen, den Bergwerksbetrieben, der Eisenindustrie hatte man fast alle einberufenen Leute zurückgegeben, während sich die Holzbetriebe fast durchaus mit neu eingestellten Arbeitern und größtenteils mit minder leistungsfähigen Kriegsgefangenen begnügen mußten. Die Arbeitsleistung stand daher mit dem aufgewendeten Menschenmaterial nicht im Einklang. Da die Betriebe noch gewisse Rückersätze für Verpflegung und Bekleidung leisten mußten, so stiegen auch die Produktionskosten.

Die Produktion und die Preise wurden weiter beeinflußt durch die Schwierigkeiten bei der Holzabfuhr. Die kräftigsten Pferde waren eingezogen worden, und die zurückgebliebenen Zugtiere wurden größtenteils für die Landwirtschaft benötigt. Der Futtermangel, der sich immer empfindlicher fühlbar machte, veranlaßte die Bauern, sich auch im Winter nicht mehr der sonst lohnenden Beschäftigung der Holzabfuhr zu widmen; angedrohte oder wirklich erlassene Zwangsverfügungen seitens der politischen Behörden hatten wenig Erfolg oder stießen sogar auf passiven Widerstand.

Ungeachtet des Holzreichtums der Monarchie und der Einschränkung des Exports durch Ausfuhrverbote machte sich daher bald ein Holzangel fühlbar. Da die Bedürfnisse des Heeres befriedigt werden mußten, machten sich die militärischen Stellen daran, die Holzgewinnung selbst in die Hand zu nehmen. Diese Maßnahme war im Operationsraume zu verstehen, weil dort jede Privatwirtschaft lahmgelegt worden war. Im Hinterlande gereichte sie der Sache nicht zum Vorteil, denn es fehlte der Militärverwaltung vor allem an fachlich geschultem Personal für die Durchführung, namentlich für leitende Stellen.

Die wenigen Ingenieure und Pionieroffiziere, welche über die nötigen Kenntnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiete verfügten, waren viel zu sehr anderweitig beschäftigt, als daß sie einen richtunggebenden Einfluß auf die Holzbeschaffung hätten nehmen können. So kam es, daß ein wilder Einkauf begann, der höchst verwirrend auf die Preisbildung einwirkte, und daß planlose Beschlagnahmen von Holz bei industriellen Betrieben (Grubenholz, Zelluloseholz, Werkholz) erfolgten, das unter den schwierigsten und ungünstigsten Verhältnissen wieder ersetzt werden mußte.

Die betroffenen Industrien erwirkten zum Teil mit dem Hinweis auf die von ihnen übernommenen Heereslieferungen und unter Androhung des Betriebsstillstandes die Auflassung der Beschlagnahme, zum Teil erlangten sie zur Beschaffung eines Ersatzes für das beschlagnahmte Holz die Beistellung von

Arbeitskräften, Gespannen und Eisenbahnwagen, um das Holz zum Lagerort, an die Verbrauchsstellen zu bringen.

So wurden die anscheinenden Vorteile durch den später notwendig gewordenen Aufwand wirtschaftlich und auch finanziell wieder aufgehoben. Die Wechselfälle des Krieges lösten das Bestreben aus, einen augenblicklich auftretenden militärischen Bedarf möglichst rasch und einfach zu befriedigen, führten aber auch oft zu Verfügungen, die von den nachteiligsten Folgen begleitet waren. So wurden zum Beispiel durch die Beschlagnahme einiger Waldbahnlokomotiven mitunter ganze Betriebe stillgelegt, und die Folge war, daß zur Deckung des hiedurch hervorgerufenen Produktionsausfalles Holz für den Armeebedarf von weit her unter größten Schwierigkeiten herbeigeschafft werden mußte.

Infolge des andauernden Stellungskrieges wuchs der Bedarf an Holz bei den Kampftruppen von Tag zu Tag. Im Operationsgebiet oblag seine unmittelbare Deckung den Quartiermeisterabteilungen der Armeen. Diese hatten die Aufgabe, das in ihrem Bereiche vorhandene Holzmaterial aufzusuchen, zu sammeln und auf dem kürzesten Wege den Verbrauchsstellen zuzuführen. Da die vorgefundenen Vorräte zumeist nicht ausreichten, oft gar nicht brauchbar waren, galt es, den laufenden Bedarf durch Neuproduktion zu decken. Der Aufnahme der Produktion stellten sich aber nicht geringe Schwierigkeiten entgegen. Die Bringungs- und Betriebsanlagen waren zum Teil ganz zerstört, zum Teil stark beschädigt vorgefunden worden. Das Arbeits- und Aufsichtspersonal hatte die Produktionsstätten verlassen. Die Quartiermeisterabteilungen bedienten sich zur Betriebsführung eigener Landsturm- und Arbeiterabteilungen. Daß bei der Auswertung der Waldbestände in Kriegsgebiete das forstpflegliche Moment nicht in den Vordergrund gestellt werden konnte, ist begreiflich. Forstliche Nebennutzungen traten fast gar nicht in Erscheinung. Einzelne Quartiermeisterabteilungen haben auf dem Gebiete der Holzaufbringung ganz Hervorragendes geleistet, weil sie über tüchtige Fachmänner verfügten und günstige Vorbedingungen vorgefunden hatten.

In den Armeebereichen entstand manch mustergültiger Betrieb. Leider blieb nicht immer der provisorische Charakter gewahrt. Es wurden vielfach Investitionen gemacht und Neuanlagen geschaffen, die nicht nur lange Zeit zur Herstellung beanspruchten, sondern auch bedeutende Auslagen verursachten und mit den unmittelbaren Kriegszwecken nicht im Einklang standen. Manche Holzbearbeitungsmaschine wurde, um die neugeschaffene Anlage an der Front ganz modern auszugestalten, aus dem Hinterlande herausgeholt, wo sie hätte größeren Nutzen bringen können.

Für die Frontversorgung kam auch das besetzte feindliche Gebiet in Betracht. Als oberster Grundsatz wurde aufgestellt, daß vor allem die greifbaren Vorräte der feindlichen Untertanen gegen Ausstellung von Requisitionsscheinen in Anspruch zu nehmen und die fremden Staatswälder auszuwerten seien.

Die Schlagerung, Bringung und Verarbeitung auf Schnittmaterial lag in den Händen der bei den Generalgouvernements, bzw. der bei den Wirtschaftsstäben bestehenden Forst- und Holzabteilungen. Diese hatten den eigenen Bedarf zu befriedigen, den Armeen, die sich nicht selbst versorgen



konnten, auszuhelfen und das überschüssige Material in das Hinterland abzuschieben. Während Schnittmaterial nur in vereinzelt Fällen in verhältnißmäßig kleinen Mengen nach rückwärts gelangte, konnten größere Quantitäten Rundholz aus den besetzten Gebieten ins Hinterland abgeschickt werden, bis der sich immer mehr fühlbar machende Waggonmangel diesen Transporten ein Ziel setzte.

Die auf die Produktion in den besetzten Gebieten gesetzten Hoffnungen haben sich aus verschiedenen Gründen nicht erfüllt. Die Besorgnis, Österreich-Ungarn könnte später zu bedeutenden Schadenersätzen herangezogen werden, machte sich vielfach hemmend geltend. Arbeitermangel, Ernährungs-schwierigkeiten, Unmöglichkeit der Bringung des Holzes in unwegsamen Gebieten schufen materielle Hindernisse.

Durch die unausgesetzten Musterungen wurden die kräftigen Leute aus den Arbeiterabteilungen herausgeholt und den Kampftruppen zugewiesen. Alte, entkräftete Männer kamen an deren Stelle; daher sank die Leistung immer mehr, zumal die zur Holzarbeit verwendeten Leute keine Ernährungszubußen erhielten. Den Ausfall an Arbeitsleistung suchte man durch Vermehrung der Arbeitskräfte zu ersetzen. Es wurden Kriegsgefangene hinter der Front verwendet. Der Erfolg blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Die Produktion sank so weit, daß die Armee sich nicht mehr selbst versorgen konnte und bedeutende Anforderungen durch das Armee-Oberkommando an das Kriegsministerium stellte.

Dabei stieg der Bedarf an der Front unausgesetzt. Die deutschen Truppen, welche bis nach Mazedonien vorgedrungen waren und dort ihre Stellung einrichten mußten, konnten ihren Bedarf an Holz nicht mehr durch freien Einkauf decken. Es kam mit der deutschen Heeresverwaltung ein Vertrag zustande, nach welchem das k. u. k. Kriegsministerium die Belieferung der deutschen Südfront mit Holzmaterial übernahm. Auch mußte den bulgarischen und türkischen Truppen mit Holzmaterial ausgeholfen werden.

Im Hinterlande machte sich daher die Holzknappheit immer mehr und mehr fühlbar. Die Bergwerke, die Papierfabriken, die Holzverarbeitenden Industrien waren vollauf beschäftigt. Aber ihre Holzvorräte gingen zu Ende, die vorsorgliche Eindeckung machte ihnen bereits Schwierigkeiten und sie drohten mit der Einstellung des Betriebes, wenn ihnen nicht Holz zugewiesen oder ihnen nicht die Möglichkeit gegeben werde, sich solches zu beschaffen. Auch die Eisenbahnverwaltungen konnten nicht mehr das notwendige Schwellen- und Waggonbauholz aufbringen.

Dazu kam noch, daß Ungarn, Kroatien und Slavonien infolge der eigenartigen staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Stellung zueinander mehr auf die Deckung des eigenen Bedarfes als für den der Gesamtheit bedacht waren.

## 2. Die militärische Holzaufbringung.

Um die Bedürfnisse der Bundesgenossen zu befriedigen, besonders den mit der deutschen Heeresverwaltung eingegangenen Vertrag zu erfüllen, wurde durch direkte Einflußnahme des Armee-Oberkommandos beim Kriegsministerium eine «Holzgruppe» geschaffen, die durch Fühlungnahme mit den

Regierungen und den unmittelbar zuständigen Stellen derart regelnd eingreifen sollte, daß nicht nur der Bedarf der Kampftruppen, sondern auch der der militärischen Betriebe, der Kriegsindustrien, der Bevölkerung und der Bundesgenossen gedeckt werde. Dem Leiter dieser Holzgruppe standen zwei auf allen Gebieten der Holzbeschaffung, der Holzverarbeitung und des Holzhandels wohlinformierte Großindustrielle beratend und helfend zur Seite. Der Holzgruppe des Kriegsministeriums im Verein mit dem Forstreferat des Armeekorps-Oberkommandos ist es gelungen, die arg darniederliegende Produktion, wenn auch nicht auf die volle Höhe zu bringen, so doch wesentlich zu heben, den notwendigen Ausgleich zwischen den holzarmen und holzreichen Gebieten herbeizuführen, jene Länder, welche durch den Krieg wenig oder gar nicht gelitten hatten, zu einer verstärkten Lieferung zu verhalten und die Preisbildung wieder in geordnete Bahnen zu lenken.

Auch galt es, der Konkurrenz, welche sich einzelne militärische Betriebe beim Einkaufe des notwendigen Holzes gegenseitig machten, ein Ziel zu setzen.

Man trachtete zunächst, jene Betriebe in Gang oder zu gesteigerter Leistung zu bringen, welche dazu die geringste Mithilfe seitens der Heeresverwaltung brauchten, wogegen die Herstellung der durch die Kriegsereignisse beschädigten oder vernichteten Anlagen vorerst zurückgestellt wurde.

Die Unterstützung, die den Betrieben gewährt wurde, bestand der Hauptsache nach in der Beistellung von Arbeitskräften und Transportmitteln, in dem Schutze der mit der Holzaufbringung und -verarbeitung beschäftigten Betriebe vor Requisitionen und in der Sicherung des Zusehubes der Verpflegung und Betriebsmittel durch militärische Instruktionen.

Die Aufbringung erfolgte zum Teil durch Beschlagnahme auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes. Die Beschlagnahmen waren infolge der oft rücksichtslosen Handhabung leider vielfach die Ursache, daß einzelne Eigner die Produktion verringerten und auch ganz einstellten.

Die Holzgruppe des Kriegsministeriums hat daher diese Art der Holzbeschaffung nur als äußerstes Auskunftsmittel in Anwendung gebracht und zwangsweise Schlagerung und Verarbeitung nur dann angeordnet, wenn die Arbeiten auch ohne, eventuell gegen den Willen der Waldbesitzer oder Sägeindustriellen durchgeführt werden konnten.

Dabei versprach die Beschlagnahme von Holz am Stoecke den wenigsten Erfolg; sie wurde nur dort in Anwendung gebracht, wo Arbeitskräfte und leichte Bringungsverhältnisse vorhanden waren. Diese Aufbringungsart war nicht immer gleichbedeutend mit Selbstproduktion.

Von der Beschlagnahme des ausmanipulierten Rundholzes wurde schon häufiger Gebrauch gemacht, namentlich dann, wenn es nicht gelang, mit dem Eigentümer einen Kauf- oder Lieferungsvertrag abzuschließen oder wenn derartiges Holz offensichtlich zu Spekulationszwecken verkauft worden war.

Die Beschlagnahme von Rundholz auf den Sägen und Holzverarbeitenden Betrieben wurde nur in ganz besonders dringenden Fällen angewendet, wenn gewisse Sortimente für den Frontbedarf dringend notwendig waren, die anderswo nicht aufgetrieben werden konnten. Denn die Heeresverwaltung war sich dessen wohl bewußt, daß solche Beschlagnahmen

nahmen, wenn sie zur Regel geworden wären, zu einer Produktionsverminderung geführt hätten, da es keinen Sägebesitzer eingefallen wäre, die schwierige Beschaffung des Holzes und die umständliche und kostspielige Zufuhr zur Säge oder Fabrik durchzuführen.

Der Lieferungszwang wurde mit Zuhilfenahme der politischen Behörde dann angewendet, wenn es galt, einen geringen lokalen Bedarf zu decken.

Die erlassenen Verfügungen hatten stets nur einen Teilerfolg und wurden von den Verpflichteten immer mit Gegenforderungen, zum Beispiel Enthebungen, Belieferung mit Futtermitteln, Beistellung von Arbeitern, Gespannen und Werkzeugen, beantwortet.

Wo möglich, griff man daher zur freien Aufbringung. Sie konnte durch allgemeine Offertausschreibung erfolgen, wenn bestimmte Sortimente mit etwas längerer Lieferfrist zur Anschaffung kommen sollten; leider zeigte sich jedoch niemals eine besondere Beteiligung seitens der breiten Öffentlichkeit.

Der freihändige Ankauf innerhalb eines von der «Holzgruppe» erstellten Preislimites wurde am häufigsten in den österreichischen Alpenländern und den Sudetenländern angewendet, weil speziell in diesen Ländern die Sägeindustrie wenig leistungsfähig und nicht instand war, große Quantitäten auf einmal zu verschließen.

Lieferungsverträge auf Rund- und Schnittholz, welche sich meist auf Abgabe der gesamten Vorräte und der ganzen laufenden Produktion erstreckten, wurden mit den großen, leistungsfähigen Unternehmungen in Ungarn und Bosnien getätigt, und zwar mit den Firmen: Standard A. G. ungarischer Holzhändler, Budapest; Carpathia A. G. ungarischer Holzproduzenten, Budapest; Otto Steinbeiß, Doberlin; Eisler und Ortlieb, Zavidovič; Ugar Forstindustrie A. G. Turbe. Von diesen Unternehmungen lieferte die Standard A. G. allein Holz im Werte von 114 Millionen Kronen, was einer Holzmenge von 1,140.000 m<sup>3</sup> entsprach.

Die schlechtesten Ergebnisse lieferte die Selbstproduktion durch die Militärverwaltung. Schon vor Errichtung der «Holzgruppe» waren einzelne militärische Stellen daran gegangen, sich das Brennholz durch Selbstschlägerung zu beschaffen. Dabei wurden oft Schlagflächen errichtet, welche die Waldbesitzer selbst wegen der ungünstigen Lage und der schwierigen Bringung nicht zur Abholzung bringen wollten oder konnten. In ähnlicher Weise versuchten sich auch einzelne militärische Stellen in der Aufarbeitung von Nutzholz.

Viele solche Schlägerungen mußten als vorweg aussichtslos aufgegeben werden, andere ergaben ein derart minderes Erträgnis, daß der Arbeitsaufwand mit dem Erfolg nicht im Einklange stand.

Die «Holzgruppe» trachtete, diesen unter den ungünstigsten Verhältnissen mit relativ großem Kostenaufwand und relativ geringem Nutzeffekt vorgenommenen Holzschlägerungen in eigener Regie ein Ziel zu setzen. Die meisten derartigen Betriebe wurden aufgelöst, nur einige blieben bis zum Zusammenbruche bestehen, nachdem man sie unter entsprechende Leitung gestellt und mit den notwendigen Hilfsmitteln versehen hatte. Sie wurden

von Schlägerungsabteilungen geführt, die von der «Holzgruppe» derart organisiert worden waren, daß sie auch über einen Friedensschluß hinüber eine Zeitlang noch bestehen bleiben konnten; man beabsichtigte, dadurch der Heeresverwaltung ein Material zu sichern, das für die Wiederherstellung der durch die Kriegseignisse zerstörten militärischen Baulichkeiten und für die Instandsetzung der von ihr nach dem Kriegsleistungsgesetz in Anspruch genommenen privaten Gebäude dienen und sie von der wahrscheinlich ganz geänderten Marktlage nach dem Krieg unabhängig machen sollte.

Wie bereits erwähnt wurde, hatte die «Holzgruppe», durch gute Berater unterstützt, das Bestreben, die Holzaufbringung möglichst von allem Zwange loszulösen und sie auf kaufmännische Basis zu stellen. Der Erfolg blieb nicht aus. Der solide Holzhandel, die Sägeindustrie und auch die Waldbesitzer brachten diesen Aufbringungsmethoden volles Verständnis entgegen und zeigten auch bezüglich der Preisbildung Entgegenkommen. Preistreiberien in dem Artikel, der plötzlich so begehrt wurde, blieben immer nur vereinzelte Erscheinungen.

Mit dem österreichischen Ackerbauministerium kam ein Vertrag zustande, nach welchem der ganze in den Staatsforsten der Forst- und Domänen direktionen Wien, Gmunden, Salzburg, Innsbruck und Görz sich ergebende Einschlag der Heeresverwaltung nach eigens aufgestellten Preisbemessungsschlüsseln vergeben wurde. Der Anfall aus den Forst- und Domänen direktionen Görz und Innsbruck wurde zum größten Teil direkt an die Kampftruppen und an die diesen unterstellten Anstalten und Werkstätten geliefert.

Weniger erfolgreich waren die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung, die vor allem bestrebt war, die angeforderten Vorräte dem Verbrauch und der Verarbeitung im Lande selbst zuzuführen und der direkten Abfuhr von Holz ungarischer Herkunft an die Front wenig freundlich gegenüberstand. Als sie sich bereit fand, die Produktion der staatlichen Forstverwaltung von Kroatien und Slavonien für die Versorgung der italienischen Front zur Verfügung zu stellen, traten staatsrechtliche Reibungen mit der kroatischen Landesregierung hindernd in den Weg, welche die Verfügungen der ungarischen Regierung nicht anerkennen wollte. Eine Besserung trat erst ein, als das Kriegsministerium einen Bevollmächtigten bestellte, der das direkte Einvernehmen mit der ungarischen Regierung in Budapest und der kroatisch-slavonischen Landesregierung in Zagreb zu pflegen hatte.

In Österreich wurden Holzbeschaffungsstellen in Linz für Oberösterreich, Salzburg und Teile von Niederösterreich, in Knittelfeld und Feldbach für Steiermark, in Brixlegg für Tirol, in Brünn für Mähren, in Leitmeritz für Böhmen, in Krakau für Schlesien und Westgalizien errichtet. Für Ungarn, Kroatien, Slavonien und Bosnien wurde der größte Teil des Bedarfes durch Lieferungs- und Optionsverträge sichergestellt; es wurden daher keine Beschaffungsstellen, sondern nur Übernahmestellen geschaffen, welche die Ware an den Erzeugungsstätten, bzw. Lagerorten zu übernehmen hatten.

Hand in Hand mit der Errichtung von Holzbeschaffungs- und Übernahmestellen wurden große Sammelager errichtet, und zwar in Marchtrenk, Knittelfeld, Römerbad, Brünn, Prerau, Brück, Mitrowitz und Gravosa.



In Ungarn und Bosnien konnte auch auf die Sammelplätze verzichtet werden, weil die dort befindlichen, im Vertragsverhältnisse stehenden Sägewerke über große Lagerplätze und moderne Verladevorrichtungen verfügten.

Ausschlaggebend für die Versorgung der Armee und auch zum Teil der Holzverarbeitenden Industrien war der Lieferungs- und Optionsvertrag mit der Standard A. G., nach welchem die diesem Konzern angehörenden Sägewerke ihre ganzen Vorräte und die Neuproduktion um rund 20% niedriger, als die offizielle Preisliste lautete, der Heeresverwaltung zur Verfügung stellten. Dieses Entgegenkommen muß als Gegenwert dafür gebucht werden, daß die Holzgruppe des Kriegsministeriums in vorsorglicher Weise alles aufgeboten hatte, damit die vor dem Kriege blühende Sägeindustrie Siebenbürgens nach dem rumänischen Einbruche nicht dem gleichen Schicksal verfallte, das leider diejenige Galiziens und der Bukowina ereilt hatte.

Die mit der Standard A. G. abgeschlossenen Preise bildeten die Grundlage und den Regulator für die mit den übrigen großen Industrieunternehmen in Ungarn und Bosnien abgeschlossenen Lieferungs- und Optionsverträge.

Nach dem Umsturz ist auch die unter den schwierigsten Verhältnissen ins Leben gerufene Organisation der Holzgruppe im Kriegsministerium zusammengebrochen. Die in den Wäldern und in den Werkstätten sowie auf den verschiedenen Lagern zurückgebliebenen Vorräte wurden von den Sukzessionsstaaten mit Beschlag belegt und verwertet. Die Abwicklung der noch laufenden Verträge wurde den liquidierenden Stellen überlassen.

### 3. Holzwirtschaftsstellen der Zivilverwaltung.

Die Länge des Krieges veranlaßte auch die Zivilverwaltung in beiden Staaten der Monarchie, kriegswirtschaftliche Maßnahmen ins Leben zu rufen, welche die Regelung des Verkehrs mit Forstprodukten zum Gegenstande hatten.

In Österreich wurde mit Verordnung des Ackerbauministeriums vom 10. April 1917 im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium eine «Holzwirtschaftsstelle» mit dem Sitz in Wien zum Zwecke der Förderung der Holzproduktion und Holzbringung, der Regelung des Handels und Verkehrs mit Holz errichtet.

In Ungarn wurde mit Verordnung des königlich ungarischen Gesamtministeriums vom 21. Mai 1917 ein «Amt für Holzverwertung» der Länder der heiligen ungarischen Krone geschaffen, welches die Vorratsaufnahmen von Holz und Holzkohle sowie den Verbrauch und die Inverkehrsetzung derselben zu regeln hatte.

Ein Einvernehmen mit dem Kriegsministerium war in Ungarn nicht hergestellt worden, und es bedurfte langwieriger Verhandlungen, bis es demselben gelang, sich einen Einfluß und eine Vertretung im neuen Amte zu verschaffen.

Die kroatisch-slavonische Landesregierung in Zagreb erblickte in der Errichtung des königlich ungarischen Holzverwertungsamtes, welches seine Tätigkeit auch auf die Gebiete Kroatiens und Slavoniens erstrecken sollte, eine Verletzung der staatsrechtlichen Stellung dieser Länder

und wollte sich die Verfügung über die mehr als ein Drittel des gesamten Areals ausmachende Waldfläche nicht aus der Hand winden lassen. Es gelang ihr, die Errichtung eines eigenen Amtes in Zagreb durchzusetzen, das den Namen «Landeswirtschaftskommission für Waldprodukte» erhielt und die Hebung der Produktion von Holz und Holzkohle, die Evidenthaltung der Vorräte und des Bedarfes der Heeresverwaltung, die Versorgung der öffentlichen Institute, der Städte und der Bevölkerung mit Brenn- und Bauholz und den Export des Überschusses zum Zwecke hatte.

Auch diese Stelle stand zunächst nicht in unmittelbarer Verbindung mit der Heeresverwaltung, die sich auch hier den notwendigen Einfluß erst mühsam erringen mußte.

Was Aufgaben und innere Organisation anlangt, so war die österreichische Holzwirtschaftsstelle nur ein begutachtendes und beratendes Organ des Ackerbauministers; außer Erlassung einiger administrativer Verfügungen, wie Erhebungen über Bestand, Vorrat und Bedarf, war ihr keine Selbständigkeit zugemessen. Sie war dem Ackerbauminister unterstellt, dessen Weisungen sie zu befolgen hatte. Ihr oblag auch die Mitwirkung bei der Sicherstellung des Holzbedarfes der Militärverwaltung.

Das königlich ungarische Holzverwertungsamt und die Landeswirtschaftskommission für Waldprodukte in Zagreb hatten dagegen den Charakter von Ämtern, die große Selbständigkeit hatten und dem Zwecke dienten, die Interessen des eigenen Landes gegenüber Österreich und gegenüber der Militärverwaltung zu wahren. Was den Militärbedarf betrifft, so sollte das ungarische Holzverwertungsamt bestimmen, welche Vorräte der Kriegsleitung anzubieten sind, welche für den bürgerlichen Konsum reserviert werden müssen, welche für den Zweck des Exports übergeben und welche für das Holzverwertungsamt zu reservieren sind, bzw. auf welche Art diese Vorräte verarbeitet werden sollen. Käufe von Militärbehörden waren ihm innerhalb acht Tagen anzumelden; falls die Vereinbarungen den Bestimmungen des Holzverwertungsamtes widersprachen, hatte es das Recht, die Zustimmung zum Verkaufe zu verweigern. Falls bei Verkäufen an Militärbehörden eine Vereinbarung bezüglich des zu zahlenden Preises nicht zustande kam, war das Holzverwertungsamt berechtigt, den Verkaufspreis zu bestimmen. An das Ausland verkaufte Quantitäten waren dem Holzverwertungsamte zur Verfügung zu stellen.

Österreich galt in Ungarn als Ausland, und alle Holzsendungen nach Österreich, gleichgültig ob für den öffentlichen oder für den privaten Verbrauch, unterlagen der Kontrolle durch die Auslandssektion des Holzverwertungsamtes, die jeden ausgeführten Kubikmeter Holz mit einer hohen Ausfuhrtaxe belegte. Österreichische Holzhändler, die in Ungarn ständig Holzlager besaßen oder dort Ware gekauft, aber noch nicht bezogen hatten, und Holzverarbeitende Industrien, die auf den Bezug ungarischer Ware angewiesen waren, sahen sich der Tatsache gegenüber, daß sie kein Material aus Ungarn erhalten konnten, weil die in der Verordnung vorgesehene Schaffung einer Auslandssektion beim Holzverwertungsamte nicht erfolgte. So wurde der Verkehr der ungarischen Produzenten und Händler mit den österreichischen Konsumenten fast unterbunden.

#### 4. Preise.

Die immer mehr zunehmende Teuerung aller Bedarfsartikel hatte auch eine Preissteigerung des Holzes und aller Waldprodukte zur Folge.

Um bei der Preisbildung regelnd einzugreifen, dem Schleichhandel zu begegnen und Preisexzessen ein Ziel zu setzen, ging man daran, Richtpreise und Höchstpreise zu bestimmen. Für die österreichischen Länder war hiezu die Zentral-Preisprüfungskommission in Wien, in Ungarn das Holzverwertungsamt in Budapest und in Kroatien-Slawonien die Landeswirtschaftskommission in Zagreb berufen. Einheitlich geltende Richtpreise für die Belieferung der Heeresverwaltung waren nicht zu erreichen. Immerhin konnte durch den Vertreter des Kriegsministeriums bei den Preisprüfungsstellen ein Einfluß dahin geltend gemacht werden, daß die Preise ohne Beeinträchtigung der Beschaffung des jeweiligen Holzbedarfes in einer Weise festgestellt wurden, die den Interessen der Heeresverwaltung und der Holzindustrie entsprach. Die von der österreichischen Zentral-Preisprüfungskommission festgesetzten Preise waren im allgemeinen etwas niedriger gehalten als die vom ungarischen Holzverwertungsamt erstellten Preise. Dies hatte seinen Grund darin, daß diese beiden Behörden verschiedene Ausgangspunkte für die Kalkulation wählen mußten. In Österreich war für die Ermittlung der Richtpreise die kleine alpenländische Erzeugung maßgebend. In Ungarn mußte die hochentwickelte siebenbürgische Holzproduktion, bei der bedeutende Investitionszinsen und Amortisationen zu berücksichtigen waren, als Grundlage angenommen werden.

#### 5. Holzwolle.

Nicht geringe Schwierigkeiten verursachte der Heeresverwaltung die Beschaffung von Holzwolle. Diese wurde im Frieden hauptsächlich in kleinen, zerstreut liegenden Betrieben in Nordböhmen und in Niederösterreich für Verpackungszwecke der Erzeugnisse der Glas- und Porzellanindustrie hergestellt. Im Krieg erhielt dieses Erzeugnis eine ungeahnte Bedeutung als Packmaterial, dann als wertvoller Ersatz für Stroh, Putzwolle und Verbandzeug. Im Anfang mußte die Holzwolle auf weite Strecken transportiert werden und nahm infolge des großen Volumens die Transportmittel stark in Anspruch. Da dieser Industrie im Frieden nicht die Bedeutung wie in Deutschland beigemessen worden war, war sie auch nicht imstande, den gesteigerten Bedarf im Kriege zu befriedigen. Um die Transportmittel zu schonen, wurden Betriebe in der Nähe der Verbrauchsstellen an der Front eingerichtet.

Infolge des Mangels an leistungsfähigen Maschinen konnte jedoch selbst bei angestrengtester Arbeit das Bedarfsquantum nicht erzeugt werden. Man beteiligte die Truppen mit eigens konstruierten Holzwollehobeln, damit sie sich das Schutzmittel gegen Nässe und Winterkälte selbst erzeugen konnten. Große Quantitäten von Brettern und Pfosten, die für einen anderen Zweck bestimmt waren, sind auf diese Weise verbraucht worden. Erst als die Heeresverwaltung selbst einige größere moderne Betriebe eingerichtet und die Verteilung geregelt hatte, war die Not gebannt. Der Bedarf belief sich auf täglich rund 300 Waggons zu 6000 kg. Für die Erzeugung waren täglich

etwa 4000 Festmeter Rundholz notwendig. Da die Holzwollebetriebe größtenteils dünnes Holz verarbeiteten, entstand bald eine Knappheit an Schleifholz und Grubenholz. Holzschliff- und Zellulosefabriken sowie der Bergbau hatten einen starken Konkurrenten gefunden. Da all diese Betriebe für die Kriegführung notwendig waren, sah sich die Heeresverwaltung schon frühzeitig gezwungen, in der Weise regelnd einzugreifen, daß sie Arbeitskräfte, Werkzeuge, Transportmittel zur Verfügung stellte, wodurch es den Betrieben möglich wurde, Selbstschlaggerungen in der Nähe ihrer Produktionsstätte vorzunehmen.

## 6. Holzkohle.

Der Bedarf an Holzkohle war im Kriege bedeutend gestiegen. Große Mengen wurden zur Beheizung der Schützengräben und in den eisenverarbeitenden Industrien gebraucht. In Österreich wurde diese Kohle nach dem ältesten Verfahren in primitiver Weise in Meilern erzeugt und bildete fast ausschließlich einen reinen Forstbetrieb. Dagegen hatte sich Ungarn, begünstigt durch ausgedehnte Buchenbestände, frühzeitig der fabrikmäßigen Erzeugung der Holzkohle als Retortenkohle zugewendet und war daher auch in der Lage, aus den anfallenden Nebenprodukten, welche sich aus der trockenen Destillation ergeben, bedeutenden Nutzen zu ziehen.

Da Ungarn auch ein großes Quantum an Holzkohle und Azeton an das Deutsche Reich abzugeben genötigt war, konnte die Erzeugung, trotzdem die Anlagen ausgestaltet und in jeder Weise unterstützt wurden, mit dem Bedarfe nicht Schritt halten. Die Holzkohlen- und Azetonerzeugung entzog dem Brennholzmarkte den größten Teil des vorrätigen Materials, und die Brennholznot war nicht mehr zu bannen. Sie zeitigte die strengen Ausfuhrverbote Ungarns und Kroatiens.

## 7. Schwellen.

Die größten Schwierigkeiten stellten sich jedoch der Schwellenaufbringung entgegen. Gleich zu Anfang des Krieges wurden die bei den Staatsbahnen vorhandenen Vorräte von der Heeresverwaltung mit Beschlagnahme belegt. Um möglichst bald Ersatz zu bieten, wurden in den Gouvernements aus erstklassigem Nutzholz, also mit Hintansetzung des rein wirtschaftlichen Standpunktes, Schwellen erzeugt. Die Staatseisenbahnverwaltungen setzten aber der Übernahme dieser Schwellen, wegen angeblich zu hohen Preisen, große Schwierigkeiten entgegen. Überhaupt wurde die Schwellenknappheit am meisten gezeitigt durch das starre Festhalten sowohl der österreichischen als auch der ungarischen Staatsbahnverwaltungen an Preisen, welche die Friedenspreise nur um mäßiges überschritten.

Das Interesse für die Schwellenerzeugung ging dadurch ganz verloren, die Produktion sank, und es trat eine Knappheit ein, die nicht mehr behoben werden konnte.

Die Holzgruppe des Kriegsministeriums ist wiederholt an das Armeeoberkommando mit der Anregung herangetreten, für die Schwellenerzeugung im besetzten Gebiete von Russisch-Polen und Serbien größere Mittel auf-



zuwenden. Leider machte sich aber, wie überall, auch in diesen Gebieten bereits der große Arbeitermangel fühlbar. In Russisch-Polen konnten nur wenige Arbeitspartien zusammengestellt werden, die pro Mann und Tag drei Schwellen leisteten. In Serbien brachte man es auf eine Schwelle pro Mann und Tag. Von den Kriegsgefangenen wurde dagegen nur eine Leistungsfähigkeit von einer Schwelle im Tag für je drei Mann erzielt. Daß unter solchen Umständen von einer Deckung des Bedarfes von 10 Millionen Stück (4 Millionen für Österreich, 4 Millionen für Ungarn, 2 Millionen für die Heeresbahn) nicht die Rede sein konnte, ist selbstverständlich. In Wirklichkeit wurden nur rund 3 Millionen Stück aus Eiche, Kiefer und Buche aufgebracht. Für dieses Quantum brauchte man allein 400.000 Schwellenholz, für welches bei einer 50%igen Ausnützung 800.000 Festmeter Holz geschlagen werden mußten. Bei einer Bestockung von rund 200 Festmeter per Hektar ergab dies eine Nutzung von 4000 ha Waldflächen. Aus den besetzten Gebieten sind verhältnismäßig wenig Schwellen in das Hinterland gekommen.

## II. PAPIER.

### A. Die österreichische Papierindustrie in der Vorkriegszeit.

#### 1. Umfang und Bedeutung der Papierindustrie in Österreich.

Die Papierindustrie fand in Österreich wie kaum eine andere in hohem Maße die natürliche Voraussetzung einer günstigen Entwicklung. Der Holzreichtum der Monarchie, das Vorhandensein einzelner wichtiger Rohstoffe, wie Kaolin, und das reichliche Vorkommen leicht auszubauender Wasserkräfte bildeten die Grundlagen einer raschen Entfaltung, so daß nicht nur der eigene Verbrauch der Monarchie gedeckt werden konnte, sondern auch erhebliche Mengen von Papier, Zellulose und Holzstoff zur Ausfuhr gelangten.

Bei Kriegsausbruch zählte man in Österreich 121 und in Ungarn 23 Maschinenpapierfabriken. Außerdem bestanden in Österreich 32, in Ungarn 9 Zellulosefabriken, von denen in Österreich 24, in Ungarn 5 mit Papierfabriken verbunden waren. Die Zahl der Holzschleifereien und Holzpappefabriken betrug in Österreich 172 (davon 53 in Verbindung mit Papierfabriken), in Ungarn 21 (davon 4 in Verbindung mit Papierfabriken). Die Fabrikation von Hadern- und Graupappe wurde in Österreich in 47, in Ungarn in 9 Fabriken betrieben. Hadernhalbstoff wurde in 2 Fabriken erzeugt, die sich in Österreich befanden. In Bosnien bestand eine Zellulosefabrik als Nebenbetrieb eines der größten Sägewerke. Insgesamt wurden somit in Österreich 297, in Ungarn 53, in Bosnien 1 Unternehmen der Papierindustrie gezählt.

In den österreichischen Unternehmungen befanden sich 252 Papiermaschinen, 138 Zellulosekocher und 615 Holzschleifapparate. Die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter betrug 28.300.

Auch die papierverarbeitenden Industrien waren gut entwickelt.

In der Buchdruckerei zählte man in Österreich 1524 Betriebe mit 25.400 Arbeitern, 123 Rotationsdruckmaschinen, 3086 Schnellpressen und 3040 Tiegeldruckpressen.

Die Rotationsmaschinen dienten fast ausschließlich dem Zeitungsdruck. In Österreich bestanden 112 auf Rotationspapier erscheinende Zeitungen; die Zahl der in kleineren Auflagen erscheinenden Zeitungen, die mit Flachdruck hergestellt wurden, war weitaus größer und wurde auf ungefähr 4000 geschätzt.

Die Zahl der Licht-, Stein- und Kupferdruckereien betrug 451 mit 4356 Arbeitern, 76 Rotationsmaschinen, 1183 Schnellpressen und 1414 Handpressen.

Die Papierwarenindustrie (Erzeugung von Bunt- und Pergamentpapier, von Tapeten, Briefumschlägen, Papiersäcken, Zigarettenpapier und Zigarettenhüllen, Papierzigarrenspitzen, Kartonnagewaren, Spielkarten und anderen verschiedenen Papierwaren) wies 458 unfallversicherungspflichtige Betriebe mit 18.043 Arbeitern auf.

## 2. Die Deckung des Rohstoffbedarfes vor dem Kriege.

Der Verbrauch der österreichischen Papierindustrie an Schleif- und Zelluloseholz betrug im Jahre 1913 1,300.907 Festmeter, die der Hauptsache nach im Inland aufgebracht, zum Teil aus Ungarn eingeführt wurden.

Hadern wurden fast nur mehr zur Erzeugung von Zigaretten-, Urkunden- und Banknotenpapier sowie von Haderrohappe verwendet. Ein großer Teil des Haderbedarfes der österreichischen Papierindustrie wurde durch die Einfuhr, hauptsächlich aus Deutschland und Rußland, bestritten. Im Jahre 1913 stand einer Haderneinfuhr von 2093 Waggons eine Ausfuhr von nur 135 Waggons gegenüber.

An Altpapier verbrauchte die österreichische Papier- und Papierindustrie 3423 Waggons, wovon 741 eingeführt wurden, fast ausnahmslos aus dem Deutschen Reiche.

Für die Erzeugung von Sulfitzellulose verbrauchten die österreichischen Zellulosefabriken 1308 Waggons Schwefel und 2626 Waggons Schwefelkies, wobei ein Waggon Schwefel ungefähr drei Waggons Schwefelkies entspricht. Der Schwefel wurde fast ausschließlich aus Italien bezogen. Von der Gesamteinfuhr in der Höhe von 3923 Waggons entfielen 1308 Waggons auf die Papierindustrie, 2515 Waggons auf die chemische Industrie.

Schwefelkies wurde in ziemlichem Umfang im Inlande gewonnen, und zwar in Österreich in vier Bergbauen (wovon allerdings der wichtigste, der mehr als 80% der gesamten Erzeugung lieferte, in der Bukowina, also im späteren unmittelbaren Kriegsgebiet gelegen war) 2032 Waggons, in Ungarn 10.380 Waggons, in Bosnien 500 Waggons, so daß die Gesamtproduktion der Monarchie rund 13.000 Waggons betrug. Ungefähr ebensoviel machte die Einfuhr aus, der nur eine geringfügige Ausfuhr von 388 Waggons gegenüberstand. Der Gesamtverbrauch an Schwefelkies in der Monarchie belief sich auf 25.665 Waggons; auf die Papierindustrie entfielen 5882 Waggons, davon auf diejenige Österreichs 2626; die restlichen 19.775 Waggons Kies wurden in der chemischen Industrie Österreichs, Ungarns und Bosniens verwendet.

Der Bedarf der österreichischen Industrie an Ätznatron für die Zelluloseerzeugung sowie an Soda und Alaun für die Leimung des Papiers betrug 687 Waggons und wurde vollständig durch die inländische Erzeugung gedeckt. Dagegen wurde das zur Leimung gleichfalls notwendige Harz in der Vorkriegszeit fast durchwegs aus dem Auslande bezogen. Von den österreichischen Papierfabriken wurden 589 Waggons Harz für diesen Zweck verbraucht. Dem stand eine Gesamteinfuhr von 3366 Waggons gegenüber, in der auch der Bedarf der ungarischen Papierindustrie und der chemischen Industrie inbegriffen war.

Der Verbrauch an Chlorkalk zum Bleichen von Halbstoffen, Zellulose und Holzstoff betrug 636 Waggons, die meist inländischer Erzeugung entstammten. Eingeführt wurden 309 Waggons, hauptsächlich aus Deutschland, ausgeführt 204 Waggons, so daß die Bilanz in diesem Hilfsstoffe passiv war.

Von den Füllstoffen, die bei der Papierfabrikation verwendet werden, waren Kaolin und Talkum im Inlande reichlich vorhanden; dagegen mußten Schwespat, Zinkweiß und Asbest eingeführt werden.

Von außerordentlicher Wichtigkeit ist für die Papierindustrie die Sicherung ihres Bedarfes an Sieben und Filzen zur Bespannung der Papiermaschinen. Die Siebe wurden in Wien aus Phosphorbronze und Tombak erzeugt, die Filze in zwei niederösterreichischen und einer böhmischen Filzfabrik, die jährlich für diesen Zweck 800.000 kg argentinischer und australischer Schafwolle verarbeiteten.

### 3. Die Erzeugung von Halbstoffen.

Die Erzeugung von Zellulose betrug in Österreich 20.372, in Ungarn 9454, in Bosnien 1359, in der ganzen Monarchie daher 31.185 Waggons, während der Verbrauch an Zellulose in Österreich 17.056, in Ungarn 5500, daher insgesamt 22.556 Waggons ausmachte. Es blieben also fast 10.000 Waggons für den Export verfügbar. Tatsächlich ausgeführt wurden 9256 Waggons, hauptsächlich nach Deutschland, Frankreich, Italien, der Schweiz und Großbritannien sowie nach den Vereinigten Staaten und einigen anderen überseeischen Ländern. Die Einfuhr von Zellulose war unbedeutend und erreichte nur die Menge von 523 Waggons.

An Holzstoff wurden in Österreich 13.026, in Ungarn 1119, daher in der ganzen Monarchie 14.145 Waggons erzeugt. Verbraucht wurden in Österreich 12.403, in Ungarn 855, insgesamt somit 13.258 Waggons; die Ausfuhr betrug 972 Waggons, der eine verschwindend geringe Einfuhr von nur 85 Waggons gegenüberstand.

Die Papierindustrie war hinsichtlich der Erzeugung von Halbstoffen vom Auslande vollständig unabhängig und vermochte sogar bedeutende Mengen von Zellulose und Holzstoff regelmäßig auszuführen.

### 4. Die Erzeugung von Papier.

Erzeugt wurden in den österreichischen Papierfabriken im Jahre 1913 1118 Waggons Dokumenten- und reines Hadernpapier, 5351 Waggons holzfreies Druck- und Schreibpapier, 5860 Waggons mittelfeines und ordinäres

Druck- und Schreibpapier, 6753 Waggons Rotationsdruckpapier, 946 Waggons Seiden- und Zigarettenpapier, 780 Waggons Spinn- und Kraftpapier aus Natronzellulose, 3319 Waggons anderes Zellulosepackpapier, 8488 Waggons anderes Pack-, Hülsen- und Strohpapier und endlich 1156 Waggons verschiedener Papiersorten, insgesamt also an Papier aller Art 33.761 Waggons. Die Pappenerzeugung belief sich auf 12.198 Waggons.

Die Ausfuhr betrug bei Papier 6055, bei Pappen nur 3581 Waggons, wogegen die Einfuhr an Papier nur 581, an Pappen 352 Waggons ausmachte. Im Gegensatz dazu stand bei Papierwaren einer Einfuhr von 985 Waggons eine Ausfuhr von nur 674 Waggons gegenüber.

Innerhalb der Monarchie war Österreich im Verkehr mit Ungarn passiv hinsichtlich des Halbzeuges, namentlich der Zellulose. Einer Einfuhr von 2331 Waggons Zellulose stand eine Ausfuhr von nur 282 Waggons gegenüber. Dagegen betrug bei Pappen die österreichische Ausfuhr 1633, die Einfuhr nur 151 Waggons, und an Papier wurden aus Österreich nach Ungarn 6247 Waggons aus- und nur 1218 Waggons eingeführt. In Papierwaren erreichte die österreichische Ausfuhr nach Ungarn 946, die österreichische Einfuhr von dort nur 107 Waggons.

## B. Die österreichische Papierindustrie im Kriege.

### 1. Die Rohstoffversorgung.

Nach Ausbruch des Krieges vermochte die Papierindustrie noch geraume Zeit, bis gegen Ende 1914, allen Aufträgen ohne Schwierigkeiten nachzukommen, obwohl viele Arbeiter zu den Waffen gerufen worden waren und auch Hemmungen im Transport sich immer stärker bemerkbar machten.

Zu Beginn des Jahres 1915 begannen jedoch die Absperurmaßnahmen der feindlichen Mächte bereits da und dort fühlbar zu werden, da in bezug auf einige Hilfsstoffe die Industrie stets auf das Ausland angewiesen gewesen war. Hierher gehören Schwefel und Schwefelkies, Harz und schwefelsaure Tonerde, endlich Hadern und Altpapier sowie Wolle zur Filzerzeugung.

Schwefel hatte die Monarchie, wie erwähnt, aus Italien bezogen. Durch die Haltung Italiens wurde schon im Winter 1914/15 die Versorgung der inländischen Zelluloseindustrie mit Schwefel sehr erschwert. Durch die Kriegserklärung Italiens wurde sie gänzlich unmöglich gemacht. Die Zellulosefabriken hatten große Mengen von Schwefel in der Schweiz liegen, doch kam diese Ware infolge der durch den Druck der Ententemächte verfügten Ausfuhrbeschränkungen nie nach Österreich. Die Zellulosefabriken mußten sich daher ausschließlich mit Schwefelkies behelfen und, soweit sie bisher mit Schwefel gearbeitet hatten, ihre Betriebe zu diesem Behufe technisch umgestalten. Da aber auch die Heeresverwaltung für die Munitionserzeugung starken Bedarf an Schwefelkies hatte, machte sich auch in diesem Material bald Mangel fühlbar. Dies führte zu einer außerordentlichen Steigerung der inländischen Schwefelkieserzeugung durch Eröffnung neuer Gruben und verstärkte Förderung in den bestehenden. Nach den Friedensschlüssen von Brest-Litowsk und Bukarest war die Schwefelkiesnot völlig behoben. Stockungen ergaben sich nur mehr durch mangelnde Waggonzuweisungen.



Schwieriger war die Versorgung mit Harz. Die direkte Einfuhr aus den bisherigen Bezugsländern (Frankreich, Amerika und Griechenland) wurde sofort nach Kriegsausbruch unterbunden. Nach der Verschärfung der Blockade war auch auf dem Umwege über neutrale Länder nichts mehr zu bekommen. Man war nach Aufzehrung der Vorräte ausschließlich auf die Inlandsproduktion angewiesen. Nun stellte zwar eine in Piesting (Niederösterreich) kurz vor dem Kriegsausbruch errichtete genossenschaftliche Harzdestillerie aus dem Harze der in dieser Gegend vorkommenden Föhrenart (*Pinus austriaca*) Qualitäten her, die den besten französischen und amerikanischen gleichwertig waren, jedoch nur in ungenügender Menge. Die gesamte Harzproduktion Österreichs einschließlich der minderen, für die Herstellung von Harzleim zur Papierfabrikation nicht verwendbaren Qualitäten betrug jährlich etwa 300 Waggons, von denen die Heeresverwaltung 100 Waggons für sich beanspruchte. Dieser kleinen Erzeugung stand ein Bedarf von zirka 3500 Waggons gegenüber, von dem auf die Papierindustrie allein 500 Waggons entfielen.

Die Papierfabrikation mußte daher ihren Harzbedarf so weit als möglich einschränken. Rotations- und Druckpapier für Zeitungen mußte ungeleimt hergestellt werden, und auch für andere Zwecke wurde weit weniger geleimtes Papier verwendet wie früher. Die verschiedenen während des Krieges eingeführten Ersatzmittel für Harz bewährten sich nicht besonders. Die Wichtigkeit der Rolle, welche das Harz als ein unentbehrlicher, wenn gleich scheinbar untergeordneter Hilfsstoff nicht nur in der Papierindustrie, sondern auch in einer Reihe anderer Industrien spielte, führte schon im Jahre 1915 zur Bewirtschaftung dieses Artikels.

Ähnlich wie mit Harz verhielt es sich mit schwefelsaurer Tonerde (Alaun). Dieser wichtige Hilfsstoff der Papierindustrie wurde aus Tonerdehydrat und dieses aus Bauxit hergestellt, einem Material, das sich in Österreich nur in einzelnen, nicht erschlossenen Lagerstätten in Krain im Küstenland und in Dalmatien fand. Für die Verarbeitung des Bauxites zu Tonerdehydrat bestand eine einzige Fabrik in Krain. Da der Bauxit und das daraus gewonnene Tonerdehydrat auch das Ausgangsprodukt für die Erzeugung von Aluminium bildet, wurde die Gesamterzeugung dieser Fabrik von der Heeresverwaltung beschlagnahmt. Schwefelsaure Tonerde war daher für die Papierindustrie bald überhaupt nicht mehr zu erhalten.

Auch die Versorgung der Papierindustrie mit Kaolin begegnete steigenden Schwierigkeiten, trotz des großen Umfanges inländischer Kaolin-erzeugung, die auch qualitätsmäßig allen Ansprüchen entsprach. Transportschwierigkeiten und Arbeitermangel hinderten eine ausreichende Erzeugung.

Stärker als der Mangel an anderen Hilfsstoffen wirkte die Schwierigkeit der Kohlenversorgung auf die Produktion. Sie wurde allmählich zu würgender Not. Im Herbst 1917 konnte man noch planen, die Papierindustrie mit 80% des Friedensbedarfes an Kohle zu beliefern. Im Jahre 1918 betrug die Zuweisung kaum mehr als 30% des Friedensbedarfes. Wenn es dessenungeachtet noch gelang, 48% der Papiererzeugung des Jahres 1913 zu erreichen, so ist das darauf zurückzuführen, daß zur Papiererzeugung hauptsächlich Holzstoff verwendet wurde, der ohne Kohlenverbrauch hergestellt werden konnte.

Von den eigentlichen Rohstoffen der Papierindustrie sind Holz und die daraus hergestellten Halbstoffe (Zellulose und Holzstoff) die wichtigsten. Trotz des Holzreichtums der Monarchie stellte sich schon bald nach Kriegsausbruch Holzangel ein, der sich immer mehr verschärfte. Die Ursache war der Rückgang der Holzproduktion infolge des Mangels an geschulten Arbeitern und Gespannen, die Schwierigkeit der Beförderung von Holz auf den überlasteten Bahnen und der massenhafte Verbrauch des dünnstämmigen Schleifholzes für den Ausbau von Schützengräben und Deckungen an der Front. Die in den Betrieben lagernden Vorräte von Schleif- und Zelluloseholz wurden vielfach von den militärischen Bauleitungen beschlagnahmt. Große Mengen von Fichtenholz, das allein zur Papiererzeugung verwendbar ist, wurden für Zwecke verbraucht, für die alle anderen Hölzer ebenso geeignet gewesen wären. Dazu kam, daß die Karpathen Kriegsschauplatz geworden waren. Hiedurch wurden die größten Zellulosefabriken der Monarchie, die in Oberungarn gelegen und auf das Holz der Karpathen angewiesen waren, lahmgelegt.

Das Verlangen der Industrie nach strenger Handhabung des Ausfuhrverbotes für Holz, namentlich gegenüber dem Deutschen Reiche, konnte nicht erfüllt werden, weil Holz als Kompensationsobjekt wichtig und außerdem einer der wenigen Artikel war, die Österreich zur Aufrechterhaltung seiner Valuta und zur Bezahlung seiner Auslandsbezüge noch in größeren Mengen ausführen konnte. Außerdem hätten die einheimischen Waldbesitzer einer strengeren Durchführung des Verbotes heftigsten Widerstand entgegengesetzt und alles aufgeboten, um von der Regierung eine Milderung zu erlangen.

Infolge der Holzknappheit, des Fehlens bald des einen, bald des anderen der verschiedenen Hilfsstoffe, deren die Zelluloseerzeugung bedarf, insbesondere aber infolge des steigenden Kohlenmangels, ging auch die Erzeugung von Zellulose ständig zurück. Sie hatte im Jahre 1913 noch 31.000 Waggons betragen, war im Jahre 1916 auf 11.000, im Jahre 1917 auf 9000 und im Jahre 1918 sogar auf 6250 Waggons gesunken. Auch von diesen Mengen wurde der Papierindustrie ein immer größerer Teil durch die Munitionsindustrie entzogen. Außerdem wurden nicht unbedeutende Mengen nach Deutschland und der Schweiz ausgeführt, bis man sich Ende 1915 entschloß, ein Ausfuhrverbot zu erlassen. Eine gewisse Erleichterung bot der Zellulosebezug aus Ungarn, das einen Überschuß über den eigenen Bedarf hatte. Er bildete seit dem Sommer 1916 Gegenstand eines vertragsmäßig geregelten Kompensationsgeschäftes. Ungarn lieferte Zellulose und Schleifholz nach Österreich und erhielt dafür Rotationsdruckpapier für die ungarischen Zeitungen.

Trotzdem trat an die Stelle der Zellulose in zunehmendem Maße Holzstoff. Seine Fabrikation hatte viel weniger gelitten, da sie größtenteils ohne Kohle mit Wasserkraft betrieben wurde und keiner Hilfsstoffe bedurfte. Einer Erzeugung von rund 14.000 Waggons im Jahre 1913 stand eine solche von 9870 Waggons im Jahre 1916, von 13.000 Waggons im Jahre 1917 und von 9200 Waggons im Jahre 1918 gegenüber.

Der Rückgang der österreichischen Zelluloseerzeugung bewirkte, daß von Jahr zu Jahr steigende Mengen, insbesondere aus Skandinavien, eingeführt werden mußten. Die Einfuhr von Zellulose stieg im Jahre 1917 bereits auf das Doppelte der Vorkriegsziffer. Vor allem betraf diese Steigerung Natronzellulose, die infolge ihrer Eignung zur Erzeugung von Spinnpapier eine große Rolle zu spielen begann und im Inlande nur in unzureichenden Mengen erzeugt wurde. Die Einfuhr stammte zumeist aus Schweden, ferner auch aus Norwegen und Deutschland.

Durch den Rückgang der Zellulose- und Holzstofferzeugung gewann das Altpapier als Rohstoff eine immer größere Bedeutung. Vor dem Kriege war es in großen Mengen aus Deutschland bezogen worden. Im Herbst 1915 wurde jedoch in Deutschland ein auch gegen Österreich-Ungarn gerichtetes Ausfuhrverbot erlassen. Am 10. März 1916 folgte Österreich mit einer gleichen Maßnahme. Der gegenseitige Verkehr in Altpapier hörte fast völlig auf, die Fabriken, die ihr Altpapier bisher aus Deutschland bezogen hatten, mußten im Inlande kaufen, und die Folge war, daß im März 1916 der Preis für Altpapier bereits auf das Dreifache der Friedenspreise gestiegen war. Man mußte zur Bewirtschaftung des Altpapiers schreiten. Eine «Altpapierkommission» wurde errichtet. Die von ihr durchgeführten Erhebungen ergaben einen Bedarf von 640 Waggons monatlich. Da volle Deckung dafür nicht vorhanden war, mußte man zur Kontingentierung des Verbrauches schreiten. Die Summe dieser Kontingente ergab 414 Waggons. Das Kontingent wurde jedoch kaum jemals in einem Monate wirklich aufgebracht und zugewiesen. Insgesamt hat die Altpapierkommission vom 11. Juli 1916 bis Ende 1918 7706 Waggons Altpapier zur Verteilung gebracht, also monatlich mehr als 250 Waggons. Kennzeichnend für die Größe der Rohstoffnot waren die Bemühungen der Altpapierkommission, durch öffentliche Aufrufe aus den privaten Haushaltungen Altpapier herauszuziehen, und die seitens der Regierung an alle Behörden und Selbstverwaltungskörper gerichteten Aufforderungen, sich durch alle entbehrlichen alten Akten an dieser Materialbeschaffung zu beteiligen.

Weniger Bedeutung als das Altpapier hatten als Rohstoff der Papierindustrie die Hadern, da längst der weitaus größte Teil des Papiers ohne Verwendung von Hadern hergestellt wurde. Immerhin war ihre Verarbeitung für gewisse Papiersorten (Dokumenten-, Banknoten- und Zigarettenpapier) unerläßlich. Die Sammeltätigkeit in Galizien, das innerhalb der Monarchie das Hauptversorgungsgebiet war, hörte mit Kriegsbeginn fast vollständig auf, da dieses Land unmittelbarer Kriegsschauplatz war. Man war auf die deutsche und auf den Rest der heimischen Produktion angewiesen. Zur selben Zeit wie für Altpapier wurden auch für Hadern in Deutschland wie in der Monarchie Ausfuhrverbote erlassen. 1916 wurden Hadern aus der Schweiz und den Niederlanden, später aus Bulgarien und den besetzten Gebieten Rußlands und der Balkanländer bezogen.

Einen lebhafteren Ansporn zu erhöhter Sammeltätigkeit bot die Preissteigerung. Sie bewirkte, daß die Aufbringung in der Zeit vom Herbst 1915 bis Herbst 1916 auf das Vierfache der normalen Menge stieg.

Eine der schwierigsten Fragen war die Versorgung der Papierindustrie mit den nötigen Sieben und Filzen. Beide Artikel wurden im Inlande hergestellt. Die Schwierigkeit lag in der Beschaffung des Rohmaterials. Sie erfolgte für die Sieberzeugung mit Hilfe der durch die Bewirtschaftung der Metalle bereitgestellten Materialien, wobei es gelang, auch den Bedarf durch die Einführung von Verbesserungen an den Papiermaschinen herunterzusetzen.

Für die Not an Textilstoffen, die infolge der Blockade bereits im März 1916 herrschte, ist es höchst bezeichnend, daß der Mangel an Wolle zur Erzeugung von Papiermacherfilzen die ganze Papierindustrie zum Stillstand zu bringen drohte, obwohl der Friedensbedarf an Wolle für diesen Zweck nur 800.000, der aufs äußerste gedrosselte Bedarf der Kriegszeit 400.000 kg jährlich ausmachte. Durch eine strenge Bewirtschaftung gelang es, auch diese Gefahr zu beseitigen.

Der Krieg nötigte auch die Papierindustrie zur Verwendung zahlreicher Ersatzstoffe für fehlende Roh- und Hilfsmaterialien. Ohne Schwierigkeit war deren Verwendung dort durchzuführen, wo sie ohne Änderung in der Fabrikationsweise stattfinden konnte, am schwierigsten dort, wo neue Rohstoffe nicht nur eine Änderung der Fabrikationsweise, sondern auch einen Umbau der Fabrikationsanlage erforderten. Die Verwendung von Altpapier statt Hadern oder Zellulose änderte bloß die Art des in den Holländer eingetragenen Stoffes; die Verwendung von Ersatzstoffen für Harzleim erheischte zwar keine neuen Maschinen, stellte aber eine neue Arbeitsweise dar, deren Durchführung viel Aufmerksamkeit erforderte; die Verwendung von Schwefelkies statt Schwefel zur Zelluloseerzeugung dagegen bedingte die Errichtung einer eigenen Röstanlage.

Manche Ersatzstoffe haben sich bewährt und werden noch heute verwendet. So wird noch gegenwärtig mehr Schwefelkies und weniger Schwefel verwendet als vor dem Kriege.

Dagegen führten die verschiedenen Versuche, bei der Zelluloseerzeugung das Fichtenholz durch Rothbuchenholz oder Schilf zu ersetzen, zu keinem dauernd brauchbaren Ergebnis.

Abgesehen von dem Mangel an Roh- und Hilfsstoffen litt die Papierindustrie vor allem an den Schwierigkeiten, die sich aus der Entziehung von Arbeitskräften, aus dem Kohlenmangel und aus den stets zunehmenden Hemmungen des Verkehrs ergaben.

Als die Situation bereits äußerst kritisch geworden war, wurde auch ein Kohlenkontingent für die übrigen Fabriken, welche nicht Rotationspapier erzeugten, festgesetzt. Die in Aussicht genommene Zuweisung betrug etwa 42% des Friedensverbrauches. Aber auch dieses Kontingent stand nur auf dem Papier. Tatsächlich ausgeliefert wurden im Jahre 1918 etwa 30% des Friedensverbrauches.

Der zufolge aller Hindernisse zutage getretene Rückgang der Produktion drückt sich in folgenden Ziffern aus:



Erzeugung in Meterzentner				
	1913	1916	1917	1918
Papier . . . . .	3,643.644	2,761.081	1,979.705	1,734.751
Pappe . . . . .	501.523	530.373	600.586	479.961
Holzdeckel . . . .	1,146.362			
Zellulose . . . . .	3,141.994	1,999.990	908.103	525.819
Holzstoff . . . . .	1,414.499	987.403	1,323.207	920.324

Der Ausfall gegenüber der Produktion von 1913 betrug daher im Jahre 1918 bei Papier 52%, bei Pappe und Holzdeckel 71%, bei Zellulose 80% und bei Holzstoff 35%.

Unter ähnlichen Schwierigkeiten hatte auch die papierverarbeitende Industrie zu leiden.

## 2. Die Umstellung der Industrie auf neue Erzeugnisse.

Die Kriegsverwaltung nahm in der ersten Kriegszeit bei Einberufungen, Waggonbestellungen, Requirierungen von Pferden und Fuhrwerken auf die Interessen der Papierindustrie keine Rücksicht, da Papier im Überfluß im Handel erhältlich war. Nach Ablauf der ersten Kriegsmonate besserten sich die Produktionsverhältnisse. Dagegen ging die Nachfrage nach den normalen Erzeugnissen der Industrie zurück, und die Industrie stand vor der Aufgabe, ihr Fabrikationsprogramm den durch den Krieg neu geschaffenen Bedürfnissen anzupassen.

Diese Bedürfnisse erstreckten sich zunächst auf Ersatzstoffe für Verbandzeug und andere Textilien. Es bedurfte aber einer lebhaften Propaganda, um den aus Ersatzstoffen hergestellten Waren Eingang in weitere Verbraucherkreise zu verschaffen. So hat der Minister des Innern die Landesregierungen am 23. November 1914 eingeladen, den Krankenkassen und sonstigen Fürsorgestellen die Verwendung von Zellstoffwatte, Papierbinden, Papier-taschentüchern und Papierservietten für Spitäler sowie die Verwendung von Pappe für die Verkleidung von Barackenbauten zu empfehlen. Ende Dezember 1914 fand in den Räumen des Niederösterreichischen Gewerbevereines eine Fachausstellung unter dem Titel «Papier als Kälteschutzmittel und Stoffersatz» statt. Das Kriegsministerium teilte um diese Zeit seinen Unterbehörden mit, daß an die Truppen im Felde Papierwesten und Papierfußlappen zur Ausgabe gelangen sollen und befahl, die Mannschaft darüber aufzuklären, daß Papier als schlechter Wärmeleiter ein sehr gutes Kälteschutzmittel sei.

Nach einjährigem Kriegszustand waren jedoch die meisten Neuerungen auf dem Gebiete der Papierindustrie nicht mehr aktuell. Die einzige Neuerung von größerer Bedeutung war die Einführung des Spinnpapiers. Schwierigkeiten bereitete dabei nur die Beschaffung der Schneidmaschinen für das Schneiden der Papierstreifen, die aus Deutschland bezogen werden mußten. Gegen Ende des Krieges nahm die Verwendung von Papiergeweben immer größeren Umfang an, und man begann schon, sie auch für Bekleidungszwecke zu verwenden.

In Deutschland war man sofort nach Kriegsbeginn in großem Umfang zur Erzeugung von Spinnpapier übergegangen. In Österreich nahmen erst im Jahre 1915 drei Fabriken die Erzeugung von Spinnpapier auf. 1917 war ihre Zahl in Österreich auf neun, in Ungarn auf zwei gestiegen. Die österreichische Erzeugung von Spinnpapier hatte im Jahre 1913 nur 75 Waggons betragen; sie stieg im Jahre 1916 auf 708 und 1917 auf 1277 Waggons, um im Jahre 1918 auf dieser Höhe zu verharren. Trotz ihres raschen Anwachsens blieb jedoch die österreichische Spinnpapiererzeugung weit hinter dem Bedarf zurück, der im Jahre 1918 etwa 8000 Waggons ausmachte. Es mußten daher bedeutende Mengen eingeführt werden. Um diese Einfuhr zu fördern, wurden schon im Juni 1915 die Einfuhrzölle für Spinnpapier aufgehoben. Auf die einzelnen Herkunftsländer verteilte sich die Einfuhr in folgender Weise:

	Mengen in Meterzentner		
	1915	1916	1917
Schweden . . . . .	1509	56.527	258.190
Norwegen . . . . .	500	682	—
Deutsches Reich . . . . .	1496	42.412	72.654
Holland . . . . .	—	2.199	4.944
Dänemark . . . . .	—	103	—
Schweiz . . . . .	—	—	249

Das außerordentliche Anwachsen der Einfuhr aus Schweden ist darauf zurückzuführen, daß es Hauptlieferant der leichten Spinnpapiere aus Natronzellulose war. Das aus Deutschland bezogene Spinnpapier war größtenteils Mischpapier mit höchstens 50% Natronzellulose, und das gleiche galt von dem meisten in Österreich erzeugten Spinnpapier. Eine einzige österreichische Fabrik (Frantschach in Kärnten) war auf die Erzeugung von reinem Natronzellulosepapier eingerichtet.

Das rasche Ansteigen der Einfuhr von Spinnpapier im Jahre 1917 ist nicht nur der zunehmenden Erschöpfung der Vorräte an echten Fasern, sondern auch spekulativen Momenten zuzuschreiben. Alles stürzte sich auf den neuen Spinnstoff, dessen Einfuhr zollfrei erfolgen konnte und für dessen Bezug man Devisen zugeteilt erhielt, um so mehr als man befürchtete, daß die Freiheit des Verkehrs in den neuen Spinnstoffen nur von kurzer Dauer sein könnte.

Diese Befürchtungen fingen schon im Jahre 1918 an, sich zu bewahrheiten. Zu Anfang dieses Jahres stellte das Deutsche Reich mit Rücksicht auf die zunehmende Kohlenknappheit die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen für Spinnpapier teilweise ein und Schweden verhängte, von den Entente-mächten gedrängt, ganz unvermutet ein Ausfuhrverbot für Spinnpapier. Erst nach längeren Verhandlungen konnte erreicht werden, daß Ausfuhrbewilligungen wenigstens für jene Mengen erteilt wurden, die bis zum 1. Juni 1918 tatsächlich ausgeführt werden konnten. Von 2200 Waggons, die von österreichischen Firmen in Schweden bestellt worden waren, konnten auf diese Weise nur 700 Waggons außer Landes gebracht werden. Übrigens war eine Einschränkung der Einfuhr von Spinnpapier selbst der österreichischen Regierung nicht unwillkommen, da dieser Import einen spekulativen Charakter

angenommen hatte. Der Bezug von Spinnpapier aus Schweden hörte gegen den Herbst 1918 fast vollständig auf.

Von Spinnpapier abgesehen wurden im allgemeinen während des Krieges dieselben Papiersorten erzeugt wie im Frieden, wobei allerdings eine durch den Zellulosemangel bedingte Verschiebung zugunsten der ordinären Papiere mit hohem Holzstoffgehalt eintrat.

### 3. Die Wirkungen des Krieges auf den Absatz.

Die österreichisch-ungarische Papierindustrie war in der ersten Hälfte des Jahres 1914 nicht voll beschäftigt gewesen. Dies kam in außerordentlich gedrückten Preisen zum Ausdruck. Bei Kriegsausbruch ließ der Beschäftigungsgrad noch mehr nach, neue Aufträge gingen überhaupt nicht ein, während die auf Abruf bestellten Waren keinen Abnehmer fanden. Der Export hörte, soweit er sich auf feindliche Länder bezogen hatte oder durch Vermittlung solcher zustande gekommen war, vollständig auf. Dazu kam ein Ausfuhrverbot auf Druckpapier, dem ein solches auf Lösch- und Seidenpapier folgte.

Die Absatzverhältnisse waren demnach auch in den ersten Kriegsmonaten schlechte. Auch später, als sich viele andere Industrien wieder bedeutend erholten, fand eine Besserung in der Papierindustrie nahezu nicht statt. Der Konsum an Druckpapier ging infolge des geringen Inserierungsbedürfnisses in den Zeitungen und durch die Betriebsreduktion in den Druckereien stark zurück. Viele Industrien, die ehemals regelmäßige Papierkonsumenten waren, hörten auf, Papier zu beziehen oder schränkten den Papierverbrauch stark ein. Die Textilindustrie und die Glasindustrie zum Beispiel nahmen infolge des Rückganges ihrer eigenen Erzeugung nur ein Drittel der früheren Papiermengen in Anspruch. Bücher wurden, von der Kriegsliteratur abgesehen, fast überhaupt nicht gedruckt. Alle Luxusgewerbe waren vollständig beschäftigungslos. Die Papierfabrikanten bemühten sich deshalb, Ersatzstoffe für Erzeugnisse anderer Industrien, die durch den Krieg von allem Anfang an gehemmt waren, in Verkehr zu bringen. Alle Propaganda, welche zu diesem Zwecke getrieben wurde, hatte jedoch wenig Erfolg, und man kann sagen, daß dies für die weitere Entwicklung von Vorteil war. Denn die Fabriken waren dadurch gezwungen, während des ersten Kriegsjahres, um überhaupt in Betrieb zu bleiben, die übliche Kommerzware auf Lager zu arbeiten. Der Papiermangel, welcher infolge der durch die lange Kriegsdauer herbeigeführten Not an allen Roh- und Hilfsstoffen eintreten mußte, wurde dadurch um geraume Zeit hinausgeschoben. Während die Produktionsschwierigkeiten schon Ende 1915 beängstigende Formen annahmen, reichten die Lagerbestände bis Ende 1916 aus, um den Bedarf nahezu klaglos zu decken.

Je geringer der Bedarf der Bevölkerung war, desto größere Bedeutung für die Industrie gewannen die Heeresaufträge. Sie erstreckten sich auf die verschiedensten kurrenten Papiersorten. Die Kommanden benötigten Schreibpapier, Druckpapier, Packpapier. Das letzterwähnte sowie Seidenpapier wurden auch bei der Munitionsverpackung gebraucht. Für gewisse Munitions-

sorten waren Spezialpapiere aus Natronzellulose vonnöten, da diese Papiere unbedingt chlor- und säurefrei sein mußten. Von Erzeugnissen der Pappenindustrie kamen für die Heeresverwaltung vor allem die Patronenschachteln in Betracht, die aus Patentpappe hergestellt wurden. Die Aufträge auf Patronenschachteln brachten namentlich in den ersten Kriegsjahren die einzige Beschäftigung für die Pappenindustrie. Als wichtiger Bedarfsartikel der Heeresverwaltung galt auch die Rohpappe zur Erzeugung von Dachpappen für den Barackenbau.

Seit 1915 nahm die Militärverwaltung auch bedeutende Mengen von Zellulose zu Nitrierzwecken in Anspruch. Mit zunehmender Not an Baumwolle wurden die Anforderungen immer größer. Es bedurfte wiederholter Vorstellungen des Handelsministeriums beim Kriegsministerium, um wenigstens jene Zellulosevorräte, welche für die Rotationspapiererzeugung und für die Herstellung der dringendsten Notwendigkeitspapiere nötig waren, der Papierindustrie zu sichern.

Eine vollständige Änderung der Lage brachte der Krieg für die Kartonnageindustrie. Namentlich die Großbetriebe bekamen durch die Beteiligung mit Heereslieferungen ausreichende Beschäftigung. Diese Lieferungen bezogen sich vorwiegend auf Mündungsdeckel für Land- und Seegeschütze aus Preßspan, ferner auf sogenannte Munitionskreuze aus braunem Pappendeckel, ausgestanzte Platten, verschiedenartige Rollen, Gewehr- und Patronenhülsen sowie Munitionskartons. In späterer Zeit kamen große Bestellungen auf Feldpost- und andere Versandkartons dazu. Die umfangreichen ärarischen Aufträge erlaubten es der Industrie, rationell zu arbeiten, so daß das finanzielle Ergebnis der Kartonnageindustrie im Krieg ein recht befriedigendes war.

Für den Bedarf der Zivilbevölkerung war vor allem das Zeitungsdruckpapier von Wichtigkeit. Es war in allen Staaten anerkannt, daß die Zeitungen während des Krieges für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern von außerordentlicher Wichtigkeit waren. Die Regierung richtete deshalb von dem Tag an, da zum erstenmal von einer Papiernot gesprochen werden konnte, das größte Augenmerk auf die Versorgung der Zeitungen mit Papier und stellte die Deckung alles anderen Bedarfes gegenüber dem der Zeitungen zurück.

Zu Ende des Jahres 1916 begannen einzelne Papiersorten vom Markte zu verschwinden. Doch war dies von keinen nachteiligen Folgen begleitet, da man sich eben mit anderen, minderwertigen Papiersorten begnügen konnte. Im Jahre 1917 wurde die Lage für die Papierverbraucher so kritisch, daß nur eine strenge Bewirtschaftung ihnen das zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe notwendige Papier verschaffen konnte. Die Regierung sah sich daher genötigt, den Maßnahmen, welche sie bezüglich der Bewirtschaftung des Rotationspapiers schon zu Beginn des Jahres 1917 getroffen hatte, solche folgen zu lassen, die die gesamte Papiererzeugung betrafen.

Der Export an Erzeugnissen der Papierindustrie nahm eine stetig rücklaufende Bewegung. Er sank in der Zeit von 1913 bis 1917 bei Holzstoff um 94%, bei Zellulose um 99·7%, bei Pappe um 82·5%, bei Papier um 85·8% und bei Papierwaren um 63·8%.



#### 4. Die Preisbewegung.

Der Rückgang des Absatzes zu Beginn des Krieges verursachte zunächst eine Senkung der Preise. Dieser Preisrückgang dauerte aber nicht lange an. Die Steigerung aller Rohstoffpreise, die bald einsetzte, zwang die Fabriken, ihre Preise den Herstellungskosten entsprechend wiederholt zu erhöhen.

Am ungünstigsten war die Lage der Rotationspapierfabriken und der zu langfristigen Lieferungen an Behörden verpflichteten Unternehmungen. Der Rotationspapierpreis war infolge des Bestehens eines Kartells der Rotationspapier erzeugenden Fabriken im großen und ganzen stets einheitlich gewesen. Im März 1917 wurde die staatliche Bewirtschaftung des Rotationspapiers eingeführt. Von diesem Zeitpunkt an wurden die einzelnen Fabriken durch staatliche Erzeugungs- und Lieferungsaufträge zur Lieferung gewisser Mengen Rotationspapier verpflichtet. Die Preisfestsetzung erfolgte durch freie Übereinkommen zwischen der Gesamtheit der Produzenten und jener der Konsumenten anfangs halbjährig. Aus dieser langen Frist erwuchsen den Fabriken, die zur Erzeugung von Rotationspapier verpflichtet waren, oft bedeutende Verluste. Um die Lage der zu Lieferungen an Behörden verpflichteten Unternehmer zu mildern, trat der Verein der österreichisch-ungarischen Papierfabrikanten an die Ministerien, Landesregierungen, Gemeindebehörden und öffentlichen Anstalten, die ihren Papierbedarf auf Grund öffentlicher Ausschreibungen deckten, mit dem Ersuchen heran, auf die Preise für die laufenden Papierlieferungen einen perzentuellen Aufschlag zuzugestehen. Der Wiener Stadtrat beschloß hierauf, eine Aufzahlung von 15% auf die vertragsmäßig festgesetzten Preise zu bewilligen. Ein weiterer Erfolg wurde diesem Schritte nicht zuteil. Demgegenüber waren die nicht vertragsmäßig gebundenen Fabriken in der Lage, aus der Konjunktur Nutzen zu ziehen und hohe Preise zu fordern.

Zu einer allgemein gültigen staatlichen Preisregelung kam es erst, als im August 1917 der Wirtschaftsverband der Papierindustrie ins Leben gerufen wurde. Eine seiner Aufgaben war auch die Festsetzung von Preisen unter Kontrolle des Handelsministeriums. Der Wirtschaftsverband nützte diese Befugnis zum erstenmal im Februar 1918 aus. Die Preisfestsetzung bezog sich vorerst nur auf Holzstoff und Zellulose. Am 1. Juni 1918 folgte eine Preisfestsetzung auch für Papier, die aber nur die wichtigsten Sorten betraf. Gleichzeitig wurden die Preise für Holzstoff und Zellulose erhöht. Diese Preisregelung wurde in eingehenden Beratungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung, die infolge des großen Zwischenverkehrs mit Papier an der Frage interessiert war, sowie den beiderseitigen Papierverbänden weiter ausgebaut. Ferner wurden die Lieferungsbedingungen und Zuschläge genau festgesetzt. Für diese Verhandlungen war die «Österreichisch-ungarische gemeinsame Papierkommission» geschaffen worden. Das Ergebnis der Verhandlungen bildete eine umfassende Regelung der Papierpreise, die aber erst am 21. November 1918, also nach dem Umsturz, die Genehmigung des Handelsministeriums erhielt. Ihr Gültigkeitsbeginn wurde mit 15. November 1918 festgesetzt. Charakteristisch ist die Entwicklung des Rotationspapierpreises.

wie er jeweils im Übereinkommen zwischen dem Papierfabriksverband und den Zeitungen festgesetzt wurde; dieses Papier kostete

1914 . . . . .	22 bis 25 h per Kilogramm
1915 . . . . .	25 » 32 » » »
1916 . . . . .	40 » » » »
1. Halbjahr 1917 . . . . .	65 » » » »
2. » » » . . . . .	80 » » » »
Jänner bis Mai 1918 . . . . .	1'31 K » » »
Juni 1918 . . . . .	1'35 » » » »
Juli bis September 1918 . . . . .	1'58 » » » »
September bis Dezember 1918 . . . . .	1'80 » » » »

### C. Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen und die Organisation der Kriegswirtschaft.

Die Papierindustrie wurde erst verhältnismäßig spät Gegenstand kriegswirtschaftlicher Maßnahmen, da sie anfänglich nicht für den unmittelbaren Kriegsbedarf arbeitete und der Zivilbedarf vorerst genügend gedeckt war. So lag denn auch den ersten Verordnungen, die sich mit der Papierindustrie befaßten, nicht die Absicht zugrunde, den Bedarf an deren Erzeugnissen sicherzustellen, sondern nur die Absicht, sie dem feindlichen Auslande zu entziehen. Erst viel später wurden Verfügungen getroffen, die dem Mangel im Innern begegnen sollten.

#### 1. Aus- und Durchfuhrverbote.

Das erste während des Krieges erlassene Aus- und Durchfuhrverbot, das für die Papierindustrie von Wichtigkeit war, war das vom 2. Oktober 1914. Mit ihm wurde die Ausfuhr überhaupt und die Durchfuhr nach den feindlichen Staaten für folgende, für die Papierindustrie bedeutungsvolle Waren verboten: Schwefel, Schwefelkies, Harz, Maschinenfilze, Metalltücher, Asbest, Graphit, Kaolin, Farben und Farbstoffe, Gerbstoffe, Flachs, Hanf, Maschinen zur Herstellung von Papier, Holzstoff, Hadern. Die Wichtigkeit dieses Verbotes kam der Papierindustrie erst viel später, als an den angeführten Rohstoffen bereits Mangel eingetreten war, zum Bewußtsein. Im Zeitpunkte der Veröffentlichung dieser Verordnung wurden die Vorteile, die sie brachte, nicht gewürdigt. Dagegen wurde es als überaus hart empfunden, daß sich in der Liste der ausfuhrverbotenen Waren auch **D r u c k p a p i e r** befand. Die ohnehin schwach beschäftigten Papierfabriken sahen sich plötzlich der Absatzmöglichkeit nach dem Auslande für diesen gangbaren Artikel beraubt. Dies rief eine Flut heftigster Angriffe gegen die Regierung in allen Fachzeitschriften hervor, die erst ein Ende nahmen, als der Überfluß an Druckpapier infolge der Produktionsschwierigkeiten einer ausgesprochenen Papiernot Platz gemacht hatte. Dem sehr zeitig erlassenen und trotz aller Widerstände aufrechterhaltenen Ausfuhrverbot war es zu verdanken, daß Lager an Druckpapier angelegt wurden, die es ermöglichten, daß die Zeitungen und die sonstigen Papierverarbeiter bis Ende 1916 ohne staatliche Einflußnahme mit Papier versorgt werden konnten.

Dem Ausfuhrverbot auf Druckpapier folgte am 30. November 1914 ein solches auf Lösch- und Seidenpapier und am 4. Jänner 1915 auch für Soda. In der am 9. Februar 1915 verlautbarten neuen Liste der ausfuhrverbotenen Waren waren neben den bereits erwähnten Artikeln auch Papierzeug, gebleicht oder ungebleicht, enthalten, und am 31. Dezember 1915 wurde das Ausfuhrverbot auch auf Rohpappe zur Dachpappenfabrikation und auf Paekpapier ausgedehnt.

Am 10. März 1916 erschien endlich ein Ausfuhrverbot für Papier- und Textilosegarn.

## 2. Die Papierbewirtschaftung und die Organisation der Papierindustrie.

Die Bewirtschaftung des Papiers und der zu seiner Erzeugung notwendigen Stoffe entsprang in ihren Anfängen aus der Notwendigkeit, die Versorgung der Zeitungen mit Papier durch staatliche Maßnahmen sicherzustellen. Der Anstoß dazu ging von Ungarn aus, wo durch Verordnung der kgl. ungarischen Regierung vom 3. März 1916 eine Zeitungspapierzentrale errichtet wurde. Die Zeitungsherausgeber und Zeitungsdruckereien einerseits, die ungarischen Zeitungspapierfabriken andererseits hatten ihre Papierbestände bei dieser Zentralstelle anzumelden. Die Zeitungen hatten überdies alle Angaben zu machen, welche zur Regelung des Umfanges der Blätter und der ihnen zuzuweisenden Papiermengen notwendig schienen. Die vorhandenen Vorräte an Rotationsdruckpapier wurden zugunsten der Zeitungspapierfabriken beschlagnahmt.

In Österreich entschloß man sich erst später zu einem ähnlichen Vorgehen. Man beschränkte sich dabei jedoch nicht allein auf das Rotationsdruckpapier, obwohl die steigende Knappheit an Zeitungspapier auch hier den unmittelbaren Anlaß für das Eingreifen der Regierung bildete, sondern griff weiter aus und trachtete, den Gesamtbedarf an sogenannten «staatsnotwendigen Papieren» sicherzustellen. Man verstand hierunter sowohl Papier, das für den unmittelbaren Bedarf der Staatsverwaltung, also für die Behörden, die Post, die Eisenbahn, die Staatsdruckerei und die Heeresverwaltung notwendig war, als auch die für den allgemeinen Verbrauch durch die Bevölkerung notwendigen Papiermengen, sofern die Sicherung dieses Bedarfes im allgemeinen staatlichen Interesse gelegen schien.

Die Maßnahmen, welche die Bewirtschaftung verschiedener Rohstoffe der Papierindustrie betrafen, vermochten zwar gewisse Voraussetzungen der Produktion zu sichern, bedurften aber einer Ergänzung durch die Regelung der Produktion und des Absatzes selbst, wenn die Versorgung des Verbrauches gesichert und dabei eine Unterscheidung je nach der Dringlichkeit des Bedarfes und dem Grade der Notwendigkeit vorgenommen werden sollte. Um die Möglichkeit einer solchen Regelung zu schaffen, wurde die Verordnung vom 23. Mai 1916 erlassen. Auf Grund dieser Verordnung konnte der Handelsminister im Falle drohenden Mangels einzelne Unternehmungen der Papierindustrie verpflichten, bestimmte Erzeugnisse herzustellen und zu liefern. Die Schadloshaltung hiefür sollte, falls kein gütliches Übereinkommen

zustande kam, durch die Gerichte im außerstreitigen Verfahren bestimmt werden. Eine spätere Verordnung (vom 10. Februar 1917) stellte es in das Ermessen des Handelsministers, nach Anhörung der Parteien die Höhe der Schadloshaltung zu bestimmen.

Dem Handelsminister wurde weiter das Recht vorbehalten, aus Gründen öffentlichen Interesses die Herstellung bestimmter Papiersorten ganz oder teilweise zu untersagen. Bestehende Schlüsse sollten diesen Verfügungen und den durch sie auferlegten Verpflichtungen nicht im Wege stehen. Die Unternehmungen der Papierindustrie wurden ferner verpflichtet, alle vom Handelsministerium geforderten Auskünfte über ihren Betrieb zu erteilen. Um die Durchführung dieser Verfügungen zu sichern, wurde dem Handelsministerium das Recht vorbehalten, in allen Betriebsräumen Besichtigungen vornehmen zu lassen.

Auf Grund dieser Verordnung wurden den Papierfabriken Erzeugungs- und Lieferungsufträge für Rotationsdruckpapier erteilt, um die Versorgung der Zeitungen zu sichern, die sonst teilweise zur Einstellung ihres Betriebes genötigt gewesen wären. Über Verlangen des Zentralvereins der Zeitungsunternehmungen wurde im Dezember 1916 ein Zeitungsbeirat errichtet, dem neun Vertreter der Papierindustrie und neun Vertreter der Zeitungen, ferner Vertreter der beteiligten Ministerien angehörten. Den Vorsitz im Zeitungsbeirat führte der Handelsminister oder der von ihm bestellte Vertreter. Der Zeitungsbeirat sollte der Beratung und Unterstützung des Handelsministeriums bei der Erlassung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Zeitungsbetriebe dienen. Er bildete drei Unterausschüsse, von denen der erste sich mit den Fragen der Erzeugung, des Vertriebes und der Preise von Rotationsdruckpapier zu befassen hatte, während der zweite für die Fragen der Belieferung der Zeitungen mit Rotationsdruckpapier und der Rotationspapierlieferungen nach Ungarn zuständig war und der dritte für die Beschaffung und Verteilung von Roh- und Hilfsstoffen sowie für die Beschaffung von Arbeitskräften und Transportmitteln sorgen sollte.

Auf Grund eines Gutachtens dieses Zeitungsbeirates wurde die Ministerialverordnung vom 12. März 1917 erlassen, die eine Verteilungsstelle für Rotationsdruckpapier schuf. Der Bezug und die Verwendung von Rotationspapier sollte nur mit Bewilligung dieser Verteilungsstelle gestattet sein, auch wenn das Papier in einer den betreffenden Zeitungsunternehmen selbst gehörigen Papierfabrik erzeugt oder aus dem Ausland eingeführt worden sein sollte. Die Verteilungsstelle hatte dafür zu sorgen, daß jede Zeitung ihren Anteil an der jeweils verfügbaren Papiermenge zugewiesen erhielt, welcher der amtlich für sie ermittelten Quote entsprach. Alle Vorräte an Rotationsdruckpapier sollten bis zum 18. März 1917 dem Handelsministerium angezeigt werden, das ihre Abgabe an die von der Verteilungsstelle zu bezeichnenden Stellen anordnen konnte. Die Preisbestimmung sollte in solchen Fällen, wenn kein Übereinkommen zustande kam, durch den Handelsminister erfolgen. Bestehende Lieferungsverpflichtungen wurden suspendiert, die Versendung von Rotationsdruckpapier mit der Eisenbahn oder mit dem Dampfschiff sollte nur auf Grund der Transportbescheinigungen der Verteilungsstelle erfolgen.



Durch eine gleichzeitig mit dieser Verordnung erlassene Kundmachung des Handelsministeriums wurde der Papierverbrauch der Zeitungen gegenüber der ihnen zukommenden Quote eingeschränkt. Zeitungen, deren Mindestquote weniger als 10 Waggon betrug, sollten um 20%, solche mit einer Mindestquote von mehr als 10 Waggon um 30% gekürzt werden. Außerdem wurde der Umfang des Textteiles der Zeitungen auf wöchentlich höchstens 70 Seiten des normalen Formats bei täglich einmaligem Erscheinen und auf wöchentlich höchstens 94 Seiten bei täglich zweimaligem Erscheinen beschränkt. Ähnliche Einschränkungen wurden um dieselbe Zeit auch in Ungarn verfügt.

Seit Anfang des Jahres 1917 war die Regierung zur Subventionierung der Zeitungen übergegangen. Das Steigen der Papierpreise und das gleichzeitige Hinaufschnellen aller übrigen Auslagen hatten die Zeitungsunternehmen in eine schwierige finanzielle Lage gebracht. Namentlich der Bestand der kleineren und mittleren Blätter schien gefährdet. Die Zeitungsunternehmen traten deshalb an die Regierung mit der Bitte um eine staatliche Beihilfe heran. Bei der Bedeutung, welche die Presse gerade in Kriegzeiten für die Staatsverwaltung besaß, konnte sich die Regierung diesem Verlangen nicht entziehen, so bedenklich die Subventionierung von Zeitungen scheinen mußte und so sehr der Vorwurf zu fürchten war, daß es dabei auf die Bevorzugung einzelner Blätter abgesehen sei. Um Angriffen dieser Art den Boden zu entziehen, wurde der Grundsatz aufgestellt, daß bei der Verteilung der Beihilfen ausschließlich vom Gesichtspunkte der Erhaltung wirtschaftlich gefährdeter Unternehmungen vorgegangen und auch der bloße Ansehen vermieden werden müsse, als ob die Subvention eine Entschädigung für die der Regierung geleisteten publizistischen Dienste darstellte. Da einer der Hauptgründe für das Verlangen nach einer Subvention die Steigerung der Papierpreise und die Unmöglichkeit ihrer Überwälzung auf die Käufer der Zeitungen war, schien die Verteilung der Zuschüsse in einem bestimmten Verhältnis zum Papierbezug der einzelnen Zeitungen als der gerechteste und unanfechtbarste Vorgang. Während des Jahres 1917 wurden jeder Zeitung für die ersten 80 Waggon ihres Jahresbezuges von Rotationspapier 2000 K für den Waggon, für die nächsten 80 Waggon je 1000 K als Beihilfe aus staatlichen Mitteln bezahlt. Für das Jahr 1918 wurden diese Subventionen später derart erhöht, daß für die ersten 80 Waggon je 5000 K, für die folgenden 80 Waggon je 2500 K und für weitere 80 Waggon je 1500 K bezahlt wurden. Außerdem wurden die Subventionen nunmehr halbjährlich abgerechnet und flüssig gemacht.

Alle bisherigen Verfügungen des Handelsministeriums liefen auf eine Regelung der Erzeugung und des Absatzes von Papier durch fallweise zu erlassende Verfügungen des Ministeriums hinaus. Dem Ermessen von Beamten, die der Industrie selbst fernstanden, blieb es überlassen, Erzeugungs- und Lieferungsaufträge zu erteilen und im Streitfalle die Preisbestimmung vorzunehmen. Es war dabei unvermeidlich, daß der Einfluß einzelner Personen, die mit mehr oder weniger Nachdruck vorgebrachten Beschwerden, Bitten und Forderungen bestimmter Unternehmungen oder Wirtschaftsgruppen für den Ausfall der Entscheidung maßgebend wurden, ohne daß diese Petenten und Ratgeber dabei irgendeine Verantwortung zu tragen gehabt hätten.

Die Schaffung des Zeitungsbeirates war gegenüber diesem Zustande schon ein Fortschritt. Eine grundlegende Änderung des Systems vollzog sich nach Errichtung des Generalkommissariats für Kriegs- und Übergangswirtschaft, die am 30. März 1917 erfolgt war. Nunmehr wurde auch in der Papierindustrie das in anderen Industriezweigen bereits bewährte System der Selbstverwaltung eingeführt. Mit Ministerialverordnung vom 2. August 1917 wurde zu diesem Zwecke der Wirtschaftsverband der Papierindustrie geschaffen.

Er war eine Zwangsorganisation sämtlicher in Österreich bestehenden Unternehmungen der Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie. Seine wesentlichsten Aufgaben waren die folgenden:

1. die Führung einer genauen Übersicht über die Produktionsverhältnisse und die Betriebseinrichtungen der in Betracht kommenden Unternehmungen;
2. die Beratung der Zentralstellen bei der Vergebung von Aufträgen;
3. die Vorsorge für die Beschaffung der notwendigen Roh- und Hilfsstoffe, Halbfabrikate und Betriebsmittel für die Verbandsangehörigen durch unmittelbare Verteilung oder Antragstellung bei der durch amtliche Stellen bewirkten Verteilung.

Innerhalb des Verbandes war die Bildung von Fachgruppen vorgesehen. Die Geschäfte des Verbandes wurden durch einen Ausschuß besorgt, in dem alle Erzeugungszweige der hiehergehörenden Industrie vertreten waren. Die staatliche Aufsicht und Einflußnahme wurde durch Regierungskommissäre geübt, die vom Handelsminister ernannt wurden.

Obwohl kein Zweig der Papierindustrie und keines ihrer Erzeugnisse ausschließlich oder auch nur vorzugsweise unmittelbaren Zwecken der Kriegsführung diente, erblickte das Kriegsministerium in der Errichtung des Wirtschaftsverbandes einen Eingriff in seine Rechte. Es wies darauf hin, daß die dem Wirtschaftsverband vorgezeichnete Aufgabe der Aufteilung der Roh- und Hilfsstoffe, Halbfabrikate und Betriebsmittel auf die Fabriken sowie die Regelung des Absatzes und der Preise weit über die Rechte anderer Verbände hinausgehe. Von besonderer Tragweite aber erschien es der Heeresverwaltung, daß der Verband im übertragenen Wirkungskreise die für die Papierindustrie bestimmten Mengen an Natron- und Sulfitzellulose auf die einzelnen Fabriken aufteilen sollte und daß in der Verordnung für den Wirtschaftsverband nur ein Kommissär des Handelsministeriums vorgesehen war. Das Kriegsministerium empfand dies als eine Benachteiligung seiner Interessen und forderte auch für sich das Recht zur Ernennung eines Kommissärs. Dieser Anspruch konnte jedoch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht anerkannt werden. Die Auseinandersetzung dauerte bis in das Jahr 1918 hinein und endete damit, daß Vertreter des Kriegsministeriums allen Sitzungen des Wirtschaftsverbandes der Papierindustrie beigezogen wurden, jedoch einen allfälligen Einspruch nur durch den Regierungskommissär des Handelsministeriums geltend machen konnten.

Eine der ersten Aufgaben des neugegründeten Verbandes bildete die Anlegung einer umfassenden Betriebs- und Produktionsstatistik.

Für die Bewirtschaftung des Rotationsdruckpapiers blieben auch nach Errichtung des Wirtschaftsverbandes der Papierindustrie die bereits früher ins Leben gerufenen besonderen Einrichtungen (der Zeitungsbeirat und die Verteilungsstelle für Rotationsdruckpapier) bestehen. Der Wirtschaftsverband wäre wohl in der Lage gewesen, ihre Aufgaben zu übernehmen; dem widersetzte sich jedoch die Presse, da sie glaubte, in diesen Stellen einen größeren Einfluß üben zu können als im Wirtschaftsverbande. Politische Rücksichten bewogen die Regierung, ihren Wünschen nachzugeben, um so mehr als der weitere Rückgang der Papiererzeugung die Presse ohnehin in eine immer schwierigere Lage brachte.

Da das Rotationspapier zu festgesetzten Preisen geliefert werden mußte, während die Preiserstellung für Kommerzpapiere frei geblieben war, zogen es die Papierfabriken vor, diese einen größeren Gewinn bringenden Kommerzpapiere zu erzeugen und suchten sich soviel als möglich und unter den verschiedensten Vorwänden der Erzeugung von Rotationspapier zu entziehen. Auch die Überwachung der Fabriken durch die Gewerbeinspektoren führte nicht zu dem Ziel, die Erfüllung der Erzeugungs- und Lieferungsaufträge für Rotationspapier in allen Fällen sicherzustellen. Da das Spinnpapier im Laufe des Jahres 1917 für die Kriegswirtschaft immer mehr Bedeutung gewonnen hatte, fiel es den Fabriken leicht, die Erfüllung der Lieferungsaufträge für Rotationsdruckpapier mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit hinauszuschieben, daß sie Spinnpapier für dringenden Bedarf erzeugen müßten. Die Folge davon war, daß die Belieferung der Zeitungen mit Rotationsdruckpapier in dem durch die Kundmachung vom 12. März 1917 vorgeschriebenen Umfang schon im August 1917 nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, sondern wesentlich gekürzt werden mußte. Weitere Kürzungen folgten im November und Dezember 1917, und im Jänner 1918 wurde die Kürzung für die Zeitungen der untersten Größenklasse (Papierverbrauch bis zu 10 Waggons) auf 35%, für die der zweiten Größenklasse (Papierverbrauch von 10 bis 20 Waggons) auf 40%, für die der dritten Größenklasse (Papierverbrauch über 20 Waggons) auf 45% erhöht.

Unter dem Druck der Notlage milderte sich auch die ablehnende Haltung der Presse gegen das Bestreben des Generalkommissariats für Kriegs- und Übergangswirtschaft, die Bewirtschaftung des Papiers durch den Wirtschaftsverband der Papierindustrie einheitlich und zusammenfassend zu regeln. Aus dieser Entwicklung der Lage ergab sich mit voller Klarheit, daß die Beschränkung der Bewirtschaftung und Produktionsregelung auf einen einzelnen Artikel, das Rotationsdruckpapier, einen zufriedenstellenden Erfolg nicht herbeizuführen vermöge und daß ein solcher nur erzielt werden könne, wenn die Bewirtschaftung auf alle Erzeugnisse der Papierindustrie ausgedehnt und von einer Stelle aus geleitet werde. Auch die Presse, deren Einfluß die vom Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft beabsichtigte Zusammenfassung der gesamten Papierbewirtschaftung im Wirtschaftsverband der Papierindustrie bisher verhindert hatte, gelangte allmählich zur Einsicht, daß eine solche Zusammenfassung in ihrem eigenen Vorteil gelegen sei und gab ihre ablehnende Haltung wenigstens teilweise auf.

Im Februar 1918 kam ein Einverständnis dahin zustande, daß die Aufbringung des Rotationsdruckpapiers (d. h. die Erteilung der Erzeugungs- und



Lieferungsaufträge und die Überwachung ihrer Durchführung) dem Wirtschaftsverbände der Papierindustrie übertragen wurde, während die Verteilung der aufgebrachten Mengen an die bezugsberechtigten Blätter nach wie vor durch die mit der Ministerialverordnung vom 12. März 1917 errichtete Verteilungsstelle für Rotationspapier erfolgen sollte.

Innerhalb des Wirtschaftsverbandes wurde eine Fachgruppe für Rotationsdruckpapier errichtet, der alle solehes Papier erzeugenden Unternehmungen angehörten. Diese Fachgruppe übernahm auch die Beschaffung des Flachpapiers für politische Zeitungen, die nicht auf Rotationsmaschinen, sondern auf Flachdruckmaschinen hergestellt wurden. Die Einbeziehung dieses Papiers in die Bewirtschaftung entsprach einem langgehegten Wunsche namentlich kleinerer Zeitungen in der Provinz. Die Verteilung des Flachdruckpapiers an die einzelnen bezugsberechtigten Blätter blieb ebenso wie die des Rotationsdruckpapiers der Verteilungsstelle für Rotationsdruckpapier vorbehalten.

Infolge dieser organisatorischen Veränderung wurde auch der Zeitungsbeirat umgebildet. Er wurde aus einem beratenden Organ für die Bewirtschaftung des Rotationspapiers zu einer reinen Interessenvertretung der Zeitungen. Die Vertreter der Papierindustrie schieden aus, die frei werdenden Plätze wurden zu einer verstärkten Vertretung der Zeitungen benützt. Die Unterausschüsse 1 und 3 des Zeitungsbeirates, die sich mit den Fragen der Erzeugung (Unterausschuß 1) und der Beschaffung von Roh- und Hilfsstoffen, Arbeitskräften und Transportmitteln (Unterausschuß 3) für Rotationsdruckpapier zu befassen hatten, wurden aufgelöst, da ihre Aufgaben an den Wirtschaftsverband der Papierindustrie übergegangen waren. An deren Stelle wurden besondere Unterausschüsse für Rotationsdruckpapier und für Flachdruckpapier errichtet. Dementsprechend wurde auch die Verteilungsstelle für Rotationsdruckpapier in eine solche für Zeitungsdruckpapier umbenannt.

Durch diese organisatorischen Änderungen und durch die erfolgte Ausdehnung der Befugnisse des Wirtschaftsverbandes der Papierindustrie war die Grundlage für eine planmäßige und einheitliche Regelung der Papiererzeugung geschaffen.

Um eine solche vorzubereiten, wurde vor allem die bisher zersplitterte Bewirtschaftung der Roh- und Hilfsstoffe einheitlich gestaltet.

Die Ministerialverordnung vom 13. April 1918 verfügte die Beschlagnahme der gesamten Erzeugung von Zellulose, Holzstoff und Holzpappe und übertrug dem Wirtschaftsverbände der Papierindustrie das Verfügungsrecht über die unter die Beschlagnahme fallenden Mengen dieser Halbprodukte, vorbehaltlich etwaiger besonderer Weisungen des Handelsministeriums.

Auch die Zuteilung anderer Roh- und Hilfsstoffe erfolgte nunmehr unter Mitwirkung des Verbandes.

Nachdem auf diese Weise die Aufbringung der Ausgangsprodukte und ihre zweckdienliche Verteilung auf die einzelnen Betriebe vollständig in die Hand des Wirtschaftsverbandes gelegt worden war, konnte man darangehen, ihm auch die Bewirtschaftung des Endprodukts, d. h. des erzeugten Papiers aller Sorten, zu übertragen. Es war beabsichtigt, durch Vermittlung des Verbandes die Erzeuger aller Papiersorten, die für den Heeresbedarf, für andere Zweige der Kriegswirtschaft, für die öffentliche Verwaltung oder den all-



gemeinen Verbrauch unbedingt notwendig waren, zu kontingentieren und die Fabriken nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit und besonderen Einrichtung planmäßig zur Erzeugung dieser Kontingente heranzuziehen. Diese Heranziehung sollte durch Erteilung von Erzeugungs- und Lieferungsaufträgen erfolgen, wie sie in der Verordnung vom 23. Mai 1916 vorgesehen war. Die mit solchen Aufträgen betrauten Fabriken sollte der Verband bei Zuweisung von Roh- und Hilfsstoffen bevorzugen. Die Aufstellung der Kontingente sollte im Einvernehmen mit den Vertretern der verschiedenen Verbrauchergruppen erfolgen. Als Organisationen dieser Verbrauchergruppen standen dem Wirtschaftsverbande der Papierindustrie bei den Verhandlungen über diese Neuordnung der Papierproduktion gegenüber: der Zentralverein der österreichischen Tageszeitungen, der Reichsverein der Buchdrucker, der später mit den Funktionen eines Wirtschaftsverbandes betraut wurde, der Wirtschaftsverband der Stein-, Licht- und Kupferdrucker, der Wirtschaftsverband der Papier- und Pappwarenerzeuger, der Fachausschuß der Papierhändler und endlich die verschiedenen Wirtschaftsverbände der Textilindustrie, diese als Interessenten an der Bewirtschaftung des Spinnpapiers.

Um die Durchführung dieses Wirtschaftsplanes zu ermöglichen, verfügte die Regierung durch Verordnung vom 13. August 1918 die Beschlagnahme der gesamten Erzeugung von Papier und Pappe. Das Verfügungsrecht über die hiedurch erfaßten Warenmengen wurde, ähnlich wie in der Verordnung vom 13. April 1918 über die Bewirtschaftung der Halbstoffe, dem Wirtschaftsverbande der Papierindustrie übertragen, vorbehaltlich besonderer, vom Handelsministerium ausgehender Verfügungen. Um die Durchführung der Beschlagnahme zu sichern, wurde jede Versendung von Papier mit Bahn oder Schiff an eine vom Wirtschaftsverband auszustellende Transportbescheinigung geknüpft.

Nach Erlassung dieser Verordnung war die Papierindustrie und der Verkehr mit ihren Erzeugnissen vollständig unter die Kontrolle des Staates gestellt, der mit der Durchführung dieser Kontrolle den Wirtschaftsverband der Papierindustrie als Selbstverwaltungskörper beauftragte. Damit war die Entwicklung zum Abschlusse gelangt. In allmählichem Fortschreiten, dem Drucke der Not folgend, war man von der Regelung des Verkehrs mit Roh- und Hilfsstoffen und von der Bewirtschaftung einzelner besonders wichtiger Endprodukte zu einer die gesamte Papierindustrie und alle ihre Erzeugnisse umfassenden Regelung gelangt. Durch die Übertragung der Bewirtschaftung an ein Organ der industriellen Selbstverwaltung sollte ihre sachgemäße Durchführung gesichert und der Druck gemildert werden, den jede öffentliche Bewirtschaftung naturgemäß auf die Produktion übt. Ein abschließendes Urteil über den Erfolg ist nicht möglich, da diese Maßnahmen infolge des Zusammenbruches der Monarchie nicht mehr zur Auswirkung kamen.

Die Tätigkeit des Wirtschaftsverbandes der Papierindustrie erstreckte sich auch auf die Regelung des Verkehrs mit U n g a r n. In Ungarn war nach österreichischem Muster gleichfalls eine Zwangsorganisation der Papierindustrie geschaffen worden.

Die Ministerialverordnung vom 14. März 1918 hatte den ungarischen Handelsminister ermächtigt, die Erzeugung, die Aufarbeitung und den Ver-

trieb von Zellulose, Halbstoff (Holz- und Hadernpapierstoffe) und Papier durch Verordnung zu regeln, zu diesem Zweck auch die Zwangsvereinigung der mit der Erzeugung, Aufarbeitung und dem Vertrieb dieser Artikel sich beschäftigenden Unternehmungen anzuordnen sowie die Organisation und den Wirkungskreis der Vereinigung wie auch Rechte und Pflichten der Mitglieder zu bestimmen.

Auf Grund dieser Ermächtigung ordnete der ungarische Handelsminister sofort die Zwangsvereinigung der erwähnten Unternehmungen an. Es wurde ein Zellulose- und Papierfabriksverband mit dem Sitz in Budapest gebildet, der als Mitglieder alle Unternehmungen umfaßte, die Zellulose, Halbstoffe, Papier und Pappe jeder Art erzeugten. Der Zweck des Verbandes war, die Erzeugung dieser Stoffe nach den Weisungen des Handelsministers zu regeln. Die Wege, die zu diesem Ziele führen sollten, waren ungefähr dieselben wie die dem österreichischen Wirtschaftsverband der Papierindustrie vorgezeichneten.

Der österreichische Wirtschaftsverband trat mit dem ungarischen Verband alsbald in Verhandlungen, um die Preisfragen für Rohstoffe und Papier für beide Staaten gleichmäßig zu lösen und für einen entsprechenden Austausch der beiderseitigen Erzeugnisse zu sorgen.

Für die gemeinsamen Angelegenheiten wurde eine gemeinsame österreichisch-ungarische Papierkommission geschaffen, die unter der Ägide der beiden Handelsministerien regelmäßig zusammentrat. Zum erstenmal tagte die gemeinsame Papierkommission am 30. April 1918 in Budapest.

Die zwischen den beiden Verbänden bezüglich der Preise gepflogenen Verhandlungen führten zu einer vollständigen Einigung. Die Preise für Papier, Zellulose, Holzschliff und Pappe wurden von beiden Handelsministerien bestätigt und traten mit 1. Juni 1918 in Kraft.

### 3. Die Bewirtschaftung von Roh- und Hilfsstoffen der Papierindustrie.

#### a) Schwefelkies.

Die Beschlagnahme des Schwefelkieses erfolgte bereits im Herbst 1915 durch die Heeresverwaltung, welche große Mengen dieses Stoffes für die Munitionserzeugung benötigte.

Um den Verkehr mit den Schwefelkiesverbrauchern, die nicht für den Heeresbedarf arbeiteten, leichter zu gestalten, ordnete die Heeresverwaltung den Zusammenschluß dieser Industriellen an. So entstand die Schwefelkiesgesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Wien. Ihre Geschäftsführer waren drei der hervorragendsten Papierindustriellen Österreichs. Ihre Aufgabe bestand darin, die vom Kriegsministerium freigegebenen Mengen an inländischem Schwefelkies zu übernehmen und an ihre Mitglieder dem Bedarf entsprechend zu verteilen. Ferner hatte sie als Einkäuferin von Kiesen im Auslande zu wirken.

#### b) Harz.

Die Maßnahmen betreffend die Harzbewirtschaftung setzten Ende 1915 ein. Es wurden Höchstpreise für Harz und Harzprodukte festgesetzt.

Dann erfolgte eine Sperre der bei den Händlern vorhandenen Harzvorräte und eine Aufnahme der Harzbestände bei den Händlern, Produzenten und in den Betrieben.

Im Juni 1916 wurde für die einheitliche Beschaffung von Rohharz und Harzprodukten durch eine neuerrichtete Einkaufs- und Vertriebsgesellschaft, die «Harzzentrale Ges. m. b. H.» in Wien, vorgesorgt. Die Verteilung an die verarbeitenden Betriebe wurde der vom Handelsministerium bestellten «Harzkommission» übertragen, die aus Vertretern der beteiligten Industrien und Gewerbe, des Handels, der Kriegsverwaltung und der übrigen beteiligten Ministerien zusammengesetzt war. Der Harzkommission war eine Reihe behördlicher Funktionen, so insbesondere die Aufstellung technischer Erzeugungsvorschriften, übertragen. Rohharz und Harzprodukte, mit Ausnahme von Terpentinöl, durften ohne besondere Bewilligung der Harzkommission nur an die Harzzentrale abgegeben und nur durch deren Vermittlung bezogen werden. Die Harzproduktenerzeuger und Händler hatten der Harzkommission am 1. und 16. eines jeden Monats genaue Vorrats- und Geschäftsausweise vorzulegen. Die Waldbesitzer wurden unter gewissen Bedingungen zur Harzgewinnung verpflichtet.

Die Harzbewirtschaftung überdauerte den Krieg um zweieinhalb Jahre. Erst im Sommer 1920 wurde sie durch die wieder einsetzenden Importe an Harz überflüssig gemacht, worauf die Harzkommission aufgelöst wurde, während die Harzzentrale in Liquidation trat.

### c) Altpapier.

Die Regelung des Verkehrs mit Altpapier fand durch die Ministerialverordnung vom 10. Juli 1916 statt. Zur Durchführung der mit dieser Verordnung erlassenen Vorschriften wurde eine «Altpapierkommission» mit dem Sitz in Wien errichtet. Der Vorsitzende und die Mitglieder derselben wurden durch den Handelsminister aus den Kreisen der beteiligten Industrien und Gewerbe sowie des Handels berufen. Der Bezug, bzw. die Veräußerung von Altpapier durften nur mit Bewilligung der Altpapierkommission erfolgen. Alle Altpapier verarbeitenden Unternehmungen hatten der Altpapierkommission ihren monatlichen Bedarf an Altpapier, die in den Jahren 1913 bis 1915 verarbeiteten Mengen, die Art und Menge der Produkte, die aus dem angesprochenen Altpapier hergestellt werden sollten, sowie die Höhe der Vorräte an Altpapier anzugeben. Die Altpapierkommission hatte die ihr zur Verfügung gestellten Mengen unter Berücksichtigung der Wichtigkeit der mit Hilfe des Altpapiers herzustellenden Produkte zu verteilen. Die Lieferung an die verarbeitenden Betriebe erfolgte nach ihrer Anweisung durch die Eigentümer des Altpapiers, die ihre Bezahlung auf Grund der festgesetzten Höchstpreise unmittelbar vom dem Übernehmer erhielten.

### d) Hadern.

Der Verkehr mit Hadern wurde zum erstenmal durch die Ministerialverordnung vom 15. September 1916 geregelt.

Den Vorschriften dieser Verordnung unterlagen Hadern aller Art aus Wolle, Baumwolle, Halbwolle, Leinen, Hanf, Jute usw. (außer Seide) einschließlich der zur Verarbeitung dienenden alten Bekleidungsstücke, ferner Schrenzhadern, alte Seile, Taue, Stricke u. dgl. Für den Verkehr mit Hadern diente als kaufmännisches Organ die unter staatlicher Aufsicht stehende «*Hadernzentrale Ges. m. b. H.*» in Wien, während zur Führung der Verwaltungsgeschäfte die von der Regierung ernannte «*Hadernkommission*», ebenfalls in Wien, bestellt wurde. Aufgabe dieser Kommission war die Verteilung der Hadern auf die Gruppen der Verarbeiter nach den Weisungen der Regierung, die Feststellung der Materialtypen im Handel, der Einzel- und Verkaufspreise der Hadernzentrale u. a. m. Das Sammeln und Sortieren von Hadern sowie der Handel auf dem üblichen Wege vom Sammler zum Klein- händler, ferner von diesem zum Großhändler und der Verkauf an die Hadern- zentrale unterlagen keiner Beschränkung. Großhändler durften nur an die Hadernzentrale verkaufen, Verarbeiter nur von ihr beziehen. Die vor dem Inkrafttreten der Verordnung abgeschlossenen, mit ihr in Widerspruch stehenden und noch nicht erfüllten Kauf- und Lieferungsverträge über Hadern wurden für unwirksam erklärt. Hadernvorräte mußten von zwei zu zwei Monaten angemeldet, zum Verkauf bestimmte Hadern der Hadernzentrale abgeliefert werden.

Die Tätigkeit der Hadernkommission befriedigte weder die Händler noch die Verbraucher. Die Folge der Preisfestsetzungen war das Einsetzen eines illegitimen Handels. Der Umsatz der Großhändler ging rapid zurück. Die Papierfabriken waren zumeist auf jene Hadernmengen angewiesen, die ihnen mit Umgehung der Vorschriften zu exorbitanten Preisen angeboten wurden.

### *e) Zellulose und Holzstoff.*

Durch Verordnung vom 11. August 1916 wurde zunächst die Erzeugung zellulosehaltiger Papiere eingeschränkt.

Der zulässige Zellulosegehalt der holzhältigen Schreib- und Druckpapiere sowie der Packpapiere wurde auf 50%, der der Affiehens- und Dünndruckpapiere sowie der Chrompapiere und Kartons auf 40% der gesamten Papiermasse herabgesetzt. Die Erzeugung holzfreier Papiere wurde auf 75% des Normalquantums eingeschränkt.

Trotz dieser Maßnahmen konnte eine Not an Zellulose für die Erzeugung staatsnotwendiger Papiere nicht hintangehalten werden. Dazu kam auch noch Mangel an Holzstoff. Die Regierung versuchte, die Versorgung der Papierfabriken mit Halbfabrikaten durch Erzeugungs- und Lieferungsaufträge auf Grund der geltenden Verordnungen sicherzustellen. Nach Gründung des Wirtschaftsverbandes der Papierindustrie hatte dieser auch die Aufbringung und Verteilung der Halbstoffe im übertragenen Wirkungskreis durchzuführen. Die Handhabe für die vollständige Erfassung der Vorräte und erzeugten Mengen an Holzstoff und Zellulose bot ihm die Beschlagnahmeverordnung vom 13. April 1918.



*f) Filze und Siebe.*

Im Frühjahr 1916 traten Schwierigkeiten in der Versorgung der Papierfabriken mit Filzen ein, wodurch namentlich die Erzeugung von Rotationsdruckpapier gefährdet schien. Es wurde deshalb auf eine Bewirtschaftung der Filze selbst gegriffen. Die Ministerialverordnung vom 23. Mai 1916, die auch den Grundstock der Papierbewirtschaftung bildete, bestimmte, daß die Veräußerung oder leihweise Überlassung von Filzen aller Art, welche den Zwecken der Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie zu dienen geeignet sind, nur mit Bewilligung des Handelsministeriums gestattet sei. Im Handelsministerium wurde eine eigene Stelle für die Filzbewirtschaftung errichtet, die vom Juli 1916 an die Verteilung der Filztücher vornahm, die mit den geringen freigegebenen Wollmengen hergestellt werden konnten, um so eine weitgehende Ausnützung des vorhandenen Materials zu ermöglichen.

Das Handelsministerium führte gleichzeitig mit der Bewirtschaftung der Filze eine solche der bei der Papiererzeugung nötigen Metallsiebe ein. Sie erfolgte nach ähnlichen Grundsätzen wie die Filzbewirtschaftung.

Eine strenge Verteilung der Siebe erwies sich nicht als notwendig, da mit dem vorhandenen Material das Auslangen gefunden wurde. Aus diesem Grunde wurden auch Importe von Sieben nicht zugelassen.

#### 4. Die kriegswirtschaftliche Organisation der papierverarbeitenden Gewerbe.

Bei der Organisation der papierverarbeitenden Gewerbe handelte es sich vor allem darum, ihnen eine entsprechende Versorgung mit Rohstoffen, das heißt mit den verschiedenen Erzeugnissen der Papierindustrie sowie mit verschiedenen Hilfsstoffen, wie zum Beispiel Druckfarben, Klebstoffen u. dgl., zu sichern und ihnen die Vertretung ihrer Interessen gegenüber den kriegswirtschaftlichen Organisationen zu ermöglichen, die mit der Bewirtschaftung dieser Vorprodukte befaßt waren. Naturgemäß ist daher die Organisation der papierverarbeitenden Industrie jener der Papierindustrie nachgefolgt. Auch hier wurde an dem Grundsatz festgehalten, ein unmittelbares Eingreifen der Staatsverwaltung in Einzelheiten zu vermeiden und Selbstverwaltungskörper der Industrie zu schaffen.

Durch eine Ministerialverordnung vom 17. Juni 1918 wurden für die graphischen Gewerbe drei Wirtschaftsverbände gebildet:

1. der Wirtschaftsverband der Zeitungsdruckereien;
2. der Wirtschaftsverband der Buchdruckereien;
3. der Wirtschaftsverband der Stein-, Licht- und Kupferdruckereien.

Unternehmungen, deren Betrieb sich auf alle diese Erwerbszweige oder auf zwei von ihnen erstreckte, hatten den betreffenden Wirtschaftsverbänden gleichzeitig anzugehören.

Den Verbänden oblag 1. die Führung einer Übersicht über die Produktionsverhältnisse; 2. die Beratung der Zentralstellen bei Vergebung von Aufträgen; 3. die Versorgung der ihnen angehörenden Betriebe mit Roh- und

Hilfsstoffen; 4. die Mitwirkung bei der Regelung von Fragen wirtschafts- politischer, sozialpolitischer und handelspolitischer Natur; 5. die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Altpapierkommission; 6. die Regelung der Preise und des Arbeitsnachweises. Jeder der drei Verbände besaß als Organe die Verbandsversammlung, den Verbandsausschuß und die Verbandsleitung. Ferner bestand ein gemeinsamer Ausschuß der Verbandsleitungen aller drei Wirtschaftsverbände der graphischen Industrie zu dem Zwecke, die Vertretung gemeinsamer Interessen zu ermöglichen.

Eine zweite Ministerialverordnung vom gleichen Tag errichtete einen Wirtschaftsverband der Papier- und Pappwarenerzeuger; diesem Verbands hatten alle Unternehmungen anzugehören, die sich mit der Papierkonfektion, der Kartonnagewarenerzeugung oder der Buchbinderei befaßten. Im übrigen waren die Einrichtungen dieses Verbandes denen der Wirtschaftsverbände für die graphische Industrie nachgebildet.

Um auch dem Papierhandel eine entsprechende Vertretung zu sichern, wurde mit Ministerialverordnung vom 19. Juli 1918 ein Fachausschuß der Papierhändler errichtet. Er bestand aus höchstens 30 Mitgliedern, die vom Handelsminister aus dem Kreise der Papierhändler ernannt wurden. Diese Organisationsform wurde gewählt, weil eine Vereinigung der Papierhändler in einem Wirtschaftsverband schon mit Rücksicht darauf schwer durchführbar schien, daß der Papierhandel sehr häufig, insbesondere auf dem Lande, mit anderen Handelszweigen vereint betrieben wurde. Um eine Wahrung der Interessen des Handels zu ermöglichen, schien es ausreichend, einen Ausschuß von hervorragenden Vertretern dieses Handelszweiges zu bilden. Bei der Ernennung des Ausschusses ging das Handelsministerium nach den Vorschlägen der bestehenden gesetzlichen Vertretungskörper des Handels (Gremium der Kaufmannschaft, Handelsgenossenschaft, Handelskammer) vor. Der Wirkungskreis des Fachausschusses war ein ähnlicher wie der der Wirtschaftsverbände.

Zur Behandlung von Fragen, die sowohl den Wirtschaftsverband der Papierindustrie wie die Wirtschaftsverbände der papierverarbeitenden Gewerbe und den Fachausschuß der Papierhändler betrafen, wurde eine «gemeinsame Papierkommission» (nicht zu verwechseln mit der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Papierkommission) geschaffen, in der alle diese Organisationen vertreten waren. Die Errichtung dieser Kommission bildete die Krönung des Gebäudes der kriegswirtschaftlichen Organisationen, welche die Papiererzeugung und Papierverarbeitung betrafen.

Die gemeinsame Papierkommission hielt am 24. Juli 1918 ihre konstituierende Sitzung. Ihre erste Arbeit war die Aufstellung der Grundsätze für die Behandlung der Anforderungen von Papier und für die Kontingentierung der Papiererzeugung. Nach ihren Beschlüssen sollten alle Anforderungen von Papier bei demjenigen Wirtschaftsverbande der verarbeitenden Gewerbe eingebracht werden, dem der anfordernde Betrieb angehörte. Eine Ausnahme sollte nur jener Bedarf an Staatsnotwendigkeitspapieren bilden, der von den betreffenden Behörden unmittelbar dem Wirtschaftsverband der Papierindustrie bekanntgegeben worden war (Bedarf der Staatsdruckerei, der Post, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltung usw.). Jede solche unmittelbare Anforderung von Staatsnotwendigkeitspapieren sollte jedoch vom Wirtschaftsverbande

der Papierindustrie dem zuständigen Verbands der Papierverbraucher unverzüglich bekanntgegeben werden, um eine Doppelversorgung zu verhüten.

Die gesamte Papierproduktion sollte nach ihrer vollständigen Erfassung durch die Papierkommission in folgende Kontingente geteilt werden:

1. Rotationsdruck- und Flachdruckpapier für politische Zeitungen;
2. Staatsnotwendigkeitspapiere (Bedarf der Staatsdruckerei, der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltung, der Heeresverwaltung usw.);
3. Kontingente für die einzelnen Verbände der papierverarbeitenden Gewerbe;
4. freies Kontingent für Verbraucher, die keinem Verband angehören;
5. Kontingente des Papierhandels.

Auf Grund der in der gemeinsamen Papierkommission festgestellten Kontingente hätte sodann der Wirtschaftsverband der Papierindustrie die Erzeugungs- und Lieferungsaufträge an die einzelnen Papierfabriken zu erteilen gehabt.

Auch die gemeinsame Papierkommission hatte jedoch ihre Tätigkeit erst in einem Zeitpunkte begonnen, der so nahe an das Kriegsende gerückt war, daß ein Erreichen des vorgesetzten Zieles während des Krieges nicht mehr möglich war. Über ihre Tätigkeit kann daher nur soviel gesagt werden, daß sie stets ein ausgezeichnetes Forum war, um Fragen, die alle Interessenten berührten, zu erörtern und einer Lösung zuzuführen.

## D. Zustand der Industrie bei Kriegsende.

Die Zahl der Unternehmungen, die Betriebsgröße und die Zahl der charakteristischen Maschinen und Werksvorrichtungen hat im allgemeinen keine nennenswerte Veränderung erfahren. Eine wesentliche Erweiterung der Papierindustrie hat während des Krieges nicht stattgefunden. Allerdings wurden einige im engeren Kriegsgebiet gelegene Betriebe teilweise oder vollständig zerstört, so zum Beispiel die große Papier- und Zellulosefabrik Podgora A. G.

Die Deckung des Bedarfes an Roh- und Hilfsstoffen hatte sich insofern verschoben, als die Industrie zu Ende des Krieges vollständig auf die Aufbringung im Inland angewiesen war, während zu Beginn des Krieges ein allerdings kleiner, aber wichtiger Teil der Roh- und Hilfsstoffe eingeführt worden war. Der Umfang der Produktion war den Schwierigkeiten in der Beschaffung der Roh- und Hilfsstoffe entsprechend zurückgegangen und betrug 1918 kaum die Hälfte jener von 1914.

Das Verhältnis zwischen Produktion und Absatz hatte sich während des Krieges vollständig verschoben. Während 1914 eine Absatzkrise herrschte, stand im Jahre 1918 einem warenhungrigen Markt eine stark zurückgegangene Produktion gegenüber, so daß in diesem Jahre von einer Produktionskrise gesprochen werden konnte.

Ähnliche Verhältnisse lagen bei der papierverarbeitenden Industrie vor. Auch sie war zu Ende des Krieges in einer günstigeren finanziellen Lage als zu Beginn. Ein Teil war mit Bestellungen für Heereslieferungen stark beschäftigt, aber auch jene Gruppen, die bloß für den Zivilbedarf arbeiteten, erzielten beträchtliche Gewinne.

Somit wären auch bei Fortdauer des Krieges in der Papierindustrie die Aussichten nicht allzu ungünstig gewesen. Auch vom Standpunkte der Verbraucher war kaum etwas zu befürchten. Die Papierversorgung war dank der geschilderten Maßnahmen gut organisiert, so daß es möglich gewesen wäre, auch den Schwierigkeiten in der Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen, mit denen zu rechnen war, durch bessere Ausnützung und rationellere Verteilung mit größerer Aussicht auf Erfolg zu begegnen. Jedenfalls aber hätte die Papier- not im Jahre 1919 in Österreich bei längerer Dauer des Krieges kaum jene Formen angenommen, wie sie der Zusammenbruch und der in seinem Gefolge eingetretene Zerfall der Monarchie mit sich brachte.

### III. LEDER.

#### A. Die österreichische Lederindustrie vor dem Kriege.

Österreich-Ungarn trat in den Krieg mit einer sehr leistungsfähigen Sohlenlederindustrie, wogegen die Erzeugung von Oberleder, insbesondere von Chromleder, weniger entwickelt war. Die Betriebszählung des Jahres 1902 wies im ganzen 2178 Gerbereien aus mit 16.307 darin beschäftigten Personen und 7209 Pferdekräften, ferner 69 Zurichtereien mit 999 darin beschäftigten Personen und 242 Pferdekräften. In demselben Jahre betrug die Zahl der unfallversicherungspflichtigen Gerbereien 545 mit rund 11.500 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von 9,458.100 K. Im Jahre 1911 wurden in der Loh- und Chromgerberei 532 unfallversicherungspflichtige Betriebe (fabriksmäßig oder unter Verwendung motorischer Kräfte arbeitende Betriebe) mit rund 12.000 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von 12 Millionen Kronen gezählt. Dazu kamen 67 Weiß- und Sämischgerbereien mit 800 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von rund 1 Million Kronen sowie 45 Lederzurichtereien und Färbereien mit 1100 Arbeitern und einer Lohnsumme von rund 1,200.000 K.

In der Sohlenlederindustrie hatte das Aufkommen der Faß- und Extraktgerbung die Entwicklung zum Großbetrieb außerordentlich gefördert. In den letzten Jahren vor dem Kriege war eine starke Überproduktion eingetreten. Die krisenhaften Verhältnisse, die sich auf dem Ledermarkt entwickelten, führten im Jahre 1912 zum Abschluß eines Kartells, das in Österreich 103, in Ungarn 32 größere Betriebe umfaßte. Die durch das Kartell kontingentierte Erzeugung für das Inland betrug in Österreich 16 Millionen Kilogramm Sohlenleder und 1,3 Millionen Kilogramm Treibriemenleder, in Ungarn 6 Millionen Kilogramm Sohlenleder und 0,36 Millionen Kilogramm Treibriemenleder. Außerhalb des Kartells waren in Österreich 20 Vaehesohlenlederfabriken mit einer Erzeugung von 3 Millionen Kilogramm und die böhmischen Fichtenlohterzenfabriken mit einer Erzeugung von 4 Millionen Kilogramm geblieben, ebenso die kleinen handwerksmäßig betriebenen Gerbereien. Auf Grund dieser Zahlen und unter Berücksichtigung der Mehrausfuhr österreichischer Fabriken nach Ungarn ergab sich für Österreich ein jährlicher Verbrauch von etwa 17 Millionen Kilogramm Sohlenleder, was einem Paar Schuhe jährlich für den Kopf der Bevölkerung entsprach.



Außerdem wurden noch jährlich 180.000 bis 190.000 Stück Blankleder für den Bedarf der Riemer und Sattler erzeugt, wovon 130.000 Stück auf den Inlandsbedarf, 50.000 Stück auf den Export entfielen.

Die Erzeugung lohgarer Oberleders (Rindsleder, Kalbleder) war in ständigem Rückgang begriffen, da der Verbrauch Schuhwerk mit chromgarer Oberleder bevorzugte, dessen Erzeugung jedoch in Österreich noch nicht in genügendem Umfang aufgenommen worden war. Im Jahre 1911 wurden in Österreich 5 Millionen Kilogramm lohgarer und 74.000 Dutzend chromgarer Oberleder erzeugt. Auch mit der Erzeugung von Chromchevreauleder war begonnen worden. In Ungarn war die Oberledergerberei, namentlich die Erzeugung von chromgarer Leder, verhältnismäßig besser entwickelt als in Österreich.

Die Lederfärbereien und Zurichtereien betrieben namentlich die Ausgerbung und Zurichtung der aus dem Orient und Indien bezogenen halbgaren (sumachgaren) Schaf- und Ziegenfelle zu leichtem Oberleder oder zu Taschner- und Galanterieleder sowie die Zurichtung der aus England und Holland eingeführten Schafspaltleder zu Futter- und Hutleder.

Die Weiß- und Sämischerbereien erzeugten jährlich etwa 45 Millionen Stück weißgare (Glacéleder) und 500.000 Stück sämischgare Felle, vorwiegend Lamm- und Kitzfelle zur Handschuhherzeugung.

Aus Schweinsleder für den Bedarf der Sattler, Taschner und Buchbinder wurden jährlich 60.000 Stück in drei südösterreichischen Fabriken erzeugt.

Der Bedarf der österreichischen Lederindustrie an Rohhäuten wurde überwiegend aus der inländischen Produktion gedeckt. Einen Anhaltspunkt für deren Umfang gibt die Zahl der Schlachtungen, bei denen eine tierärztliche Beschau stattfand. Sie betrug im Jahre 1910 für Rinder (Stiere, Ochsen, Kühe) 1.590.536, für Kälber 1.628.026, für Schafe, Ziegen, Lämmer und Kitzen 934.913, für Pferde 75.913.

Zieht man auch die Schlachtungen mit in Betracht, die sich der Beschau entzogen, so wird man die Zahl der Schlachtungen im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre für Rinder mit etwa 17 bis 2 Millionen und mit ebensoviel für Kälber, mit mindestens 1 Million für Schafe, Ziegen und Kitzen annehmen können.

Der Außenhandel war in Rindshäuten passiv, eine natürliche Folge der stärkeren einseitigen Entwicklung der Sohlenledergerberei. Einer Einfuhr von 361.739 q stand im Jahre 1913 eine Ausfuhr von nur 159.511 q gegenüber. Die Einfuhr bestand zum überwiegenden Teil aus ostindischen Kipsen und anderen trockenen Häuten (sogenannten Büffelhäuten) überseeischer Herkunft, die Ausfuhr hauptsächlich aus nassen Rinderhäuten, die nach Deutschland gingen.

Im Gegensatz dazu bewirkte das Zurückbleiben der Oberlederherzeugung, daß sich für Roßhäute und Kalbfelle starke Ausfuhrüberschüsse zeigten. Im Jahre 1913 betrug die Ausfuhr bei Roßhäuten 22.863, die Einfuhr nur 2216 q; bei Kalbfellen stand einer Ausfuhr von 114.218 q eine Einfuhr von beiläufig 12.030 q gegenüber.

An Gerbstoffen wurden seit Einbürgerung der Faßgerbung größere Mengen von Quebrachholz und Quebrachoextrakt aus Argentinien, meist über England, und von Kastanienholzextrakt aus Italien und Frankreich eingeführt. Dafür wurde Eichen- und Nadelholzrinde, ferner Eichenholzextrakt und Sumacheextrakt hauptsächlich nach Deutschland ausgeführt. Im Jahre 1913 wurden eingeführt: 195.000 q Quebrachholz, 190.000 q Knopperrn, Myrabolanen, Valoneen und ähnliche Gerbstoffe (bei einer Ausfuhr von 13.000 q), 62.000 q Quebrachholzextrakt (bei einer Ausfuhr von rund 2000 q), 13.000 q Kastanienholzextrakt (bei einer Ausfuhr von 3100 q); dagegen wurden ausgeführt: 374.000 q Eichen- und Nadelholzrinde (gegen eine Einfuhr von 2200 q) und 79.000 q Eichenholzextrakt.

Während in der Ledergerberei die Entwicklung zu großindustriellen Betriebsformen bereits weit vorgeschritten war, überwog in den meisten Zweigen der lederverarbeitenden Gewerbe im allgemeinen noch der Klein- und Mittelbetrieb, größtenteils unter Verwendung zahlreicher Heimarbeiter. Nach der Betriebszählung von 1902 waren vorhanden:

im Gewerbe der Sattler, Riemer und Tasehner 6783 Betriebe mit 8236 Werkstättenarbeitern und 848 Heimarbeitern;

in der Erzeugung von Treibriemen 30 Betriebe mit 161 Arbeitern;

in der Erzeugung von Ledergalanteriewaren 313 Betriebe mit 1819 Werkstättenarbeitern und 348 Heimarbeitern;

in der Schuhmacherei 73.864 Betriebe mit 74.167 Werkstättenarbeitern und 46.033 Heimarbeitern;

in der Handschuhmacherei 975 Betriebe mit 4532 Werkstättenarbeitern und 8959 Heimarbeitern.

Die Zahl der Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern betrug bei den Sattlern, Riemern und Tasehnern 18, bei den Treibriemenherzeugern 1, bei den Ledergalanteriewarenherzeugern 23, bei den Schuhmachern 157, bei den Handschuhmachern 46. Mehr als 100 Personen beschäftigten 4 Sattler und Tasehner, 1 Ledergalanteriewarenherzeuger, 18 Schuhfabriken und 3 Handschuhfabriken.

In raschem Fortschritt war der Übergang zur fabrikmäßigen Erzeugung in der Schuhmacherei. Die Zahl der unfallversicherungspflichtigen Betriebe war hier von 54 mit 3300 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von 2,6 Millionen Kronen im Jahre 1902 auf 202 mit 8557 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von nahezu 8 Millionen Kronen im Jahre 1911 gestiegen.

Unmittelbar vor dem Kriege wurde die Leistungsfähigkeit der damals bestehenden 110 Maschinenschuhfabriken auf zusammen 30.000 Paar Schuhe täglich oder 9 Millionen Paar im Jahre veranschlagt, was ungefähr einem Fünftel des jährlichen Verbrauches entsprach.

## B. Die Ledererzeugung im Kriege.

### 1. Die Organisation des militärischen Lieferungswesens und die ersten kriegswirtschaftlichen Maßnahmen.

Schon im Frieden war für die Lieferung von Militärausrüstungsgegenständen aus Leder (Schuhe, Tornister, Riemenzeug, Pferdegeschirre usw.) durch

den Abschluß von Verträgen mit je einem österreichischen und ungarischen Lieferungskonsortium Vorsorge getroffen worden.

Die in diesen Verträgen für die einzelnen Ausrüstungsgegenstände festgesetzten Einheitspreise zerfielen in einen fixen und einen variablen Faktor. Der fixe Faktor bestand aus den Konfektionskosten (Schnittlohn, Arbeitslohn, Konfektionsregie, Kosten des Zubehörs, Gewinn aus der Konfektion), der variable Faktor aus dem Werte der zur Anfertigung der einzelnen Gegenstände erforderlichen Menge von Leder. Letzterer erfuhr eine Erhöhung oder Verminderung, wenn die durchschnittlichen Marktpreise der zur Anfertigung der einzelnen Artikel verwendeten Ledergattungen sich änderten. Die Marktpreise wurden vierteljährlich von den Handels- und Gewerbekammern in Wien, Brünn und Budapest erhoben. Der jeweilige Stand der Marktpreise für Leder und indirekt auch für die rohen Häute und Felle, von deren Preisgestaltung die des Leders abhing, war daher maßgebend für die Höhe der Kosten, welche die Kriegsverwaltung für die Deckung ihres Bedarfes aufzuwenden hatte.

Durch diese Lieferungsverträge schien für die Deckung des Heeresbedarfes auch im Kriegsfall ausreichend Vorsorge getroffen zu sein, so daß man sich während der ersten Kriegsmonate jeder Notwendigkeit überhoben glaubte, außerordentliche Maßnahmen organisatorischer Natur zu ergreifen. Auch die Preise für Häute und Felle schlugen zunächst eine sinkende Richtung ein, da die Lähmung der Wirtschaft durch den Ausbruch des Krieges einen plötzlichen Rückgang der Nachfrage verursachte und infolge der Geschäftsstoeckung, die während der letzten Vorkriegsjahre geherrscht hatte, noch umfangreiche Lager fertigen Leders vorhanden waren. Der Preisrückgang der Rohhäute in den ersten Kriegswochen betrug nahezu 50%; doch schon im Herbst 1914 begannen die Preise wieder zu steigen. Leichte Rindshäute, die sich im Frieden auf 1'70 bis 1'80 K für das Kilogramm gestellt hatten, erreichten im Dezember 1914 bereits einen Preis von 2'20 K. Zum Teil war diese Preissteigerung, die sich in der ersten Hälfte des Jahres 1915 fortsetzte, dadurch herbeigeführt worden, daß dem Deutschen Reiche für Gegenzugeständnisse auf anderen Gebieten die Ausfuhr eines Kontingents von 250.000 Stück Rindshäuten bewilligt worden war.

Dementsprechend nahmen auch die Lederpreise eine steigende Richtung. Mit Rücksicht auf den Inhalt der Lieferungsverträge hatte die Heeresverwaltung ein starkes Interesse daran, ihre weitere Erhöhung zu verhindern. Infolgedessen trat bei den ersten kriegswirtschaftlichen Maßnahmen die Preispolitik stark in den Vordergrund. Im Dezember 1914 wurde eine Enquete über die Lage des Häute- und Ledermarktes einberufen, der Vertreter der Handels- und Gewerbekammern, der Gerbereien, der lederverarbeitenden Industrie und des Häutehandels zugezogen wurden. Diese Enquete sprach sich dafür aus, die im freien Verkehr erreichten Preise in Form einer Preissatzung festzulegen. Man glaubte, daß der bereits erreichte Preisstand genüge, um das Interesse der Erzeuger an der Steigerung der Produktion wach zu erhalten, und daß es infolgedessen möglich sei, weitere Preissteigerungen, die man als ungerechtfertigte Ausnützung der Kriegskonjunktur ansah, durch Erlassung von Höchstpreisen abzuschneiden, ohne daß hievon schädliche Rückwirkungen befürchtet werden müßten.

Um ein gleichmäßiges Vorgehen in beiden Staaten der Monarchie zu erzielen, wurden Verhandlungen mit der ungarischen Regierung über die Festsetzung von Höchstpreisen eingeleitet. Ehe sie noch zum Abschlusse gelangten, erfolgte in Österreich das Verbot der freiwilligen Versteigerungen von Häuten und Fellen, denen man preissteigernde Wirkung zuschrieb (Verordnung vom 20. Jänner 1915). Wenige Wochen später wurde die erste organisatorische Maßnahme zur Deckung des Kriegsbedarfes an Häuten und Leder getroffen. Im Februar 1915 gründeten die an den Lieferungsverträgen mit der Kriegsverwaltung beteiligten Lederfabriken die Häute- und Lederzentrale, die zunächst nur ihrer Versorgung mit Rohstoffen und deren gemeinsamem Einkaufe dienen sollte und ein rein privates Unternehmen einer engbegrenzten Zahl von Firmen (der Konsortialfirmen) darstellte. Sie erfuhr jedoch bald eine wesentliche Erweiterung ihres Wirkungskreises.

Die Häute- und Lederpreise hatten sich inzwischen trotz des Verbotes von Versteigerungen und der Organisierung des gemeinsamen Häuteeinkaufes weiter erhöht und im Mai 1915 einen Stand von 2'80 K für das Kilogramm erreicht. Als es nun endlich zu einer Verständigung mit Ungarn gekommen war, wurden durch eine Verordnung des Handelsministers vom 26. Mai 1915 entsprechend den Beschlüssen der Enquete Höchstpreise für Häute und Leder eingeführt, die ungefähr den im freien Handel im Mai 1915 erzielten Preisen entsprachen. Durch Verordnung vom 12. Juli 1915 wurde diese Preissatzung in einzelnen Punkten geändert, durch die Verordnung vom 22. Dezember 1915 auf Kalbfelle, Kalbleder und Spaltleder ausgedehnt. Ungefähr gleichzeitig mit dieser Preisfestsetzung wurde auch die künstliche Beschwerung von Leder durch mehrere Verordnungen verboten, sowohl um eine Umgehung der Höchstpreise durch die künstliche Gewichtserhöhung zu verhüten, als auch um Qualitätsverschlechterungen, die mit der Beschwerung fast unvermeidlich verbunden sind, hintanzuhalten.

Die niedrige Bemessung der Höchstpreise bildete während der ganzen Dauer des Krieges den Gegenstand lebhafter Beschwerden der Viehzüchter und Fleischhauer und wurde zum Teil für die starke Erhöhung der Fleischpreise verantwortlich gemacht. Sie hat sicher dazu beigetragen, das Aufkommen von Häuten zu vermindern und den Schleiehhandel zu fördern.

## 2. Die Regelung der Häuteversorgung.

Schon kurze Zeit nach Erlassung der Preissatzung zeigte es sich, daß die Beschaffung von Rohhäuten bei Einhaltung der Höchstpreise Schwierigkeiten bereite, und man sah sich gezwungen, zur zwangsweisen Aufbringung zu greifen.

Vorbereitungen dafür waren bereits durch eine Verordnung des Handelsministers vom 4. März 1915 getroffen worden, welche die Verpflichtung zur Anzeige aller vorhandenen Vorräte an Häuten und Fellen, an Leder jeder Art, an Gerbstoffen und Degras (Ledersehmie) festsetzte und eine regelmäßige Erneuerung der Anzeigen in Zeiträumen von 14 Tagen vorschrieb. Auf Grund dieser Anzeigen ging die Militärverwaltung zunächst mit der Beschlagnahme einzelner größerer Häutelager zugunsten der für militärische Rechnung arbeitenden Gerbereien (d. i. der Konsortialfabriken) vor. Da diese Beschlagnahmen



von den zufällig davon betroffenen einzelnen Häuteproduzenten (Fleischhauern und Fleischhauervereinigungen) und Häutehändlern als ungerechte Benachteiligung gegenüber anderen, ferner von den an den Militärlieferungen nicht beteiligten kleineren Gerbereien als eine Störung ihrer Häuteversorgung empfunden wurden und infolgedessen zahlreiche Beschwerden hervorriefen, ergab sich bald die Notwendigkeit, die ohne festen Plan erfolgenden Einzelbeschagnahmen durch eine umfassende Maßregel zu ersetzen. Durch Verordnung vom 12. Juli 1915 wurde bestimmt, daß alle Vorräte an Rinds- und Roßhäuten (mit Ausnahme derjenigen, die von den Lederfabriken und Gerbereien zum Zwecke der Verarbeitung im eigenen Betrieb gehalten wurden) allwöchentlich der Häute- und Lederzentrale A. G. in Wien zum Kauf angeboten werden mußten und erst dann wieder freier Verfügung unterlagen, wenn dieses Anbot von der Zentrale nicht binnen einer Frist von 21 Tagen angenommen wurde. Über besonderes Ansuchen konnten Ausnahmen für Fleischhauer, Häuteeinkäufer und Rohhauthändler bewilligt werden, die ständige Lieferanten bestimmter Gerbereien waren. Auf der anderen Seite hatten die Gerbereien der Häute- und Lederzentrale allmonatlich ihren Häutebedarf anzumelden und gleichzeitig anzugeben, welche Lieferungen für militärischen Bedarf sie auszuführen hatten. Auf diese Weise hatte die Zentrale eine ständige Übersicht über die jeweils vorhandenen Vorräte an Rohhäuten und Fellen wie auch über den Bedarf der Gerbereien und über die Höhe der jeweils in Durchführung begriffenen Lieferungen für militärische Zwecke.

Eine ähnliche Organisation wurde unter dem Namen «Lederindustriезentrale» in Ungarn errichtet. Innerhalb des unmittelbaren Kriegsgebietes erfolgte die Aufbringung der Häute, die namentlich bei den Schlachtungen für die Verpflegung der Truppen anfielen, durch die «Etappenhäutezentrale», eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die 1916 in die «Militärhäuteanstalt» umgewandelt wurde.

Die von den zentralen Organisationen der beiden Staatsgebiete aufgebrauchten Häute (Zivilhäute) und die von der Etappenhäutezentrale eingelieferten Mengen (Etappenhäute) bildeten zusammen eine Masse, die anfänglich im Verhältnis von 70 : 25, später nach dem allgemeinen Schlüssel für die Beiträge beider Staaten der Monarchie zu den gemeinsamen Ausgaben, also im Verhältnis von 63'6 : 36'4, zwischen Österreich und Ungarn aufgeteilt wurde. Da die Ledererzeugung Ungarns im Frieden nur 20% der gesamten Ledererzeugung der Monarchie ausmaachte, bedeutete dieser Aufteilungsschlüssel eine empfindliche Benachteiligung der österreichischen Industrie. Die ungarischen Gerbereien waren infolgedessen dauernd viel besser beschäftigt als die österreichischen und hatten ihre Anlagen vergrößern können, während die österreichischen Fabriken ihre Betriebe einschränken mußten.

Zur Verteilung der auf jedes der beiden Staatsgebiete entfallenden Häutemengen auf die einzelnen Gerbereien wurden gemischte Kommissionen errichtet, die aus Regierungsorganen und Sachverständigen bestanden. Sie teilten die Betriebe nach ihrer Rücksichtswürdigkeit in vier Klassen, von denen die erste die ständigen Heereslieferanten (Konsortialfabriken), die zweite die sonstigen Kriegslieferanten, die dritte die nicht an die Heeresverwaltung liefernden Erzeuger militärbrauchbaren Leders und die vierte die Erzeuger nicht-

militärbrauchbaren Leders umfaßte. Ebenso stellten sie innerhalb der vier Klassen die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe fest und entschieden auf dieser Grundlage über die Verteilung.

Größeren Umfang nahm der Rückgang der Häuteaufbringung im Herbst 1916 an. Er betrug gegenüber dem Frühjahr 1916 nicht weniger als 40%. Man sah sich infolgedessen genötigt, für den militärischen Bedarf auch Kalbfelle heranzuziehen, die man bisher unbewirtschaftet gelassen und zur Deckung des Zivilbedarfs freigegeben hatte. Durch Verordnung vom 16. Oktober 1916 wurde der Anbotzwang auch auf Kalbfelle ausgedehnt. Der große Bedarf der Militärverwaltung an Leder für Sattelzeug, Kälteschutzmittel und Gasmasken führte im Jahre 1917 zu ähnlichen Maßnahmen für Schweinhäute, Schaf-, Lamm-, Ziegen-, Kitz- und Kaninchenfelle. Für den Zivilbedarf blieben nur von Schweinhäuten und Kitzfellen nennenswerte Mengen zur Verfügung. Die übrigen Fellsorten nahm die Militärverwaltung so gut wie ganz für ihre Zwecke in Anspruch.

Insgesamt wurden an Rinds-, Roß- und Schweinhäuten und Kalbfellen aufgebracht:

	1916	1917
bei der österreichischen Zentrale . . . . .	764.000	1,485.000
bei der ungarischen Zentrale . . . . .	490.000	739.000
Etappenhäute . . . . .	1,250.000	1,625.000
zusammen . . . . .	2,504.000	3,849.000

Bei dieser Zusammenstellung sind alle Gattungen von Häuten und Fellen auf Rindshäute umgerechnet, wobei zwei Roßhäute oder viereinhalb Kalbfelle = eine Rindshaut gesetzt wurden. Im Jahre 1918 hatte die Aufbringung ein um 20% günstigeres Ergebnis als im vorangegangenen Jahre.

Diese Steigerung des Häutegefälles in den letzten Kriegsjahren hängt größtenteils mit der Zunahme der Schlachtungen infolge des immer empfindlicher werdenden Futtermangels zusammen.

Neben der inneren Aufbringung hatte die Einfuhr von Häuten nur geringe Bedeutung. Sie stammte teils aus dem neutralen Ausland, teils aus den militärisch besetzten Gebieten, insbesondere aus der Ukraine. Von der österreichischen Zentrale wurden bis Ende 1917 insgesamt nur 80.000 Häute eingeführt. Durch den Abschluß eines Einkaufsübereinkommens mit den entsprechenden deutschen Organisationen gelang es auch beim Bezuge von Häuten, ähnlich wie bei dem von Fett, die Preise günstig zu beeinflussen. So wurden zum Beispiel die Einkaufspreise in der Schweiz von 12 Fres. für das Kilogramm auf die Hälfte heruntergedrückt.

Die Ergebnisse der Aufbringung gestatteten es, die österreichischen Gerbereien im Jahre 1916 durchschnittlich mit 33%, im Jahre 1917 mit 50% ihrer Leistungsfähigkeit zu beschäftigen, welche im ganzen die Verarbeitung von 100.000 Rindshäuten wöchentlich gestattet hätte. Bei der Verteilung der Häute mußten die Oberledergerbereien, die nur in geringer Zahl vorhanden waren, reichlicher bedacht werden als die Sohlenledergerbereien, um trotz ihrer geringen Zahl und Leistungsfähigkeit die benötigten Mengen von Oberleder zu

besehaffen. Dies gab zu manchen Beschwerden Anlaß, ebenso wie die bevorzugte Belieferung derjenigen Firmen, die der Lederindustriengesellschaft für Heeresausrüstung angehörten und infolgedessen ständige Lieferanten der Militärverwaltung waren. Zeitweise überstieg die Menge der ihnen zugewiesenen Häute ihre Leistungsfähigkeit, so daß sie bedeutende Mengen in anderen Betrieben im Lohn gerben lassen mußten. Um diesen Beschwerden Rechnung zu tragen, wurde es untersagt, übernommene Lieferungen im Lohn weiter zu vergeben; gleichzeitig wurden die Aufträge an die Konsortialfirmen erheblich verringert und dementsprechend auch die Häutezuweisungen an sie herabgesetzt.

Die Aufteilung der Kalbfelle auf Lohgerbereien für den Militärbedarf und Chromgerbereien für den Zivilbedarf wurde mit der Militärverwaltung fallweise vereinbart und erfolgte in der Regel hälftig. Zeitweise traten durch die Beanspruchung von Kalbfellen zur Herstellung von Gasmasken empfindliche Störungen in der Erzeugung von Chromoberleder für den Zivilbedarf ein.

Die starke Verminderung der Einfuhr und der außerordentliche Umfang des Verbrauches für militärische Zwecke verursachte zunehmende Schwierigkeiten in der Versorgung des Hinterlandes und der Zivilbevölkerung. Besonders stark war die Knappheit an Häuten im zweiten Halbjahr 1916. In den Jahren 1917 und 1918 verbesserte sich zwar das Häutegefälle der Stückzahl nach, dafür verringerte sich jedoch das Durchschnittsgewicht der Häute. Im letzten Kriegsjahr wurde der Mangel an Kohle und Gerbstoffen empfindlicher als der an Häuten, und im Sommer 1918 waren die Gerbereien mit Häuten, die sie wegen des Fehlens von Gerbstoffen und Kohle nicht verarbeiten konnten, derart überfüllt, daß ihnen ungefähr ein Zehntel des Häuteanfalles nicht mehr zugesehoben werden konnte.

### 3. Die Versorgung der Lederindustrie mit Gerbstoffen und anderen Hilfsstoffen.

Durch den Ausbruch des Krieges wurde der Bezug überseeischer Gerbhölzer und Gerbstoffextrakte, der bei der zunehmenden Verbreitung der Faß- und kombinierten Gerbung großen Umfang angenommen hatte, erst erschwert und später vollkommen abgeschnitten. Im Laufe des Jahres 1915 konnten immerhin noch erhebliche Mengen Quebrachoextrakt eingeführt werden, größtenteils über italienische Häfen. Ebenso kamen auf diesem Weg auch andere Gerbstoffe, insbesondere Valonea, nach Österreich. Nach dem Eintritt Italiens in den Krieg und infolge zunehmender Verschärfung der von der Entente ergriffenen Absperrungsmaßnahmen wurde jedoch die Möglichkeit des Gerbstoffbezuges aus dem Ausland immer mehr eingeschränkt. Schon im Herbst 1915 mußte daher die Aufbringung der Gerbrinden (Eichen- und Fichtensrinde) und der hauptsächlich in Ungarn geernteten Knopperrinden durch Einführung einer allgemeinen Anbotspflicht und durch Festsetzung von Höchstpreisen organisiert werden. Für Gerbrinden wurde vom Jahre 1916 an der freie Verkauf durch die Schälungsberechtigten wieder gestattet, sofern er an Gerbereien oder befugte Händler erfolgte; die Händler jedoch hatten ihre



Vorräte an die Häute- und Lederzentrale abzugeben. Die Abgabe von Gerbstoffextrakt seitens der im Inlande bestehenden Fabriken erfolgte über Verfügung der Häute- und Lederzentrale auf Grund der Weisungen des amtlichen Verteilungsausschusses, später des Verteilungsausschusses bei dem Wirtschaftsverbande der Ledererzeuger.

Das Rindenaufkommen war bis zum Jahre 1918 ein ausreichendes. Im Jahre 1916 ergab sich sogar eine erhebliche Überproduktion, da für die Rinde übermäßig hohe Preise festgesetzt worden waren. Schlägerungen wurden häufig nur zur Gewinnung der Rinde vorgenommen, da der Wert des Holzes durch den Rindenpreis allein bezahlt war. Da bei der Festsetzung der Höchstpreise auf die Qualitätsverschiedenheiten ungenügend Rücksicht genommen war, blieben schlechtere Rinden unverkauft. Um diese Überschüsse aufzunehmen, rief die Häute- und Lederzentrale eine besondere Einkaufsvereinigung für Gerberrinden ins Leben, welche die minderen Qualitäten unter den Höchstpreisen aufkaufte, so daß die Rindenerzeuger wenigstens schadlos gehalten wurden. Diese Maßregel war notwendig, um für das nächste Jahr nicht geradezu von der Rindengewinnung abzuschrecken.

Im Jahre 1917 wurden in Österreich 700.000 q Fichtenrinde gewonnen, was zusammen mit der Einfuhr von 80.000 q Eichenrinde aus Ungarn für die Deckung des Bedarfes der Gerbereien ausreichte. Dagegen ging im Jahre 1918 die Rindengewinnung trotz Aufbesserung der Höchstpreise so stark zurück, daß der Bedarf der Lederindustrie nicht mehr entfernt gedeckt werden konnte. Die Ursache lag darin, daß die Enthebung von Waldarbeitern nicht mehr in ausreichendem Maß erfolgen konnte und daß die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Arbeitskräfte infolge der schlechten Ernährungsverhältnisse sank. Dazu kam der Mangel an Gespannen für die Abfuhr der Lohe. Um den Ausfall zu decken, wurde Ungarn um die Überlassung von 300.000 q Eichenrinde ersucht, doch wurden nur 180.000 q geliefert. Auch an Knoppem, die hauptsächlich in Ungarn gewonnen wurden, erhielt Österreich weniger, als dem für die Aufteilung der Häute angenommenen Schlüssel entsprochen hätte.

Nach Öffnung der Verkehrswege nach dem Orient konnte von dort wieder Valonea bezogen werden. Den Einkauf in Kleinasien besorgten auf Grund eines mit Deutschland getroffenen Übereinkommens Organe der deutschen Rohstofforganisation. Im Jahre 1916 wurden 21.000, im Jahre 1917 9300 q Valonea eingeführt. Da die deutsche Einkaufsorganisation immer ungünstiger arbeitete, überließ Deutschland im Jahre 1918 den Einkauf österreichischen und ungarischen Fachleuten, was zu günstigen Ergebnissen führte.

Für die Extrakterzeugung hatten vor dem Krieg in Österreich vier Fabriken bestanden. Sie befanden sich in einer ungünstigen Lage, da die Verarbeitung des ungarischen Eichenholzes, das nach dem Aufhören der Einfuhr von Quebrachholz fast das ausschließliche Rohmaterial bildete, wegen der hohen Frachtspesen undurchführbar war. Zwar hatte die Häute- und Lederzentrale die Errichtung von Kastanienholzextraktfabriken veranlaßt; da jedoch eine Forstschutzverordnung der kroatischen Regierung die Schlägerung von Kastanienbäumen fast vollständig unterband, führte auch dies nicht zum Ziel, und Österreich blieb in weitem Umfang auf den Bezug ungarischer Gerbstoffe



extrakte angewiesen. Diese Bezüge, zusammen mit der inländischen Produktion, sicherten den österreichischen Lederfabriken im Sommer 1918 die Versorgung mit rund 20.000 q Extrakt im Monat. Der Mangel an Lohrinden und Extrakten führte im letzten Kriegsjahre zu weitgehenden Betriebseinschränkungen der Lederfabriken.

Auch die Versorgung mit Chromkali und Chromalaun, welche letztere die Häute- und Lederzentrale in einem gepachteten Betrieb für eigene Rechnung herstellen ließ, gestaltete sich ungünstig, namentlich infolge des Kohlenmangels, der zu wiederholten Betriebsstörungen führte. Infolgedessen konnten die mit der Erzeugung von Chromoberleder für Zivilschuhwerk befaßten Gerbereien durch Monate nicht mit den notwendigen Chromsalzen versorgt werden.

Vor der im Juni 1916 eingeführten staatlichen Bewirtschaftung der Öle und Fette hatte die Häute- und Lederzentrale auch die Versorgung der österreichischen Gerbereien mit Talg, Tran und Degras durchgeführt. Späterhin übernahm sie die Verteilung des Kontingents von 20 Waggons Fett im Monat, das der Lederindustrie geliefert werden konnte. Sie ließ daraus durch Zusatz von 30% Mineralöl Streekfette herstellen, die sie den Lederfabriken fertig lieferte.

Im Herbst 1917 hatte die Häute- und Lederzentrale auch den Bezug deutschen Salzes für die österreichischen Gerbereien zu vermitteln, da die österreichischen Salinen wegen des Kohlenmangels kein Salz für technische Zwecke mehr abgeben konnten.

Endlich hat die Häute- und Lederzentrale im Herbst 1915 durch rasches Eingreifen die Einrichtung einer leistungsfähigen Schuhgarnherzeugung, die bis dahin im Inlande vollständig fehlte, gerade noch rechtzeitig veranlaßt, um schwere Verlegenheiten der Schuhfabrikation und anderer Zweige der Lederverarbeitung infolge plötzlicher Unterbindung der Garneinfuhr zu verhüten.

#### 4. Die Gründung des Wirtschaftsverbandes der Lederindustrie und der lederverarbeitenden Gewerbe.

Durch die Einführung und fortgesetzte Ausdehnung des Anbotzwanges war die Häute- und Lederzentrale, die ursprünglich ein rein kommerzielles Unternehmen gewesen war, in immer größerem Ausmaße zu Aufgaben herangezogen worden, die mit der Ausübung behördlicher Befugnisse verbunden waren. Daß solche Befugnisse einer Aktiengesellschaft übertragen wurden, die, wenn auch nicht in ihrem Wesen, so doch ihrer Form nach ein Erwerbsunternehmen war, machte vielfach böses Blut. Man hatte deshalb schon bei Verhängung des Anbotzwanges die heikelste Aufgabe, die Verteilung der übernommenen Häute auf die einzelnen Unternehmungen, einer besonderen, von der Staatsverwaltung eingesetzten Kommission übertragen. Als im Jahre 1917 der Grundsatz der industriellen Selbstverwaltung in der Kriegswirtschaft herrschend wurde, wurde er auch auf die Bewirtschaftung von Häuten und Leder angewendet.

Durch Verordnung vom 9. März 1917 wurden alle Unternehmungen, die sich mit der Erzeugung von Leder befaßten, zu einem Wirtschaftsverband der Lederindustrie vereinigt und gleichzeitig alle Unternehmungen, die Schuhwaren oder andere Lederwaren erzeugten, in einem Wirtschaftsverband der lederverarbeitenden Gewerbe zusammengefaßt.

Die Verbände hatten zunächst als unentbehrliche Grundlage ihrer weiteren Tätigkeit genaue Übersichten über Arbeitsverhältnisse und Betriebs-einrichtungen, über Vorräte, Erzeugung und Absatz zu führen und die hierfür erforderlichen Erhebungen vorzunehmen.

Des weiteren hatten sie die Aufgabe, der Regierung als Beratungsstellen zu dienen und durch Stellung von Anträgen oder Abgabe von Äußerungen bei der Regelung von Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung mitzuwirken, besonders bei Maßnahmen zur Förderung der Erzeugung, der Ein- oder Ausfuhr, bei Erlassung und Handhabung von Ein- und Ausfuhrverboten, bei Maßnahmen auf dem Gebiete der Handelspolitik und der sozialen Fürsorge und bei allen Fragen, die sich bei der Abrüstung und Überführung in die Friedenswirtschaft ergaben. Über diese beratende Tätigkeit hinaus sollten sie auch als Selbstverwaltungskörper zur Durchführung der unter ihrer Mitwirkung erlassenen Verfügungen herangezogen werden.

Im besonderen übertrug ihnen die oben erwähnte Verordnung die Mitwirkung bei der Verteilung der öffentlich bewirtschafteten Bedarfsmaterialien und Erzeugnisse, allerdings mit der Einschränkung, daß dabei die von der Regierung erlassenen Vorschriften zu beobachten und die Heeresbedürfnisse vorzugsweise zu berücksichtigen waren.

Ferner wurden als unmittelbar zu erfüllende Aufgaben bestimmt: die Mitwirkung bei der Aufstellung von Vorschriften für die Regelung der Erzeugung, und zwar sowohl hinsichtlich des Erzeugungsverfahrens, der Menge und Beschaffenheit der in den einzelnen Betrieben zu erzeugenden Waren wie hinsichtlich der zum Absatz zuzulassenden Warensorten; ferner die Antragstellung bei der Festsetzung von Preisen; endlich die Beratung der Zentralstellen bei der Vergabe von Aufträgen.

An der Spitze jedes der beiden Verbände stand eine vom Handelsminister ernannte Verbandsleitung, der ein Verbandsausschuß von 20 bis 24 Mitgliedern zur Seite stand, an dessen Entscheidung die Verbandsleitung bei allen grundsätzlichen Fragen gebunden war. Die Verbandsausschüsse waren das Organ, das die Interessen der Verbandsmitglieder und ihrer verschiedenen Gruppen bei der Verbandsleitung wahrzunehmen hatte. Die Bildung der Verbandsausschüsse durch direkte Wahlen bereitete bei der großen Mitgliederzahl, die jeder der beiden Verbände aufwies, und bei der Verschiedenheit der darin zusammengefaßten Gewerbe Schwierigkeiten. Die Durchführung der Wahlen hätte vor allem längere Zeit der Vorbereitung erfordert, während die Verwaltungsaufgaben, welche die Verbände zu übernehmen hatten, so dringlich waren, daß sie keinen Aufschub des Beginnes ihrer Tätigkeit duldeten. Man entschloß sich daher zu einem Provisorium, während dessen die Mitglieder des Verbandsausschusses teils durch eine Art indirekter Wahlen bestellt, teils vom Handelsminister ernannt wurden.

Für den Verbandsausschuß des Wirtschaftsverbandes der Ledererzeuger wurden acht Mitglieder von der Fachgruppe der Lederindustriellen im Bund österreichischer Industrieller namhaft gemacht, sechs weitere von den Handels- und Gewerbekammern aus dem Kreise der Inhaber kleinerer Lohgerbereien gewählt, um so auch dem Handwerk eine entsprechende Vertretung zu sichern.

In ähnlicher Weise wurden im Wirtschaftsverband der lederverarbeitenden Gewerbe je vier Mitglieder des Verbandsausschusses von dem Verein der österreichischen Schuhfabrikanten in Wien und von dem Verein der Schuhfabrikanten in Böhmen, Mähren und Schlesien gewählt. Um auch dem Kleingewerbe eine entsprechende Vertretung zu sichern, hatte auch der Reichsverband der Schuhmachergenossenschaften (Innungen) Österreichs zwei Ausschußmitglieder namhaft zu machen, und außerdem wurde für Böhmen, für Mähren und Schlesien, für Galizien und endlich für das Küstenland und Dalmatien je ein Vertreter des Schuhmachergewerbes durch die Handels- und Gewerbekammern dieser Länder in den Verbandsausschuß entsendet.

Die übrigen sechs bis zehn Mitglieder der beiden Verbandsausschüsse wurden vom Handelsminister ernannt, um auch denjenigen Zweigen der Lederindustrie, bzw. der lederverarbeitenden Gewerbe eine Vertretung zu sichern, die bei der Wahl durch die erwähnten Körperschaften nicht berücksichtigt worden waren. Die Erlassung einer endgültigen Wahlordnung wurde späterer Zeit vorbehalten.

Zur Behandlung von Fragen, die den Wirkungskreis beider Verbände betrafen, wurde ein gemeinsamer Ausschuß gebildet, in dem ihre Leistungen und Ausschüsse durch eine gleiche Zahl von Mitgliedern vertreten waren. Der Grundgedanke war, durch das einverständliche Zusammenwirken der beiden Verbände eine möglichst planvolle und zweckmäßige Regelung der Lederwirtschaft während des Krieges herbeizuführen und Selbstverwaltungskörper der Industrie zu schaffen, die auch bei der Überführung in die Friedenswirtschaft einzugreifen vermochten. Die Häute- und Lederzentrale wurde durch die Gründung der Verbände wieder auf ihren ursprünglichen Wirkungskreis zurückgeführt, auf die Durchführung rein kaufmännischer Aufgaben beschränkt und aller behördlichen Befugnisse entkleidet.

Auf dem Gebiete der Rohhautversorgung übernahm der Verband der Ledererzeuger die Verteilung der Häute auf die einzelnen Gerbereien an Stelle der gemischten Kommissionen. Alle nach seiner Gründung ergangenen Verordnungen über die Aufbringung von Häuten, über die Änderung der Höchstpreise usw. wurden auf Grund seiner Anträge oder gutachtlichen Äußerungen erlassen.

## 5. Die Regelung des Verkehrs mit fertigem Leder und Lederwaren.

### a) Die Bewirtschaftung des Leders im allgemeinen.

Ende 1915 machte sich zum erstenmal eine Lederknappheit bemerkbar. Infolgedessen sah man sich genötigt, alles Sohlenleder, Blankleder und Oberleder in erster Linie der Deckung des militärischen Bedarfes vorzubehalten. Durch Verordnung vom 5. Februar 1916 wurde verfügt, daß diese Ledersorten



von den Erzeugern nur auf Grund eines von der Militärverwaltung erteilten Ablieferungsauftrages oder an Käufer abgegeben werden durften, die in einem sogenannten «Belegschein» die Erklärung abgaben, daß sie das Leder zur Ausführung eines Auftrages der Militärverwaltung innerhalb der nächsten 30 Tage benötigen. Den Belegschein mußte der Verkäufer der «Ledermeldestelle» im Kriegsministerium übergeben. Gleiche Bestimmungen wurden für den Lederhandel erlassen, mit der Einschränkung, daß schwächeres Leder (Sohlenleder unter 4 mm, Blankleder unter 2½ mm, Brandsohlenleder und Oberleder unter 1½ mm) als für militärische Zwecke minder geeignet frei verkauft werden konnte. Den lederverarbeitenden Gewerben wurde gestattet, die Vorräte an fertigem Leder, die sie in ihren Betriebsstätten hatten, aufzuarbeiten, mit Ausnahme der Vorräte an Sohlenleder in der Stärke von 4 mm und darüber, die nur bis zu einer Menge von 10 kg frei verwendet werden durften. Behördliche Kommissionen sollten in allen Gerbereien alle 14 Tage die jeweils vorhandenen Ledervorräte auf ihre Verwendbarkeit für militärische Zwecke prüfen und die hierfür nicht geeigneten sowie jene Leder mengen, die für militärische Zwecke nicht benötigt wurden, durch Abstempelung kennzeichnen und zur beliebigen Veräußerung oder Verwendung freigeben. Um die Einfuhr von Leder und Häuten aus dem Auslande zu fördern, wurde für Leder, das nach dem Inkrafttreten der Verordnung eingeführt oder aus eingeführten Häuten und Gerbstoffen hergestellt worden war, Freiheit des Verkaufes und der Verwendung zugesichert.

Durch Verordnung vom 16. Oktober 1916 wurden diese Bestimmungen insofern verschärft, als der Verkauf an Privatfirmen gegen Belegschein wegen der dabei vorgekommenen Mißbräuche nicht mehr gestattet wurde. Gerber wie Lederhändler durften von nun an nur mehr an die Übernahmsorgane der Heeresverwaltung oder auf Grund einer «Lederanweisung» der im Kriegsministerium aufgestellten «Ledergruppe» abgegeben werden. Ferner wurden die Ausnahmen beseitigt, die bisher den Lederhändlern für ihre Vorräte an Leder geringerer Stärke zugiebilligt worden waren.

Diese Maßnahmen bedeuteten die Beschlagnahme der gesamten Lederproduktion für militärische Zwecke; für den Verbrauch der Bevölkerung blieb nur das Leder, das von den Kommissionen freigestempelt wurde, weil es für den Militärbedarf untauglich war oder von der Militärverwaltung nicht benötigt wurde. Um eine zweckentsprechende Verteilung und Verwendung der geringen Ledermengen zu gewährleisten, die hienach für den Verbrauch der Bevölkerung noch verfügbar waren, mußten besondere Vorkehrungen getroffen werden. Einem Wunsche der Interessenten entsprechend, veranlaßte zu diesem Zwecke die Regierung im Frühjahr 1916 die Bildung einer «Lederbeschaffungsgesellschaft», welche für die Versorgung der lederverarbeitenden Gewerbe mit Leder ähnliche Aufgaben erfüllen sollte, wie sie der Häute- und Lederzentrale für die Rohstoffversorgung der Lederindustrie oblagen. Gleich dieser trug die Lederbeschaffungsgesellschaft die Form einer Privatunternehmung; sie wurde als Gesellschaft mit beschränkter Haftung errichtet, war jedoch statutenmäßig verpflichtet, bei ihrer Geschäftsführung nach den Weisungen der Regierung vorzugehen. Ihr Aufsichtsrat wurde aus Vertretern der maßgebenden Organisationen des Schuhmacherhandwerks, der Schuhindustrie,



anderer Zweige der lederverarbeitenden Industrie und der Ledererzeugung gebildet. Die Geschäftsleitung besorgte ein dreigliedriger Vorstand, der aus zwei Vertretern der Industrie und einem Lederhändler bestand.

Durch die Verordnung vom 16. Oktober 1916 wurde der Lederbeschaffungsgesellschaft die Aufgabe zugewiesen, das durch kommissionelle Absteigerung von dem militärischen Vorbehalt befreite und zur Verwendung für den zivilen Verbrauch freigegebene Leder zu übernehmen. Ledererzeuger und -händler waren verpflichtet, dieses Leder wöchentlich an die Lederbeschaffungsgesellschaft abzugeben oder auf deren Anweisung an eine bestimmte Stelle oder an einen Gewerbebetrieb zu liefern. Ebenso mußten alle Abfälle der Ledererzeugung (Backen, Stirnen, Füße, Schweife, Abbruchstücke, gefettete Blanchierspäne) und die Lederabfälle, die sich in den lederverarbeitenden Betrieben ergaben (Qualitätsabfälle, Stanz- und Schnittabfälle, Brennleder) an die Lederbeschaffungsgesellschaft abgegeben werden. Diese diente auch als Sammelstelle für das gesamte Aufkommen an Roßleder, Spaltleder und Spaltledersohlen. Im Juni 1918 wurde die Abgabe alles chromgaren Rinds-, Roß- und Kalbleders, ferner von Schweins-, Schaf-, Lamm-, Ziegen- und Zickelleder jeglicher Gerbung an die Lederbeschaffungsstelle vorgeschrieben. In ihrer Hand war auf diese Weise die Verfügung über das ganze kärgliche Material vereinigt, das für die Befriedigung des Bedarfes der Bevölkerung noch übriggelassen wurde.

Über seine Aufteilung auf die miteinander konkurrierenden Bedarfs- und Verarbeitungszweige entschied über Antrag der Gesellschaft das Handelsministerium. Zunächst wurde ein grundsätzlicher Verteilungsschlüssel für die verschiedenen Bedarfsgruppen festgestellt. 3% des ganzen für den Zivilbedarf verfügbaren Leders wurden für den Bedarf Bosniens und der Herzegowina vorweggenommen. Ebenso wurden bestimmte Quoten für das Personal öffentlicher Dienststellen (insbesondere des Eisenbahn- und Postbetriebes), gemeinnütziger Anstalten und derjenigen industriellen Betriebe bestimmt, die auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes in Anspruch genommen waren (sogenannte Kriegsleistungsbetriebe). Der Rest sollte der Rohstoffversorgung der verschiedenen Zweige der lederverarbeitenden Industrie dienen und innerhalb jedes Industriezweiges (insbesondere bei der Schuherzeugung) wieder zwischen fabrikmäßigen und kleingewerblichen Betrieben aufgeteilt werden. Endlich wurde eine bestimmte Ledermenge unter dem Titel «Volksbekleidung» der Anfertigung von Schuhen für Unbemittelte vorbehalten.

Bei der Geringfügigkeit der Ledermengen, über welche die Gesellschaft zu verfügen hatte, stand naturgemäß die Versorgung der Schuherzeugung mit dem nötigen Leder im Vordergrund. Der Aufteilungsschlüssel für Sohlenleder zwischen Schuhfabriken und Schuhmacherhandwerk wurde von der Staatsverwaltung mit 30 : 70 festgesetzt, während in Deutschland, wo die Entwicklung der Schuhmacherei zum Großbetrieb weiter vorgeschritten war, das verfügbare Material zwischen den beiden Zweigen der Schuherzeugung hälftig geteilt wurde. Die Aufteilung des Kontingents der Schuhfabriken auf die einzelnen Betriebe wurde den bestehenden Organisationen dieser Industrie (Reichsverein der Schuhfabrikanten Österreichs und Verein der Schuhfabrikanten Böhmens, Mährens und Schlesiens) überlassen. Das Kontingent des Kleingewerbes wurde zunächst auf die einzelnen Handelskammerbezirke im

Verhältnis der Zahl der daselbst bestehenden kleingewerblichen Betriebe der Schuhmacherei aufgeteilt. Die weitere Zuweisung an die einzelnen Betriebe übernahmen die Handels- und Gewerbekammern als Verteilungsstellen. Für Wien wurde eine besondere Verteilungsstelle aus Beauftragten des Wiener Magistrats, Vertretern der Schuhmachergenossenschaft, der Lederhändler und anderen Fachmännern gebildet. Um eine glatte Durchführung aller mit der Verteilung verbundenen Geschäfte, ordnungsmäßige Lagergebarung und Transportabwicklung zu sichern, bediente sich die Lederbeschaffungsgesellschaft der Vermittlung ausgewählter Firmen des Ledergroßhandels; die für die einzelnen Verteilungsstellen schlüsselmäßig bestimmten Ledermengen wurden von den Gerbereien über Weisung der Gesellschaft an diese Firmen geleitet, welche die weitere Verteilung nach den Aufträgen der Verteilungsstellen vorzunehmen hatten. In der Regel zogen die Verteilungsstellen auch noch die Lederkleinhändler, bei denen die Schuhmacher ihren Bedarf zu decken gewohnt waren, heran, so daß das Leder von den als Mittelstellen dienenden Großhandlungen an die Kleinhändler geliefert und von diesen im kleinen an die einzelnen Schuhmacher abgegeben wurde. In einer Reihe von Verteilungsbezirken wurden die Schuhmacher durch Lederbezugsscheine bestimmten Kleinhändlern zugewiesen, von denen sie ihren Bedarf zu beziehen hatten. Man verfolgte mit dieser Einschaltung des Lederhandels den doppelten Zweck, ihm eine gewisse Beschäftigung zu sichern und die sachgemäße Abwicklung des Verteilungsgeschäftes zu gewährleisten. Die Preise des Leders und die Zuschläge, welche die Händler als Entgelt für ihre Mühewaltung einheben durften, wurden durch Verordnungen bestimmt. Die gleiche Organisation diente auch der Verteilung von Oberleder und Lederabfällen an die kleingewerbliche Schuhmacherei und von Blankleder an die Sattler und Riemer.

Nach der Errichtung des Wirtschaftsverbandes der lederverarbeitenden Gewerbe ging die Wahrung der Interessen des Verbrauches auf diesen über. Er setzte zu diesem Zwecke Fachausschüsse für die Vertretung einzelner Zweige der lederverarbeitenden Industrie ein. Da bei dem ganzen System der Bewirtschaftung, das sich bei Entstehung des Verbandes bereits herausgebildet hatte und nicht leicht geändert werden konnte, die Preisbestimmung eine besondere Rolle spielte, wurde durch den Verband eine Gutachterkommission für Lederpreise und eine gleiche Kommission für Schuhpreise gebildet; da die steigende Ledernot dazu zwang, an die Heranziehung von Ersatzmaterial, namentlich für die Anfertigung von Schuhwerk, zu denken, wurde im Verband eine Gutachterkommission für Lederersatz gebildet, die das Handelsministerium hinsichtlich der Zulassung von Ersatzmaterialien zu beraten hatte.

Um auch dem Lederhandel eine Interessenvertretung zu sichern, wurde durch Verordnung vom 29. Jänner 1918 ein Fachausschuß der Lederhändler errichtet, dem, ähnlich wie einem Wirtschaftsverbande, die Erstattung von Gutachten und die Stellung von Anträgen in Angelegenheiten, die den Lederhandel betrafen, oblag, dem aber auch die Durchführung von Verfügungen, die sich auf solche Angelegenheiten erstreckten, vom Handelsminister aufgetragen werden konnte. Der Fachausschuß bestand aus 35 Mitgliedern, die vom Handelsminister aus dem Kreise der Lederhändler ernannt wurden.

Durch diese Regelung der Lederwirtschaft war jede direkte Verbindung zwischen dem Ledererzeuger und den lederverarbeitenden Gewerben beseitigt worden. Eine Schuhmacherei oder Sattlerei, die einen Militärauftrag auszuführen hatte, brauchte sich den Lieferanten des benötigten Rohmaterials nicht mehr zu suchen, konnte ihn andererseits auch nicht mehr nach Belieben wählen, da ihr das Leder durch die Ledergruppe des Kriegsministeriums bei irgendeiner Gerberei angewiesen wurde. Ebenso konnten die Schuhmacher, Sattler und Taschner, die für den allgemeinen Verbrauch der Bevölkerung arbeiteten, ihr Leder nicht mehr bei einem beliebigen Gerber, Zurichter oder Lederhändler kaufen, sondern erhielten es von der Lederbeschaffungsstelle nur in der Menge und Beschaffenheit zugewiesen, die gerade verfügbar war und ihnen nach den für die Verteilung maßgebenden Grundsätzen zukam.

Die Höchstpreise für Leder wurden unter Mitwirkung der beiden Wirtschaftsverbände im Jahre 1917 neu festgesetzt (Verordnung vom 20. August 1917). Die neue Preissatzung schloß sich im Gegensatz zu der früheren eng an die handelsüblichen Bezeichnungen und Qualitäten des Leders an, so daß sie den praktischen Bedürfnissen des Verkehrs besser entsprach. Gleichzeitig erfolgte jedoch unter dem Drucke der Verbraucher, die auf die hohen Gewinne der Lederfabriken hinweisen konnten, eine Herabsetzung der Höchstpreise um 7 bis 8%, was im Hinblick auf das Fortschreiten der Geldentwertung ein Fehler war.

#### *b) Die Regelung des Verkehrs mit Maschinenriemenleder.*

Von besonderer Wichtigkeit für die gesamte Industrie war die Sicherstellung des Bedarfes an Maschinenriemenleder. Durch die Beanspruchung alles sohlenlederartig gegerbten Leders für militärische Zwecke war seine Deckung gefährdet. Das Bestreben des Handelsministeriums war daher darauf gerichtet, mindestens die Herstellung eines gewissen Kontingents von Treibriemenleder zu sichern. Zu diesem Zwecke wurde durch Verordnung vom 5. Februar 1916 die Erzeugung von Maschinenriemenleder an eine Bewilligung des Handelsministeriums gebunden, gleichzeitig aber bestimmt, daß sie bis auf weiteres im Umfange der durchschnittlichen Erzeugung während der Monate September bis Dezember 1915 fortgesetzt werden könne. Durch eine zweite Verordnung vom 9. Juni 1916 wurde bestimmt, daß das in diesem Umfang erzeugte Maschinenriemenleder nur aus Kernstücken und Schultern hergestellt werden und nur zur Herstellung und Ausbesserung von Treibriemen oder Dichtungen verwendet werden dürfe. Um die Befolgung dieser Vorschrift zu sichern, wurde des weiteren bestimmt, daß fertige Maschinenriemen nur an Unternehmungen, welche die Riemen für ihren eigenen maschinellen Betrieb benötigen, an Maschinenfabriken, Maschinenhändler oder zum Handel mit technischen Lederwaren befugte Händler abgegeben werden dürfen. Außerdem behielt sich das Handelsministerium vor, die Abgabe von Vorräten an Maschinenriemenleder, Maschinenriemen und Erzeugungsabfällen an die von ihm bezeichneten Übernehmer zu verfügen.

Für die Lederbeschaffungsgesellschaft bildete die Beschaffung von Maschinenriemenleder, Dichtungsleder, Treibriemen, Näh- und Binderriemen einen



wichtigen Zweig ihrer Aufgabe. Durch Verordnung vom 9. Juni 1916 wurde behufs gleichmäßiger Versorgung der Maschinenriemenerzeuger die Anmeldung des in den Gerbereien erzeugten Maschinenriemenleders und dessen Verteilung an die Treibriemenfabriken durch die «Verteilungskommission für Maschinenriemenleder» verfügt. Die Kommission war aus Vertretern der Lederindustrie, der Maschinenriemenerzeuger und des Handels mit technischen Artikeln zusammengesetzt. Im Jahre 1917 erwies sich bereits die Verteilung von Maschinenriemen auf Grund von Bedarfsanmeldungen als notwendig. Der freie Verkauf entbehrlicher Riemen stillliegender Betriebe wurde untersagt, die Zuweisung neuer Riemen grundsätzlich nur gegen Abgabe der zu ersetzenden Riemen vorgenommen. Im Jahre 1917 wurden auf diese Weise im ganzen 1,185.000 kg Maschinenriemenleder, 438.190 lohlgare und 9800 chromgare Riemen zugewiesen, im Jahre 1918 monatlich 148.300 kg Maschinenriemenleder, Schlagriemen-, Näh- und Binderriemenleder verteilt.

### *c) Die Regelung des Verkehrs mit Schuhwaren.*

Da fast die gesamte inländische Lederproduktion der Verwendung für militärische Zwecke vorbehalten war und die bei den Schuhfabriken und Schuhmachern selbst vorhandenen Vorräte allmählich erschöpft wurden, ging die Schuherzeugung im Inlande schon im Jahre 1916 ständig zurück. Gleichzeitig nahm die Einfuhr von Leder und Schuhen stark ab, da die neutralen Länder unter dem Drucke der Alliierten die Ausfuhr sperrten und auch das Deutsche Reich sich im Sommer 1916 gezwungen sah, mit Rücksicht auf den eigenen Bedarf ein Gleiches zu tun. Infolgedessen trat in den ersten Monaten des Jahres 1917 eine rasche Aufwärtsbewegung der Schuhpreise ein; um sie einzudämmen wurden im März 1917 Maßnahmen zur Regelung der Schuhpreise ergriffen. Bei der Vielgestaltigkeit der Erzeugnisse und der Verschiedenartigkeit des verwendeten Materials war die Aufstellung von Einheits- oder Höchstpreisen unmöglich. Man mußte sich damit begnügen, Vorschriften über die Berechnung der Schuhpreise zu erlassen, die Regiekosten auf einen bestimmten Prozentsatz der Materialkosten und Arbeitslöhne zu beschränken und die Höhe der Zuschläge vorzuschreiben, die für Erzeugergewinn und Händlernutzen auf die Erzeugungskosten gelegt werden durften. Gleichzeitig wurde verordnet, daß alle in Verkehr gebrachten Schuhe oder Schuhoberteile mit einer Bezeichnung versehen werden müssen, die den Namen (Firma) des Erzeugers, den Verkaufspreis und die Angabe zu enthalten hatte, aus welcher Gattung von Leder oder welchem Ersatzstoff Absatz, Laufsohle und Brandsohle der Schuhe hergestellt waren. Übertretungen dieser Vorschriften wurden über Anzeige eines Beteiligten durch die Preisprüfstellen geahndet, die am Sitze jeder Handels- und Gewerbekammer errichtet wurden und aus einem richterlichen Funktionär als Vorsitzenden, einem Vertreter der Verbraucherkreise, einem Schuhwarenhändler, einem Schuhfabrikanten und einem Schuhmachermeister als Mitgliedern bestanden. Ferner wurden durch besondere Verordnungen eine Reihe von Erzeugungsvorschriften erlassen, die einerseits möglichste Ersparnis von Leder, andererseits die Verhinderung der Erzeugung schlechten Schuhwerks bezweckten. Insbesondere



durften an Stelle von Leder für die Besohlung nur solche Ersatzstoffe verwendet werden, die vom Handelsministerium als zulässig erklärt worden waren. Zur Durchführung dieser Maßnahmen wurde im Wirtschaftsverbande der lederverarbeitenden Gewerbe eine Gutachterkommission für Schuhpreise, die aus Schuhwarenerzeugern, Schuhhändlern und Verbrauchern zusammengesetzt war, und eine Gutachterkommission für Lederersatz errichtet.

Bei Erlassung der Preisberechnungsvorschriften wurde damit gerechnet, daß sich der Schuhpreis auf Grund dieser Vorschriften nicht höher stellen werde als 23 K für Schuhe mit Holzsohlen, 36 bis 38 K für Schuhe mit Oberteil aus lohgarem Leder, 50 bis 60 K für bessere Straßenschuhe und 70 bis 75 K für Luxuschuhe. Tatsächlich konnten jedoch die Preise nicht auf diesem Stande erhalten werden, und zwar sowohl wegen der Verteuerung des Leders und des gesamten Schuhzubehörs als auch wegen des raschen Anstiegens der Löhne. Immerhin übten die Preisberechnungsvorschriften einen mäßigenden Einfluß auf die Preisbewegung. Zur praktischen Durchführung der Berechnungsvorschriften und zur Bekämpfung des Schuhwuchers wurde die ständige Überwachung der Schuhlager durch eigens hiezu bestellte fachkundige Kontrollorgane eingeführt, die jedoch trotz zahlreicher Bestrafungen dem Fortschreiten der Teuerung aller Schuhwaren nicht Einhalt zu tun vermochte. Das Hauptübel lag in dem durch die völlig unzureichende Lederzuweisung für die Zivilbevölkerung gezüchteten Schleichhandel mit Leder, der mit Notwendigkeit zu einem ausgebreiteten Schleichhandel mit Schuhen führte; denn Schuhfabriken, die im Schleichhandel teures Leder aufkauften, konnten natürlich auch die Schuhe nicht auf normalem Weg und unter Beobachtung der Preisberechnungsvorschriften verkaufen. Sie waren daher gezwungen, ihren Absatz bei illegitimen Händlern zu suchen, die es in großer Zahl gab.

Da im Laufe des Jahres 1917 auch die letzten Einfuhrmöglichkeiten schwanden, war zu Ende dieses Jahres die Rationierung der Schuhkäufe unvermeidlich geworden. Gleichzeitig mußte für die Versorgung der unbemittelten Bevölkerung mit Schuhen Sorge getragen werden.

Schon im Herbst 1917 war bei der Lederbeschaffungsgesellschaft ein Schuhdienst zunächst für die Versorgung wichtiger Zweige des öffentlichen Dienstes (Eisenbahnen, Post usw.) und des Personals der Kriegseinsatzbetriebe eingerichtet worden. Durch Verordnung vom 13. Dezember 1917 wurde dieser Dienst in eine «Abteilung für Volksbekleidung» umgewandelt. Gleichzeitig wurde der Wirkungskreis der bereits früher für die Versorgung der Bevölkerung mit Textilwaren errichteten Landesbekleidungsstellen auf Schuhwaren ausgedehnt. Die Landesbekleidungsstellen wurden beauftragt, Ausgabestellen für Volksschuhe und Sammelstellen für Altchuhe in der erforderlichen Anzahl zu errichten.

Die Aufgabe der Volksbekleidungsstellen bestand in der Beschaffung von sogenannten «Volksschuhen», die zur Abgabe an Unbemittelte, und zwar teils unentgeltlich, teils zu ermäßigtem Preise, bestimmt waren, in der Übernahme von Schuhen, die ihnen von Amts wegen zu diesem Zwecke zugewiesen wurden, und in der Abgabe dieser Schuhe durch Vermittlung der Landesbekleidungsstellen.

Gleichzeitig bestimmte die Verordnung, daß sowohl neues wie altes Schuhwerk an Selbstverbraucher nur gegen Bedarfsbescheinigungen abgegeben werden dürfe, welche die von den Landesbekleidungsstellen errichteten Bedarfsprüfungsstellen auszugeben hatten.

Bedarfsbescheinigungen für Mindestbemittelte berechtigten den Inhaber, Volksschuhe oder alte Schuhe bei den von den Landesbekleidungsämtern errichteten Abgabestellen unentgeltlich oder zu ermäßigtem Preise zu beziehen. Ihre Ausstellung war an den Nachweis der Bedürftigkeit und allerdingendsten Bedarfes geknüpft. Bedarfsbescheinigungen zur entgeltlichen Erwerbung von Schuhwerk bei Schuhherzeugern oder Händlern wurden ausgestellt, wenn die Notwendigkeit der Anschaffung nachgewiesen oder wenn die Bescheinigung einer Altschuhsammelstelle über die Abgabe getragenen Schuhwerks vorgelegt wurde. Man wollte auf diesem Wege möglichst große Mengen alten Schuhwerks zur Verteilung an Unbemittelte erlangen. Aus demselben Grunde wurde bestimmt, daß getragene Schuhe nur an die Volksbekleidungsabteilung der Lederbeschaffungsgesellschaft, an die Altschuhsammelstellen und an die zum Einkauf von Altschuhen besonders ermächtigten Firmen verkauft werden dürfen.

Bis September 1918 wurden von der Abteilung für Volksbekleidung rund 1,200.000 Paar Schuhe verteilt, wovon 770.000 Paar auf die Beteiligung von Mindestbemittelten, 235.000 Paar auf öffentliche Dienste und gemeinnützige Anstalten und 167.000 Paar auf Kriegsdienstleistungsbetriebe entfielen. In derselben Zeit wurden an Reparaturleder für Zwecke der Volksbekleidung rund 230.000 kg, an Kriegsleistungsbetriebe 120.000 kg überwiesen.

Wie arg die Not an Leder und Schuhen geworden war, geht auch daraus hervor, daß schon vor Erlassung dieser Rationierungsverordnung der Verkehr zwischen Österreich und Ungarn gesperrt worden war. Ungarn wollte auf diese Weise den Schleichhandel mit Leder unterbinden, Österreich den mit Schuhen.

#### *d) Die Ergebnisse der Lederbewirtschaftung.*

Welchen Umfang die Entgüterung erreicht hatte und in welchem Maße der Lederverbrauch der Bevölkerung eingeschränkt werden mußte, um die Deckung der Heeresbedürfnisse zu ermöglichen, zeigt am besten ein Vergleich des Lederverbrauches im Jahre 1910, dem letzten Vorkriegsjahre, für das ein vollständiges Ziffernmateriale zur Verfügung steht, und den beiden letzten Kriegsjahren.

Im Jahre 1910 standen für den Verbrauch 44,467.000 kg Leder zur Verfügung. Davon entstammten 37,200.000 kg der Verarbeitung von Häuten, welche bei den Schlachtungen in Österreich, Ungarn und Bosnien gewonnen worden waren; 5,267.000 kg waren aus ausländischen Häuten hergestellt worden, und mit 2,000.000 kg ist die Mehreinfuhr fertigen Leders zu veranschlagen, wenn man davon den Ausfuhrüberschuß an Lederwaren abzieht.

Im Jahre 1917 betrug der Lederverbrauch für militärische Zwecke 28,800.000 kg. Für die Erzeugung von Treibriemen wurden 1,200.000 kg Leder

verwendet. Dagegen betrug die gesamte Ledermenge, welche die Lederbeschaffungsgesellschaft für den Verbrauch der ganzen Bevölkerung zur Verfügung stellen konnte, 2,160.917 kg. Davon entfielen auf Sohlenleder 1,620.773 kg, darunter 780.036 kg Rindssohlenleder, das als untauglich für Militärzwecke freigegeben worden war, 467.702 kg sohlenartig gegerbtes Roßleder, 170.249 kg Spaltsohlen und 202.796 kg Abfälle aus der Ledererzeugung (Baeken, Stirnen, Klauen usw.). Dazu kamen 488.726 kg Oberleder, endlich 51.418 kg Blankleder (für Sattler, Riemer usw.). Im Jahre 1918 trat eine geringe Besserung ein, indem monatlich 246.000 kg Sohlenleder, 137.000 kg Oberleder und 25.414 kg Blankleder, also auf das Jahr berechnet 2,900.000 kg Sohlenleder, 1,600.000 kg Oberleder und 285.000 kg Blankleder zugewiesen werden konnten. Auf den Kopf der Zivilbevölkerung, die bei einer Gesamteinwohnerzahl von 29 Millionen mit rund 20 Millionen angenommen werden kann, entfielen von der verfügbaren Sohlenledermenge im Jahre 1917 8 dkg, im Jahre 1918 14 dkg gegenüber einem Friedensverbrauch von 70 bis 80 dkg. Dabei sind die Sohlenlederabfälle miteingerechnet, die dazu verwendet wurden, aus kleinen Stücken zusammengesetzte Schuhsohlen herzustellen, so wie andererseits Spaltabfälle und Lederspäne zur Herstellung eines Kunstleders verwendet wurden, das allerdings nur sehr geringe Haltbarkeit aufwies. Auf den einzelnen Schuhmacher entfielen bei dieser Knappheit des Materials naturgemäß nur verschwindende Mengen. So wurde beispielsweise den 280 Lederhändlern der Steiermark zur Versorgung von 4500 Schuhmachern monatlich eine Sohlenledermenge von 5000 bis 8000 kg zugewiesen, so daß auf den einzelnen Lederhändler 20 bis 30 kg kamen. Die vollständige Unzulänglichkeit der Ledermenge, die nach Deckung des Militärbedarfes für die Zivilbevölkerung übriggeblieben war, führte schließlich zum Versagen des für die Versorgung des Hinterlandes aufgestellten Aufbringungs- und Verteilungsapparats und zu üppiger Entfaltung des Schleihhandels, trotz aller Versuche, ihn durch Strafen und Überwachungsmaßnahmen einzudämmen.

Die Einhaltung der den Häuteverkehr regelnden Vorschriften durch die Gerbereien wurde durch die Häute- und Lederzentrale überwacht, die zu diesem Zweck über 5000 Kontrollbesuche durchgeführt hat. Gleichzeitig stellte die Militärverwaltung an der Hand der wöchentlichen Meldungen über die Häutezuweisungen an die Gerbereien, über die Ledererzeugung und die Vorräte der einzelnen Betriebe ständige Vergleiche zwischen der Menge der den Gerbereien zugewiesenen Rohhäute und der von ihnen erzeugten Sorten und Mengen an; weitere Handhaben für die Überwachung lieferten die Berichte der Übernahms- und Freigabekommissionen. Als sich in bestimmten Gebieten die Übertretungen der Vorschriften über den Häute- und Lederverkehr mehrten, wurden zur Bereisung dieser Gebiete besondere Kommissionen entsendet, deren Berichte die Beschlagnahme großer Häutemengen und die Sperrung zahlreicher Gerbereien zur Folge hatten. Die Durchführung aller dieser Überwachungsmaßregeln mußte der Militärverwaltung überlassen werden, weil es den zivilen Behörden an dem hierfür erforderlichen zahlreichen Personal mangelte; außerdem war auch der Militärverwaltung weit mehr an der restlosen Aufbringung der erzeugten Ledermengen gelegen, während die Behörden der lokalen Verwaltung eher geneigt waren, in einer unvollständigen Erfassung



der Produktion eine Erleichterung der Notlage zu erblicken, die in der Bevölkerung wachsende Erbitterung hervorrief. Diese Erbitterung richtete sich weniger gegen den Krieg, der die Notlage verursacht hatte, als gegen die scheinbaren Träger des Systems, die verschiedenen Kriegsorganisationen und Zentralen. Wie weit die Militärbehörden in ihrem Bestreben gingen, womöglich die gesamte Lederproduktion militärischen Zwecken dienstbar zu machen, zeigt am besten der Umstand, daß sie die Zulassung der in den Alpenländern eingebürgerten Lohngerbung für Rechnung der bäuerlichen Viehbesitzer selbst innerhalb engbegrenzter Kontingente auch noch zu einer Zeit ablehnten, als der Anfall an Häuten in den großen Konsumzentren und in der Etappe wegen Mangel an Kohle und Gerbstoffen in den Lederfabriken nicht mehr aufgearbeitet werden konnte.

Die Überwachung bestimmungsgemäßer Verwendung der von der Lederbeschaffungsgesellschaft den verschiedenen Bedarfsgruppen zugeleiteten Leder mengen oblag den Verteilungsstellen, denen die Lederkleinhändler regelmäßige Nachweisungen über die Käufer des von ihnen abgesetzten Leders zu liefern hatten. Trotz aller dieser Überwachungsmaßnahmen konnte der Schleichhandel aus zahlreichen Quellen schöpfen. Häute, die von nicht angezeigten Schlaechtungen stammten oder entgegen der Vorschrift nicht an die Häutezentrale abgeliefert worden waren, wurden in Gerbereien, die noch die Grubengerbung betrieben, einfach in Lohgruben eingesetzt, die nicht ausgeräumt werden konnten, ohne die darin eingesetzten Häute dem Verderben preiszugeben. Die steigende Lebensmittelnot verstärkte die Versuchung zu solchen Hinterziehungen. Der Gerber verwendete das beiseitegebrachte Leder zum Eintausch von Lebensmitteln für sich und seine Arbeiter. Ebenso wurde von den Schuhmachern Leder, das ihnen zur Erzeugung von Schuhwerk für die Volksbekleidung übergeben worden war, vielfach anderen Zwecken zugeführt. Auch die mit der steigenden Ledernot sich mehrenden Diebstähle spielten eine nicht unbedeutende Rolle. Nach den Feststellungen der Lederbeschaffungsgesellschaft verschwand auf diese Weise rund 30% des den Bahnen zur Verfrachtung übergebenen Leders. Gegen Ende des Krieges hatte sich der Schleichhandel derart ausgebreitet, daß der Vertreter der Wiener Schuhmachergenossenschaft bei der im September 1918 durchgeführten parlamentarischen Untersuchung angeben konnte, der Wiener Schuhmacher verarbeite zu zwei Dritteln Schleichhandelsleder und nur zu einem Drittel regelrecht zugewiesenes. Dazu kam, daß die Bewirtschaftung von Häuten und Leder in Ungarn weit weniger streng durchgeführt wurde als in Österreich und daß infolgedessen Schleichhandelsware in Ungarn verhältnismäßig leicht beschafft werden konnte. Der Vertreter einer amtlichen Lederverteilungs- und Bekleidungsstelle machte in der erwähnten parlamentarischen Untersuchung die Mitteilung, daß er sich das Leder zur Herstellung von Schuhwerk für die mittellose Bevölkerung im Schleichhandel aus Ungarn um das Vierfache der festgesetzten Höchstpreise beschafft habe. Die Preise, die innerhalb Österreichs im Schleichhandel bezahlt wurden, waren gegen Kriegsende noch erheblich höher und bewegten sich zwischen 100 und 400 K für das Kilogramm Sohlenleder, während der im August 1917 festgesetzte Höchstpreis für lohgere Terzen in ganzen oder halben Häuten ab Gerberei K 11'10, in Rückenstücken



(Croupens) K 12'80 bis 13'30 betrug. In erschütternder Weise zeigt gerade das Beispiel der Lederbewirtschaftung, daß alle kriegswirtschaftlichen Maßnahmen versagen müssen, wenn die Not einen solchen Grad erreicht, daß die Übertretung der Vorschriften nur mehr als ein Akt der Notwehr gegen den Zugriff des Staates erscheint und dadurch in den Augen eines großen Teiles der Bevölkerung eine moralische Rechtfertigung erfährt. Weniger hartes Zugreifen der Militärverwaltung und größere Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft hätte vielleicht auf diesem wie auf anderen Gebieten bessere Ergebnisse gezeitigt; denn die Entziehung von Gütern für den unproduktiven Verbrauch des Krieges findet unweigerlich ihre Grenze, wenn sie das Abrollen des Produktionsprozesses stört, hindert und endlich zum Stillstand bringt.

## IV. EISEN.

### A. Die österreichische Eisenindustrie vor dem Kriege.

#### 1. Die Bedeutung der österreichischen Eisenindustrie.

Mit einer Roheisenerzeugung von 2,300.000 t stand Österreich-Ungarn unter den eisenproduzierenden Ländern an sechster Stelle, hinter den Vereinigten Staaten (30,200.000 t) Deutschland (17,600.000 t), Großbritannien (10,200.000 t), Frankreich (4,900.000 t), Rußland (4,400.000 t); unmittelbar hinter Österreich kam Belgien mit einer Erzeugung von 2,100.000 t.

Den gleichen Rang nahm Österreich-Ungarn auch in der Rohstahlerzeugung der Welt ein. Seine Rohstahlproduktion betrug im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 2,630.000 t.

Von der Gesamtproduktion der Monarchie entfielen auf Österreich 1,710.000 t Roheisen (= 73'7%) und 1,820.000 t Rohstahl (= 69'2%); auf Ungarn 560.000 t Roheisen (= 24'1%) und 770.000 t Rohstahl (= 29'3%); auf Bosnien endlich 30.000 t Roheisen (= 2'2%) und 40.000 t Rohstahl (= 1'5%).

Die Roheisenproduktion Österreichs war fast zur Gänze in sechs großen Unternehmungen konzentriert; die Erzeugung der drei kleinen Hochofenwerke, die daneben noch bestanden und gewisse Spezialsorten erzeugten, betrug insgesamt nicht einmal 1% der Gesamtproduktion. Auch von der Rohstahlerzeugung entfielen auf die erwähnten sechs großen Unternehmungen 92%.

Die geographische Verteilung der Eisenindustrie auf die einzelnen Kronländer war durch die Lage der Erze und Kohlenvorkommen bedingt. Die reichen Steinkohlen- und Erzlager Mittelböhmens bildeten die Grundlage für die Hochofen- und Stahlwerke der Prager Eisenindustriengesellschaft (Kladno und Königsaal), um die sich in weiterem Umkreis eine Gruppe von reinen Stahlwerken schloß (Poldihütte in Kladno, Skodawerke in Pilsen usw.). Eine zweite Gruppe bildeten die Werke des Ostrau—Karwiner Steinkohlenbeckens in Nordmähren und Schlesien (Witkowitzer Gewerkschaft und Österreichische Berg- und Hüttengesellschaft in Trzyniez). Sie verfügten über vorzüglich kokkbare Kohle, mußten aber ihre Erze von auswärts, aus Oberungarn und Schweden, be-

ziehen. Die dritte Gruppe endlich bestand aus den alpenländischen Werken (Österreichische Alpine Montangesellschaft), basiert auf die reichen Spateisensteinlager Steiermarks und Kärntens, die schon in der Römerzeit das Erz für die Herstellung des berühmten norischen Eisens lieferten und seit jeher einen besonderen Ruf wegen der hervorragenden Reinheit und Güte ihrer Erze genossen. Dagegen mußte der Erz- und Steinkohlenbedarf dieser Werke durch Zufuhren aus dem mährisch-schlesischen Becken oder aus dem Ruhrrevier gedeckt werden. In den Alpenländern selbst werden nur Braunkohlen gefördert, die wohl im Stahlwerksbetrieb, nicht aber im Hochofen verwendet werden können. Um die in der unmittelbaren Nähe des steirischen Erzberges gelegenen großen Hochofenwerke der Österreichischen Alpen Montangesellschaft waren in den Alpentälern eine Reihe von Stahl- und Walzwerken gelagert. Endlich war in jüngerer Zeit noch im Hafen von Triest ein Hochofenwerk errichtet worden, das bosnische, griechische und nordafrikanische Erze sowie englische Kohle auf dem Seewege zuführte, also eigentlich auf der billigen Seefracht für seine Rohstoffbezüge beruhte. Die österreichische Eisenindustrie war hoch entwickelt, ihre technischen Einrichtungen scheuten keinen Vergleich mit den Eisenwerken der westlichen Nachbarstaaten. Charakteristisch war das mangelnde Bedürfnis einer Expansion über die Zollgrenzen hinaus. Die rasch ansteigende Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in der Zeit vor dem Kriege schuf der heimischen Eisenerzeugung einen genügenden Absatzmarkt im Inland. Innerhalb des letzten Jahrzehnts vor dem Kriege hatte sich die Eisenerzeugung in stetiger Entwicklung um mehr als 70% gesteigert. Im Jahre 1913 standen in Betrieb: 30 Hochöfen, 79 Martin- und Elektroöfen. Bei der Roheisenerzeugung waren 5570, bei der Erzeugung von Rohstahl und Walzware 31.000 Arbeiter beschäftigt. Noch bedeutend größer war die Anzahl der Arbeiter in der eisenverarbeitenden Industrie. Sie betrug in der Eisenwarenerzeugung 110.000, in der Maschinenindustrie 80.000, in der Elektroindustrie 28.000, in der Fahrzeugindustrie (Erzeugung von Lokomotiven, Waggons, Automobilen und Wagen) 32.000.

## 2. Die Deckung des Rohstoffbedarfes vor dem Kriege.

Der Erzbedarf der österreichischen Eisenindustrie wurde vorwiegend durch den inländischen Bergbau gedeckt. Im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 wurden für die Beschickung der österreichischen Hochöfen 2.850.000 t österreichischer Erze (70%), 500.000 t ungarischer Erze (13%) und 680.000 t ausländischer Erze (17%) verwendet. Die ausländischen Erze stammten zu 70% aus Schweden, zu 25% aus den Mittelmeerländern (Griechenland, Spanien, Nordafrika). Trotz dieser Auslandsbezüge waren die österreichischen Hochöfen bei ihrer Erzversorgung vom Ausland unabhängig — wenn man von den 500.000 t Manganerzen absieht, die für die Ferromangan- und Spiegeleisenerzeugung aus dem Auslande bezogen werden mußten. Die Erzproduktion der steirischen und kärntnerischen Gruben hätte ohne weiteres eine Erhöhung um den Betrag der Auslandsbezüge gestattet. Auch Qualitätsunterschiede kamen nicht in Frage; die Bezüge aus Ungarn und dem Zollausslande waren

nicht durch die Qualität der Erze, sondern durch Standort und Frachtlage der Hochofenbetriebe bedingt, die solche Erze bezogen.

Die Ausfuhr österreichischer Erze war unbedeutend und richtete sich ausschließlich nach Deutschland. Sie betrug im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 rund 10.000 t oder rund 3% der Gesamterzeugung; einer größeren Entwicklung der Erzausfuhr stand die ungünstige Frachtlage der alpenländischen Bergbaue für die rheinischen und oberschlesischen Zentren der deutschen Eisenindustrie im Wege.

Der für die Roheisenerzeugung erforderliche Koks wurde zu 93% aus dem Inlande bezogen. Nur der unmittelbar am Meere gelegene Hochofen von Triest (Servola) bezog englische Steinkohle auf dem Seeweg, um daraus in einer eigenen Kokerei Koks zu erzeugen (zirka 120.000 t jährlich). Der gesamte Koksbedarf der österreichischen Hochöfen betrug 1.800.000 t, gegenüber einer gesamten Koksproduktion von 2.300.000 t, die überdies unschwer zu steigern war. Außer Koks wurden in einzelnen kleinen Hochöfen zur Herstellung von Qualitätsroheisen für die Edlstahlerzeugung ungefähr 200.000 m<sup>3</sup> Holzkohle verwendet.

Der Bedarf der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie an Alteisen wurde in der Kartellenquete von 1912 mit rund 350.000 t angegeben. Hievon wurden nur zwei Drittel (235.000 t) im Inland aufgebracht, 115.000 t wurden aus dem Zolllausland, und zwar fast ausschließlich aus Deutschland, 6000 t aus Ungarn bezogen. Dem stand eine Ausfuhr von Alteisen in der Höhe von 8000 t nach Ungarn und von 4000 t nach dem Zolllausland gegenüber.

### 3. Produktions- und Absatzverhältnisse.

Von der gesamten Roheisenproduktion der Monarchie entfielen 2.010.000 t (85,5%) auf Frischereiroheisen und nur 315.000 t (d. i. 13,5%) auf Gießereiroheisen. Von der Gesamterzeugung an Frischereiroheisen entfielen auf Österreich 71,2%, auf Ungarn 27,1%, auf Bosnien 1,7%. Noch größer war das Übergewicht der österreichischen Erzeugung bei Gießereiroheisen, von dessen Erzeugung auf die ungarischen und bosnischen Hochöfen nur je 4,8% kamen. In keiner der beiden Eisensorten reichte die Produktion Ungarns für den eigenen Verbrauch, so daß ein ständiger, wenn auch nicht allzu bedeutender Export österreichischen Roheisens nach Ungarn stattfand; er betrug im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 45.000 t Frischereiroheisen und 30.000 t Gießereiroheisen. Nach dem Zolllauslande gingen 25.000 t Frischereiroheisen, und zwar fast zur Gänze nach Italien. Die Einfuhr an Frischereiroheisen aus dem Zolllauslande war geringfügig; sie betrug nicht mehr als 1500 t. Dagegen wurden bei Gießereiroheisen rund 35% des Inlandsverbrauches (150.000 t) durch die Einfuhr und nur 65% (250.000 t) durch die eigene Erzeugung gedeckt. Die Größe der Einfuhr an Gießereiroheisen hatte ihren Grund nicht etwa in der qualitativen oder quantitativen Leistungsunfähigkeit der österreichischen Werke, sondern ausschließlich darin, daß es für die Hochofenwerke unwirtschaftlich war, bei dem verhältnismäßig geringen Bedarf des Inlandes alle Spezialsorten von Gießereiroheisen zu erzeugen. Sie zogen es vor, sich auf die wenigen Sorten zu beschränken, in denen ein relativ großer Bedarf vor-

handen war, und die Deckung des Restes der ausländischen Einfuhr zu überlassen; 40% ihrer Erzeugung an Gießereiroheisen verarbeiteten sie überdies selbst auf Massenartikel von einheitlicher Materialbeschaffenheit, wie Gußröhren, Bremsklötze u. dgl.

Ähnlich wie bei Roheisen entfiel auch bei Rohstahl von der Gesamtproduktion der Monarchie der überwiegende Teil (69'1%) auf Österreich und nur 29'5% auf Ungarn und 1'4% auf Bosnien. Der Außenhandel in Rohstahl (Ingots, Luppen, Blöcke, Zaggel, Platinen) war im Verhältnis zur Erzeugung gering, ergab jedoch im Gegensatz zum Roh Eisen eine passive Bilanz. Einer Ausfuhr von durchschnittlich 8000 t stand eine Einfuhr von 30.000 t gegenüber.

An Walzwerke und Drahtziehereien des Inlandes wurden von der österreichischen Rohstahlproduktion nur 11% oder 200.000 t verkauft, alles übrige wurde von den Erzeugern des Rohstahles selbst weiter zu Walzware verarbeitet. Die österreichische Erzeugung an Walzprodukten ergab 850.000 t Stabeisen und Träger, 110.000 t Grobbleche, 140.000 t Feinbleche, 120.000 t Draht und 330.000 t anderes Eisenmaterial, wie Schienen, Schienenbefestigungsmaterial, schmiedeeiserne Röhren, Stahlguß, Schmiedestücke, Räder, Achsen, Radkränze u. dgl.

Die österreichische Produktion an Eisengußwaren ist auf 550.000 t zu veranschlagen, wovon 120.000 t auf die eigene Produktion der Hochofenwerke an Röhren, Bremsklötzen, Walzen, Profilen usw. entfielen, während der Rest in den Eisengießereien hergestellt wurde.

Der Außenhandel war in Stabeisen aktiv, aber im Verhältnis zur inländischen Erzeugung nicht bedeutend. Einer Einfuhr von durchschnittlich 28.000 t stand eine Ausfuhr von 61.000 t gegenüber. An beiden Verkehrsrichtungen war Ungarn mit etwa einem Fünftel beteiligt. Die Stabeisenausfuhr bestand zu mehr als zwei Dritteln in Edlstählen, wovon mehr als die Hälfte nach Deutschland ging. Von der Einfuhr entfielen 15% auf schwedischen Sensenstahl, der im Veredlungsverkehr bezogen wurde, 5% auf zollfreies Schiffsbaumaterial aus England und 80% auf verschiedene Stabeisen- und Stahlorten aus Deutschland.

In Grobblechen, d. i. Bleche über 2 mm, stand eine Ausfuhr von 32.000 t einer Einfuhr von nur 4000 t gegenüber. Im Zwischenverkehr mit Ungarn betrug die Einfuhr 5000, die Ausfuhr 6500 t, so daß auch der Zwischenverkehr für Österreich aktiv war. Die Grobblecherzeugung erfolgte zum überwiegenden Teil in Walzwerken, die mit Hochofenwerken verbunden waren; dagegen erfolgte die Erzeugung von Feinblechen zu mehr als 60% in reinen Stahlwerken. Im Außenhandel überwog hier die Einfuhr mit 26.000 t gegenüber einer Ausfuhr von nur 12.000 t. Auch im Zwischenverkehr mit Ungarn stand einer Einfuhr von 13.000 t eine etwas geringere, nur 12.000 t betragende Ausfuhr gegenüber. Dagegen gestaltete sich der Außenhandel mit Walzdraht und gezogenem Draht stark aktiv: einer Einfuhr von 7000 t stand eine Ausfuhr von 8500 t gegenüber. Die Bedeutung dieser Ziffern wird dadurch zugunsten der österreichischen Handelsbilanz beeinflusst, daß es sich bei der Ausfuhr hauptsächlich um Feindrähte handelte. Nach Ungarn wurden 12.000 t Draht ausgeführt, ohne daß dem eine Einfuhr gegenüberstand.



## B. Die österreichische Eisenindustrie im Kriege.

### 1. Die Rohstoffversorgung.

Bei dem Reichtum der Monarchie und insbesondere der österreichischen Länder an Erz- und Kohlenlagern glaubte man annehmen zu können, daß eine Gefährdung der Rohstoffversorgung in der österreichischen Eisenindustrie auch bei vollständiger Absperrung der ausländischen Zufuhren ausgeschlossen sei.

Was zunächst die Erzversorgung betrifft, so hätte auch ein vollständiger Ersatz der ausländischen Zufuhren, die nur 680.000 t oder 17% des Bedarfes ausmachten, durch Steigerung der inländischen Erzproduktion keine Schwierigkeit bereiten dürfen; zudem blieb die Erzeinfuhr zum größten Teil von der Blockade unberührt, da sie zu 70% aus Schweden über die Ostsee erfolgte, die von der deutschen Flotte beherrscht wurde. Dementsprechend hielt sich die Erzeinfuhr während des ganzen Krieges auf einer Höhe von durchschnittlich 600.000 t jährlich, also ungefähr auf der Höhe der Vorkriegeinfuhr an schwedischen Erzen. Dagegen wurden die Erzbezüge des Triester Hochofenwerkes aus den Mittelmeerländern in der Höhe von 150.000 t jährlich mit Beginn des Krieges sofort unterbunden, was weniger wegen des Entganges dieser Zufuhr als wegen der Stilllegung des Triester Hochofens ins Gewicht fiel. Übrigens wurde der Entgang der mittelländischen Erze auch dadurch ausgeglichen, daß die österreichische Erzausfuhr, die vor dem Kriege durchschnittlich 110.000 t im Jahre betragen hatte, schon im Jahre 1914 auf 60.000, im Jahre 1915 auf 30.000, im Jahre 1916 auf 15.000 und im Jahre 1917 auf 10.000 t zurückging.

Die Ausfuhr an Alteisen, die nie sehr groß war und in der Vorkriegszeit 6000 t jährlich nicht überschritt, sank im Kriege auf völlig bedeutungslose Mengen von nur 500 bis 100 t herab. Auch die Alteiseneinfuhr, die im Frieden 115.000 t jährlich betragen hatte und der Hauptsächlichheit nach aus Deutschland gekommen war, wies in den beiden ersten Kriegsjahren einen starken Rückgang auf. Sie betrug 1915 nur mehr 35.000 t, wurde jedoch in den beiden folgenden Jahren durch Bezüge aus den besetzten Gebieten der Balkanstaaten und Rußlands auf einen Stand gehoben, der den der Vorkriegszeit übertraf. Sie betrug im Jahre 1916 170.000 t, im Jahre 1917 160.000 t.

Auch für die Versorgung der Eisenindustrie mit Brennstoffen spielten ausländische Kohlen- und Koksbezüge schon im Frieden kaum eine Rolle, wenn man von dem Sonderfall des Triester Hochofens absieht.

Da somit die Erz- und Kohlenversorgung der österreichischen Eisenindustrie vollkommen gesichert zu sein schien, hielt man es zu Anfang des Krieges überhaupt nicht für notwendig, sie noch durch Ausfuhrverbote zu sichern, um so weniger, als man zu Beginn des Krieges nicht an dessen lange Dauer glaubte. Die Heeresverwaltung beschränkte sich daher zunächst auf die Forderung von Ausfuhrverboten für Gegenstände der Heeresausrüstung, wie Eisendraht, bestimmte Dimensionen von Trägern, Bleehe und Schienen, Brückenkonstruktionen, Werkzeuge und Hufeisen. An eine Bewirtschaftung der Eisenerzeugung dachte damals noch niemand. Die Reihe der Verbote wurde dann vergrößert, wie der Tag es forderte. Erst im Oktober 1914 wurden

die bis dahin erlassenen Ausfuhrverbote unter gleichzeitiger Ergänzung in eine Liste zusammengefaßt, in der sich nunmehr auch Verbote für Erze und Alteisen befanden. Sie hatten nur für Alteisen eine gewisse Bedeutung.

Maßgebend für die Rohstoffversorgung der österreichischen Eisenindustrie blieb somit auch im Kriege die inländische Produktion. Die Förderung von Eisenerzen fiel zwar gegenüber einer Friedensziffer von 2,915.000 t im ersten Kriegsjahr auf 2,285.000 t herab, hob sich jedoch wieder allmählich und erreichte im Jahre 1915 2,545.000 t, um im Jahre 1916 mit 3,200.000 t die Vorkriegsziffer sogar wesentlich zu überschreiten. Von da an trat allerdings ein starker Rückgang ein. Im Jahre 1917 betrug die Eisenerzförderung der österreichischen Bergbaue nur mehr 2,490.000 t, also um rund eine halbe Million weniger als im Frieden, im Jahre 1918 wurde sie auf fast die Hälfte des Friedensstandes herabgemindert. Dieser Rückgang der Förderung, der sich trotz einer Vermehrung der Belegschaft um 20% einstellte, war vor allem auf die Ernährungsschwierigkeiten, auf die körperliche und geistige Ermüdung und die dadurch verursachte Verminderung der Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters zurückzuführen. Dazu kam als zweite, nicht minder wichtige Ursache, daß die außerordentliche Steigerung der Produktion im Jahre 1916 nur durch forcierten Abbau, unter vollständiger Rückstellung der notwendigen Vorrichtungsarbeiten im tauben Gestein erzielt werden konnte. Man hatte Raubbau getrieben, um die Erfüllung des sogenannten «Hindenburg-Programms» zu ermöglichen.

Die Erzzufuhren aus Ungarn, die vor dem Kriege etwa 500.000 t jährlich betragen hatten, beliefen sich im Jahre 1914 auf 310.000, im Jahre 1915 auf 330.000, im Jahre 1916 auf 340.000 und 1917 auf 420.000 t.

Unter Einrechnung dieser ungarischen Zufuhren und der schwedischen Erzbezüge sowie nach Abzug der, wie erwähnt, geringfügigen Erzausfuhr verblieben für die Versorgung der österreichischen Hochöfen im Jahre 1914 3,135.000 t, im Jahre 1915 3,480.000 t, im Jahre 1916 4,100.000 t, 1917 3,505.000 t Erz. Bemerkenswert ist, daß der Anteil der alpenländischen Erzgruben an der Gesamtproduktion sich während des Krieges stark erhöhte. Während er in den letzten Friedensjahren nur 66% betragen hatte, stieg er im Jahre 1914 auf 70%, im Jahre 1915 auf 73%, im Jahre 1916 auf 74%, um 1917 allerdings wieder auf 72% zurückzugehen.

Der Verbrauch an Alteisen (Schrott) hat sich im Kriege sehr gesteigert. Das Aufbringen betrug in den Jahren 1916 und 1917 rund 400.000 t, wovon 160.000 t (überwiegend aus Deutschland) eingeführt wurden. Dazu kam der Anfall an Alt- und Abfalleisen in den Eisenwerken selbst, so daß der Verbrauch an Schrott auf etwa 600.000 t veranschlagt werden kann. Der Verkehr mit Ungarn war sehr gering, denn beide Staaten der Monarchie trachteten, mit den eigenen Vorräten auszukommen. Die Schrotteinfuhr aus Ungarn betrug in den Kriegsjahren 8000 bis 13.000 t, die Ausfuhr durchschnittlich 6000 t. Nicht unerheblich waren die Schrottmengen, die aus den besetzten Gebieten zulossen. Hierbei fand eine einvernehmliche regionale Teilung insofern statt, als das Alteisengefälle von Serbien, Rumänien und Bulgarien (1916: 5800 t, 1917: 15.500 t, 1918: 12.600 t) an Ungarn, dasjenige der besetzten

Gebiete Rußlands und Italiens (1916: 17.600 t, 1917: 15.000 t, 1918: 18.000 t) an Österreich zugeteilt wurde.

Der Verbrauch an Gußbruch steigerte sich ebenfalls, doch bei weitem nicht in demselben Ausmaße wie der von Schrott; er dürfte 1917 gegen 100.000 t betragen haben. In den beiden letzten Kriegsjahren mußten zu seiner Deckung Zufuhren aus Deutschland herangezogen und zu diesem Zweck Ausfuhrbewilligungen angesprochen werden. Diese Zufuhren betrugen etwa 17% des Verbrauches.

Über die Brennstoffversorgung der österreichischen Eisenindustrie geben die folgenden Zahlen eine Übersicht:

	in Millionen Tonnen					
	1913	1914	1915	1916	1917	1918
						(1. Halbjahr)
die Steinkohlenförderung . . . . .	16'3	15'4	16'1	17'6	16'8	7'4
die zur Verkokung verwendete Kohle . . . . .	3'2	2'8	2'5	3'2	3'4	} Keine An- gaben von händen!
die Kokserzeugung . . . . .	2'3	2'2	1'9	2'6	2'6	
der Koksverbrauch der Hochöfen . . . . .	1'8	1'4	1'5	2'0	1'8	

Die Ausfuhr von Österreich nach Ungarn betrug in Steinkohle 1,100.000 t, in Koks 500.000 t. Die Einfuhr aus Ungarn betraf in der Hauptsache nur Braunkohle.

## 2. Die Entwicklung der österreichischen Eisenproduktion im Kriege.

Wie die Erzförderung zeigt auch die Roheisenerzeugung Österreichs unmittelbar nach Kriegsausbruch einen scharfen Rückgang. Sie sank von 1,710.000 t im Jahre 1913 auf 1,350.000 t im Jahre 1914, hauptsächlich infolge der Stockung des Bedarfes und der Verminderung der Arbeiterzahl durch die Einberufungen; 1915 machte sich bereits ein leichtes Ansteigen auf 1,430.000 t bemerkbar. Im Jahre 1916 erfolgte eine forcierte Steigerung auf 1,720.000 t infolge der durch das Hindenburg-Programm erhöhten Ansprüche der Heeresverwaltung. Auch die Arbeiterzahl der österreichischen Eisenwerke, die von 5570 im Jahre 1913 auf 4570 im Jahre 1914 und auf 4190 im Jahre 1915 gesunken war, hob sich im Jahre 1916 auf 4713; im Jahre 1917 überschritt die Arbeiterzahl mit 6410 sogar den letzten Friedensstand. Nichtsdestoweniger ging die Erzeugung auf 1,450.000 t zurück, im wesentlichen aus denselben Ursachen, welche im gleichen Jahr einen scharfen Rückgang der Erzförderung hervorgerufen hatten.

In Ungarn betrug die Roheisenerzeugung im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre 560.000 t, um im Jahre 1914 auf 390.000 t zurückzugehen, weiterhin im Jahre 1915 auf 425.000 t anzusteigen und in den Jahren 1916 und 1917 auf 450.000 t zu verbleiben.

Der Außenhandel in Roheisen zeigt während der Kriegszeit insofern ein ähnliches Bild wie vor dem Kriege, als Österreich fortdauernd einer starken Einfuhr an Gießereiroheisen bedurfte, die in den Jahren 1916 und 1917 mit 158.000 und 210.000 t sogar den Durchschnitt der letzten Friedensjahre (150.000 t) überstieg. Die außerordentliche Steigerung des Bedarfes an Gießereis Eisen führte in diesen Jahren auch zu einer teilweisen Umstellung der Produktion in den österreichischen Hochofenwerken, die im Jahre 1917 die Er-

zeugung von Gießereieisen auf 510.000 t oder 35% der Gesamtproduktion hinaufsetzten, bei einem gleichzeitigen Rückgang der Erzeugung von Frischereisroheisen auf 940.000 t oder 65% der Gesamtproduktion, die in diesem Jahre 1,450.000 t erreicht hatte.

Daß diese Umstellung der Hochofenproduktion möglich war, hing mit der außerordentlichen Vermehrung des Aufbringens an Schrott und mit der verstärkten Verwendung dieses Materials bei der Erzeugung von Rohstahl zusammen, die es erlaubte, den Verbrauch von Frischereieisen in den Stahlwerken wesentlich herunterzusetzen und trotzdem die Rohstahlerzeugung zu steigern. Diese betrug im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre 1,820.000 t; sie sank im Jahre 1914 auf 1,540.000 t, überschritt jedoch bereits im Jahre 1915 mit 1,980.000 t den Vorkriegsstand, wurde im Jahre 1916 bis auf 2,500.000 t hinaufgetrieben, so daß sie die gleichzeitige Produktion an Frischereisroheisen um rund 1,000.000 t überstieg, und behauptete sich im Jahre 1917 noch auf einer Höhe von 2,220.000 t, obwohl in diesem Jahre die Erzeugung an Frischereieisen auf 940.000 t zurückgegangen war.

Die ungarische Rohstahlproduktion betrug im Durchschnitt der letzten Friedensjahre 775.000 t, d. i. ungefähr 30% der Gesamterzeugung der Monarchie. Dieser Anteil sank im Jahre 1914 auf 28%, im Jahre 1915 auf 26%, um in den folgenden Jahren sich mit ungefähr 24% zu stabilisieren. Die Aufgaben, die die Eisenindustrie der Monarchie für die Kriegführung zu erfüllen hatte, wurden somit vorwiegend von Österreich geleistet. Die österreichischen Werke hatten nicht nur für den durch den Krieg hervorgerufenen Mehrbedarf aufzukommen, sondern auch für den Ausfall der ungarischen und bosnischen Produktion gegenüber der Friedensleistung.

### 3. Die Umstellung der Erzeugung auf den Kriegsbedarf.

Eine Umstellung der Erzeugung infolge der geänderten Ansprüche des Bedarfes trat während des Krieges weniger bei der Eisenproduktion als bei der eisenverarbeitenden Industrie ein. Die Erzeugung von Waffen und Geschützen nahm eine außerordentliche Ausdehnung an, und die damit beschäftigten Betriebe erweiterten sich im größten Maßstabe. Zahlreiche Unternehmungen bis herunter zu kleinen Schlossereien und Werkzeugfabriken wurden in den Dienst der Geschößerzeugung gestellt. Wer nur eine Drehbank hatte oder anschaffen konnte, begann Granaten zu drehen. Außerordentlich starke Ansprüche wurden ternier an die Erzeugung von Eisenbahnkleinmaterial für den Oberbau, an die Lokomotiv- und Waggonfabriken, an die Automobil- und Wagenerzeugung und an die Betriebe gestellt, die Trainausrüstungsgegenstände herstellten (wie Wagenachsen, Radeisen, Hufbeschlag, Bänder, Schlösser u. dgl.). Das gleiche gilt von der Erzeugung von Fahrküchen und Kochkisten, von Konservenbüchsen für die Konservenfabriken und von Gegenständen für die Ausrüstung der Mannschaft, wie Stahlhelme, Spaten, Blechgeschirr und Schützengrabenöfen.

Während die Betriebe, die sich mit der Erzeugung dieser Gegenstände befaßten, ihren Umfang weit über den der Friedenszeit hinaus ausdehnten, erfuhr die Produktion anderer Artikel, die nicht unmittelbar dem Kriegs-



bedarf dienten, eine ziemlich empfindliche Einschränkung, so zum Beispiel die Erzeugung von landwirtschaftlichen Werkzeugen und Maschinen und von anderen Waren, die scheinbar nur dem Bedarf der Zivilbevölkerung dienten. Je länger aber der Krieg dauerte, desto mehr erkannte man, daß zu seiner Fortführung nicht nur die Beschaffung des unmittelbaren Heeresbedarfes, sondern die planmäßige Vorsorge für die Aufrechterhaltung der ganzen Wirtschaft notwendig sei. Immer mehr zeigte es sich, daß der Krieg nicht nur durch die Heere, sondern ebenso durch die technische Ausrüstung und die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft entschieden werde. Dieser Umschwung der Meinungen, der sich im Jahre 1915 zu vollziehen begann, führte zur Belebung der anfänglich vernachlässigten Produktionszweige. Der Bedarf der Wirtschaft forderte sein Recht neben dem des Krieges. Die Maßnahmen, die zur Regelung der Eisenproduktion und zur Bewirtschaftung ihrer Erzeugnisse ergriffen wurden, dienten größtenteils dem Zwecke, den Bedürfnissen der Wirtschaft zur Geltung zu verhelfen.

#### 4. Die Hemmungen der Produktion durch den Krieg.

Zu Anfang des Krieges wirkten verschiedene Umstände zusammen, um seine produktionshemmenden Wirkungen wenigstens teilweise wieder aufzuheben und die Führung der Betriebe zu erleichtern. Der Verbrauch der Bevölkerung ging zurück, der Bedarf der Heeresverwaltung war noch verhältnismäßig gering. Die Verpflegung der Bevölkerung war noch genügend, die Versorgung mit Rohstoffen dem geminderten Bedarf gegenüber sogar reichlich, trotz des Rückganges ihrer Produktion, die Zufuhren endlich, wenn auch verlangsamt, doch nicht beschränkt. Da der Heeresbedarf nur allmählich und im Anfang nicht besonders stark anstieg, war es der Industrie möglich, in die neue Situation allmählich hineinzuwachsen und sich darauf einzurichten. Als durch die Intensivierung der Kriegführung, das sogenannte «Hindenburg-Programm», im Jahre 1916 außerordentliche Ansprüche gestellt wurden, war eine plötzliche und gewaltsame Anspannung der Produktion bis zum äußersten noch durchaus möglich. Doch schon im weiteren Verlauf des Jahres 1916 zeigten sich die ersten Folgen dieser Überspannung der Leistungen. Reibungen bei Beschaffung von Eisenschrott für die Stahlföfen traten ein. Im Jahre 1917 blieb die Roheisenerzeugung bereits im ersten Vierteljahr um 12% hinter dem Erzeugungsprogramm zurück, das auf Grund der Ergebnisse des vorangegangenen Jahres aufgestellt worden war. Man mußte an Deutschland mit Anforderungen um Aushilfe herantreten. Durch verstärkte Verwendung von Schrott gelang es noch, den Ausfall der Roheisenerzeugung größtenteils wettzumachen. Von entscheidender Bedeutung wurden die Ernährungsschwierigkeiten und die durch die Entbehrungen des Krieges und seine psychologischen Wirkungen herbeigeführte Minderung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters. Während in den österreichischen Hochofenwerken im Durchschnitt der letzten Friedensjahre auf den Kopf eines Arbeiters 308 t, im Jahre 1915 340 t und im Jahre 1916 sogar 365 t Roheisen kamen, fiel dieser Durchschnitt im Jahre 1917 auf 225 t, und auch die absolute Höhe der Erzeugung ging von 1,720.000 auf 1,450.000 t zurück, obwohl gleichzeitig die Arbeiterzahl von 4713 auf 6410 erhöht wurde.

Zu dieser Minderung der inneren Leistungsfähigkeit kamen die äußeren Hemmungen, die durch die Transport Schwierigkeiten bewirkt wurden. Ende Oktober 1917 nahm der Lokomotiv- und Wagenmangel einen solchen Umfang an, daß mit einem erheblichen Rückgang der Kohlenlieferungen für die Kriegsindustrie gerechnet werden mußte. Es gelang zwar noch, die Gesamtmenge der Stahlproduktion des Jahres 1917 nahe der Höhe des Jahres 1916 zu halten, aber im November und Dezember fiel die Monatsquote schon stark ab und zwang zur Drosselung der Bestellungen. Seit dieser Zeit hörten die Klagen über Erzeugungsschwierigkeiten nicht mehr auf, die Rückstände gegenüber den Aufträgen wuchsen, und man verzweifelte an der Möglichkeit, sie aufzuarbeiten. Der gesamte Produktionsapparat verfiel einer immer weiter greifenden Lähmung.

### 5. Die Wirkungen des Krieges auf Verbrauch und Absatz.

In der ersten Kriegszeit war der militärische Bedarf noch verhältnismäßig gering, so daß sogar eine Minderung der Eisenproduktion statthaben konnte; aber schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1915 fing der militärische Bedarf stark zu steigen an, um 1916 eine außerordentliche Ausdehnung zu erfahren. Auf Grund der Ergebnisse dieses Jahres wurde die Stahlerzeugung der Monarchie für das Jahr 1917 mit 2,950.000 t veranschlagt. Hievon nahm die Heeresverwaltung nicht weniger als 85% für den unmittelbaren Heeresbedarf in Anspruch, und zwar 1,000.000 t für die Munitionserzeugung, 850.000 t für Eisenbahnerfordernisse, 250.000 t für Drahthindernisse und Befestigungen und 400.000 t für verschiedene andere Zwecke. Einen Maßstab für die Steigerung des Verbrauches durch den Krieg und durch die Anforderungen der Militärverwaltung gibt der Umstand, daß der gesamte Eisenbahnbedarf für Österreich und Ungarn vor dem Kriege 320.000 t betrug, während für das Jahr 1917 850.000 t, also das Dreifache, dafür vorgesehen waren.

Nach Befriedigung dieser Ansprüche der Militärverwaltung blieben für den indirekten Heeresbedarf und für den sogenannten Zivilbedarf rund 450.000 t. Diese Menge wurde zwischen Österreich und Ungarn im Verhältnis von 75 : 25 geteilt, was dem tatsächlichen Verhältnis der Produktion von Walzware in den beiden Staaten der Monarchie entsprach. Auf Österreich entfielen infolgedessen ungefähr 330.000 t Walzware (Stabeisen, Bleche, Drähte, Röhren). Zu dem direkten militärischen Bedarf an Walzware kam noch ein solcher an Gießereieisen von rund 200.000 t, während für den Zivilbedarf 25.000 t Gießereieisen verblieben. Endlich diente auch die Einfuhr an Fertigwaren größtenteils der Deckung militärischen Bedarfes. Sie hatte sich im Jahre 1913, wenn man Eisenwaren, Maschinen und Fahrzeuge zusammenrechnet, auf 178.000 t belaufen und betrug im Jahre 1914 129.000 t, im Jahre 1915 136.000 t, im Jahre 1916 223.000 t und im Jahre 1917 160.000 t. Sie stammte überwiegend aus Deutschland. Die für 1917 veranschlagten Zivilkontingente (330.000 t Walzware und 25.000 t Gießereirohre) konnten jedoch nicht eingehalten werden. Die steigenden Schwierigkeiten in der Produktion führten zu einer Überlastung der Eisenwerke mit Rückständen an militärischen Lieferungen, die eine weitere Zurückdrängung des Zivilbedarfes zur Folge hatten. Immer wieder mußte eine Sperre für neue Bestellungen verhängt und die Stornierung alter Auf-

träge verfügt werden. Die Auslieferung des Gießereikontingents vollzog sich noch ohne Schwierigkeit, dagegen sank die Lieferung von Walzware für den Zivilbedarf schon gegen Ende des ersten Halbjahres 1917 auf die Hälfte der monatlichen Kontingentmenge, im zweiten Halbjahr auf ein Drittel. Im Heeresauschuß der österreichischen Delegation wurde von den Vertretern der Landwirtschaft über die vollständig unzulängliche Versorgung des Zivilbedarfes, insbesondere der Landwirtschaft, bewegliche Klage geführt. Es wurde auf die Gefährdung des Frühjahrsanbaues hingewiesen. Das Ergebnis langer Verhandlungen war, daß andere zivile Verbrauchergruppen zugunsten der Landwirtschaft verkürzt wurden, da die Heeresverwaltung auf keine Minderung des Heereskontingents eingehen konnte.

Für das Jahr 1918 wurde das Kontingent für den indirekten Heeres- und Zivilbedarf gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Drittel vermindert und für Walzware und Gießereiroheisen zusammen auf 239.000 t festgesetzt; doch sollte diese Ziffer nur ein Maximalkontingent bezeichnen. Denn gleichzeitig wurde festgesetzt, daß das Zivilkontingent keinesfalls mehr als 11,38% der Gesamterzeugung, mit deren weiterem Rückgange ja zu rechnen war, betragen dürfe.

Einer besonderen Regelung unterlag innerhalb des allgemeinen Kontingents für Walzprodukte die Lieferung schmiedeeiserner Röhren. Die Friedens-erzeugung der vier österreichischen Röhrenwalzwerke betrug rund 65.000 t. Sie wurde im Kriege gesteigert und erreichte in den Jahren 1916 und 1917 73.000 t. Die österreichische Zivilquote wurde für das Jahr 1917 mit 9200 t, für das Jahr 1918, in dem die Produktion auf 60.000 t zurückging, mit 7000 t festgesetzt. Auch hier kam es im Jahre 1918 nicht mehr zur vollen Auslieferung der auf die einzelnen Monate entfallenden Kontingente.

Die Edelstahlproduktion, die rund 120.000 t betrug, war Anfang Mai 1918 gesondert derart aufgeteilt worden, daß 86.400 t für den unmittelbaren Heeresbedarf, 9600 t für den Zivilbedarf bereitgestellt werden sollten. Ein Kontingent von 24.000 t wurde für den Export vorgesehen, da Edelstahl als Kompensationsobjekt zur Erlangung von Ausfuhrbewilligungen für andere Waren im Verkehr mit Deutschland und neutralen Ländern eine bedeutende Rolle spielte.

Den gedrosselten Zivilbedarf durch die Einfuhr fertiger Waren zu erleichtern, war unmöglich, da Deutschland, das praktisch allein als Bezugsland in Frage kam, angesichts der Schwierigkeiten, mit denen es selbst bei der Deckung seines Bedarfes zu kämpfen hatte, Ausfuhrbewilligungen meist nur erteilte, wenn Interessen der österreichisch-ungarischen Heeresverwaltung mit Nachdruck geltend gemacht werden konnten; daher kam auch der Import fast nur dem unmittelbaren Heeresbedarf zugute.

Die Überspannung der militärischen Forderungen hatte zur Folge, daß die Industrie zur Selbsthilfe griff. Sie begann bei Übernahme von Heereslieferungen ihre Materialforderungen zu hoch anzusetzen, um auf diese Weise Material für die Anfertigung von Waren für den Zivilbedarf zu erübrigen. Insbesondere suchte man auf diese Weise einen gewissen Export, wenn auch in höchst beschränktem Umfange, aufrechtzuerhalten. Nach Einführung der Bewirtschaftung des Eisens war das Handelsministerium bemüht, auch für



den Export ein gewissen Kontingent sicherzustellen; auf der anderen Seite suchte die Heeresverwaltung die Mißbräuche zu verhindern, deren sich manche Industrielle bei der Materialanforderung schuldig machten. Das Ergebnis längerer Verhandlungen war, daß gewisse Mengen für Exportzwecke reserviert, jedoch gleichzeitig Ausfuhrbewilligungen für Eisenwaren nur dann erteilt werden sollten, wenn die Materialanforderung ausdrücklich für Exportzwecke geschehen war. Tatsächlich war es gelungen, trotz aller Schwierigkeiten einen Export in gewissem Umfang aufrechtzuerhalten. Im Jahre 1917, dem letzten Jahre, für das eine Außenhandelsstatistik vorliegt, betrug der Export an Stabeisen, Blechen und Drähten 25.000 t gegen 133.000 t im Jahre 1913, während die Ausfuhr an Eisenwaren, Maschinen und Fahrzeugen 36.000 t gegen 157.000 t im Jahre 1913 betrug. Ein großer Teil dieser Ausfuhr ging in die besetzten Gebiete, und das Streben der Zivilbehörden, sie zu fördern, fand eine gewisse Unterstützung darin, daß auch die Heeresverwaltung ein Interesse daran hatte, die besetzten Gebiete mit Werkzeugen, landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, Nägeln, Blechwaren und anderen Eisenwaren zu versorgen. Eine große Rolle spielte insbesondere die Lieferung solcher Gegenstände nach der Ukraine, um durch eine Art Tauschhandel von dort Getreide zu beschaffen. Gewisse Waren, wie zum Beispiel Edelstahl, Glühlampen, kleine Gebrauchsgegenstände, verschiedene Eisenwaren und Maschinen, wurden auch nach neutralen Staaten, besonders in die Schweiz und nach Schweden, ferner nach dem Deutschen Reich exportiert. Die Aufrechterhaltung dieses Exports in einem gewissen Umfange war sowohl aus valutarischen Gründen wie zu Kompensationszwecken erforderlich.

Ebenso mußte auf die Versorgung Ungarns Bedacht genommen werden, das für die Deckung seines Bedarfes an Eisenwaren großenteils auf Österreich angewiesen war. Es gelang unter vielen Schwierigkeiten, die Ausfuhr nach Ungarn in einem Umfang aufrechtzuerhalten, der etwa zwei Dritteln der Ausfuhr vor dem Krieg entsprach.

### C. Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen und die Organisation der Kriegswirtschaft.

Die außerordentliche technische Intensivierung des Krieges im Jahre 1916 zwang einerseits zu einer weitgehenden Steigerung der Produktion, andererseits aber auch zur Vorsorge für zweckentsprechende Verwendung des aufgebrachten Materials. Zu diesem Behufe wurde im k. u. k. Kriegsministerium eine Kontrollstelle, das sogenannte «Eisenreferat», eingerichtet. Allen Eisenwerken in Österreich, Ungarn und Bosnien wurde verboten, Bestellungen zu übernehmen, die nicht die Bestätigung des Eisenreferats trugen. Die staatsrechtliche Zulässigkeit dieser Maßnahme, die unter Berufung auf das Kriegseistungsgesetz erfolgt war, wurde namentlich in Ungarn bestritten. Auch die Organisation und technische Einrichtung des Eisenreferats schien nicht geeignet, den angestrebten Zweck zu erreichen. Nach langen Verhandlungen kam es zur Erlassung gleichartiger Verordnungen des österreichischen und des ungarischen Handelsministeriums, die den Verkehr mit Eisen regelten. Durch diese Verordnungen, von denen die österreichische am 31. Jänner 1917 er-



schien, wurde in jedem der beiden Staaten eine «Eisenkommission» errichtet. Dieser Kommission oblag die Prüfung der Materialanforderungen der Eisenverarbeiter und -händler für bestimmte Aufträge oder zur Deckung des allgemeinen Bedarfs und die Zuweisung der genehmigten Bestellungen an die Eisenwerke zur Ausführung; endlich die Führung fortlaufender Übersichten über die Produktion, die Lagervorräte und den Bedarf.

Der Verkehrsregelung unterlagen Roheisen (mit Ausnahme der Ferrolegierungen und -halbfabrikate) vom Rohblock bis zum Stabeisen, Blech und Walzdraht; endlich Schienen, Eisenbahnkleinmaterial, Schwellen und schmiedeeiserne Rohre. Der Edelstahl wurde erst durch Ministerialverordnung vom 9. August 1917 in die Verkehrsregelung einbezogen. Durch dieselbe Verordnung wurde sie auch auf alle Erzeugnisse von Stahlwerken und Röhrenwerken (ebenso auf gewalzte wie auch geschmiedete, gepreßte, gezogene und geschweißte Röhren) sowie auf Stahlformguß ausgedehnt. Im Oktober 1917 folgte ihre Ausdehnung auf gezogenen Draht.

Die Eisenkommission bestand aus 14 Mitgliedern, nämlich aus sieben Vertretern des Kriegsministeriums, je zwei Vertretern des Eisenbahn- und Arbeitsministeriums und je einem Vertreter des Handels- und Ackerbauministeriums. Der Vorsitzende wurde vom Handelsminister bestellt. Die Eisenkommission faßte ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit galt jene Meinung, welcher der Vorsitzende beigetreten war. Beschlüsse der Eisenkommission, gegen die ein Mitglied Einspruch erhob, durften nur nach Entscheidung durch den Handelsminister vollzogen werden. Die Zuweisung der von der Eisenkommission zur Ausführung zugelassenen Bestellungen an die Eisenwerke erfolgte durch einen aus Vertretern der Werke gebildeten Ausschuß, den Werksausschuß, dessen 14 Mitglieder vom Handelsminister im Einvernehmen mit dem Kriegsminister ernannt wurden. Die beteiligten Ministerien entsendeten in den Werksausschuß je einen Vertreter, dem gegen alle Beschlüsse ein Einspruchsrecht zustand. Über die Aufrechterhaltung eines solchen Einspruches entschied die Eisenkommission. Nach Einbeziehung des Edelstahles in den Wirkungskreis der Eisenkommission wurde für deren Verkehr mit den Edelstahlwerken ein besonderer Werksausschuß der Edelstahlwerke bestellt, in den Vertreter der sieben Edelstahlwerke als Mitglieder berufen wurden. Im übrigen galten die gleichen Bestimmungen wie für den Werksausschuß.

Ähnliche Vorschriften galten in Ungarn.

Zur Regelung von Fragen, die beide Staaten betrafen, wurde ein gemeinsamer Arbeitsausschuß der beiden Eisenkommissionen gebildet, in den das gemeinsame Kriegsministerium drei Vertreter, die österreichische und ungarische Regierung je fünf Vertreter entsandte. Für den Fall, daß es im gemeinsamen Arbeitsausschuß zu keiner Einigung kommen sollte, war in Aussicht genommen, eine solche durch eine gemeinsame Ministerkonferenz herbeizuführen.

Das Bureau der österreichischen Eisenkommission befand sich im Kriegsministerium, doch gehörten ihm auch Vertreter der Zivilministerien an. Die Verwaltung des Kontingents für den unmittelbaren Heeresbedarf führte das Kriegsministerium, in welchem hiefür 15 Referate bestanden. Das Kon-

tingent für den indirekten Heeres- und Zivilbedarf war zwischen dem Eisenbahnministerium, dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, dem Ackerbau- und Handelsministerium mengenmäßig aufgeteilt. Jedes Ministerium verwaltete seinen Anteil selbständig.

Die Eisenkommission begann ihre Tätigkeit mit einer Überprüfung der von den Eisenwerken übernommenen Aufträge und mit einer Bestandsaufnahme der vorhandenen Vorräte. Der Auftragsbestand der Eisenwerke hatte 1917 einen solchen Umfang erreicht, daß eine geordnete Bewirtschaftung des Eisens kaum mehr möglich war. Die unausgeführten Bestellungen reichten bis in die letzten Monate 1915 zurück. Bestellungen aus so weit zurückliegender Zeit konnten 1917 kaum mehr als dringlich angesehen werden, es war vielmehr anzunehmen, daß ihnen in diesem Zeitpunkte kein konkreter Bedarf mehr zugrunde lag und daß die Bauten oder Arbeiten, für die sie dienen sollten, längst aus anderweitig beschafftem Material hergestellt worden waren. Von diesen Erwägungen ausgehend, beschloß die Eisenkommission, die vor dem 1. Februar 1916, also vor mehr als Jahresfrist bei den Eisenwerken untergebrachten, aber noch nicht ausgeführten Aufträge nicht mehr zur Ausführung zuzulassen. Um den Eisenwerken für die Aufarbeitung des noch verbleibenden Restes der unausgeführten Aufträge (d. i. der nach dem 1. Februar 1916 übernommenen) einen gewissen Spielraum zu verschaffen, wurde mit Anfang April 1917 eine bis Ende Mai reichende Sperre für neue Bestellungen verhängt.

Die Überhäufung der Eisenwerke mit Aufträgen hatte ihren Grund größtenteils darin, daß die verschiedenen militärischen Stellen bei der Bemessung ihres Bedarfes auf das Gesamterfordernis keine Rücksicht nahmen und, um sicher gedeckt zu sein, Aufträge erteilten, die den wirklichen Bedarf weit überstiegen, und daß ebenso die einzelnen Firmen, die Heeresbestellungen übernahmen, mehr Material anforderten, als sie tatsächlich brauchten, um sich auf diesem Umweg eine frei verwendbare Rohstoffreserve zu verschaffen. Infolgedessen wurden überflüssig große Vorräte angesammelt. Das Kriegsministerium schätzte zu Anfang 1917 die vorhandenen Lagervorräte auf 1,200.000 t, also auf mehr als ein Drittel der laufenden Jahreserzeugung.

Die Maßnahmen zur Entlastung der Eisenwerke mußten in immer radikalerer Form erneuert werden. Ende Juli 1917 wurden alle Bestellungen gelöscht, die von der Eisenkommission bis zum 31. März 1917 «freigegeben» (d. h. zur Ausführung zugelassen), aber bis 31. Juli noch nicht in das Walzprogramm der Eisenwerke aufgenommen worden waren. Ebenso sollten die zwischen dem 1. April und 30. Juni erteilten Freigaben gelöscht werden, wenn sie nicht bis zum 30. September zur Abwälzung gekommen waren. Für die nach dem 1. Juli erteilten Freigaben wurde die Ausführungsdauer von vornherein auf drei Monate beschränkt.

Im August 1917 wurde in der Form der Aufstellung eines «Kriegswalzprogramms» eine Normalisierung der Erzeugung durchgeführt. Aufträge sollten nur mehr für bestimmte Normaldimensionen zugelassen und, wenn sie unter einer bestimmten Mindestmenge lagen, nicht mehr gesondert zur Abwälzung gebracht werden.

Die Hemmungen der Produktion, die von den sich immer mehr verschärfenden Transportschwierigkeiten ausgingen, zwangen im November 1917

zur Verhängung einer neuen Auftragssperre für den Rest des Jahres. Trotzdem traten die Werke in das Jahr 1918 mit großen Rückständen ein. Sie wurden für die militärischen Kontingente vom Kriegsministerium mit 620.000 t beziffert, was unter den obwaltenden Umständen der Walzwerksproduktion von sechs Monaten gleichkam. Man griff zu dem Auskunftsmittel, das monatliche Walzprogramm, d. h. die Auswahl der Monat für Monat zur Abwälzung kommenden Aufträge, durch die Eisenkommission im Einvernehmen mit dem Werksausschuß vornehmen zu lassen. Ein durchgreifender Erfolg stellte sich jedoch nicht ein. Neue Maßnahmen wurden notwendig. Man legte die Walzprogramme von April 1918 an schon zwei Monate vorher fest, um den Werken eine bessere Disposition zu ermöglichen und Sicherheit gegen Einschübe zu bieten, und verfügte für den 1. Juni die Löschung aller alten Freigaben und früheren Monatsprogramme, die bis dahin nicht ausgeführt worden waren. Die Verwirrung, die der fortwährende Wechsel der Verfügungen hervorrief, wurde noch durch Fehler vermehrt, die bei der Regelung der Kohlenversorgung begangen wurden. So wurde die Förderung der Kladnoer Schächte der Prager Eisenindustriengesellschaft, aus der sich die am gleichen Orte liegenden Stahlwerke derselben Unternehmung versorgten, größtenteils abdisponiert und als Ersatz dafür Kohle aus dem Ostrau—Karwiner Revier angewiesen, die jedoch wegen Waggonmangels nicht rechtzeitig einlangen konnte, so daß die Prager Eisenindustriengesellschaft, die im Jahre 1917 ungefähr ein Fünftel der gesamten in Österreich erzeugten Stahlmenge lieferte, am 1. Mai 1918 zu dem verzweifelten Entschluß kam, ihren Betrieb stillzulegen. Er konnte erst im August wieder aufgenommen werden. Am 15. Oktober 1918 machte man den Versuch einer Neuregelung auf der Grundlage, daß in Hinkunft alle Freigaben ausnahmslos erlöschen sollten, die nicht innerhalb von vier Monaten auf ein Walzprogramm gesetzt wurden. Diese Maßregel kam jedoch nicht mehr zur Wirkung, weil, kurz nachdem sie erlassen worden war, der Zusammenbruch eintrat.\*)

Die Deckung des Zivilbedarfes stieß unter diesen Verhältnissen auf besondere Schwierigkeiten. Die Vorräte, die die einzelnen Firmen erlaubter- und unerlaubterweise angesammelt hatten, waren zusammengeschmolzen. Ob eine rechtzeitige Nachschaffung möglich sein würde, schien ungewiß, da mit den periodisch eintretenden Auftragssperren und mit der Löschung noch nicht ausgeführter Aufträge stets gerechnet werden mußte. Ein blühender Schleihhandel begann sich zu entwickeln, gegen den die Eisenkommission durch die Kontrollstelle des Kriegsministeriums vergebens einzuschreiten suchte. Natürlich war die «unter der Hand» erhältliche Ware um 50 bis 100% teurer als die ordnungsmäßig erworbene.

Da die Eisenkommission eine kollegiale Behörde war und die militärischen Kontingente von Vertretern der Heeresverwaltung, die Zivilkontingente von den Vertretern der Zivilbehörden verwaltet wurden, ergab sich von vornherein ein gewisser Gegensatz zwischen diesen beiden Gruppen. Je schwieriger die Produktionsverhältnisse sich gestalteten, desto mehr war die Heeresverwaltung bestrebt, die Deckung ihres Bedarfes auf Kosten der Zivilkontingente

---

\*) Vgl. hierzu Allgemeiner Teil, Seite 50 bis 52.



durchzusetzen. Auf der anderen Seite setzte die Zivilverwaltung diesem Streben stärksten Widerstand entgegen, da das Zivilkontingent äußerst schmal bemessen war und die immer lauter werdenden Klagen der Verbraucher die Behörden in eine gewisse Zwangslage versetzten. Auch in der Gebarung der Eisenkommission trat der Grundfehler der militärischen Kriegswirtschaft zutage. Sie war allzu einseitig darauf gerichtet, alle Vorräte rücksichtslos für ihren Bedarf auszuschöpfen, womöglich die ganze Produktion ihren Zwecken dienstbar zu machen, und sie übersah dabei, daß die Deckung des militärischen Bedarfes, von der die erfolgreiche Kriegführung abhängt, nur möglich ist, wenn auch der privaten Wirtschaft das Mindestmaß von Rücksicht zugebilligt wird, das die Voraussetzung für die Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit bildet. Indem die Zivilverwaltung in der Eisenkommission wie auch anderwärts als Anwalt der wirtschaftlichen Notwendigkeiten auftrat, wirkte sie gleichzeitig für die dauernde Sicherung des militärischen Bedarfes, sei es auch um den Preis einer teilweisen Einschränkung. Bei ihren Bestrebungen kam ihr zu Hilfe, daß auch die Werke ein Interesse daran hatten, ihre Friedenskunden halbwegs mit Material zu versorgen, und daß sie über genügende Kenntnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse verfügten, um den Grad der Dringlichkeit des Bedarfes beurteilen zu können. Vielfach war es ihnen leichter als den Vertretern der Zivilverwaltung, den militärischen Behörden ihre Wünsche annehmbar erscheinen zu lassen.

Ein weiterer Gegensatz zwischen den Vertretern der Heeresverwaltung und der Zivilbehörden in der Eisenkommission ergab sich hinsichtlich des Verhältnisses zu Ungarn. Ungarn hatte seit jeher einen großen Teil seines Eisenbedarfes durch die Einfuhr aus Österreich gedeckt. Während des Krieges war seine Roheisenerzeugung stark zurückgegangen. Die ungarische Rohstahlproduktion hatte sich nur mühsam während eines Jahres im Friedensumfang behauptet. Solange der Heeresbedarf noch nicht eine außerordentliche Höhe erreicht hatte, konnte Ungarn zur Not die Quote decken, die es dazu beizutragen hatte, und auch für seinen Zivilbedarf mehr oder weniger ausreichende Mengen erübrigen. Das war noch Anfang des Jahres 1917 der Fall. Im Jahre 1918 wäre jedoch der ungarische Zivilbedarf zu stark unterdeckt geblieben, wenn es auf seine eigene Eisenproduktion ausschließlich angewiesen worden wäre. Die Not war so weit gestiegen, daß die Feldbestellung in Ungarn gefährdet schien. Ungarn wurde nunmehr von der Gesamtproduktion beider Staaten der Monarchie ein festes Minimalkontingent von 106.000 t Walzware zugewiesen. Ein ähnlicher Vorgang wurde zur Deckung seines Bedarfes an schmiedeeisernen Röhren eingeschlagen. Einen weiteren Differenzpunkt bildete die Aufteilung des aus Deutschland bezogenen Roheisens und Schrottes. Bisher war diese Einfuhr zwischen Österreich und Ungarn im Verhältnisse zur Produktion der beiderseitigen Eisenwerke geteilt worden. Im Jahre 1918 forderte Ungarn, um die Produktion seiner Werke in größerem Umfang aufrechterhalten zu können, die Teilung nach dem staatsrechtlichen Quotenschlüssel, also im Verhältnis von 63'4:36'6, während im Jahre 1917 die Teilung im Verhältnis von 79:21, bzw. 75:25 erfolgt war.

In allen diesen Fragen wurden die ungarischen Wünsche von den Vertretern des Kriegsministeriums unterstützt, das fürchtete, daß Ungarn seinen



als Minimum bezeichneten Zivilbedarf von der Produktion vorwegnehmen und nur den Rest der Heeresverwaltung überlassen könnte. Durch diese Stellung der Heeresverwaltung verlor die österreichische Regierung auch die Möglichkeit, die Ungarn bei der Versorgung mit Eisen gemachten Zugeständnisse als Kompensation für die Erlangung von Gegenzugeständnissen bei der Lebensmittelversorgung zu verwerten.

Die Eisenkommission ist der ihr gestellten Aufgabe schlecht und recht nachgekommen. Sie hat halbwegs Ordnung in das Chaos gebracht, das durch planlose, den wirklichen Bedarf übersteigende Bestellungen und durch das Hamstern von Vorräten bei einzelnen Verbrauchern auf Kosten der anderen hervorgerufen wurde. Aber jeder Fortschritt, den man erzielte, wurde schon nach kurzer Zeit durch den Rückgang der Produktion wieder zunichte gemacht; denn dem Verfall der Erzeugung vermochte die Kommission nicht Einhalt zu gebieten. Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht besser gewesen wäre, an Stelle einer aus Beamten und Offizieren zusammengesetzten Kommission einen industriellen Selbstverwaltungskörper mit der Bewirtschaftung des Eisens zu betrauen. Seitens des Handelsministeriums und des Generalkommissariats für Kriegs- und Übergangswirtschaft war dies angestrebt worden. Der Versuch scheiterte jedoch an dem Widerstande des Kriegsministeriums, das darauf bestand, die mit der Munitionsbeschaffung und Heeresausrüstung in engstem Zusammenhange stehende Eisenindustrie unmittelbar zu kontrollieren. Das Kriegsministerium fand bei seinem Widerstand auch die Unterstützung der Eisenwerke, die ihre Interessen besser gewahrt glaubten, wenn sie und ihre Kartellorganisationen nur mit den Behörden zu tun hatten, statt sich in ein System industrieller Selbstverwaltungskörper einfügen zu müssen. Ein Hindernis bildete auch die Schwierigkeit, die eisenverarbeitenden Industrien zu organisieren, deren Zusammenfassung die Voraussetzung für die Anwendung des Systems der industriellen Selbstverwaltung auf die Eisenindustrie gebildet hätte.

Der Anfang einer solchen Organisation wurde allerdings gemacht. Mit Verordnung des Handelsministers vom 31. Jänner 1917 wurde ein Kriegsverband der Eisengießereien geschaffen, der die Aufgabe hatte, seine Mitglieder mit Rohmaterial zu versorgen, das aufgebrauchte Material entsprechend zu verteilen und die für seine Tätigkeit erforderlichen Übersichten zu führen.

Weiters sollte der Verband die Zentralstellen bei der Vergebung von staatlichen Aufträgen beraten und bei jeder Regelung von Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung mitwirken. Die innere Einrichtung des Verbandes war die gleiche wie die der anderen Verbände dieser Art. Der Bezug von Gießereiroheisen und Gußbruch seitens der Verbandsmitglieder durfte nach der Verordnung nur auf Grund einer Zuweisung des Verbandes erfolgen. Die Zuteilung des Roheisens sollte durch die Eisenkommission auf Ansuchen des Verbandes geschehen. Die Beschaffung von Gußbruch hatte der Verband unter Heranziehung der Handelsorganisation zu besorgen, die aus größeren Handelsfirmen zu bilden war. Der Verband, in den später auch die Weicheisengießereien einbezogen wurden, hat seine Aufgabe voll erfüllt und diesem wichtigen Zweige der eisenverarbeitenden Industrie eine geordnete Führung der

Produktion gesichert; allerdings war die Sachlage für die Gießereien wesentlich günstiger als für die Gewerbszweige, die Walzprodukte verarbeiteten.

Auf ähnlicher Grundlage wurde durch Verordnung vom 5. Oktober 1917 ein Wirtschaftsverband der Erzeuger von landwirtschaftlichen Maschinen errichtet, ferner am 11. Mai 1918 ein Wirtschaftsverband der Sensen- und Siehelerzeuger und am 31. Juli 1918 ein Wirtschaftsverband der Emailblechgeschirrerzeuger. Alle diese Verbände hatten gleichfalls die Aufgabe, bei Maßnahmen zur Versorgung mit Roh- oder Hilfsmaterial mitzuwirken. Da es jedoch zu einer vollständigen Durchorganisation der Eisenindustrie nicht mehr kam, ruhte ihr Schwerkgewicht mehr auf der Mitwirkung bei der Regelung wirtschaftlicher Fragen durch die Regierung, insbesondere auf dem Gebiete der Handelspolitik und in der sozialen Fürsorge und in der Herstellung einer Einigung zwischen ihren Mitgliedern über die Festsetzung von Preisen und Verkaufsbedingungen.

Besondere Maßnahmen wurden zur Bewirtschaftung des Alteisens getroffen. Man konnte dabei an eine private Organisation anknüpfen, die seit dem Jahre 1903 bestand. Damals hatten sich die österreichischen Eisenwerke zu einer Alteiseneinkaufsvereinigung zusammengeschlossen, die einer von den vier größten Firmen des Alteisenhandels gegründeten Gesellschaft (Alteisenhandelsvereinigung) den provisionsweisen Einkauf des Schrottbedarfes der gesamten österreichischen Eisenindustrie übertrug. Ein Ausschuß der Eisenwerke setzte jeweils die den Marktverhältnissen entsprechenden Inlandspreise fest. Nach Aufstellung eines gesteigerten Produktionsprogramms für das Jahr 1916 hielt es die Heeresverwaltung für notwendig, auch die Alteisenaufbringung der öffentlichen Bewirtschaftung zu unterwerfen. Durch Ministerialverordnung vom 5. Jänner 1916 wurde eine «Alteisenkommission» zur Beschaffung des Bedarfes der Eisenwerke an Alteisen aufgestellt. Sie hatte die Bedarfsanmeldungen der Eisenwerke einzuholen und ließ den Einkauf unter Heranziehung der mit größeren Lieferungen bisher befaßten Händlerfirmen besorgen. Sie hatte die zu kaufenden Mengen, die Produktions- und Bezugsbedingungen zwischen den Verbraucher- und Händlerorganisationen, ferner die Maximaleinkaufspreise festzusetzen und die Zuweisung des aufgebrauchten Materials vorzunehmen. Verkäufe von Alteisen an die Verbraucher unter Umgehung der Alteisenkommission waren unzulässig und wurden unter Strafe gestellt. Laufende Verträge konnten nur mit Bewilligung der Kommission erfüllt werden. Alle Händler mit Alteisen hatten monatlich ihre Vorräte anzumelden. Die Kommission erhielt auch das Recht, die Ablieferung von Vorräten zu verfügen. Der mit der Aufbringung und dem Einsammeln beschäftigte Zwischenhandel blieb unbehindert. Die sechs Mitglieder der Alteisenkommission wurden vom Handelsminister ernannt, und zwar die eine Hälfte aus Vertretern der Eisenwerke, die andere Hälfte aus Vertretern der Alteisen abgebenden Industrie. An den Beratungen nahmen Vertreter des Handels- und Eisenbahnministeriums sowie des Kriegsministeriums teil, denen gegen die Beschlüsse der Kommission ein Einspruchsrecht zustand. Zu den Beratungen der Kommission

wurden auch Vertreter des Alteisenhandels mit beratender Stimme zugezogen.

In Ungarn wurde eine ähnliche Einrichtung unter dem Namen «Alteisenverrechnungsbureau» geschaffen.

Die Alteisenkommission ist den ihr gestellten Aufgaben gerecht geworden. Sie wurde lange über das Kriegsende hinaus (1923) aufrechterhalten. Durch die Alteisenkommission wurden im Jahre 1916 403.500 t, im Jahre 1917 365.000 t, im Jahre 1918 250.000 t Alteisen aufgebracht.

## V. FARBIGE METALLE.

### A. Die österreichische Metallindustrie vor dem Kriege.

#### 1. Die Bedeutung der Metallindustrie in Österreich.

Im Jahre 1911 zählte Österreich in der Metall- und Metallwarenindustrie 1215 unfallversicherte Betriebe mit 38.760 Arbeitern, deren Jahreslohnsumme 43,5 Millionen Kronen betrug. Für ihre Rohstoffversorgung war die österreichische Metallindustrie allerdings vorwiegend auf den Bezug aus dem Ausland angewiesen, denn die Erz- und Metallgewinnung war in Österreich, von Aluminium, Blei und Zink abgesehen, keine nennenswerte. Dagegen bestanden in Österreich eine Reihe leistungsfähiger Walz- und Ziehwerke, die nicht nur das für die heimische Metallwarenerzeugung erforderliche Halbzeug (Bleche, Drähte, Stangen, Röhren usw.) in ausreichenden Mengen lieferten, sondern auch, gleich den zahlreichen Betrieben, in denen die verschiedensten Fertigwaren aus Metall erzeugt wurden, einen beträchtlichen Export erzielten.

#### 2. Produktion und Verbrauch an Rohmetallen im Jahre 1913.

##### a) Aluminium.

Die Erzeugung von Aluminium wurde in Österreich in einem einzigen Werk in Lend (Salzburg) betrieben, das dem Konzern der Aluminium-Industrie A. G. in Neuhausen (Schweiz) angehörte. Die Leistungsfähigkeit dieser Fabrik war bis auf jährlich 2500 t gesteigert worden. Das zur Herstellung des Aluminiums diende Tonerdehydrat wurde zum Teil aus dem Auslande, zum Teil von einer in Moste bei Laibach gelegenen Fabrik bezogen, die jedoch als Ausgangsprodukt ihrer Erzeugung gleichfalls ausländisches Material, aus Frankreich bezogenen Bauxit, verwendete. Der Versuch, inländischen Bauxit aus krainischen Lagerstätten (Wochein) zu benützen, war wieder aufgegeben worden, weil der hohe Gehalt des Wocheiner Bauxits an Kieselsäure seine Verarbeitung allzusehr verteuerte. Aus dem gleichen Grunde verhielt man sich auch ablehnend gegen die Verwendung istrianischen und dalmatinischen Bauxits, trotz des Vorhandenseins reicher Lagerstätten. Erst im Kriege kam es zu deren Aufschließung und Ausbeutung.

*b) Blei.*

Die Erzeugung von Werkblei betrug in Österreich-Ungarn 24.100 t, die Einfuhr 12.500 t, die Ausfuhr 1100 t, so daß sich ein Verbrauch an Rohblei in der Höhe von 35.500 t ergab. Zieht man noch die Erzeugung von Bleiglätte (800 t) und die Mehreinfuhr von Bleiwaren in der Höhe von 800 t in Betracht, so gelangt man zu einem Gesamtverbrauch der Monarchie an Blei von 37.100 t.

In Österreich allein (ohne Ungarn) betrug die Bleierzeugung 22.300 t, der Bleiverbrauch 30.000 t.

Bleierz wurde in Österreich in 64 Bergbauen mit einer Belegschaft von 3614 Arbeitern gewonnen. Die gesamte Erzeugung betrug 24.548 t Erz. Davon entfielen auf Kärnten (Bleiberg und Raibl) 17.755 t, auf Galizien 7143 t. Die früher sehr ertragreichen böhmischen Bergbaue (Mies und Příbram) hatten ihre Bedeutung längst verloren und erzeugten zusammen nur mehr 68 t Erz.

*c) Zink.*

Die Produktion an Rohzink betrug in Österreich-Ungarn 21.700 t, die Einfuhr 31.800 t, die Ausfuhr 13.200 t, so daß sich der Verbrauch von Rohzink in der gesamten Monarchie auf 40.300 t belief. Eine Mehrausfuhr von 600 t Zinkwaren bewirkte, daß der Eigenverbrauch von Zink 39.700 t betrug, wovon auf Österreich allein 27.000 t entfielen.

Die Produktion an Zinkerz betrug 34.224 t, die größtenteils (29.453 t) aus kärntnerischen Bergbauen (Raibl und Bleiberg), ferner aus Galizien und Krain stammte. Die Erzeugung der österreichischen Zinkhütten betrug 19.580 t. Sie verhütteten neben österreichischen auch aus dem Ausland eingeführte Erze.

*d) Kupfer.*

Gegenüber einer Einfuhr von 36.500 t betrug die Kupfererzeugung in Österreich-Ungarn nur 4100 t. Da die Ausfuhr 1400 t ausmachte, ergab sich ein Verbrauch an Rohkupfer in der Höhe von 39.200 t. An Kupferwaren war eine Mehrausfuhr von 2600 t zu verzeichnen, so daß der Kupferverbrauch für den eigenen Bedarf Österreich-Ungarns 36.600 t betrug. Davon entfielen auf Österreich allein rund 30.000 t.

Die Förderung von Kupfererzen betrug in Österreich im ganzen 15.967 t. Davon entfielen auf den Bergbau am Mitterberg in Salzburg 15.790 t, der Rest auf zwei Tiroler Bergbaue. In den Hüttenwerken von Mitterberg und Brixlegg wurden 2685 t Kupfer erschmolzen, wovon der weitaus größte Teil (2569 t) auf das Mitterberger Werk entfiel. Außerdem wurden in den Eisenwerken von Witkowitz und Trzyniec 1289 t Kupfer aus Kiesabbränden gewonnen.

*e) Zinn.*

Der Zinnverbrauch Österreich-Ungarns betrug bei einer Einfuhr von 4200 t und einer Ausfuhr von 1100 t insgesamt 3100 t. Zieht man hievon die Mehrausfuhr an Zinnwaren im Betrage von 200 t ab, so verbleiben als Eigenverbrauch der Monarchie 2900 t, woran Österreich mit etwa 80% beteiligt war. Die einheimische Erzeugung von Zinn war nahezu bedeutungslos; in einigen



böhmischen Gruben wurden im ganzen 938 t Zinnerz gewonnen. Österreich-Ungarn war somit in diesem Metall vollständig auf den Bezug aus dem Ausland angewiesen.

### *f) Nickel.*

Auch Nickel wurde innerhalb Österreich-Ungarns nicht gewonnen. Die Einfuhr an Nickel belief sich auf 1895 t, die Ausfuhr auf 32 t, so daß der Gesamtverbrauch der Monarchie an Rohnickel 1863 t, ihr Eigenverbrauch nach Abzug der Mehrausfuhr von Nickelwaren in der Höhe von 281 t den Betrag von 1582 t ausmacht. Hievon entfielen auf Österreich allein rund 1500 t.

### *g) Andere Metalle.*

Von anderen für die Kriegswirtschaft wichtigen Metallen wurden in Österreich gewonnen: 19.390 t Manganerz, 12.500 t Antimonerz, 52 t Wolframerz und etwa 90 t des wegen seines Molybdängehalts wichtigen Gelbbleierzes. Die Erzeugung der beiden letztgenannten Erze wurde während des Krieges wesentlich gesteigert und war bei der Abschließung der Mittelmächte von anderen Bezugsquellen von großer Wichtigkeit für die Herstellung von legierten Stählen. Erwähnt sei auch noch die Erzeugung von Quecksilber, obwohl sie mit der Metallindustrie nicht im Zusammenhang steht. In dem staatlichen Bergbau in Idria wurden 130.600 t Quecksilbererz gewonnen und daraus 820 t metallischen Quecksilbers erzeugt. Für die chemische und Munitionsindustrie der Mittelmächte war der Bergbau von Idria während des Krieges die einzige Bezugsquelle von Quecksilber.

## B. Die Metallbeschaffung während des Krieges.

### 1. Die Gründung der Metallzentrale A. G.

Wie aus den Angaben über Produktion und Verbrauch der Metalle in der Vorkriegszeit hervorgeht, vermochte die einheimische Erzeugung nur bei Aluminium den Eigenverbrauch voll zu decken. Außerdem wurden noch Blei und Zink in größerem Umfang durch Verhüttung inländischer Erze gewonnen, so daß bei Blei zwei Drittel, bei Zink die Hälfte des Bedarfes aus der inländischen Produktion befriedigt werden konnten. Bei Kupfer kam die inländische Erzeugung nur mehr einem Neuntel des Verbrauches gleich. Zinn und Nickel wurden überhaupt nicht in nennenswertem Umfang gewonnen. Durch den Krieg wurde der Verbrauch der verschiedenen Metalle außerordentlich gesteigert, während gleichzeitig die Zufuhren aus dem Ausland immer mehr unterbunden wurden. So schrumpfte die Einfuhr an Blei, die im Jahre 1913 2410, im Jahre 1914 sogar 3200 Waggons betragen hatte, auf 5 Waggons im Jahre 1915 und 10 Waggons im Jahre 1916 ein. An Zink waren im Jahre 1913 3180 Waggons und auch im Jahre 1914 noch 2710 Waggons eingeführt worden; im Jahre 1915 betrug dagegen die Zinkeinfuhr nur mehr 297, im Jahre 1916 2, im Jahre 1917 20 Waggons. Die Kupfereinfuhr, die im Jahre 1913 noch 3650, im Jahre 1914 3020 Waggons erreicht hatte, schmolz auf 160 Waggons im Jahre 1915, 110 Waggons im Jahre 1916 und 10 Waggons im

Jahre 1917 zusammen. An Rohzinn waren im Jahre 1913 420, im Jahre 1914 410 Waggons importiert worden, im Jahre 1915 132, 1916 8 Waggons; im Jahre 1917 war die Einfuhr vollständig versiegt. Die Nickeleinfuhr sank von 189 Waggons im Jahre 1913 und 199 Waggons im Jahre 1914 auf 25 Waggons im Jahre 1915, 35 Waggons im Jahre 1916 und 25 Waggons im Jahre 1917.

Der weitaus größte Teil der Metalleinfuhr war vor dem Krieg über Deutschland gegangen. Zum Teil, so zum Beispiel bei Zink, war Deutschland zugleich auch das Erzeugungsland, zum Teil stammte die Einfuhr aus den Beständen des deutschen Handels, zum Teil handelte es sich um einen reinen Durchfuhrverkehr über die deutschen Häfen, in deren Freigebieten sich auf diese Weise größere oder kleinere Vorräte in österreichischem Eigentum stehender Ware ansammelten.

Durch die vom Deutschen Reiche bei Kriegsausbruch erlassenen Ausfuhr- und Durchfuhrverbote wurde dieser Verkehr zunächst unterbunden. Das Abkommen vom 24. September 1914 zwischen den verbündeten Reichen enthielt die Bestimmung, daß die bestehenden Verbote auf Durchfuhrwaren und auf Waren, die vor Kriegsausbruch bereits auf Schiff oder Bahn mit der Bestimmung nach dem Gebiete des anderen Landes verladen oder nachweisbar für dessen Rechnung gekauft worden waren, keine Anwendung finden sollten. Außerdem wurde von beiden Seiten die Verpflichtung zur Erteilung von Ausfuhrbewilligungen für kontingentierte Mengen bestimmter Waren übernommen. Dies geschah deutscherseits auch für mäßige Kontingente von Metallen. Um die Übernahme und zweckmäßige Verteilung dieser Kontingente zu sichern und die Beschaffung von Rohstoffen durch Bezug aus neutralen Staaten planmäßig ins Werk zu setzen, wurde von den österreichischen und ungarischen Delegierten in dem Abkommen die Gründung von Rohstoffgesellschaften nach Art der im Deutschen Reiche bereits bestehenden in Aussicht gestellt.

Entsprechend dieser Erklärung forderte das österreichische Handelsministerium im Oktober 1914 die Österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe auf, eine der deutschen Kriegs-A.-G. in Berlin ähnliche Rohstoffgesellschaft zu gründen. Die Creditanstalt wandte sich an die großen Metallverbraucher, in erster Linie an die Munitionsfabriken. Es gelang, innerhalb weniger Tage mit einer Reihe der namhaftesten Firmen eine Verständigung über die Gründung einer Metallrohstoffgesellschaft zu erzielen. Diese wurde in Form einer privaten Aktiengesellschaft unter dem Namen «Metallzentrale A. G., Wien» ins Leben gerufen, und zwar mit dem statutenmäßigen Zwecke, «der Beschaffung, Verteilung und Verwertung von unedlen Metallen und Metallegierungen, insbesondere soweit sie zur Sicherstellung des industriellen Bedarfes für Heer und Marine im gegenwärtigen Kriegszustand erforderlich sind, zu dienen».

Tatsächlich blieb ihre Tätigkeit auf die Metallbeschaffung beschränkt. Die Verteilung der aufgebrachten Metalle behielt das Kriegsministerium selbst in der Hand, da sie hauptsächlich dem Zwecke der von ihm unmittelbar überwachten und geregelten Munitionserzeugung dienten. Nach den Statuten der Metallzentrale stand dem Kriegsministerium und dem Handelsministerium das Recht zu, zu allen Beratungen der Metallzentrale Vertreter zu entsenden,

denen ein Vetorecht vorbehalten war. Diese Bestimmung wurde über Ersuchen der Metallzentrale im März 1917 durch die Bestellung eines mit der ständigen Aufsichtsführung betrauten Regierungskommissärs ergänzt, den der Handelsminister ernannte.

Das eingezahlte Aktienkapital der Metallzentrale betrug 1.000.000 K. Da der Zentrale der Charakter einer ausschließlich öffentlichen Interessen dienenden Kriegsrohstoffgesellschaft gewahrt werden sollte, wurde in den Statuten bestimmt, daß der 5% Verzinsung des Aktienkapitals übersteigende Betrag zur Bildung einer Kapitalreserve verwendet und nach Auflösung der Gesellschaft dem Handelsministerium zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt werden solle.

Bei Gründung der Metallzentrale bestand die Absicht, ihre Tätigkeit auf ganz Österreich-Ungarn einschließlich Bosniens und der Herzegowina zu erstrecken; doch wurden später besondere Zentralen in Budapest und Sarajevo ins Leben gerufen, so daß sich die Tätigkeit der Metallzentrale A. G. bald nur auf Österreich beschränkte.

## 2. Die Metallaufbringung aus inländischen Vorräten und Beständen.

Die Hoffnung, mit Hilfe der Metallzentrale größere Metallmengen aus dem Auslande zu beschaffen, traf zwar für die erste Zeit noch zu, wie die Ziffern über die Metalleinfuhr im Jahre 1914 zeigen, verflüchtigte sich jedoch in dem Maße, als die Blockade schärfer wurde. Gegenüber einem Friedensbedarf von 9200 Waggons betrug die gesamte Metalleinfuhr im Jahre 1915 nur mehr 643 Waggons, um im folgenden Jahre (1916) auf 174, im Jahre 1917 sogar auf nur 85 Waggons zurückzugehen. Infolgedessen wurde auch die Tätigkeit der Metallzentrale A. G. mehr und mehr auf die Aufbringung von Metallen im Inlande gerichtet.

Die ersten Verfügungen über Beschlagnahme von Metallen wurden im Jänner 1915 von der Militärverwaltung auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes getroffen, ohne daß dabei nach einem bestimmten Plane vorgegangen oder eine von bestimmten Gesichtspunkten geleitete Auswahl der von der Beschlagnahme betroffenen Betriebe vorgenommen worden wäre. Man griff blindlings zu, wo man Vorräte vermutete, und glaubte den Zweck am besten zu erreichen, wenn man bei den metallverarbeitenden Gewerben die Rohstoffvorräte beschlagnahmte. Eine große Anzahl kleiner Gewerbetreibender wurde von der Maßnahme getroffen und zur Betriebseinstellung gezwungen, obwohl sie nur im Besitze verhältnismäßig kleiner Metallmengen waren, während große Vorräte in den Lagern der Händler unberührt blieben. Die Beschwerden häuften sich und wurden dadurch verschärft, daß es der ungarischen Regierung gelang, die Aufhebung der Beschlagnahmen in Ungarn durchzusetzen. Die Folge war, daß große Metallmengen aus Österreich nach Ungarn abströmten, wo man vor der Beschlagnahme sicher zu sein glaubte. Diese Mißstände wurden noch dadurch verschärft, daß die Metallzentrale verhalten war, beim freihändigen Metalleinkauf keine höheren Preise zu zahlen als diejenigen, die das Kriegsministerium bei seinen Beschlagnahmen der Vergütung zugrunde

legte. Infolgedessen geriet auch der Metalleinkauf durch die Metallzentrale ins Stocken.

Erst durch die Mitwirkung der zivilen Verwaltungsbehörden wurde ein planmäßiges Vorgehen herbeigeführt. Eine gleichzeitig in Österreich und in Ungarn am 7. Februar 1915 veröffentlichte Verordnung setzte an Stelle der bisherigen fallweisen und willkürlichen Beschlagnahmen die allgemeine Verpflichtung zur Anmeldung der bestehenden Metallvorräte und sah deren planmäßige Anforderung vor.

Zur Durchführung der Anforderungen und zur Ausarbeitung der notwendigen Verfügungen wurde eine eigene Amtsstelle, die Zentralrequisitionskommission für Metalle, ins Leben gerufen, in der das Ministerium für Landesverteidigung, das Handelsministerium, das Ministerium für öffentliche Arbeiten und das Kriegsministerium vertreten waren. Zur Übernahme der in Anspruch genommenen und als ablieferungspflichtig bezeichneten Metallmengen wurden Übernahmskommissionen für Metalle und Metallegierungen in Wien, Prag, Graz und Salzburg errichtet. Diesen oblag die Prüfung der eingelieferten Materialien hinsichtlich ihrer Eignung für Kriegszwecke, ihre Einschätzung und Übernahme. Die Übernahmskommissionen bestanden aus Vertretern der Zivil- und Militärverwaltung und je einem Sachverständigen.

Die Kontrolle der in den Betrieben verbleibenden Vorräte und die Freigabe der für die Fortführung der Betriebe und die Befriedigung des allgemeinen, d. h. nichtmilitärischen Bedarfes notwendigen Metallmengen oblag einem im Handelsministerium errichteten Kriegsmetalldienste, der unter Leitung staatlicher Beamter stand. Mit diesen behördlichen, zum Teil halb-militärischen Organen hatte die Metallzentrale zusammenzuarbeiten. Ihr oblag die Durchführung der mit der Beschlagnahme und Aufbringung von Metallen im Inlande verbundenen kaufmännischen Funktionen. Vor allem hatte sie das an die Übernahmskommissionen abgelieferte und das beschlagnahmte Material für die Militärverwaltung zu übernehmen und auf der anderen Seite die vom Kriegsministerium allwöchentlich verfüigten Metallzuweisungen an die Munitionsfabriken und andere für militärische Zwecke arbeitende Betriebe aus ihren Vorräten durchzuführen.

Außerdem wurde ihr der freihändige Einkauf von Metall übertragen. Um die Ablieferung von Metall und Metallgegenständen zu beschleunigen und an Stelle zwangsweiser Einziehung schon aus volkpsychologischen Gründen in möglichst weitem Umfange die freiwillige Ablieferung treten zu lassen, wurde der Metallzentrale nunmehr gestattet, bei freihändigem Einkauf höhere als die Beschlagnahmepreise zu bieten. Dank der von der Metallzentrale geschaffenen umfangreichen Einkaufsorganisation hatte diese Maßregel einen vollen Erfolg. Namhafte Metallmengen strömten ihr regelmäßig zu. Dieser Erfolg erwarb der Metallzentrale das Vertrauen der militärischen Stellen. Es konnte nunmehr durchgesetzt werden, daß der Metalleinkauf bei der Metallzentrale wirklich konzentriert wurde. Bis dahin hatten die Munitionsfirmen sich neben den Metallmengen, die ihnen aus den Vorräten der Metallzentrale und den von ihr übernommenen beschlagnahmten Vorräten überwiesen worden waren, auch durch privaten Einkauf Metall beschafft. Diese



private Einkaufstätigkeit hatte zu einer vollständigen Desorganisation des Marktes geführt. Das Versagen der gewohnten Bezugsquellen und die Angst, den Betrieb nicht aufrechterhalten zu können, führte zu dem Bestreben, sich Material auf jedem Wege zu beschaffen und jeden geforderten Preis dafür zu bezahlen. Der Tätigkeit der Metallzentrale stand man in der Industrie mit Mißtrauen gegenüber, da sie keine genügende Sicherheit für eine regelmäßige Rohstoffversorgung zu bieten schien. Geradezu feindselig verhielt sich zu ihr der Metallhandel. Erst allmählich gelang es den Bemühungen der Behörden und der Metallzentrale, diese Desorganisation des Metallmarktes einzudämmen. Entscheidend für den Erfolg war, daß die Metallzentrale die Mehrzahl der Händler in die von ihr geschaffene Einkaufsorganisation eingliederte.

Die Frage der Finanzierung des Metalleinkaufes wurde dadurch gelöst, daß die Zentrale sich die bei ihr bestellten Bezüge im vorhinein bezahlen ließ. Auf diese Weise konnten ihre großen Umsätze glatt abgewickelt werden.

Die behördlichen Maßnahmen zur Aufbringung von Metallen bezogen sich auf Aluminium, Antimon, Blei, Kupfer, Messing, Tombak, Bronze, Rohguß, Nickel, Zink, Zinn und Zinnlegierungen, ferner auf Chrom, Molybdän, Vanadium und Wolfram nebst den daraus hergestellten Ferrolegierungen. Zusammenfassend wurden diese Metalle als Kriegsmetalle bezeichnet. Zum Zweck ihrer Sicherstellung wurde durch die erwähnte grundlegende Verordnung vom 7. Februar 1915 die Anzeige aller vorhandenen Vorräte von Kriegsmetallen mit alleiniger Ausnahme von Zink angeordnet. Die Anzeigepflicht erstreckte sich auf Erze und Vorprodukte, auf Rohmetalle, Altmaterialien und Abfälle, auf Halbzeug (Platten, Bleche, Stangen, Drähte und Röhren) und schließlich auf Rohgußstücke, vorläufig aber noch nicht auf die Endfabrikate. Die Vorräte an Roh- und Altmaterial wurden gleichzeitig angefordert, und am 19. März 1915 wurde ihre Ablieferung unter Festsetzung bestimmter Vergütungssätze bis zum 27. März 1915 angeordnet.

Durch Verordnung vom 29. März 1915 wurde die Anzeigepflicht auf die Vorräte an Zinkerzen, Roh- und Altzink, Halbzeug und Rohgußstücke aus Zink ausgedehnt und die Anforderung auch auf die Metallvorräte erstreckt, die in industriellen Betrieben oder bei Händlern seit der auf Grund der Verordnung vom 7. Februar 1915 erfolgten Anmeldung zugewachsen waren. Weiters wurden in dieser Verordnung allgemeine Bestimmungen darüber erlassen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfange Bewilligungen zur Verarbeitung oder Veräußerung der angemeldeten Vorräte von Kriegsmetallen erteilt werden könnten.

Eine zweite Verordnung vom 29. März 1915 dehnte die Anzeigepflicht auch auf die Vorräte von Endfabrikaten in halb- oder ganzfertigem Zustand aus, und am 19. April 1915 geschah bereits der erste Schritt zur Anforderung von Kriegsmetallen, die in bestehenden Betriebseinrichtungen enthalten waren, indem die Anzeigepflicht auch für nicht in Benützung stehende Betriebseinrichtungen vorgeschrieben wurde, die ganz oder überwiegend aus Kriegsmetall bestanden. Druckwalzen der Kattun- und Tapetendruckereien und Einrichtungen der kleineren Branntweinbrennereien unterlagen der Anzeigepflicht, auch wenn sie in Benützung

waren. Die Verarbeitung oder der Verkauf der in den anzeigepflichtigen Betriebseinrichtungen enthaltenen Metallmengen wurde untersagt, gleichzeitig aber dem Betriebsinhaber das Recht eingeräumt, eine innerhalb von vier Wochen zu fällende Entscheidung der Militärverwaltung über die Übernahme oder die Freigabe der in Anspruch genommenen Einrichtungen zu verlangen.

Während bisher nur die Vorräte an Roh- und Altmetall angefordert und zur Ablieferung aufgerufen worden waren, wurden am 27. Mai 1915 auch die Vorräte an Halbzeug und Rohgußstücken, die bis dahin nur anzeigepflichtig gewesen waren, eingefordert. Gleichzeitig wurde die Ablieferung der seit Ende März neu zugewachsenen Vorräte an Roh- und Altmetallen verfügt. Eine ähnliche Verfügung erfolgte später auch hinsichtlich der Vorräte an Roh- und Altmetall, Halbzeug und Rohguß, die seit Ende Mai in den Betrieben und Handelsgeschäften neu zugewachsen waren. Eine patriotische Kriegsmetallsammlung wurde veranstaltet.

Die steigende Not an Metallen führte im Sommer 1915 zu administrativen Erhebungen über den Umfang der Metallmengen, die in Form von Dachdeckungsmaterial, Baubeschlägen, Geländern u. dgl. in öffentlichen oder privaten Gebäuden eingebaut waren. Ähnliche Erhebungen wurden über die bei den Verkehrsunternehmen als Besehläge an Waggons oder auf Schiffen vorhandenen Metallmengen und über die aus Kriegsmetall bestehenden Apparaturen in Brennereien, Brauereien und anderen industriellen Betrieben durchgeführt. Damit war der erste vorbereitende Schritt zur Ausdehnung der Beschlagnahme auf die Metallbestände getan, die sich in Form von Gebrauchsgegenständen und Werkseinrichtungen im Besitz und in Benützung der Bevölkerung und der verschiedensten Industriebetriebe befanden.

Auf Grund dieser Erhebungen wurde zunächst im Juli 1915 an die Einziehung der kupfernen Brennapparate geschritten, die sich auf dem flachen Land in großer Zahl im Besitze der einzelnen bäuerlichen Wirtschaften befanden und zur Herstellung von Obst- und Beerenbranntwein dienten.

Am 23. September 1915 wurde ein weiterer Schritt auf demselben Wege durch die Anforderung aller Haus- und Küchengeräte aus Kupfer, Kupferlegierungen und Nickel getan. Diese Maßregel erstreckte sich sowohl auf die privaten Haushaltungen wie auf die Gast- und Schankgewerbe, Bäckereien, Zuckerbäckereien und öffentlichen Anstalten, die solche Geräte in ihrem Betriebe verwendeten, sowie endlich auch auf die bei den Erzeugern von Haus- und Küchengeräten (Kupferschmieden, Metallwarenfabriken usw.) und bei Händlern vorhandenen Vorräte neuer Waren. Für einen Zeitraum von sechs Monaten wurde jede Veräußerung oder Verarbeitung dieser Gegenstände verboten; doch wurde für die Zeit bis zum 30. November 1915 der freihändige Verkauf an die Metallzentrale zugelassen, die ermächtigt war, dabei höhere Vergütungspreise zu gewähren. Zur Durchführung dieser Aufgabe errichtete die Metallzentrale besondere Einkaufsstellen, deren Zahl schließlich bis auf 500 wuchs. Für die innerhalb dieser Frist nicht freihändig verkauften Waren wurde die zwangsweise Einziehung vorbehalten. Ihre Durchführung begann mit der Verordnung vom 29. Dezember 1915, die zunächst

bestimmte, daß die Erzeuger und Händler ein Drittel ihrer Lagerbestände, die Inhaber von Gast- und Schankgewerben, Bäckereien und Zuckerbäckereien die Hälfte ihrer aus Kupfer, Kupferlegierungen oder Nickel bestehenden Geräte abzuliefern hatten.

Zu Ende 1915 zwang der steigende Bleibedarf der Militärverwaltung zu ähnlichen Maßnahmen für die Beschaffung von Blei. Erhebungen über die verfügbaren Bleibestände wurden vorgenommen, und am 19. Dezember 1915 wurde für entbehrliche, aus Blei bestehende Apparate und sonstige Gegenstände aus Blei die allgemeine Anzeigepflicht verfügt.

Mehr und mehr richtete sich jetzt der Zugriff auf die in der maschinellen Einrichtung industrieller Betriebe eingebauten Metallmengen. Am 21. Dezember 1915 wurde zunächst die Anzeigepflicht für nicht benutzte Antriebsmaschinen, elektrische Maschinen und Transformatoren ausgesprochen.

Durch den Kriegsmetalldienst des Handelsministeriums wurden unter Zuziehung technischer Fachmänner Untersuchungen über die Möglichkeit des Ersatzes von Kriegsmetallen durch andere Materialien gepflogen. Eine elektrotechnische Kommission wurde eingesetzt, um dieselben Fragen für elektrische Betriebsanlagen zu studieren. Auf Grund dieser Untersuchungen wurden mit Verordnung vom 1. März 1916 zum Zwecke der möglichststen Einschränkung der Verwendung von Kriegsmetallen und Kautschuk allgemeine Spargrundsätze und ins einzelne gehende Vorschriften für die Verwendung von Ersatzstoffen für Kriegsmetalle im Armaturen- und Maschinenbau, bei der Herstellung von Gas- und Wasserleitungen, im Hochbau, in Hüttenwerken und bei elektrischen Anlagen aufgestellt.

Während die Studien und Vorbereitungen für diese Verordnung noch im Gange waren, hatte man bereits im Jahre 1915 begonnen, auf Grund freiwilliger Vereinbarungen Metall aus industriellen Betriebsanlagen auszubauen. Man war sich darüber klar, daß dabei mit größter Vorsicht zu Werke gegangen werden mußte, wenn schwere und für die Kriegswirtschaft selbst verhängnisvolle Betriebsstörungen vermieden werden sollten. Der Ausbau mußte auf Einrichtungen beschränkt werden, die entbehrlich waren oder einen Ersatz durch anderes Material zuließen, und gleichzeitig mußte für einen solchen Ersatz gesorgt werden.

Man schritt zunächst zur Aufstellung eines Katasters der in den Betriebsanlagen enthaltenen Kriegsmetalle. Seine Grundlage bildeten die durch Verordnung vom 19. April 1915 vorgeschriebenen Anmeldungen für nichtbenutzte Betriebseinrichtungen aus Metall. Sie wurden durch Erhebungen ergänzt, die durch die Zentralrequisitionskommission, durch die Gewerbeinspektoren und durch die Metallzentrale gepflogen wurden. Der Kataster, der bei der Metallzentrale geführt wurde, umfaßte gegen Kriegsende 23.000 Betriebe. Eine weitere Voraussetzung war die Bereitstellung von Ersatzbestandteilen. Die Spezialfabriken, die sich bereits im Frieden mit der Erzeugung der betreffenden Maschinen oder Betriebseinrichtungen befaßt hatten, waren auf die Verwendung von Ersatzmaterial nicht eingerichtet. Besondere Vereinbarungen mußten dafür erst getroffen werden. Als Ersatzmaterial kam hauptsächlich Eisen, daneben für elektrische Leitungen auch Aluminiumdraht



in Betracht. Da beide Materialien gleichfalls bewirtschaftet waren, standen für die Aktion monatlich nur beschränkte Mengen zur Verfügung. Die Metallzentrale mußte ein eigenes Lager dieser Ersatzmaterialien anlegen, um Bestellungen auf kleinere Mengen eines bestimmten Profils oder einer besonderen Dimension sofort befriedigen zu können.

Nach Klärung der technischen Vorfragen mußte die Industrie für den Gedanken des Metallausbaues gewonnen werden. Dies geschah zunächst durch Verhandlungen, welche die Metallzentrale und die Metallrequisitionskommission mit den verschiedenen Verbänden der Industrie führten. Dabei wurde für jede Industrie festgestellt, in welchem Umfange die aus Kriegsmetall bestehenden Teile ihrer Einrichtungen durch Eisen oder andere Materialien ersetzt werden können. War das Einvernehmen erzielt, so wurde die Auswechslung durchgeführt und das freigewordene Material von der Metallzentrale durch freihändigen Einkauf erworben. Lange Zeit hindurch behielt der Vorgang den Charakter der Freiwilligkeit. Erst als sich beim Fortschreiten des Ausbaues steigende Schwierigkeiten ergaben und die lange Dauer des Krieges zu einer allgemeinen Erschlaffung führte, ergab sich die Notwendigkeit, zangsweise vorzugehen. Am 24. Mai 1917 erschien eine Verordnung, welche die Besitzer von Betriebsanlagen jeder Art verpflichtete, den Ausbau von Kriegsmetall aus ihren Anlagen selbst zu bewirken oder bewirken zu lassen.

Naturgemäß wandte man das Hauptaugenmerk jenen Industriezweigen zu, in deren Betriebseinrichtungen große Metallmengen enthalten waren. Obenan standen in dieser Beziehung die Brauereien, Brennereien und Zuckerfabriken. In den Brauereien wurden die Böden und Zargen der Maisch- und Würzpfannen, die Dunsthauben und Dunstabzüge, Läuterböden, Kühlschiffe, Gärbottich-Kühlapparate, die schweren Maisch- und Würzepumpen, alle kupfernen und messingenen Rohrleitungen, Vorwärmer und Kochkessel ausgebaut. Die Spiritusbrennereien hatten die Maischentgeistungs- und Rektifikationskolonnen, die Bottichkühler, Destillationsapparate und Rohrleitungen aus Kupfer und Messing abzugeben. In den Zuckerfabriken waren mehr als 100 Waggons messingener Heizrohre vorhanden, deren Ausbau jedoch nur zum Teil erfolgen konnte, weil die für ihren Ersatz notwendigen Stahlrohre nicht in der nötigen Menge beschafft werden konnten. Die Kattundruckereien lieferten 60% ihrer Bestände an Kupferwalzen ab, die Baumwollwebereien 50% der Kupfertrommeln ihrer Schlichtmaschinen. In den Baumwolldruckereien, Bleichereien, Färbereien und Appreturanstalten wurden von 13.150 m kupferner und messingener Leitungsrohre 12.795 m ausgebaut, außerdem eine bedeutende Zahl von Kesseln und Kupfertrommeln. In ähnlicher Weise wurde auch in den Betrieben der Schafwoll- und Leinenindustrie vorgegangen. Die Papierfabriken verstanden sich zur Ablieferung der kupfernen und messingenen Rohrleitungen für Dampf, Wasser und Papierstoff, der aus Bronze hergestellten Grundwerke und Holländerwalzen sowie aller Behelfe, wie Reservoirs, Kessel, Haderkocher und Auskleidungen aus Kupfer oder Blei. In den Zellulosefabriken kamen die Heizschlangen der Zellulosekocher, die Ast- und Entwässerungstrommeln und Laugepumpen sowie die Kupferverkleidungen der Holzdämpfer, in den Holzstoffabriken die kupfernen Sortierbleche und



Armaturen zur Ablieferung. In den Fabriksanlagen der Kartoffelstärkeindustrie wurde die Abgabe des Kupfers aus den Eindampfapparaten und Rohrleitungen veranlaßt. Die chemische Industrie lieferte große Mengen Blei durch Niederlegung der Bleikammern in den Schwefelsäurefabriken und durch die Abgabe der Bleiauskleidungen verschiedener Apparate in den Kokereien und in der Petroleum- und Mineralölindustrie. Bei den Elektrizitätswerken wurden kupferne Freileitungen durch Aluminium oder Eisen ersetzt, entbehrliche Kabel zur Gänze ausgebaut; Gleichstromwerke mit stark dimensionierten Leitungen wurden zu Drehstromwerken umgebaut. Bei elektrisch betriebenen Lokal- und Kleinbahnen wurden die gesamten Speise- und Fahrleitungen sowie die Remisenleitungen aus Kupfer ausgebaut. Endlich wurde der Ausbau der in Akkumulatorenbatterien enthaltenen Bleimengen in die Wege geleitet. Die Durchführung des Ausbaues dieser Batterien übernahm im Auftrage des Kriegsministeriums die Akkumulatorenfabrik A. G. in Wien, wobei sie den Besitzern der Batterien gegenüber die Verpflichtung übernahm, die Akkumulatorenbatterien nach Kriegsende wieder instand zu setzen. Beim Ausbau der elektrischen Betriebsanlagen bediente sich das Handelsministerium des fachmännischen Rates der im Sommer 1915 errichteten elektrotechnischen Kommission, in der alle elektrischen Großfirmen vertreten waren.

Eine der Hauptschwierigkeiten für die Durchführung des Ausbaues der Kriegsmetalle aus den Industriebetrieben ergab sich aus dem Mangel an Ersatzteilen und aus dem Fehlen genügenden Arbeitspersonals für die Durchführung der Umgestaltungsarbeiten. Eine teilweise Abhilfe wurde dadurch geschaffen, daß das Kriegsministerium der Metallzentrale eine Arbeitspartie geschulter Elektromonteurs zur Verfügung stellte.

Inzwischen waren auch die Maßnahmen verschärft und vervollständigt worden, die sich auf die z w a n g s w e i s e A u f b r i n g u n g richteten. Durch eine Verordnung vom 28. April 1916 wurden die Vorschriften über die Verwendung der anzeigepflichtigen Kriegsmetalle abgeändert und verschärft. Von den Vorräten, die eine festgesetzte geringe Menge (bei Aluminium, Antimon und Zinn 5 kg, bei Blei und Kupfer 10 kg, bei Kupfer- und Zinnlegierungen 30 kg, bei Zink 50 kg) überstiegen, sollten jeden Monat höchstens 10%, berechnet nach dem Stande des Vormonats, veräußert oder verarbeitet werden dürfen. Über dieses Maß hinaus sollte jede Veräußerung oder Verarbeitung an eine besondere Bewilligung des Handelsministeriums gebunden sein, falls es sich nicht um Verkäufe an die Militärverwaltung oder an die Metallzentrale oder um die Verarbeitung von Metallen zur Ausführung von Aufträgen der Militärverwaltung handelte. Neu aus dem Ausland eingeführte Metallmengen konnten vom Handelsministerium über Ansuchen des Besitzers von diesen Beschränkungen befreit werden. Im Falle der Ablehnung eines solchen Ansuchens wegen dringenden militärischen Bedarfes sollte bei der Anforderung des importierten Metalles durch die Militärbehörde nicht der gewöhnliche Einlösepreis, sondern der tatsächliche Gestehungspreis zuzüglich der bei der Einfuhr erwachsenen Nebenkosten und einer besonderen Vergütung von 5% des Gesamtwertes bezahlt werden. Der Zweck der Verordnung war, einen Anreiz für private Metallbezüge aus dem Auslande zu schaffen und für Metallmengen, welche

die Militärbehörde vorläufig nicht anforderte, eine Verarbeitung oder Veräußerung mindestens in beschränktem Umfange zu ermöglichen.

Drei weitere am gleichen Tage (28. April 1916) erlassene Verordnungen betrafen die Festsetzung der Anzeigepflicht für alle Vorräte an Halbzeug (Drähte, Röhren, Stangen, Platten, Rohgußstücke, Folien) und für alle Bestände an Geräten (Geschirre, Schanktassen, Badewannen, Armaturen und Apparaturen) aus Zinn; ferner die Ausdehnung des Veräußerungs- und Verarbeitungsverbotes auf Zinn- und Bleigeräte; \*) endlich die Verpflichtung, die gesamten Bestände an Zinngeräten, gleichgültig ob im privaten Besitz oder in Verkaufslagern, 80% der Vorräte an Zinn und Blei sowie an Halbzeug aus diesen Metallen, 20% des Schriftenmaterials jeder Druckerei, 50% der Vorräte an Akkumulatorenplatten und 80% der in Verkaufslagern befindlichen Vorräte an anderen Bleiwaren bis 15. Juni 1916 abzuliefern.

Durch Verordnung vom 16. Juni 1916 wurde die Einziehung der metallenen Haus- und Küchengeräte weitergeführt. Die privaten Haushaltungen, Gastgewerbe und Bäckereien hatten den gesamten ihnen noch verbliebenen Besitz an solchen Gegenständen, die Erzeuger und Händler noch ein weiteres Drittel ihrer Lagerbestände abzugeben. Zur Durchführung der zwangsweisen Einziehung wurden in allen Gemeinden Sammelstellen errichtet, Übernahms- und Kontrollkommissionen aufgestellt. Ihnen oblag die Überwachung der Ablieferung, die Nachschau bei den Ablieferungspflichtigen, die Entscheidung über die vom Besitzer eventuell geltend gemachte Unentbehrlichkeit einzelner Geräte, endlich die Übernahme der abgelieferten Geräte, deren Übergabe an die Metallzentrale, bzw. die Militärverwaltung und die Auszahlung der Vergütung. Die Einziehung der Geräte wurde in der Zeit von Mitte Juli bis Ende August 1916 durchgeführt. Gegenstände von besonderem künstlerischen oder historischem Werte wurden durch Sachverständige des Staatsdenkmalamtes geprüft und den Besitzern belassen, wenn ihre Erhaltungswürdigkeit anerkannt wurde. Durch Verordnung vom 11. November 1916 wurden Kupferdächer und Blitzableiter beschlagnahmt. Geschont wurden nur Gebäude von besonderem künstlerischen oder historischem Werte. Am 6. Dezember 1916 wurde die Ablieferung der Kupferzylinder von Kohlenbadeöfen verfügt und Ende Jänner 1917 alle metallenen Türbeschläge und Klinken aus den Lagervorräten der Erzeuger und Händler beschlagnahmt. Daran schloß sich am 23. Februar 1917 die Anforderung der metallenen Türbeschläge an Gebäuden und Einfriedungen. Der allgemeine Austausch der metallenen Baubeschläge konnte jedoch nicht vorgenommen werden, da der Ersatz durch eiserne Beschläge nicht möglich war. Es fehlte auch schon an dem hierfür notwendigen Eisen, und ebenso stieß die massenhafte Anfertigung der Ersatzteile wegen Kohlen- und Arbeitermangel auf Schwierigkeiten. Man griff daher lieber auf

\*) Unter Bleigeräten wurden verstanden: Werkbehelfe, wie Bleifutter, Dichtungsringe u. dgl., Plomben, Gewichte, Bleikiele und Bleiballaste für Boote, Lettern und Schriftenmaterial für Druckereien, Rohre und Rohrleitungen, Pumpen und Armaturen, Kessel, Tröge und andere Gefäße, Kammerauskleidungen in chemischen Fabriken und Akkumulatorenplatten aus Blei.

Metallbestände, die der Aufbringung leichter zugänglich waren. Am 12. März 1917 wurde die Anmeldepflicht für elektrische Starkstromleitungen ausgesprochen und auf Grund dieser Anzeigen der freiwillige Ausbau von Kupfer und Blei aus solchen Leitungen in großem Umfange vorgenommen. Am 22. Mai 1917 wurden die Kirchenglocken beschlagnahmt, eine Maßnahme, die insbesondere von der Landbevölkerung schwer getragen wurde, aber trotzdem dank des aufopferungsvollen Sinnes der Bevölkerung restlos durchgeführt werden konnte. Von der Beschlagnahme ausgenommen waren nur Glocken von besonderem künstlerischen oder historischem Werte. Die Abnahme der Kirchenglocken wurde von der Militärverwaltung durchgeführt, da nur sie über das erforderliche Arbeiterpersonal hierfür verfügte.

Im Sommer 1917 war die Not an Kupfer und Kupferlegierungen so weit gestiegen, daß man trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten sich auch zur Anforderung des sogenannten Baumessings, d. i. der metallenen Baubeschläge und metallenen Gebrauchsgegenstände aller Art, wie metallene Vorhangstangen, Handhaben, Möbelbeschläge, Tafeln und Schilder, Schaufernstereinrichtungen u. dgl., entschließen mußte (Verordnung vom 25. Juni 1917). Für ihre zwangsweise Ablieferung wurde die Aufstellung eines ähnlichen Aufbringungsapparats in Aussicht genommen, wie er seinerzeit für die Haus- und Küchengeräte geschaffen worden war, doch konnte die Maßregel nicht mehr in vollem Umfange durchgeführt werden, da es vielfach unmöglich war, die erforderlichen Ersatzstücke aus Eisen zu beschaffen. Es blieb der Hauptsache nach bei der freiwilligen Abgabe solcher Gegenstände im Wege des freihändigen Einkaufes durch die Metallzentrale. Durch dieselbe Verordnung wurden die Erzeuger und Händler von metallenen Haus- und Küchengeräten verhalten, die ihnen nach der letzten Anforderung vom 10. Juni 1916 noch verbliebenen Restvorräte abzuliefern.

Inzwischen war der Mangel an Zinn brennend geworden. Durch Verordnung vom 8. Oktober 1917 wurden die aus Zinn bestehenden Leitungen und Apparaturen von Bierdruckapparaten, alle sonstigen Leitungen und Armaturen aus Zinn und die Siphonköpfe aus Zinn in Anspruch genommen, und am 29. Oktober 1917 folgte die Inanspruchnahme der Orgelpfeifen. Es waren alle stummen oder klingenden Orgelprospektpfeifen abzuliefern, und nur jene Orgelwerke wurden verschont, die einen besonderen künstlerischen oder historischen Wert besaßen. Mit der Einziehung der Pfeifen wurden Orgelbauer beauftragt, die dafür zu sorgen hatten, daß die Orgel trotz des Ausbaues der Prospektpfeifen spielbar blieb.

Durch Verordnung vom 29. April 1918 wurde endlich den Besitzern elektrischer Starkstromanlagen die Verpflichtung auferlegt, bis 30. Juli 1918 15% der in diesen Anlagen eingebauten Kupfermengen abzuliefern, wobei jedoch in Betrieb befindliche Maschinen und Apparate von dieser Verpflichtung ausgenommen wurden.

Mit dieser Verordnung schließt die Reihe der Maßnahmen, die hinsichtlich der Metallaufbringung in Österreich getroffen wurden. Sie geben in ihrer Gesamtheit ein sprechendes Bild von den Wirkungen der vierjährigen Blockade, die über die Bevölkerung der Mittelmächte verhängt war. Immer härter wurden die aufeinanderfolgenden Eingriffe. Von der Beschlagnahme der Vorräte an



Rohmetallen und Halbzeug schritt man zur Anforderung der fertigen Erzeugnisse, die sich in den Lagern der Fabrikanten und Händler befanden. Was in den einzelnen Haushaltungen an Metallgeräten vorhanden war, wurde durch eine geschickt geleitete Propaganda, durch den Anreiz höherer Preise, schließlich durch behördlichen Zwang herausgezogen. Kirchenglocken und Orgelpfeifen wanderten in den Schmelzöfen. Was an Kriegsmetall in industriellen Anlagen und Einrichtungen eingebaut war und durch Eisen ersetzt werden konnte, wurde fortgenommen, ohne Rücksicht auf die tiefgreifende Schädigung, welche die Leistungsfähigkeit der Industrie dadurch erfuhr, und zuletzt war man so weit, Klinken, Beschläge und Schilder von den Türen und Fenstern der Häuser zu schrauben, wenn man nur eiserne Ersatzteile dafür hätte stellen können. Wie kaum auf einem anderen Gebiete, zeigt sich in der Metallwirtschaft das Bild würgender Not und vollkommener Erschöpfung.

### 3. Die österreichische Bergwerks- und Hüttenproduktion während des Krieges.

Parallel mit den Maßnahmen, die auf die möglichst vollständige Erfassung der im Inlande vorhandenen Metallbestände gerichtet waren, gingen die Bestrebungen zur Steigerung der Bergwerks- und Hüttenproduktion, die seitens der Militärverwaltung mit allem Nachdruck unterstützt wurden. Den in Betrieb stehenden Bergbauen wurden die notwendigen Arbeitskräfte zugewiesen und eine Reihe seit langem stillliegender Bergbaue wieder in Betrieb gesetzt. Dadurch floß auch den Hüttenbetrieben reichlicheres Rohmaterial zu. Außerdem erwarb die Metallzentrale im In- und Ausland Erze, Zwischenprodukte und Abfälle, die sie inländischen, zum Teil auch deutschen Hütten zur Verarbeitung zuwies. Endlich wurden den österreichischen Hüttenwerken auch von der Militärverwaltung Erze und Zwischenprodukte aus Ungarn und den besetzten Gebieten übergeben, worunter sich vielfach Abfallprodukte befanden, die jahrhundertlang auf den Halden gelegen hatten, wie zum Beispiel die Bleischlacken aus Babe in Serbien. Die Entwicklung der Hüttenproduktion in den einzelnen Kriegsphasen ist aus der in Abschnitt 4 enthaltenen Zusammenstellung ersichtlich.

Um das Rohmaterial für die inländische Aluminiumfabrikation zu sichern, schritt man an die Ausbeutung der bisher fast ungenützten Bauxitlager in Istrien und Dalmatien. Neben der bestehenden Aluminiumfabrik in Lend, die ihren Bedarf an kalzinierter Tonerde aus der Fabrik Moste bei Laibach deckte, wurde ein neues Aluminiumwerk mit einer Jahresleistung von 120 Waggons in Steeg in Oberösterreich erbaut, das seinen Bedarf an kalzinierter Tonerde im eigenen Betrieb herstellte.

Endlich wurden große elektrolytische Anlagen errichtet, um den Ertrag der inländischen Metallaufbringung in eine für die Weiterverarbeitung brauchbare Form umzuwandeln. Die Metallaufbringung lieferte nur zu Anfang des Krieges und in verhältnismäßig beschränkter Menge Rohmetalle und Halbfabrikate, die zur unmittelbaren Weiterverarbeitung geeignet waren. Der größte Teil der aufgebrauchten Metallmengen trug die Form von verschiedenen Gebrauchsgegenständen, die wiederum größtenteils aus Legierungen hergestellt



waren. Die Gebrauchsgegenstände mußten eingeschmolzen, die Legierungen in ihre Bestandteile zerlegt, die Metalle von schädlichen Beimengungen gereinigt werden, ehe man sie der Weiterverarbeitung zuführen konnte. Bronze und Messing wurden, um sie in ihre Bestandteile zu zerlegen, zunächst nach einem erst im Krieg ausgestalteten Verfahren im Konverter verblasen, wobei das Zink des Messings in Form von Zinkoxyd, das Zinn der Bronze in Form von Zinnoxid abgeschieden und gewonnen wurden. Das im Konverter verbleibende geschmolzene Kupfer wurde in Anodenform gegossen und der Elektrolyse unterworfen, um es auf diesem Weg in reines Elektrolysekupfer zu verwandeln. Das durch Verblasen von Messing gewonnene Kupfer wurde in manchen Fällen auch der Feuerraffination unterworfen. Das dabei erhaltene Zinkoxyd wurde durch Reduktion in metallisches Zink umgewandelt. Das Zinnoxid, das sich beim Verblasen der Bronze ergab, und der Schlamm aus den Elektrolysebädern wurden nach bestimmten Verfahren niedergeschmolzen, um sodann aus der Rohschmelze das Zinn gleichfalls elektrolytisch wieder zu gewinnen. Während des Krieges standen vier elektrolytische Anstalten in Betrieb.

#### 4. Das Gesamtergebnis der Metallbeschaffung während des Krieges.

Das Ergebnis der angestregten Bemühungen, durch Steigerung der Produktion und durch Ausschöpfung der im Inlande vorhandenen Vorräte und Bestände den Metallbedarf der Kriegsverwaltung zu befriedigen, spiegelt sich in der nachfolgenden Übersicht:

	Ab 1. Aug. 1914	1915	1916	1917	Bis 1. Sept. 1918	Zu- sammen
<i>I. Kupfer:</i>						
		i n T o n n e n				
1. Hüttenproduktion . . . .	1.820	5.881	7.004	4.756	3.000	22.461
2. Beschlaggenommenes Kupfer:						
a) Dachkupfer . . . . .	—	—	1.164	1.116	550	2.830
b) Sonstige Einlieferung . .	—	2.071	4.003	429	28	6.531
3. Freihändiger Einkauf durch die Metallzentrale:						
a) Roh- und Altmetall . . .	—	1.034	1.142	2.286	1.210	5.672
b) Metallgeräte . . . . .	—	391	3.135	65	42	3.633
c) Industriemetall . . . . .	—	5.666	3.957	2.469	681	12.773
Zusammen . . . . .	1.820	15.043	20.405	11.121	5.511	53.900
<i>II. Kupferlegierungen:</i>						
1. Beschlagnahme:						
a) Kirchenglocken . . . . .	—	—	3.336	8.803	1.008	13.147
b) Sonstige Einlieferung . .	—	2.339	1.460	124	5	3.928
2. Freihändiger Einkauf durch die Metallzentrale:						
a) Roh- und Altmetall . . .	—	736	1.497	1.155	634	4.022
b) Metallgeräte . . . . .	—	563	1.774	54	83	2.474
c) Industriemetall . . . . .	—	2.425	2.601	908	413	6.347
Zusammen . . . . .	—	6.063	10.668	11.044	2.143	29.918

	Ab 1. Aug. 1914	1915	1916	1917	Bis 1. Sept. 1918	Zu- sammen
<i>III. Blei:</i>						
		i n T o n n e n				
1. Hüttenproduktion . . . .	12.384	28.248	31.479	29.380	19.500	120.991
2. Ergebnis der Beschlagnahme	—	1.984	173	39	2	2.198
3. Freihändiger Einkauf durch die Metallzentrale:						
a) Roh- und Altmetall . . .	—	282	657	446	151	1.536
b) Metallgeräte . . . . .	—	—	351	10	9	370
c) Industriemetall . . . . .	—	2.199	5.372	3.368	174	11.113
Zusammen . . . . .	12.384	32.713	38.032	33.243	19.836	136.208
<i>IV. Sonstige Metalle, insbesondere Zinn und Zink:</i>						
1. Hüttenproduktion . . . . .	8.500	11.900	14.300	15.200	9.900	59.800
2. Beschlagnahme Mengen . .	—	445	253	170	10	878
3. Freihändiger Einkauf durch die Metallzentrale:						
a) Roh- und Altmetall . . .	—	13	333	808	574	1.728
b) Metallgeräte . . . . .	—	40	296	25	57	418
c) Industriemetall . . . . .	—	339	664	230	166	1.399
Zusammen . . . . .	8.500	12.737	15.846	16.433	10.707	64.223

Eine auffallende Erscheinung ist dabei zunächst die überraschend große Bedeutung, die auch während des Krieges die Hüttenproduktion für die Bedarfsdeckung erhalten hat. Sie ist am augenfälligsten bei Blei und bei den sonstigen Metallen, unter denen Aluminium und Zink die Hauptrolle spielen. Aber selbst bei Kupfer, wo die natürlichen Verhältnisse für die heimische Produktion nichts weniger als günstig lagen, macht die Hüttenproduktion rund zwei Fünftel oder, wenn man die Kupferlegierungen einrechnet, etwa ein Viertel der gesamten Aufbringung aus.

Während der Dauer des Krieges ist die Hüttenproduktion bis zum Jahre 1916 ständig gestiegen, um in den folgenden Jahren rasch wieder abzufallen. Dies dürfte ebensowohl mit der sinkenden Leistungsfähigkeit der Arbeiter wie damit zusammenhängen, daß man in dem Bestreben, die Produktion möglichst rasch zu erhöhen, im Jahre 1916 ein wenig Raubbau trieb.

Was die Aufbringung von Metall aus den im Inlande vorhandenen Vorräten und aus den Beständen metallener Geräte und Einrichtungen betrifft, so ist es bemerkenswert, daß die zwangsweise Beschlagnahme ein weit niedrigeres Ergebnis lieferte als der freihändige Einkauf durch die Metallzentrale, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß die im Hintergrunde drohende Beschlagnahme einen sehr wirksamen Antrieb dafür bildete, sich durch freihändigen Verkauf die günstigeren Preise zu sichern, die die Metallzentrale in diesem Falle zu zahlen bereit war. Weiters zeigt die Übersicht, wie sehr es bei der Durchführung derartiger Aktionen darauf ankommt, dorthin zu greifen, wo das gesuchte Material in größeren Mengen vorkommt.

So entfielen bei Kupferlegierungen von der Gesamtaufbringung, die rund 30.000 t betrug, nicht weniger als 13.147 t auf die Kirchenglocken und 6347 t auf das Industriemetall. Bei Kupfer lieferte die Aufbringung aus den inländischen Beständen (ohne die Hüttenproduktion) rund 31.000 t, wovon die Hälfte auf Industriemetall und Dachkupfer kam.

Was das Ergebnis der einzelnen Jahre anlangt, so brachte das Jahr 1916 auch bei der Metallaufbringung aus inländischen Beständen die Höchstleistung. Das rasche Absinken der Ziffern in den Jahren 1917 und 1918, namentlich bei der Aufbringung von Metallgeräten, zeigt, bis zu welchem Grade die in der Bevölkerung verteilten Bestände an Gebrauchsgegenständen bereits ausgeschöpft waren. Auch die Aufbringung von Industriemetall befand sich in den letzten beiden Kriegsjahren in raschem Rückgang.

Trotz der weitgehenden Ausschöpfung der inländischen Vorräte und Bestände und trotz der Steigerung der inländischen Hüttenproduktion blieb die Metallbeschaffung hinter den von der Militärverwaltung aufgestellten Bedarfsziffern weit zurück. An Kupfer und Kupferlegierungen wurden im Jahre 1915 nur 55%, im Jahre 1916 65%, 1917 37%, 1918 24% der von der Militärverwaltung als notwendig bezeichneten Menge tatsächlich aufgebracht. Auch in diesen Ziffern spiegelt sich die fortschreitende Erschöpfung, die nur deshalb nicht stärker zutage trat, weil die Militärverwaltung auch bei der Munitionserzeugung in weitestem Umfang Eisen als Ersatzmaterial heranzog.

### C. Die Entwicklung der österreichischen Metallindustrie während des Krieges und ihre kriegswirtschaftlichen Organisationen.

Der Geschäftsgang der Metallindustrie war in der ersten Hälfte des Jahres 1914 ein ziemlich normaler gewesen. Mit Ausbruch des Krieges trat, wie in den meisten anderen Wirtschaftszweigen, eine plötzliche Stockung aller Geschäfte ein. Auf den Eisenbahnen wurden während der Mobilisierung nur die allerdringlichsten Sendungen befördert. Ein großer Teil der Arbeiter wurde den Betrieben durch die Einberufungen entzogen, ohne daß es möglich war, Ersatz zu beschaffen. Aufträge wurden vielfach storniert; auf der anderen Seite begann in manchen Betrieben, die über keine größeren Vorräte verfügten, sich auch Rohstoffmangel fühlbar zu machen. Doch trat schon in ganz kurzer Zeit ein Umsehwung ein, da gerade die Metallindustrie außerordentlich stark zu militärischen Lieferungen herangezogen wurde. Viele Betriebe waren schon nach ihrer bestehenden Einrichtung und ihrer normalen Beschäftigung ohne weiteres zur Übernahme von Heereslieferungen geeignet. Diejenigen, bei denen dies nicht zutraf, trachteten durch Ausgestaltung ihrer maschinellen Einrichtung die Eignung dafür zu gewinnen. Die Industrie zeigte bei dieser Umstellung eine außerordentliche Anpassungsfähigkeit, und der Kreis der für die Heereslieferungen in Betracht kommenden Betriebe erfuhr eine stetige Erweiterung, indem nicht nur Großbetriebe, sondern auch zahlreiche kleinere Unternehmungen, oft unter Aufwendung bedeutender Mittel, sich auf die Er-

zeugung für den Heeresbedarf einrichteten. Auch die einzelnen Betriebe mußten vielfach vergrößert werden, um den gestellten Anforderungen nachzukommen, so daß sich die Leistungsfähigkeit der österreichischen Metallindustrie unter dem Einfluß des Krieges außerordentlich steigerte, obgleich gleichzeitig auch die von der Militärverwaltung selbst eingerichteten Munitions- und Patronenfabriken eine Erweiterung erfahren hatten.

Dem durch die Einberufungen hervorgerufenen Mangel an qualifizierten Arbeitern suchte man durch Mechanisierung des Betriebes und Einstellung neuer, einfach zu bedienender Arbeitsmaschinen zu begegnen, welche die Verwendung von ungelernten Arbeitern, insbesondere von Frauen und Jugendlichen, in größerem Umfange gestatteten. Das Jahr 1916 brachte das Höchstmaß der wirtschaftlichen Anstrengungen. Von da an zeigte sich immer stärker das allmähliche Nachlassen der Kräfte in dem bereits geschwächten Wirtschaftskörper. Die durch den Lebensmittelmangel hervorgerufene Unterernährung ließ die Arbeitsintensität sinken. Der Mangel an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Kohle machte sich immer stärker fühlbar und wurde durch die in immer größerem Umfang auftretenden Verkehrsschwierigkeiten noch vermehrt. Infolgedessen konnten manche Unternehmungen trotz eines großen Auftragsbestandes den Betrieb nur mehr notdürftig aufrechterhalten. Im Frühjahr 1918 waren einzelne Betriebe bereits gezwungen, die über ihren Wunsch vom Frontdienst enthobenen Arbeiter und die ihnen zugewiesenen Kriegsgefangenen der Militärverwaltung wieder zur Verfügung zu stellen, weil sie infolge des Materialmangels zeitweise kaum den Stamm ihrer Arbeiter beschäftigen konnten. Die Erzeugung für den allgemeinen Verbrauch, den sogenannten Zivilbedarf, spielte neben den militärischen Aufträgen kaum eine Rolle. Mußten doch, um das nötige Rohmaterial für die Ausführung der militärischen Bestellungen zu beschaffen, die bei Erzeugern und Händlern vorhandenen Vorräte fertiger Waren beschlagnahmt, ja sogar aus den Haushaltungen und Gewerbebetrieben die aus Metall bestehenden Gebrauchsgegenstände und Werkseinrichtungen herausgeholt werden.

Die weitgehende Umstellung der Metallindustrie auf die Erzeugung von Militärbedarf hatte es mit sich gebracht, daß die einseitig unter militärischen Gesichtspunkten geführte und lediglich auf die Aufbringung und Sicherstellung möglichst großer Mengen von Metall für militärische Zwecke gerichteten Bewirtschaftungsmaßnahmen während der ersten Kriegsjahre noch nicht als eine Gefährdung berechtigter wirtschaftlicher Interessen empfunden wurden. Schon im Jahre 1916 machte sich jedoch eine gewisse Reaktion bemerkbar. Die völlig unter militärischem Einfluß stehende, nur mit Verboten und Beschlagnahmen arbeitende Zwangswirtschaft führte zu einer vollständigen Unterbindung jeder privaten Tätigkeit zur Beschaffung von Metallen im Auslande, was um so bedauerlicher war, als diese Beschaffung vielfach auf Schleichwegen erfolgen mußte, die ein privater Unternehmer leichter und mit besserem Erfolge zu beschreiten vermochte als eine öffentliche Anstalt oder eine Regierungsstelle. Bereits in der Verordnung vom 28. April 1916 zeigte sich das Bestreben, der Tätigkeit der privaten Unternehmer einen größeren Spielraum zu sichern. Je länger der Krieg dauerte, in desto höherem Maße wurden die in den einzelnen Haushalten, in Bauten und industriellen Be-



trieben in Form der verschiedensten Gebrauchsgegenstände und Einrichtungen vorhandenen Metallvorräte herausgezogen und in der Metallzentrale oder unmittelbar in der Hand der Militärverwaltung konzentriert. Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916, die auf eine Fortführung des Wirtschaftskrieges nach Beendigung des Kampfes der Waffen hinausliefen, riefen in der Industrie schwere Besorgnisse hervor. Man glaubte, auch nach Beendigung des Krieges noch mit Schwierigkeiten der Rohstoffeinfuhr rechnen zu müssen und betrachtete die von der Militärverwaltung angehäuften Vorräte von Metallen und Metallgegenständen als die einzige Reserve, welche über die nach Beendigung des Krieges noch zu erwartende Lücke der Bedarfsdeckung hinweghelfen konnte. Auch die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen erforderten, je tiefer sie in das wirtschaftliche und private Leben eingriffen und je schwieriger die Verhältnisse wurden, in desto höherem Maße besondere Vorkehrungen, um die Interessen der Wirtschaft zu wahren, die bei richtiger Erkenntnis der Zusammenhänge von den Interessen der Kriegswirtschaft nicht zu trennen waren.

Um diesem Bedürfnis zu entsprechen, wurden im Zuge der Aktion, die auf die Schaffung einer industriellen Selbstverwaltung gerichtet war, im Jahre 1918 auch für die Metall- und Metallwarenindustrie Wirtschaftsverbände ins Leben gerufen. Durch Verordnung vom 22. Juli 1918 wurde zunächst ein Wirtschaftsverband der Metallindustrie errichtet. Diesem Verbandsollten alle Hüttenwerke, elektrometallurgischen und sonstigen Betriebe angehören, in denen Aluminium, Kupfer, Blei, Zinn, Zink oder Nickel erzeugt wurde; ferner die Betriebe, welche diese Metalle oder ihre Legierungen auf Halbzeug (Blöcke, Platten, Bleche, Draht und Röhren) verarbeiteten, und endlich die Tonerdefabriken als Rohstofflieferanten der Aluminiumfabriken. Zweck des Verbandes war vor allem die Führung einer fortlaufenden Statistik über Arbeitsverhältnisse und Betriebseinrichtungen sowie die Durchführung von Erhebungen über Vorräte, Erzeugung und Absatz; ferner die Antragstellung und Mitwirkung bei Maßnahmen, die sich auf die Versorgung der Betriebe mit den erforderlichen Roh- und Hilfsstoffen und Brennstoffen bezogen; die Zuweisung solcher Materialien an die einzelnen, dem Verband angehörenden Betriebe, sofern dem Verband ein Verfügungsrecht darüber zustand; die Regelung der Produktion, des Absatzes, der Preise und Verkaufsbedingungen, die Beratung der Behörden bei Vergebung von Aufträgen, insbesondere von militärischen Lieferungen, und endlich die Mitwirkung bei der Regelung von Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung, welche die Metallindustrie betrafen, insbesondere bei allen Maßnahmen zur Regelung und Förderung der Ein- und Ausfuhr, bei Maßnahmen auf dem Gebiete der Handelspolitik und der sozialen Fürsorge, der Regelung des Arbeitsverhältnisses und des Arbeitsnachweises und bei allen Fragen, die sich bei der Abrüstung und Überführung in die Friedenswirtschaft ergeben sollten, sowie die Durchführung hierauf sich erstreckender Verfügungen, insoweit sie vom Handelsminister dem Verband übertragen wird.

Durch eine zweite Verordnung vom gleichen Tage wurde dem Wirtschaftsverbände der Metallindustrie ein solcher der Metallwarenherzeuger an die Seite gestellt. Ihm hatten alle Unternehmungen anzu-

gehören, die unedle Metalle (mit Ausnahme von Eisen und Stahl) oder aus unedlen Metallen hergestelltes Halbzeug zu irgendwelchen Fertigprodukten verarbeiteten. Die Aufgaben des Verbandes waren in ähnlicher Weise wie beim Verbands der Metallindustrien umschrieben. Die innere Einrichtung beider Verbände entsprach mit gewissen, durch die besonderen Verhältnisse bedingten Abweichungen derjenigen, die sich schon bei anderen Wirtschaftsverbänden bewährt hatte.

Daß es auf dem Gebiete der Metallindustrie erst in einem so vorgerückten Zeitpunkte zur Schaffung industrieller Selbstverwaltungskörper kam, wie sie für andere Industrien längst bestanden, war auf die Tendenz der Heeresverwaltung zurückzuführen, die Metallbewirtschaftung womöglich ganz in der Hand zu behalten. Aus dem gleichen Grunde kam es während der wenigen Monate, die noch bis zum Zusammenbruche der Monarchie verstrichen, zu keiner besonders regen Tätigkeit der Verbände. Um so wichtiger erwies sich ihr Bestand für die in ihnen vertretenen Industrien nach dem Zusammenbruche. Das beste Zeugnis dafür ist, daß der Wirtschaftsverband der Metallwarenerzeuger auch nach Auflösung der kriegswirtschaftlichen Organisationen als freier Verband weiterbestand.

## VI. ÖLE UND FETTE.

### Vorbemerkung.

Von entscheidender Bedeutung für die Kriegswirtschaft mit Fettstoffen war es, daß durch technische Fortschritte der letzten Vorkriegsjahre die Möglichkeit gegeben war, auch minderwertige Fettstoffe derart zu reinigen, daß sie genußfähig wurden. Hieraus ergab sich eine fast völlige Vertretbarkeit der Fettstoffe untereinander, woraus im Kriege wertvolle Folgerungen gezogen werden konnten. Ebenso wichtig war das einige Jahre vor dem Kriege gefundene Fetthärtungsverfahren. Es besteht darin, daß den flüssigen (fetten) Ölen der fehlende Wasserstoff mit Hilfe feinverteilten Metalles (Nickel), das als Katalysator dient, einverleibt wird. Dadurch wird es möglich, alle derartigen Öle tierischen oder pflanzlichen Ursprunges, zum Beispiel Trane, Rüböl, Sesamöl usw., in feste, dem Preßtalg an Konsistenz ähnliche Fette zu überführen. Bei dem im Krieg aufgetretenen Mangel an festen Fettstoffen war dies von größter Wichtigkeit, zumal die gehärteten Fette zum größten Teil durch Raffination in gute Speisefette überführt werden können.

Schließlich sei noch erwähnt, daß in diese Darstellung alle tierischen und pflanzlichen Fettstoffe, soweit sie industriell oder gewerblich erzeugt, verwendet oder verarbeitet werden, einbezogen sind. Nicht näher behandelt sind Butter und Schweinefett; ihre Bewirtschaftung war übrigens auch im Kriege den hier zu erörternden Kriegsorganisationen entzogen. Desgleichen fallen aus dem Rahmen dieser Darstellung die Mineralöle; soweit sich Zusammenhänge mit diesem Gebiet ergeben, wie hinsichtlich des Paraffins bei der Kerzenerzeugung, ist das Nötige eingefügt.

## A. Die österreichische Öl- und Fettindustrie vor dem Kriege.

Die österreichische Öl- und Fettindustrie hatte schon Jahrzehnte vor dem Krieg eine ansehnliche Entwicklungsstufe erreicht. In der weitaus überwiegenden Mehrzahl handelte es sich allerdings um mittlere und kleine (handwerksmäßige) Betriebe. Sie waren teils im Anschluß an den früher in größerem Umfange erfolgten Ölsaatenbau (Raps, Rübsen, Lein) entstanden, teils hatten sie sich in Großstädten (namentlich in Wien und Prag) und ihrer Umgebung niedergelassen, wo sie nebst anderen von der Großindustrie oder aus dem Auslande bezogenen Fettstoffen den bei den Schlachtungen, insbesondere in den öffentlichen Schlachthäusern reichlich anfallenden Rohtalg als Talgsmelzer, Margarine- und Seifenfabrikanten verarbeiteten und den Markt für den Absatz ihrer Erzeugnisse zur Hand hatten. In den südlichen Kronländern (Küstenland, Dalmatien, Südtirol) bestand eine bescheidene Olivenkultur, deren Erzeugnisse in landwirtschaftlichen Zwergbetrieben verarbeitet wurden und bei einem Jahresertrag von etwa 350 Waggons Olivenöl (im Durchschnitte der Jahre 1905 bis 1914) vorzugsweise dem lokalen Konsum dienten.

Neben diesen zahlreichen mittleren und kleineren Betrieben war aber in Österreich auch eine Anzahl von Großbetrieben der Öl- und Fettindustrie mit hochleistungsfähigen und modernsten Einrichtungen vorhanden.

In verhältnismäßig kurzer Zeit hatten die Verarbeiter ausländischer Rohstoffe gegenüber jenen Unternehmungen, die auf dem inländischen Ölsaatenbau basierten, ein bedeutendes Übergewicht erreicht, womit auch der Rückgang des inländischen Ölsaatenbaues zusammenhing.

Den besten Überblick über die Zahl und Art der Unternehmungen der Öl- und Fettindustrie und ihre Produktion bietet eine vom Verbands der Öl- und Fettindustrie ausgearbeitete Statistik, die sowohl die Betriebsverhältnisse des letzten vollen Friedensjahres 1913 wie auch diejenigen des letzten vollen Kriegsjahres 1917 enthält, so daß aus ihr gleichzeitig ein Bild über die durch den Krieg hervorgerufenen Veränderungen gewonnen werden kann. Danach wurden im Jahre 1913 in 74 Betrieben 816.546 q Pflanzenöle für technische und Speisewecke erzeugt, im Jahre 1917 nur mehr 73.851 q in 24 Betrieben. Von 107 Talgsmelzereien, die im Jahre 1913 245.432 q Talg, Oleomargarine, Preßtalg, Grieben, Extrakt- und Abdeckerfett erzeugten, blieben im Jahre 1917 76 Betriebe mit einer Erzeugung von 43.964 q übrig. Im Jahre 1913 wurden 443.462 q Margarinbutter, Margarin schmalz und Pflanzenspeisefett in 32 Betrieben hergestellt, 1917 in 5 Betrieben 28.154 q Kriegsmargarine. Die Erzeugung von leinöhlhaltigen Lacken und Farben sowie von Ölfirnissen wurde im Jahre 1913 durch 129 Unternehmungen mit einer Produktion von 187.390 q betrieben, im Jahre 1917 nur mehr durch 25 Unternehmungen mit einer Produktion von 19.276 q; an Textilölen wurden im Jahre 1913 33.932 q in 23 Betrieben erzeugt, 1917 16.321 q in 21 Betrieben; an chemisch-technischen Produkten (Maschinen-, Kühl- und Waffenfett, Bohr- und Waffenöl, Schmiermittel und Metallputzmittel) im Jahre 1913 88.405 q in 96 Be-

trieben, 1917 31.190 q in 66 Betrieben; an Haus- und Textilseifen, Seifenpulver, Kristallsoda, Elain und Fettsäuren im Jahre 1913 2.096.347 q in 641 Betrieben, 1917 734.655 q in 450 Betrieben; an Kerzen (Reinstearin-, Kompositions- und Paraffinkerzen) im Jahre 1913 170.838 q in 69 Betrieben, 1917 136.171 q in 72 Betrieben. Toilette- und Rasierseifen endlich wurden 1913 in 55, 1917 in 36 Betrieben erzeugt. Eine Angabe über die Höhe der Erzeugung lag nur für die Zeit vom 1. September 1917 bis 31. August 1918 vor; sie betrug 18.447 q K. V. T.-Seife und 1194 q Rasierseife.

Die österreichisch-ungarische Monarchie war trotz der hochentwickelten Fett Schweine zucht in Ungarn nicht imstande, den Bedarf an Fetten und Ölen für die Ernährung der Bevölkerung und insbesondere für technische Zwecke aus inländischen Rohstoffen zu decken. Einer Einfuhr an Ölfrüchten von 2.356.689 q stand nur eine Ausfuhr von 55.976 q gegenüber, so daß sich eine Mehreinfuhr von 2.300.000 q ergab. Die Einfuhr an Fetten (Butter und andere Speisefette, festes Palmkernöl, Trane und andere technische Fette und Butter-säuren) betrug 745.251 q, die Ausfuhr kaum ein Zehntel davon (70.499 q), so daß auch hier ein Einfuhrüberschuß von 674.752 q vorlag. Die Einfuhr fetter Öle belief sich auf 165.716 q, die Ausfuhr war unbedeutend (3262 q); nur für technische Fettfabrikate ergab sich bei einer Ausfuhr von 67.907 q und einer Einfuhr von bloß 39.399 q ein Ausfuhrüberschuß von 28.508 q.

In viel höherem Maße noch war Österreich, für sich allein betrachtet, bei der Deckung seines Fettbedarfes vom Ausland und von Ungarn abhängig. Zieht man Butter und Schweinespeck (Schmalz) zunächst mit in Betracht, so errechnet sich der Gesamtfettverbrauch Österreichs mit fast 40.000 Waggons zu 10 t im Jahre. Davon entfielen etwa 23.000 Waggons auf den Speisefettverbrauch und zirka 17.000 Waggons auf den Verbrauch technischer Fette. Der Speisefettbedarf wurde zu mehr als einem Drittel durch die inländische Butterproduktion (8500 Waggons), zu einem weiteren Drittel durch Schweinespeck gedeckt, von dem 2000 Waggons eingeführt, 6500 Waggons aus im Inlande geschlachteten Schweinen gewonnen wurden, wobei zu bemerken ist, daß ein Großteil dieser Schweine (800.000 Stück) aus Ungarn eingeführt wurden. 1500 Waggons Speisefett lieferte der bei den Rinderschlachtungen anfallende Talg. Der Rest des Speisefettbedarfes wurde durch Öle aus importierten Saaten und einige kleinere Fettquellen (Geflügelfett u. dgl.) gedeckt. An dem Gesamtfettverbrauch von 40.000 Waggons waren also Butter- und Schweinespeck (Schmalz) mit etwa 40%, an dem Verbrauch von Speisefett allein sogar mit 60% beteiligt.

Läßt man Butter und Schweinefett außer Betracht, so ergibt sich, daß an der Deckung des noch verbleibenden restlichen Fettbedarfes von rund 23.000 Waggons Rindertalg mit 5000 Waggons (davon zirka ein Siebentel aus ungarischen und ausländischen Schlachtrindern), Öle aus ausländischen Saaten mit 8500 Waggons, Öle aus inländischen Saaten mit 1500 Waggons, Öle aus ungarischen Saaten mit 250 Waggons und endlich die Mehreinfuhr an Ölen und Fett mit 7500 Waggons beteiligt waren. Es entstammten demnach zirka 16.000 Waggons, d. i. etwa 70%, ausländischen, zum Teil auch ungarischen Quellen.



Die inländische Rohstoffproduktion setzte sich aus dem Anfall von Talg (zirka 4300 Waggons) aus Schlachtungen inländischer Rinder und aus dem Ertrag des inländischen Anbaues von Ölsaaten zusammen. Im Durchschnitt der Jahre 1905 bis 1914 wurden 245.205 q Raps und Rübensaat von 18.993 ha Anbaufläche, 23.201 q Leinsaat von 49.409 ha, 76.545 q Mohn von 9142 ha und 465 q Sonnenblumenkerne von 92 ha geerntet. Dazu kamen noch 34.868 q Oliven.

Die Gesamternte an Ölf Früchten belief sich demnach auf zirka 6000 Waggons, was der oben angegebenen Ölausbeute von zirka 1500 Waggons entspricht. Mohn wurde übrigens meist nicht verpreßt, sondern direkt dem Konsum zugeführt.

Wenn man von Schweinefett absieht, kam Ungarn für die österreichische Rohstoffversorgung keine besondere Bedeutung zu. Von um so größerer Wichtigkeit waren die Auslandsbezüge. Sie erfolgten teils in Gestalt von Fetten und fetten Ölen, teils in Gestalt von Ölsaaten. Nach Abzug des ungarischen Anteiles an diesen Bezügen und der geringen Ausfuhr von zirka 800 Waggons ergab sich für den Verkehr Österreichs mit dem Zollaussland ein Einfuhrüberschuß

an Ölsaaten, auf Öl umgerechnet, von 850.000 q	
an Fetten und fetten Ölen . . . »	750.000 q
Zusammen von	1.600.000 q

Die Einfuhr der Ölsaaten erfolgte zu erheblichem Teil auf dem direkten Seewege. Es entfielen von der Gesamteinfuhr der Ölsaaten, die rund 956.000 q betrug, 739.000 q auf den Seeverkehr. Der Triester Hafen war also zu mehr als zwei Dritteln an der österreichischen Ölsaateinfuhr beteiligt. Weitaus geringer war die Einfuhr zur See bei Fetten und fetten Ölen (140.000 q). Alle übrigen Bezüge erfolgten auf dem Elbe- oder Bahnwege.

Die österreichische Öl- und Fettindustrie fand ihren Absatz zum weitesten größten Teil im Inland und in Ungarn. Ihre Tätigkeit war im wesentlichen darauf eingestellt, die Deckung des inländischen Fettdefizits durch Überführung der in Form von Rohstoffen bezogenen Auslandsfette in Konsumartikel zu bewerkstelligen, so daß für eine Exportbetätigung nur ein sehr geringer Raum blieb. Einfuhr und Ausfuhr fertiger Erzeugnisse der Fettindustrie waren gleicherweise gering. Nur in Degras und in feinen Toilette-seifen bestand ein Export, jedoch gleichfalls in bescheidenen Grenzen.

Von größerer Bedeutung war der Verkehr in Halb- und Ganzfabrikaten mit Ungarn. Butter und Schweinefett wurden in einer Menge von 233.942 q aus Ungarn eingeführt. Dagegen versorgte Österreich die Länder der ungarischen Krone mit erheblichen Mengen technischer Fette und Fettsäuren und lieferte außerdem Speisefett in Gestalt von Margarine und Kokosspeisefett, Lacke und Ölfarben und große Quantitäten von Seifen aller Art. Durch diese Lieferungen wurde die ungarische Einfuhr an Butter, Schweinespeck und Öl (in Gestalt von Ölsaaten), zusammen zirka 250.000 q, ungefähr kompensiert, so daß als reiner Beitrag Ungarns zur österreichischen Fettversorgung nur das in Form von Lebendschweinen und Schlachtoehsen eingeführte Fettquantum von zusammen 450.000 q im Jahr erübrigte.

## B. Die Entwicklung der Öl- und Fettindustrie während des Krieges.

### 1. Die Anfänge der Bewirtschaftung und die Errichtung der Öl- und Fettzentrale.

Die Fettstoffe wurden wegen ihres Gehaltes an Glycerin von den feindlichen Ländern gleich zu Beginn des Krieges auf die Liste der Bannwaren gesetzt. Dessenungeachtet hat man es in Österreich während der ersten Kriegsmonate versäumt, umfassende Vorkehrungen für die Aufbringung im Inland und für die Ausnützung der damals noch vorhandenen Bezugsmöglichkeiten zu treffen. Man beschränkte sich darauf, die Ausfuhr von Glycerin nach den feindlichen Staaten zu verbieten und weitere Verbote für die Ausfuhr von Ölfrüchten, technischen Fetten, Fettgemengen und Knochen zu erlassen. Im übrigen blieb es den einzelnen Fabriken überlassen, die Rohstoffe, die sie für die Aufrechterhaltung ihres Betriebes und für die Durchführung der von ihnen übernommenen Heereslieferungen brauchten, aus dem Auslande zu beschaffen. Tatsächlich gelang es einigen größeren Firmen unter der Gefahr bedeutender Verluste im Ausland lagernde Vorräte von Kopra, Leinöl und Tran, auf deren Bezug mit einiger Sicherheit gerechnet werden konnte, zu erwerben und auf diese Weise eine Fettmenge von über 300.000 q sicherzustellen. Diese Auslandsbezüge für private Rechnung verhüllten vorerst den Ernst der Lage. Er wurde offenbar, als Italien in den Krieg eintrat und die feindlichen Absperrungsmaßnahmen immer schärfer wurden. Die Möglichkeit weiterer Versorgung aus dem Auslande schwand immer mehr. Die im Inland aus den bisherigen Einfuhren stammenden Vorräte reichten nicht aus, den Bedarf der Heeresverwaltung an Glycerin für die Sprengstoffherzeugung (bei einer Ausbeute von 6 kg Dynamitglycerin aus 100 kg Fett) für längere Dauer zu decken. Die Glycerinfrage wurde zu einem Gegenstand ernster Sorge und bildete einen der wichtigsten Beratungsgegenstände des vom Handelsministerium im Dezember 1914 eingesetzten Kriegsausschusses für die chemische Industrie.

In Deutschland war mittlerweile der «Deutsche Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette» entstanden, der sich sofort an die Organisation der Rohstoffbeschaffung und an den Einkauf der auf den ausländischen Märkten noch erreichbaren Fettmengen machte. Hierbei begegnete er dem Wettbewerb der österreichischen Fettindustrie. Um unnötige Preissteigerungen zu vermeiden, wurden damals schon Verabredungen zunächst privater Natur getroffen. Berichte aus dem Kreise der Industrie über die bedrohliche Entwicklung der Lage, die einer Katastrophe zuzustreben schien, veranlaßten zu Anfang des Jahres 1915 das Handelsministerium, nach dem Muster der für verschiedene Zweige der Textilindustrie bereits geschaffenen Einrichtungen die Gründung einer «Fettzentrale» ins Auge zu fassen. Die Ausführung dieser Absicht verzögerte sich jedoch durch Schwierigkeiten der Finanzierung, da das Finanzministerium eine staatliche Beteiligung ablehnte. Inzwischen hatte das k. u. k. Kriegsministerium, durch die der Glycerinversorgung drohenden Gefahren alarmiert, durch

verschiedene Agenten im Auslande, namentlich in Holland, für einen Betrag von 70 Millionen Kronen etwa 20.000 t verschiedener Fettstoffe aufkaufen lassen, die im Laufe des Sommers 1915 größtenteils bereits in den österreichischen Elbeumschlagplätzen einlangten. Statt diese Fettmengen durch die inländische Industrie auf Glycerin verarbeiten zu lassen und die abfallenden Fettsäuren für die Seifen- und Kerzenerzeugung abzugeben, benützte das Kriegsministerium die Verfügung über diesen großen Posten unmittelbar greifbarer Ware, um sich durch Übung eines Druckes auf die Käufer eine möglichst große Glycerinmenge zu sichern. Es stellte beim Verkauf der in seiner Hand befindlichen Fettstoffe die Bedingung, daß der Käufer das Zweieinhalbfache des Glyceringehaltes der ganzen Partie (d. i. 300 Waggons statt der 120 Waggons Glycerin, die daraus bestenfalls zu gewinnen waren) für den Bedarf der Heeresverwaltung liefern müsse. Diese Bedingung war für Einzelfirmen schwer erfüllbar. Auch überstieg das mit dem Kaufe verbundene finanzielle Risiko die Kräfte eines einzelnen Unternehmens. Es bestand die Gefahr, daß die ganze Fettmenge, die zum größten Teil schon in Elbeschleppern vor Aussig lag, nach Deutschland wieder exportiert werden würde. Darum wurde die längst beabsichtigte Gründung einer «Österreichischen Öl- und Fettzentrale» in aller Eile ins Werk gesetzt, vorläufig nur mit dem bescheidenen Aktienkapital von 500.000 K, das von den sieben größten Firmen der österreichischen Fettindustrie übernommen wurde.

Die konstituierende Versammlung fand am 31. August 1915 statt. Die neue Gesellschaft trat sofort mit dem Kriegsministerium wegen Überlassung der von diesem gekauften Fettmengen in Verhandlung. Mittlerweile war auch in Ungarn die «Ungarische Öl- und Fettzentrale A. G.» errichtet worden, die sich an dem Geschäfte gleichfalls beteiligen wollte. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß ein Drittel der im Besitze des Kriegsministeriums befindlichen Fettstoffe (rund 700 Waggons im Werte von 22 Millionen Kronen) im Inlande verblieb. 84% dieses Drittels wurden von der österreichischen, 16% von der ungarischen Zentrale übernommen. Die beiden Zentralen mußten die Verpflichtung eingehen, dem Kriegsministerium an Stelle der 40 Waggons Glycerin, die aus der angekauften Fettmenge gewonnen werden konnten, 100 Waggons Glycerin zu liefern. Um die fehlenden 60 Waggons zu erzeugen, mußte die Industrie außer den vom Kriegsministerium gekauften 700 noch weitere 1050 Waggons Fett auf Glycerin verarbeiten, die sie ihren eigenen Vorräten entnehmen oder sich anderweitig beschaffen mußte. Die Beschaffung noch größerer zusätzlicher Mengen von Fettstoffen konnte nicht mit Sicherheit gewährleistet werden. Die Industrie war daher auch nicht in der Lage, die Verpflichtung zu einer größeren Glycerinlieferung zu übernehmen und mußte sich aus diesem Grunde damit abfinden, daß zwei Drittel der im Besitze des Kriegsministeriums befindlichen Fettmengen wieder ins Ausland gingen, obwohl sich der Mangel an Fettsäure in Österreich bereits stark bemerkbar machte.

Um der Industrie die Glycerinlieferung zu erleichtern, wurde mit Verordnung des Handelsministers vom 23. Dezember 1915 die Beschlagnahme aller Arten von Glycerin, Glycerinwässern und glyzerinhaltigen Seifensiederunterlagen verfügt. Zur Übernahme der beschlagnahmten Mengen wurde die Öl-

und Fettzentrale bestimmt, die den Erzeugern für die beschlagnahmten Waren die in der Verordnung festgesetzten Preise zu bezahlen hatte. Die Zentrale hatte ihrerseits das Glycerin an die Heeresverwaltung abzuliefern. Nur für pharmazeutische und solche industrielle Zwecke, für die Glycerin nicht durch ein anderes Produkt zu ersetzen war, konnte der Handelsminister im Einverständnis mit dem Kriegsminister Glycerin freigeben, was jedoch nur in geringem Umfange geschah. Diese Beschlagnahmeverordnung blieb während des ganzen Krieges in Geltung. Eine weitere Unterstützung der Zentrale bei Aufbringung der erforderlichen Glycerinmengen bedeutete die am 24. Jänner 1916 erlassene Verordnung, mit der die Herstellung von Schmier- und Kernseifen aus Neutralfetten, d. i. aus tierischen oder pflanzlichen Fetten und Ölen, ohne vorherige Entglyzerinisierung verboten wurde.

Trotz dieser unterstützenden Maßnahmen blieb die Öl- und Fettzentrale nach der ganzen Art ihrer Entstehung eine rein private Aktiengesellschaft, die von der Regierung lediglich als Werkzeug zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben herangezogen wurde. Nach den Satzungen war ihr Zweck «die Versorgung des inländischen Bedarfes mit Ölen und Fetten und allen daraus gewonnenen Zwischen-, Neben- und Endprodukten während des Krieges durch Bewirtschaftung aller Zweige des Gebietes der pflanzlichen Öle und Fette im weitesten Umfange». Die Bewirtschaftung von Butter und Schweinefett wurde in den Wirkungskreis der Öl- und Fettzentrale nicht mitbezogen, weil diese Waren im allgemeinen von der Industrie weder erzeugt noch verarbeitet wurden und andere Organisationen («Miles» und «Österreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft»), die dem Ernährungsamt unterstellt waren, mit ihrer Beschaffung zu tun hatten.

Die Öl- und Fettzentrale beruhte auf streng gemeinnütziger Grundlage; der eine Kapitalsverzinsung von 6% übersteigende Reingewinn floß einem Reservefonds zu, der zur Deckung von Verlusten (Friedensrisiko, Transportgefahr, verlustbringende Auslandsgeschäfte u. dgl.) bestimmt war. Ein bei der Liquidation nach Beendigung des Krieges sich etwa ergebender Überschuß sollte einem von der Regierung zu bestimmenden gemeinnützigen Zwecke zugeführt werden. Die Geschäftsführung erfolgte durch ehrenamtliche Funktionäre und wurde durch Delegierte des Handels- und Kriegsministeriums überwacht. Die Beschlüsse der Geschäftsleitung über Beschaffung, Verteilung oder Verwertung von Fettstoffen, gegen die ein staatliches Aufsichtsorgan Einspruch erhob, durften bis zur Entscheidung des Kriegs- oder Handelsministers nicht ausgeführt werden. Im übrigen wurden die Geschäfte nach rein kaufmännischen Grundsätzen geführt; eine Monopolstellung besaß die Gesellschaft vorerst nicht, da niemand gezwungen war, durch sie zu kaufen, oder behindert wurde, sich anderweitig Ware zu beschaffen.

Noch während der Verhandlungen über den Ankauf der Fettbestände des Kriegsministeriums war die Zentrale in einem Rundschreiben vom 1. September 1915 an alle Unternehmungen der Fettindustrie (Ölpressereien, Talgschmelzereien, Margarin- und Kunstspeisefettfabriken, Seifen- und Kerzenfabriken usw.) mit der Aufforderung herangetreten, durch Erwerb von Aktien Mitglieder der Zentrale zu werden. Nur 55 Unternehmungen leisteten dieser Aufforderung Folge; die meisten übernahmen nur einige wenige Aktien.



Auch die an die Kerzen- und Seifenfabriken gerichtete Aufforderung, an dem Geschäfte mit dem Kriegsministerium teilzunehmen, fand nur wenige Betriebe bereit, einen Teil der Ware zu erwerben und das damals noch sehr hoch eingeschätzte Friedensrisiko, d. h. die Gefahr einer Entwertung der Waren im Falle eines frühzeitigen Friedensschlusses, auf sich zu nehmen. Die Zentrale war daher in der ersten Zeit ihrer Tätigkeit noch kein zentraler Einkaufsapparat für die gesamten Angehörigen der Fettindustrie. Sie gab von ihren Einkäufen Material nur an jene Unternehmungen ab, die sich jeweils zur Übernahme von Fetten bereit erklärten und die Finanzierung mitübernahmen. Durch das Entgegenkommen einiger großer Firmen wurden aus den vom Kriegsministerium erworbenen Fettbeständen nachträglich einzelnen kleineren Betrieben, die sich ursprünglich nicht beteiligt hatten, Waren überlassen.

Von allem Anfang an war die Aufgabe der Zentrale von ihren leitenden Funktionären dahin aufgefaßt worden, daß sie bei voller Rücksichtnahme auf die Deckung des Heeresbedarfes alles aufzubieten habe, um auch dem Bedarf der Bevölkerung an Speisefett, Waschmitteln usw. gerecht zu werden. In erster Reihe war hiebei allerdings an die Versorgung mit technischen Fettstoffen gedacht worden, doch trat späterhin die Speisefettversorgung immer mehr in den Vordergrund.

Zur Zeit, als die Öl- und Fettzentrale ihre Tätigkeit begann, hatten sich die Verhältnisse auf den noch zugänglichen Auslandsmärkten bereits außerordentlich verschlechtert. Die Absperrungsmaßnahmen wurden seitens der feindlichen Staaten immer mehr ausgebaut, die Einfuhr von Rohstoffen aus der Übersee war nahezu unmöglich, und auch aus den neutralen Staaten des europäischen Festlandes konnten Fettstoffe nur bezogen werden, wenn sie ihrer eigenen Produktion entstammten oder vor dem 1. April 1915 nach ihren Gebieten verladen worden waren. Für alle später eingeführten Fettstoffe hatten die meisten neutralen Staaten unter dem Drucke der Entente bereits Ausfuhrverbote erlassen; infolgedessen war die Preisentwicklung für die sogenannte gesperrte Ware, die unter das Ausfuhrverbot fiel und erst nach Friedensschluß bezogen werden konnte, eine ganz andere wie für unmittelbar beziehbare Ware. Beispielsweise kostete «beziehbare» Kopra ab Amsterdam im Sommer 1915 81'5 holl. Gulden, gesperrte Ware dagegen nur 30 holl. Gulden für den Meterzentner. Die Preise für beziehbare Ware wurden durch den Wettbewerb zwischen dem deutschen Kriegsaussehuß und der österreichischen Fettindustrie weiter in die Höhe getrieben; von deutscher Seite wurde daher ein gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen, das um so größere Vorteile zu versprechen schien, als es in Deutschland hauptsächlich an Speisefetten fehlte, während Österreich vornehmlich an technischen Fetten Mangel litt. In Österreich kauften die Seifensieder Schweinefett im Kleinhandel auf, um es auf Seife zu verarbeiten. In Deutschland wurden technische Fette zu Speisewecken verwendet. Es ergab sich die Anomalie, daß die österreichischen Preise für einheimische Speisefette niedriger waren als der Preis des schlechtesten Heringtrans in Norwegen.

Nach längeren Verhandlungen kam es infolgedessen zwischen der österreichischen Öl- und Fettzentrale A. G., der ungarischen Öl- und Fettindustrie

zentrale A. G. und dem deutschen Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Fette Ges. m. b. H. am 17. März 1916 zum Abschluß eines Übereinkommens über den gemeinsamen Einkauf im Auslande, das auch die Genehmigung der Regierungen fand. Es bezog sich sowohl auf Ölfrüchte wie auf pflanzliche und tierische Öle und Fette, Margarine und Speisefette (mit Ausnahme von Butter und Schweinefett), auf Fettsäuren aller Art, Seifen und endlich auf alle tierischen oder pflanzlichen Materialien und Gemenge, die Öle, Fette, Fettsäuren oder Seifen enthielten. Durch ein Zusatzabkommen wurden auch Harze noch einbezogen. Der gemeinsame Einkauf von Ölsaaten auf dem Balkan (Rumänien, Bulgarien und besetzte Gebiete) war bereits früher durch ein ähnliches Abkommen der Zentraleinkaufsstelle Berlin, der Kriegsgetreideverkehrsanstalt Wien und der Kriegsprodukten A. G. in Budapest geregelt worden. Da es zweckmäßig schien, den Einkauf und die Verfrachtung von Ölsaaten zusammen mit dem von Getreide durchzuführen, blieb dieses Abkommen in Geltung, doch wurde verfügt, daß die durch das Kartell der drei Getreidezentralen beschafften Ölsaaten den drei Zentralorganisationen der Öl- und Fettindustrie zur Verfügung gestellt werden sollten. Um eine Konkurrenzierung der Zentralen durch private Einkäufer zu verhindern, wurden sowohl in Deutschland wie in Österreich-Ungarn Durchfuhrverbote für Ölsaaten und Fettstoffe erlassen, von denen Ausnahmen nur für die quotenmäßigen Bezüge der Zentralen gemacht wurden. Für die Aufteilung der gemeinsamen Bezüge zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn wurde der Schlüssel von 70 : 30 vereinbart. Für Ölsaaten aus dem Balkan verblieb es jedoch bei dem Aufteilungsschlüssel von 50 : 50 für Bezüge zu Schiff und von 60 : 40 für Bezüge mit der Bahn, der durch ein ähnliches Abkommen der Getreidezentralen festgesetzt worden war, und ebenso behielt für Margarine der durch ein früheres Staatsabkommen festgesetzte Schlüssel von 60 : 40 seine Geltung. Der auf die österreichisch-ungarische Monarchie entfallende Anteil wurde wieder zwischen Österreich und Ungarn im Verhältnis von 75 : 25 geteilt. Das Abkommen war ab 1. Juni 1916 einmonatlich kündbar, blieb aber bis Kriegsende in Kraft.

Das in dem Abkommen festgesetzte Aufteilungsverhältnis war für Österreich-Ungarn sehr günstig, da die Fettbezüge Deutschlands und Österreich-Ungarns aus dem Auslande sich im Frieden wie 87 : 16 verhielten. Auf Grund des Abkommens wurden gemeinsame Einkaufsstellen und Vertretungen in Holland, Schweden, Bulgarien, Rumänien, der Türkei und der Schweiz errichtet. In den nordischen Ländern hatte der deutsche Kriegsausschuß die Führung, in der Schweiz die österreichische Fettzentrale, während in den Balkanländern gemeinsam mit den dortigen Vertretern der Getreidezentrale gearbeitet wurde. Nach der Besetzung Rumäniens durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen wurde die Aufbringung von Fettstoffen hier durch den Wirtschaftsstab der Militärverwaltungen übernommen.

Durch das Abkommen der drei Fettzentralen war ein entscheidender Schritt zur Zentralisierung der gesamten Fettbeschaffung in den Händen dieser Organisationen geschehen. In dem Abkommen hatten sie sich verpflichtet, bei ihren Regierungen jeweils jene Maßnahmen zu beantragen, die sie gemeinsam für notwendig befinden würden, um ihre Konkurrenzierung auf den ausländi-

sehen Märkten durch private Einkäufer zu verhindern, und zu diesem Zwecke die Verfügung zu erwirken, daß die dem Abkommen unterliegenden Ölsaaten und Fettstoffe in jedem der drei Länder nur durch die daselbst bestehende Fettzentrale in Verkehr gebracht werden dürfen. Diesen Anträgen wurde in Österreich durch die Verordnung des Handelsministers vom 21. März 1916 entsprochen, nach der alle Fette und Öle, Fettgemenge, Seifen und Ölfirnisse sowie Glycerin, die aus dem Zollaussland eingeführt wurden, nur durch die Öl- und Fettzentrale in den inländischen Verkehr gebracht werden durften. Die Transportunternehmungen wurden verpflichtet, jede einlangende Sendung der Öl- und Fettzentrale anzuzeigen. Durch eine spätere Durchführungsverordnung wurde auch dem Bezieher solcher Waren eine Anzeigepflicht auferlegt. Die Übernahme der von Außenstehenden importierten Waren durch die Zentrale erfolgte zu den Preisen, zu denen Waren gleicher Art und Güte im gleichen Land und zu derselben Zeit zu erwerben waren, zuzüglich der Frachtkosten und Spesen im üblichen Ausmaß. Dadurch war jedem Importeur von Fettwaren die Möglichkeit genommen, im Auslande höhere Preise als die Zentrale oder das Einkaufskartell anzulegen. Analoge Verfügungen ergingen in Deutschland und Ungarn.

Für Ölsaaten war bereits durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 6. Februar 1916 verfügt worden, daß sie im Falle ihrer Einfuhr an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt abgegeben werden müssen, die sie wieder der Öl- und Fettzentrale zur Verfügung zu stellen hatte. Durch diese Verordnungen war ein tatsächliches Bezugsmonopol der drei Zentralen geschaffen worden. Sie entsprachen auch dem Wunsche der Regierungen einzelner Bezugsländer, im Interesse der Sicherung ihrer eigenen Fettversorgung und der möglichen Vermeidung allzu großer Preissteigerungen den Einkauf der Mittelmächte an einer Stelle konzentriert zu sehen. Die Regierungen Dänemarks und Hollands machten von den Einkaufs- und Ausfuhrverboten, die sie unter dem Drucke der Ententestaaten erlassen hatten, Ausnahmen nur zugunsten derjenigen Stellen, die in staatlichem Auftrag und zur Versorgung der Allgemeinheit einkauften.

## 2. Die Beschaffung von Fettstoffen im Auslande.

Das wichtigste Bezugsgebiet für Fettstoffe war Holland. Die ziemlich großen Lieferungen an technischen und Speisefetten, die aus diesem Lande während der ersten Kriegszeit kamen, waren die Ursache, daß sich die Absperrungsmaßnahmen der Entente vor allem gegen die Niederlande richteten. Zur Überwachung des holländischen Handels wurde die «Neederlandische Overzee Trust Maatschappij im Haag» (N. O. T.) gegründet, die allmählich die Wiederausfuhr der nach Holland eingeführten Überseewaren in das Gebiet der Mittelmächte unmöglich machte. In der Folge durften nur mehr solche Fettstoffe aus Holland ausgeführt werden, die daselbst erzeugt oder vor dem 1. April 1915 aus der Übersee eingeführt worden waren. Um auch diese an sich eng begrenzte Ausfuhrmöglichkeit völlig zu unterbinden, wurde die Einfuhr der Niederlande durch die Alliierten so stark gedrosselt, daß sie ein-



schließlich der ganzen eigenen Erzeugung nicht mehr zur vollen Deckung ihres Inlandsbedarfes reichte.

In dem Maß, als die Ausfuhrmöglichkeiten geringer wurden, entwickelte sich eine wilde Spekulation in ausfuhrfreier Ware, die dazu führte, daß die holländische Regierung nur mehr für Einkäufe der Zentralen Ausfuhrbewilligungen erteilte. Welchen außerordentlichen Einfluß die Zentralisierung des Einkaufes auf die Preisbildung übte, zeigt der Umstand, daß das Einkaufssyndikat der Zentralen gegen Ende 1916 bei seinen regelmäßigen Seifenbezügen 225 bis 250 holl. Gulden für 100 kg Fettgehalt bezahlte, während vor der Zentralisierung des Einkaufes deutsche und österreichische Firmen dieselbe Seife zum Preise von 350 bis 450 holl. Gulden gekauft hatten. Außer Seife wurde auch noch Margarine bis ins Jahr 1917 hinein aus Holland bezogen. Im Geschäftsjahr 1917/18 waren die Absperrungsmaßnahmen der Entente bereits so weit vervollkommenet, daß es nur mehr gelang, geringe Mengen Knochenfett und Leinsaat zur Ausfuhr zu bringen.

In ähnlicher Weise versiegte allmählich die Möglichkeit, aus Norwegen Tran und andere Produkte der Fischerei zu beziehen. Unter englischem Druck erließ dieser Staat am 17. August 1916 ein Ausfuhrverbot. Bis dahin war es dem Einkaufssyndikat der Zentralen gelungen, sich fast die ganze norwegische Tranproduktion zu sichern, wenn auch zu steigenden Preisen. Das Ausfuhrverbot ließ den Mittelmächten gegenüber Ausnahmen nur für solche Fische und Fischereiprodukte zu, die unter Verwendung der von den Mittelmächten beigestellten Betriebsmittel gefangen und hergestellt wurden. Außerdem wurde bestimmt, daß die zur Ausfuhr gelangenden Mengen 15% des gesamten Fanges nicht überschreiten dürfen. Anfangs gelang es, durch Beistellung von Mineralöl aus Österreich, von Kohle und Netzen aus Deutschland die Tranbezüge bis zu dieser Höchstgrenze zu steigern. Später wurden jedoch die überseeischen Zufuhren Norwegens ebenso wie diejenigen Hollands so weit unterbunden, daß man zur Sicherung des Bedarfes der eigenen Bevölkerung den Tran durch Raffinierung und Härtung zu Speisefetten umarbeiten und dabei auch Sorten heranziehen mußte, die normalerweise als völlig ungeeignet hierfür angesehen worden wären. Schließlich war Norwegen gezwungen, in einem Vertrag mit den Vereinigten Staaten, der ihm die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus Amerika sicherte, die Verpflichtung zu vollständiger Unterbindung der Ausfuhr von Tran nach den Gebieten der Mittelmächte zu übernehmen.

Schweden mit seiner sehr geringen Eigenerzeugung an Fettstoffen kam nur für die erste Zeit des Krieges für beschränkte Mengen in Betracht.

Die anfänglich ziemlich bedeutenden Bezüge aus Dänemark wurden dadurch unmöglich gemacht, daß die Entente diesem Land alle Zufuhren von Ölsaaten und Ölen unterband. Die bedeutende dänische Ölindustrie kam vollständig zum Stillstand, und da gleichzeitig auch die Ölkucheneinfuhr abgeschnitten wurde, begannen der dänischen Viehzucht die Kraftfuttermittel zu fehlen. Die Buttererzeugung wurde infolgedessen derart beschränkt, daß die Ausfuhr auf geringe Mengen zusammenschrumpfte. Die dänische Margarineindustrie wurde fast vollständig eingestellt. Nur von Zeit zu Zeit konnten



gegen wertvolle Kompensationen — insbesondere chemische Produkte — geringe Fettmengen aus Dänemark bezogen werden.

In der Schweiz war nach Ausbruch des Krieges unter Beteiligung österreichischen Kapitals das schweizerische Öl- und Fettsyndikat gegründet worden, um mit seiner Hilfe und unter gleichzeitiger Deckung des schweizerischen Bedarfes Leinsamen, Kopra und Leinöl aus Überseeländern, größtenteils über italienische Häfen, zu beziehen. Ähnlichen Zwecken diente die Errichtung einer Ölfabrik in Horn am Bodensee. Es wurde auch versucht, den Bezug der in Italien lagernden, in österreichischem Besitz befindlichen Mengen an Kopra und Ölsaaten über die Schweiz zu ermöglichen und ebenso unter dem Titel «Versorgung der Schweiz mit Futtermitteln aus Rumänien» Lein- und Rapssaaten von dort zu beschaffen. Dieser letztere Weg wurde jedoch durch den Eintritt Rumäniens in den Krieg abgeschnitten. Im übrigen wurden die Bezugsmöglichkeiten über die Schweiz durch das dortige Organ der Entente, die «Société de Surveillance Suisse» (SSS), immer mehr erschwert. Die Schweiz war hinsichtlich der Überseebezüge vollkommen von dem guten Willen der Entente abhängig. Mit Hilfe der SSS wurden die Eigenbezüge der Schweiz streng kontingentiert; die Schweiz sah sich gezwungen, Ausfuhrverbote zu verhängen und streng zu handhaben, so daß der Bezug von Waren, die der Schweiz durch die Ententestaaten geliefert wurden, auch gegen Kompensationen unmöglich war. Daher kam die Schweiz in den Jahren 1917 und 1918 für Bezüge an Ölen und Fetten kaum mehr in Betracht.

Nach der Niederwerfung Serbiens und der Eröffnung des Balkanweges wurden große Hoffnungen auf die Einfuhr von Ölsaaten und Olivenöl aus der Türkei gesetzt. Tatsächlich gelang es dem Einkaufssyndikat der Zentrale, dort große Einkäufe zu bewerkstelligen und die Ausfuhrerlaubnis der türkischen Regierung zu sichern. Es wurden Kesselwagenzüge zum Bezug von Olivenöl in Dienst gestellt und bis nach Smyrna geleitet. Durch die Überlastung der in Betracht kommenden Bahnlinien, die meist für militärische Transporte reserviert waren, entstanden jedoch die größten Schwierigkeiten. Monatlang standen die gefüllten Waggons in türkischen Stationen. Dazu kam, daß sich die türkische Regierung im Herbst 1916 infolge einer Mißernte an Ölsaaten gezwungen sah, die Ausfuhr zur Sicherung der eigenen Versorgung einzuschränken. Nach langen Unterhandlungen kamen im März 1916 Vereinbarungen zustande, die sich hauptsächlich auf die Freigabe der vor-gekauften Ölsaaten bezogen, wobei jedoch Preiserhöhungen und neu eingeführte Ausfuhrabgaben mit in Kauf genommen werden mußten. Da auch die Ernte des Jahres 1917 fehlschlug, die Transportverhältnisse sich immer mehr verschlechterten und die Preise ins Maßlose stiegen, hörten die Bezüge aus der Türkei seit August 1917 fast ganz auf.

Verhältnismäßig gering waren die Bezüge aus Rumänien. Verhandlungen mit den dortigen Ölfabriken waren eingeleitet worden, um gemeinsam mit ihnen die rumänischen Ölsaaten aufzukaufen und Öl, dessen Ausfuhr verboten war, in Form von hochöhlhaltigen Ölkuchen zu beziehen. Durch den Eintritt Rumäniens in den Krieg waren diese Bestrebungen gegenstandslos geworden. Die nach der Besetzung vorgefundenen Vorräte an Ölsaaten mußten

in erster Linie zur Vergrößerung des Anbaues im Lande selbst verwendet werden, der auch gute Ergebnisse zeitigte.

Aus den besetzten Gebieten Russisch-Polens war wenig zu holen. Größere Hoffnungen wurden nach dem Frieden von Brest-Litowsk auf die Bezüge aus der Ukraine gesetzt. Es kamen auch Vereinbarungen mit der ukrainischen Regierung zustande, auf Grund deren mit der Organisation des Einkaufes begonnen wurde. Dabei waren jedoch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, die sich teilweise aus dem Versuche der ukrainischen Regierung, den Handel zu monopolisieren, ergaben, teils der feindseligen Haltung der Bevölkerung entsprangen.

Im ganzen wurden durch die österreichische Öl- und Fettzentrale im ersten Geschäftsjahr (vom 1. September 1915 bis 1. September 1916) 10.423 t Fettstoffe und Ölsaaten bezogen, im zweiten Geschäftsjahr (1916/17) 9022 t, im dritten (1917/18) 4164 t.

Die Zentralisierung des Einkaufes und das Einfuhrmonopol begegneten natürlich auch auf dem Gebiete der Öle und Fette heftiger Anfeindungen, namentlich von Seite einer Unzahl von Händlern und Agenten, die irgendeinen Posten Ware an der Hand hatten oder zu haben glaubten und an ihm ungehörlichen Verdienst erzielen wollten. Es läßt sich mit voller Sicherheit behaupten, daß anläßlich der außerordentlichen Knappheit der tatsächlich vorhandenen Ware und der von den Bezugsländern eingenommenen Haltung auch bei vollkommener Freiheit des Verkehrs nicht mehr Ware aufgebracht worden wäre, daß jedoch die Bezüge in diesem Falle, von Hand zu Hand gehend und sich immer mehr vertuernd, ein Vielfaches der durch die Zentrale angelegten Preise gekostet hätten.

### 3. Die Rohstoffaufbringung im Inlande.

Es war schon zur Zeit der Errichtung der Öl- und Fettzentrale (September 1915) völlig klar geworden, daß der Bezug von Fettstoffen aus dem Ausland immer schwieriger und schließlich vielleicht ganz unmöglich werden dürfte. Mit äußerster Energie mußte daher darangegangen werden, alle denkbaren inländischen Quellen auf die höchste Leistungsfähigkeit zu bringen, wenn irgend möglich neue Quellen aufzuschließen und mit dem Erzielten aufs sparsamste zu wirtschaften. Die Öl- und Fettzentrale hatte noch im Gründungsstadium ein umfassendes Programm hierfür aufgestellt.

Ihre wichtigste Aufgabe war es, die inländische Ölsaaternte zu erfassen und sie für die Allgemeinversorgung nutzbar zu machen, dann aber auch dafür zu sorgen, daß der Anbau an Ölsaaten im größtmöglichen Ausmaße durchgeführt werde. Die Zentrale bedurfte dabei natürlich der Unterstützung der Staatsgewalt, die ihr auch zuteil wurde. Die erste einschlägige Verfügung, die schon vor dem Inslebentreten der Zentrale mit Verordnung des Handelsministers vom 25. Juli 1915 getroffen wurde, war die Beschlagnahme der Raps- und Rübsenernte des Jahres 1915; ausgenommen war nur das notwendige Saatgut. Mit der Übernahme der Ware wurde die von jeher als Vermittlerin zwischen den Landwirten und den Rübölfabriken fungierende Österreichische Kontrollbank für Industrie und Handel

betraut, die dann die abgelieferte Ware an die vom Handelsministerium bezeichneten Ölpressereien weitergab, das erzeugte Rüböl übernahm und es an die vom Handelsministerium namhaft gemachten Verbraucher zu überlassen hatte. Die Beschlagnahmeverfügung wurde in den Jahren 1916 und 1917 mit der Modifikation wiederholt, daß das von den Rübölherzeugern hergestellte Produkt an die Öl- und Fettzentrale abzugeben war. Die den Landwirten gezahlten Preise wurden jeweils amtlich festgesetzt. Sie stiegen gegenüber dem Friedenspreis von 30 K für 100 kg auf 44 bis 46 K im Jahre 1915, auf 135 bis 140 K im Jahre 1918.

In ähnlicher Weise wurde die Leinsaat der Ernte 1915 (zur Sicherung des Saatgutes) und die des Jahres 1916 beschlagnahmt; da sich dann herausstellte, daß beim Anbau von Lein trotz der enormen Knappheit an Leinöl die Fasergewinnung noch wichtiger war als die Ölsaatergewinnung, wurde mit Verordnung vom 20. Dezember 1916 die Bewirtschaftung der Leinsaat der Flachszentrale A. G. überwiesen. In den Jahren 1916 bis 1918 wurde weiters die Mohn-ernte beschlagnahmt und die Öl- und Fettzentrale zur Übernahme verpflichtet. Im Jahre 1918 wurde noch die Senfsaat in die Beschlagnahme einbezogen, allerdings mehr aus preispolitischen Gründen. Der Preis dieser Saat war von einem Friedenspreis von zirka 40 K im freien Handel auf 1000 bis 1200 K per 100 kg gestiegen und durch die Verordnung mit 250 K begrenzt worden.

Das Schwergewicht der Tätigkeit der Zentrale lag natürlich in den Maßnahmen zur Steigerung des Anbaues, wobei die Zentrale zur Unterstützung der über ihren Vorschlag getroffenen Regierungsverfügungen eine großzügige Werbearbeit entfaltete. Auf Grund eines Ackerbauministerialerlasses, der den Landwirten speziell den Anbau von Mohn empfahl, setzte sich die Zentrale mit etwa 20.000 Gemeinden in Verbindung und übernahm es, das Saatgut sicherzustellen. Auf den Mohnanbau wurde trotz der notwendigen, besonders sorgfältigen Bodenbearbeitung deshalb besonderer Nachdruck gelegt, weil die Boden- und klimatischen Verhältnisse hierfür im Inlande günstige waren und der Mohn bei hohem Ölgehalt den 160- bis 200fachen Ertrag liefert, so daß wenig Saatgut erforderlich ist.

Da ein den Landwirten aufzuerlegender allgemeiner Zwang zum Anbau bestimmter Feldprodukte zunächst undurchführbar schien, wurde der Ackerbauminister mit Verordnung vom 8. Februar 1917 ermächtigt, von den Landwirten freiwillige bindende Verpflichtungserklärungen über den Anbau bestimmter ölhaltiger Pflanzen zu verlangen und erst, wenn auf diese Art die erforderliche Anbaufläche nicht erreicht würde, den in Betracht kommenden Gebieten die Bereitstellung einer bestimmten Anbaufläche aufzuerlegen. Auf Grund dieser Verordnung wurden mit einer Kundmachung des Ackerbauministeriums die Landwirte zu freiwilliger Anmeldung von Mohnanbauflächen aufgefordert, der Übernahmepreis für die Ernte (200 K pro Meterzentner) gleich festgesetzt und den Anmeldern die Beistellung von Saatgut und Stickstoffdünger zu angemessenen Preisen sowie die Rücklieferung der Ölkuchen zu einem Vorzugspreise zugesichert. In gleicher Weise wurde im Jahre 1918 vorgegangen. Der außerordentlich trockene Sommer 1917 ergab eine schlechte

Mohnernte, so daß sich die Landwirte vielfach von dieser Kultur abwandten.

Besonderes Augenmerk wurde der wichtigsten inländischen Ölpflanze, dem Raps, zugewendet, dessen Kultur in den letzten Friedensjahren stark gesunken war. Auch hier wurden den freiwilligen Anbauern Düngemittel, Rapskuchen und außerdem seitens der Zentrale eine sogenannte Flächenzulage von 200 K pro Hektar zugesichert. Die geringen Vorräte an Saatgut nötigten bei der Propaganda für den Anbau von Leinsaat zu einer gewissen Zurückhaltung. Trotz starker Propaganda konnten beim Anbau von Sonnenblumen praktische Resultate nicht erzielt werden. Die Sammlung der an Feldrainen, Bahnböschungen und in Hausgärten gewonnenen kleinen Mengen Körner erwies sich als undurchführbar.

Es soll in diesem Zusammenhange noch die Preispolitik kurz erwähnt werden. Es mußte die richtige Mitte zwischen einem für die Ölherzeugung noch möglichen Saatenpreis und dem Erlöse gefunden werden, der dem Landwirte geboten werden mußte, um einen genügenden Anreiz zum Ölsaatenanbau zu bilden und die Konkurrenz mit anderen Anbauprodukten zu bestehen; schließlich mußte auch auf die ungarische Preisbildung Rücksicht genommen werden. Die jährlichen Preissteigerungen bewegten sich in Berücksichtigung dieses Umstandes und der allgemeinen Geldwert- und Preisverhältnisse in durchaus mäßigen Grenzen. Vielleicht wurde die Rücksicht auf den Konsumenten dabei zu weit getrieben, zum Schaden der Bestrebungen, die auf die Erweiterung des Anbaues gerichtet waren. Beispiele, wohin der freie Verkehr geführt hätte, bietet die oben angeführte Preisentwicklung bei Senfsaat oder die bei wildem Raps (Hederich), welcher letzterer von einem Friedenspreis von 15 K pro Meterzentner auf 300 K im Jahre 1918, also auf den doppelten Rapspreis, gestiegen war.

Über das Ergebnis der Maßnahmen zur Steigerung des Ölsaatenanbaues gibt nachstehende Übersicht Auskunft:

	Anbaufläche in Hektar				Ernte in Meterzentner			
	1915	1916	1917	1918	1915	1916	1917	1918
Raps u. Rübsen	3.203	4.174	5.066	13.000	33.547	50.555	43.785	94.680
Mohn . . . .	5.250	8.468	9.628	4.280	29.406	53.188	27.647	10.000
Leinsaat . . .	20.376	19.745	19.511	2.307	94.331	85.286	72.850	8.789
Sonnenblumen	72	87	192	16	391	362	1.228	85

Die tatsächliche Ablieferung der Ernten an die Zentrale, mit Ausnahme der Leinsaat, bewegte sich zwischen 75 und 90%, ein günstiges Ergebnis, wenn man den unvermeidlichen Eigenverbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere bei Mohn, in Betracht zieht.

Die Öl- und Fettzentrale A. G. hatte schon zur Zeit ihrer Errichtung mit Versuchen eingesetzt, die Absonderung der Traubenkerne aus den Trestern zu bewerkstelligen, um sie zur Ölgewinnung zu verwerten. Die Trennung gelang auf einfache Weise durch Verwendung der in jedem bäuerlichen Haushalte vorhandenen Handsiebe. Durch Verordnungen wurden die Besitzer von Trestern verpflichtet, die Traubenkerne aus den Trestern zu gewinnen und sie der Öl- und Fettzentrale abzuliefern. Zur Durchführung



dieser Aktion entfaltete die Zentrale eine umfangreiche Propaganda in 2600 weinbautreibenden Gemeinden. Es wurden im Jahre 1915 von zirka 10.000 Besitzern 9081 q, im Jahre 1916, einem schlechten Weinjahre, von zirka 8700 Besitzern 4500 q Traubenkerne übernommen. Im Jahre 1917 wurden die Vorschriften betreffend die Traubenkerngewinnung über Drängen der Weinbauern trotz Einspruches der Zentrale abgeändert; trotz sehr guter Weinernte waren nur noch 2330 q erfaßbar. Die Heranziehung der Traubenkerne zur Ölgewinnung war eine vordem nirgends praktisch durchgeführte Aktion.

Von weitaus größerer Bedeutung war die von der Zentrale eingeleitete Fettgewinnung aus Mais. Die Gewinnung der Maiskeime behufs Verpressung auf Öl gewann besondere Bedeutung, als große Mengen von Mais rumänischer Herkunft auf Brotmehl vermahlen werden mußten und das im Maiskorn enthaltene Öl als Ursache der geringen Haltbarkeit des Mehles erkannt wurde. Die bekannten Methoden der Maisentkeimung mittels Dampf oder heißen Wassers waren aus technischen Gründen unanwendbar. Nach langen Versuchen wurde im Jahre 1916 ein Verfahren für den praktischen Mühlenbetrieb gefunden, das mittels ganz geringfügiger Abänderungen der Mühleneinrichtungen rasch durchgeführt werden konnte und im wesentlichen darin bestand, daß der Mais auf hochgestellten Walzen vorgeschrotet wurde, wobei das Korn zu Griesß und Mehl zerkleinert, der elastische Keim jedoch zu einem Blättchen ausgewalzt wurde, so daß er durch entsprechende Sichtung abgeondert werden konnte. Die Ausbeute an Keimen — auf Mais gerechnet — stieg von anfänglich 5% auf 15% und ihr Ölgehalt von anfänglich 7 bis 12% auf 15 bis 25%. Das gewonnene Maisöl war für alle Zwecke (als halbtrocknendes Öl auch zur Streckung von Leinöl) verwendbar und konnte durch Härtung in ein gutes weißes Speisefett überführt werden. Eine wesentliche Störung ergab sich im Jahre 1916/17 durch den Ausbruch des Krieges mit Rumänien, von wo Mais in großem Umfange bezogen worden war. Insgesamt hatte die Aktion folgendes Ergebnis:

#### Im Geschäftsjahre

1915/16	wurden entkeimt	971.000 q Mais;	daraus gewonnen	98.000 q Keime, d. s.
				11.800 q Maisöl
1916/17	»	»	500.000 q »	»
				50.000 q Keime, d. s.
				7.500 q Maisöl
1917/18	»	»	1,680.000 q »	»
				116.000 q Keime, d. s.
				13.000 q Maisöl.

Die günstigen Erfahrungen mit der Maisentkeimung ermutigten dazu, auch an die Entkeimung von Weizen und Roggen zu schreiten, obwohl natürlich die Ausbeuten von vornherein viel geringer zu veranschlagen waren. Diese Entkeimung wurde im Jahre 1916 in den Vertragsmühlen, im Jahre 1917 auch für die Lohnmühlen angeordnet. Der Ertrag an Roggenkeimen belief sich auf 1% des Mahlgutes, an Weizenkeimen etwa auf  $\frac{1}{2}$ %, der Ölgehalt der ersteren durchschnittlich auf 9%, der letzteren auf 6%. Im Geschäftsjahre 1917/18 wurden 2,435.000 q Getreide entkeimt und hiebei 12.170 q Keime gewonnen.

Die Sammlung verschiedener ölhältiger Samen, wie Buchenkerne, Lindenfrüchte, Kürbis- und Obstkerne usw., nahm die Zentrale im Herbst 1915 mit aller Intensität in Angriff. Der Erfolg war trotz Aufrufen, Heranziehung der Schulen zur Sammlungstätigkeit usw. ein negativer, so daß die Zentrale im Jahre 1916 auf die Durchführung von Sammlungen im eigenen Wirkungskreis verzichtete und sich auf die Übernahme der allerdings sehr geringen Mengen ölhältiger Materialien aus der Sammelaktion anderer Stellen beschränkte. Ähnlich ging es bei der Sammlung und Aufarbeitung der Obstkerne. Insgesamt wurden im Jahre 1916/17 1650 q Obstkerne verwertet. Die Erfassung ölhältiger Unkrautsamen (Hederich, Lein-dotter), die auch im Frieden auf Öl verpreßt wurden, war nicht möglich, da sie im Falle einer Beschlagnahme entweder nicht ausgesondert oder verfüttert worden wären. Die Versuche, Tabaksamen, die 30 bis 40% Öl enthalten, zu beschaffen, hatten trotz Unterstützung durch die Tabakregie kein Ergebnis; zustande gebracht wurden nur 600 kg. Weitere Versuche galten der Ölgewinnung aus Kaffeesud. Nach verschiedenen Vorarbeiten wurde in Wien der in Kaffeehäusern anfallende Kaffeesud in 120 Sammelstellen wöchentlich ein- bis zweimal übernommen. Es wurden zirka 1500 kg Material im Tag erzielt. Die stets größer gewordene Verwendung von fettfreien Kaffeesurrogaten machte der anfänglich befriedigenden Ölausbeute ein Ende. Im Oktober 1916 war verordnet worden, daß Tafelsenf nur aus Senfsamen hergestellt werden darf, der vorher entölt worden ist, und daß der verbleibende Preßrückstand (Senfölkuchen) nicht mehr als 12% Öl enthalten darf. Es wurden zirka 1½ Waggons Senföl gewonnen, während der aus dem teilweise entölte Senfsamen hergestellte Tafelsenf eine durchaus entsprechende Qualität aufwies.

Durch eine Verordnung vom Dezember 1917 wurde der Verkehr mit Abfallfetten geregelt. Die Besitzer (Abdecker, Transieder) hatten ihre Vorräte der Fettzentrale anzumelden und abzugeben. Zur Rückgewinnung des Fettes aus Spülwässern wurden im Jahre 1915 versuchsweise 100 Fettfänger in Gastwirtschafts- und Sechereibetrieben aufgestellt. Da diese ein günstiges Resultat ergaben (pro Tag und Apparat 0.71 kg Fettschlamm, d. s. 0.21 kg ausgeschmolzenes, technisches Reinfett), wurde die Aktion unter Zuhilfenahme einer eigenen Unternehmung, der Fettgewinnungsgesellschaft m. b. H., auf breitere Basis gestellt. Die Gesellschaft hatte bis Ende 1917 zirka 1400 Apparate in Wien und in den Ländern eingebaut; ebenso wurden auf Anregung des Kriegsministeriums in Kasernen und Militärspitälern zirka 1000 Apparate aufgestellt und auch die Wiener Schlaechthäuser einbezogen. Der Gesamtertrag an Fettschlamm aus den Apparaten der Gesellschaft betrug in den Jahren 1916 und 1917 je zirka 1400 q, d. s. 300 q Fett. Die Kosten des Fettes stellten sich allerdings ziemlich hoch. Infolge der steigenden Fettnot wurde natürlich auch der Fettgehalt der Abwässer immer geringer; betrug er im Jahre 1916 noch 20 bis 25%, so im Jahre 1917 nur mehr 18% und im Jahre 1918 16%. Die Aktion lieferte im Jahre 1918 kein nennenswertes Erträgnis mehr. Die Rückgewinnung der Fettstoffe aus den Wasch- und Walkhäusern der Textilindustrie (Extraktöl) war in manchen größeren Betrieben seit langem eingeführt. Angesichts des großen Fettbedarfes der Textilindustrie machte es sich die Öl- und Fettzentrale zur Aufgabe, im Einverständnis mit der Woll-

zentrale die Verwertung der Walkwässer zu verallgemeinern. Das gewonnene Extraktöl wurde ausschließlich der Textilindustrie zugewiesen. Bis Ende 1917 wurde ein Quantum von 27.000 q Wollabfällen usw. erfaßt, woraus 3000 q Extraktöl gewonnen wurden (zirka 12% Ausbeute). Die Rückgewinnung wurde dann schwieriger und weniger lohnend, weil die in der Textilindustrie verwendeten Fettstoffe immer stärker mit Mineralölen gestreckt wurden.

Auch das bei der Verarbeitung von *Leimleder* gewonnene Fett war der Öl- und Fettzentrale zu übergeben. Ferner das in einzelnen öffentlichen und privaten Betrieben bei der Verarbeitung von Tierkadavern zu Futtermehl gewonnene *Kadaverfett*.

Von Wichtigkeit für die Fettbewirtschaftung war endlich die Gebarung mit *Knochenfett*. Mit der Verordnung vom 11. Mai 1916 war der Verkehr mit Knochen und Knochenfett geregelt worden. Mit der Knochenbewirtschaftung war eine eigene Gesellschaft (Colla) betraut; alle Besitzer von Knochen mußten diese der Colla anbieten. Diese hatte die Knochen zu bestimmten Preisen zu übernehmen und sie nach einem bestimmten Schlüssel auf die verarbeitenden Unternehmungen aufzuteilen, wofür diese das gewonnene Knochenfett der Colla rückliefern mußten, die es wieder der Öl- und Fettzentrale zu festgesetzten Preisen käuflich zu überlassen hatte. Zur Verbesserung der Knochenaufbringung wurde im Juli 1917 ein Verbot der Vernichtung von Knochen erlassen und verfügt, daß alle Knochen — auch die im Haushalte anfallenden — an bestimmte Sammelstellen abzuliefern seien. Im Jahresdurchschnitte wurden bei einer 7- bis 8%igen Ausbeute 20.000 q Knochenfett gewonnen. Es wurde fast ausschließlich zur Erzeugung von Elain für die Textilindustrie verwendet.

Der Merkwürdigkeit halber seien schließlich noch die Versuche und Studien erwähnt, die verschiedenen exotischen Fettquellen gewidmet waren. So wurden die in den Seidenspinnereien vorhandenen *Kokonabfälle* sowie Spinnereiabfälle gesammelt und extrahiert. Die Fettausbeute war naturgemäß nicht bedeutend. Weiters wurde die Gewinnung von Fett aus *Roßkastanien*, die, im richtigen Entwicklungsstadium verwendet, zirka 2% Öl ergeben, versucht, aber bald aufgegeben. Dasselbe gilt bezüglich des Projekts der Fettgewinnung aus *Pflanzenschößlingen*. Die Ölgewinnung aus *Lindensamen* erwies sich als undurchführbar. Auch der Plan, aus der *Adriafischelei* eine größere Menge fetthaltiger Fische, zum Beispiel *Delphine*, zu bekommen, schlug fehl, ebenso wie die Versuche, aus *Rattenfett* zu gewinnen. Daß diese seltsamen Vorschläge entstehen und zum Gegenstand ernsthafter Prüfung gemacht werden konnten, zeigt am besten die Größe der Not, die durch die Blockade entstanden war. Die gesamten inländischen Käufe der Zentrale an Ölsaaten, Keimen, Ölen und Fetten beliefen sich

im Geschäftsjahr 1915/16 auf 1.116 t (ohne die Kriegsministerialfette von zirka 7000 t),

»	»	1916/17	» 23.770 t,
»	»	1917/18	» 22.715 t.



#### 4. Die kriegswirtschaftlichen Organisationen und ihre Tätigkeit.

Die Öl- und Fettzentrale A. G. war, wie erwähnt, zunächst eine rein private, d. h. noch nicht mit besonderen Funktionen im öffentlichen Interesse betraute Gesellschaft, die über die von ihr erworbenen Waren frei verfügen konnte. Dies änderte sich, als der Gesellschaft im März 1916 eine Monopolstellung bei der Einfuhr von Fettstoffen aller Art eingeräumt wurde. Dazu kam, daß in verschiedenen Verfügungen die Zentrale zur alleinigen Übernahmestelle von beschlagnahmten inländischen Materialien gemacht wurde. Es schien mißlich, ihr als einer Aktiengesellschaft im Zusammenhang damit behördliche Funktionen zu übertragen. Man entschloß sich daher, ihr eine eigene Organisation zur Seite zu stellen, die von nun an als industrieller Selbstverwaltungskörper die eigentliche Leitung der Fettwirtschaft zu führen, die gerechte und zweckmäßige Verteilung der von der Zentrale aufgebrauchten Fettstoffe zu veranlassen und vor allem Vorkehrungen für die sparsamste Gebarung mit diesen zu treffen hatte. Diese Organisation war der mit Verordnung vom 8. April 1916 ins Leben gerufene «Kriegsverband der Öl- und Fettindustrie», eine Zwangsorganisation, der alle Unternehmungen, die sich mit der Erzeugung tierischer und pflanzlicher Öle und Fette (mit Ausnahme von Butter und Schweinefett) und der daraus hergestellten Waren befaßten, zwangsweise angehörten. Später (August 1917) wurden auch die Erzeuger von Wasch-, Putz- und Schmiermitteln, sofern diese Erzeugnisse ausschließlich oder teilweise aus Alkalien, wie Soda, Wasserglas u. dgl., bestanden, einbezogen.

Der Öl- und Fettzentrale war nach Errichtung dieses Verbandes nur der Ankauf von Fettstoffen im In- und Ausland überlassen; auf die Verwertung hatte sie keinen Einfluß. Sie wurde derart umgebildet, daß alle Mitglieder des Kriegsverbandes, also die gesamten Branchenangehörigen, bei gleichzeitiger Erhöhung des Aktienkapitals von 500.000 K auf 5.000.000 K, zur Erwerbung von Aktien der Zentrale aufgefordert wurden, während es den bisherigen Aktionären, welche ihre Aktien in der Meinung erworben hatten, hiedurch die Gewähr der bevorzugten Beteiligung mit Fettstoffen zu besitzen, freigestellt wurde, ihre Aktien ganz oder teilweise zurückzustellen, wovon aber nur sehr wenige Gebrauch machten.

Der Kriegsverband der Öl- und Fettindustrie wies eine den Verbänden anderer Branchen analoge Einrichtung auf. Sein Zweck war «die Regelung der Erzeugung, des Vertriebes und des Verbrauches von Ölen, Fetten und daraus hergestellten Waren im öffentlichen Interesse im Rahmen der bestehenden Gesetze und Vorschriften».

Der Kriegsverband mußte natürlich bei allen seinen Maßnahmen im engsten Einvernehmen mit der Öl- und Fettzentrale vorgehen. An erster Stelle seiner Aufgaben stand die Deckung des Heeresbedarfes, der einen größeren Teil der herangebrachten Fettstoffe in Anspruch nahm. Aber auch für die Zivilbevölkerung mußten Speisefett und Waschmittel in den erreichbar größten Mengen zur Verfügung gehalten werden. Ferner war das Bestreben des Verbandes darauf gerichtet, die Vorräte nach Möglichkeit zeitlich und sachlich zu strecken, namentlich durch Typisierung und durch Ersatz hochwertiger durch minderwertige Fettstoffe oder Nichtfettstoffe. Die Fettstoffe gelangten naturgemäß zu den verschiedensten Preisen in den Besitz der



Zentrale. Um eine gerechte Verteilung der zu niedrigen und zu hohen Preisen erworbenen Fettstoffe an die Verbraucher zu ermöglichen, mußte der Verband Durchschnittspreise für die Abgabe festsetzen. Die Preise von Fettstoffen, die für die letzten Verbraucher bestimmt waren, insbesondere von Speisefetten und Waschmitteln, wurden möglichst niedrig gehalten, während bei denjenigen Fettstoffen, die als industrielle Hilfsstoffe in Betracht kamen, der Preis höher gestellt wurde. In Durchführung dieses Grundsatzes wurden die Fettstoffe für Waschmittel ungefähr zum Durchschnittseinkaufspreis, die Preise für Ernährungsfettstoffe unter dem Gestehungspreise festgesetzt und der entstandene Verlust aus den teurer abgegebenen Fettstoffen gedeckt. Die ganze Preispolitik mußte schließlich auch auf die Bildung angemessener finanzieller Reserven bei der Zentrale Bedacht nehmen, da ihr jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln versagt blieb.

Der Verband begann seine Tätigkeit mit einer Feststellung der in den Mitgliedsbetrieben vorhandenen Rohstoffvorräte. Dagegen fehlte es an einer Übersicht über den tatsächlichen Bedarf an Ölen, Fetten und Fettprodukten. Auf Grund der Betriebsberichte der Verbandsmitglieder und anderer Erhebungen gelang es nach großen Schwierigkeiten, den Gesamtbedarf annähernd festzustellen. Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der Vorräte der Fettzentrale und der voraussichtlich gegebenen Beschaffungsmöglichkeiten wurde erstmalig für die Zeit vom November 1916 bis Ende Oktober 1917 ein Wirtschaftsplan aufgestellt. Dieser Wirtschaftsplan schätzte die in diesem Jahre aufbringbare Fettmenge auf 14.280 t. Nach Abzug des direkten und indirekten Heeresbedarfes, des Bedarfes der Textil- und Lederindustrie usw. verblieben zur Deckung des Waschmittelbedarfes der Zivilbevölkerung und zur Erzeugung konsistenter Maschinenfette zirka 7000 t. Für Speisezwecke verblieb nur der in obige Ziffer nicht eingerechnete Talg.

Ein neuer Wirtschaftsplan wurde für die Zeit vom 1. Mai 1917 bis Ende Oktober 1918 aufgestellt, da es inzwischen möglich geworden war, das Erfordernis auf Grund der bereits wirksam gewordenen Sparmaßnahmen mit größter Sicherheit einzuschätzen. Dieser neue, zweite Wirtschaftsplan für 1½ Jahre gelangte zu einem nicht mehr restringierbaren Erfordernis von 21.600 t Fettstoffen für technische Zwecke, denen nur eine Deckungsmöglichkeit von 15.600 t gegenüberstand. Zur Deckung des Abganges war die einzige Möglichkeit in der Aufbringung rumänischer Ölsaaten gegeben. Für Ernährungszwecke stand nur der inländische Speisetalg (mit etwas Öl auf Margarine verarbeitet) zur Verfügung. Zum Glück gelang es, dank der Vertretbarkeit aller Fette und einem verbesserten Härungsverfahren, ferner einiger Ölbezüge aus der Ukraine und endlich unter Zuhilfenahme eines Vertrages mit Ungarn über Lieferung von Maisöl, die Speisefettversorgung besser zu alimentieren. Im Jahre 1918 wurden die Speisefettzuweisungen, die in Wien auf 40 g und in besonders wichtigen Bergbau- und Industrieunternehmungen auf 60 g pro Kopf und Woche herabgesetzt worden waren, etwa zu 50% mit Kriegsmargarine gedeckt. Für die Zeit vom 1. Jänner 1918 bis Ende Oktober 1919 wurde dann der dritte und letzte Wirtschaftsplan erstellt, der mit einer für diese Zeit zur Verfügung stehenden Fettmenge von rund 18.000 t (ohne Berücksichtigung der allfälligen ukrainischen Bezüge) rechnete.

Im nachfolgenden sei nun auf die Konstruktion des Kriegsverbandes und die Tätigkeit einzelner seiner Abteilungen näher eingegangen. Dem mit der Führung des laufenden Geschäftes, des inneren Dienstes usw. betrauten Generalsekretariat stand ein technisches Sekretariat zur Seite, in dem alle einschlägigen fachtechnischen Fragen (Analysen, Streckungsmethoden, Erschließung neuer Fettquellen, Beratung der Verbandsangehörigen usw.) behandelt wurden. Die Zentralverrechnungsstelle führte einen Zentralkataster über die zur Verfügung stehenden Fettstoffe, bewirkte die periodische Verteilung an die Verbandsgruppen und Abrechnungsstellen, kontrollierte die Weitergabe an die einzelnen Unternehmungen und Verbrauchergruppen und leitete endlich die Umarbeitung der Rohstoffe (Härten, Raffinieren, Spalten usw.). Bei der Verteilung und Ablieferung der Fettstoffe an die Verarbeiter ergaben sich durch Waggonmangel, Streckensperre, Kohlenmangel u. dgl. immer wieder Verzögerungen.

Dem Generalsekretariate des Verbandes standen zur Seite:

a) die Revisionsabteilung, die technische Revisionen in den Betriebsstätten, dann die Übernahme angeforderter Waren, endlich die Verfolgung aller Übertretungen und das Einschreiten gegen Preistreiberei und Kettenhändler durchzuführen hatte, sowie

b) ein aus ersten wissenschaftlichen Kapazitäten zusammengesetzter wissenschaftlicher Beirat, der sich mit der Erschließung neuer Glyzerinquellen, mit der Prüfung von Ersatzmitteln, der Beurteilung und Prüfung von Fettprodukten für Textilzwecke u. dgl. befaßte.

Die Kosten des Verbandes wurden durch Umlagen auf die Rohmaterialpreise gedeckt, die zirka  $\frac{1}{4}\%$  dieser Preise betrug.

Für die einzelnen Zweige der Fettindustrie wurden innerhalb des Verbandes elf Gruppen (Verbandsgruppen) gebildet.

Die Gruppe 1 umfaßte alle jene Betriebe, welche sich mit der Ölgewinnung durch Verpressung oder Extraktion von Ölsaaten und der Raffination pflanzlicher Öle befaßten. Sie wies die herangebrachten Ölsaaten den einzelnen Betrieben zu und hielt alle anfallenden Produkte (Öl, Ölkuchen) in Evidenz. Von 74 Betrieben wurden nur 24 zur Verarbeitung herangezogen. Die nichtbeschäftigten Betriebe wurden mit 75% des den Fabriken nach Abzug der neuen Verarbeitungskosten verbleibenden Nutzens entschädigt.

In der Verbandsgruppe 2 waren die Talgsehmelzereien, die Knochenfett-, Leimleder und Abdeckerfetterzeuger sowie die Extraktionsanlagen zur Verarbeitung dieser Abfallprodukte, die im Krieg eine wesentliche Vermehrung erfuhren, vereinigt; von größter Wichtigkeit war aber die von dieser Gruppe im Zusammenhange mit jener der Speisefetterzeuger durchgeführte sogenannte Talgaktion. Der Rohalg, das einzige neben dem Öl aus Saaten im Inlande vorhandene speisefähige Fett, wurde, solange der freie Verkehr bestand, zu enormen Preisen, namentlich für technische Zwecke, aufgekauft und auf Seifen verarbeitet. Der Ernährung kamen nur kleine Mengen zugute. Um dem zu steuern und diese Fettquelle der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen, wurde über Antrag des Verbandes mit Verordnung vom 20. August 1916 angeordnet, bei allen gewerblichen Schlachtungen von Rindern und Schafen die Fetteile vom Fleisch abzulösen, das hiebei anfallende Rohfett

nach den Weisungen des Kriegsverbandes zu behandeln und es jenen Stellen zu verkaufen, welche von diesem bezeichnet wurden. Die durch den Verband bezeichneten Talgsmelzereien hatten das Rohfett zu festgesetzten Preisen zu übernehmen und darüber nach den Weisungen des Verbandes zu verfügen.

Durch genaue Weisungen an die Talgsmelzereien wurden Verfahren, Ausbeute, Schmelzlohn usw. geregelt. Die Aktion wurde zuerst in Wien und Niederösterreich im November 1916 begonnen und war bis Mai 1917 (außer Küstenland, Dalmatien und Galizien) fast überall durchgeführt. In der Zeit vom November 1916 bis Ende August 1918 wurden insgesamt 90.000 q Rohtalg von zirka 9000 Fleischhauern übernommen und an die Talgsmelzer abgeliefert. Von dem Gesamtanfall an Rohtalg entfielen durchschnittlich 65% auf Speisetalg und 34% auf technischen Talg.

Die Verbandsgruppe 3 bestand aus den Betrieben, die auf Fettshärtung eingerichtet waren.

Die Margarinfabriken, welche die Gruppe 4 im Verbands bildeten, waren zu Beginn des Jahres 1916 genötigt gewesen, ihre Betriebe einzustellen, weil ihnen sowohl der nötige Rohtalg als die erforderlichen Öle fehlten. Durch die Rohtalgbewirtschaftung wurde es möglich, wenigstens fünf derselben mit der Erzeugung von Kriegsmargarine zu betrauen. Um das geringe vorhandene Material zu strecken und in eine bekömmliche Konsistenz zu bringen, wurde der Schmelztag nicht als solcher, sondern in Form eines mit gehärteten Ölen (Olivenöl, Maisöl, Dampfmedizinaltran) und zirka 16% Wasser (Milch war keine zur Verfügung) hergestellten Margarinsurrogats (Kriegsmargarine) abgegeben und vom Konsum gerne aufgenommen. Von 127 q im Dezember 1916 hob sich die Margarinerzeugung auf 3266 q im September 1917 und lieferte schließlich mit zirka 500 q im Monate nahezu die Hälfte der ganzen Speisefettversorgung. Insgesamt wurden vom November 1916 bis Ende September 1917 über 70.000 q Kriegsmargarine erzeugt.

Die Verteilung der Kriegsmargarine sowie aller Speisefette und -öle überhaupt erfolgte nicht durch den Kriegsverband, sondern nach den Weisungen des Amtes für Volksernährung.

Besondere Schwierigkeiten bereitete die Gebarung mit Leinöl (Verbandsgruppe 5), das selbst für die dringendsten Ansprüche (Schiffs- und Waggonanstrich, Brückenanstrich usw.) in unzureichendem Maße vorhanden war. Während im Jahre 1913 von der Lack- und Firnisindustrie 1300 Waggons Leinöl verbraucht wurden, standen im Kriege nur 50 bis 80 Waggons per Jahr zur Verfügung.

Die Erzeuger chemisch-technischer Fettprodukte (Verbandsgruppe 6) befaßte sich mit der Bereitstellung von Degras für die Lederindustrie, von Tierölen, Maschinenfetten aller Art, endlich von Schuherem und Metallputzmitteln. Ihre Mitglieder wurden mit Fettsäuren, nach einem festgestellten Schlüssel, beteiligt. Für die Verarbeitung wurden Einheitstypen unter weitestgehender Streckung des Materials festgesetzt.

Eine sehr umfangreiche und einläßliche Regelung, durch besondere Regierungsmaßnahmen unterstützt, erfuhren die Erzeugung und der Verkehr mit Waschmitteln (Verbandsgruppe 7). Der Verband trachtete, eine möglichst große Zahl der vielen einschlägigen Unternehmungen in Betrieb



zu erhalten. Für die Erzeugung von Seife und Waschpulver wurden zur Verhinderung von Glycerinverlusten nur Fettsäuren zugeteilt, und zwar nach einem bestimmten Schlüssel. Von dem Bestreben geleitet, einerseits die für Waschmittel erforderlichen Fettmengen möglichst einzuschränken, andererseits den Verbrauchern Waschmittel zu bieten, die bei hoher Reinigungswirkung einen sparsamen Verbrauch ermöglichen, schrieb der Verband den Erzeugern die Herstellung von Einheitstypen (und zwar einer sogenannten Kriegsverbandseife mit 30 g Fettgehalt im Einheitsstück von 100 g und eines Kriegsverbandswaschpulvers von 4 bis 5% Fettgehalt) obligatorisch vor. Andere Waschmittel (wie zum Beispiel Medizinalseifen) durften nur mit besonderer fallweiser Bewilligung des Kriegsverbandes hergestellt werden. Der Verband mußte auch in den Absatz der nach seinen Weisungen hergestellten Waschseifen eingreifen, um alle jene Ansprüche decken zu können, denen aus militärischen, gesundheitlichen oder anderen wichtigen Gründen ein Vorrang gebührte und die durch den Verband unmittelbar versorgt wurden, so zum Beispiel die der humanitären Anstalten, Lehr- und Erziehungsanstalten, Konsumvereine und vieler anderer. Für diese Zwecke wurden 50% der Erzeugung gesperrt und dem Verbande vorbehalten. Für die allgemeine Waschmittelversorgung hielt sich der Verband an den Grundsatz, tunlichst die bestehenden Beziehungen zwischen den Waschmittelerzeugern und ihren Friedensabnehmern, den Kaufleuten, die ohnedies im Kriege viele Betätigungsmöglichkeiten verloren hatten, aufrechtzuerhalten. Im Sommer 1917 zwang die Fettnot zur Rationierung der Seife. Eine am 25. August 1917 erschienene Ministerialverordnung ordnete an, daß Waschmittelverschleißer diese Waren nur auf Grund von Bezugsscheinen, die die politische Behörde ausfertigte, beziehen und nur gegen Einziehung der für die betreffende Zeit gültigen Abschnitte der Ausweiskarte (Seifenkarte) an Verbraucher abgeben dürfen. Die Seifenkartenquote betrug ein Stück Kriegsverbandseife und 250 g Kriegsverbandseifenpulver für den Kopf in zwei Monaten. Für Sanitätspersonen und besonders reinigungsbedürftige Berufe (Kohlen-, Eisenarbeiter usw.) wurden Zusatzkarten vorgesehen. Diese Regelung hat sich gut bewährt.

Außerordentliche Schwierigkeiten entstanden jedoch dadurch, daß Ätznatron und Ammoniaksoda, solange sie in freiem Verkehre standen, nur schwer zu haben waren. Im April 1917 wurde zuerst der Verkehr mit diesen Artikeln verordnungsmäßig geregelt, der auf die Fettindustrie entfallende Teil der Erzeugung durch den Verband übernommen und durch eine eigene Sodaabteilung an die Waschmittelerzeuger, die Kristallsodaerzeuger und die Erzeuger fettloser Waschmittel verteilt. Aber auch damit war nicht geholfen. Die Erzeugung von Soda war — hauptsächlich infolge Kohlenmangels, obwohl nur vier Betriebe in Betracht kamen — rückläufig und zeitweise sogar ganz unterbrochen, der Verbrauch dagegen aus allen möglichen Gründen (Strohaufschließung für Futterzwecke u. dgl.) ansteigend. Gegenüber einem Bedarfe des Verbandes von 180 Waggons monatlich standen ihm, schon als die Sodaverarbeitung einsetzte, nur mehr 100 Waggons monatlich zur Verfügung; in den folgenden Monaten besserte sich die Lage, doch wurde die Menge von 50 Waggons nicht mehr überschritten. Unter solchen Umständen war natürlich eine geordnete Waschmittelversorgung außerordentlich erschwert.



Die Preispolitik des Verbandes ging darauf hinaus, die Waschmittel möglichst niedrig im Preise zu halten. Das Einheitsstück Kriegsverbandseife im Gewichte von zirka 100 g mit 30 g Fettsäuregehalt wurde im Detail zu dem sehr niedrigen Preise von 36 h abgegeben, der ab Mai 1917 nur um 4 h und erst im Oktober 1918 um weitere 10 h erhöht wurde, da die Rohmaterialpreise sehr anstiegen und besonders die kleinen Verarbeiter mit den ihnen zugewilligten Spesensätzen nicht mehr auslangten. Durch diese Preispolitik gelang es auch, die illegale Fabrikation einzudämmen.

Eine ziemliche Ausbreitung hatte angesichts der Knappheit an fetthältigen Waschmitteln die Erzeugung und der Absatz sogenannter fettloser Waschmittel (Verbandsgruppe 11) gefunden, die teils nur Seuermittel (Ton u. dgl.), teils irgendwie aufgemachte Alkalien und Mischungen solcher mit anderen, meist unwirksamen oder schädlichen Materialien waren und zu hohen Preisen angeboten wurden. Es wurden daher mit einer Verordnung vom 25. August 1917 derartige Produkte einem individuellen Zulassungsverfahren unterworfen. Zur Erzeugung der zugelassenen Produkte wurde dann auch vom Verbands Ammoniaksoda freigegeben.

Für die Toiletteseifenfabrikation (Verbandsgruppe 9) waren bis Juni 1917 keine Fettstoffe zugeteilt worden, da mit den vorhandenen Fettvorräten wichtigere Zwecke zu erfüllen waren. Die Betriebe hatten mit alten Vorräten gearbeitet oder sich im freien Handel technischen Talg verschafft. Um aber diese alte Industrie nicht ganz ohne Unterstützung zu lassen und den Wünschen des Konsums nach einer billigen Toiletteseife zu entsprechen, wurde im Rahmen eines allerdings sehr geringen Kontingents eine «Kriegsverbandstoiletteseife» (K. V. T.-Seife) erzeugt und zu einem Einheitspreis abgegeben. Es war eine mit reinem Kaolin gefüllte, schwach gefärbte und parfümierte Seife mit 30 bis 32% Fettgehalt, die gleichfalls nur auf Seifenkarten abgegeben wurde. Endlich wurde etwas Rasierseife erzeugt, aber nur an Raseure und Friseure abgegeben; für Selbstraseure wurde durch eine Rasierseife vorgesorgt.

Eine genaue Regelung fand schließlich die Erzeugung von Kerzen (Verbandsgruppe 8) und ihre Abgabe. Die Stearin- und Kompositionskerzenerzeugung hatte wegen Mangel an Stearin bald aufgehört. Bis April 1917 mußten sich die Fabriken den allein verfügbaren Rohstoff, das Paraffin, selbst beschaffen; von da ab wies das Handelsministerium, das die Bewirtschaftung des Paraffins in die Hand genommen hatte, dem Verbands ein bestimmtes Quantum, je nach der Produktion, zu, das nach dem Erzeugungsdurchschnitte 1913 bis 1915 verteilt wurde. Zwischen den Mineralölraffinerien, die das Paraffin selbst erzeugten und es im warmen Zustande gleich auf Kerzen weiterverarbeiteten, und den übrigen Kerzenerzeugern entspann sich ein erbitterter Streit um den Rohstoff. Es wurde schließlich ein Ausgleich herbeigeführt, der aber die Raffinerien im Vorteile ließ, was in technischen Erwägungen (Kohlen- und Transportersparnis) begründet war. Mit der Handelsministerialverordnung vom 2. August 1917 wurde der Verkehr mit Kerzen geregelt und mit der Verteilung der Kerzen die Petroleumzentrale betraut, um die Abgabe des Beleuchtungsmaterials in einer Hand zu konzentrieren. Gleichzeitig wurde auch hier eine Typisierung, d. h. die Erzeugung von Kerzen

bestimmter Größe, und zwar im Gewichte von  $\frac{1}{16}$ ,  $\frac{1}{32}$  und  $\frac{1}{60}$  kg per Stück, vorgeschrieben.

Die Glyzeringruppe (Verbandsgruppe 10) hatte die Aufgabe, aus den Spaltungsanlagen das Rohglyzerin und die Unterlaugen zu sammeln und sie den (sechs) Raffinationsbetrieben zuzuführen. Sie besorgte auch die Verteilung von Glyzerin für andere als Sprengstoffzwecke nach den Weisungen der besonderen hierfür eingesetzten Ministerialkommission. Solche Freigaben erfolgten in sehr beschränktem Ausmaße an die Licht- und Steindruckindustrie (im Wege der betreffenden Organisation), an die Industrie komprimierter Gase, für Kühlanlagen, Verbandsstoffabriken, Spitäler, Apotheken usw.

Dem Verband oblag nicht nur die Verteilung der beschafften Fettstoffe auf die einzelnen ihm angehörenden Verbandsgruppen und Betriebe, sondern auch die Regelung der Produktion im Hinblick auf die Bedürfnisse der verschiedenen Verbrauchergruppen, die außerhalb des Verbandes standen, und die Verteilung der fertigen Erzeugnisse auf diese Gruppen. Zu diesem Zwecke wurde im Verband eine «Verteilungsstelle für außerhalb des Verbandes stehende Verbraucher» errichtet, der die «Abrechnungsstellen» für einzelne Verbrauchergruppen als unterste Verteilungsorgane unterstanden.

Von besonderer Wichtigkeit war dabei die Versorgung der einzelnen Industrien mit bestimmten, für sie unentbehrlichen Fettprodukten. Da eine Reihe dieser Industriezweige gleichfalls organisiert war, konnten Vereinbarungen über den Fettverbrauch mit den wichtigsten Verbrauchergruppen getroffen werden, insbesondere mit der Textil- und Lederindustrie.

Ziemlich kompliziert und nicht immer reibungslos gestaltete sich das Verhältnis des Kriegsverbandes und der Zentrale zur Heeresverwaltung. Schon der Umstand, daß den Organisationen zwei Stellen gegenüberstanden, das Armee-Oberkommando, das für den Front- und Etappenbereich Verfügungen traf, und das Kriegsministerium, erschwerte eine den Militär- und Zivilbedarf einheitlich umfassende Geschäftsführung. Zudem fühlten sich die Organisationen, wenn sie natürlich auch auf die Deckung des Heeresbedarfes weitestgehende Rücksicht zu nehmen hatten — etwa 60% der herangebrachten Fette dienten dem direkten und indirekten Heeresbedarf —, doch auch besonders für die Zivilversorgung verantwortlich und hatten in dieser Hinsicht das größte Interesse daran, daß auch beim Heere die größtmögliche Sparsamkeit beobachtet werde. Für die Speisefettversorgung der Armee und der militärischen Stellen hatten die Organisationen nicht aufzukommen: sie geschah durch Importe, durch Aufbringung in Ungarn, durch das bei den Schlachtungen und den Truppen und Anstalten sowie in den Konservenfabriken anfallende Fett usw.

Hingegen war bei der Bewirtschaftung der technischen Fette engstes Zusammenwirken mit der Heeresverwaltung notwendig. In der ersten Kriegszeit waren seitens der Heeresverwaltung für die Bewirtschaftung der Fette keine besonderen Vorkehrungen getroffen worden. Den verschiedenen Stellen, die Bedarf an technischen Fetten hatten (Textilgruppe, Ledergruppe, Munitionserzeugung usw.), blieb deren selbständige Beschaffung überlassen und jede

war bestrebt, ihren Bedarf so vollständig, als dies nur möglich war, ohne Rücksicht auf die anderen oder die Gesamtheit zu decken. Erst als der zunehmende Fettmangel die Glycerinversorgung der Munitionsfabriken zu gefährden drohte, wurde die Fettbeschaffung auch zu einer militärischen Frage. Die Kriegsverwaltung schritt zu den bereits erwähnten Fettkäufen im Ausland und wahrte sich einen entsprechenden Einfluß bei den von der Zivilverwaltung geschaffenen kriegswirtschaftlichen Organisationen. Auch hiebei stand die Glycerinbeschaffung im Vordergrund. Ein hiemit befaßter Funktionär wurde mit der Vertretung des Kriegsministeriums in der Öl- und Fettzentrale und im Kriegsverband betraut. Durch seine Vermittlung und durch gemeinsame Beratung mit den verschiedenen an der Fettbeschaffung interessierten Gruppen und Abteilungen des Kriegsministeriums gelang es, allmählich ein gleichmäßigeres Vorgehen dieser Stellen und ein engeres Zusammenwirken zu erzielen. Zu einer von einheitlichen Grundsätzen geleiteten Bewirtschaftung der Fette kam es erst, als sich das Kriegsministerium im August 1917 entschloß, auch in seinem Verwaltungsbereich die Fettwirtschaft zu zentralisieren und dafür eine eigene Gruppe aufzustellen, die alle früher in verschiedenen Abteilungen geführten Angelegenheiten zusammenfaßte.

Die Deckung des Militärbedarfes an verschiedenen Erzeugnissen der Fettindustrie, zum Beispiel an Seife, war in der ersten Kriegszeit durch Lieferungsverträge mit einzelnen Unternehmungen gesichert worden. Um zu vermeiden, daß die Rohstoffe für solche Lieferungen sowohl bei den kriegswirtschaftlichen Organisationen als unmittelbar bei der Militärverwaltung aus deren eigenen Vorräten angesprochen wurden und so eine Doppelversorgung eintrat, wurden die unter Berufung auf Militärlieferung gestellten Ansprüche in jedem einzelnen Falle vom Kriegsverband und dem Vertreter des Kriegsministeriums einvernehmlich geprüft.

Nach Errichtung der Fettgruppe im Kriegsministerium wurde der Kriegsverband der Öl- und Fettindustrie zur Mitarbeit bei den Maßnahmen herangezogen, die zur Herstellung einer ständigen Übersicht über die im Besitze der Heeresverwaltung stehenden oder bei ihr anfallenden Rohstoffe sowie zur Sicherung ihrer rationellen Verwertung und möglicher Sparsamkeit im Verbrauch ergriffen wurden. Der Wirtschaftsplan des Verbandes erhielt als Gegenstück einen solchen der Heeresverwaltung.

Die aus den besetzten Gebieten, aus dem Bereich der Armee im Feld und aus den militärischen Betrieben (Konservenfabriken) anfallenden Rohstoffe wurden nunmehr durch Vermittlung des Kriegsverbandes der Verarbeitung zum Zwecke der Deckung des Heeresbedarfes zugeführt. Die Vorratsanzeigen und Bedarfsanmeldungen flossen bei der Öl- und Fettgruppe des Kriegsministeriums zusammen, die sodann durch den Verband die Erteilung der Aufträge und die Überweisung des Rohmaterials an die einzelnen Betriebe veranlaßte.

Der Talg wurde, soweit er nicht unmittelbar für die Verpflegung der Truppen Verwendung fand, an Talgschmelzereien zur Verarbeitung im Lohn übergeben. Die in den Konservenfabriken gewonnenen Knochen wurden auf Speisefett verarbeitet; auch die Truppen im Felde waren mit kleinen Apparaten zur Fettgewinnung aus den bei ihnen anfallenden Knochen ausgerüstet. Hinsichtlich der in der Etappe anfallenden Knochen war im Jahre 1916 vereinbart



worden, daß diese zur Verarbeitung ins Hinterland abgeschoben werden sollten; das daraus gewonnene Knochenfett kam der allgemeinen Fettwirtschaft, insbesondere der Gewinnung des für die militärischen Aufträge der Textilindustrie benötigten Elains zugute. Außerdem hatte der Kriegsverband als Gegenleistung die Lieferung bestimmter Monatsquoten Seife an die Militärverpflegsmagazine übernommen, die hauptsächlich für die Armee im Felde bestimmt waren.

Der Verband versorgte auch die Kommandos, Truppen und Anstalten im Hinterland und die Kriegsgefangenenlager sowie die Marschformationen mit Waschmitteln. Daneben bestanden aber eigene, sogenannte ärarische Seifenfabriken im Kriegsgebiet, so in Lemberg, Krakau, Belgrad, Trient und Laibach.

Zu Ende des Jahres 1917 kam dann zwischen dem Kriegsministerium und der österreichischen und ungarischen Fettzentrale ein neuer, die früheren Lohnverträge ersetzender Vertrag zustande. Sämtliche vom Kriegsministerium zur Deckung des Heeresbedarfes erfaßten Ölsaaten, Öle und Fette — gleichviel ob sie aus den besetzten Gebieten oder aus staatlichen Betrieben des Hinterlandes stammten —, die einer in den Heeresbetrieben nicht durchführbaren Aufarbeitung bedurften, sollten an die Zentrale zu einem Einheitspreis verkauft werden. Hingegen hatte die Zentrale alle Produkte nach bestimmten Ausbeuteverhältnissen und zu bestimmten Preisen zurückzuverkaufen und war verpflichtet, allen Anforderungen des Kriegsministeriums zu entsprechen; für jene Lieferungen, die in den vom Kriegsministerium übernommenen Rohstoffanlieferungen keine Deckung fanden, war die Zustimmung des Handelsministeriums und des Amtes für Volksernährung vorbehalten.

### C. Die Lage der Öl- und Fettindustrie zu Ende des Krieges.

Die Entwicklung der Öl- und Fettindustrie während des Krieges ist in erster Linie durch die äußerste Drosselung des Betriebes charakterisiert, die als Folge der Rohstoffknappheit eintrat und teils Stilllegungen, teils die Einschränkung der Erzeugung auf ein Mindestmaß hervorrief. Als im Jahre 1917 das Kriegsministerium unter dem Drucke der Kohlennot auf eine Konzentrierung der Produktion drängte, war diese schon durch die anderweitige Not bewirkt worden. Zu tiefgreifenden Änderungen in der Art des Betriebes ist es nicht gekommen, da die arbeitenden Unternehmungen im allgemeinen mit der Herstellung gleicher oder ähnlicher Produkte wie im Frieden befaßt waren. Die wirtschaftliche Handlungsfreiheit der Unternehmer war natürlich seit dem Inslebentreten des Kriegsverbandes fast völlig unterbunden. Der Verband wies ihnen die Rohstoffe zu bestimmten Preisen zur Verarbeitung zu, schrieb ihnen vor, was und wie zu erzeugen war, setzte im Einvernehmen mit der Regierung die Preise der Fertigware, also auch den Verarbeitungslohn fest und übernahm vielfach auch die Verteilung an die Verbraucher. Einige Produktionszweige, zum Beispiel die Ölpresser, Talgsmelzer, Margarineerzeuger, Härtungs- und Spaltungsanlagen, arbeiteten ausschließlich im Lohne; zum Teil mußte das gesamte Erzeugnis, zum Beispiel Kriegsmargarine, Speisetalg, Kerzen, Glycerin usw., einer amtlichen Stelle oder Organisation übergeben werden; in anderen Zweigen der Fettindustrie, zum Beispiel bei der Erzeugung von Seife und



Waschmitteln, wurde nur ein Teil der Ware unter Sperre gelegt, und der Erzeuger konnte den Rest an die Händler, die früher seine Kunden gewesen waren, unter Einhaltung bestimmter Vorschriften abgeben.

Die Maßnahmen des Kriegsverbandes ermöglichten den Verbandsangehörigen zwar keine bedeutenden Gewinne, doch sicherten sie ihnen eine angemessene und gleichmäßige Rentabilität der Betriebe; den steigenden Gehalten, Löhnen und sonstigen Spesen wurde stets in entsprechenden Zwischenräumen Rechnung getragen. In verhältnismäßig nur geringem Maße haben die Einberufungen von Angestellten und Arbeitern zum Militärdienst die Produktionsverhältnisse beeinflußt, da der Rohwarenmangel die Erzeugung ohnedies stark einschränkte.

Die stärksten Behinderungen bewirkten die Kohlennot und die Transportschwierigkeiten, so daß die ganze Öl- und Fettwirtschaft aus diesen Gründen schwere Störungen erlitt und mehr als einmal zusammenzubrechen drohte. Obwohl beispielsweise die nordböhmischen Härtungs- und Spaltungsanlagen in nächster Nähe von Kohlenvorkommen lagen, erhielten sie die Kohle auch nicht eine Woche lang im erforderlichen Mindestausmaße; in den Knochenfettfabriken fielen hunderte Waggons gesammelter Knochen dem Verderben anheim, da sie infolge Kohlenmangels nicht verarbeitet werden konnten; und war es endlich gelungen, die Erzeugung in Gang zu bringen, so scheiterten oft alle Bemühungen, die Ware rechtzeitig abzubefördern. In einem großen nordböhmischen Betriebe lagerten zum Beispiel im Jahre 1918 Waschmittelmengen, die für den quotenmäßigen Bedarf von vier Millionen Verbrauchern ausgereicht hätten, ohne daß es möglich war, sie abzutransportieren.

Der gesamten Öl- und Fettwirtschaft standen trotz eifrigen Bemühens, alle erdenklichen Quellen heranzuziehen, im Jahre 1917 und 1918 nur je 1500 Waggons Fett, also etwa ein Zehntel des Friedensbedarfes, zur Verfügung. Es war gelungen, den Verbrauch so einzurichten, daß mit dieser Menge, wenn auch unter großen Entbehrungen, das Auslangen gefunden werden konnte und aus dem Titel der Fettnot keine lebenswichtigen Betriebe zum Stillstande kamen.

In diesem aufs äußerste gedrosselten Ausmaße war auch zur Zeit des Zusammenbruches die Fettversorgung bis Ende des Jahres 1919 auf Grund des aufgestellten Wirtschaftsplanes gesichert. Eine wesentliche Erleichterung hätte die geplante Aufnahme der Glycerinerzeugung aus Zucker mit sich gebracht. Im Zeitpunkte der Auflösung des alten Reiches befanden sich im Besitze der Zentrale 1384 Waggons Öle und Fette, darunter 464 Waggons in Form von Ölsaaten; davon lagen zirka 20% im Gebiete des heutigen Österreich, 66% im tschechoslowakischen Gebiete.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Kriegsverband der Öl- und Fettindustrie seinen für die Kriegführung und die Hinterlandsversorgung ungemein wichtigen Aufgaben mit Erfolg nachgekommen ist und sich als ein sehr zweckmäßiges, ja unentbehrliches Instrument der Kriegswirtschaft bewährt hat.

## VII. BAUMWOLLE.

### A. Die österreichische Baumwollindustrie vor dem Kriege.

Der Schwerpunkt der österreichischen Baumwollindustrie lag in den Sudetenländern, namentlich in den gebirgigen Teilen des nördlichen Böhmens, Mährens und Schlesiens. In der Spinnerei, Appretur und Druckerei entfielen fast drei Viertel, in der Weberei fast neun Zehntel der gesamten Produktion auf dieses Gebiet. Daneben bestanden noch zwei größere Zentren: im Wiener Becken und in Vorarlberg. Einzelne Spinnereien und Webereien, die im ganzen nur etwa 2 bis 3% der gesamten Spindel- und Webstuhlzahl darstellten, befanden sich in Oberösterreich, im österreichischen Küstenland, in der südlichen Steiermark, in Krain und in Westgalizien.

Insgesamt zählte man in Österreich vor dem Kriege 157 Baumwollspinnereien mit rund 37.000 Arbeitern und 4,657.700 Spindeln. Ihr Materialverbrauch belief sich auf rund 174.000 t Baumwolle, wovon etwa 65% auf amerikanische, 21% auf ostindische, etwas über 6% auf ägyptische Baumwolle und der Rest auf solche aus verschiedenen Herkunftsländern entfielen. Der Verbrauch der ungarischen Baumwollspinnerei, die rund 300.000 Spindeln zählte, belief sich auf etwa 8000 t; ferner wurden in der Watteindustrie, in der Vigognespinnerei und der Schafwollspinnerei noch rund 22.000 t verbraucht, so daß der Gesamtbedarf des österreichisch-ungarischen Zollgebietes an Baumwolle mit jährlich rund 204.000 t veranschlagt werden kann.

Die Zahl der Abfall- und Vigognespinnereien betrug 93 mit 5635 Arbeitern und 622 Krempelsätzen. Ihr Bedarf an Baumwollabfällen und Effilochés belief sich auf etwa 33.000 t jährlich und wurde zu ungefähr sechs Siebentel im Inlande gedeckt. Einer Einfuhr von Baumwollabfällen in der Höhe von rund 18.000 t stand eine Ausfuhr von 12.000 t gegenüber, so daß der jährliche Einfuhrüberschuß 5000 bis 6000 t betrug.

In den 514 Webereien Österreichs waren 79.000 Arbeiter und 133.471 mechanische Webstühle beschäftigt. Ihr Materialverbrauch betrug rund 122.000 t Garn. Dazu kam noch ein Garnverbrauch von 40.000 t in der Wirkerei, Strickerei, Tüll- und Spitzenfabrikation und Posamenterie sowie bei der Herstellung von Nähzwirn, Strick- und Häkelgarn. Obwohl dieser Bedarf um rund 20.000 bis 30.000 t hinter der Erzeugung der österreichischen Spinnereien zurückblieb, wurden jährlich 50.000 t Baumwollgarne eingeführt, zumeist solche höherer Nummern, die ebenso wie gewisse Spezialgarne im Inlande nicht oder nicht in genügender Menge hergestellt wurden und für den Bedarf gewisser Produktionszweige, wie zum Beispiel der Tüll- und Spitzenfabrikation oder der Halbseidenweberei, eingeführt werden mußten, und zwar zum größten Teil aus England, zum Teil auch aus Deutschland und der Schweiz. Auf der anderen Seite überstieg die Leistungsfähigkeit der Baumwollspinnerei in den niedrigeren Garnnummern wesentlich den inländischen Bedarf, so daß im letzten Vorkriegsjahre rund 25.000 t oder nahezu 16% der gesamten Erzeugung ausgeführt werden mußten. Von dieser Ausfuhr ging die Hälfte nach den Balkanländern, die andere Hälfte nach Deutschland und den Niederlanden. Es handelte sich

dabei um eine zwangsläufige Ausfuhr zur Entlastung des inländischen Marktes, die unter bedeutenden Preiseinbußen mit Unterstützung einer vom Verein der Baumwollspinner eingeleiteten Exportförderungsaktion durchgeführt wurde.

Die Abfall- und Vigognespinnerei fand für ihre Erzeugung genügenden Absatz im Inlande.

Die österreichische Baumwollweberei (einschließlich der Samt- und Bandweberei) erzeugte im letzten Vorkriegsjahr ungefähr 124.000 t verschiedener Webwaren. Davon wurden 63.000 t in Österreich, 45.000 t in Ungarn, Bosnien und der Herzegowina abgesetzt. 16.000 t wurden ausgeführt, vorzugsweise nach dem Balkan und dem Orient, in geringeren Mengen auch nach den Ländern Mittel- und Westeuropas und nach der Übersee. Dieser beträchtlichen Ausfuhr an Baumwollgeweben stand eine geringfügige Einfuhr von weniger als 1000 t jährlich gegenüber, die sich im allgemeinen auf feinstfädige Ware und Druckerzeugnisse von besonderer Qualität beschränkte.

Im Inlande wurde in 51 Baumwolldruckereien mit 212 Roulcauxdruckmaschinen und 8899 Arbeitern mehr als 200 Millionen Meter Druckware jährlich erzeugt. In der Bleicherei, Färberei und Appretur bestanden 250 Betriebe mit 18.000 Arbeitern, die jährlich rund 100.000 t Baumwollgewebe färbten und appretierten. Sie nahmen naturgemäß an der Ausfuhr von Baumwollgeweben entsprechenden Anteil.

## B. Die österreichische Baumwollindustrie im Kriege.

### 1. Die Versorgung mit Rohbaumwolle und die kriegswirtschaftlichen Organisationen.

Der Stand der Baumwollvorräte in der Monarchie zu Beginn des Krieges war durch die Bewegung der Baumwollpreise in den zwei wichtigsten Produktionsländern, Nordamerika und Ostindien, beeinflusst. In Amerika war die Baumwollernte im Jahre 1913 sehr schlecht gewesen, so daß amerikanische Baumwolle in diesem Jahre hoch im Preise stand, während im Jahre 1914 eine Rekordernte und dementsprechend ein Rückgang der Preise in Aussicht stand. Die Spinner trachteten daher, mit möglichst geringen Vorräten alter, teurer Baumwolle in die neue Saison einzutreten. Sie deckten für die Herbstmonate 1914 nur den allerdringendsten Bedarf durch Bezüge aus den Vorräten des Bremer Marktes, um für die weitere Eindeckung die Verschiffungen neuer Ernte abzuwarten. Umgekehrt hatten die Preise für ostindische Baumwolle, durch die im allgemeinen etwa 30% des österreichischen Verbrauches gedeckt wurden, infolge der außerordentlich guten Ernte des Jahres 1913 und der in Ostindien herrschenden finanziellen Krise einen Tiefstand erreicht, der bewirkte, daß die indischen Exporteure große Baumwollmengen nach Europa schickten. Daher befanden sich zu Beginn des Krieges ziemlich bedeutende Lager ostindischer Baumwolle in Triest, und die österreichischen Spinnereien hatten zum Teil ihren Bedarf an dieser Sorte für sechs bis neun Monate eingedeckt.

Im ganzen betrugen die in Österreich und Ungarn am 31. August 1914 vorhandenen Baumwollvorräte 44.400.000 kg, d. i. im Verhältnis von



100 : 87 auf Baumwollgarn umgerechnet, 17 englische Pfund für die Spindel. Da der normale Baumwollverbrauch 5 Pfund für die Spindel im Monat beträgt, hätten diese Vorräte an Rohbaumwolle nur bis Ende Dezember 1914 gereicht. Das Garnlager der österreichischen und ungarischen Spinnereien betrug am 31. August 1914 ungefähr 8 Pfund für die Spindel, so daß nach weiteren ein bis zwei Monaten auch die gesamte Baumwollweberei hätte zum Stillstand kommen müssen, wenn keine neuen Einfuhren stattgefunden hätten und der Baumwollverbrauch auf ungefähr derselben Höhe wie im Frieden geblieben wäre.

Die Lage wurde dadurch verschärft, daß in Triest kein eigentlicher Baumwollmarkt bestand. Infolgedessen hielt auch der Triester Handel keine größeren Lager. Die Baumwolle, die über Triest eingeführt wurde, war meist schon in der Übersee von inländischen Spinnern gekauft. Es war nur die Folge einer zufälligen Konjunktur, daß sich im Sommer 1914 in Triest größere Lager indischer Baumwolle angehäuften, die noch nicht an österreichische Spinnereien fest verkauft waren. Den größten Teil ihres Baumwollbedarfes deckten die österreichischen Spinnereien, namentlich die der nördlichen Kronländer, in Bremen, wo ein großer Baumwollmarkt bestand und wo jederzeit vom Lager gekauft werden konnte. Die eigentümliche Lage, die sich auf dem amerikanischen Baumwollmarkt um die Mitte des Jahres 1914 herausgebildet hatte, bewirkte, daß die Käufe der österreichischen Baumwollspinnereien auf dem Bremer Markt in diesem Jahre für die Versorgung Österreichs besondere Bedeutung hatten. Durch die Ausfuhrverbote, die das Deutsche Reich unmittelbar nach Kriegsausbruch verhängte, wurde der Bezug der für österreichische Rechnung in Bremen gekauften Baumwolle zunächst völlig unterbunden. Erst durch die im September 1914 getroffenen Vereinbarungen zwischen den Regierungen des Deutschen Reiches, Österreichs und Ungarns wurde er wieder möglich. Die deutsche Regierung erklärte sich in dieser Vereinbarung zunächst bereit, Ausfuhrbewilligungen für alle in Deutschland lagernden Baumwollmengen zu erteilen, die nachweisbar für österreichische Rechnung vor dem 1. August 1914 gekauft worden waren. Außerdem wurde ein Ausfuhrkontingent von 50.000 Ballen für Zwecke des österreichisch-ungarischen Heeresbedarfes zugestanden. Endlich wurde vereinbart, daß die Durchfuhr im Ausland gekaufter Ware frei sein solle. Um die Durchführung des Abkommens zu erleichtern und eine entsprechende Verteilung des Ausfuhrkontingents auf die einzelnen Spinnereien zu sichern, erbot sich der Verein der Baumwollspinner Österreichs, der über 95% aller österreichischen und ungarischen Baumwollspinnereien zu seinen Mitgliedern zählte, auf Anregung des österreichischen Handelsministeriums durch eine gleichzeitig an das gemeinsame Kriegsministerium sowie an die österreichische und ungarische Regierung gerichtete Eingabe vom 30. September 1914, unter dem Namen «Vereinigte österreichische und ungarische Baumwollzentrale» eine Organisation ins Leben zu rufen, deren Aufgabe es sein sollte, für alle österreichischen und ungarischen Baumwollinteressenten, gleichgültig ob sie dem Verein angehören oder nicht, Bezüge von Baumwolle aus dem Ausland zu vermitteln sowie das deutsche Baumwollkontingent und diejenigen Baumwollmengen, die auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes oder als Kriegsbeute militärischerseits beschlag-



nahmt werden, zu übernehmen und gemäß behördlicher Weisung an die Industrie zu verteilen. Zu diesem Zwecke wurde ein Verteilungsausschuß vorgesehen, zu dem das gemeinsame Kriegsministerium und die Handelsministerien beider Staaten der Monarchie Vertreter entsenden sollten, ferner wurde eine Abschätzungskommission eingesetzt, deren Obmann vom österreichischen Handelsminister und deren Obmannstellvertreter vom ungarischen Handelsminister ernannt werden sollte. Dieser Vorschlag wurde vom gemeinsamen Kriegsministerium und den beiden Handelsministerien am 1. Oktober 1914 mit gleichlautenden Erlässen genehmigt. Mit der Geschäftsführung der neuen Organisation wurde der Verein der Baumwollspinner betraut.

Der Baumwollzentrale gelang es zunächst, für 55.823 Ballen Baumwolle, die vor Kriegsausbruch für österreichische und ungarische Rechnung gekauft worden waren, die Ausfuhrbewilligungen zu erwirken. Der Bezug des im Septemberabkommen zugesicherten Kontingents von 50.000 Ballen Baumwolle wurde dadurch erleichtert, daß die deutsche Regierung die Bremer Handelskammer ermächtigte, für die Baumwollzentrale innerhalb dieses Kontingents Ausfuhrbewilligungen selbst auszustellen. Mit Unterstützung des Bremer Handels konnte sogar eine Erhöhung des Kontingents auf 110.000 Ballen erreicht werden, da zu Anfang des Jahres 1915 auf Grund von Verhandlungen mit Amerika Baumwollverschiekungen nach Deutschland möglich wurden und die deutschen Baumwollspinnereien, in falscher Beurteilung der Geschäftslage, beim Einkauf so zurückhaltend waren, daß der Bremer Baumwollhandel für seine amerikanischen Einkäufe fast nur bei der unternehmungslustigeren österreichischen Industrie Absatz finden konnte. Der Bestand einer zentralen Organisation erwies sich hier als ein entscheidender Vorteil, da er die Verteilung des Risikos ermöglichte.

Durchfuhrbewilligungen wurden von der Baumwollzentrale für 152.714 Ballen beschafft, die von der österreichischen Industrie oder für deren Rechnung durch die Baumwollzentrale in Holland und Skandinavien gekauft oder über holländische oder skandinavische Häfen bezogen wurden.

Gleichzeitig wurde die Einfuhr über Italien mit Erfolg versucht. Durch ein königliches Dekret vom 13. November 1914 war allerdings, um diese Bezüge zu unterbinden, angeordnet worden, daß Waren, die nicht auf der Konterbandeliste stehen, zur Durchfuhr durch Italien nur zugelassen werden, wenn Name und Wohnsitz des ausländischen Empfängers aus den Schiffspapieren hervorgeht. Diese Bestimmung war ausschließlich gegen die Baumwollbezüge der Zentralmächte gerichtet; denn Baumwollsendungen, die unmittelbar an einen deutschen oder österreichischen Empfänger adressiert waren, wurden von den Schiffahrtsgesellschaften nicht übernommen, und ebensowenig war für sie eine Kriegsversicherung zu beschaffen, weil man allgemein fürchtete, daß England ausdrücklich für den Feind bestimmte Waren nicht durchlassen würde. Da jedoch die Erschwerung der amerikanischen Baumwollausfuhr angesichts der Rekordernte des Jahres 1914 Tiefpreise hervorrief, die zu einer finanziellen Katastrophe für die Südstaaten zu führen drohten, gelang es mit amerikanischer Unterstützung, die Zurückziehung des Dekrets zu erwirken. Obwohl Fracht und Versicherung sich über Italien billiger stellten und leichter beschafft werden konnten als über nördliche Häfen, verhinderten

die außerordentlich ungünstigen Landungs- und Transportverhältnisse in den italienischen Häfen die volle Ausnützung dieser Bezugsmöglichkeiten. Trotzdem gelang es der Baumwollzentrale, bis zum Eintritt Italiens in den Krieg auf diesem Wege 48.700 Ballen zu beziehen.

Einen vorübergehenden Zufluß erhielt die Baumwollversorgung der Monarchie aus den Baumwollmengen, die in den besetzten Gebieten Polens und Belgiens beschlagnahmt worden waren. Die Baumwollzentrale übernahm aus dieser Quelle 18.000 Ballen.

Von einschneidender Wirkung war die Einreihung der Baumwolle in die Liste der unbedingten Bannwaren, die England im März 1915 verfügte. Man griff zu dieser Maßnahme, weil man Baumwolle für den wichtigsten Hilfsstoff der Sprengstoffherzeugung ansah und glaubte, daß die Absperrung ihrer Zufuhr Deutschland und Österreich zwingen würde, innerhalb dreier Monate den Krieg aufzugeben. Ein amerikanischer Einspruch war nicht mehr zu besorgen, da sich die Verhältnisse des Baumwollmarktes inzwischen gebessert hatten und ein unmittelbarer Zwang, die Ausfuhr von Baumwolle zu steigern, für Amerika nicht mehr vorlag. Die Folge dieser Maßnahme war, daß nicht nur der direkte Bezug von Baumwolle aus der Übersee unmöglich wurde, sondern daß sich auch die neutralen Staaten des europäischen Festlandes, Holland, die skandinavischen Länder und die Schweiz, veranlaßt sahen, Ausfuhrverbote für Baumwolle zu erlassen, um auf diese Weise die Versorgung ihrer eigenen Industrie zu sichern. Trotzdem gelang es noch in den Monaten Oktober und November 1915 von der Schweiz gegen Gewährung besonderer Kompensationen die Zulassung von Baumwollbezügen der Zentrale zu erwirken und auf diesem Wege rund 10.000 Ballen nach Österreich zu bringen. Überstürzte Käufe, die daraufhin von österreichischen und ungarischen Spinnern trotz eindringlicher Warnungen vorgenommen wurden, führten jedoch dazu, daß die Schweizer Industrie ihre Versorgung für gefährdet hielt. Es kam zu öffentlicher Erörterung der Angelegenheit, die Vertraulichkeit der getroffenen Abreden konnte nicht mehr gewahrt werden, und die schweizerische Regierung sah sich gezwungen, ihre Zusicherungen zurückzuziehen und ab 1. Dezember 1915 jede Baumwollausfuhr nach Österreich zu verhindern. Ungefähr 25.000 Ballen Baumwolle, die für österreichische Rechnung gekauft worden waren, blieben infolgedessen in der Schweiz liegen und mußten dort veräußert werden. Eine finanzielle Schädigung wurde dadurch nicht herbeigeführt, da die Baumwollpreise in der Zwischenzeit stark gestiegen waren. Die beim Verkauf erlöste Valuta wurde später größtenteils zur Beschaffung von Spinnpapier verwendet.

Die letzten Bezugsmöglichkeiten, die nach der Verschärfung der Blockade noch geblieben waren, bestanden in der Beschaffung von Baumwolle aus der den Mittelmächten verbündeten Türkei. Nach der Niederwerfung Serbiens war der Weg dahin freigeworden. Allerdings war die levantinische Baumwollernte, die früher 150.000 bis 180.000 Ballen betragen hatte, infolge der Vertreibung der Armenier, die sich besonders in der Gegend von Adana mit dem Baumwollbau befaßt hatten, auf 50.000 bis 60.000 Ballen gesunken, von denen 15.000 bis 20.000 Ballen für die türkische Industrie zurückbehalten werden mußten, so daß für die Ausfuhr nur 40.000 Ballen zur Verfügung

standen. Auch diese Mengen waren nicht greifbar, da sie zum größten Teil in den Produktionsgebieten um Smyrna und Adana lagerten. Der Seeweg war durch die feindliche Flotte gesperrt, so daß die Baumwolle auf dem Überlandweg verfrachtet werden mußte. Da die Bergstrecke der Bagdadbahn über den Taurus noch nicht vollendet war, stieß dies auf außerordentliche Schwierigkeiten. Für die Beschaffung der levantinischen Baumwolle wurde auf Grund eines Übereinkommens zwischen den beiden Heeresleitungen eine gemeinsame Einkaufsorganisation ins Leben gerufen. Die durch sie bezogenen Baumwollmengen wurden zwischen der Monarchie und Deutschland im Verhältnis von 1:1 geteilt, wenn sie auf dem Donauwege kamen, im Verhältnis von 5:6, wenn sie mit der Bahn befördert wurden. Infolge der außerordentlichen Schwierigkeiten des Transportes konnten bis zum Herbst 1917 im ganzen aus der Levante nur 20.000 Ballen (d. i. 4.000.000 kg) Baumwolle bezogen werden, von denen 1.800.000 kg auf Deutschland, 1.400.000 kg auf Österreich und 800.000 kg auf Ungarn entfielen.

Bis zum Kriegsende, d. h. bis zum September 1918, betrugen die Baumwollimporte, die durch die Baumwollzentrale oder für Rechnung einzelner Spinnereien getätigt wurden, 142.900.000 kg; davon entfielen 93.500.000 kg auf die Bezüge der Baumwollzentrale, der Rest auf private Bezüge einzelner Spinnereien.

Einschließlich der bei Kriegsbeginn vorhandenen Vorräte in der Höhe von 44.400.000 kg stand somit für die ganze Kriegsdauer eine Baumwollmenge von 187.300.000 kg zur Verfügung. Der Normalverbrauch der österreichisch-ungarischen Baumwollspinnereien hätte bei einer Spindelzahl von 4'94 Millionen und einem durchschnittlichen Verbrauch von rund 5 englischen Pfunden für die Spindel im Monat 11.120.000 kg monatlich oder für die ganze Kriegsdauer von 50 Monaten 556.000.000 kg betragen. Die zur Verfügung stehende Baumwollmenge kam daher etwa einem Drittel des normalen Verbrauches gleich; sie hätte bei Vollarbeit der inländischen Spinnereien nur für etwa 17 Monate, d. i. bis gegen Ende 1915, gereicht. Für die Versorgung der Webereien kamen hiezu noch rund 4.000.000 kg Garn (entsprechend etwa 4.600.000 kg roher Baumwolle), die zu Beginn des Krieges in den Spinnereien vorrätig waren. Für die Befriedigung des Bedarfes an Baumwollwaren standen außerdem die Vorräte an Rohwaren in den Webereien und die wesentlich bedeutenderen Mengen verbrauchsfertiger (gebleichter, appretierter, gefärbter, bedruckter) Ware in den Lagern des Groß- und Kleinhandels zur Verfügung. Die Erfassung dieser Bestände erwies sich jedoch wegen ihrer Zersplitterung auf eine Unzahl von Lagerstätten als unvollständig durchführbar. Eine Statistik vom Juli 1915, also einem Zeitpunkte, nach dem Baumwollimporte nur mehr in verhältnismäßig geringen Mengen stattfanden, weist Vorräte von 29.000.000 kg Rohbaumwolle, 18.500.000 kg Garn und 518.000 Stück Rohware auf. Bei Aufrechterhaltung des bisherigen Verbrauches wären diese Vorräte in vier bis fünf Monaten, also bis Ende 1915, vollständig aufgezehrt gewesen. Sparmaßnahmen erwiesen sich daher als eine unvermeidbare Notwendigkeit. Die Tätigkeit der Baumwollzentrale, die bis dahin ausschließlich auf die Förderung der Einfuhr von Rohbaumwolle gerichtet gewesen war, erhielt hiedurch neue Ziele. Es wurde ihre Aufgabe, rechtzeitig Beschränkungen des Ver-



brauches zu beantragen und an der Durchführung der zu diesem Zwecke ergriffenen Maßnahmen mitzuwirken. Sie ist dieser Aufgabe mit Erfolg nachgekommen, bis im Frühjahr 1916 auch für die Baumwollbewirtschaftung, bei der sich die zu Kriegsbeginn angestrebte Einheitlichkeit der kriegswirtschaftlichen Einrichtungen am längsten erhalten hatte, in den beiden Staaten der Monarchie gesonderte Organisationen errichtet wurden. In Österreich trat in der Folge an die Stelle der Vereinigten österreichisch-ungarischen Baumwollzentrale eine andere Gesellschaft, die «Baumwollzentrale A. G.». Sie wird zum erstenmal in der Ministerialverordnung vom 13. April 1916 erwähnt, ihre handelsgerichtliche Registrierung erfolgte jedoch erst am 17. August 1917. Gegenüber der früheren «Vereinigten österreichisch-ungarischen Baumwollzentrale» erfuhr ihre Tätigkeit dadurch eine wesentliche Einschränkung, daß auch auf dem Gebiete der Baumwollindustrie die Trennung der kaufmännischen und administrativen Aufgaben durchgeführt wurde. Der Baumwollzentrale A. G. verblieb nur ein rein kaufmännischer und geschäftlicher Wirkungskreis. Die Verwaltungsaufgaben wurden einem neu geschaffenen Selbstverwaltungskörper der Industrie übertragen, dem «Kriegsverband der Baumwollindustrie», der durch Verordnung des Handelsministers vom 26. August 1916 errichtet wurde. Er umfaßte als Zwangsverband alle Unternehmungen, die sich mit der Erzeugung von Effilochés, Kunstbaumwolle und Baumwollwatte, von Baumwoll- und Baumwollabfallgarnen und daraus erzeugten Zwirnen, endlich mit der Erzeugung und Veredlung von Baumwollwaren aller Art (Web-, Wirk-, Strick- und Bandwaren, Litzen, Gardinen, Spitzen usw.) befaßten. Er stellte daher eine umfassende Organisation der gesamten österreichischen Baumwollindustrie dar, während die Baumwollzentrale A. G. formell nur ihren Aktionären einen Einfluß auf ihre Geschäftsführung gewährleistete, wenn sie auch infolge ihres engen Zusammenhanges mit dem Verein der Baumwollspinner Österreichs an eine allerdings nur die Spinnereien umfassende Interessentenorganisation angelehnt war.

Aufgabe des Kriegsverbandes der Baumwollindustrie war vor allem die Führung einer Statistik über die Betriebseinrichtungen der Baumwollindustrie, über den jeweiligen Stand der Beschäftigung der einzelnen Unternehmungen und über die Anzahl der bei ihnen in Verwendung stehenden Arbeiter und Beamten, sowie die Durchführung aller erforderlichen Erhebungen zur Ermittlung der Vorräte an Rohmaterialien, Halb- und Ganzfabrikaten sowie der Produktion und des Absatzes; ferner oblag dem Kriegsverband die Verteilung der ihm von den Behörden zugewiesenen Materialien unter dem Gesichtspunkte möglicher wirtschaftlicher Verwendung und Verwertung der jeweils verfügbaren Mengen. Während der Kriegsdauer sollte die Verteilung der von der Militärverwaltung beschafften oder für sie mittels des Anbotverfahrens beschafften Rohstoffe und Fertigfabrikate nach den Weisungen des Kriegsministeriums erfolgen.

Der Kriegsverband übernahm ferner die Durchführung aller Verwaltungsaufgaben, die in den älteren Verordnungen der «Vereinigten österreichisch-ungarischen Baumwollzentrale» zugewiesen worden waren. Wie früher dieser, sollte in Zukunft ihm die Beratung der Zentralstelle bei Vergebung von Aufträgen und die Antragstellung bei der Festsetzung von Preisen zukommen.



Endlich hatte er bei der Regelung von Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung, welche die Baumwollindustrie betrafen, mitzuwirken, insbesondere bei allen Maßnahmen zur Regelung und Förderung der Erzeugung sowie der Ein- und Ausfuhr, bei Erlassung und Handhabung von Ein- und Ausfuhrverboten, bei Maßnahmen der Handelspolitik und der sozialen Fürsorge, bei der Regelung des Arbeitsnachweises und bei allen Fragen, die sich bei der Abrüstung und Überführung in die Friedenswirtschaft ergeben würden; dem Handelsminister blieb vorbehalten, ihm auch die Durchführung der auf diese Fragen sich erstreckenden Verfügungen zu übertragen, wobei während der Kriegsdauer das Einvernehmen mit dem gemeinsamen Kriegsministerium und dem österreichischen Ministerium für Landesverteidigung zu pflegen war.

## 2. Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen zur Regelung der Erzeugung und des Verbrauches.

Um die Mitte des Jahres 1915 konnte man sich keinem Zweifel mehr darüber hingeben, daß mit größeren Baumwollzufuhren nicht mehr gerechnet werden könne und daß man trachten müsse, durch sparsamste Verwendung der im Inlande vorhandenen Mengen bis zur Beendigung des Krieges das Auslangen zu finden. Man ging dabei überaus vorsichtig und zögernd vor; denn man trug Bedenken, der Wirtschaft Beschränkungen aufzuerlegen, die über das Maß des unbedingt Notwendigen hinausgegangen wären, und glaubte auch immer noch mit einer Beendigung des Krieges in absehbarer Zeit rechnen zu können.

### a) *Die Maßnahmen zur Sicherung des Baumwollbedarfes der Munitionsindustrie.*

Die ersten Bewirtschaftungsmaßnahmen, die ergriffen wurden, betrafen weniger die Baumwollindustrie selbst, als die Pulver- und Sprengmittelfabriken, deren Versorgung mit Baumwollfasern zur Nitrierung gesichert werden sollte. Sie verwendeten hiezu Effilochés und Kunstbaumwolle, die durch Reißen aus Baumwollfäden (Abfallgarn) oder Stoffabfällen hergestellt wurden. Durch Verordnung vom 2. August 1915 wurde der Verkauf sowie jede Verarbeitung solcher Abfallfasern an eine Bewilligung des Handelsministeriums gebunden und gleichzeitig eine monatliche Erhebung der Vorräte an Baumwollabfällen angeordnet. Mit der Durchführung der Erhebungen wurde die «Vereinigte österreichische und ungarische Baumwollzentrale» betraut. Ebenso mußten die Ansuchen um Veräußerungs- und Verarbeitungsbewilligungen für Effilochés und Kunstbaumwolle an die Baumwollzentrale geleitet und von ihr mit einem Gutachten dem Handelsministerium zur Entscheidung vorgelegt werden.

Durch eine zweite Verordnung vom 11. November 1915 wurde das für Effilochés und Kunstbaumwolle bestehende Verarbeitungs- und Veräußerungsverbot auch auf das Vorprodukt, nämlich auf die für die Sprengstoffherzeugung brauchbaren Baumwollgarnabfälle (d. i. rohe, gebleichte oder hellfärbige) sowie auf ebensoleche baumwollene Stoffabfälle ausgedehnt. Gleichzeitig wurde für alle diese Materialien der Anbotzwang eingeführt. Sie mußten dem Kriegsministerium durch Vermittlung der Baumwollzentrale zum Kauf angeboten werden, konnten aber wieder frei verarbeitet und veräußert werden,

wenn sie innerhalb 21 Tagen von der Übernahmskommission, die zu ihrer Prüfung und Bewertung eingesetzt worden war und aus je einem Vertreter des Kriegs- und des Handelsministeriums, aus einem Vertreter der Baumwollzentrale und zwei vom Handelsministerium bestellten Sachverständigen bestand, nicht übernommen wurden. Die Vorräte an neu anfallenden Abfällen oder daraus erzeugten Fasern waren allmonatlich der Baumwollzentrale anzuzeigen und unterlagen dem Veräußerungs- und Verarbeitungsverbot sowie dem Anbotzwang, dem 14 Tage nach der Anmeldung entsprochen werden mußte.

*b) Die Regelung der Produktion von Garnen und Baumwollwaren durch das Belegscheinverfahren.*

Die ersten Sparmaßnahmen, die auf dem Gebiete der Baumwollindustrie selbst ergriffen wurden, betrafen hauptsächlich die Spinnerei. Als grundlegende Voraussetzung jeder Bewirtschaftung erschien eine verlässliche Vorratsstatistik.

Durch Verordnung vom 15. September 1915 wurde daher die Baumwollzentrale mit der Durchführung einer Vorratserhebung für Baumwolle und Baumwollgarne beauftragt. Alle Besitzer solcher Vorräte wurden verpflichtet, sie monatlich der Baumwollzentrale anzuzeigen.

Gleichzeitig wurde die Spinnerei dadurch eingeschränkt, daß das Verspinnen sowie jede sonstige Verarbeitung von Baumwolle nur insoweit gestattet wurde, als die daraus hergestellten Erzeugnisse unmittelbar oder mittelbar zur Erfüllung von militärischen oder behördlichen Aufträgen dienten. Ohne einen solchen Auftrag durften Baumwollgarne nur mehr zur Erzeugung von Sackstoffen, Nähzwirnen, Stricks und Häkelgarnen hergestellt werden. Um die Befolgung dieser Vorschriften zu sichern, mußte jeder, der Baumwollgarn beziehen wollte, einen Belegschein ausstellen, welcher die eidesstattige Erklärung enthielt, daß er das Garn für die Erfüllung eines militärischen oder behördlichen Lieferungsauftrages benötige. In allen Fällen, in denen mehrere Zwischenhände an der Lieferung beteiligt waren, mußte die Kette der Belegscheine vom Spinner bis zu dem unmittelbaren Lieferanten der Militärverwaltung oder Behörde geschlossen sein. Die Belegscheine wurden in zwei gleichlautenden Ausfertigungen ausgestellt, von denen die eine der Baumwollzentrale eingesendet werden mußte, während die andere zum Zwecke der Kontrolle beim Spinner zurückblieb.

Eine zweite Verordnung vom gleichen Tage ergänzte diese Vorschriften durch die Bestimmung, daß Baumwollgarne der Nummern 16 bis 22, d. i. derjenigen Stärken, die regelmäßig für Militärlieferungen Verwendung fanden, nur für die Ausführung militärischer und behördlicher Aufträge oder zur Herstellung der normalen, für militärische Zwecke dienenden Gewebe verwendet werden dürfen. Jede andere Verarbeitung oder Veräußerung von Baumwollgarn wurde an eine Bewilligung des Handelsministeriums geknüpft. Die gleiche Bestimmung galt auch für Rohgewebe, die aus Garnen der Feinheitsnummern 16 bis 22 hergestellt waren.

Die Verarbeitung gröberer Garne (unter Nummer 6) oder feinerer bis zur Nummer 60 unterlag nur der Beschränkung, daß gewisse als minder wichtig oder entbehrlich betrachtete Baumwollwaren (wie

Stoffe für Haus- und Tischwäsche, Tapezierer- und Möbelstoffe, Vorhänge, Decken, Stoffe für technische Artikel, Samte, Plüsch, Tülle, Spitzen, Bänder und Posamente, endlich alle Wirkwaren mit Ausnahme von Strümpfen und Socken) nicht daraus hergestellt werden durften, sofern nicht ein militärischer oder behördlicher Auftrag für die Erzeugung solcher Waren (zum Beispiel für die Erzeugung von Bettwäsche für Spitäler oder von Schnüren, Litzen und Knöpfen für Uniformen) oder eine besondere Bewilligung des Handelsministeriums dafür vorlag. Baumwollgarne über der Nummer 60 konnten gänzlich frei verarbeitet werden.

Als Vorbereitung für weitergehende Maßnahmen verfügte die Verordnung ferner eine Vorratserhebung für Web- und Wirkwaren aus Baumwollgarnen, für fertige Männerwäsche aus Baumwolle oder Wolle sowie für Baumwollwatte und Verbandstoffe.

Baumwolle, Baumwollgarne und Baumwollwaren, die nach dem 1. September 1915 aus dem Ausland eingeführt wurden, waren den durch die beiden Verordnungen eingeführten Beschränkungen der Verarbeitung nicht unterworfen.

Durch diese Maßnahmen war die Erzeugung und Verarbeitung von Baumwollgarnen der freien Privatinitiative entzogen. Der angestrebte Zweck konnte aber nur dann erreicht werden, wenn gleichzeitig in die Vergebung der behördlichen, insbesondere der militärischen Aufträge ein System gebracht wurde. Die fast völlige Absperrung neuer Baumwollzufuhren ließ äußerste Sparsamkeit notwendig erscheinen. Es wäre geboten gewesen, zur Deckung des Bedarfes in erster Linie die fertige Ware heranzuziehen, auch wenn sie den vorgeschriebenen oder üblichen Typen nicht vollständig entsprach. Nur im Falle der Unmöglichkeit, den Bedarf aus den Lagern fertiger Ware zu befriedigen, hätte man neue Ware aus vorhandenen Garnen und erst in letzter Linie neue Garne aus den vorhandenen Vorräten an Rohbaumwolle herstellen dürfen. Wenn entgegen diesem Grundsatz Rohbaumwolle zum Zwecke der Herstellung von Geweben verschwendet wurde, die in brauchbarer Beschaffenheit lagernd zu finden waren, so mußte der Augenblick eintreten, in dem dringender Bedarf an nicht ersetzbaren Spezialsorten nicht mehr befriedigt werden konnte, während andere, minder wichtige Waren noch im Überfluß vorhanden waren. Die militärische Einkaufsorganisation entsprach nicht den vorerwähnten Grundsätzen. Im Kriegsministerium befaßten sich regelmäßig vier Abteilungen mit der Beschaffung von Baumwolle und daraus hergestellten Waren. Außerdem gab es noch eine Anzahl von Stellen, die unabhängig voneinander, ohne jede Kenntnis der tatsächlichen Lage und somit auch ohne jede Rücksicht auf die Bestellungen vornahmen, so zum Beispiel das Pionierzeugdepot für Sandsäcke, das Artilleriezeugdepot und eine Reihe militärischer Anstalten in der Etappe und im Hinterland. Eine wirkliche Bewirtschaftung der immer mehr schwindenden Baumwollvorräte war unter diesen Umständen unmöglich, da es keine Stelle gab, die berechtigt gewesen wäre, die Ausführung überflüssiger Spinnaufträge zu verbieten. Nach wie vor waren die einzelnen militärischen Stellen bestrebt, ihre Bestellungen in gewohnter Weise streng typenmäßig an die ihnen als vertrauenswürdig bekannten Firmen zu vergeben, so daß der Grundsatz vorzugsweiser Ver-



wendung fertiger Ware nicht durchgeführt, sondern immer wieder neue Ware angefertigt wurde, wenn auch noch so große Mengen gleicher oder doch ähnlicher, für den betreffenden Zweck verwendbarer Ware an anderer Stelle lagerten. Um diesem Übelstande abzuhelpen, machte die Baumwollzentrale dem Kriegsministerium den Vorschlag, daß die einzelnen militärischen Stellen, insoweit sie nicht durch die bereits im Frieden abgeschlossenen Lieferungsverträge gebunden waren, ihren ganzen Bedarf der Baumwollzentrale aufgeben sollten, die dann nach den für die Bewirtschaftung geltenden Grundsätze Offerte einzuholen und diese der bestellenden Abteilung mit ihrem Gutachten zu unterbreiten hätte. Eine grundsätzliche Erledigung dieses Vorschlages ist nicht erfolgt. Man beschränkte sich darauf, der Baumwollzentrale die Durchführung einer Reihe größerer Beschaffungsaufträge zu übertragen. Da dieser Vorgang jedoch nicht auf einer allgemein bindenden Vorschrift beruhte, sondern nur verständnisvollem Eingehen einzelner bestellender Organe auf die Vorschläge der Baumwollzentrale zu danken war, konnte ein voller Erfolg auf diesem Wege nicht erreicht werden.

### *c) Der Übergang zum Bewilligungsverfahren.*

Die Möglichkeit einer stärkeren Beeinflussung der bestellenden Abteilungen ergab sich erst, als im Kriegsministerium eine «Textil- und Ledergruppe» geschaffen wurde, in deren Wirkungskreis alle mit der Bewirtschaftung von Faserstoffen und Leder zusammenhängenden Maßnahmen fielen. Wenn man sich entschloß, das Verspinnen von Rohbaumwolle von einer durch diese Stelle zu erteilenden Bewilligung abhängig zu machen, statt sie lediglich an den Nachweis irgendeines militärischen Auftrages durch Ausstellung eines Belegscheines zu knüpfen, so war die Handhabe gegeben, alle überflüssigen Spinnaufträge zu verhindern. Zu diesem Zwecke war allerdings eine Änderung der Vorschriften über die Bewirtschaftung der Baumwolle erforderlich. Sie erfolgte durch zwei Verordnungen des Handelsministers vom 29. Dezember 1915, die das Belegscheinverfahren teilweise durch ein Bewilligungsverfahren ersetzten.

Die eine dieser Verordnungen betraf die Verarbeitung von Baumwolle, Baumwollabgängen, Baumwollabfällen, Effilochés und Kunstbaumwolle zu Garnen aller Art, ohne daß in Zukunft ein Unterschied nach dem Zeitpunkt ihrer Einfuhr in das österreichische Zollgebiet gemacht werden sollte. Die Bestimmungen über Anzeigepflicht und Vorratserhebung blieben aufrecht und wurden auf die Baumwollabgänge, Effilochés und Kunstbaumwolle ausgedehnt.

Für das Verspinnen und jede sonstige Verarbeitung von Baumwolle trat jedoch an die Stelle des Belegscheinverfahrens ein Bewilligungsverfahren. Jede Verarbeitung dieser Faserstoffe war nur mehr über fallweise Bewilligung gestattet, die bei Heeresaufträgen vom Kriegsministerium erteilt wurde. Für die Lieferung von Effilochés und Kunstbaumwolle an das Kriegsministerium zum Zwecke der Sprengmittelerzeugung galt die Bestellung durch das Kriegsministerium als Bewilligung.

Die zweite Verordnung enthielt Verarbeitungs- und Veräußerungsbeschränkungen für Baumwollgarne und Baum-



wollwaren. Die bisher geltenden Bestimmungen wurden wesentlich verschärft. Die Beschränkungen, die bisher nur für Baumwollgarne der Nummern 16 bis 22 engl. und daraus hergestellte Rohgewebe galten, wurden nunmehr auf alle einfachen und dublierten Garne unter Nummer 60 und die daraus hergestellten Rohgewebe ausgedehnt. Der Nachweis eines militärischen oder behördlichen Auftrages sollte in diesem Falle nach wie vor durch das Belegscheinverfahren erbracht werden. Die Herstellung oder Verwendung von Rohwaren aus solchen Garnen für die Anfertigung von Getreides, Mehl- und Kleiesäcken, für die Papiergewebe nicht brauchbar waren, wurde gegen Beibringung einer Bestätigung der Baumwollzentrale gestattet. Jede anderweitige Verarbeitung, Veräußerung oder Ablieferung solcher Garne oder Rohwaren sollte jedoch nur mehr auf Grund einer besonderen, durch Vermittlung der Baumwollzentrale einzuholenden Bewilligung des Handelsministeriums zulässig sein. Die Verwendung von Garnen über Nummer 60 unterlag auch jetzt noch keinen Beschränkungen.

Als Vorbereitung für weitere Maßnahmen wurde ferner eine Vorratserhebung angeordnet, der folgende Web- und Wirkwaren unterliegen sollten:

a) Baumwollstoffe, die nach Vorschrift der Militärverwaltung angefertigt waren;

b) andere Baumwollstoffe, bei denen Garne unter Nummer 60 verwendet worden waren, mit Ausnahme von Möbel- und Vorhangstoffen, Gardinen, Spitzen, Tüllen und Stiekereien;

c) fertige Männerwäsche aus Baumwolle, gestrickt, gewirkt oder aus baumwollenen Web- und Wirkstoffen hergestellt;

d) andere für militärische Zwecke dienende, aus Baumwollstoffen konfektionierte Artikel (wie Uniformen, Bettsorten, Rucksäcke, Brotsäcke, Zeltblätter, Nackenschützer, Leibbinden, Baschliks, Körperbänder, Strupfen usw.);

e) Betttücher, Handtücher, Taschentücher, Strohsäcke, Filtertücher und Preßtücher;

f) rohe und gebleichte Baumwollwatte und andere aus Baumwolle hergestellte Sanitätsartikel.

Diese Baumwollwaren sollten der Erhebung auch unterliegen, wenn sie unter Beimischung von Leinengarnen hergestellt wurden. Ferner waren in die Erhebung auch einzubeziehen: fertige Männerwäsche aus Halbwolle und reiner Wolle, gewirkt oder gestrickt oder aus halbwoollenen, bzw. ganzwoollenen Web- und Wirkstoffen hergestellt, sowie baumwollene Nähzwirne.

Alle Besitzer solcher Vorräte wurden verpflichtet, ihren Lagerstand vom 31. Jänner 1916 anzuzeigen. Durch diese Vorratserhebung war gleichzeitig der Kreis der Waren umschrieben, auf den sich später die Maßnahmen zur Beanspruchung fertiger Ware für militärische Zwecke und für die Versorgung der Bevölkerung erstrecken sollten.

Mit der Durchführung der Verordnungen wurde wieder, wie bisher, die «Vereinigte österreichische und ungarische Baumwollzentrale» betraut.

*d) Die Einführung des Anbotzwanges und seine Ausgestaltung.*

Die Verordnungen vom 29. Dezember 1915 hatten bewirkt, daß wenigstens alle militärischen oder behördlichen Aufträge, die die Verarbeitung von Rohbaumwolle erforderten, bei der Baumwollzentrale zusammenliefen und von dieser an die entscheidende amtliche Stelle mit einem Gutachten weitergeleitet wurden; dadurch ergab sich die Möglichkeit, in jedem einzelnen Falle die Notwendigkeit und Zulässigkeit einer Neuanfertigung von Garn zu prüfen und wenigstens bei der Rohbaumwolle eine tatsächliche Bewirtschaftung durchzuführen. Dagegen boten die Verordnungen keine genügende Handhabe, um ein einheitliches Vorgehen auch bei der Verwendung von fertigen Geweben zu sichern, die nach wie vor gegen Belegschein geliefert werden konnten. Ein Beispiel der mißlichen Folgen, die sich daraus ergaben, bieten die Sandsackbestellungen des Pionierzeugsdepots. Zu einer Zeit, da in Deutschland bereits mehr als 50,000.000 Sandsäcke aus Papiergeweben hergestellt worden waren, setzte das Pionierzeugsdepot, ungeachtet aller Vorstellungen der Baumwollzentrale, die nachdrücklichst Einspruch gegen eine solche Verschwendung erhob, die Bestellungen auf Sandsäcke fort und ließ für diesen Zweck mindestens 20,000.000 m Wächestoffe verwenden, was einen unersetzbaren Ausfall in der Versorgung der Armee mit Unterkleidung verursachte. Man mußte daher daran denken, auch die im Inland vorhandenen Vorräte fertiger Ware in die Bewirtschaftung einzubeziehen, um so mehr als gleichzeitig die steigende Not zur Verschärfung der Sparmaßnahmen drängte.

Den ersten Schritt hiezu bildete die Verordnung des Handelsministers vom 13. April 1916.

Sie verfügte zunächst die Aufhebung aller Kauf- und Lieferungsverträge über Baumwolle, Baumwollabfälle, Effilochés und Kunstbaumwolle sowie über die aus diesen Stoffen hergestellten Gespinnste, Webwaren und sonstigen Erzeugnisse. Eine Ausnahme galt nur für gefärbte, gebleichte, merzerisierte und sonstwie veredelte Garne, Zwirne und Webwaren sowie für Baumwollgarne über Nummer 60 und die daraus hergestellten Erzeugnisse. Nur Verträge, die den Bezug von Baumwollgarnen oder Waren aus dem Auslande betrafen, blieben in Kraft. Durch diese Beseitigung der alten Lieferungsverpflichtungen sollte freie Bahn für die Heranziehung aller vorhandenen Vorräte fertiger Ware zur Deckung des öffentlichen Bedarfes geschaffen werden. Zu diesem Zwecke verfügte die Verordnung des weiteren, daß Baumwolle, Baumwollabfälle, Kunstbaumwolle, Rohgarne bis einschließlich Nummer 60, aus solchen Garnen hergestellte Zwirne und Rohgewebe und daraus konfektionierte Artikel, endlich alle Uniform-, Rucksack-, Brotsack- und Zeltstoffe von ihren Besitzern freihändig nur an die Militärverwaltung oder an die Baumwollzentrale verkauft werden dürfen. Die Baumwollzentrale blieb verpflichtet, die von ihr freihändig erworbenen Waren dieser Art nur zur Erfüllung militärischer oder behördlicher Aufträge oder zur Herstellung von Säcken für Getreide, Mehl oder Kleie zu verwenden, sofern ihr nicht durch fallweise Bewilligungen des Handelsministeriums der Weiterverkauf zu anderen Verwendungszwecken gestattet wurde.

Der freie Handel blieb nur für Baumwollgarne über Nummer 60 und daraus hergestellte Waren sowie für gebleichte, gefärbte, merzerisierte, be-

druckte oder in anderer Art veredelte Waren bestehen, soweit es sich dabei nicht um Uniformen, Rucksacke, Brotsacke oder Zeltstoffe handelte.

Endlich enthielt die Verordnung auch noch die Einführung des Anbotzwanges für Baumwolle, Baumwollabfälle und alle daraus angefertigten Garne, Waren oder Konfektionsartikel ohne jeden Unterschied. Das Handelsministerium hatte fallweise durch besondere Verfügungen die Waren zu bezeichnen, auf die der Anbotzwang Anwendung finden sollte. Jeder Besitzer oder Verwahrer solcher Waren war verpflichtet, sie innerhalb zehn Tagen nach Kundmachung dieser Verfügung unter Vorlage von Mustern der Baumwollzentrale anzubieten. Die Baumwollzentrale hatte das Einlangen des Angebotes zu bestätigen, ohne daß jedoch hierfür eine Frist vorgesehen worden wäre. Ging dem Anbotsteller innerhalb 21 Tagen nach Ausstellung dieser Empfangsbestätigung keine Verständigung zu, daß die von ihm angebotene Ware übernommen werde, so war er berechtigt, sie für alle nach den bestehenden Verordnungen zulässigen Zwecke frei zu verwenden.

Der von der Baumwollzentrale bei der Übernahme zu bezahlende Preis sollte durch eine Kommission festgesetzt werden, die aus einem Vertreter des Handelsministeriums, einem Vertreter der an dem Ankauf beteiligten Behörden (zumeist der Militärverwaltung), einem Vertreter der Baumwollzentrale und zwei Sachverständigen bestand. Als Grundlage sollten dabei die in der Verordnung für gewisse Standardqualitäten angeführten Preise dienen. Wenn der Besitzer der Ware mit dem von der Kommission festgesetzten Übernahme Preis nicht einverstanden war, konnte er seine Feststellung durch gerichtliche Entscheidung verlangen.

Die Baumwollzentrale war verpflichtet, die auf Grund des Anbotzwanges erworbenen Waren innerhalb sechs Wochen von dem Tage, an dem sie die anbietende Partei von der Übernahme verständigt hatte, effektiv zu beziehen, wobei die allfälligen Kosten der Einlagerung und Versicherung bis zum Übernahmestage zu Lasten des Besitzers gingen. Sie hatte ferner den kommissionell festgesetzten Übernahme Preis innerhalb 14 Tagen zu bezahlen und war verpflichtet, die auf Grund des Anbotzwanges erworbenen Artikel zu demselben Preise, zuzüglich ihrer tatsächlichen Auslagen für Fracht, Versicherung, Stempel usw. und einer Provision von 3%, an die vom Handelsministerium bezeichnete Behörde oder Stelle zu liefern. Zu den gleichen Preisen hatte sie auch selbst die von ihr freihändig erworbenen, jedoch unter den Anbotzwang fallenden Waren abzuliefern.

Die Wirkung der Verordnung war, daß alle militärbrauchbaren Baumwollfabrikate dem allgemeinen Verkehr völlig entzogen wurden. Es gab für die Vorräte dieser Waren, gleichviel in wessen Besitz sie standen, nur mehr zwei Käufer: die Militärverwaltung und die Baumwollzentrale. Gleichzeitig wurde durch die Einführung des Anbotzwanges die Möglichkeit geschaffen, jede Ware, bei der dies notwendig oder angezeigt schien, völlig aus dem Verkehr zu ziehen. Was davon an Vorräten vorhanden war, mußte der Baumwollzentrale angeboten, von dieser eingelöst und an die von der Regierung bezeichneten Stellen geliefert werden. Neben den sogenannten freihändigen Einkauf trat auf diese Weise in der verschleierten Form des Anbotzwanges ein Enteignungsverfahren. Der Anbotzwang war auch nicht auf die Vorräte



verkäuflicher Ware beschränkt. Ausgenommen waren bloß die zu privatem Gebrauch des Besitzers und seiner Familie bestimmten Gegenstände. Dagegen konnten Vorräte an Baumwollwaren, die für geschäftliche Zwecke, wenn auch nicht zum Verkauf, bestimmt waren (wie zum Beispiel Hotel- und Gasthauswäsche, Fenstervorhänge in Geschäfts- und Gasthausräumen u. dgl.), dem Anbotzwange unterworfen werden. Auch der freihändige Einkauf war übrigens in Wahrheit keineswegs vollkommen frei. Denn da die Baumwollzentrale verpflichtet war, die von ihr freihändig erworbenen Waren, sobald sie durch eine Kundmachung des Handelsministers zum Anbot aufgerufen wurden, zu den kommissionell festgesetzten Preisen zu liefern, konnte sie selbst bei ihrem Einkauf keine höheren Preise gewähren als solche, die unter Berücksichtigung der Qualitätsverschiedenheit der in der Verordnung als Richtschnur für die Preiskommission festgelegten Preisbasis entsprachen. Man hoffte, auf diese Weise als Nebenwirkung der Verordnung eine Preisregulierung herbeizuführen, da die Festsetzung von Höchstpreisen wegen der außerordentlichen Mannigfaltigkeit der Qualitäten undurchführbar erscheinen mußte. Man rechnete damit, daß die Warenbesitzer von der Möglichkeit des freihändigen Verkaufes an die Baumwollzentrale reichlichen Gebrauch machen würden, um die Ware nicht unverkäuflich bis zu dem unbestimmten Zeitpunkte liegen lassen zu müssen, in dem sie zum Anbot aufgerufen wurde, und man glaubte, daß der drohende Anbotzwang sie veranlassen werde, sich dabei innerhalb der durch die Verordnung gezogenen Preisgrenzen zu halten. Tatsächlich gelang es der Baumwollzentrale, bei ihren Einkäufen die Preise allmählich herabzudrücken, so daß nach etwa zwei Monaten die Preisbasis der Verordnung, die früher bereits um etwa 50% überschritten gewesen war, annähernd erreicht wurde.

Weniger zufriedenstellende Ergebnisse lieferte die Durchführung des Anbotzwanges. Er war eingeführt worden, um die bestehenden Vorräte verbrauchsfertiger Ware auch gegen den Willen ihrer Eigentümer für die Versorgung des Heeres heranziehen zu können. Außerdem machte die zunehmende Erschöpfung der Vorräte Vorkehrungen für die Volksbekleidung (d. i. für die Beschaffung von Kleidung für Flüchtlinge und für die unbemittelten Bevölkerungsschichten) in immer steigendem Maß erforderlich. Auch solche Vorkehrungen setzten die Sicherstellung und Beschaffung der noch im Handel vorrätigen Mengen gebrauchsfähiger Ware voraus. Theoretisch bot der Anbotzwang die Möglichkeit, alle vorhandenen Waren für Zwecke des öffentlichen Bedarfes heranzuziehen. Bei der praktischen Durchführung aber zeigte sich, daß der zur Verfügung stehende Apparat nicht ausreichte, um innerhalb der durch die Verordnung vorgeschriebenen Fristen eine so ungeheure Aufgabe zu bewältigen, wie es die tatsächliche Übernahme aller noch in Österreich befindlichen baumwollenen Web- und Wirkwaren gewesen wäre. Diese Unzulänglichkeit stellte sich bereits bei der Durchführung des Anbotzwanges für beschränkte Warengruppen heraus. Bei der verhältnismäßig geringen Zahl der sachverständigen Kräfte, die zur Verfügung standen, konnten die massenhafte einlaufenden Angebote nicht innerhalb der kurzen Frist von 21 Tagen aufgearbeitet werden, die bei sofortiger Bestätigung der einlangenden Angebote dafür offen stand. Dazu kam, daß die Baumwollzentrale eigene



Mittel für die Bezahlung der übernommenen Ware nicht im erforderlichen Ausmaß besaß und daß die Geldüberweisungen seitens der Heeresverwaltung, auf die man für die Finanzierung des Anbotzwanges gerechnet hatte, nicht rechtzeitig und nicht in genügendem Ausmaß erfolgten. Trotzdem wollte jedoch die Heeresverwaltung es vermeiden, die angebotenen Waren durch Versäumnis der Übernahmsfrist wieder freizugeben. Unter diesem Drucke half sich die Baumwollzentrale damit, daß die Bestätigung über das Einlangen des Angebotes oft viele Wochen und Monate lang nicht ausgestellt wurde, so daß die Übernahmsfrist gar nicht zu laufen begann. Versuche des Handelsministeriums, zum Schutze der Betroffenen eine Änderung dieser Bestimmung herbeizuführen, scheiterten an dem Widerstande der Heeresverwaltung, der diese Art der Auslegung und Handhabung der Verordnung sehr gelegen kam. Auf diese Weise wurde eine Bestimmung, die ursprünglich dem Zwecke dienen sollte, die Unsicherheit des Anbotstellers über das Schicksal der von ihm angebotenen Ware auf eine möglichst kurze Frist zu beschränken, zu einem Mittel, diese Unsicherheit ins Grenzenlose zu verlängern. Zahllose Beschwerden aus den Kreisen des Handels richteten sich gegen dieses Vorgehen. Zusammen mit der Preispolitik, die durch die Verordnung eingeleitet worden war, trug es wesentlich dazu bei, in den Kreisen des Kleinhandels und von ihnen ausgehend auch in der Bevölkerung steigende Erbitterung gegen die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen hervorzurufen. Der wahre und tiefste Grund lag allerdings in der zunehmenden Entblößung von allen Waren, die der Befriedigung des täglichen Bedarfes dienen. Sie trat auf allen möglichen Gebieten gleichzeitig zutage und war die natürliche Folge der Absperrung aller Zufuhren bei Fortdauer des massenhaften Verbrauches an der Front.

#### *e) Die Verhängung der Verkaufssperre.*

So groß das Mißvergnügen war, das die bereits ergriffenen Maßnahmen hervorriefen, mußten sie doch unter dem Drucke der steigenden Not noch verschärft werden. Der Anbotzwang konnte nicht rasch genug durchgeführt werden, um alle für öffentliche Zwecke geeignete Waren rechtzeitig zu ergreifen. Man sah sich daher gezwungen, ihn durch die Verhängung einer *Verkaufssperre* zu ergänzen, die durch die Verordnung vom 31. August 1916 erfolgte. Wie der Anbotzwang erstreckte sich die Sperre auf alle baumwollenen Garne, Web- und Wirkwaren ohne Unterschied des Grades der Feinheit oder Veredlung sowie auf die daraus angefertigten Männerhemden und Unterhosen. Eine Ausnahme wurde nur zugestanden für baumwollene Web- und Wirkwaren mit einem Gewicht von weniger als 80 g für den Quadratmeter und für Wäschestücke mit einem Stückgewicht von weniger als 200 g. Verbandstoffe unterlagen der Sperre ohne Rücksicht auf das Gewicht.

Die Sperre erstreckte sich sowohl auf die Verarbeitung wie auf die Veräußerung der angeführten Waren. Beide durften nur auf Grund fallweiser Bewilligungen erfolgen; alle Ansuchen um solche Bewilligungen waren beim Kriegsverband der Baumwollindustrie einzubringen, der sie begutachtete und an die zur Entscheidung berufene Stelle weiterleitete. Diese Entscheidung traf das Kriegsministerium, wenn es sich um eine Verarbeitung oder Ver-

äußerung zur Erfüllung von Aufträgen der Militärverwaltung oder zur Deckung des militärischen Bedarfes handelte. Über alle anderen Ansuchen hatte das Handelsministerium zu entscheiden, das dabei im Einvernehmen mit den militärischen Zentralstellen vorzugehen hatte und bei Ansuchen um Freigabe aus den Beständen des Handels für Zwecke des Kleinverkaufs Beiräte aus dem Kaufmannsstande zuzog. In der Verordnung selbst wurde für die ersten zwei Monate der Verkauf von 10% der Vorräte an veredelter Ware und an Wäschestücken für Männer freigegeben, unter der Bedingung, daß die Ware im Kleinverkauf nur an unmittelbare Verbraucher und nur in Mengen abgegeben werden durfte, die bei einem einzelnen Käufer 20 m Ware oder ein halbes Dutzend Wäschestücke nicht überstiegen. Außerdem sollte der Verkauf nur zu Preisen erfolgen, welche keinesfalls höher waren als die in demselben Geschäfte vor Erlaß der Verordnung erzielten Preise. Endlich war die Führung besonderer Aufschreibungen über diese Verkäufe vorgeschrieben, um die Möglichkeit einer Überwachung durch Kontrollorgane zu gewinnen. Dem Handelsminister blieb vorbehalten, diese prozentweise Freigabe später zu erneuern.

Diese Maßnahme verfolgte den doppelten Zweck, eine Versorgung des allgemeinen Verbrauches der Bevölkerung wenigstens innerhalb bestimmter Grenzen noch zu ermöglichen, gleichzeitig jedoch die Vorräte zu strecken und auf möglichst sparsamen Verbrauch hinzuwirken. In ähnlicher Weise wurde auch den Konfektionsbetrieben und den gemeinnützigen Nähstuben gestattet, die bereits zugeschnittenen Stoffe sowie 25% ihrer sonstigen Vorräte innerhalb der ersten zwei Monate nach dem Erscheinen der Verordnung zu verarbeiten. Verkäufe an die Baumwollzentrale wurden von der Sperre nicht berührt, doch bedurfte die Baumwollzentrale selbst gleich einem privaten Besitzer einer fallweisen Bewilligung für die Verarbeitung oder Veräußerung der in ihrem Besitze befindlichen Waren. Die Bestimmungen der Verordnung vom 13. April 1916 wurden durch die Sperrverordnung keineswegs ersetzt oder aufgehoben. Sie blieben vielmehr unverändert in Kraft.

#### *f) Die Einführung des Ablieferungszwanges.*

Auf diese Weise gelang es, bis Mitte des Jahres 1917 halbwegs durchzukommen. Allerdings hatten sich alle Versuche, die tatsächliche Einhaltung der Preisgrenzen zu erzwingen, die als Bedingung der wiederholten Freigaben für den Kleinverkauf gesetzt worden waren, als vergeblich erwiesen. Die Preise stiegen ununterbrochen, wurden jedoch durch die im Schleichhandel geforderten noch übertroffen. Bei den unbemittelten Bevölkerungsschichten trat infolgedessen schon Mangel des Notwendigsten ein. Um ihm zu steuern und die Versorgung des Heeres zu sichern, war man zu neuen Maßnahmen gezwungen, welche die bisherigen an Stärke des Eingriffes noch überboten. Die Verordnung des Handelsministers vom 30. Oktober 1917 setzte an die Stelle der Sperre den Ablieferungszwang. Dem Ablieferungszwange sollten unterworfen werden können:

a) alle rohen oder nur gebleichten Baumwollwaren im Gewichte von mindestens 20 g für den Quadratmeter sowie alle gefärbten, buntgewebten

und bedruckten Baumwollwaren mit einem Mindestgewicht von 80 g für den Quadratmeter;

b) aus solchen Stoffen hergestellte Männerhemden und Unterhosen, Männer- und Knabenkleider, Überkleider und Arbeitsanzüge;

c) Decken, Tischwäsche, Betttücher und Handtücher aus Baumwolle;

d) alle gestrickten und gewirkten Kleidungs- und Wäschestücke aus Baumwolle oder Halbwolle.

Vom Ablieferungszwang ausgenommen wurden nur einzelne Artikel, die wegen ihrer Beschaffenheit (wie zum Beispiel Tülle, Spitzen u. dgl.) oder wegen ihrer Hochwertigkeit und geringen Menge weder für den Heeresbedarf noch für die Volksbekleidung von Bedeutung sein konnten, während ihre Einzelbeziehung eine schwere Schädigung der betreffenden Händler oder Gewerbetreibenden bedeutet hätte.

Eine allgemeine Ausnahme wurde für diejenigen Vorräte zugelassen, die ausschließlich dem persönlichen Gebrauch des Besitzers und seiner Familie dienten, sich in öffentlichem Besitze befanden oder bereits zur Erfüllung eines Heeresauftrages oder einer behördlichen Bestellung bestimmt waren.

Ferner wurden den Schneidern, Konfektionären und anderen Gewerbetreibenden 50% ihrer Vorräte an baumwollenen Futterstoffen und Zutaten zur Verwendung in ihrem Gewerbe belassen. Den Detailhändlern wurde gestattet, von ihren Warenbeständen im allgemeinen 20%, von gestrickten und gewirkten Frauen- und Kinderkleidern aber 50% zurückzubehalten.

Die Baumwollzentrale wurde beauftragt, für jedes Kronland diejenigen Stellen zu bezeichnen und öffentlich zur Kenntnis zu bringen, an welche die ablieferungspflichtigen Waren gesendet werden sollten. Ebenso hatte sie die vom Handelsministerium zu erteilenden Weisungen für die Durchführung der Ablieferung, insbesondere hinsichtlich ihres Zeitpunktes und der Reihenfolge der abzuliefernden Waren, öffentlich zu verlautbaren. Endlich hatte sie auf Grund der vom Handelsministerium ihr jeweils erteilten Weisungen von Fall zu Fall zu verlautbaren, welche Waren dem Ablieferungszwang unterliegen sollten und in welcher Frist sie abzuliefern waren. Die Übernahmepreise für die abgelieferten Waren wurden in gleicher Weise wie beim Anbotzwang kommissionell festgesetzt, mit der Abweichung, daß unter allen Umständen der nachgewiesene Einkaufspreis zuzüglich eines Gewinnes von 5% vergütet werden sollte, sofern er höher war als die normalen Übernahmepreise. Den besonderen Verhältnissen des Handels wurde durch Zuschläge Rechnung getragen, welche den Entgang eines Handelsnutzens ausgleichen sollten. Gleicherweise sollte für Waren, die nach dem 1. Jänner 1916 aus dem Zollaussland eingeführt worden waren, der Einkaufspreis mit einem entsprechenden Zuschlag für Regiespesen und Gewinn vergütet werden.

Die Baumwollzentrale war verpflichtet, über die in den Übernahmestellen eingegangenen Waren längstens innerhalb 14 Tagen nach Einlangen der Sendung eine Bestätigung auszustellen. Die Bezahlung des Übernahmepreises sollte innerhalb 14 Tagen nach seiner kommissionellen Festsetzung erfolgen. Falls die Feststellung des Übernahmepreises innerhalb vier Wochen, vom Datum der Empfangsbestätigung an gerechnet, noch nicht erfolgt war, hatte die Baumwollzentrale Zinsen in der Höhe von 6% zu vergüten und über

Verlangen einen Vorsehuß in der Höhe von 50% des ungefähren Wertes der Waren zu gewähren. Ablieferungspflichtige Waren, deren Übernahme abgelehnt wurde, hatte die Baumwollzentrale frachtfrei binnen sechs Wochen zurückzusenden oder, wenn dies nicht geschah, zu bezahlen.

Die Baumwollzentrale war ihrerseits verpflichtet, die abgelieferten Waren zum Übernahmepreise zuzüglich ihrer eigenen Barauslagen und einer Durchführungsprovision von 3% an die vom Handelsministerium bestimmten Stellen abzuliefern.

Nach den üblen Erfahrungen, die man bei der Durchführung des Anbotzwanges gemacht hatte, hatte man getrachtet, in dieser Verordnung ausreichende Bürgschaften für die genaue Einhaltung ihrer Bestimmungen durch die Baumwollzentrale zu schaffen und die wirtschaftlichen Interessen der von ihr Betroffenen, soweit dies bei einer so gewaltsamen Maßnahme überhaupt möglich war, zu schonen. Trotzdem hat gerade diese Verordnung zu den schwersten Angriffen auf die Kriegswirtschaft in der Baumwollindustrie geführt, weil der der Baumwollzentrale zur Verfügung stehende Apparat auch in diesem Falle der Aufgabe, vor die er gestellt war, bei weitem nicht gewachsen war. Infolgedessen gingen die Übernahmen so schleppend vor sich, daß ein Jahr nach Erlassung der Verordnung große Mengen der abgelieferten Waren noch nicht übernommen waren. Nach fast einjährigem Lagern in den Übernahmestellen wurden sie den Besitzern zurückgestellt, da nach Beendigung des Kriegszustandes an eine Fortführung so tief eingreifender Zwangsmaßnahmen selbstverständlich nicht mehr gedacht werden konnte. Dieses teilweise Scheitern der Aktion war weder ihrer Anlage noch der Nachlässigkeit oder Unfähigkeit der Leitung der Zentrale, sondern lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß sachkundiges Personal für ihre Durchführung in diesem Stadium des Krieges nicht mehr in der erforderlichen Zahl beschafft werden konnte, obwohl man trachtete, den Textilwarenhandel so viel als möglich heranzuziehen.

#### *g) Die Rückwirkung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen auf die Industrie.*

Wie in anderen Wirtschaftszweigen trat auch in der Baumwollindustrie unmittelbar nach Beginn des Krieges eine Absatzstoeckung ein, die zu einer plötzlichen und einschneidenden Einschränkung der Betriebe führte. Infolge der umfangreichen militärischen Bestellungen wurde der Umfang der Erzeugung jedoch rasch wieder vergrößert. Im zweiten Quartal des Jahres 1915 erreichte er nahezu die Höhe der vollen Friedensproduktion. Die durch die militärischen Einberufungen der Industrie entzogenen männlichen Arbeitskräfte wurden allmählich durch angelernte Frauen und Jugendliche ersetzt, und die Baumwollindustrie war wieder auf vollen Betrieb eingerichtet, als durch die Verordnung vom 15. September 1915 die Reihe der Produktionsbeschränkungen eröffnet wurde, die nunmehr rasch aufeinanderfolgten. Sie führten in ihrer Auswirkung zu notgedrungenen Einschränkungen der Betriebe, zur Stillegung einzelner Unternehmungen und zur Entlassung zahlreicher Arbeiter. Maßnahmen zur Unterstützung der auf diese Weise arbeitslos gewordenen wurden notwendig, nicht nur, um einen Notstand zu vermeiden,



sondern auch, um der Industrie den notwendigen Stock geschulter Arbeitskräfte zu erhalten. Die Baumwollzentrale schlug vor, die aus ihren Gewinnen angesammelten Reserven teilweise zu diesem Zwecke zu verwenden und durch Beiträge der einzelnen Unternehmer und des Staates zu ergänzen. Nach längeren Verhandlungen kam es Ende 1915, nachdem ein Wechsel in der Person des Finanzministers eingetreten war, zu einer Vereinbarung, derzufolge die Baumwollzentrale und die Unternehmer je nach der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Zweigen der Baumwollindustrie die Hälfte bis zwei Drittel der Unterstützungen auf sich nahmen, während der Rest aus Staatsmitteln gedeckt wurde. In der Zeit vom März 1916 bis 30. Juni 1917 wurden für diese Arbeitslosenfürsorge 25,265.000 K aufgewendet, wovon 10,600.000 K aus den staatlichen Beiträgen, 8,100.000 K unmittelbar von den Arbeitgebern, 6,500.000 K aus den Reserven der Baumwollzentrale bestritten wurden. Die aus diesen Mitteln ausgezahlten Arbeitslosenunterstützungen kamen im ganzen 83.275 Personen zugute, darunter 11.500 männlichen Arbeitern zumeist höheren, der Kriegsdienstpflicht nicht mehr unterliegenden Alters, 42.000 weiblichen und 3200 jugendlichen Arbeitern, ferner 7300 Heimarbeitern; hiezu kamen noch 19.332 erwerbsunfähige Angehörige der unterstützten Arbeiter, für die Zuschläge zu den normalen Unterstützungen gewährt wurden. Eine gewisse Milderung der Arbeitslosigkeit brachte die Umstellung vieler Betriebe auf Papiergarn mit sich.

Im letzten Kriegsjahr wurde die Lage der Baumwollindustrie noch einmal durch einen militärischen Erfolg der verbündeten Armeen erleichtert. Der Rückzug der Italiener bis an die Piave öffnete die Magazine der friaulischen Spinnereien und Webereien, aus denen namhafte Mengen von Baumwolle, Baumwollgarnen und -geweben sowie von Maschinen und Hilfsstoffen ins Hinterland geschafft werden konnten. Die Erschließung dieser Hilfsquellen vermochte der Industrie wenigstens vorübergehend bessere Beschäftigung zu bieten und im Verein mit den Ergebnissen des Ablieferungszwanges die Deckung des Bedarfes zu erleichtern. Im Sommer 1918 machte sich jedoch wieder in einzelnen Artikeln, insbesondere in Nähzwirnen und Verbandstoffen, großer Mangel geltend. Gleichzeitig drohte die Kohlennot, auch Betriebe, die über Rohmaterial verfügten, zum Stillstand zu bringen. Sollten die geringen Vorräte an Baumwolle und an Garn, die noch vorhanden waren, nicht größtenteils unverarbeitet liegenbleiben, so mußte die Produktion in möglichst wenigen Betrieben zusammengezogen werden, bei denen Gewähr für den ungestörten Fortgang der Erzeugung gegeben war. Man beabsichtigte, bei dieser Konzentration ganz radikal vorzugehen und nur diejenigen Unternehmungen in Betrieb zu lassen, die unmittelbar bei Kohlengruben lagen oder mit Wasserkraft betrieben wurden. Die geplanten Maßnahmen kamen jedoch nicht mehr zur Durchführung, weil mitten in ihre Vorbereitung der militärische Zusammenbruch fiel. Inzwischen waren durch Anbot- und Ablieferungszwang auch die Lager des Handels bis herunter zu den Läden der kleinen Detailhändler gelichtet worden. Die Not zwang, wahllos auf alles zu greifen. Man fertigte Soldatenwäsche aus farbigen Möbelkretons an, und im Herbst 1918 wurde die Ausdehnung des Ablieferungszwanges auf Gasthaus- und Hotelwäsche und auf die Vorhänge in Geschäfts- und Gasthausräumen

vorbereitet. Die Zeitungen berichteten, daß in Fürsorgestellen und Spitälern Mütter erschienen, deren Kinder statt in Windeln ins Zeitungspapier gewickelt waren. Man dachte bereits an neue Maßnahmen, die, um der drückendsten Not abzuhelpfen, auf die Vorräte der privaten Haushaltungen greifen sollten. Dabei fehlte auch schon das Personal für eine geordnete Durchführung solcher Maßnahmen, wie die Schwierigkeiten zeigten, die sich bei der Handhabung des Anbotz und Ablieferungszwanges ergaben. Ein Zustand vollkommener Erschöpfung war auch auf diesem Gebiete bereits eingetreten, als im Herbst 1918 der Zusammenbruch erfolgte.

## VIII. SCHAFWOLLE.

### A. Die österreichische Schafwollindustrie vor dem Kriege.

Die Schafwollindustrie Österreichs hatte sich der Hauptsache nach im Anschluß an die sächsische und schlesische Textilindustrie entwickelt. Die meisten und größten Betriebe lagen daher in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien. Die Hauptzentren der böhmischen Schafwollindustrie, Reichenberg und Eger, waren mit der Erzeugung ganz leichter Kammgarnware beschäftigt, so daß sie für die Umstellung auf die Erzeugung von Kriegsbedarf wenig geeignet waren. Im Gegensatz dazu bestand die Wollindustrie von Brünn (Mähren) sowie die von Jägerndorf, Troppau und Bielitz (Schlesien) der Hauptsache nach aus Tuch- und Streichgarnwebereien, und auch die Kammgarnwebereien dieser Bezirke beschäftigten sich mit der Erzeugung schwerer Herrenware, so daß sie sich leicht auf die Erzeugung von Militärtuch umstellen konnten. In den Alpenländern befanden sich, abgesehen von einer großen Kammgarnspinnerei in der Nähe Wiens und zwei kleineren in Vorarlberg, die Zweigbetriebe von Schweizer Unternehmungen waren, nur einige Kotzen- und Deckenfabriken in Nieder- und Oberösterreich und mehrere Streichgarnwebereien in Steiermark, Tirol und Kärnten, die neben Lodenstoffen auch Militärtuch erzeugten.

Insgesamt gab es in Österreich 608.000 Kammgarnspindeln, 737.421 Streichgarnspindeln, 22.230 Webstühle für Kammgarn und 15.297 Webstühle für Streichgarn. Demgegenüber zählten die Länder der ungarischen Krone im ganzen nur 29.680 Kammgarnspindeln, 216.000 Streichgarnspindeln und 5519 Webstühle, wobei scheinbar überdies die kleingewerblichen und hausindustriellen Betriebe mitgerechnet sind.

Für die Deckung ihres Rohstoffbedarfes stand der österreichischen und ungarischen Wollindustrie eine nicht unbedeutende Wollproduktion zur Verfügung. Bei der Viehzählung von 1911 wurden in Österreich 2.430.000, in Ungarn 7.700.000, in Bosnien und der Herzegowina 2.500.000 Schafe gezählt. Dementsprechend kann die Vorkriegsproduktion von gewaschener Schafwolle für Österreich mit 50.000 q, für Ungarn mit 187.000 q, für Bosnien und die Herzegowina mit beiläufig 50.000 q veranschlagt werden. In Westösterreich

(Sudeten- und Alpenländer) wurden zum Teil hochfeine Merinowollen, zum Teil mittelfeine Landwollen erzeugt, die industriell gut verwertbar waren. Ein großer Teil der alpenländischen Produktion wurde von kleinbäuerlichen Züchtern selbst hausindustriell oder in kleinen Lohnspinnereien und Webereien verarbeitet und für den eigenen Hausbedarf verwendet. In den östlichen und südlichen Kronländern (Galizien, Bukowina, Küstenland und Dalmatien) wurden vorwiegend grobe Wollen (Zigaya- und Zackelwolle) erzeugt und zumeist hausindustriell zu Hunyastoffen und anderen groben Bauerntuchen verarbeitet, im Küstenland auch zur Füllung von Matratzen verwendet. Auch Bosnien und die Herzegowina erzeugten nur ganz grobe Zackelwolle. In Ungarn kam gleichfalls fast die Hälfte des Gefälles auf diese groben Wollen, die andere Hälfte jedoch auf hochfeine Merinowollen.

Von den Ländern, die während des Krieges als Versorgungsgebiete der österreichischen Wollindustrie in Betracht kamen, zählten Bulgarien 5,630.000, die Türkei 27,100.000, Serbien 3,820.000, Rumänien 5,700.000 Schafe; auch hier wurden fast ausschließlich grobe Zackel- und Zigayawollen erzeugt. Der Schafbestand Rußlands betrug vor dem Kriege 42,000.000 Stück, wovon ein namhafter Teil auf die später von den Mittelmächten besetzten Gebiete Polens, der Ukraine und Bessarabiens entfiel.

Einen namhaften Teil ihres Rohstoffbedarfes mußte die österreichische Wollindustrie vor dem Kriege durch Auslandsbezüge decken. Diese betrugen im Jahre 1913 rund 184.000 q Schweißwolle (= ungefähr 98.000 q gewaschener Wolle). Dazu kamen 79.000 q gewaschener Wolle, ternier 98.000 q Kammzug (entsprechend rund 130.000 q gewaschener Wolle), 3400 q Alpaka-, Kamel- und Angorawolle und endlich 72.000 q Schafwollkämmlinge, Wollabfälle und Gerberwolle. Die Gesamteinfuhr an Wollen verschiedener Art ist einem Bezuge von 382.000 q gewaschener Wolle gleichzuhalten, dem, auf der gleichen Basis berechnet, eine Ausfuhr von 77.000 q gegenüberstand. Der normale Wollverbrauch Österreich-Ungarns war jedoch weit höher. In Jahren guter Konjunktur betrug der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr 375.000 q, wozu noch 150.000 q aus der inländischen Produktion kamen.

Der Gesamtverbrauch der Wollindustrie in Österreich und Ungarn läßt sich daher mit rund 500.000 q oder 50,000.000 kg veranschlagen, während im Kriege nur etwa der zehnte Teil hievon aufgebracht werden konnte.

Von der Einfuhr an Schweißwolle (184.000 q) kam ein Drittel aus Argentinien, ein Viertel aus Australien und mehr als ein Sechstel aus Deutschland, dem dabei aber nur die Rolle eines Zwischenhändlers zukam. Nur 40% aller Schweißwolle wurden unmittelbar über Triest und Fiume eingeführt, der Rest kam zu Lande aus dem Orient oder über die Nordseestaaten.

Von gewaschener Wolle wurde fast die Hälfte aus deutschen und mehr als ein Viertel aus belgischen Wollwäschereien bezogen. Kammzug kam zu mehr als drei Vierteln aus Deutschland, der Rest aus Belgien, Frankreich und der Schweiz.

Über den Umfang der Erzeugung liegen ziffernmäßige Angaben nur für die Kammgarnspinnerei vor. Es wurden jährlich rund 130.000 q Kammgarn hergestellt und dazu 140.000 q Kammzug verarbeitet, wovon 67.000 q im Inlande

hergestellt, 73.000 q aus dem Auslande bezogen wurden. Diejenigen Spinnereien, die Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmungen waren, bezogen das Halbfabrikat, das zollfrei war, von diesen, um sich die Einrichtung der kostspieligen Kämmereienanlagen zu ersparen. Aber auch für kleinere inländische Unternehmungen war die Einfuhr des Kammzuges aus dem Auslande vorteilhafter als die Einfuhr einer um das Gewicht der Kämmeabfälle größeren Menge von Wolle und deren Verarbeitung in einer eigenen Kämmerie.

Von der Erzeugung der österreichischen Kammgarnspinnerei wurden steigende Mengen — im letzten Vorkriegsjahre 27.708 q — ausgeführt; insbesondere die Ausfuhr nach Japan begann sich vielversprechend zu entwickeln. Auf der anderen Seite mußten bedeutende Mengen für den Bedarf der inländischen Kammgarnwebereien eingeführt werden, die nur etwa zwei Drittel ihres Verbrauches bei inländischen Spinnereien deckten. Zum Teil war dies darauf zurückzuführen, daß gewisse Sorten Kammgarn (harte englische Kammgarne) von den österreichischen Spinnereien nicht erzeugt wurden.

Dagegen wurde der Bedarf an Streichgarn fast vollständig durch die inländische Erzeugung befriedigt. Die meisten Streichgarnwebereien waren mit Spinnereien verbunden und stellten das notwendige Garn in eigenen Betrieben her. Gegenüber diesen «Hauspinnereien» traten die Verkaufsspinnereien, die der Garnversorgung der spinnereilosen Betriebe dienten, nach Zahl und Umfang stark in den Hintergrund. Von den Endprodukten der Wollindustrie (Web-, Wirk- und Strickwaren, Posamenten usw.) wurden fast 90% auf dem zollgeschützten Inlandsmarkt abgesetzt. Die Ausfuhr betrug etwa 60.000 q, ihr stand eine Einfuhr von Wollwaren in der Höhe von rund 30.000 q gegenüber. Bei einzelnen Waren, so z. B. bei technischen Artikeln und bei Teppichen, wurde die Ausfuhr von der Einfuhr allerdings stark übertroffen.

In die Versorgung des Inlandsmarktes teilten sich die österreichische und die ungarische Industrie ungefähr im Verhältnis von 7 : 1. Um so mehr wurde es von der österreichischen Industrie als ungerecht empfunden, daß die Verteilung der Heeresaufträge, auf die sich während des Krieges die Erzeugung fast ausschließlich beschränkte, im Verhältnis der staatsrechtlichen Quote (63'6 : 36'4) erfolgte.

## B. Die österreichische Schafwollindustrie im Kriege.

### 1. Die Anfänge der Kriegswirtschaft bis zum zweiten Kriegswinter.

#### a) Die Lage zu Kriegsbeginn.

Schon im Frieden war für die Versorgung des Heeres mit Tuch und Uniformstücken dadurch Vorsorge getroffen worden, daß das Kriegsministerium mit Heereslieferungsgesellschaften (Konsortien), die aus den leistungsfähigsten, auf die Militärtuchfabrikation eingerichteten Fabriken bestanden, langfristige, über eine Reihe von Jahren sich erstreckende Lieferungsverträge schloß, in denen die beteiligten Firmen sich verpflichteten, jährlich zu festgesetzten Fristen bestimmte Mengen von Tuch und Uniformstücken zu



liefern und im Falle eines Mehrbedarfes der Heeresverwaltung oder im Kriegsfall diese Leistungen wesentlich zu erhöhen. Wie bei den Verträgen über die Lieferung von Leder und Schuhen setzten sich auch hier die Lieferungspreise aus einem veränderlichen und einem fixen Faktor zusammen. Den veränderlichen Faktor stellten die Wollpreise dar, die halbjährlich auf Grund eines Durchschnittes der Notierungen des Budapester Wollmarktes berechnet wurden. Den fixen Faktor bildete das zwischen der Kriegsverwaltung und den Lieferungsgesellschaften vereinbarte Entgelt für die Kosten der Verarbeitung (des Verspinnens, Verwebens und Appretierens) der Wolle zu Tuch und des Tuches zu fertig konfektionierten Uniformstücken. Für die Rohstoffbeschaffung im Kriegsfall waren keinerlei Vorkehrungen getroffen worden. Sie durch rechtzeitige Eindeckung zu sichern, blieb den an den Lieferungsgesellschaften beteiligten Firmen überlassen.

Der Ausbruch des Krieges traf die österreichische Wollindustrie in einer Periode guter Beschäftigung, die erst vor Jahresfrist die bis dahin herrschende schwere Depression abgelöst hatte. Die Verwirrung, die dem Eintritte des Kriegszustandes folgte, brachte eine allgemeine Stöckung der Geschäfte und verursachte die Stornierung fast aller für den Zivilbedarf vorliegenden Aufträge. Es kam infolgedessen während der ersten Kriegswochen auch in der Wollindustrie zu weitgehenden Betriebseinschränkungen, ja sogar zu Stilllegungen. Eine Ausnahme galt nur für diejenigen Fabriken, die als Mitglieder von Militärlieferungskonsortien mit der Ausführung von Heeresaufträgen beschäftigt waren. Doch schon im September 1914 trat die Heeresverwaltung, angesichts des bevorstehenden Winterfeldzuges, mit so großen Bestellungen hervor, daß nicht nur die Konsortialfabriken bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen wurden, sondern auch ein großer Teil der an den Lieferungsverträgen nicht beteiligten Firmen lohnende Beschäftigung fanden. In der Streichgarnspinnerei, bei der die Ersetzung der einberufenen männlichen Arbeiter durch Frauen und Jugendliche nicht ohneweiters möglich war, hatte man sogar Schwierigkeiten, die einlaufenden Aufträge zu bewältigen. Nachdem die erste Verwirrung gewichen war, setzten auch die Aufträge des Handels wieder ein, so daß sogar die Kammgarnindustrie Beschäftigung fand, die durch die Art ihrer Fabrikation von der Beteiligung an Heeresaufträgen ausgeschlossen war. Ein Teil der Kammgarnwebereien hatte sich übrigens bereits auf die Erzeugung von Streichgarnware umgestellt und Militärtuch zu erzeugen begonnen, teils im Lohn der Konsortialfabriken, teils in Erfüllung unmittelbarer Aufträge der Heeresverwaltung.

#### *b) Die Rohstoffbeschaffung im Auslande und die Gründung der Wollzentrale.*

Für die Rohstoffversorgung fiel als günstiger Umstand ins Gewicht, daß infolge des guten Geschäftsganges während des letzten Vorkriegsjahres in den Fabriken verhältnismäßig große Wollvorräte lagerten, die infolge der plötzlichen Geschäftsstöckung in den ersten Kriegswochen geschont worden waren. Auch entwickelte sich bald wieder eine lebhafte Einfuhrtätigkeit, namentlich über Italien, bis dessen Eintritt in den Krieg diesen Weg absehnitt. Vorüber-

gehende Schwierigkeiten ergaben sich aus den deutschen Verboten der Ausfuhr und Durchfuhr, da sich die österreichische Wollindustrie größtenteils durch den deutschen Wollhandel und deutsche Wollkämmereien mit Rohstoff versorgte. Durch das im September 1914 getroffene Abkommen wurde jedoch die Möglichkeit geschaffen, vor Kriegsausbruch in Deutschland gekaufte Wollen und Kammzüge zu beziehen und die Durchfuhr im Auslande gekaufter Wolle über deutsches Gebiet anstandslos zu bewerkstelligen. Außerdem bewilligte die deutsche Regierung in diesem Abkommen die Ausfuhr eines Kontingents von 1.100.000 kg Wolle (Septemberkontingent), das zwei Monate später um 1.000.000 kg erhöht wurde (Novemberkontingent).

Um ein Organ für die Übernahme und zweckentsprechende Verteilung dieser Kontingente und die Durchfuhr weiterer Rohstoffbezüge aus dem Auslande zu schaffen, wurde im Oktober 1914 die «Wollzentrale A. G.» mit einem Kapital von 4.000.000 K errichtet, wovon jedoch nur ein Viertel eingezahlt wurde. Wie die gleichzeitig entstandene «Vereinigte österreichische und ungarische Baumwollzentrale» erstreckte sie ihre Tätigkeit auch auf Ungarn. Von dem Aktienkapital entfielen 75% auf die Mitglieder der Konsortien, die für die Lieferungen an das gemeinsame Heer, an die österreichische Landwehr und an die ungarische Honvéd bestanden, 25% auf außerhalb dieser Konsortien stehende Tuchfabriken. Die Kammgarnindustrie, die Deckenfabriken und die Wirk- und Strickwarenerzeugung waren daran nicht beteiligt.

Die 2.100.000 kg deutscher Kontingentwolle wurden von der Wollzentrale übernommen und an die Mitglieder der Gesellschaft verteilt, wobei für die Beteiligung der österreichischen und ungarischen Konsortien die staatsrechtliche Quote maßgebend war. Außerdem besorgte die Wollzentrale für ihre Mitglieder die Freimachung von Durchfuhrsendungen und von Wollvorräten, die vor Kriegsausbruch für österreichische oder ungarische Rechnung gekauft worden waren, jedoch noch in Deutschland lagerten.

Die Besetzung großer Teile Belgiens und Nordfrankreichs ließ im Hafen von Antwerpen und in Verviers bedeutende Wollvorräte in die Hände der deutschen Truppen fallen und eröffnete die Möglichkeit, dort lagerndes Eigentum österreichischer und ungarischer Firmen herauszubekommen. Ein neues Abkommen mit der deutschen Regierung, das im Jänner 1915 zustande kam, ermöglichte die Ausfuhr von 1.085.215 kg Wolle, die in Verviers als Eigentum österreichischer und ungarischer Firmen lagerten, sowie der letzten 468.208 kg, die noch aus Deutschland auf Grund von Vorkriegskäufen zu beziehen waren. Ferner überließ das preußische Kriegsministerium der österreichischen und ungarischen Heeresverwaltung für ihre Zwecke 2.884.268 kg Kammzug, 576.660 kg fertig gesponnene Kammgarne, 344.129 kg Tuchwolle, 125.832 kg Spinnereiabgänge, 115.085 kg Kämmereiabgänge, 113.256 kg Kämmlinge und 256.427 kg Deckenwolle, im ganzen (einschließlich der vor Kriegsausbruch in Deutschland und Belgien gekauften Waren) 5.969.080 kg Wolle und Wollabfälle, ferner 2.500.000 kg wollene Lumpen und 1.750.000 kg Kunstwolle.

Um auch für die Kammgarnindustrie, die vollständig zum Erliegen zu kommen drohte, weil ihre Erzeugnisse für den Heeresbedarf nicht geeignet waren, Beschäftigung zu schaffen, wurden von diesen Wollmengen über Bestreben des Handelsministeriums 400.000 kg Kammzug und 230.000 kg fertigen

Kammgarnes abgezweigt und zu einer Notstandsaktion für die Kammgarnindustrie verwendet. Die Kammzüge wurden inländischen Kammgarnspinnereien zum Verspinnen überwiesen, das daraus hergestellte Kammgarn und die fertigen, von der deutschen Regierung überlassenen Kammgarne wurden den österreichischen und ungarischen Kammgarnwebereien zur Verarbeitung auf Militärmantelstoffe zugeteilt.

Wesentlich geringer waren die Wollmengen, welche die Wollzentrale durch Käufe im Auslande der österreichischen und ungarischen Industrie zuführte. Es wurden wohl in Argentinien und in den skandinavischen Ländern große Mengen gekauft, doch konnte wegen der Blockade nur ein Bruchteil davon tatsächlich nach Österreich gebracht werden. Zum Teil wurden sie nach glücklicher Überquerung des Ozeans in einem neutralen Staate durch die Ausfuhrverbote festgehalten, die infolge des Druckes der Ententemächte von diesen verhängt werden mußten, zum Teil wurden sie schon auf der Überfahrt gekapert oder konnten überhaupt nicht verschifft werden. Im ganzen gelang es nur, 174.000 kg Wolle aus Argentinien nach Österreich zu bringen.

### *c) Die Maßnahmen zur Bewirtschaftung der inländischen Vorräte.*

Zu den ersten kriegswirtschaftlichen Maßnahmen gab die Steigerung der Wollpreise Anlaß, die während des ersten Kriegswinters unter dem Einfluß des wachsenden militärischen Bedarfes und des gleichzeitigen Rückganges der Wolleinfuhr eintrat. Die Preise erreichten bereits das Vier- bis Fünffache der Friedenssätze, als es gelang, mit der ungarischen Regierung ein Einverständnis über die Festsetzung von Höchstpreisen herzustellen. Durch eine Verordnung des Handelsministers vom 5. Mai 1915 wurden in Österreich Höchstpreise für Wolle erlassen.

Da man bei der fortschreitenden Verschärfung der Blockade damit rechnen mußte, in Kürze fast ausschließlich auf die inländische Wollproduktion angewiesen zu sein, wurde als Vorbereitung weitergehender Maßnahmen durch Verordnung vom 14. Mai 1915 eine Vorratserhebung für Schafwolle angeordnet und zu diesem Zwecke allen Besitzern von Schafwollvorräten die Verpflichtung auferlegt, die bei ihnen lagernden Wollmengen erstmalig nach dem Stande vom 20. Mai, in Zukunft nach dem Stande eines jeden Monatsersten dem Handelsministerium anzuzeigen. Die Zersplitterung der österreichischen Wollproduktion auf eine Unzahl kleinbäuerlicher Züchter hinderte jedoch den Erfolg. Vielfach wurde die Anmeldung unterlassen, vielfach erst mit monatelanger Verspätung vorgenommen. Eine zeitgerechte statistische Verarbeitung war daher unmöglich.

Die erste Beschränkung der Verwendung von Schafwolle erfolgte durch Verordnung vom 2. Juni 1915. Sie knüpfte die Verarbeitung von Schafwolle für andere Zwecke als für die Erfüllung militärischer Lieferungsaufträge an eine Bewilligung des Handelsministeriums, wo zu diesem Behufe ein sogenannter «Kriegswolledienst» eingerichtet wurde. Behufs besserer Überwachung dieser Vorschrift wurde die Versendung von Wolle nur mehr gestattet, wenn eine vom Handelsministerium ausgestellte Transportbescheinigung vorlag.



Hautz, Gerberz, Sterblingsz und Kürschnerwollen waren von allen diesen Verfügungen nicht getroffen worden. Die steigende Wollknappheit zwang dazu, auch sie in die Regelung des Verkehrs einzubeziehen. Am 20. Oktober 1915 erschienen drei Verordnungen, welche Höchstpreise für sie festsetzten, sie der Anzeigepflicht unterwarfen und ihre Verwendung für andere als militärische Zwecke ebenso an eine Bewilligung knüpften, wie diejenige der Schurwollen.

Eine vierte Verordnung vom gleichen Tage verfügte bereits, daß alle bei ihrem Erscheinen vorhandenen sowie die später hinzukommenden Schafwollvorräte (einschließlich der Hautz, Gerberz, Sterblingsz und Kürschnerwollen) für Kriegszwecke in Anspruch genommen werden. Kunstwolle und Schafwollabfälle blieben noch frei. Schafwollvorräte, deren Menge 30 kg nicht überstieg, blieben von der Beschlagnahme ausgenommen, wenn ihr Besitzer sie zur hausindustriellen Verarbeitung (Anfertigung von Loden und Strickwaren im eigenen Hause) benötigte. Endlich wurde auch die aus dem Ausland eingeführte Wolle freier Verfügung des Importeurs überlassen, um hiedurch einen Anreiz für verstärkte Einfuhr von Wolle durch private Unternehmer zu schaffen.

Soweit diese Ausnahmen nicht zutrafen, war jede Verfügung über die in Anspruch genommenen Schafwollvorräte verboten. Es war lediglich gestattet, sie bis zum 15. November 1915 an Händler zu verkaufen, die eine behördliche Legitimation zum Einkauf von Schafwolle erhalten hatten. Alle Eigner oder Verwahrer von Schafwollvorräten, die nicht ohnehin bereits nachweislich zur Erfüllung von militärischen Aufträgen bestimmt waren, hatten diese Vorräte allmonatlich bei einer im Handelsministerium errichteten Schafwollübernahmungskommission zur Ablieferung anzumelden. Diese Kommission bestand aus je einem Vertreter des Handelsministeriums, des Ackerbauministeriums und der Militärverwaltung, ferner aus vier Sachverständigen, von denen je zwei vom Handelsministerium und vom Ackerbauministerium ernannt wurden. Sie hatten für jeden angemeldeten Posten Wolle Zeit und Ort der Ablieferung zu bestimmen, die einlangenden Wollsendungen zu prüfen, für Heereszwecke ungeeignet befundene Vorräte freizugeben und dem Absender zurückzuschicken, die geeignet befundenen hingegen zu übernehmen und die Vergütung dafür im Rahmen der festgesetzten Höchstpreise zu bestimmen.

Die Inanspruchnahme aller vorhandenen Wollvorräte war notwendig geworden, weil einzelne besonders kapitalkräftige Fabriken Wolle massenhaft aufgekauft und so große Vorräte angesammelt hatten, daß sie dieselben vor Einbruch des zweiten Kriegswinters gar nicht mehr verarbeiten konnten, während andere Fabriken wegen Mangel an Wolle stilllagen und die Heeresverwaltung auf Lieferung drängte. Außerdem sollte diese Maßnahme die wirkliche Anwendung der Höchstpreise sichern, über die sich die Fabriken bei Ankauf der Wolle vielfach hinweggesetzt hatten.

Durch eine Verordnung vom 25. Februar 1916 wurde auch die Verarbeitung von Kammzug, Kämmlingen, Wollabfällen, Kunstwolle und Tierhaaren (ausschließlich der Schweifz und Mähnenhaare der Pferde) nur mehr zur Erfüllung von unmittelbaren oder



mittelbaren Heeresaufträgen zugelassen, sofern das Handelsministerium nicht Ausnahmen hievon aus öffentlichen Rücksichten gestattete. Während die Durchführung aller übrigen die Bewirtschaftung der Wolle betreffenden Verordnungen dem Handelsministerium im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung übertragen worden war, wurde in dieser Verordnung das Landesverteidigungsministerium ermächtigt, über Antrag des Kriegsministeriums im Einvernehmen mit dem Handelsministerium zu verfügen, daß alle oder einzelne Besitzer von Vorräten solcher Spinnstoffe sowie von Woll- und Halbwolllumpen ihre Vorräte dem Kriegsministerium oder einer von diesem zu bestimmenden Stelle innerhalb bestimmter Frist anzubieten haben. Falls die Militärverwaltung oder die von ihr bezeichnete Stelle das Anbot nicht innerhalb dreier Wochen nach Ablauf der Anbotfrist annahm, sollte der Besitzer der Ware wieder frei über sie verfügen können. Die Übernahmepreise sollten durch eine Kommission festgesetzt werden, die aus je einem Vertreter des Handelsministeriums, des Kriegsministeriums und des Landesverteidigungsministeriums bestehen und ihre Entscheidung unter Mitwirkung zweier vom Handelsministerium bestellter Sachverständiger treffen sollte.

Diese Verordnung, die allerdings nur eine ziemlich nebensächliche Angelegenheit betraf, bedeutete einen Vorstoß der militärischen Ministerien gegen das System der industriellen Selbstverwaltung, dessen restlose Durchführung vom Handelsministerium gerade damals betrieben wurde. Er blieb ohne nachhaltige Folgen, da sich das vom Handelsministerium vertretene System durch die Vorteile, die es für die Versorgung des Heeres bot, auf dem Gebiete der Wollindustrie von selbst durchsetzte. Ein Jahr später wurde die Verordnung auch formell außer Kraft gesetzt.

Schon zu Anfang des zweiten Kriegswinters (1915/16) zwang endlich die zunehmende Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung auch dazu, Vorkehrungen für die Heranziehung der fertigen Ware zu treffen, die in den Lagern der Fabriken, des Handels, der Konfektionäre und Kleidermacher vorhanden war. Durch Verordnung vom 6. Dezember 1915 wurde verfügt, daß alle Vorräte an Militärtuch, an reinwollenen, halbwollenen und manipulierten Stoffen (sogenannte Kommerzware), ferner an konfektionierten Mänteln für Männer und an Männeranzügen sowie an Decken erstmalig nach dem Stande vom 31. Dezember 1915, sodann regelmäßig nach dem Stande am letzten Tage eines jeden Kalendervierteljahres bei der Handels- und Gewerbekammer anzumelden seien, in deren Sprengel der Aufbewahrungsort der Ware sich befand. Die Handelskammern sollten die von ihnen überprüften Anmelde-scheine unter Anschluß einer summarischen Zusammenstellung dem Handelsministerium vorlegen. Der Zweck der Verordnung war wohl in erster Linie, einen Überblick über die Vorräte an fertiger Ware zu gewinnen, die für die Deckung militärischen Bedarfes herangezogen werden konnte.

## **2. Der Ausbau der Kriegswirtschaft nach dem zweiten Kriegswinter.**

### **a) Die Ausgestaltung und Tätigkeit der kriegswirtschaftlichen Organisationen.**

Während des Winters 1915/16 erfuhr die Kriegswirtschaft auf dem Gebiete der Wollindustrie eine vollkommene Umgestaltung. Den Anstoß

dazu gab das Ausscheiden der ungarischen Fabriken aus der Wollzentrale. Die innere Selbständigkeit Ungarns sollte auch in den kriegswirtschaftlichen Organisationen zu vollem Ausdrucke gelangen. Zu diesem Zwecke wurde eine selbständige ungarische Wollzentrale ins Leben gerufen. Die Wollzentrale A. G. wurde hiedurch zu einem rein österreichischen Unternehmen. Dadurch wurde die Bahn frei für ihre innere Umgestaltung. Sie hatte bisher fast ausschließlich aus Tuchfabriken bestanden, die auf die Erzeugung von Militärtuch eingerichtet oder im Laufe des Krieges dazu übergegangen waren. Jetzt handelte es sich aber nicht mehr bloß um die Rohstoffversorgung bestimmter, für Militärlieferungen beschäftigter Unternehmungen, sondern um die Organisierung der gesamten Wollindustrie, wenn man nicht einzelne ihrer Zweige vollkommenem Stillstand oder sogar dem Untergang preisgeben wollte. Mit der Einfuhr von Wolle und Wollgarnen war in größerem Umfange nicht mehr zu rechnen. Die inländische Wollschur war bereits durch die Verordnung vom 20. Oktober 1915 beschlagnahmt. Die gleiche Maßnahme stand in Ungarn unmittelbar bevor und wurde durch Verordnung vom 28. April 1916 durchgeführt. Die planmäßige Sammlung und Abschiebung der sogenannten Etappenwollen, d. h. des Wollaufkommens in den Etappenräumen und in den besetzten Gebieten Polens, Serbiens, Montenegros und Albaniens, wurde auf Veranlassung des Kriegsministeriums durch das Armee-Oberkommando ins Werk gesetzt, so daß auch diese Etappenwollen ebenso wie der beschlagnahmte Ertrag der österreichischen Wollschur (Ühernahmswollen) und der ungarischen Wollschur (Ungarwollen) vollständig staatlicher Bewirtschaftung unterlagen. Der Einkauf der in Bulgarien und der Türkei erzeugten Wollmengen wurde durch ein zwischen den Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns im Jänner 1916 geschlossenes Abkommen gleichfalls dem freien Handel entzogen und ausschließlich der in Bremen zu diesem Zweck gegründeten orientalischen Handelsgesellschaft, die sich später in die Deutsch-österreichisch-ungarische Einkaufsvereinigung (Doevung) umwandelte, übertragen. Die durch diesen Einkauf beschaffte Wolle wurde zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn im Verhältnis von 6:5, zwischen Österreich und Ungarn im Verhältnis der staatsrechtlichen Quote aufgeteilt. Der auf Österreich-Ungarn entfallende Anteil der aus dem Orient eintreffenden Transporte wurde in Budapest von der zu diesem Zweck errichteten k. u. k. Rohstoffübernahmungskommission (Rukom) übernommen, weshalb diese Wollen als Rukom-Wollen bezeichnet wurden. Unter ihnen besaß Mohairwolle eine besonders große Bedeutung.

Die Industrie war daher, soweit sie es nicht verstand, auf Umwegen in einzelnen Fällen sich trotz aller Blockade- und Absperrungsmaßnahmen gewisse, niemals sehr bedeutende Mengen von Wolle oder Wollgarnen aus dem Auslande zu beschaffen, für ihre Rohstoffversorgung vollständig auf die in öffentlicher Bewirtschaftung stehenden Materialien angewiesen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, auch die bisher in der Wollzentrale nicht vertretenen Industriezweige, die Kammgarnspinnerei und -weberei, die Deckenfabrikation und die Erzeugung von Wirk- und Strickwaren in diese Organisation einzubeziehen. Im Februar 1916 wurde die aus diesen Gründen und infolge des Ausscheidens Ungarns notwendig gewordene Statutenänderung der

Wollzentrale durchgeführt und gleichzeitig das Aktienkapital durch Volleinzahlung der alten Aktien und Ausgabe von 10.000 volleingezahlten neuen Aktien zu je 400 K auf 8.000.000 K erhöht. Durch diese Kapitalsvermehrung war Raum für die Beteiligung derjenigen Industriezweige und Unternehmungen geschaffen, die der Wollzentrale bisher ferngestanden waren.

Trotz dieser Ausdehnung des Bereiches der Gesellschaft und trotz ihres gemeinnützigen Charakters schien es mißlich, eine Aktiengesellschaft mit der Durchführung von Verwaltungsaufgaben zu betrauen, die ihr hätten auferlegt werden müssen, um eine erfolgreiche Durchführung der im Oktober 1915 erlassenen Verfügungen und eine zweckentsprechende Bewirtschaftung der Wolle zu sichern. Man griff zu dem Ausweg, ihre Tätigkeit auf das rein kaufmännische Gebiet zu beschränken und ihr für die Durchführung der administrativen Aufgaben einen Selbstverwaltungskörper der Wollindustrie an die Seite zu setzen. Zu diesem Zwecke wurde durch Verordnung des Handelsministers vom 25. April 1916 der «Kriegsverband der Wollindustrie» ins Leben gerufen. Es gelang, in diesen beiden Organisationen die Bewirtschaftung der Wolle und die Durchführung der militärischen Aufträge vollständig zu konzentrieren und ein Musterbeispiel kriegswirtschaftlicher Organisation zu schaffen, wie es auf keinem anderen Gebiet erreicht wurde.

In der Wollzentrale floß alles Material zusammen, das öffentlich bewirtschaftet wurde, also fast der ganze Rohstoff, der für die Verarbeitung zur Verfügung stand. Sie hatte die *Übernahmewollen* (d. i. den Ertrag der beschlagnahmten österreichischen Wollschur) sowie die *Etappenwollen* zur Gänze zu übernehmen und im Verhältnis der Quote auf Österreich und Ungarn zu verteilen, so wie sie auf der anderen Seite die österreichische Quote der *Ungarwollen* (d. h. des Ertrages der ungarischen Schur) und der *Rukomwollen*, ab Budapest zu übernehmen hatte.

Die Schurwollen wurden zunächst zur Reinigung den hierfür herangezogenen Lohnwäschereien übermittelt. Für die Mohairwollen, Haut-, Gerber- und Kürschnerwollen und alle sonstigen Wollmaterialien wurden ausgedehnte Lagerräume an der Donau beschafft. Mit Hilfe von Militärmannschaften, die das Kriegsministerium beistellte, wurde für ihre Übernahme, Einlagerung und weitere Versendung ein eigener Speditions- und Lagerbetrieb organisiert. In den Lohnwäschereien wurde eine Anzahl Wollpartien verschiedener Herkunft und Feinheit zu größeren Blocks vereinigt, wodurch die Unterschiede ausgeglichen und gleichmäßiger Durchschnitt sowie gleichmäßige Reinheit und damit auch gleichmäßige Zuteilung an die Industrie bewirkt wurden. Es wurde dadurch verhindert, daß der eine Fabrikant gute, der andere schlechte Wolle erhielt. Gleichzeitig wurde der Wollzentrale ihre Aufgabe außerordentlich erleichtert, da sie statt tausender großer und kleiner Partien der verschiedenartigsten Rohwollen ab Donaulager nur über eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Waschblocks ab Wäscherei zu disponieren hatte. Bei Mohairwolle schien eine derartige Vorkchrung überflüssig, da sie sehr gleichmäßig fällt. Bei Haut-, Gerber- und Kürschnerwollen war die Bildung größerer Loose von gleichmäßiger Beschaffenheit wegen ihrer außerordentlichen Mannigfaltigkeit unmöglich. Man mußte die Schwierigkeiten, die sich daraus bei der Zuweisung an die Fabriken ergaben, in Kauf nehmen.



In ähnlicher Weise wie die Behandlung der Rohstoffe in der Wollzentrale wurde die Durchführung der militärischen Aufträge im Kriegsverbande konzentriert. Das Kriegsministerium gab ihm seinen Bedarf an Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen aus Wolle fortlaufend bekannt. Dem Kriegsverband oblag die Aufgabe, zur Deckung dieses Bedarfes dem Kriegsministerium auf Grund der bei der Wollzentrale vorhandenen Rohstoffvorräte bemusterte Vorschläge zu erstatten. Nachdem das Kriegsministerium entschieden hatte, in welchen Mengen und auf Grund welcher Muster die Lieferungs- aufträge zu vergeben seien, verteilte sie der Kriegsverband nach den dafür bestehenden Normen auf die einzelnen Firmen und gab der Wollzentrale den Auftrag, ihnen die nötigen Materialien zuzuweisen. Da den Kammgarnspinnereien und -webereien jede Möglichkeit genommen war, sich Rohmaterial für eine noch so geringfügige Beschäftigung zu verschaffen, während sie andererseits für die Erhaltung der von ihnen abhängigen Beamten- und Arbeiterfamilien aufzukommen hatten, so mußte für die Anfertigung von Bekleidungsstoffen die Mitverwendung von Kammgarn ins Auge gefaßt werden, wie es übrigens in Deutschland schon seit Oktober 1914 geschah.

Die erste Verteilung größerer Lieferungen für den regelmäßigen Bedarf des Heeres fand im Juli 1916 statt. Zu ihrer Durchführung wurden den Fabriken 377.400 kg Haut- und Gerberwollen, 666.600 kg Mohairwollen und 1.012.588 kg Schurwollen, im ganzen rund 2.000.000 kg Wolle, zugewiesen. Dazu kamen größere Mengen aus der Türkei eingeführter Seidenabfälle. Die Schurwollen waren ausschließlich Etappen- und Rukomwollen mit einer durchschnittlichen Feinheit D/E/F. Die Ungarwollen, die feineres Material enthalten hätten, waren noch nicht eingelangt, und die Wollaufbringung in Österreich hatte nur geringe Mengen (rund 80.000 kg) Schurwolle geliefert, vorwiegend feine Wollen, die für Spezialzwecke (Papiermacher- und Buchdruckerfilze, feines Uniformtuch u. dgl.) zurückgehalten werden mußten. Infolgedessen ergab sich die Notwendigkeit, von den gewohnten Erzeugungsvorschriften für Blusen-, Hosen- und Mantelstoffe, welche die Verwendung feinerer Wollen vorgesehen hatten, abzugehen und dem Kriegsministerium Vorschläge darüber zu machen, wie mit dem verfügbaren groben Material brauchbares Uniformtuch hergestellt werden könnte. Dabei zwang die Wollknappheit auch noch zu ausgiebiger Verwendung von Kunstwolle.

Man einigte sich mit dem Kriegsministerium auf die folgenden Erzeugungsvorschriften:

bei Blusen- und Hosenstoffen: Kammgarnkette aus 60% Mohair und 40% Schurwolle und Streichgarnschuß aus 10% Mohair, 13% Schurwolle, 10% Haut- und Gerberwolle, 7% Seide und 60% Kunstwolle;

bei Mantelstoffen: Streichgarnkette und -schuß aus 20% Mohair, 20% Schurwolle, 10% Haut- und Gerberwolle und 50% Kunstwolle;

bei Decken: Streichgarnkette und -schuß aus 30% Schurwolle, 10% Gerber- und Kürschnerwolle, 15% Wollabfällen, 15% Rindshaaren und 30% Kunstwolle.

Für die zweite Verteilung, die im Jänner 1917 stattfand und gleichfalls wieder rund 2.000.000 kg Wolle umfaßte, standen nur geringe



Mengen Rukomwolle und Mohair zur Verfügung, da infolge des Krieges mit Rumänien der Donauweg unterbrochen war und die Orientbahnen ausschließlich für militärische Zwecke in Anspruch genommen wurden. Die Wollzufuhren aus dem Orient setzten daher aus. Einen Ersatz lieferten die Ungarwollen, die jetzt allmählich einzulaufen begannen. Da sie feinere Qualitäten von AAA bis D enthielten, mußten die Erzeugungsvorschriften neuerdings geändert und der Verwendung dieser feineren Wollen angepaßt werden. Für Blusen- und Hosenstoffe wurde als Kette Kammgarn aus 25% Mohair, 37½% ungarischer Schurwolle und 37½% Etappenschurwolle, als Schuß Streichgarn aus 12½% ungarischer Schurwolle, 7½% Etappenschurwolle und 4% Haut- und Gerberwolle, 6% Kämmlingen und Wollabfällen und 70% Kunstwolle vorgeschrieben; für Mantelstoffe als Kette und Schuß Streichgarn aus 15½% ungarischer Schurwolle, 12% Etappenschurwolle, 12½% Mohair, 10% Haut-, Gerber- und Kürsehnerwolle und 50% Kunstwolle; für Decken als Kette und Schuß Streichgarn aus 12½% grober Schurwolle, 2% Matratzenwolle, 3% Mohair, 27½% Rindshaaren, 20% Wollabfällen und 35% Kunstwolle. Im ganzen wurden 680.500 kg ungarische Schurwolle, 692.000 kg Etappenschurwolle (einschließlich geringer Mengen Rukomwolle), 223.180 kg Mohairwolle und 193.600 kg Haut- und Gerberwolle zugewiesen.

Nach der Niederwerfung Rumäniens war der Donauweg zwar wieder offen, doch wurde während des strengen Winters 1916/17 die Schifffahrt durch die Vereisung der Donau bis in den März 1917 hinaus lahmgelegt. Nach ihrer Wiedereröffnung wurden alle verfügbaren Fahrzeuge zunächst für die Einfuhr von Lebensmitteln aus Rumänien benötigt, während das an sich wenig leistungsfähige Netz der orientalischen Bahnen überwiegend militärischen Transporten zu dienen hatte. Daher lebte die Einfuhr von Rukomwollen und Mohair erst zu Ende des ersten Halbjahres 1917 wieder auf.

Auch bei der dritten Verteilung von Aufträgen, die anfangs Juli 1917 stattfand, mußten daher die Erzeugungsvorschriften neuerdings geändert und der Verschiebung angepaßt werden, die sich in der Zusammensetzung des Wollmaterials vollzogen hatte. Der Blusen- und Hosenstoff enthielt nunmehr in Kette und Schuß je einen Faden 24/1 Kammgarn aus ungarischer Schurwolle der Feinheit AA/AAA und A und einen Faden 7/1 Streichgarn aus 24% feiner Schurwolle, 2% Kürsehnerwolle, 2% Kämmlingen, 1% Kammgarnfäden und 71% Kunstwolle; der Mantelstoff in Kette und Schuß Streichgarn aus 12½% Mohair, 12½% feiner Schurwolle, 2½% mittelfeiner Schurwolle, 7½% grober Schurwolle, 7½% Fellwolle, 2½% Kürsehnerwolle, 2½% Kämmlinge, 2½% -Fäden und 50% Kunstwolle; die Erzeugungsvorschriften für Decken blieben dieselben wie bei der zweiten Verteilung. Im ganzen wurden abermals, wie bei den vorangegangenen Verteilungen, rund 2.000.000 kg Wolle zur Verarbeitung zugewiesen. Auch im letzten Kriegsjahre hielt sich die Versorgung noch auf gleicher Höhe, wenn gleich ziffernmäßige Angaben hierüber nicht mehr vorliegen.

Diese fortwährende Anpassung der Erzeugung an die wechselnde Beschaffenheit der zur Verfügung stehenden Wollen und Ersatzstoffe bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer immerhin noch befriedigenden Durchschnittsqualität war nur durch die vollständige Konzentrierung der Auftragserteilung,

der Gebarung mit den Rohstoffen und der technischen Vorbereitung der Lieferungen in einer von Sachverständigen geleiteten Stelle möglich. Die Heeresverwaltung selbst zog aus dieser Konzentrierung den größten Nutzen, so sehr sie ihr eine Zeitlang widerstrebt hatte. Leider wurde aus dieser Erfahrung nicht die Folgerung gezogen, eine ähnliche Konzentration auch auf anderen Gebieten durchzuführen.

Von großer Bedeutung war die Zusammenfassung des gesamten Lieferungswesens im Kriegsverbande für die Aufrechterhaltung einer gleichmäßigen Beschäftigung der Industrie, um so mehr als es allmählich auch gelang, die Aufträge der verschiedenen Behörden für nichtmilitärische Zwecke (wie die Uniformierung der Post-, Eisenbahn- und Straßenbahnangestellten, der Finanzwache und Gendarmerie, die Deckung des Bedarfes der Volksbekleidung und der Flüchtlingsfürsorge usw.) in ähnlicher Weise zu zentralisieren. Allerdings waren dabei starke Widerstände zu überwinden. Namentlich die mit der Flüchtlingsfürsorge betrauten Dienststellen glaubten der Sache besser zu dienen, wenn sie ihre Aufträge nicht durch die kriegswirtschaftlichen Organisationen, sondern unmittelbar an einzelne Firmen vergaben.

Eine außerordentlich wichtige Aufgabe des Kriegsverbandes war die Herstellung von Vereinbarungen mit anderen kriegswirtschaftlichen Organisationen zum Zwecke der Versorgung seiner Mitglieder mit den notwendigen Hilfsstoffen (wie Schmelzöl, Elain, Wolköl und Seife, Kartoffelstärke zur Bereitung der Schlichte) sowie mit technischen Behelfen, wie Spindel- und Seilfaktorschnüre, Kratzen und Volants, Nitschelhosen, Florteilerriemen usw.

Um den einzelnen Zweigen der Wollindustrie eine entsprechende Vertretung ihrer Interessen zu sichern, wurden innerhalb des Kriegsverbandes eine Reihe von *Fachausschüssen* gebildet.

Als erster trat der *Fachausschuß der Wirk- und Strickwarenindustrie* ins Leben, dessen Hauptaufgabe darin bestand, eine möglichst gleichartige Heranziehung aller ihm angehörenden Betriebe für die Lieferung gewirkter oder gestrickter Kälteschutzmittel (Sweater, Leibbinden, Schneehauben, Puls- und Kniewärmer usw.) zu sichern. Die kleineren Firmen wurden zu diesem Zwecke zu Lieferungsgruppen zusammengeschlossen. Auf diese Weise gelang es auch, ihnen Beschäftigung zu sichern und sie vor gänzlicher Einstellung des Betriebes, ihr Personal vor Arbeitslosigkeit zu bewahren. Weitere *Fachausschüsse* wurden für die *Filzindustrie* und für die *Wollhutindustrie* gebildet, um auch diesen beiden Industrien die Beteiligung an Heereslieferungen zu erwirken. Bei der Natur ihrer Erzeugnisse war dies jedoch nur in sehr beschränktem Umfange möglich. Endlich wurde noch ein *Fachausschuß der Streichgarnspinnereien* geschaffen, der jedoch eine gemeinsame Organisation für die Streichgarnspinnereien der Schafwollindustrie und der Baumwollindustrie war. Seine Hauptobliegenheit war die Verteilung der Streichgarmengen, welche die beiden Zentralen für die nicht mit Spinnereien kombinierten Streichgarnwebereien benötigten, auf die sämtlichen Berufslohnspinner. Die große Anzahl der Streichgarnspinnereien in beiden Industrien veranlaßte die Gründung von Ortsgruppen in den wichtigsten Industriebezirken (Brünn, Eger und Reichenberg).

*b) Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen.*

Die umfassende Tätigkeit, die der Kriegsverband bei der Bewirtschaftung der Wolle praktisch entfaltete, fand ihre Ergänzung in der Reform der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, die unter seiner Mitwirkung und größtenteils über seine Anregung durchgeführt wurde.

Von grundlegender Bedeutung war dabei die Verordnung vom 28. Mai 1916. An Stelle der verschiedenen Bestimmungen über Anzeigepflicht, Beschlagnahme und Anbotzwang, die in einer Reihe aufeinanderfolgender Verordnungen für die einzelnen Wollgattungen getroffen worden waren, setzte sie einheitliche Verfügungen. Hienach wurden alle in Österreich vorhandenen oder später hinzukommenden Vorräte an Schurwolle wie an Hautz, Sterblings-, Gerber- und Kürschnerwolle einschließlich der sogenannten Matratzenwolle (d. i. der statt Roßhaars in Matratzen gefüllten Wollen) für Kriegszwecke in Anspruch genommen. Eine Ausnahme wurde nur für diejenigen Wollmengen zugelassen, die sich bereits zum Zwecke der weiteren Verarbeitung in Wollwäschereien oder Spinnereien befanden oder die durch besondere Verfügungen des Handelsministeriums freigegeben worden waren.

Aus dem Ausland eingeführte Wollen wurden gleichfalls von der Inanspruchnahme befreit, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß ihre Einfuhr und ebenso jede weitere Veräußerung dem Kriegsverbände der Wollindustrie angezeigt wurde.

Dem Eigentümer der in Anspruch genommenen Vorräte war verboten, irgendwelche selbständige Verfügung darüber zu treffen; er hatte die in seinem Besitz befindlichen Mengen bis zum 15. jedes Monats bei der Gemeindevorsteherung seines Wohnsitzes anzumelden, welche die Anmeldung durch Vermittlung der politischen Behörde I. Instanz an die nunmehr gleichfalls dem Kriegsverbände der Wollindustrie angegliederte Schafwollübernahmskommission weiterleitete. Die Verwendung selbsterzeugter Wolle zur Verarbeitung im eigenen Haushalte, die bisher in beschränktem Umfange (bis zu einer Menge von 30 kg) gestattet war, wurde nunmehr an eine besondere Bewilligung gebunden, da ihre allgemeine Freigabe zu mancherlei Mißbräuchen geführt hatte.

Die Schafwollübernahmskommission bestimmte den Zeitpunkt für die Einlieferung der Wolle und den Ort, wohin sie zu senden war; sie prüfte die einlangenden Sendungen, übernahm die für Heereszwecke geeignete Ware, setzte die Preise dafür fest und schickte die ungeeignet befundenen Wollen an den Eigentümer zurück. Die Grundlage für die Festsetzung der Übernahmepreise bildeten die Höchstpreise, die in der Verordnung gleichfalls neu festgesetzt wurden.

Um die Durchführung der Verordnung zu sichern, wurde die Verfrachtung von Wolle, Wollabfällen und Kunstwolle an die Beibringung einer vom Handelsministerium auszustellenden Transportbescheinigung gebunden.

Zur Erzielung einer ständigen Übersicht über die Rohstoffversorgung der einzelnen Fabriken wurden alle Betriebe, die sich mit der Verarbeitung von Wolle, Mohair, Kammzug, Streich- oder Kammgarn befaßten, verpflichtet,

ihre Vorräte an diesen Wollen und Garnen nach dem Stande vom 15. eines jeden Monats beim Kriegsverband der Wollindustrie anzumelden.

Um die Aufbringung und Übernahme kleiner Vorräte von weniger als 100 kg, wie sie sich in kleinbäuerlichen Betrieben häufig vorfanden, zu erleichtern, wurden legitimierte Wollsammler bestellt. Ihre Tätigkeit war jedoch nicht von besonderem Erfolge begleitet, da die Bevölkerung ihnen mißtrauisch gegenüberstand und in diesem Mißtrauen dadurch bestärkt wurde, daß die Schwerfälligkeit des Übernahmssapparats große Verzögerungen in der Auszahlung des Übernahmeprices verursachte und durch Verschulden der Sammler häufige Verwechslungen der einzelnen Partien vorkamen, die zu Fehlauszahlungen und Reklamationen führten. Um diesem Übel abzuweichen, wurde die Wollablieferung in den Gebieten, in denen die Kleinzüchter überwogen, also insbesondere in den Alpenländern, derart organisiert, daß für die einzelnen Gemeinden Sammelstage ausgeschrieben wurden, an denen Organe der Schafwollübernahmskommission an Ort und Stelle die Wolle unmittelbar von den Produzenten übernahmen, sie mit diesen verrechneten und darauf sofort ablührten. Der Übernahmeprice wurde meist in gutlichem Wege vereinbart, unter Vermeidung einer autoritativen einseitigen Preisfestsetzung. Dabei zeigte sich, daß die Leute mit den ihnen gebotenen Höchstpreisen recht zufrieden waren und früher nur gemurrt hatten, weil ihnen die Wollsammler häufig nicht den Höchstpreis vergüteten, den sie der Schafwollübernahmskommission gegenüber verrechneten, sondern die Wolle unter Ausnützung der Unerfahrenheit der bäuerlichen Bevölkerung weit niedriger bezahlten. Hier wie bei anderen Gelegenheiten zeigte sich, daß die Einschaltung des Handels in die Kriegswirtschaft, so sehr sie befürwortet wurde, auch ihre mißlichen Seiten hatte. Da den Leuten durch die Sammelstage auch die schriftliche Vorratsanzeige erspart wurde und alle Mißbräuche und Verwechslungen ausgeschlossen waren, ging die Ablieferung meist ohne Schwierigkeiten vor sich. Über die Kaufsumme erhielten die Wollleigner eine Anweisung, gegen die sie binnen kürzester Zeit beim Gemeindeamt, an welches der gesamte auf die Gemeinde entfallende Kaufbetrag überwiesen wurde, behoben werden konnte. Da man über das zu erwartende Ergebnis der Wollsammlung durch die jährlichen Viehzählungen ziemlich genau unterrichtet war, konnte man, wenn die Ablieferung hinter der Schätzung allzu auffällig zurückblieb, die Widerstrebenden gleich an Ort und Stelle zur Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht verhalten. Durch diese Vereinfachung des Verfahrens gelang es auch, in Gebieten mit ganz zersplittertem Schafbestand mehr als 80% des schätzungsweise ermittelten Wollgefälles aufzubringen. Da die kleinbäuerlichen Züchter die Wolle größtenteils im eigenen Haus zu Strickgarn verspinnen ließen, suchte der Kriegsverband die Wollaufbringung auch dadurch zu fördern, daß er den bäuerlichen Schafzüchtern der Gebirgsgegenden in einem gewissen Verhältnis zur abgelieferten Wollmenge ein zwar nicht reinwollenes, aber doch für ihre Zwecke geeignetes Strickgarn zu einem sehr mäßigen Preise zur Verfügung stellte, der gegen den Kaufpreis der abgelieferten Wolle verrechnet wurde. In einem gewissen Zusammenhang mit der Wollaufbringung im Inlande stand auch die durch Verordnung vom 9. Februar 1917 verfügte Beschränkung der Schlachtung von Schafen.



Wurde durch die Verordnung vom 28. Mai 1916 die Aufbringung der im Inlande vorhandenen Wolle umfassend geregelt, so hatte die Verordnung vom 27. Februar 1917 die gleiche Bedeutung für die Regelung der Verarbeitung von Wolle. Das Färben, Verspinnen und jede andere Bearbeitung von Schafwolle, Mohair und anderen Tierhaaren, Kammzug, Kämmlingen und Vorgarn aus diesen Materialien, ferner von Wollabfällen, Wollabgängen und Kunstwolle, allein oder in Verbindung mit anderen Spinnstoffen, wurde durch die Verordnung an besondere, fallweise zu erteilende Bewilligungen gebunden. Alle Ansuchen um solche Bewilligungen mußten beim Kriegsverbände der Wollindustrie eingebracht werden, der sie mit seinem Gutachten an die zur Entscheidung zuständige Behörde weiterleitete. Wurden der Wolle bei der Verarbeitung mehr als 50% Baumwolle oder Seide beigemischt, so war das Ansuchen an den Kriegsverband der Baumwollindustrie oder der Seidenindustrie zu richten. In jedem Falle waren Ansuchen um Erteilung der Verarbeitungsbewilligung für Mischungen mit Baumwolle oder Seide, gleichviel in welchem Verhältnisse die Mischung stattfand, der Begutachtung durch einen gemeinsamen Ausschuß der drei Kriegsverbände zu unterwerfen, ehe sie an die entscheidende Behörde geleitet wurden.

Die Erteilung der Verarbeitungsbewilligung erfolgte, wenn es sich um die Erfüllung militärischer Aufträge handelte, durch das Kriegs- oder Landesverteidigungsministerium, in allen übrigen Fällen durch das Handelsministerium.

Endlich verfügte die Verordnung nach dem Muster ähnlicher Bestimmungen, die für die Baumwollindustrie bereits bestanden, daß Kamm- oder Streichgarne mit einem Gehalt von mehr als 30% Wolle oder Kunstwolle nur mehr an die Militärverwaltung oder die Wollzentrale verkauft werden durften. Nur die aus dem Ausland ohne staatliche Unterstützung eingeführten Garne oder Garne, die überwiegend aus ausländischen, ohne staatliche Unterstützung eingeführten Spinnstoffen hergestellt worden waren, sollten dieser Beschränkung des Verkaufes nicht unterliegen. Ihre Freilassung sollte als Prämierung der Einfuhr wirken und einen Anreiz dafür bieten, Schafwolle und Schafwollgarn aus den neutralen Staaten unter Umgehung der dort bestehenden Ausfuhrverbote hereinzubringen.

Durch die Verordnung vom 27. April 1917 wurden endlich auch die Tierhaare, deren Beimengung zur Wolle in immer größerem Umfang erfolgen mußte, in die Bewirtschaftung einbezogen. Durch diese Verordnung wurden die Vorräte an Ziegen-, Rinds-, Kälber- und Pferdehaaren (die letzteren mit Ausnahme der Schweif- und Mähnenhaare, die zum Verspinnen nicht taugten) in ähnlicher Weise in Anspruch genommen, wie dies zwei Monate vorher mit der Wolle geschehen war. Höchstpreise für die verschiedenen Gattungen von Viehhaar wurden erlassen und eine eigene Übernahmskommission beim Kriegsverbände der Wollindustrie gebildet, der Sachverständige aus dem Kreise der Lederfabrikanten einerseits, der tierhaarverarbeitenden Industrie andererseits zugezogen wurden.

Wie aus den oben angeführten Erzeugungsvorschriften hervorgeht, hatte die Verwendung von Kunstwolle, selbst bei der Erzeugung von Tuch für

Felduniformen, große Bedeutung gewonnen. Für die Truppen im Hinterlande wurden bereits ausschließlich aus Kunstwolle und Kunstbaumwolle hergestellte Stoffe verwendet. Auch für den Bedarf der Zivilbevölkerung konnte fast nur mehr Kunstwolle verarbeitet werden, da das Handelsministerium Verarbeitungsbewilligungen für Wolle zu anderen als militärischen Zwecken kaum mehr erteilte. Die Folge war eine solche Steigerung des Bedarfes an Kunstwolle, daß die Aufbringung von Wollumpen mit dem Verbrauch nicht mehr Schritt hielt und die stürmische Nachfrage zu maßlosen Preissteigerungen führte. Durch die *Verordnung vom 15. September 1916* wurde infolgedessen der Verkehr mit Hadern geregelt und eine «*Hadernzentrale*» errichtet, an welche die Hadernsammler und -händler ihre Vorräte abzuliefern hatten. Als Verwaltungsorgan wurde ihr die «*Hadernkommission*» an die Seite gesetzt. Dieser oblag insbesondere die Führung einer Vorratsstatistik, die Feststellung der Materialtypen für den Handel und der Einkaufs- und Verkaufspreise für die Hadernzentrale sowie die Verteilung der Hadern auf die einzelnen Verbrauchergruppen. Die Verordnung verfügte ferner die Aufhebung der bestehenden Kauf- und Lieferungsverträge und räumte dem Handelsminister das Recht ein, den Anbotzwang für Hadern zugunsten der Hadernzentrale zu verhängen. Auslandsbezüge wurden von diesen Verkehrsbeschränkungen nicht betroffen.

Der durch die Errichtung der Hadernzentrale angestrebte Zweck wurde nur in sehr beschränktem Umfang erreicht. Die von ihr erfaßten Mengen von Wollumpen reichten gerade für die Erfüllung der öffentlichen Aufträge, die von den kriegswirtschaftlichen Organisationen abzuwickeln waren. Es hing mit der Eigenart des Hadernhandels zusammen, daß auf keinem Gebiete der Kriegswirtschaft so viel gegen die Vorschriften gesündigt wurde wie auf diesem. Die Verarbeitung verbotswidrig beschaffter Hadern nahm einen außerordentlichen Umfang an, da Kunstwolle der einzige Spinnstoff war, der für die Versorgung des immer dringender werdenden Zivilbedarfs noch zur Verfügung stand. Auch für die geringsten Qualitäten wurde jeder Preis bezahlt, und ein üppig blühender Schleichhandel sicherte auch jenen Fabriken die Versorgung, die strafweise vom Bezug bei der Hadernzentrale ausgeschlossen worden waren. Durch eine *Verordnung vom 26. Februar 1917* wurde die Versendung von Hadern mit Eisenbahn oder Dampfschiffen an eine von der Hadernzentrale auszustellende *Transportbescheinigung* gebunden, um den Schleichhandel zu hindern. Ein durchgreifender Erfolg wurde auch hiedurch nicht erzielt. Da solche Transportbescheinigungen zur selben Zeit und aus dem gleichen Grunde für eine ganze Menge der verschiedensten Waren vorgeschrieben wurden, wurde die tatsächliche Durchführung dieser Maßnahme immer schwieriger. Das Personal der Transportanstalten verkannte den Ernst der Lage, neigte daher zu laxer Auffassung der Vorschriften und zeigte oft auch Mangel an gutem Willen, ohne daß die Oberbehörden hiergegen entsprechend eingeschritten wären. Sie betrachteten im Gegenteil die Vorschriften über die Beibringung von Transportbescheinigungen als eine Belastung der Eisenbahn mit Aufgaben, mit denen eine Transportanstalt nichts zu tun habe. In gewissen Gebieten, namentlich in Teilen der heutigen Tschechoslowakei, wurden die Verordnungen auch aus nationalen Gründen sabotiert.

Im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der kriegswirtschaftlichen Organisationen wurde auch die Erhebung der Vorräte fertiger Stoffe und Kleidungsstücke neu geregelt. An die Stelle der bisher geltenden Bestimmungen traten umfassendere Verfügungen. Nach einer am 15. April 1916 erlassenen Verordnung sollte die Vorratserhebung von nun an betreffen:

a) alle Web- und Wirkstoffe, die aus Wolle, Wollabfällen oder Kunstwolle erzeugt waren, ohne Unterschied der Breite und des Gewichtes;

b) fertige oder in Arbeit befindliche Militär-, Männer-, Frauen- und Kinderkonfektion;

e) Decken und Deckenstoffe.

Alle Vorräte solcher Waren, die eine bestimmte Mindestmenge überstiegen, sollten bei der Handels- und Gewerbekammer, in deren Sprengel sie sich befanden, angemeldet werden. Die Kammern hatten diese Anmeldungen zu überprüfen und an den Kriegsverband der Wollindustrie weiterzuleiten.

Der Kreis der anzeigepflichtigen Waren erfuhr auf diese Weise eine wesentliche Erweiterung, da nunmehr alle Wollwaren und daraus angefertigte Konfektionsartikel ohne Ausnahme der Anzeigepflicht unterlagen. Auf der anderen Seite trat insofern eine Erleichterung ein, als die Verpflichtung zur allmonatlichen Wiederholung der Anmeldung nunmehr entfiel. Dem Handelsministerium blieb vorbehalten, den Zeitpunkt der nächsten Erhebung zu bestimmen; doch wurde den Anzeigepflichtigen die Führung eines Lagerbuches auferlegt, in dem die angemeldeten Vorräte sowie jeder Zu- oder Abgang zu verzeichnen waren. Die Vorratserhebung sollte nicht nur einen Überblick über die vorhandenen Vorräte militärbrauchbaren Tuches geben; sie bildete gleichzeitig den ersten vorbereitenden Schritt für die Maßnahmen, die später zur Versorgung der Bevölkerung, namentlich ihrer unbemittelten Schichten, mit Kleidung ergriffen wurden.

### *c) Kohlennot und Betriebskonzentration.*

Neue Aufgaben erwuchsen dem Kriegsverband, als im Winter 1916/17 die Kohlennot sich geltend zu machen begann, um in rascher Steigerung schon im folgenden Winter geradezu katastrophale Formen anzunehmen.

Um das der Wollindustrie zugewiesene Kohlenkontingent einer zweckmäßigen Verwendung zuzuführen, teilte der Kriegsverband die Betriebe, je nach ihrer Wichtigkeit für die Deckung des Heeresbedarfes oder für die Versorgung einer Nachindustrie mit Halbfabrikaten, in Gruppen, die einander bei der Kohlenversorgung in einer gewissen Rangordnung folgten. Innerhalb der einzelnen Gruppen nahm der Kriegsverband die Aufteilung auf einzelne Betriebe im Verhältnis ihres Auftragsbestandes vor, so wie es ihm auch vorbehalten blieb, Verschiebungen zwischen den einzelnen Gruppen nach Maßgabe des jeweiligen Bedarfes durchzuführen.

Im Winter 1917/18 zwang das vollständige Versagen der Kohlenversorgung fast alle Betriebe zeitweise zu längerem oder kürzerem Stillstand, so daß die ganze Plauwirtschaft in der Wollindustrie über den Haufen geworfen wurde. Es mußte auch hier an eine durchgreifende Konzentration der Erzeugung

in denjenigen Betrieben geschritten werden, die durch ihre Lage zu den Kohlengruben oder durch Benützung von Wasserkraften besondere Sicherheit für einen ungestörten Betrieb zu bieten vermochten. Die Betriebskonzentration wurde durch eine vollkommene Änderung des Systems der Auftragsverteilung vorbereitet. Während bisher der Anteil jedes Betriebes in Mengeneinheiten der ihm zugewiesenen Wolle ausgedrückt worden war, wurde jetzt für jedes Werk eine Schlüsselzahl errechnet, welche den bei rationeller Erzeugung verbleibenden Nutzen darstellte. Mit Hilfe dieser Schlüsselziffern wurden die Anteilseinheiten so bemessen, daß sie immer einen Nutzen von gleicher Höhe ergeben mußten oder, mit anderen Worten, daß die Summe der Schlüsselziffern immer gleich hoch war, gleichviel, welche Waren der Betrieb zu erzeugen hatte. Die Anteilseinheiten enthielten daher von einer schlechter rentierenden und daher mit einer niedrigeren Schlüsselziffer bewerteten Ware mehr Mengeneinheiten als von einer höher rentierenden, die mit einer größeren Schlüsselziffer bewertet war.

Die infolge der Konzentration zwangsweise stillgelegten Betriebe sollten in der Weise entschädigt werden, daß die arbeitenden Betriebe den theoretisch errechneten Nutzanteil nur für jene Teile ihrer Produktion behalten sollten, der ihrem schlüsselmäßigen Anteil entsprach, während die Nutzanteile aus den darüber hinausgehenden Produktionsmengen den stillgelegten Betrieben nach Maßgabe ihrer Anteile zufallen sollten. Die arbeitenden Betriebe hatten dabei immer noch den Vorteil besserer Ausnutzung ihrer Betriebsmittel und ihrer Produktionsfähigkeit. Infolgedessen wuchs ihr tatsächlicher Nutzen über das theoretisch angenommene Maß hinaus, und obwohl sie an die stillgelegten Betriebe für die Anteile, die sie von ihnen übernommen hatten, eine dem theoretischen Nutzen entsprechende Abgabe zu leisten hatten, verblieb ihnen ein Gewinn, welcher wesentlich größer war als derjenige, der sich bei Beschränkung ihrer Produktion auf ihren eigenen Anteil ergeben hätte. Die stillgelegten Betriebe erhielten dieselbe Gewinnquote ausbezahlt, die sie an ihrem Anteil verdient hätten, ohne daß sie die Mühen und Risiken der tatsächlichen Erzeugung auf sich nehmen mußten.

Das System wurde im Sommer 1918 zunächst probeweise angewendet, indem man eine Anzahl allerkleinster Betriebe zwangsweise und neben diesen einige größere auf Grund freiwilliger Meldung stilllegte. Das Ergebnis dieses Versuches befriedigte alle Beteiligten. Infolgedessen wurde im Herbst 1918 eine großzügige Konzentration der Erzeugung durch Stilllegung der größeren Hälfte aller Betriebe in die Wege geleitet. Die letzten Aufträge der Heeresverwaltung wurden bereits nach dem neuen System aufgeteilt. Zu einer Auswirkung dieser Auftragserteilung und zu einer wirklichen Abrechnung der Entschädigungen an die stillgelegten Betriebe kam es jedoch nicht mehr, da lang vor Ausführung und Ablieferung der Aufträge der Zusammenbruch der Mittelmächte erfolgte.

Die Stilllegungen zogen selbstverständlich auch die Arbeiter in Mitleidenschaft. In gewissem Umfang war schon früher Arbeitslosigkeit eingetreten. Sie war jedoch nicht, wie in anderen Industrien, durch Rohstoffmangel oder durch das Fehlen von Aufträgen verursacht, sondern dadurch, daß durch



das Fortschreiten der Mobilmachung auf höhere Altersklassen und infolge wiederholter Durchmusterung der bisher als kriegsdienstuntauglich Zurückgestellten ein zunehmender Mangel an qualifizierten männlichen Arbeitern eintrat, der zu Betriebseinschränkungen, in manchen Fällen zur teilweisen Betriebseinstellung zwang und Arbeiterentlassungen nach sich zog. Ähnlich wie in der Baumwollindustrie wurde auch in der Wollindustrie mit staatlicher Unterstützung eine Arbeitslosenfürsorge geschaffen; denjenigen Unternehmern, die ihren beschäftigungslosen Arbeitern einen Teil des Lohnes fortzahlten, wurde ein Zuschuß aus staatlichen Mitteln gewährt.

Bei Durchführung der Betriebskonzentration wäre in vielen Betrieben die ganze Belegschaft arbeitslos geworden, so daß sich die für die Arbeitslosenfürsorge aufzuwendenden Beträge, namentlich die Zusehüsse aus staatlichen Mitteln, außerordentlich erhöht hätten. Diese Opfer hätten jedoch gebracht werden müssen, um die Produktion wenigstens im notwendigsten Umfang aufrechtzuerhalten. Es kam auch hier nicht mehr zur Ausführung der vom Kriegsverband vorbereiteten Maßnahmen, weil früher das Kriegsende eintrat.

## C. Die österreichische Schafwollindustrie zu Ende des Krieges.

Der Zusammenbruch der Front traf die österreichische Schafwollindustrie keineswegs in einem Zustand, der auf ein baldiges Versagen ihrer Leistungsfähigkeit bei längerer Dauer des Krieges hindeutet hätte. Die Rohstoffversorgung war, allerdings nur in demselben beschränkten Umfange wie schon seit drei Jahren, auch weiterhin durch die inländische Wollproduktion und durch die Bezüge aus dem Osten gesichert. Für die Versorgung des Heeres hätte mit diesen Mengen noch für längere Zeit das Auslangen gefunden werden können. Anders stand es freilich um die Deckung des Bedarfes der Zivilbevölkerung. Wohl gab es noch im Detailhandel gewisse Mengen von Wollwaren in Friedensqualität. Deren Preise waren jedoch trotz aller Maßnahmen gegen Preistreiberei auf einem solchen Stand angelangt, daß sie für breite Schichten der Bevölkerung unerschwinglich waren. Um im Rahmen des Möglichen Abhilfe zu schaffen, wurde in der Wollzentrale eine Volksbekleidungsabteilung errichtet, welche größere Mengen für die notleidende Bevölkerung bestimmter Stoffe in Auftrag gab. Im Verhältnis zu dem damaligen Umfange der Produktion waren diese Mengen bedeutend zu nennen, gemessen am Bedarf waren sie jedoch völlig unzulänglich, sowohl der Menge wie der Qualität nach. Gab es doch in diesen Stoffen kaum eine Faser Wolle, die nicht schon früher einmal verarbeitet gewesen wäre. Und was in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch den wirtschaftlich schwächeren Schichten der Bevölkerung durch sogenannte private Fürsorgeaktionen oder den freien Handel zur Verfügung gestellt wurde, war größtenteils Schundware allermindesten Sorte. Die Unfähigkeit der mit der Durchführung dieser privaten Fürsorgeaktionen befaßten Personen wetteiferte mit der Gewissenlosigkeit einzelner Erzeuger und Händler, die in dem Bestreben, möglichst große und einträgliche Umsätze zu erzielen, alles Material, auch völlig ungeeignetes und wertloses,

zusammenkauften, dessen sie nur irgendwie — meist unter Verletzung der bestehenden Vorschriften — habhaft werden konnten, es verarbeiten ließen und zu Wucherpreisen auf den Markt brachten.

Als die durch den Kriegsverbrauch und die Blockade hervorgerufene Entgüterung so weit gediehen war, daß die Versorgung der Bevölkerung auch in den bescheidensten Grenzen zu einem unlösbaren Problem wurde, stand die Kriegswirtschaft auch hier vor dem Ende ihrer Leistungsfähigkeit, trotz einer vorzüglichen und musterhaft geleiteten Organisation.

# ÖSTERREICHISCHE UND UNGARISCHE SERIE

## VORSITZENDER DER GEMEINSAMEN SCHRIFTFÜHRUNG

Prof. Dr. James T. Shotwell

## ÖSTERREICHISCHE SCHRIFTFÜHRUNG

Minister a. D. Prof. Dr. Friedrich Wieser †

Vorsitzender

Gesandter a. D. Richard Riedl

Sektionschef Prof. Dr. Richard Schüller

## UNGARISCHE SCHRIFTFÜHRUNG

Minister a. D. Dr. Gustav Gratz

## SCHRIFTFÜHRUNG DER ABTEILUNG ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN

Prof. Dr. Clemens Pirquet †

## VERZEICHNIS DER IN DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN UND ÖSTERREICHISCHEN SERIE ERSCHINENEN VERÖFFENTLICHUNGEN

### ABTEILUNG ÖSTERREICH-UNGARN

Das Geldwesen im Kriege, vom Präsidenten der Ungarischen Nationalbank, Minister a. D., vormals Gouverneur der Österr.-ungar. Bank Dr. Alexander von Popovics.

Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten: Serbien, Montenegro, Albanien, von General Hugo Kerchnawer; Italien, von General Hermann Leidl; Rumänien, von Generalkonsul Felix Sobotka; Ukraine, von General Alfred Krauss; Russisch-Polen, von Major Rudolf Mitzka.

Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns: «Mittleuropäische Pläne», von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz und Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz und Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.

#### ABTEILUNG ÖSTERREICH

- Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Professor Dr. Othmar Spann.
- Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege, von Minister a. D. Professor Dr. Joseph Redlich.
- Die Industrie Österreichs während des Krieges, von a. o. Gesandten und bevollm. Minister a. D. Richard Riedl.
- Die Regelung der Volksernährung im Kriege, von Staatssekretär a. D. Dr. Hans Loewenfeld-Ruß.
- Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Staatssekretär a. D. Abgeordneten Ferdinand Hanusch und Sektionschef a. D. Professor Dr. Emanuel Adler.
- Verkehrswesen im Kriege. Die österreichischen Eisenbahnen, von Sektionschef Ing. Bruno Enderes; Militärische Verkehrsprobleme Österreich-Ungarns: Eisenbahn- und Schifffahrtswesen, von General d. R. Ing. Emil Ratzenhofer; Telegraphen- und Postwesen, von Oberst d. R. Paul Höger.
- Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges, von Minister a. D. Ing. Emil Homann-Herimberg.
- Krieg und Kriminalität in Österreich, von Professor Dr. Franz Exner; mit einem Beitrag über die Kriminalität der Militärpersonen von Professor Dr. G. Lelewer.
- Die Einkommensverschiebungen in Österreich während des Weltkrieges, von Professor Dr. Wilhelm Winkler.

#### ABTEILUNG FÜR VOLKSGESUNDHEIT

- Volksgesundheit im Krieg, eine Reihe von Monographien, verfaßt von den Doktoren K. Biehl, J. Bókay, B. Breitner, C. Economo, A. Edelmann, A. Eiselsberg, H. Elias, E. Finger, K. Helly, J. Hockauf, A. Juba, K. Kassowitz, S. Kirchenberger, J. Kyrle, E. Lazar, E. Mayerhofer, A. Müller-Deham, E. Nobel, Cl. Pirquet, E. Pribram, W. Raschofsky, F. Reischel, G. Schacherl, B. Schick, J. Steiner, R. Wagner, unter der Leitung von Professor Dr. Clemens Pirquet (2 Bände).







Form 45

940.9

C 216au

v.14

Carnegie endowment for peace

Industrie Osterreichs

247123

Form 47

PENNSYLVANIA STATE LIBRARY

920.9

Harrisburg

C 216 au

v.14

In case of failure to return the books the borrower agrees to pay the original price of the same, or to replace them with other copies. The last borrower is held responsible for any mutilation.

Return this book on or before the last date stamped below. 247123



